

Mario Keßler

Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte
Historiker in der frühen DDR

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.911>

Reprint von:

Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte
Historiker in der frühen DDR, Böhlau Köln, 2001 (Zeithistorische Studien.
Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band
18), ISBN 3-412-14300-6

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Mario Keßler (2001), Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.911>

Ursprünglich erschienen als: Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 18), ISBN 3-412-14300-6

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 18

Corrigenda

S. 10, Zeile 16/17:
statt: Kuczynski, Alfred Meusel, Hans Mottek,
Arnold Reisberg und Leo Stern waren assimilierte Juden
lies: Kuczynski, Hans Mottek, Arnold Reisberg und
Leo Stern waren assimilierte Juden

S. 147, Zeile 15/16:
statt: Has-homer Hatzair lies: Ha-shomer Hatzair

Mario Keßler

Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik

Remigrierte Historiker
in der frühen DDR

Mit einem Vorwort von
Georg G. Iggers



2001

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

(H83) ZZF 13559

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Keßler, Mario:

Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik: remigrierte Historiker
in der frühen DDR / Mario Keßler. Mit einem Vorw. von Georg G. Iggers. –
Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 2001
(Zeithistorische Studien; Bd. 18)
ISBN 3-412-14300-6

© 2001 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 91 39 00, Fax (0221) 91 39 011

vertrieb@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Porträts von Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski
und Ernst Engelberg (v.l.n.r.)

Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-14300-6

Inhalt

Vorwort von Georg G. Iggers.....	9
Vorbemerkung.....	12

1. TEIL:

REMIGRANTEN IN DER FRÜHEN DDR-GESCHICHTSWISSENSCHAFT

KAPITEL 1

Einführung.....	14
1. Anliegen des Buches	15
2. Quellenlage und Forschungsliteratur.....	17

KAPITEL 2

Hoffnungsvolle Rückkehr. Eine neue Geschichtswissenschaft und die Remigranten.....	20
1. „Mit dem Gesicht nach Deutschland“	20
2. Volksfront ohne Volk. Deutsche Linke im Exil	21
3. Der Weg in das Nachkriegsdeutschland. Die Geschichtsdebatten der KPD	23
4. Die SED-Geschichtspolitik und die Historiker.....	30
5. Objektivität und Parteilichkeit im marxistischen Geschichtsdenken.....	36
6. Der Parteiapparat und die Historiker	41

2. TEIL:**RÜCKKEHR AUS BRITISCHEM EXIL****KAPITEL 3**

Soziologie und Geschichtswissenschaft. Alfred Meusel (1896–1960).....	50
1. Vom Kieler Bürgertum zum soziologischen Lehrstuhl in Aachen	50
2. Ein linker Hochschullehrer in der Weimarer Republik	56
3. KPD-Arbeit in England. Alfred Meusel im Exil	62
4. Universitätsprofessor in Ostberlin	70
5. Museum und Lehrbuch als Konfliktfelder.....	79

KAPITEL 4

Dogma und Dialektik. Jürgen Kuczynski (1904-1997).....	91
1. Ein Sohn aus „gutem Hause“	92
2. Zwischen Forschung, Praxis und Parteiarbeit.....	97
3. Illegal in Berlin – Flüchtling in London	103
4. Innerparteiliche Konflikte.....	113
5. Wissenschaft und Politik im Nachkriegsdeutschland.....	118
6. „Frost nach dem Tauwetter“. Der „Fall“ Jürgen Kuczynski.....	131
7. Eine unabgeleitete Hoffnung.....	141

KAPITEL 5

Historiker der industriellen Revolution. Hans Mottek (1910–1993).....	146
1. Von Posen und Berlin über Palästina nach England.....	146
2. Rückkehr und erste Jahre als Wissenschaftler	150
3. Probleme der industriellen Revolution	155
4. Materielle Produktion und natürliche Umwelt.....	159

3. TEIL

RÜCKKEHR AUS DEN USA UND DER TÜRKEI

KAPITEL 6

Vom „organischen“ Intellektuellen zum Parteihistoriker.

Albert Schreiner (1892–1979).....	164
1. Der intellektuell tätige Berufsrevolutionär	164
2. Zwischen KPD und KPDO.....	168
3. „Hitler treibt zum Krieg“. Albert Schreiner im europäischen Exil.....	171
4. Was soll aus Deutschland werden? Schreiner in den USA	177
5. Späte Arbeit an Universität und Akademie	181
6. Die Debatte zur Novemberrevolution.....	190

KAPITEL 7

Der Historiker des „Völkerfrühlings“. Karl Obermann (1905–1987)

1. Zwischen Jugendbewegung und Sozialistischer Arbeiterpartei	198
2. Journalist im Pariser Exil.....	202
3. Vom Redakteur zum Historiker. Obermann in den USA	206
4. Zwischen Universität und Akademie. Ein Historikerleben in der DDR.....	209
5. Der Historiker der „achtundvierziger“ Revolution.....	217

KAPITEL 8

Wissenschaft und Politik. Ernst Engelberg (geboren 1909)

1. Vom Kaiserreich bis ins türkische Exil	223
2. Von Istanbul nach Leipzig.....	229
3. Der Vorgang „Verschwörung“	236
4. Wissenschaft und Wissenschaftspolitik.....	239
5. Deutsche-deutsche Rivalitäten	245
6. Der Bismarck-Biograph	254

4. TEIL

ERFAHRUNGEN IM STALINISMUS. RÜCKKEHR AUS DER SOWJETUNION

KAPITEL 9

Vom Gefechtsstand in den Hörsaal. Leo Stern (1901–1982).....	260
1. Aus „Halbasien“ in die Rote Armee.....	260
2. Von Stalingrad nach Wien und Halle	266
3. Politik und Geschichtsschreibung.....	270
4. Vom Mittelalter zur Zeitgeschichte. Leo Sterns historische Arbeiten.....	280
5. „Im Konzentrationslager Magadan“. Manfred Stern	284

KAPITEL 10

Volksfeinde in der Sowjetunion – Professoren in der DDR. Arnold Reisberg (1904–1980) und Wolfgang Ruge (geboren 1917).....	291
1. 1956: Eine halbherzige Entstalinisierung	292
2. Ein „Opfer verlorener Zeiten“. Arnold Reisberg.....	294
3. Von Hitler und Stalin verfolgt. Wolfgang Ruge.....	301
Nachwort.....	311
Namensliste der Remigranten in der DDR-Geschichtswissenschaft.....	317
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	319
Abkürzungsverzeichnis	355
Personenverzeichnis	358
Der Autor	367

Vorwort

Von den 134 deutschen Historikern, die unter dem Naziregime aus ihren Universitätsstellungen entlassen worden sind und ins Exil flüchteten, kehrte nur Hans Rothfels für ständig nach Westdeutschland bzw. in die Bundesrepublik zurück. Rothfels vertrat als Professor in Königsberg in der Weimarer Republik einen deutschnationalen Standpunkt, der die Ausdehnung deutscher Macht über die nichtdeutschen Völker Osteuropas anstrebte. Er war der geistige Vater einer Gruppe junger Historiker, die im Sinn einer deutschen „Volksgeschichte“ an der NS-Siedlungspolitik im Osten mitwirkten. Rothfels hatte noch 1935 die NS-Machtergreifung begrüßt. Nur die Gnade seiner jüdischen Geburt bewahrte ihn davor, ein führender Historiker im Dritten Reich zu werden. Hans-Joachim Schoeps hatte 1933 noch nicht zu Ende studiert, wollte sich aber als Führer einer deutschnationalen jüdischen Jugendgruppe den Nationalsozialisten anschließen. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland gaben beide unter den veränderten politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik während des Kalten Kriegs ihre Gegnerschaft gegen die Demokratie auf, obwohl ein Hauptanliegen Schoeps' die Rehabilitierung des Preußentums war. Von den wenigen anderen Rückkehrern blieb Golo Mann, ein Liberaler, nur vorübergehend in Deutschland, während Dietrich Gerhard, ein Meinecke-Schüler, in den fünfziger Jahren das Amerika-Institut an der Universität Köln gründete, aber gleichzeitig bis zu seiner Emeritierung seine Professur an der Washington University in St. Louis, USA behielt. Die überwiegende Mehrheit der Exilhistoriker integrierte sich in die politische und wissenschaftliche Kultur ihrer Gastländer und übertrug wichtige kontinentale Impulse auf die Geschichtswissenschaft der englischsprachigen Welt, wie Hans Baron, Paul Kristeller, George Mosse, Gerda Lerner und Peter Gay in den USA und G. E. Elton und Eric Hobsbawm in Großbritannien.

Obwohl fast keine Historiker unter den Emigranten nach Deutschland zurückkehrten, übten sie nach Mitte der sechziger Jahre einen großen Einfluß auf die Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik aus. Die ältere Generation der westdeutschen Historiker, die ihre akademische Ausbildung in der Weimarer Republik oder sogar wie Gerhard Ritter und Hans Rothfels teils noch im Kaiserreich erhalten hatten, nahmen noch in den fünfziger Jahren leitende Positionen in der Historikerkunft der Bundesrepublik ein. Sie lehnten zwar den Nationalsozialismus entschieden ab, verteidigten aber preußisch-deutsche nationalkonservative Traditionen und sahen die Wurzeln des Nationalismus in der Entwicklung der demokratischen Massengesellschaft in Europa und Amerika. Schuld an der „Deutschen Katastrophe“ (Meinecke) war nicht das konservative Preußentum, das wie Ritter und Rothfels

argumentierten, sich im Attentat gegen Hitler als das Bollwerk gegen die Barbarei erwies, sondern die Französische Revolution und ihr demokratisches Erbe. Dieser apologetischen Haltung wirkten die Emigranten entgegen. Schon in der Weimarer Republik hatten Arthur Rosenberg und Eckart Kehr das Scheitern einer demokratischen Entwicklung in Deutschland untersucht. In der Emigration setzten Historiker wie Erich Eyck, Hajo Holborn, Hans Rosenberg, F. L. Carsten und der Soziologe Franz Neumann diese Untersuchungen fort, die dann wichtige Impulse für die kritische Analyse der deutschen Vergangenheit durch eine neue Generation von Sozialhistorikern wie Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka lieferte.

Verhältnismäßig mehr Historiker sind aus der Emigration in die DDR, bzw. vor 1949 in die SBZ, zurückgekehrt. Es ist das Verdienst von Mario Kessler, als erster den Bildungsweg und die Motivationen, die sie zu dieser Entscheidung bewegt haben und die Rolle, die sie in der frühen DDR gespielt haben, zu untersuchen. Kessler behandelt neun Historiker. Es handelt sich dabei, wie er betont, keineswegs um eine einheitliche Gruppe. Nur zwei, Karl Obermann und Albert Schreiner, waren proletarischer Herkunft. Die übrigen stammen aus gut bürgerlichen, in Jürgen Kuczynskis Fall großbürgerlichen Familien. Mehrere – Jürgen Kuczynski, ~~Alfred Meusel~~ Hans Mottek, Arnold Reisberg und Leo Stern waren assimilierte Juden. Leo Stern fällt dabei aus dem Rahmen als jemand, der unter ärmlichen Verhältnissen in einer streng orthodoxen Umgebung in der Bukowina aufgewachsen ist. Nur zwei, Jürgen Kuczynski und Ernst Engelberg, hatten vor der Emigration ihr Studium abgeschlossen. Die andern wandten sich im Zusammenhang mit ihrer politischen Arbeit der Geschichte zu, darunter Alfred Meusel, in der Weimarer Republik Professor für Soziologie. Ein bedeutender Unterschied besteht im Schicksal derjenigen, die die Nazi Jahre in der amerikanischen oder englischen Emigration verbrachten – Kuczynski, Mottek, Obermann, Meusel, Schreiner – oder in der Sowjetunion – Stern, Reisberg und Wolfgang Ruge. Engelberg ging in die Schweiz und dann in die Türkei, nachdem er 1935 aus dem Gefängnis entlassen wurde. Aber alle waren überzeugte Kommunisten, deren Glaube an die Richtigkeit der Partei weder von den stalinistischen „Säuberungen“ der dreißiger Jahre, noch vom Hitler-Stalin Pakt, noch von der Kenntnis der Arbeitslager der vierziger und fünfziger Jahre in der Sowjetunion erschüttert wurde. Die große Mehrheit der deutschen und österreichischen Kommunisten, die in die UdSSR flüchteten, wurde von Stalin ermordet oder verschleppt. Reisberg und Ruge verbrachten viele Jahre in der Verbannung, bevor sie Mitte der fünfziger Jahre, nachdem Adenauer die Befreiung der deutschen Gefangenen erreicht hatte, dennoch in die DDR und nicht die Bundesrepublik zurückkehrten. Stern, der in Spanien kämpfte und später hoher Offizier in der Roten Armee wurde, blieb zwar in Moskau unbehelligt, aber sein Bruder, Manfred Stern, der die Thälmann-Brigade in Spanien kommandierte, wurde 1938 in Moskau verurteilt und verbrachte den Rest seines Lebens in Straflagern, bis er 1955 den Strapazen erlag.

Sie alle wollten eine sozialistische Alternative zu der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu Robert Havemann, Ernst Bloch und Hans Mayer, die einen demokratischen Sozialismus anstrebten, gaben sich alle neun Historiker mit der Vorherrschaft der Partei zufrieden, wenn auch Kuczynski mehrmals die Möglichkeiten einer beschränkten Kritik erprobte, ohne aber das System grundsätzlich in Frage zu stellen. Meusel setzte sich in den fünfziger Jahren für eine Zusammenarbeit mit nichtmarxistischen Historikern ein und meinte, wie auch Kuczynski, daß der Historiker die Objektivität der Quellen respektieren müsse. Aber beide setzten sich gegen das Primat der Parteilichkeit nicht durch. Für alle neun Remigranten bedeutete der Sozialismus auch in seiner diktatorischen

Form das Gute im Gegensatz zu der bürgerlichen Welt des Westens. In ihr, besonders in der Bundesrepublik, sahen sie in der restaurativen Phase der Adenauer-Ära eine Fortsetzung der Strukturen und Mentalitäten, die zu Faschismus und Krieg geführt hatten. Wie Mario Keßler schreibt „war es (vielleicht) gerade die Erwartungshaltung vieler alter Kommunisten, darunter der Remigranten, auf eine sozialistische Reform von oben gewesen, die sie selbst zögern ließen, sich aktiv für Demokratie in der DDR einzusetzen.“ Es war daher „nicht die Parteispitze, die die Wissenschaftler am Gängelband führte ... Vielmehr sahen die Historiker, ungeachtet aller Probleme und Konflikte, die Parteivormundschaft als ein zwar negatives, doch mindestens zeitweilig unvermeidliches Entwicklungsproblem an, das im Verlauf der gesetzmäßigen Höherentwicklung durch die sozialistische Gesellschaft gelöst werden sollte.“ Darüber, wie eine solche Lösung aussehen würde, hatten sie keine klaren Vorstellungen.

Mario Keßler zieht daher eine tragische Bilanz. Die Remigranten wollten eine alternative Gesellschaft. Die sozialistische Welt der DDR, für die sie sich engagierten, erwies sich als nicht reformierbar. Die ostdeutsche Bevölkerung optierte im Frühjahr 1990 mehrheitlich für die schnelle Beseitigung des Gesellschaftssystems der DDR und die Vereinigung mit der Bundesrepublik. Dennoch war die Kritik der Remigranten an der westlichen Gesellschaft nicht grundsätzlich falsch. Das Ideal einer gerechten Gesellschaft kann als Ideal weiterbestehen, selbst wenn es in den sozialistischen Diktaturen pervertiert wurde. Die Remigranten wollten auch eine sozialistische Geschichtswissenschaft als Alternative zu der obrigkeitsorientierten Historiographie in der Bundesrepublik. Das Bemühen um ein neues Geschichtsbild, das alle Remigranten teilten, war nicht vollkommen umsonst. Obwohl die dogmatische Geschichtskonzeption des Marxismus-Leninismus und dessen Sprachkodex die Möglichkeit wissenschaftlicher Forschung beschränkten, warfen die Arbeiten der Remigranten Fragen über das Leben der breiten Bevölkerung auf, besonders der Arbeiterschaft (Kuczynski), und der Rolle ökonomische Faktoren in politischen Entscheidungen, die in der Bundesrepublik vernachlässigt worden waren. Sie dienten als eine Herausforderung für die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft, die sich seit den sechziger Jahren diesen Fragen zuwandte und dies viel offener und produktiver konnte, als es in der DDR möglich war.

Georg G. Iggers

Buffalo, NY, den 31. Januar 2001

Errata

S. 10, Zeile 16/17:

statt: Kuczynski, Alfred Meusel, Hans Mottek, Arnold Reisberg und Leo Stern waren assimilierte Juden

lies: Kuczynski, Hans Mottek, Arnold Reisberg und Leo Stern waren assimilierte Juden

S. 147, Zeile 15/16:

statt: Has-homer Hatzair

lies: Ha-shomer Hatzair

Vorbemerkung

An Literatur zum antinazistischen Exil wie zur Geschichte der DDR herrscht inzwischen kein Mangel mehr. Eine Untersuchung über exilierte Historiker, die sich für die Rückkehr nach Ostberlin und Ostdeutschland entschieden, fehlt jedoch bisher. Die vorliegende Darstellung sucht diese Lücke zu schließen.

Das Buch wurde nicht geschrieben, um offene Rechnungen zu begleichen. Es möchte Kenntnisse über das wissenschaftliche und politische Leben in der DDR vertiefen helfen und vorschnellen Urteilen gleich welcher Art entgegenwirken.

Diese Arbeit wäre ohne die Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und ohne die Hilfe meiner Kolleginnen und Kollegen am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam – insbesondere der Projektgruppe „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“ – nicht entstanden. Danken möchte ich deshalb den Mitgliedern der Projektgruppe Dr. Simone Barck, Christoph Classen, Dr. Thomas Heimann, Dr. Martina Langermann, Dr. Siegfried Lokatis und Dr. Martin Sabrow (Projektleiter). Mein Dank gilt ebenfalls den Direktoren des Zentrums, Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, der das Manuskript im Entwurf gelesen hat, und Prof. Dr. Christoph Kleßmann sowie Prof. Dr. Jürgen Kocka. Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich natürlich den Remigrantinnen und Remigranten, die mir mit vielen Hinweisen und ansonsten unzugänglichen Materialien halfen: Prof. Dr. Ernst Engelberg, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski und Prof. Dr. Wolfgang Ruge, drei der Hauptcharaktere dieses Buches, sowie Dr. Marion Einhorn, Dr. Erika Herzfeld, Prof. Dr. Georg Knepler und Prof. Dr. Jan Peters. Das ungewöhnlich warmherzige Interesse dieser Gegner, Opfer und Überlebenden des Nazismus an meiner Forschung wird mir eine lebenslange, wichtige Erinnerung bleiben. Marion Einhorn und Jürgen Kuczynski kann dieser Dank nicht mehr erreichen; sie starben während der Arbeit an diesem Buch.

Unter vielen Gewährsleuten, deren Hilfe ich in Anspruch nehmen durfte, möchte ich Prof. Dr. Theodor Bergmann, Dr. Waltraut Engelberg, Wolfgang Herzberg, Prof. Dr. Georg G. Iggers, Prof. Dr. Fritz Klein, Prof. Dr. Thomas Kuczynski, Gerda und Daisy Mottek, Prof. Dr. Walter Schmidt, Alice Stern und den verstorbenen Prof. Dr. Joachim Petzold nennen. Schließlich danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der im bibliographischen Anhang aufgelisteten Archive und vor allem folgender Bibliotheken: Deutsche Staatsbibliothek/Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Deutsche Bibliothek (Frankfurt a. M.), New York Public Library, Library of Congress (Washington, D. C.). Als besonders wertvoll erwies sich die von Inge Schmöker geleitete Bibliothek des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Christa Schneider, Carsten Dippel und insbesondere Waltraud Peters vom Potsdamer Zentrum leisteten wiederum unschätzbare Hilfe bei der Lektorierung sowie der technischen Herstellung des Manuskriptes.

Die Materialsammlung zu diesem Buch geht bis in das Jahr 1996 zurück. Im September 1999 begann ich die Niederschrift des Textes; ich schloß die Arbeit mit dem unterzeichneten Datum ab.

Berlin und Potsdam, den 31. Januar 2001

Mario Keßler

1. TEIL:

REMIGRANTEN IN DER FRÜHEN DDR-GESCHICHTSWISSENSCHAFT

KAPITEL 1

Einführung

„Wer hat uns denn haben wollen – hier?“, fragte der Remigrant Alfred Kantorowicz, längst im Westen lebend, einen Kritiker, der ihm vorhielt, 1946 die Sowjetische Besatzungszone als Ziel der Rückkehr gewählt zu haben.¹

Kantorowicz wußte, wovon er sprach. Er steht stellvertretend für jene, die im Westen unwillkommene Fremde blieben, im besten Fall mit Nichtachtung bedacht wurden. Im Osten waren sie um den Preis der Anpassung willkommen. Sie verpflichteten sich, wie ihnen allmählich bewußt wurde, einem Regime, dessen Praxis kaum etwas mit den im Exil gehegten Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft zu tun hatte. Wer den Ablösungsprozeß vollzog und der DDR den Rücken kehrte, wurde zunächst im Westen begrüßt. Wer jedoch an beiden Seiten Kritik übte, wie Kantorowicz es auch nach seiner Flucht in den Westen tat, stieß hier wie dort auf Argwohn, ja Feindschaft.² Wer in der DDR blieb und deren Ende noch erlebte, mußte sich Fragen nach der eigenen Verantwortung für das Scheitern dieses Staates stellen.

Die Rückkehr der vom NS-Staat Vertriebenen und ihr Anteil beim Aufbau der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften wird erst seit den letzten Jahren intensiver diskutiert.³ Die Bedeutung zurückgekehrter Wissenschaftler für die einzelnen Fachdisziplinen spielte jedoch bislang kaum eine Rolle.⁴

1 Hans Albert Walter, Das Risiko des Moralisten. Begegnungen mit Alfred Kantorowicz, in: Alfred Kantorowicz, Etwas ist ausgeblieben. Zur geistigen Einheit der deutschen Literatur nach 1945, Hamburg 1985, S. 12.

2 Dabei betonte Kantorowicz den Unterschied zwischen Ausgrenzung im Westen und Verfolgung im Osten; er hatte beides erfahren und sich den erwarteten Repressalien durch Flucht aus der DDR 1957 entzogen.

3 Vgl. zuletzt Andreas Schätzke, Rückkehr aus dem Exil. Bildende Künstler und Architekten in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1999. Die Darstellung von Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000, konnte nicht mehr ausführlich verwertet werden.

4 So in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 9: Exil und Remigration, München 1991; und in: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen (Hg.), Rückkehr und Aufbau. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997. Beachtung finden Wissenschaftler im folgenden Sammelband: Karola Fings/Cordula Lissner (Bearb.), Unter Vorbehalt. Rückkehr aus der Emigration nach 1945, Köln 1997. Im Februar 2000 nahm sich eine Tagung im Einstein-Forum, Potsdam, des Themas, bezogen auf West- wie Ostdeutschland, an.

Dies gilt auch für die Geschichtswissenschaft, eine Fachdisziplin, die mehr als andere öffentliche Aufmerksamkeit beanspruchte und weiter beansprucht. Die Geschichtswissenschaft war in der DDR von herausragender Bedeutung für die Legitimation der SED-Politik. Die Remigranten waren der zentrale Teil in der Gründer-Generation der DDR-Historiker. Ihre Rückkehr wurde von der Partei gewünscht. Dies entsprang durchaus eigennützigen Zielen. Über Remigranten als Historiker in der frühen DDR wird in dieser Arbeit berichtet.

1. Anliegen des Buches

Dieses Buch möchte einen Beitrag zur genaueren Kenntnis der DDR-Geschichtswissenschaft liefern. Von den speziellen Erfahrungen wichtiger Historiker ausgehend, versucht es, auf die folgenden Fragen Antworten zu geben: Was waren die Motive des Handelns der Remigranten? Waren sie Akteure oder Getriebene, Gläubige oder Mitläufer, Verteidiger oder Kritiker des Staates ihrer Wahl – waren sie von allem etwas? Wie war ihr Verständnis von Demokratie und Sozialismus? Wieweit wurden die Remigranten in ihrer Integration gefördert, wieweit behindert? Wie wurden sie Historiker und welche Leistungen erbrachten sie beim Neuaufbau ihrer Disziplin nach der Katastrophe des Nazismus? Wie konnten die Remigranten ihre Erfahrungen des Exils nutzen, wo waren diese Erfahrungen unerwünscht? Wie agierten sie im Spannungsfeld parteipolitischer Vorgaben und wissenschaftlicher Arbeit? Welche Alternativen zur bisher in Deutschland dominierenden Geschichtsdeutung suchten sie zu entwickeln und zu vermitteln? Wie stellten sie sich ihren bundesdeutschen Konkurrenten, wie sich diese zu ihnen?

Die wissenschaftlichen, politischen und (im weiten Sinne des Wortes) kulturellen Erfahrungen des Exils werden anhand von biographischen Studien wichtiger Historiker der frühen DDR nachgezeichnet. Behandelt werden Rückkehrer aus England (Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Hans Mottek), den USA (Albert Schreiner, Karl Obermann), der Türkei (Ernst Engelberg) und der Sowjetunion (Leo Stern, Arnold Reisberg, Wolfgang Ruge). Sie wurden zwischen 1892 und 1917 geboren.⁵ Ihre Lebenswege hätten unterschiedlicher kaum sein können. Dennoch hat die gemeinsame Erfahrung, das Geburtsland verlassen und die Muttersprache aufgeben zu müssen, die wissenschaftliche Arbeit aller mitgeprägt.⁶

Die wissenschaftlichen und politischen Wege der Remigranten vor dem und im Exil, ohne die ihr Handeln in der DDR unverständlich bliebe, finden gebührende Aufmerksamkeit. Das Buch konzentriert sich vorrangig auf die frühe DDR, auf die Hochphase des Kalten Krieges bis zum Jahr 1961; doch wird das Thema, wo immer dies angezeigt schien, über diese Zeitgrenze hinaus weiter ausgeführt.

5 Eine Liste aller in die DDR zurückgekehrten Historiker, die bis zum Jahre 1961 promoviert hatten, findet sich im Anhang dieses Buches.

6 Mit der Auswahl dieser Biographien soll die Arbeit etwa des Indologen Walter Ruben oder des Wirtschaftswissenschaftlers Gerhard Bondi, die auch historisch angelegte Werke schrieben, keineswegs vergessen werden.

Als *Remigranten* gelten in dieser Darstellung grundsätzlich Rückkehrer aus dem jeweiligen Exilland, oft der zweiten oder dritten Station einer unfreiwilligen und ökonomisch drückenden Weltreise.⁷

Im Zentrum dieses Buches stehen Probleme der *wissenschaftlichen* wie der *politischen* Biographie; beide Aspekte lassen sich nur schwer voneinander trennen, wo es um die eminent politische Angelegenheit der Erarbeitung und Vermittlung neuer Geschichtsbilder geht. Die private Sphäre wird nur berührt, soweit dies für das Anliegen der Arbeit von Interesse ist.

Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik: Dies verweist auf den politischen Impetus in der wissenschaftlichen Arbeit sowie auf die grundsätzlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Exilerfahrung genutzt werden konnte – oder auch nicht. Das „geistige Gepäck“, das die Rückkehrer aus ihren Zufluchtsländern mitbrachten, war so voneinander verschieden, wie sie selbst und ihr Werdegang: Nur Ernst Engelberg, Leo Stern und Arnold Reisberg waren bereits vor ihrer Flucht voll ausgebildete Historiker, andere hatten Geschichte im Nebenfach oder verwandte Fächer, von der Ökonomie bis zur Soziologie, studiert und vor dem Exil bereits wichtige Arbeiten veröffentlicht (Alfred Meusel und Jürgen Kuczynski). Konnte Karl Obermann seine Ausbildung zum Historiker im Exil, Hans Mottek sie unmittelbar nach seiner Rückkehr beginnen, so mußte sich Albert Schreiner unter schwierigen Bedingungen seine Kenntnisse autodidaktisch erarbeiten. Arnold Reisberg und Wolfgang Ruge mußten den Weg durch die Stalinschen Lager gehen.

Die Remigranten betraten bei ihrer Rückkehr in den Osten Deutschlands keine *terra incognita* und kein unbewohntes Eiland – auch nicht in bezug auf die Geschichtswissenschaft. Sie fanden dort nichtmarxistische Historiker, von denen einige im „Dritten Reich“ dem Widerstand nahegestanden hatten oder beruflich behindert worden waren, wie Friedrich Schneider (1887–1962), Heinrich Sproemberg (1889–1966) oder Martin Lintzel (1901–1955). Andere hatten, ohne sich für das NS-Regime zu exponieren, wissenschaftlich gearbeitet, so Hans Hausscherr (1898–1960) oder Karl Griewank (1900–1953). Doch auch nazistisch (unterschiedlich) belastete Historiker erhielten die Chance eines beruflichen Neubeginns: Fritz Rörig (1882–1952), Hellmut Kretzschmar (1893–1965), Eduard Winter (1896–1982), Walter Eckermann (1899–1978). Zu den Remigranten stießen die Überlebenden der nazistischen Zuchthäuser und Konzentrationslager: Erich Paterna (1897–1982), Walter Bartel (1904–1992), Walter Markov (1909–1993), Heinrich Scheel (1915–1996). Nicht mehr als Forscher, wohl aber als anerkannter Lehrer arbeitete Hermann Duncker (1874–1960) nach seiner Rückkehr aus den USA. In ihren ersten Erklärungen sprach sich die SED noch für die Zusammenarbeit marxistischer und als bürgerlich bezeichneter Wissenschaftler aus. Seit 1946 wurde jedoch der Alleinvertretungsanspruch des Marxismus-Leninismus immer deutlicher formuliert. Dennoch hofften die Remigranten auf eine wirkliche Kooperation.

Der aus Deutschland vertriebene Marxist Arthur Rosenberg schrieb 1938 über „Die Aufgabe des Historikers in der Emigration“, es komme darauf an, „die gegenseitige Isolierung der sogenannten bürgerlichen und der sozialistischen Historiker zu durchbrechen.“ Sozialisten und Kommunisten, bürgerliche Demokraten und sozial-fortschrittliche Katholiken mußten, so Rosenberg, ihre überlieferten Anschauungen und Kampfformen überprüfen.

⁷ Im Unterschied zum noch in den fünfziger Jahren gebräuchlichen Begriff des Exulanten (vgl. das vom Bibliographischen Institut herausgegebene Fremdwörterbuch, Leipzig 1954, S. 184) wird hier grundsätzlich der modernere Terminus des Exilanten verwendet.

„In undogmatischer und kritischer Arbeit werden die Historiker der Emigration sich gemeinsam bemühen müssen, aus der Negation des Dritten Reiches heraus das positive neue Prinzip deutscher Zukunft für die Geschichtswissenschaft zu entwickeln.“⁸

Rosenberg, der 1943 starb, erlebte nicht mehr das Scheitern seiner Hoffnung; die politischen Verhältnisse im deutschen Nachkrieg standen einem Dialog der Historiker verschiedener Schulen alsbald entgegen. Die gegenseitige Isolierung bürgerlicher und marxistischer Wissenschaftler sollte zum bestimmenden Merkmal der geteilten Geschichtswissenschaft in beiden deutschen Staaten werden.

2. Quellenlage und Forschungsliteratur

Die Darstellung beruht auf den gedruckten und ungedruckten Materialien der Remigranten, namentlich ihren Veröffentlichungen. Diese werden ergänzt durch Autobiographien und Memoiren,⁹ durch Erinnerungen von Schülern und Kollegen, die mitunter auch Gegenspieler waren, sowie durch Mitteilungen über die Remigranten, die in den verschiedenen Archiven aufbewahrt sind.

Die wichtigsten Bestände befinden sich im ehemaligen SED-Archiv, das nunmehr zur „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ gehört. Die verschiedenen SED-Gremien befaßten sich mit der Integration der Rückkehrer, ihrer Überprüfung sowie ihrer Plazierung in unterschiedlichen Bereichen historischer Forschung und Lehre. All dies war Bestandteil der SED-Geschichtspolitik, die sich nicht in der Vorgabe ideologischer Leitlinien erschöpfte.

Einen anderen Charakter besitzen die meisten Spitzelberichte, die nach Öffnung der MfS-Akten für die wissenschaftliche Forschung zugänglich wurden. Noch stärker als das SED-Material dokumentieren sie politische Unterstellungen, die oft mit persönlichen Animositäten einhergingen oder aus diesen erwuchsen. Sie zeigen, wie es um die von der Staatspartei so oft verkündete „kameradschaftliche Arbeitsatmosphäre unter den Genossen Wissenschaftlern“ wirklich stand. Den meisten Niederschriften lassen sich kaum ernsthafte Informationen über die Beobachteten abgewinnen. Sie werfen jedoch ein bezeichnendes Bild auf die Spitzel, die sich oft genug durch Übertreibungen und Mutmaßungen in Szene setzen wollten.

Die Remigranten waren über alle Wendungen und Brüche ihres Lebens hinweg ungemein produktiv; ihre in verschiedenen Archiven gesammelten Nachlässe enthalten den Großteil der für den biographischen Hintergrund unerläßlichen Informationen. Als besonders ergiebig erwies sich der Nachlaß von Alfred Meusel, der im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften aufbewahrt wird und zahlreiche, sonst kaum auffindbare Informationen zur Wissenschaftsentwicklung nach 1945 enthält. Wichtige Materialien

8 Arthur Rosenberg, Die Aufgabe des Historikers in der Emigration, in: Emil Julius Gumbel (Hg.), Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, Strasbourg 1938, S. 213.

9 Ich folge hier Roy Pascal, der zwischen beiden Gattungen gewisse Unterschiede sieht: „Eine Grenze zu ziehen zwischen Autobiographie und Memoiren oder Erinnerungen ist schwer... In der echten Autobiographie konzentriert sich die Aufmerksamkeit des Autors auf die eigene Person, in Memoiren oder Erinnerungen auf andere.“ Roy Pascal, Die Autobiographie. Gehalt und Gestalt, Stuttgart 1965, S. 16.

zum Wirken der Remigranten als Hochschullehrer enthalten ihre – natürlich auch kritisch zu lesenden – Personalakten in den Universitätsarchiven von Berlin, Leipzig und Halle.

Ein Teil der Informationen über die Emigrationsjahre ist in verschiedenen deutschen Archiven zugänglich und konnte durch umfangreiches Material aus den Exilländern, vor allem den USA, ergänzt werden. Weitere Quellen, darunter viele Briefe, befinden sich in Privatbesitz.

Die Veröffentlichungen der Remigranten behandeln politische Zeitthemen sowie Probleme zumeist der Neueren und Zeitgeschichte, auch der Frühen Neuzeit, der Ökonomie, Soziologie und der Militärwissenschaft. Entsprechend dem Charakter nicht nur der DDR-Geschichtsschreibung, wissenschaftliche Informationen mit einer politischen Botschaft zu verbinden, lassen sich die Grenzen zwischen politischer Publizistik und akademischer Forschungsleistung nicht in jedem Fall auseinanderhalten, wenn auch der Schwerpunkt auf die Untersuchung wissenschaftlicher Texte gelegt wird. Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski und Albert Schreiner waren als Buchautoren bereits in der Weimarer Republik tätig, die jüngsten Publikationen von Jürgen Kuczynski, Ernst Engelberg und Wolfgang Ruge stammen aus den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts. Kuczynski, veröffentlichte mehrere Memoirenbände, Tagebücher und autobiographische Reflexionen in Tagebuchform,¹⁰ Karl Obermann publizierte kürzer gehaltene Erinnerungen an das Exil,¹¹ in den nachgelassenen Papieren von Albert Schreiner und Alfred Meusel finden sich gleichfalls Entwürfe für Lebenserinnerungen. Einprägsame Bilder der Remigranten zeichneten Fritz Klein und Joachim Petzold.¹² Generell zurückhaltender äußerte sich Walter Markov.¹³

Dieses Buch will einen Beitrag sowohl zur Geschichte des Exils und der Remigration als auch zur Erforschung der historischen Wissenschaft in der DDR leisten. Bereits 1947 und 1948 veröffentlichten zurückgekehrte Exilanten erste wichtige Bücher über Leben und Arbeit der vom NS-Regime Vertriebenen. Während sich die von Richard Drews, Alfred Kantorowicz und Bruno Kaiser herausgegebenen Textsammlungen auf Schriftsteller konzentrierten,¹⁴ erwähnte F. C. Weiskopf in seinem Überblick „Unter fremden Himmeln“ auch wissenschaftliche Werke, so die historischen Arbeiten von Arthur Rosenberg und Jürgen Kuczynski.¹⁵ Die in den folgenden Jahrzehnten in beiden deutschen Staaten entstehende Exilforschung widmete sich Historikern nur am Rande, so auch die siebenbändige in der

10 Für das Thema dieses Buches besonders wichtig: Jürgen Kuczynski, *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler*, Berlin (Ost)/Weimar 1973; ders., „Ein linientreuer Dissident“, *Memoiren 1945–1989*, Berlin 1992 (Taschenbuchausgabe 1994).

11 Karl Obermann, *Exil Paris. Gegen Kultur- und Bildungsabbau im faschistischen Deutschland*, Berlin (Ost) 1983, S. 8–42.

12 Fritz Klein, *Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 2000; Joachim Petzold (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold), *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, hg. von Martin Sabrow, Potsdam 2000. Zu nennen ist auch das eindrucksvolle Porträt Albert Schreiners bei Alfred Kantorowicz, *Spanisches Tagebuch*, Berlin 1948, S. 215f.

13 *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm*, Berlin (Ost)/Weimar 1989. Vgl. ergänzend: Sven Heitkamp, *Geschichtswissenschaft in Leipzig: Walter Markov zwischen Partei und Professionalität 1946 bis 1958*. Magisterarbeit, Universität Hamburg 1999.

14 Richard Drews/Alfred Kantorowicz (Hg.), *Verboten und verbrannt. Deutsche Literatur – 12 Jahre unterdrückt*, Berlin/München 1947; Bruno Kaiser (Hg.), *Das Wort der Verfolgten. Anthologie eines Jahrhunderts*, Berlin 1948.

15 F. C. Weiskopf, *Unter fremden Himmeln. Ein Abriß der deutschen Literatur im Exil 1933–1947*, Berlin 1948 (Neuausgabe 1981).

DDR ab 1979 herausgegebene Buchreihe „Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil“.¹⁶ Erst kurz vor dem Ende der DDR informierte eine Reihe biographischer Porträts ausführlicher über die Lebenswege zurückgekehrter Historiker, als dies im Rahmen von Würdigungen oder Nachrufen in wissenschaftlichen Zeitschriften und Festschriften üblich ist.¹⁷ In der Bundesrepublik, auch in den USA, erschienen zahlreiche Arbeiten zur Geschichtswissenschaft der DDR, die sich auf inhaltliche Fragen, nicht auf die Lebenswege einzelner Historiker konzentrierten.¹⁸

Daran änderte sich zunächst auch wenig nach der deutschen Vereinigung. Die grundstürzenden historischen Ereignisse veranlaßten eine Reihe von DDR-Historikern zur selbstkritischen Reflexion und zur kritischen Neubessinnung.¹⁹ Doch erst der nunmehr mögliche Zugang zu bisher weitgehend verschlossenen Archiven gestattet überhaupt eine stärker biographisch orientierte Forschung. Ilko-Sascha Kowalczuk erarbeitete 1997 die Beiträge einzelner Historiker in der Konstituierung der DDR-Geschichtswissenschaft. Diese Untersuchung geht von einem systematisch-analytischen Ansatz aus. Kowalczuk wollte „die politische Formierung einer Wissenschaftsdisziplin und ihre Einbindung ins politische und gesellschaftliche System“ nachzeichnen; es ging ihm ausdrücklich nicht um die „Auseinandersetzung mit den produzierten Schriften.“²⁰ Diese Auseinandersetzung bildet einen zentralen Teil des hier vorliegenden Buches. Die Leserinnen und Leser mögen nach der Lektüre entscheiden, inwieweit Kowalczucs Charakterisierung der DDR-Historiker, darunter der Remigranten, als „Parteiarbeiter an der historischen Front“ schlüssig ist. Inzwischen erschienen eine Reihe von Arbeiten, in denen mit diskurstheoretischen Verfahren die Denkmuster und Leitbilder untersucht wurden, die der Geschichtspolitik, vor allem der Aneignung von Vergangenheit in der DDR, zugrunde lagen.²¹ Hierum geht es auch in dieser Darstellung. Doch werden auch die Gründe untersucht, warum Historiker in der DDR genau jene Geschichtspolitik betrieben, die auch ein Jahrzehnt nach dem Untergang des ostdeutschen Staates Gegenstand kontrovers geführter Debatten und immer neuer Forschungsarbeiten ist.

16 Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil. Gesamtdirektion Werner Mittenzwei, 7 Bde., Leipzig 1979 bis 1989.

17 Heinz Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost) 1989, mit Beiträgen über die Remigranten Hermann Duncker, Alfred Meusel, Albert Schreiner und Leo Stern. Vgl. auch Joachim Streisand, Alfred Meusels Weg vom bürgerlich-demokratischen Soziologen zum marxistisch-leninistischen Historiker, in: ZfG, 1975, Nr. 9, S. 1021–1031. Über Hermann Duncker wird der Verfasser dieses Buches demnächst eine biographische Studie veröffentlichen.

18 Dies gilt auch für das umfangreichste (und beste) im Westen erschienene Werk zum Thema: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, 2 Bde., Berlin (West) 1988/90. Vgl. auch die wichtigen im Literaturverzeichnis aufgeführten Arbeiten der Emigranten Andreas Dorpalen und Georg G. Iggers.

19 Vgl. aus der inzwischen umfangreichen Literatur Rainer Eckert u. a. (Hg.), Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992; Konrad H. Jarausch (Hg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991; Karl Heinrich Pohl (Hg.), Historiker in der DDR, Göttingen 1997.

20 Ilko-Sascha Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, S. 21.

21 Diese Arbeiten erschienen namentlich in dem von Martin Sabrow herausgegebenen Sammelband: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln etc. 2000.

KAPITEL 2

Hoffnungsvolle Rückkehr. Eine neue Geschichtswissenschaft und die Remigranten

„Allen ihnen, die seinerzeit aus Deutschland vertrieben wurden, allen deutschen Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern jenseits der Grenzen unserer Heimat senden wir unseren Gruß“, hieß es im Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands vom November 1945. „Die Zeit der Emigration ist zu Ende, innerhalb Deutschlands und außerhalb seiner Grenzen. Laßt Euch sagen, daß Deutschland Eurer bedarf.“¹

Gerade die Linken im Exil mußte ein solcher Aufruf berühren. Der Historiker Karl Obermann, der 1933 nach Frankreich und von dort in die USA hatte flüchten müssen, sah sich in seinen Anstrengungen des Exils bestärkt, „dem fortschrittlichen geschichtlichen Erbe Anerkennung zu verschaffen, Geschichtsbewußtsein zu wecken“.² Obermann wies damit auf Beweggründe seines Arbeitens wie seines Wunsches zur Rückkehr hin.

1. „Mit dem Gesicht nach Deutschland“

Jürgen Kuczynski, der in seinen Memoiren über sich selbst in der dritten Person schrieb, fühlte sich im englischen Exil „mit der deutschen Kultur und ihrer Tradition verbunden; er liebte sie im wahrsten Sinne des Wortes. Dank seiner Erziehung vereinte er kulturellen und später proletarischen Internationalismus und Liebe zur deutschen Kultur, zu Deutschland als natürlicher Basis seines Denkens und Wirkens, seines Lebens. Nie konnte ihm, der so viele Jahre im Ausland verbracht hatte, der so viele Kulturen freudig und voll Genuß in sich aufgenommen, der Gedanke kommen, nicht ‚für immer als Deutscher in Deutschland‘ zu leben. Der Hitlerfaschismus vertiefte dieses nationale Lebensgefühl...“³

1 Zit. nach: Karola Fings/Cordula Lissner (Red.), Unter Vorbehalt. Rückkehr aus der Emigration nach 1945, Köln 1997, S. 164.

2 Karl Obermann, Rolle und Bedeutung der Geschichtsschreibung in der antifaschistischen Publizistik im Exil 1933 bis 1945, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1984, Nr. 3, S. 334.

3 Jürgen Kuczynski, Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin (Ost)/Weimar 1973, S. 393.

Kuczynskis Erinnerung an den kulturellen wie den proletarischen Internationalismus verweist auf die Gründe, die Exilanten zur Rückkehr in das Land bewogen, aus dem sie brutal vertrieben worden waren.⁴ Sie brachten eine Vorstellung von Deutschland mit, für die sie in den Jahren des Exils gedacht und gelebt hatten. Vor allem suchten sie nach einer Alternative zu der im „Dritten Reich“ betriebenen Politik und Wissenschaft.

Alfred Kantorowicz, mit großen Hoffnungen nach Ostberlin zurückgekehrt, schrieb, daß der Kampf der Exilierten „immer mit dem Gesicht nach Deutschland geführt worden ist und immer ein Kampf für Deutschland war... Dieser Kampf muß hier im Lande ausgetragen werden, unter uns Deutschen. Und das ist – um es auf eine Formel zu bringen – der Grund, weshalb wir bei erster Gelegenheit als Deutsche in unser Land zurückkehrten.“⁵

Die politisch der Arbeiterbewegung verbundenen Exilanten – Kommunisten wie Sozialdemokraten – machten nicht nur individuelle Beweggründe für ihre Rückkehrwünsche deutlich, so sehr sie hofften, ihr Leben würde nach den Jahren des Gehetztseins und der ständigen Ungewißheit in nunmehr sichere Bahnen geraten. „Politische Emigranten“, so der amerikanische Germanist Frank Hirschbach, „sahen für sich einen Auftrag, suchten die verlorene Heimat, wollten zwischen Kulturen vermitteln, am Aufbau eines neuen Staates mitarbeiten und eine Wiederkehr des Faschismus verhüten.“⁶

Probleme spezifischer Art entstanden für die nach Ostdeutschland Zurückgekehrten. Was Kuczynski in die Worte vom „kulturellen und proletarischen Internationalismus“ faßte, war auf der Ebene intellektueller Tätigkeit die Verbindung von Wissenschaft und Parteilichkeit. Diese von der Partei geforderte Prämisse historischen Forschens mit dem eigenen Anspruch zu verbinden, erwies sich als problematisch.

2. Volksfront ohne Volk. Deutsche Linke im Exil

Die von Hitler ins Exil getriebenen Kommunisten entwarfen unablässig Pläne für ein neues Deutschland. Der VII. Weltkongreß der Komintern proklamierte als Nahziel die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie. In der offiziellen KPD-Lesart war Deutschland ein Land, dem die Hitler-Diktatur aufgezwungen war, und dessen Menschen auf die erste Gelegenheit warteten, das Regime zu beseitigen. Die Volksfront, ein breites politisches Bündnis aller nichtfaschistischen Kräfte, sollte den Weg zum Sturz Hitlers bahnen. Unter Führung der politisch geeinten Arbeiterbewegung sollten Bauern, städtische Mittelschichten und sogar die „nichtmonopolistischen“ Teile der Kapitalistenklasse beim Sturz des Faschismus zusammenwirken. Zum Schlüsselbegriff wurde die *Demokratische Republik*. Anton Ackermann beschrieb sie als eine Ordnung, die die „allgemeinen demokratischen Aufgaben so weit zu lösen“ habe, daß „die Vorrechte des Großkapitals praktisch beseitigt“

4 Kuczynskis undifferenzierte Verwendung des Begriffes „proletarischer Internationalismus“ zeigt eine Problematik, die im 4. Kapitel dieses Buches angesprochen wird.

5 Alfred Kantorowicz, Mein Platz ist in Deutschland, in: Neue Zeitung, 14. Februar 1947, hier zit. nach: Kantorowicz, Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts. Illusionen-Irrtümer-Widersprüche-Einsichten-Voraussetzungen, Gütersloh o. J., S. 100f.

6 Frank D. Hirschbach, Heimkehr in die Fremde. Zur Remigration deutscher Schriftsteller nach 1945, in: Bernd Lenz/Hans Jürgen Lüsebrink (Hg.), Fremdheitserfahrung und Fremddarstellung in okzidentalen Kulturen. Theorieansätze, Medien/Textsorten, Diskursformen, Passau 1999, S. 332.

seien.⁷ Diese Konzeption einer „Demokratie neuen Typs“ verschwand nach dem Hitler-Stalin-Pakt und der Wiederaufnahme der Agitation gegen die Sozialdemokratie. Sie wurde jedoch nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wieder offizielle Politik.

Die bündnispolitischen Empfehlungen blieben indes auffällig unspezifisch. Sie richteten sich an einen sozial äußerst heterogenen Adressatenkreis, so im Aufruf zur Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland im Juli 1943. Das Manifest rief zur Bildung einer „wahrhaft deutschen Regierung“ auf, die „aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen“ solle. Das Ziel sei eine „starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keime erstickt.“ Die „Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes“ müsse garantiert werden.⁸

Dieser Orientierung entsprachen die im Rundfunksender „Freies Deutschland“ verbreiteten Beiträge zur deutschen Geschichte.⁹ Zu den porträtierten Gestalten gehörten im ersten Halbjahr 1944 Fichte, Lessing und Arndt, Schiller, Stein und Gneisenau, Hutten, Hölderlin und Luther, Heine, der zeitgenössische Schriftsteller Ernst Wiechert und der Schweizer Gottfried Keller.¹⁰ Ernst Hadermann, der in einer Odyssee durch beinahe alle politischen Lager wanderte,¹¹ sah beispielsweise am 28. Mai 1944 Gotthold Ephraim Lessing als „Kämpfer für die Wahrheit und für die Freiheit des Geistes“, als „Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheitsbewegung“. Die „Dunkelmänner von heute, die nationalsozialistischen Machthaber“, trieben einen unerhörten Mißbrauch mit Lessing, indem sie ihn für sich beanspruchten. Aber „sie tun in allem das Gegenteil von dem, was Lessing forderte“. Hadermann schloß mit der Gewißheit, „daß unser Volk sich freischlagen wird von diesen Verderbern.“¹² Doch die Hoffnungen, die Deutschen könnten aus eigener Kraft mit dem Nazismus brechen und das Hitler-Regime stürzen, waren vergebens. Die Volksfront blieb – gewissermaßen – eine Front ohne Volk. Die Mehrheit der Deutschen folgte ihrem „Führer“ vom totalen Krieg bis in die totale Niederlage. Dieser entzog sich schließlich durch Selbstmord seiner Aburteilung, jene mußten sich ihrer Verantwortung nach dem 8. Mai 1945 stellen. Als die deut-

-
- 7 Anton Ackermann, in: *Die Internationale*, 1937, Nr. 3/4, S. 36ff., zit. nach Arnold Sywottek, *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946*, Düsseldorf 1971, S. 74.
 - 8 Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmacht und das deutsche Volk vom 12./13. Juli 1943, zit. in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 576f.
 - 9 Zur Geschichtsdiskussion im Nationalkomitee Freies Deutschland vgl. Werner Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild. Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution*, Berlin (Ost) 1970, S. 134ff.
 - 10 Vgl. Gerald Diesener, *Geschichtspropaganda im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – neue Forschungsergebnisse*, in: Werner Berthold u. a. (Hg.), *Geschichte des Marxismus-Leninismus und der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft 1917–1945. Wege zu ihrer Erforschung und Darstellung*, Leipzig 1985, S. 136–141. Diesener wertete die Protokolle des Senders aus.
 - 11 Hadermann, zunächst USPD-Mitglied, war später der NSDAP beigetreten. Über das Nationalkomitee Freies Deutschland gelangte er zur KPD und zur SED. Vgl. Gerd Hohendorf, Ernst Hadermann (1896–1968), in: Ders. u. a. (Hg.), *Wegbereiter der neuen Schule*, Berlin (Ost) 1989, S. 98–105. Vgl. weiterhin Gerald Diesener, *Antifaschismus als zentrale Lebenserfahrung: Ernst Hadermann (1896–1968)*, in: *Rostocker Wissenschaftshistorische Manuskripte*, Heft 17, 1989, S. 42–46, sowie Joachim Petzold (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold), *Ideale und Idole zwischen Hitler und Stalin. Dresdener Oberschüler auf dem Wege aus dem Dritten Reich in die DDR*, Potsdam 1997, S. 157–159 und passim.
 - 12 Zit. nach: Diesener, *Geschichtspropaganda ...*, S. 138.

schen Antifaschisten aus dem Exil zurückkehrten, spürten sie, wie stark zwölf Jahre der Nazierrschaft Deutschland verändert hatten. Was war zu tun? Es galt vor allem, den Deutschen ein anderes historisches Denken zu vermitteln.

3. Der Weg in das Nachkriegsdeutschland. Die Geschichtsdebatten der KPD

Vereinfacht möchten manche in der KPD der Exil- und Kriegsjahre eine bloße Befehlsempfängerin Moskaus sehen, ein anderes Klischee nennt die deutschen Kommunisten jeder kontroversen Diskussion unfähig, wenn es nicht eine von der Zentrale befohlene Kampagne sei. Die Folgen der Stalinisierung von KPD und Komintern sind in der Tat kaum zu überschätzen.¹³ Innerhalb des KPD-Exils gab es aber konträre Debatten über die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Zukunft eines von Hitler befreiten Deutschland. Die kommunistische Faschismustheorie sollte in praktische Politik umgesetzt werden, wo es um die Zukunftsplanung für ein Deutschland nach Hitler ging. Dabei entbrannten die unterschiedlichen Meinungen besonders, wenn es um eine angemessene Haltung gegenüber den Naziverbrechen und der Mitverantwortung des deutschen Volkes ging. Für die gegensätzlichen Standpunkte stehen die akzentuierten Thesen zweier wichtiger KPD-Politiker: von dem in London lebenden Wilhelm Koenen und von Paul Merker, der im mexikanischen Exil ein wichtiger Publizist geworden war.¹⁴

Einige Mitglieder der von Koenen geleiteten KPD-Gruppe in London verloren im Verlauf der Jahre 1943 und 1944 die Hoffnung auf eine Selbstbefreiung des deutschen Volkes. Sie erlitten unmittelbar die Folgen der von den Nazis propagierten „Luftschlacht über England“ und vermuteten, die Mehrheit der Deutschen stünde hinter den Nazis. Am 4. September 1940 hatte Hitler im Berliner Sportpalast dem britischen Volk die Luftbarbarei mit den Worten angedroht, von nun an werde man Englands Städte „ausradieren“.¹⁵ Der hysterische Jubel einer fanatisierten Menge schien die von den Nazis behauptete Einheit von „Führer“ und „Volksgemeinschaft“ zu bestätigen.

Koenen und seine Gruppe sahen in ihrer Zeitschrift „Freie Tribüne“ eine „Mitbeteiligung und Mitschuld des ganzen deutschen Volkes an den ungeheuerlichen Grausamkeiten des deutschen Faschismus.“¹⁶ Die Vernichtungslager in Polen, die „zahllosen Verbrechen, die

13 Dies ist auch das Hauptthema eines Buches des Verfassers: *Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung*, Hamburg 1999.

14 Ich folge hier Liselotte Maas, „Unerschüttert bleibt mein Vertrauen in den guten Kern unseres Volkes“. Der Kommunist Paul Merker und die Exil-Diskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: Thomas Koebner u. a. (Hg.), *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit*, Opladen 1987, S. 181–189. Vgl. weiterhin dies., Paul Merker und die Exildiskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: *BzG*, 1990, Nr. 2, S. 153–160, sowie Wolfgang Kießling, *Im Widerstreit mit Moskau: Paul Merker und die Bewegung Freies Deutschland in Mexiko*, in: Ebenda, 1992, Nr. 3, S. 29–42 (Wiederabdruck in: ders., *Partner im „Narrenparadies“*. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 189–206).

15 Olaf Groehler, *Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1970*, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1977, S. 270f.

16 *Freie Tribüne*, 1943, Nr. 5, S. 1. Dieses und die folgenden Zitate aus der Zeitschrift nach Maas, *Unerschüttert ...*, S. 182f.

von Deutschen in allen Ländern Europas begangen oder geduldet wurden“,¹⁷ zeigten ihnen: Das beschworene und erhoffte „andere Deutschland“ war nur ein „Wunschbild“, das der deutschen Wirklichkeit nicht entsprach.¹⁸ Das Vorrücken der Alliierten in Deutschland zerstöre „auch die letzten Illusionen ... Nicht mit Blumensträußen – mit Handgranaten und Heckenschützen empfangen die Deutschen im Osten und Westen die einmarschierenden Freiheitsarmeen der Alliierten. Statt jubelnder Menschenmassen – der Strom der Flüchtlinge ins Innere des Reichs. Statt Unterstützung der Alliierten – Widerstand oder zumindest tatenlose Gleichgültigkeit.“¹⁹

Die „gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes“, so argwöhnten sie, stehe „mit Enthusiasmus“ hinter Hitler, ein großer Teil der Deutschen werde selbst nach der totalen militärischen Niederlage alles daransetzen, „den Faschismus als eine starke politische Kraft in Deutschland zu erhalten.“ Die Arbeiterklasse, so der Befund, „einst erfüllt vom Gedanken internationaler Solidarität“, sei „zu einer der wesentlichsten Stützen des Nationalsozialismus herabgesunken.“²⁰ Eine radikale politische Umerziehung und ein neues deutsches Geschichtsdenken seien notwendig. Dabei müsse die „Legende vom hitlerfeindlichen deutschen Volk“ zerstört werden.²¹

Auch Paul Merker zweifelte nicht daran, daß Millionen in Deutschland, auch Arbeiter, zu Anhängern Hitlers geworden waren, doch sah er die Gründe dafür weniger in einem „Verrat“ einzelner Arbeiter während der Nazizeit. Vielmehr nannte er „zurückliegende Fehler“ der Arbeiterbewegung. Dies schloß ein Nachdenken über die Politik der KPD vor 1933 ein. „Beiträge zur Geschichte müssen schonungslos sein“, schrieb er in seinem Hauptwerk „Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?“. „Die Zukunft ist immer auch ein Stück Vergangenheit. Die Zukunft kann sich auch nur dann besser und glücklicher gestalten, wenn die Fehler der Vergangenheit rückhaltlos aufgedeckt werden. Aussprechen was ist und was war, ist von jeher das beste Heilmittel gewesen.“²² Merker sah einen prinzipiellen Unterschied zwischen dem Nazismus und dem deutschen Volk. Der Zweck seines Buches sei es, das „Wesen und Wirken der reaktionärsten Kräfte Deutschlands im nationalen und internationalen Maßstab aufzuzeigen, dem Volke zu sagen, von welcher skrupellosen Gangsterbande es regiert, terrorisiert und betrogen wurde.“ Seine Schrift solle „dereinst als Baumaterial für eine endgültige geschichtliche Darstellung Verwendung“ finden.²³

Koenens Verdammungsurteil der deutschen Arbeiter war in Merkers Augen, wenn auch ungewollt, eine „Entlastung der für die Tragödie unseres Volkes wirklich Verantwortlichen, eine Entlastung verräterischer Führer ehemaliger politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, eine Entlastung der Monopolkapitalisten, Junker und der nazistischen Gangster. Die Mitverantwortung des deutschen werktätigen Volkes an den Verbrechen des Hitlerregimes besteht vor allem in der Tatsache, daß es dieses zur Macht kommen ließ, und daß es

17 Freie Tribüne, 1944, Nr. 11, S. 1.

18 Ebenda, 1944, Nr. 8, S. 2.

19 Ebenda, 1944, Nr. 11, S. 2.

20 Wann dieser Gedanke der internationalen Solidarität verschwand, blieb in diesem Aufsatz offen.

21 Ebenda, 1945, Nr. 1, S. 1–3.

22 Paul Merker, Deutschland – Sein oder Nicht-Sein? Bd. 1: Von Weimar zu Hitler, Mexico, D. F. 1944, S. 13. Vgl. auch ders., Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890–1920, Berlin 1949. Trotz umfangreicher Vorarbeiten Wolfgang Kießlings bleibt eine wissenschaftliche Biographie Paul Merkers eine dringend zu lösende Aufgabe.

23 Paul Merker, Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?, Bd. 2: Das 3. Reich und sein Ende, Mexico, D. F. 1944, S. 15.

dem nazistischen Überfall auf die Sowjetunion nur einen kaum sichtbaren Widerstand entgegenstellte. Die Schuld daran aber tragen diejenigen, die eine rechtzeitige und einheitliche Aktion gegen den Nazismus vor 1933 unmöglich machten.“²⁴ Merker sah die Mitverantwortung des deutschen Volkes für Hitlers Aufstieg. Doch im Gegensatz zu Koenen unterschied er zwischen aktiver Schuld im Sinne politischen Handelns und einer moralischen Verantwortung. Wie könne, so Merkers Frage an Koenen, die kommunistische Bewegung in Deutschland Regierungsverantwortung übernehmen, wenn sie sich nur auf eine winzige demokratische Minderheit stütze? Habe die deutsche Arbeiterklasse wirklich „Verrat“ geübt? Müsse man nicht viel eher von Versagen sprechen?

Die unterschiedlichen Auffassungen lassen sich unter dem damals gängigen Stichwort des Streits um die „Miserekonzeption“ zusammenfassen. Dies bedeutete, die möglichen – wenngleich nicht realisierten – alternativen Entwicklungslinien deutscher Geschichte rigoros zu verneinen. Es bleibt festzuhalten, daß eine solche Auffassung innerhalb der KPD nie mehrheitsfähig wurde.²⁵

In der Kontroverse zwischen Koenen und Merker kamen alle entscheidenden Fragen zur Sprache, um die sich in diesen Jahren die Geschichtsdebatten drehten. Diese Fragen spiegelten sich auch in den Richtlinien der Moskauer KPD-Führung wider, die am 6. Februar 1944 einen Beschluß „zur Durcharbeitung einer Reihe politischer Probleme des Kampfes für den Sturz Hitlers und der Gestaltung des neuen Deutschlands“ faßte. Darin schlug sie die Bildung einer Arbeitskommission und im gegebenen Fall spezieller Unterkommissionen zu einzelnen Sachgebieten vor. Die Arbeitskommission, der die wichtigsten KPD-Politiker angehörten, sollte konzeptionelle Richtlinien zur „ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes“ entwerfen.²⁶ Am 25. September 1944 sprach Johannes R. Becher in der Kommission zu Fragen der Kulturpolitik in einem befreiten Deutschland: Die Totalniederlage erfordere eine Totalkritik auf allen Gebieten. Die Umerziehung müsse vor allem tief verwurzelte Vor- und Fehlurteile in bezug auf die Kriegsschuldfrage, die Geschichte der NSDAP und die geschichtliche Bedeutung Hitlers ausräumen. Nötig sei eine „Kritik der Geschichte der letzten dreißig Jahre. Dabei komme dem neuen Geschichtsbild eine herausragende Stellung zu. Deshalb sei vor allem die Lehrerschaft, einschließlich der Hochschullehrer, zu gewinnen. Denn: „Wer die Schulbücher schreibt, schreibt Geschichte.“²⁷

Nach der Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes schalteten sich zurückgekehrte KPD-Politiker in die Debatten um ein anderes Geschichtsdenken ein. Dies waren vor allem Walter Ulbricht, Albert Norden, Alexander Abusch und Anton Ackermann.

24 Paul Merker, An meinen Bruder in London, in: *Freies Deutschland*, 1944/45, Nr. 6, S. 6ff. Hierzu Wilhelm Koenen, An meinen Bruder in Mexiko, in: *Ebenda*, 1944–45, Nr. 10, S. 37ff.; Paul Merker, Antwort an Wilhelm Koenen, in: *Ebenda*, S. 39ff.

25 Vgl. zu dieser Problematik Werner Berthold, Zum Kampf der KPD gegen die faschistische Geschichts-ideologie und die Miserekonzeption in der deutschen Geschichte 1939–1945, in: *ZfG*, 1969, Nr. 6, S. 689–703.

26 Die Richtlinien sind dokumentiert in: Peter Erler u. a. (Hg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 77–83.

27 Abdruck der Rede Bechers ebenda, S. 233–237. Zum Gesamtkomplex vgl. auch Werner Berthold, Konzipierung von Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte in der Arbeitskommission des Politbüros des ZK der KPD und in ihrem Auftrag (1944/45), in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 3, Berlin (Ost) 1969, S. 307–321.

Walter Ulbricht, bei Kriegsende der zweifellos wichtigste Politiker der KPD, brachte aus dem Moskauer Exil ein Manuskript mit, das unter dem Titel „Die Legende vom deutschen Sozialismus“ als eines der ersten Bücher nach dem Sturz des Hitler-Regimes herauskam. Bis zum Dezember 1945 wurden 50.000 Exemplare ausgeliefert, bis Januar 1947 kamen weitere 300.000 Exemplare hinzu.²⁸ Ab 1952 erschien es mit dem Titel „Der faschistische deutsche Imperialismus“. Der ursprüngliche Name bezog sich noch auf Ulbrichts Anliegen, den Irrglauben zurückzuweisen, der Nationalsozialismus habe etwas mit Sozialismus zu tun.

Für Ulbricht war der Nationalsozialismus weder national noch sozialistisch, sondern eine „offene Terrorherrschaft der reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des deutschen Finanzkapitals“, womit er die Faschismus-Auffassung der Komintern zum verbindlichen Maßstab der historischen Analyse erhob.²⁹ Das Regime Hitlers sei nicht nur Ausdruck eines verhängnisvollen deutschen Sonderweges, es war mehr noch das extreme Resultat der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Dennoch stellte Ulbricht den Nationalsozialismus in den Kontext der deutschen geschichtlichen Entwicklung. Das „Hitlerregime“ sei die „Zusammenfassung, Entwicklung, Vertiefung alles Reaktionären in der deutschen Geschichte“, der Endpunkt einer Kette von Niederlagen der demokratischen Kräfte. Diese seien im Bauernkrieg und in der Reformation, in den Revolutionen von 1848/49 und 1918/19 von der Reaktion besiegt worden.³⁰ Den deutschen Demokraten sei es nicht gelungen, die bürgerlich-demokratische Revolution durchzuführen und die Reichseinigung „von unten“ zu vollziehen. Die Einigung „von oben“ sei unter dem Diktat der reaktionären Junker und des Militarismus erfolgt. Der deutsche Imperialismus habe sich von Anfang an durch extremen Chauvinismus ausgezeichnet. Seine Expansionspläne seien zwar auf den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gestoßen, deren Führung habe sich jedoch 1914 als unfähig erwiesen, den deutschen Imperialismus aufzuhalten. 1918 habe es schließlich noch keine revolutionäre Partei gegeben, die sich an die Spitze des Massenkampfes für eine revolutionäre Lösung der Krise des Imperialismus und der Nation habe setzen können. In einer neueren amerikanischen Arbeit wird Ulbrichts Buch als eine „marxistische Variante der These vom deutschen Sonderweg“ bezeichnet.³¹

Albert Nordens Arbeit „Lehren deutscher Geschichte“, die 1947 erstmals auf Deutsch erschien, beruhte, was die Leser nicht wußten, zu Teilen auf einem geistigen Diebstahl. Unter dem Titel „The Lessons of Germany“ war es 1945 in den USA erschienen. Als Verfasser standen neben Norden auch Gerhart Eisler und Albert Schreiner auf dem Deckblatt des Originals. Schreiner selbst hatte – nach eigenen Angaben – zumindest die wichtigsten historischen Abschnitte geschrieben.³² Doch Norden wußte, als er sich zum Alleinautoren des Manuskriptes erklärte, daß er bei einer möglichen Auseinandersetzung gegenüber Eisler wie Schreiner am längeren Hebel saß: Eislers Schwester Ruth Fischer war damals *die* antikomunistische Scharfmacherin, die sich nicht scheute, ihren Bruder beim amerikanischen

28 Die Zahlen nach Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998, S. 46.

29 Walter Ulbricht, *Der faschistische deutsche Imperialismus (1933–1945)*, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1952, S. 99.

30 Ebenda, S. 100f.

31 Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 48.

32 So Schreiner in seinem Publikationsverzeichnis, enthalten in: UA Leipzig, Nr. 271, PA A. Schreiner, Bl. 10. Vgl. das 6. Kapitel dieses Buches. In Schreinners Nachlaß befindet sich das Originalmanuskript des Buches mit der Angabe der drei Autoren. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4198/33.

Geheimdienst zu denunzieren, und Albert Schreiner war als ehemaliges Mitglied der anti-stalinistischen KPDO und Verfasser scharfer Kritiken der KPD politisch immer gefährdet. Nordens Verhalten gab einen Vorgeschmack auf die Formen und den Stil innerparteilicher Konkurrenzkämpfe. Das Buch enthielt als Lehre deutscher Geschichte, daß die Arbeiterklasse sich nicht wieder spalten dürfe, was nach der Vereinigung von KPD und SPD den Hoffnungen vieler entsprach.³³

„Der Irrweg einer Nation“ war nicht nur der Titel der bekanntesten Schrift von Alexander Abusch. Er bezog sich auch auf das gebrochene Selbstbewußtsein der Deutschen, der Nation, über die ein zeitgenössischer amerikanischer Beobachter schrieb: „In ihrer Niederlage sind die Deutschen noch isolierter denn je. Sie gehören nicht mehr zur Völkergemeinschaft, sie sind ein ausgestoßenes, beisspiellos verfluchtes und gefürchtetes Volk.“³⁴ Abusch urteilte genauso hart, doch wies er auf künftig bessere Möglichkeiten hin: „Weil Hitler in Deutschland zur Macht kommen konnte, wurde der deutsche Name am Ende des zweiten Weltkrieges zum meistgehaßten in der Welt. Doch Hitlers Ende in Blut und Schande auf dem Trümmerfeld Deutschlands ist nicht das Ende der deutschen Nation, so tief auch ihr Absturz sein mag. Um zu wissen, wohin Deutschland nun gehen soll, muß geklärt sein, woher das Deutschland Hitlers kam.“³⁵

Abusch betonte die verheerenden Langzeitwirkungen der gescheiterten demokratischen Revolutionen für die deutsche Geschichte. Mit Nachdruck verwies er jedoch auf die Möglichkeiten alternativer Entwicklungen, die er noch am Ende der Weimarer Republik sah. Die Einheit der beiden Arbeiterparteien hätte diese damals zum politisch stärksten Faktor gemacht. „Zum Unterschied von der stimmungsmäßig aufgeblähten Nazipartei hatten die Arbeiterparteien ihren soliden Rückhalt in einer wissenschaftlich begründeten Ideenwelt und in festgefügtten Organisationen mit Millionen geschulter Anhänger. Die Arbeiterparteien konnten in dem demokratischen Flügel der katholischen Zentrumspar tei ihren natürlichen Kampfgefährten sehen.“ Ein entschlossenes Auftreten von Hitlers Gegnern, verbunden mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, hätte, so Abusch, „Millionen verzweifelter Nachläufer der Nazis auf die Seite der Demokratie gerissen“ und Alternativen im geschichtlichen Prozeß aufgezeigt.³⁶ Abusch erinnerte an den Kapp-Putsch von 1920, als die Arbeiterparteien den antidemokratischen Staatsstreich abwehren konnten. Auch wenn die moderne Forschung über die Siegeschancen gegen die faschistische und antidemokratische Rechte am Ende der Weimarer Republik zu vorsichtigeren Urteilen gelangt ist,³⁷ bleibt Abuschs Plädoyer für eine Sicht auf Alternativen im Geschichtsprozeß bemerkenswert. Diese Art der kritischen Selbstbesinnung appellierte keineswegs an nationalen Nihilismus, sondern an Möglichkeiten demokratischer Kräfte, die Pläne der vereinten Reaktion zu durchkreuzen.³⁸

33 Albert Norden, *Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker*, Berlin 1947, S. 268.

34 Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland*, Frankfurt a. M. 1999, S. 335 (amerikanische Ausgabe 1946).

35 Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation*, Berlin 1946. Hier und im folgenden zitiert nach der dritten, um ein Nachwort ergänzten Ausgabe von 1949, Zitat S. 6.

36 Ebenda, S. 242.

37 Vgl. z. B. Joachim Petzold, *SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik. Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten?*, in: Heinrich August Winkler (Hg.), *Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen*, München 1992, S. 77–98.

38 Auch Werner Berthold (*Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR. Vorgeschichte, Konfrontationen und Kooperationen*, in: Ernst Schulz (Hg.), *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem*

Dabei sparte Abusch nicht mit kritischen Bemerkungen auch an die Adresse der KPD, die sich zu spät für eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie eingesetzt habe. „Die alles überragende Aufgabe für das deutsche Volk“ sei es nunmehr, „die sozialen Träger der Aggression für immer aus dem Leben der Nation zu beseitigen. Die neue deutsche Demokratie wird antiimperialistisch sein. Anders als der Staat von Weimar wird sie im Volke verankert sein: in der sozialistischen Arbeiterbewegung, die den demokratischen Kampf gegen das Preußentum und den Wilhelminismus geführt hat, und in den anderen demokratisch-antifaschistischen Parteien und Organisationen, denen der Hitlerismus zu einer unvergeßlichen Warnung wurde.“ Die neue deutsche Demokratie sei eine „Republik mit Republikanern“, dies vor allem unterscheide sie von Weimar.³⁹

Abuschs Buch zeigt eher das politische Suchen des Autors statt das Formulieren von Gewißheiten. Die sowjetische Besatzungsmacht stand 1945 mit der Umgestaltung Ostdeutschlands in ihrem Sinn noch ganz am Anfang.⁴⁰ Die politischen Äußerungen führender KPD-Funktionäre und der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 spiegelten diese Anfangssituation, die noch Raum für demokratische Zielvorstellungen offenließ. „Wir sind der Auffassung“, so eine berühmte Passage des Aufrufs, „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“⁴¹ Der Einschub „in der gegenwärtigen Lage“ ließ andere Optionen unter veränderten äußeren Bedingungen zu. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Aufruf der SPD fallen ins Auge.

Der Zentralausschuß der SPD wandte sich am 15. Juni 1945 an die Öffentlichkeit. Auch die SPD betonte, „daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.“ Doch während die KPD die „Enteignung des gesamten Vermögens

Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989, S. 44) widersprach der Auffassung, Abuschs Buch sei ein Beispiel für die „Miserekonzeption“ gewesen. Gerhard Lozek (Die deutsche Geschichte 1917/18 bis 1945 in der Forschung der DDR (1945 bis Ende der sechziger Jahre), in: Ebenda, S. 201) bezeichnete das Buch als „das herausragende Werk zur deutschen Geschichte“ jener Zeit.

39 Abusch, S. 274.

40 Das Ausmaß der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umgestaltung schildern am genauesten Norman Naimark, Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1999; Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. Aufl., München 1995; Rolf Badstübner, Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999. Für eine umfassende Bestandsaufnahme vgl. auch Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990 (im folgenden: SBZ-Handbuch).

41 Der Aufruf benannte auch die Mitschuld breiter Volksmassen, die „das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.“ Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Lothar Berthold/Ernst Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin (Ost) 1964, Zitate S. 193f. und 196.

der Nazibonzen und Kriegsverbrecher“ sowie die „Liquidierung des Großgrundbesitzes“ gefordert hatte – Großbauern seien davon auszunehmen –, ging die SPD einen entscheidenden Schritt weiter. Ihre Forderungen waren: „Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen und der Bodenschätze. Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft. Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus. Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden. Scharfe Begrenzung der Verzinsung aus mobilem Kapital.“⁴²

Die programmatischen Dokumente beider Arbeiterparteien zeigen, wie wichtig der Demokratie-Gedanke in der Mitgliedschaft beider Arbeiterparteien war. Unmittelbar nach der Überwindung des Nationalsozialismus konnte keine politische Kraft auch nur den Anschein erwecken, sie strebe eine Gesellschaftsordnung an, in der Politik, Wissenschaft und Kunst wiederum in den Dienst antidemokratischer Kräfte gestellt würden. Die Pläne der sowjetischen Besatzungsmacht und der von ihr abhängigen KPD-Führung, die auf Umgestaltung Ostdeutschlands nach dem Sowjetmodell zielten, wurden noch nicht publik gemacht.

Im Februar 1946 waren bereits andere Töne zu hören. Der aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte Anton Ackermann, damals einer der führenden Köpfe seiner Partei, brachte auf der Kulturtagung der KPD zwar noch den gesamten demokratischen Forderungskatalog vor, wie Kunst und Wissenschaft zu entwickeln seien. „Freiheit für Wissenschaft und Kunst bedeutet“, so sagte er, „daß dem Gelehrten und Künstler kein Amt, keine Partei und keine Presse dreinzureden hat, solange es um die wissenschaftlichen und künstlerischen Belange geht. Über dieses Recht soll der Gelehrte und Künstler uneingeschränkt verfügen. Die Freiheit für den Wissenschaftler, die Wege der Forschung einzuschlagen, die er selbst für richtig hält, die Freiheit für den Künstler, die Gestaltung der Form zu wählen, die er selbst für die einzig künstlerische hält, soll unangetastet bleiben.“ Ausgeschlossen sei dabei die Möglichkeit, „Zoten über den Humanismus, die Freiheit und Demokratie oder über die Idee der Völkergemeinschaft zu reißen“, so Ackermann weiter. „Hier sind die Grenzen der Freiheit gezogen, über die hinauszugehen den Tod aller Freiheit und Demokratie bedeuten würde. Das haben wir von 1918 bis 1933 bitter genug erfahren...“⁴³

Doch setzte Ackermann im Schlußwort auf der Tagung dem von ihm verkündeten Pluralismus bereits enge Grenzen. „Ein anderer Geist, eine andere Ideologie“ müsse nach der Zerschlagung des Nazismus „in die Köpfe der Menschen einziehen.“

Wie dieser Geist und diese Ideologie beschaffen sein sollten, sprach er unmißverständlich aus: „Keine andere Ideologie aber ist der ‚Nazi-Ideologie‘ mehr entgegengesetzt und vernichtender für diese als der wissenschaftliche Sozialismus, die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin. Keine Weltanschauung ist stärker als die Weltanschauung der sozialistischen Bewegung. Ihr muß und wird der Erfolg gehören, wenn wir sie uns in ihrem ganzen Reichtum aneignen und sie richtig anzuwenden verstehen.“ Er sei fest davon überzeugt, so Ackermann weiter, „daß wir nicht nur die breiten Massen des Volkes, sondern auch breiteste Schichten der Intelligenz gewinnen werden, weil ich an den Marxismus-Leninismus glaube,

42 Aufruf des Zentralausschusses der SPD zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands (15. Juni 1945), zit. nach: Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 4. Aufl., Bonn 1986, S. 416.

43 Anton Ackermann auf der Kulturtagung der KPD, 3.–5. Februar 1946, zit. nach: Hermann Weber (Hg.), *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*, 3. Aufl., München 1987, S. 62.

der allmächtig ist, weil er wahr ist.“⁴⁴ Dies war bereits der Anspruch des zum Stalinismus herabgewürdigten Marxismus – formuliert als quasi-religiöser Glaubenssatz, der um jeden Preis in praktische Politik umgesetzt werden sollte.

Auf dem 15. Parteitag der KPD, der zur Vereinigung mit der SPD führte, forderte Ackermann im April 1946, die Kommunisten müßten ihre Haltung zur deutschen Geschichte und zur Geschichte überhaupt überprüfen. Bisher habe sich die KPD nur mit den revolutionären Kämpfen des Volkes beschäftigt. Nun stehe man vor neuen Aufgaben, die ein Anknüpfen an alle fortschrittlichen Traditionen erforderten. Man müsse alle wahrhaft großen Geister, alle fortschrittlichen Leistungen anerkennen und würdigen, „um mit desto größerer Energie alle reaktionären Züge in der Vergangenheit unseres Volkes aufzudecken und die reaktionären Geschichtslügen und Entstellungen für alle Geschichtsepochen zu entlarven. Es ist klar, daß sich hier für den marxistischen Historiker ein neues, weites und segensreiches Betätigungsfeld erschließt.“ Der Redner ließ keinen Zweifel daran, daß nur der Marxismus, der auf Marx, Engels, Lenin und Stalin beruhe, hier den richtigen Weg weisen könne.⁴⁵

Ackermann hielt auch das Hauptreferat auf der Historiker-Tagung, die vom 21. bis zum 23. Mai 1946 im Senatssaal der Berliner Universität stattfand. Erstmals trafen sich SED-Funktionäre mit marxistischen und anderen Historikern.

4. Die SED-Geschichtspolitik und die Historiker

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, die unter sowjetischer Kontrolle Regierungsaufgaben übernahm, hatte zur Tagung in der Berliner Universität eingeladen. Von den fünfzig Teilnehmern waren gut die Hälfte ausgebildete Historiker, darunter der aus Bonn angereiste Marxist Walter Markov, und der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski. Ernst Niekisch, wenngleich kein Marxist, hatte sich der SED angeschlossen.⁴⁶ Unter den nichtmarxistischen Historikern sind Fritz Hartung, Friedrich Baethgen, Robert Holtzmann, Heinrich Mitteis und Friedrich Schneider zu nennen. Auch der Leipziger Johannes Kühn hatte einen Beitrag vorbereitet. Im Hinblick auf seine vor 1945 verfaßten Schriften wurde ihm jedoch nahegelegt, nicht aufzutreten.⁴⁷ Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung war vertreten durch ihren Präsidenten Paul Wandel, die Vizepräsidenten Erwin Marquardt und Theodor Brugsch sowie den Physiker Robert Rompe, den Abteilungsleiter für Hochschulen und Wissenschaften. Auch die Pädagogen Heinrich Deiters, Wilhelm Heise und Ernst Hadermann sowie die Rektoren der Universitäten Berlin und Leipzig, Johannes Stroux und Hans-Georg Gadamer, nahmen an der Konferenz teil. Unter den Offizieren der SMAD befand sich K. K. Metropolski, der Leiter des Sektors Schulen. Der sowjetische

44 Zit. ebenda, S. 63f.

45 Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der KPD, 19. und 20. April 1946, Berlin 1946, S. 110f.

46 Das folgende vor allem nach Anke Huschner, *Deutsche Historiker 1946*. Aus dem Protokoll der ersten Historiker-Tagung in der deutschen Nachkriegsgeschichte vom 21. bis 23. Mai 1946, in: *ZfG*, 1993, Nr. 10, S. 884–918. Vgl. auch Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, S. 222ff., sowie Petzold, *Ideale und Idole*, S. 157ff.

47 Vgl. Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, S. 231.

Vertreter und die Repräsentanten der administrativen Gremien hielten sich in der Debatte bemerkenswert zurück.

Den Hauptvortrag hielt der SED-Politiker Anton Ackermann. Das Referat stand unter dem Thema „Die gegenwärtige Lage Deutschlands und ihre Bedeutung für die Geschichtswissenschaft“. Vier Voraussetzungen benannte er, um einen mittleren europäischen Lebensstandard zu erreichen: „*Erstens*, die restlose Ausschöpfung der uns verbleibenden Möglichkeiten der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung und des zukünftigen Außenhandels. *Zweitens*, die rationalste und sparsamste Wirtschaftsführung auf allen Gebieten unter Ausschaltung jedweden Parasitentums. *Drittens*, keine weiteren Gebietsveränderungen. *Viertens*, uneingeschränkte Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, besonders in wirtschaftlicher Beziehung. Das ist der Rahmen, der uns im Kampf um die materielle Existenz unseres Volkes gezogen ist ...“⁴⁸

„Der nationalsozialistische Ungeist ist keineswegs vom Himmel gefallen“, erklärte Ackermann. „Selbst die spezifisch faschistischen Lehren sind nicht freie Schöpfungen der Gottfried Feder, (Alfred) Rosenberg und Goebbels. Das trifft für *alle* sogenannten ‚Schulen‘ der Naziideologie zu. Ob wir das Führerprinzip und den autoritären Staat, die Lehre der Rassen und des Lebensraums betrachten, oder die Pläne zur Schaffung eines großdeutschen Raumes oder eines weltumspannenden Kolonialreiches, es war in mehr oder weniger fertiger Gestalt alles schon da, ehe Hitler seine erste Versamlungsrede hielt oder Feder das Naziprogramm niederschrieb.“⁴⁹

Die „Koryphäen der nazistischen Dschungelmoral“ übersteigerten „das Vorgefundene“ dann „bis zur Sinnlosigkeit.“ Doch die „Vergötterung der Herrscher, die Anbetung ihrer absolutistischen Regierung, die Predigt der Untertanengesinnung und gleichzeitig einer blinden nationalistischen Überheblichkeit und eine grenzenlose Verherrlichung des Militarismus und des Krieges – das war die in Deutschland von oben sorgsam gehegte und gepflegte Geschichtsauslegung.“ Sie bereitete, so Ackermann, „direkt dem Nazismus den Weg zur Macht und zur geistigen Versklavung der Mehrheit unseres Volkes. Von der Vergötterung der Fürsten war es nur noch ein Schritt zum Führerprinzip und zur Vergötterung des Psychopathen Adolf Hitler. Das angeblich unübertreffliche Vorbild des preußischen Ordnungsstaates führte unmittelbar an die totale Staatsidee der Nazis heran.“⁵⁰

Für einige der anwesenden Historiker klang das hart, galten doch manche preußischen Werte auch antinazistisch gesinnten Intellektuellen als hohes geistiges Gut. Aber Ackermanns Feststellung, „daß sich die bisherige offizielle Geschichtsdarlegung von einer Mitschuld an der gegenwärtigen katastrophalen Lage unseres Volkes nicht freisprechen kann“, war nur schwer zu widerlegen.⁵¹ Eine Demokratisierung des deutschen Hochschulwesens ist

48 Dieses und die folgenden Zitate nach Huschner, Deutsche Historiker, hier S. 894. Hervorhebungen im Text.

49 Huschner, Deutsche Historiker, S. 894f. Hervorhebung im Text.

50 Ebenda, S. 895f.

51 Sie war auch nicht auf die KPD beschränkt. So schrieb Max Weinreich, „die deutschen Gelehrten, die bereits im Zweiten Deutschen (Kaiser-)Reich die Unterstützung des deutschen Imperialismus zum Gesetz erhoben hatten, versorgten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges den Nazismus mit jenen ideologischen Waffen, die jede Bewegung, insbesondere jede deutsche Bewegung, für ihren Erfolg benötigt.“ Max Weinreich, *Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes Against the Jewish People*, (Neuausgabe) New Haven/London 1999, S. 239. Wichtig für dieses Thema ist auch die Arbeit von Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.

folglich, so Ackermann mit Nachdruck, „undenkbar ohne die Überwindung dieses reaktionären Erbes. Der Bruch mit dieser Vergangenheit muß ein vollständiger sein.“ Der „Mut zur Wahrheit“ müsse erstes Arbeitsprinzip für Studenten und Lehrende werden.⁵²

Mit der „Überprüfung aller bisherigen Geschichtswissenschaft“ sei es nicht getan, erforderlich sei es auch, „die Aufmerksamkeit neuen Seiten der Geschichtswissenschaft zuzuwenden.“ Ackermann nannte als für ihn „entscheidende Dinge“:

„*Erstens* die Erforschung und die Darstellung der sozial-ökonomischen Struktur der Gesellschaft, ihrer Entwicklungen und Veränderungen auf den jeweiligen Etappen der Geschichte und im Zusammenhang damit die Lebensweise der überwiegenden Mehrheit der Menschen, nämlich der breiten, sogenannten ‚unteren‘ Volksschichten. *Zweitens* die Erforschung und die Darstellung der fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte und Bewegungen auf allen Etappen der Entwicklung. *Drittens* die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung unseres Volkes und der anderen Völker in ihrem wirklichen Gehalt und nicht durch die schwarzgefärbte Brille des Chauvinismus betrachtet.“⁵³

Als „dankbarste Aufgabe des Historikers“ erschien Ackermann, jene „Tendenzen, Kräfte und Geistesrichtungen aufzuspüren und darzulegen, die dem allgemeinen Fortschritt und damit wirklich dem Volksinteresse, dem Volkswohl dienstbar waren.“ Die Jugend solle den Kopf nicht mehr nur mit Daten von Schlachten und Geburtstagen gekrönter Häupter „vollgepfropft“ bekommen. „Die großen und größten Geister unseres Volkes von Leibniz und Lessing über Goethe und Schiller bis Freiligrath und Heine müssen der Jugend vor allem nahegebracht werden ... Und bei Männern wie Thomas Müntzer oder Florian Geyer handelt es sich um größere Persönlichkeiten als bei einem ganzen Schock durchschnittlicher Fürsten. Die Niederlage des Bauernkrieges wirkte sich äußerst nachteilig auf die kommende Zeit aus und wurde nicht zum Segen, sondern zum Verhängnis für Deutschland. Das Revolutionsjahr 1848 ist wichtiger als ganze Jahrzehnte der Erstarrung, die ihm vorausgingen. Die Niederlage auch dieser Revolution gibt den Schlüssel zum Verständnis der allerletzten deutschen Vergangenheit.“⁵⁴

Fritz Hartung, der damalige Hauptsprecher der Historiker, erkannte das Versagen der Geschichtswissenschaft an.⁵⁵ „Sie hat sich zwar ernsthaft bemüht um die Aufdeckung der Ursachen des (Ersten; M. K.) Weltkrieges und des Zusammenbruchs, hat auf die inneren Spannungen des Bismarckreiches und auf die Abkehr von der vorsichtigen, durch den cauchemar des coalitions bestimmten Außenpolitik Bismarcks hingewiesen, aber sie hat nicht energisch genug Stellung genommen gegen die aus politischen und militärischen Kreisen stammende Behauptung, daß wir den Krieg lediglich wegen der Schwäche unserer durch humanitäre Rücksichten allzu sehr gehemmten politischen Leitung verloren hätten ...“⁵⁶

52 Huschner, *Deutsche Historiker*, S. 896.

53 Ebenda. Hervorhebungen im Text.

54 Ebenda, S. 897f.

55 Damit stand er nicht allein. Für die kritischen Selbstprüfungsprozesse innerhalb der deutschen Historikerschaft vgl. u. a. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993, bes. Kapitel 4; Bernd Faulenbach, *Historische Tradition und politische Neuorientierung. Zur Geschichtswissenschaft nach der „deutschen Katastrophe“*, und Hans Schleier, *Vergangenheitsbewältigung und Traditionserneuerung? Geschichtswissenschaft nach 1945*, beide in: Walter H. Pehle/Peter Sillem (Hg.), *Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?*, Frankfurt a. M. 1992, S. 191–204 und 205–219.

56 Huschner, *Deutsche Historiker*, S. 899.

Während der Hallenser Martin Lintzel, der dem Nazismus keinerlei Konzessionen gemacht hatte, die „Erfolgsanbetung“ und „die Vorherrschaft des Machtbegriffes“ anprangerte,⁵⁷ behauptete der Rostocker Althistoriker Ernst Hohl, seine Fachdisziplin sei „gegen das nazistische Gift ziemlich immun geblieben, mögen auch einzelne ihrer Vertreter den Mantel flugs nach dem Winde gehängt haben.“ Dieses wahrhaft erstaunliche Urteil ist von der modernen Forschung überzeugend widerlegt worden.⁵⁸ Die Reaktion der Anwesenden auf Hohls Erwähnung der sozialgeschichtlichen Studien von Friedrich Münzer ist nicht überliefert. Münzer war am 20. Oktober 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet worden. Doch wurde – um nur Althistoriker zu nennen – der vertriebenen Elias Bickermann, Margarethe Bieber, Victor Ehrenberg, Fritz Heichelheim, Richard Laqueur, Arthur Rosenberg, Ernst Stein oder Eugen Täubler mit keinem Wort gedacht.⁵⁹

Ernst Niekisch, Jürgen Kuczynski und Walter Markov übten eine weit schärfere Kritik an der deutschen Geschichtsschreibung. Niekisch, der damals gerade an zwei Büchern zur nationalsozialistischen Ideologie arbeitete,⁶⁰ sah im Hitlerreich keinen bloßen Fehltritt, sondern die „Endstufe einer langen, logischen Entwicklung unserer Geschichte“ und forderte klare Maßstäbe der Bewertung, „für die man sich entscheiden müsse.“⁶¹ Kuczynski polemisierte gegen das von Hartung verteidigte Primat der Außenpolitik und meinte pointiert: „Eine Rede von Kirdorf oder von Bebel ist viel aufschlußreicher ... für den Gang der deutschen Geschichte als Dutzende von Akten des Außenministeriums.“ Der künftige Historiker dürfe nicht mehr „mit einem Augurenlächeln in historischen Fachzeitschriften schreiben“, sondern müsse „als Forscher und Bürger eine einheitliche Persönlichkeit sein, die sich verantwortlich fühlt für deutsche Geschichtslehre“, wo immer Geschichte vermittelt werde.⁶²

Walter Markov warnte seine marxistischen Kollegen vor allzu großer Selbstsicherheit. „Die materialistische Geschichtsauffassung mußte sich hüten, einen ethischen Kanon für geschichtliche Verhaltensweisen aufzustellen. Man könne nicht ohne weiteres im Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt die Reaktion als Verkörperung des Bösen und den Fortschritt als Verkörperung des Guten ansehen.“ Er befürchtete eine Trübung des historischen Bildes infolge mangelnder Trennung zwischen moralischen Wertungen und historischen Gesetzmäßigkeiten. Sein Plädoyer für ein interdisziplinäres Forschen war zukunftsweisend:

„Wir müssen uns fragen“, so Markov, „ob nicht inzwischen die Geschichte die Möglichkeit gewonnen hat, aus einer literarisch betonten zu einer exakten Disziplin zu werden. Die Geschichte muß heute ganz andere Quellen heranziehen. Es besteht die Möglichkeit, mit dem, was wir an statistischen Apparaten und an Quellen anderer Disziplinen, wie zum Beispiel der Psychologie, besitzen, die Voraussetzung zu schaffen, sie zu einer exakten Wissen-

57 Ebenda, S. 901.

58 Vgl. Volker Losemann, *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte*, Hamburg 1977; Karl Christ, *Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1982.

59 Vgl. hierzu neben den soeben genannten Arbeiten auch Heinrich Chantraine, *Die Leistung der Juden für die Alte Geschichte im deutschen Sprachraum*, in: Walter Grab (Hg.), *Juden in der deutschen Wissenschaft*, Tel Aviv 1986, S. 113–142.

60 Ernst Niekisch, *Europäische Bilanz*, Potsdam 1951; ders., *Das Reich der niederen Dämonen*, Berlin (Ost) 1957. Niekisch hatte das erstgenannte Buch noch im Zuchthaus Brandenburg konzipiert und teilweise auch heimlich niedergeschrieben. Vgl. sein Vorwort vom 23. Mai 1949 (*Europäische Bilanz*, S. 7).

61 Huschner, *Deutsche Historiker*, S. 902f.

62 Ebenda, S. 903.

schaft zu erheben. Ein solches Vorgehen würde dazu führen, daß der einzelne Geschichtsschreiber durch größere Arbeitsgemeinschaften abgelöst wird, in denen nicht nur der Historiker, sondern auch der Psychologe, Biologe, Statistiker, Geograph, Soziologe und so weiter vertreten sein müßte. Der Westen hat keine Möglichkeit, dies für die nächste Zeit in die Praxis umzusetzen. Die Schwierigkeit für die Durchführung eines solchen Versuches, die auf dem großen Mangel an Fachkräften beruht, könnte durch die Hinzuziehung junger Kräfte, auch aus der Studentenschaft, zum Teil behoben werden.“⁶³

Insgesamt war, wenngleich in unterschiedlichem Maße, das Bemühen um kritische Aufarbeitung der Geschichte des eigenen Faches erkennbar. Mit dem Wissen um den späteren Geschichtsverlauf hielt Joachim Petzold 1997 fest: „Wer sich dieser Aufgabe entzog, gab seinen Platz denen preis, die die Historie wiederum zu einer Art Selbstbedienungsladen für die Rechtfertigung von Politik machen wollten.“⁶⁴

Kurz nach der Berliner Tagung schrieb Walter Markov scharfsinnig, „daß die Historiker der Entwicklung wieder einmal um mehr als eine Nasenlänge nachhinken; daß ihnen recht geschieht, wenn Publizisten und Schulmänner, Parteileute und Praktiker ihrem zögernden Ergebnis in der Beantwortung anfallender Tagesaufgaben herzhafte vorgreifen...“⁶⁵ Gegen einen allzu kurzatmigen Begriff der Parteilichkeit in der Beurteilung historischer Persönlichkeiten wandte er ein: „Nur kleinbürgerliches Ressentiment schwelgt darin, Könnern von Format ihr persönliches Kaliber herunterzubuchen, weil sie in vielem auf dem falschen Flügel gefochten und die Passiva belastet haben.“⁶⁶ Angesichts des beginnenden Kalten Krieges und der wechselseitigen Ausgrenzung von Marxisten und Nichtmarxisten brachte Markov 1947 mit deutlichen Worten sein Anliegen vor:

„Niemand wird den Wunsch hegen, den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen; es sei denn, daß er ihn vorsätzlich durch Inzucht ruinieren möchte. Zu fordern ist für alle deutschen Universitäten der freie Wettstreit beider Theorien, die Verpflichtung, sich mit ihnen bekannt zu machen. Es heißt kein Geheimnis preisgeben, wenn wir behaupten, eine Belehrung darüber, was historischer Materialismus *nicht* ist, stehe in ihrer Dringlichkeit bereits vor der Feststellung, was er eigentlich sei.“

„Eine so unfertige und labile Gesellschaft wie die unsere“, so Markovs nüchterne und doch eindringliche Diagnose, „wird schwerlich über ein fertiges eigenes Geschichtsbild verfügen. Wer sich daran gibt, an ihm mitzuschaffen, vermag dies nicht in wenigen Zeilen zu leisten. Möchten die Studenten, die an unseren Kümernissen Anteil nehmen, dabei helfen, indem sie zuvor kräftig widersprechen!“⁶⁷

Viele Jahre später bemerkte Alexander Fischer, der als gestandener Konservativer nur wenige Marxisten lobte, damit „wurde ein Weg wirklicher, nicht nur fiktiver wissenschaftlicher Koexistenz gezeichnet“ und der „Totalitätsanspruch des Marxismus-Leninismus mit

63 Ebenda, S. 904.

64 Petzold, Ideale und Idole, S. 165.

65 Walter Markov, *Historia docet?*, in: Forum. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen, 1947, Nr. 4, S. 8f. Die Seitenangaben hier nach dem Wiederabdruck in: Walter Markov, *Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen*, Berlin (Ost)/Weimar 1979, S. 15–20, Zitat S. 17.

66 Markov, *Kognak und Königsmörder*, S. 18.

67 Ebenda, S. 20. Hervorhebung im Text.

bemerkenswerten Worten zu bestreiten“ versucht.⁶⁸ Hans-Erich Volkmann, politisch anders orientiert als Fischer, verwies jüngst auf Markovs Grundanliegen, wonach „Wissenschaft von der Kritik, von Diskurs und Meinungspluralismus lebt.“ Aber der Dialog fiel dem Kalten Krieg zum Opfer; „hüben und drüben“, so Volkmann, „war der Verlust der Dialogfähigkeit gewünscht“⁶⁹ – eher noch gefordert.

Historiker können, so sie kein politisches Amt innehaben, auf den Lauf der Geschichte so gut wie nicht einwirken. Doch sind innerhalb des ihnen vorgegebenen Rahmens beinahe immer verschiedene Optionen in Entscheidungssituationen wie im persönlichen und wissenschaftlichen Verhalten möglich. Auch unter politisch widrigen Bedingungen wird ein Historiker, der die Regeln seines Faches ernst nimmt, stets anders handeln, forschen und publizieren als ein den Herrschenden jederzeit dienstbarer Geist. Dabei gibt es Abstufungen, gewissermaßen ein Zwischenreich menschlichen Tuns und Lassens. Ist das Verhalten vieler Historiker in der DDR mit Bezeichnungen wie „Parteiarbeiter an der historischen Front“ schlüssig zu erklären, wie es vor kurzem Ilko-Sascha Kowalczuk in einer bemerkenswerten Monographie unternommen hat? Die Biographien dieses Buches werden auch daraufhin befragt. Vorerst sei festgehalten, daß die Steuerung der Geschichtswissenschaft durch die Parteiführung und ihren Apparat sich in jeder Hinsicht als kontraproduktiv erwies. Die beiden Historiker Kowalczuk und Neuhäuser-Wespy, die diesen Vorgängen in ihren Büchern nachgegangen sind, haben unser Wissen über die Machtausübung der SED-Führung durch wichtige Informationen bereichert.⁷⁰ In beiden Darstellungen kommt jedoch die Frage zu kurz, warum jenseits von Kategorien wie Parteihörigkeit, Naivität, Opportunismus oder Verführung durch Macht Historiker im Osten Deutschlands nach einer Alternative zur bisherigen Geschichtsschreibung suchten. Neben den persönlichen Motiven war es vielmehr der Inhalt der marxistischen Theorie, der auf die Remigranten eine Anziehungskraft ausübte.

68 Alexander Fischer, *Der Weg zur Gleichschaltung der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft 1945–1949*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1962, Nr. 2, S. 163f. Ähnlich ders., *Neubeginn in der Geschichtswissenschaft. Zum Verhältnis von „bürgerlichen“ und marxistischen Historikern in der SBZ/DDR nach 1945*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1980, Nr. 3, S. 154.

69 Hans-Erich Volkmann, *Deutsche Historiker im Umgang mit Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg 1939–1945*, in: Ders. (Hg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*, München/Zürich 1995, S. 904f.

70 Vgl. Ulrich Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren*, Bonn 1996; Ilko-Sascha Kowalczuk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997. Eine Übersicht der Argumente und Gegenargumente in bezug auf diese Sichtweise findet sich u. a. bei Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, *Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/96, 20. September 1996, S. 3–14, und bei Lothar Steinbach, *DDR-Historie zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik. Anmerkungen zu unterschiedlichen Forschungsansätzen und kontroversen Bewertungen*, in: *Ebenda*, B 45/98, 30. Oktober 1998, S. 31–44. Vgl. auch Georg Iggers u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. Beiheft 27 der Historischen Zeitschrift*, München 1998; sowie bereits Konrad Jarausch (Hg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991; und Rainer Eckert u. a. (Hg.), *Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992.

5. Objektivität und Parteilichkeit im marxistischen Geschichtsdenken

Unmittelbar nach der Historiker-Tagung vom Mai 1946 setzte sich Walter Markov in einem Zeitungsbeitrag mit dem unter Marxisten häufigen Bestreben auseinander, in sich schlüssige Welterklärungen zu bieten. „Unsere unfertige Gesellschaftsordnung kann kein fertiges Geschichtsbild haben“, schrieb er. „Sie kann nur Wege weisen. Wege, die sich nicht selbst anbieten, die man suchen muß, behaftet mit dem Risiko der Umwege, ja Irrwege. Es ist unvermeidlich, daß sich an den Kreuzungen die Geister scheiden und glauben, einander jenseits des Labyrinths am gleichen Ziel wiederzufinden, den einen früher, den anderen später.“ Der Marxismus halte nicht automatisch ein Mittel zur Lösung aller anstehenden wissenschaftlichen Fragen bereit. „Auf die Theorie kommt es dabei nicht allein an. Die Theorie schafft keine Kunst, keine Literatur und auch keine Geschichte. Sie lotet nur, das Heben liegt bei uns. Wer es am falschen Ort tut, der fördert Schlamm zutage, weiter nichts.“

Ohne Namen zu nennen, schrieb Markov allzu eifrigen Geschichtsdeutern ins Stammbuch: „Wenn wir Geschichte künstlich konstruieren, dem Vorurteil zuliebe den Strom des Mannigfaltigen auf einen vorgeschriebenen Nenner bringen und unterschlagen, dann zeugen wir ein schwächliches Gespenst.“ Zwar sei der historische Materialismus etwas durchaus anderes, doch sei dies, so Markov, nicht ausschlaggebend. „Wesentlich ist, wozu wir Geschichte treiben, wenn wir sie ehrlich treiben.“ Im besten Fall sei Geschichtskennntnis ein Schlüssel zum Verständnis „alles Gewordenen“, doch sei sie auch „unter den Wissenschaften die anfälligste und wehrloseste, wenn es den Zeitgeist gelüstet, sie zu vergewaltigen und zu beschmutzen. Sie kann sich nicht hinter Formeln und Retorten verkriechen, kann in kein neutrales Sachgebiet abwandern, nicht der Hülle des Irdischen entsteigen oder sich in eine Sprache verflüchtigen, zu der rohen Schergen der Zutritt fehlt – sie bleibt als menschen-nächste gegenwartsbezogen und muß verstummen oder bekennen.“⁷¹

In der Tat wird von unterschiedlichster politischer Warte und in verschiedener Weise der DDR-Geschichtsschreibung vorgeworfenen, Historisches künstlich zu konstruieren und „dem Vorteil zuliebe den Strom des Mannigfaltigen auf einen vorgeschriebenen Nenner zu bringen.“ Diese Kritik zielt offen oder verdeckt auf den – in der DDR nie thematisierten – Grundwiderspruch marxistischen Geschichtsdenkens.⁷²

Dieses Geschichtsdenken erhob, aber reduzierte zugleich die Jahrtausende komplexer, widerspruchsvoller Entwicklung der Menschheit auf einprägsame Kategorien, die zu Bestandteilen einer positiven Wissenschaft wurden. Bereits in der „Deutschen Ideologie“ definierten Marx und Engels 1845 den Menschen von der Arbeit her. Sie konstatierten, „die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte ... nämlich die Voraussetzung, daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen‘ zu können. Zum Leben gehört aber vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und

71 Walter Markov, Vom Nutzen der Historie, in: Fuldaer Volkszeitung, 24. September 1946, hier zit. nach dem Wiederabdruck in: Ders., Kognak und Königsmörder, S. 21–24.

72 Die folgenden Ausführungen basieren teilweise auf meinem Aufsatz: Kann das marxistische Geschichtsdenken überleben?, in: Krzysztof Glass/Zdzisław W. Puslecki (Hg.), Mitteleuropäische Orientierungen der 90er Jahre, Wien/Poznan 1999, S. 101–108.

noch einiges Andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst ...⁷³

Marx und Engels arbeiteten die Bedeutung der Klassenauseinandersetzungen des in einem Großverband wirtschaftlich tätigen Menschen heraus. Im egoistischen Erwerbsstreben herrschender Klassen, das sie im industriellen England hautnah erlebten, und in der sich historisch verändernden Produktionsweise sahen sie die eigentlichen Triebkräfte der Weltgeschichte. Dies galt es bewußt zu machen: „Geschichte wurde somit zur zentralen, für die Millionen der Unterdrückten, Ausgebeuteten, ihrem eigentlichen Wesen Entfremdeten lebensrettenden Wissenschaft“, bemerkte ein nichtmarxistischer Forscher.⁷⁴ Für Marxisten war die Einsicht in den Gang der Geschichte, so betonten Marx und Engels, prinzipiell möglich.

Es wurde beiden jedoch zunehmend bewußt, daß ihr Anspruch, den historischen Materialismus als Wissenschaft den Naturwissenschaften an die Seite zu stellen, mit ihrer gesellschaftskritischen Perspektive in Konflikt geriet, da diese, philosophisch gesprochen, den Drang zur Objektivität als eine Form des Positivismus ablehnt.⁷⁵ Anders gesagt: Marx bereicherte die Möglichkeiten historischer Forschung enorm durch seine interdisziplinäre, auf die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtete Problemsicht. Die Marxsche Gesellschaftsperspektive, das heißt die revolutionäre Aufhebung der Ausbeuterordnung, schränkte diese Möglichkeiten insofern wieder ein, als die Ergebnisse historischer Forschung und Reflexion prinzipiell nach ihrem Nutzen für den revolutionären Kampf be- oder verurteilt wurden. Für die politische Wirksamkeit des Marxismus war dessen Doppelcharakter außerordentlich fördernd: die Verbindung einer Gesellschaftsanalyse mit einem sozialen Impuls. Für den Marxismus als Denkmethode erwies sich dies aber als eher hinderlich.

Friedrich Engels, dem sehr zu Unrecht die theoretische Verflachung des Marxschen Denkens vorgeworfen wird, war sich über die Folgen im klaren, die eine einseitige Betonung der prophetischen Dimension für die wissenschaftliche Analyse haben konnte. Das belegen einige der berühmten Engelsschen Altersbriefe. An Florence Kelley-Wischnewetzky schrieb er im Januar 1887: „Unsere Theorie ist eine Theorie, die sich entwickelt, kein Dogma, das man auswendig lernt und mechanisch wiederholt“, und sprach sich für eine Zusammenarbeit mit allen, auch nichtmarxistischen revolutionären Strömungen innerhalb der sozialistischen Bewegung aus.⁷⁶

Im Juni 1890 bemerkte er in einem Briefentwurf, „daß die materialistische Methode in ihr Gegenteil umschlägt, wenn sie nicht als Leitfaden beim historischen Studium behandelt wird, sondern als fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurecht schneidet.“⁷⁷ Gegenüber Conrad Schmidt betonte er wenig später: „Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung zum Studium, kein Hebel der Konstruktion à la Hegelianertum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, ehe man versucht, die poli-

73 Karl Marx/Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*, in: MEW, Bd. 3, S. 28.

74 Fritz Wagner, *Der Historiker und die Weltgeschichte*, Freiburg/München 1965, S. 70.

75 Hierzu sind noch immer anregend die Überlegungen von Siegfried Bahne, *Der marxistisch-leninistische Historismus*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1956, Nr. 4, S. 195–207. Für die spätere Phase der DDR-Geschichtsschreibung vgl. Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach*, Detroit 1985. Ein allmähliches Abrücken von diesem Geschichtsverständnis unter ostdeutschen Historikern der achtziger Jahre dokumentierte Georg G. Iggers (Hg.), *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt a. M. 1991.

76 Friedrich Engels an Florence Kelley-Wischnewetzky, 27. Januar 1887, in: MEW, Bd. 36, S. 97.

77 Friedrich Engels an Paul Ernst, 5. Juni 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 411.

tischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen etc. Anschauungsweisen, die ihnen entsprechen, aus ihnen abzuleiten.“⁷⁸

Hier kann auch nicht ansatzweise der Fortgang des marxistischen Geschichtsdiskurses nachgezeichnet werden, der in den folgenden Jahrzehnten mit Namen wie Plechanow, Mehring, Bernstein, Kautsky oder Lukács verbunden war.⁷⁹ Mit dem Mut zur Vereinfachung sei lediglich auf die wichtigsten methodischen Fragenkomplexe verwiesen, mit denen sich auch die in diesem Buch behandelten Historiker befaßten: Wie kann die historische Untersuchung die Einheit oder die Gegensätzlichkeit von „naturnotwendigem“ Evolutionismus und menschlichem Handeln herausarbeiten? Welche Folgen erwachsen für das marxistische Geschichtsverständnis aus der sozialreformerischen Praxis der sozialistischen Massenparteien vor 1914? – eine Frage, die 1957 in der Kontroverse um Jürgen Kuczynskis Buch über die SPD beim Beginn des Ersten Weltkrieges aufgeworfen wurde. Schließlich: Ist eine marxistische Interpretation geschichtlicher Zusammenhänge bei dialektischer Einheit von Erkenntnis und revolutionärer Praxis möglich? Anders gefragt: Wie verhält man sich, wenn sich diese Einheit als fragwürdig erweist, wenn die revolutionäre Praxis (oder was dafür ausgegeben wird) mit der kritisch-rationalen marxistischen Theorie weder zu begründen noch gar zu rechtfertigen ist?

Diese Frage drängte sich nach der russischen Oktoberrevolution auf, als die marxistische Geschichtsauffassung rasch zur alleinherrschenden Lehre wurde. Die Debatten, die in der Zweiten Internationale Ausdruck einer pluralistischen Diskussionskultur gewesen waren, wurden in Rußland in Stil und Inhalt an die Parteidoktrin angepaßt. Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien und der Komintern Mitte der zwanziger Jahre hatte ihre, wenn auch nie ganz erreichte, Gleichschaltung im Sinne des Stalinschen Parteiverständnisses zum Ziel. Differenzierende geschichtsphilosophische Arbeiten wie Georg Lukács' „Geschichte und Klassenbewußtsein“ oder Karl Korsch's „Marxismus und Philosophie“ traf der Bann.⁸⁰ Stalins 1925 erschienenes Kompendium „Fragen des Leninismus“ schuf das hybride Konstrukt eines Marxismus-Leninismus, der als offizielle Ideologie die entsprechende institutionelle Basis erhielt. Dies führte zur allmählichen Ausschaltung vieler kritisch denkender Historiker. Der bedeutende Marx-Forscher David Rjasanow wurde, gleich ungezählten anderen, ein Opfer des Stalin-Terrors. Von einem differenzierten methodischen Zugriff des Marxismus auf die historische Wirklichkeit konnte kaum noch die Rede sein. Statt dessen wurde die Doktrin einer „sozialistischen Parteilichkeit“ proklamiert, die geforderte Einheit von Wissenschaft und Politik. Diese Sichtweise würdigte den Marxismus zu einer historischen Legitimationswissenschaft herab.⁸¹

Arthur Rosenberg beschrieb 1939 das „Geschichtsbild des Bolschewismus“ (so der Aufsatztitel) als das Produkt der russischen Verhältnisse. Die Vergangenheit werde zunehmend

78 Friedrich Engels an Conrad Schmidt, 5. August 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 436. Zu Engels' Geschichtsauffassung vgl. noch immer die bahnbrechende Arbeit von Gustav Mayer, Friedrich Engels. Eine Biographie (1934), Bd. 2, Frankfurt a. M. etc. 1974, S. 427ff.

79 Vgl. hierzu den Forschungsüberblick bei Bernd Florath, Zur Geschichtsschreibung der deutschen Sozialdemokratie 1871–1918, in: Wolfgang Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert. Personen-Ereignisse-Ideen-Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag, 2. Halbband, Berlin 1999, S. 213–262.

80 Vgl. hierzu aus der Vielzahl von Arbeiten Predrag Vranicki, Geschichte des Marxismus, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1983, Kapitel 1 und 2.

81 Hierzu bleibt lesenswert Oskar Negt, Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie, in: Abram Deborin/Nikolaj Bucharin, Kontroversen über dialektischen und historischen Materialismus, Frankfurt a. M. 1969, S. 7–48.

in den Dienst des über seine innerparteilichen Gegner siegreichen Stalin gestellt. Vor allem war es, so Rosenberg, „das leitende Dogma des Stalinismus, daß der Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande, also in Rußland allein, möglich ist.“⁸² Für Stalin lagen die entscheidenden Voraussetzungen für den Sieg der russischen Revolution weniger in der internationalen Situation denn in der russischen Geschichte. Er wollte deshalb den proletarischen Inhalt in die nationale Form hineingießen; die Entwicklungsgeschichte Sowjetrußlands sei somit „weiter nichts als eine neue Etappe der historischen nationalen Kultur. Die Führung der nationalen Kultur, die früher dem Adel oder dem Bürgertum zufiel, geht jetzt auf die regierende Bürokratie des Bolschewismus und auf die von der Sowjetregierung herangebildete neue Intelligenz über.“⁸³ Unter diesen Umständen gewann, wie Rosenberg hervorhob, der Bolschewismus ein neues, positives Verhältnis zur Vergangenheit. Die daran geknüpfte Geschichtsdoktrin bedeutete jedoch den denkbar schärfsten Bruch mit dem westlich-aufklärerischen Verständnis von Wissenschaft, das die Grundlage der Theorie von Marx und Engels gebildet hatte. Es bedeutete auch die Abwendung von Lenins schneidender Kritik an den Fehlentwicklungen der russischen Vergangenheit.

Warum aber übte der stalinisierte Marxismus eine Anziehungskraft auf viele Intellektuelle aus? Die „universelle Faszination der Oktoberrevolution“, um François Furets Worte zu zitieren,⁸⁴ war in den Jahren der Moskauer Schauprozesse und des sowjetischen Paktierens mit Hitler zwar zurückgegangen, aber keineswegs erloschen. Man nahm die Sowjetunion vor allem als Gegenmodell zur krisengeschüttelten kapitalistischen Welt wahr und mythologisierte sie; die schwere innersowjetische Krise der frühen dreißiger Jahre als Folge der Zwangskollektivierung fand im Westen nur begrenzte Aufmerksamkeit. Schließlich galt die Sowjetunion als entschiedenster Gegner Hitlerdeutschlands. Um so schmerzhafter war für viele Kommunisten der Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes im Frühherbst 1939.

Doch der opfervolle Kampf der Roten Armee gegen die deutschen Okkupanten und der Sieg im Mai 1945 brachten der Sowjetunion einen Popularitätsgewinn hohen Ausmaßes. Sie gehörte, wie westliche Staatsmänner betonten, nun zum demokratischen Lager. Die Sowjetunion hatte den Krieg als antifaschistischen Befreiungskampf geführt und dabei Ziele propagiert, die viele teilten. Angesichts der Verbrechen des Naziregimes verblaßte im Ausland die Erinnerung an die stalinistische Repressionswelle der dreißiger Jahre, die sich, so meinte man 1945 in allen politischen Parteien, nicht mehr wiederholen würde, da die Fraktionskämpfe innerhalb der sowjetischen Führung der Vergangenheit angehörten. In bis dahin ungewohnter Weise übte Stalin am 24. Mai 1945 öffentlich Selbstkritik, als er beim Empfang zu Ehren der Truppenbefehlshaber erklärte: „Unsere Regierung hat nicht wenig Fehler gemacht, wir hatten in den Jahren 1941–1942 Augenblicke einer verzweifelten Lage ... Ein anderes Volk hätte zu seiner Regierung sagen können: Ihr habt unsere Erwartungen enttäuscht, macht, daß ihr fortkommt, wir werden eine andere Regierung einsetzen, die mit Deutschland Frieden schließt und uns Ruhe sichert. Doch das russische Volk hat nicht so gehandelt ...“⁸⁵

82 Arthur Rosenberg, *Das Geschichtsbild des Bolschewismus* (1939), wiederveröff. in: Ders., *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. etc. 1974, S. 177.

83 Ebenda, S. 183.

84 François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1998, S. 87.

85 J. W. Stalin, *Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion*, Berlin (Ost) 1951, S. 226f.

Die sowjetische Besatzungsmacht gestattete 1946 freie Wahlen zu den ostdeutschen Ländeparlamenten. In gleicher Richtung, wenn auch ohne direkte Abstimmung mit der sowjetischen Seite, sollte zunächst Anton Ackermanns Konzeption eines „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ wirken: das sowjetische Modell dürfe nicht kopiert werden, die demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und der aufklärerische Geist des klassischen Marxismus sollten die ideologischen Grundlagen der SED-Politik bilden.⁸⁶ Die Berufung auf den Antifaschismus und auf die freiheitliche Tradition des Marxismus durch Politiker der SED konnte im weitverstreuten deutschen Exil nur hoffnungsvoll wirken. Mit ihren Erfahrungen und vielen Erwartungen, aber auch Illusionen über den Charakter des Stalinismus kehrten die Exilanten nach Ostdeutschland zurück.

Neben der praktischen Parteinahme für die Sowjetunion entwickelte sich ein theoretisches Verständnis von Geschichte. Die meisten DDR-Historiker sahen sich, auch und gerade wenn sie die Entwicklung in der Sowjetunion mit Skepsis verfolgt hatten, als Marxisten. Manche von ihnen hoben nach 1956 und mehr noch nach 1989 hervor, daß selbst Stalin den progressiven Grundgehalt des Marxismus nicht ganz vernichten konnte. Sie betonten, ihr Verständnis von Parteilichkeit habe nichts (oder nur wenig) mit einer Bindung an Parteinstitutionen und noch weniger mit dem Zurechtbiegen von Fakten im Sinne eines geforderten parteiamtlichen Geschichtsbildes zu tun. Parteilichkeit bedeutete für sie, die jeweils dem historischen Fortschritt dienenden Kräfte zu erforschen und für sie im geschichtlichen Kontext Partei zu ergreifen.⁸⁷ „Die politischen Bezüge der Forschung“, so der Historiker Fritz Klein im Rückblick, „waren hier ganz ernst gemeint. Man hielt sie nicht nur für angebracht, sondern legitim und nützlich zur Erklärung großer geschichtlicher Zusammenhänge. Wer ... die Vorstellung hatte, durch Aufhellung der schlimmen Wege deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert zur Schaffung von Zuständen beitragen zu wollen, die eine Wiederholung von Krieg und deutscher Gewaltpolitik unmöglich machten, dem schien es nicht abwegig, einer Theorie und einer Politik zu folgen, die sich auf die Traditionen des Antikriegskampfes von Spartakus (im Ersten Weltkrieg; M. K.) berief.“⁸⁸ „Als Zeitzeugen von Faschismus und Krieg“, so der Stalins Lagern entkommene Wolfgang Ruge, brauchte den DDR-Historikern „dabei kein Antimperialismus oder Antifaschismus verordnet zu werden.“⁸⁹

Die SED-Führung hatte jedoch keine Vorstellung von einem demokratisch, damit pluralistischen Begriff des Antifaschismus. Sie sahen lediglich ihren Staat und ihre Partei als Verkörperung des Kampfes gegen soziales Unrecht, Krieg und Not. Nur die Herrschaft der SED auch über Wissenschaft und Forschung garantierte in ihrem Selbstverständnis den gesellschaftlichen Fortschritt. Dies mit den Mitteln historischer Forschung zu begründen, war Kern der Geschichtspolitik der SED-Führung und ihres Apparates.

Die Parteiführung sah die Aufgabe der SED-Geschichtspolitik darin, die Ergebnisse historischer Forschung der jeweils gültigen Linie anzupassen. „Das wohl entscheidende Spezi-

86 Vgl. Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, 1947, Nr. 1, S. 22–32.

87 Unter dem Begriff der Parteilichkeit verstanden der DDR und SED kritisch verbundene Wissenschaftler durchaus etwas anderes als solche, die das System ohne Einschränkung (oder sogar fanatisch wie Hanna Wolf) mittrugen.

88 Fritz Klein, Der Erste Weltkrieg in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 1994, Nr. 4, S. 194.

89 Wolfgang Ruge, Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs, in: Manfred Weißbecker u. a. (Hg.), Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts, Jena 1997, S. 17.

fikum der ostdeutschen Historie lag in der konstitutiven Aufhebung der Trennlinie zwischen Politik und Geschichte, in der gleichzeitigen Verwissenschaftlichung von Politik und Politisierung von Wissenschaft“, schrieb der Historiker Martin Sabrow.⁹⁰ „Die Trennung von Politik und Wissenschaft, die wir noch bei den Genossen Historikern vorfinden, muß überwunden werden“, forderte der Leiter der ZK-Abteilung Wissenschaften im September 1963.⁹¹ Diese „niemals restlos durchgesetzte und niemals aufgegeben Norm der DDR-Geschichtswissenschaft“, so nochmals Sabrow,⁹² prägte – in allerdings individuell höchst unterschiedlichem Maße – die Handlungen derer, die sich mit historischer Forschung und Lehre, mit Konzipierung und Vermittlung von Geschichtsbildern auf den verschiedensten Ebenen befaßten. Die durch ein solches Verständnis von Geschichte und Politik eingeeengten wissenschaftlichen Diskussionen und Kontroversen sind jüngst in den Begriff des *Herrschaftsdiskurses* gefaßt worden.⁹³

Die Historiker konnten die Forderung nach Einheit von wissenschaftlicher Forschung und politischem Handeln jedoch nur dann akzeptieren, wenn sie den Geschichtsprozeß (im marxistischen Verständnis) als politisches Programm zur Lösung der sozialen Frage ansahen. Es war für marxistische Historiker in der DDR kaum möglich, diesem Programm zu entsagen, und zwar nicht nur wegen der praktischen Folgen. In der grundsätzlich bejahten Einheit von Politik und Wissenschaft zeigten sich intellektuelle Attraktivität und politische Bindekraft noch eines deformierten Marxismus. Doch verweist dies auch auf die immer wieder zu betonende Tatsache, daß der Marxismus – in all seinen Ausprägungen – ohne seine utopische, glaubensstarke Dimension undenkbar war und ist. Kurz vor seinem Tode erinnerte Jürgen Kuczynski an eine Begegnung, die er mit einem der bedeutendsten Marxisten hatte, den zum vehementen Kritiker Lenins und später Stalins gewordenen Karl Kautsky. Dieser überlieferte Kuczynski eine Äußerung von Marx. Kautsky hatte Marx in London einst gefragt, ob der Sieg des Sozialismus wissenschaftlich erwiesen sei. Marx zögerte mit der Antwort, bevor er sagte: „Aber ich glaube fest, daß der Sozialismus siegen wird.“ Als Wissenschaftler, so Kuczynski, konnte Marx „das nicht voraussagen, aber wie die alten Juden, wie die Christen, wie die Mohammedaner war er ein tief gläubiger Mensch und war fest überzeugt von seinem Glauben.“⁹⁴ Eine solche Sichtweise paßt eher für den Tempel denn für wissenschaftliches Arbeiten. Die zudem naheliegende Folgerung zog Kuczynski nicht: Unter Berufung auf den Glauben konnte jede politische Willkür im Namen und in der Terminologie des Marxismus gerechtfertigt werden.

6. Der Parteiapparat und die Historiker

Die aus Moskau bereits Ende April 1945 zurückgekehrten KPD-Spitzenfunktionäre um Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka gingen unter Anleitung der So-

90 Martin Sabrow, Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: Ders. (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln 2000, S. 21.

91 Hannes Hörnig zit. in: Ebenda, S. 22.

92 Ebenda.

93 Vgl. den in Anmerkung 90 zitierten Sammelband mit Beiträgen von Simone Barck, Christoph Classen, Thomas Heimann, Siegfried Lokatis, Joachim Petzold sowie des Herausgebers.

94 Jürgen Kuczynski, *Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm*, Berlin 1997, S. 40.

wjetischen Militäradministration in Deutschland sofort an die Umgestaltung von Hochschulen und Wissenschaft.⁹⁵ Die wohl wichtigste Maßnahme war die Einrichtung von Vorstudienanstalten, aus denen die Arbeiter-und-Bauernfakultäten erwuchsen, die begabten Kindern dieser Klassen den Weg zur Hochschulreife ermöglichten und dabei eine der SED ergebene Intelligenz, nicht zuletzt als Hochschullehrer, heranzogen.⁹⁶ Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung übernahm die operativen Funktionen, wenngleich nicht die Weisungsbefugnis eines entsprechenden Ministeriums in der SBZ.⁹⁷ Aus ihr gingen nach Gründung der DDR das Ministerium für Volksbildung und das Staatssekretariat für Hochschulwesen hervor. Paul Wandel, von 1945 bis 1949 Präsident der Zentralverwaltung, wurde erster Minister für Volksbildung der DDR und übte diese Funktion bis 1952 aus.⁹⁸

Die SED bildete jedoch auch innerhalb des eigenen Apparates Gremien zur Kontrolle und Steuerung des Wissenschaftsbetriebes. Bereits am 16. Mai 1947 bestätigte das SED-Zentralsekretariat die Bildung eines ihm unterstehenden Ausschusses für Hochschulfragen. Das 7. Plenum des ZK der SED legte im Herbst 1951 die Bildung des Museums für Deutsche Geschichte, von Instituten für die Geschichte des deutschen Volkes an den Universitäten sowie eines Akademie-Instituts für Geschichte fest und forderte das möglichst rasche Erscheinen historischer Standardliteratur im Geiste des Marxismus-Leninismus. Damit begann die Verdrängung nichtmarxistischer Auffassungen in Forschung und Lehre,⁹⁹ damit nahm auch die versuchte Aufsicht des Parteiapparates über die Historiker Gestalt an.¹⁰⁰ Am 1. Dezember 1952 entstand unter Leitung von Kurt Hager die „Abteilung Wissenschaften und

95 Zum Gesamtkomplex vgl. u. a. Naimark, S. 242ff.; Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch, S. 7–69 (und zahlreiche weitere Beiträge Foitziks zum Thema). Vgl. auch die beiden länderbezogenen Studien von Helga A. Welsh, *Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948)*, München 1989; und von Alexander Haritonow, *Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949*, Weimar etc. 1995.

96 Vgl. Ralph Jessen, Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstitution des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945–1949, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 76–107. Noch am 2. Februar 1948 mußte Ackermann einräumen, daß „die Hochschulen trotz beachtlicher Veränderungen gegenüber der Vergangenheit noch nicht zu Stützpunkten für die demokratische Erneuerung geworden sind“. Entwurf einer Resolution über Hochschulfragen, in: SAPMO-BArch, NY 4182/933, Bl. 133.

97 Innerhalb der Zentralverwaltung sind demokratische und diktatorische Bestrebungen nachweisbar, bevor letztere ab 1948 bestimmend wurden. Vgl. hierzu stellvertretend die Ablehnung des zunächst ernsthaft diskutierten demokratischen Hochschulstatuts im Februar 1949, dokumentiert in dem Aufsatz von Roland Köhler, *Die verpaßte Chance. Streit um eine demokratische Hochschulverfassung in der sowjetischen Besatzungszone 1946–1949*, in: *hochschule ost*, 1994, Nr. 6, S. 72–84.

98 Vgl. Helga A. Welsh, *Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung*, in: SBZ-Handbuch, S. 229–238. Zu Wandel vgl. auch Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild*, S. 205–217 und passim, sowie die interessante Porträtskizze von Wolfgang Leonhard, *Spurensuche. Vierzig Jahre nach „Die Revolution entläßt ihre Kinder“*, Köln 1994, S. 251–264.

99 In seinem Gutachten zur Begründung der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ hatte Alfred Meusel am 16. Juli 1952 noch gefordert, die Zeitschrift dürfe „nicht davor zurückschrecken, Artikel zu publizieren, in denen bürgerliche Anschauungen zum Ausdruck kommen.“ Zit. bei Fritz Klein, *Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957)*, in: ZfG, 1994, Nr. 1, S. 46. Wie viele andere vernünftige Ratschläge Meusels wurde auch dieser übergangen.

100 Vgl. hierzu die selbstkritische Bilanz von Walter Schmidt, *Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR*, in: ZfG, 1992, Nr. 11, S. 1013–1030, hierzu S. 1014f.

Hochschulen beim ZK der SED“, die im Juni 1954 mit der „Abteilung Propaganda“ zur „Abteilung Wissenschaft und Propaganda“ zusammengelegt wurde. Seit Februar 1957 hieß sie nur noch Abteilung Wissenschaften.¹⁰¹ Ilko-Sascha Kowalczuk bezeichnete diese seit 1955 von Hannes (Johannes) Hörnig geleitete Einrichtung mit Recht als „die *eigentliche Entscheidungsinstanz* für alle Hochschul- und Wissenschaftsfragen in der DDR.“¹⁰²

Als persönlicher Referent von Paul Wandel war der aus englischem Exil zurückgekehrte Ernst Hoffmann auch mit technischen Fragen der Neubesetzung von Universitätslehrstühlen befaßt. 1912 in Wuppertal-Elberfeld als Sohn eines sozialdemokratischen Kommunalpolitikers geboren, war Hoffmann von der akademischen Ausbildung her Naturwissenschaftler, er hatte Mathematik, Physik und Chemie studiert. Nach dem Prozeß vor dem nazistischen „Volksgerichtshof“ und der Haft mußte er 1937 in die Tschechoslowakei emigrieren. Ende 1938 ging er nach Manchester, wo er die Freie Deutsche Jugend mitbegründete. Am 4. Oktober 1946 kehrte er mit seiner Frau Ursula, die als einziges Mitglied ihrer Familie den nazistischen Mord an den Juden überlebt hatte, nach Deutschland zurück. Nach seiner Tätigkeit in der Zentralverwaltung für Volksbildung war er ab 1952 Mitarbeiter der ZK-Abteilung Propaganda, die bis zur Bildung der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen deren Aufgaben wahrnahm. Im gleichen Jahr wurde er zum Professor für Philosophie und zum stellvertretenden Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ernannt. Darüber hinaus war er stellvertretender Lehrstuhlleiter für deutsche Geschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Er publizierte jedoch nur wenig und schrieb keine Dissertation.¹⁰³

Das parteieigene Institut, das sich in der Folgezeit als Leitinstanz für alle Fragen zur Geschichte der Arbeiterbewegung durchsetzen konnte, war das Institut für Marxismus-Leninismus. Die Pläne für eine solche Einrichtung gingen auf einen Beschluß des SED-Zentralsekretariats aus dem Jahre 1947 zurück. Ein Politbüro-Beschluß vom 29. März 1949 legte die alsbaldige Gründung eines Marx-Engels-Lenin-Instituts nach sowjetischem Vorbild fest. Am 1. September 1949 nahm das Institut, zunächst im Rang einer Abteilung des zentralen Parteiapparates, die Arbeit auf.¹⁰⁴ Sein erster Leiter, Josef Winternitz, der aus England nach Berlin zurückgekehrt war, kann als das Beispiel eines Wissenschaftlers gelten, der sich vor 1933 als durchaus linientreu verstanden hatte, der aber, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer differenzierteren Sicht auf die Geschichte gelangt, schließlich nicht bereit war, sein zunehmend eigenständiges Urteil zu verleugnen. Winternitz erkannte rasch, daß an der Spitze des Instituts Leute von ganz anderem Schlage gefragt waren.¹⁰⁵

101 Vgl. Hubert Laitko, Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst u. a. (Hg.), Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 415f. (im folgenden: SED-Handbuch).

102 Kowalczuk, Legitimation ..., S. 87. Hervorhebung im Text.

103 Ein (in den Daten teilweise ungenauer) biographischer Abriss Hoffmanns befindet sich in: Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie, S. 144. Diese Angaben wurden vom Verfasser in einem Gespräch mit Ernst Hoffmann am 22. November 1999 ergänzt. Einige Materialien Hoffmanns befinden sich im Bestand des früheren Erinnerungsarchivs des IML. Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/2037.

104 Vgl. Ulrich Neuhäuser-Wespy, Der Parteiapparat als zentrale Lenkungsinstanz der Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Martin Sabrow/Peter Thomas Walther (Hg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, S. 144–179, bes. S. 162f.

105 Vgl. Mario Kessler, Vom KPD-Apparat zum stillen Weggang aus der DDR. Der Wirtschaftswissenschaftler und Historiker Josef Winternitz (1896–1952), in: Manfred Weißbecker/Reinhart Kühnl (Hg.), Rassismus-Faschismus-Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen, Köln 2000, S. 394–413. Das

Als selbsternannte Hüterin einer parteiamtlichen Geschichtsinterpretation etablierte sich sehr rasch Hanna Wolf, die jedoch unter Wissenschaftlern nicht die geringste Autorität genoß. 1908 in der Nähe von Posen geboren, trat sie bereits 1922 dem Jugendverband der Polnischen Kommunistischen Partei bei. Von 1927 bis 1932 studierte sie in Berlin Geschichte und Philosophie. 1932 ging sie als Kursantin der Internationalen Lenin-Schule in die UdSSR. Während des Zweiten Weltkrieges war sie unter anderem als Leiterin der Antifa-Schule in Krasnogorsk tätig und unterrichtete dort deutsche Kriegsgefangene. 1948 kehrte sie nach Deutschland zurück, war kurzzeitig persönliche Referentin von Paul Wandel und arbeitete danach im Zentralsekretariat des Parteivorstandes. 1950 übernahm sie die Leitung der SED-Parteihochschule und baute diese als eine Festung gegenüber jederart vermuteter oder wirklicher „revisionistischer“ Angriffe auf die Einheit und Reinheit der Partei aus. Dabei kam es zwischen Parteihochschule, IML und Akademie für Gesellschaftswissenschaften durchaus zu Kontroversen und Kompetenzstreitigkeiten. Ihre Funktion behielt Hanna Wolf bis 1983, doch auch später griff sie – stets als Verteidigerin einer dogmatischen Sicht auf die Geschichte – in die Auseinandersetzungen ein.¹⁰⁶ Im Februar 1990 wurde sie von der SED-PDS ausgeschlossen. Sie trat der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei und wurde von ihr in einem Nachruf – sie verstarb am 22. Juni 1999 – „als strenger, höchste Anforderungen an sich selbst und andere stellender Mensch“ geehrt.¹⁰⁷

Als Individuum bleibt Hanna Wolf kaum in Erinnerung. Doch war sie das Extrembeispiel des Typus eines Parteikaders, ohne den das Funktionieren der DDR nicht denkbar ist. Zu einer wissenschaftlichen Veröffentlichung, die diesen Namen verdient, brachte es Hanna Wolf nicht. Als hochrangige Funktionärin urteilte sie jedoch stets über die Historiker und deren Publikationen.

Ihr Verhältnis zur historischen Forschung brachte Hanna Wolf wohl am klarsten in einem Beitrag aus dem Jahre 1951 zum Ausdruck. Unter dem Titel „Zu Fragen der Geschichtsschreibung“, der in der für Lehrer bestimmten Zeitschrift „Geschichte in der Schule“ erschien, prangerte sie die Ausbildung an den Universitäten an. Vielfach besetzten noch solche Historiker die Lehrstühle, die, so Hanna Wolfs Unterstellung, über das Jahr 1848 Vorlesungen hielten, ohne Marx und Engels zu erwähnen, oder „semesterlang bei Florenz“ verharren.¹⁰⁸ Die böse Anspielung richtete sich gegen die beiden Jenenser Historiker Karl Griewank und Friedrich Schneider. Griewank hatte in der Tat über bürgerlich-demokratische Kräfte und die Studentenschaft im Jahre 1848 publiziert, nicht zu Fragen der Arbeiterbewegung. Er sollte sich jedoch wenig später mit seiner großen Monographie zum neuzeitlichen Revolutionsbegriff als ein weit besserer Kenner der politischen Ideengeschichte auch

später unter der Abkürzung IML in der DDR bekannte (wenn auch nicht unbedingt beliebte) Institut hatte teilweise Mühe, geeignete Nachwuchswissenschaftler zu finden, die eine Arbeit an der Universität oder Akademie vorzogen. So hieß es in einem undatierten (wohl 1953 abgefaßten) Bericht des Sektors Kader, Helmuth Stoecker „hielt es für notwendig, im Institut für Geschichte bei Prof. Kamnitzer (statt am Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut; M. K.) zu arbeiten. Wir schlagen vor, daß Genosse Ackermann oder Gen. Einicke oder beide zusammen den Gen. Stoecker noch einmal einladen lassen, um mit ihm zu sprechen.“ SAPMO-BArch, DY 30/TV 2/9.07/25, Bl. 3.

106 Zuletzt in ihrem mit Wolfgang Schneider verfaßten Aufsatz: Zur Geschichte der Komintern, in: ND, 6./7. Mai 1989.

107 Der Nachruf ist abgedruckt in: Rotfuchs. Herausgegeben von der DKP Berlin-Nordost, Juli 1999, S. 24. Zu Hanna Wolf vgl. SED-Handbuch, S. 1120.

108 Hanna Wolf, Zu Fragen der Geschichtsschreibung, in: Geschichte in der Schule, 1951, Nr. 8, S. 358.

des Marxismus erweisen, als es Hanna Wolf jemals wurde.¹⁰⁹ Der Dante-Forscher Schneider, ein liberaler Historiker im besten Sinne des Wortes, hatte während des Zweiten Weltkrieges Kontakte zum antifaschistischen Widerstand unterhalten und war gegenüber dem Marxismus aufgeschlossen.¹¹⁰

Für Hanna Wolf waren Geschichtsschreibung und Parteipropaganda ein und dasselbe. Die Geschichte der KPD dürfe nicht als eine „Geschichte von Fehlern“ dargestellt werden, lautete ihre Forderung. Sie baute einen Popanz auf, als sie behauptete, die SED-Historiker hätten es nicht verstanden, Thälmanns entscheidenden Beitrag für das erfolgreiche Ringen um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse herauszustellen. Der schließlich selbstmörderische Kampf des „Thälmannschen ZK“ gegen den angeblichen Hauptfeind Sozialdemokratie war nach Hanna Wolf nichts als eine Verleumdung von Parteifeinden. Aber gerade die Entlarvung der Feinde, insbesondere der „Trotzkisten“, wäre sogar an der Parteihochschule sträflichst vernachlässigt worden.¹¹¹

Das KPD-„Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von 1930, das in bedenklicher Weise an nationalistische Emotionen appelliert hatte, galt Hanna Wolf als ein Beispiel politisch richtiger Strategie. Diese Ansicht dürften keineswegs alle marxistischen Historiker geteilt haben, denn sie hätten sich, wie Hanna Wolf beklagte, vom Inhalt dieses Programmes „offenbar nicht angesprochen gefühlt. Und so werden wichtige Aufgaben auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung nicht von unseren Historikern, sondern von führenden Parteifunktionären gelöst.“¹¹²

Diese letzte Bemerkung verdient hervorgehoben zu werden. Ungewollt machte Hanna Wolf damit auf ein Dilemma aufmerksam, vor dem jeder stand, der sich in der DDR mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befaßte. Wer aufgrund der bürokratischen Gängelei, die besonders einer Publikation zu Themen der Arbeiterbewegung voranging, auf die Beschäftigung mit solchen Forschungsthemen verzichtete, überließ den Platz den Parteipropagandisten. Wer sich jedoch diesem Feld der Forschung zuwandte, geriet sehr schnell an die von den Gralshütern der „reinen Lehre“ abgesteckten Grenzen. Dieser Konflikt blieb, trotz des Gewinns einiger Freiräume nach jedesmal zermürenden Kämpfen mit den parteiamtlichen Besserwissern, bis zum Ende der DDR ungelöst. Unter den Bedingungen einer Parteidiktatur, die vor allem die Geschichte der Arbeiterbewegung als Legitimationsbasis ansah, mußte er unlösbar bleiben.

Es war kein Zufall, daß Hanna Wolfs Philippika zu der Zeit erschien, als Walter Markov aus der SED ausgeschlossen wurde. Beides verweist in extremer Weise auf die in der marxistischen DDR-Geschichtswissenschaft *immer vorhandenen, letztlich miteinander unvereinbaren zwei Tendenzen*.¹¹³ Die von Hanna Wolf repräsentierten Kräfte setzten sich politisch –

109 Vgl. Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff*, 3. Aufl., Hamburg 1992 (zuerst Weimar 1955).

110 Zu Griewank und Schneider vgl. die Biographien von Karl-Heinz Noack und Werner Mägdefrau in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*, Berlin 1989, S. 75–92 und 260–279.

111 Wolf, *Zu Fragen der Geschichtsschreibung*, S. 360.

112 Ebenda.

113 Der Verfasser betont dies stärker als Martin Sabrow, der allerdings auch auf das janusköpfige Gesicht der DDR-Historiographie und auf die „Ambivalenz einer Vergangenheitsverständigung“ aufmerksam macht, „die gesteuert war, ohne in der Steuerung aufzugehen, oder besser: die Steuerer und Ruderer an dasselbe Boot fesselte und bis hin zum Rollentausch aneinanderrücken ließ.“ Einen solchen Rollen-

wie es schien – für immer durch. Sie wähten die von ihnen lauthals verkündeten „Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“ auf ihrer Seite. Ganz gegen ihren Willen legten sie jedoch damit den Grundstein für ihre politische Niederlage.

Die Remigranten, die sich in der DDR der historischen Forschung zuwandten, teilten mit den Parteifunktionären, die den Wissenschaftsbetrieb zu steuern suchten, die Zielvorstellung einer sozialistischen Gesellschaft. Doch wie diese Gesellschaft beschaffen sein sollte, mit welchem Maß an Demokratie, gesellschaftlichem Eigentum oder Autonomie der Wissenschaft – darüber gingen die Ansichten sehr weit auseinander. Es gab, wie auch dieses Buch zeigt, durchaus harte Kontroversen. Wenn deren Ergebnisse letztendlich nicht der Parteiräson zuwiderlaufen durften, spricht dies kaum gegen diejenigen Wissenschaftler, die sich im Widerstreit mit dem Apparat oft wund rieben, nur um ein Stück historischer Wahrheit verbreiten zu können. Dabei ist vor einer schematischen Gegenüberstellung – hier Wissenschaftler, dort Apparatschik – zu warnen. Viele Historiker hatten, den Lebensumständen geschuldet, doch auch aus politischer Entscheidung heraus, zuvor im Parteiapparat gearbeitet, der ihnen im Exil die Möglichkeit einer beruflichen Existenz, ja oft des Überlebens, bot. Auch in der DDR bestand der Parteiapparat nicht nur aus seelenlosen Kontrolleuren, die jede wissenschaftliche Kreativität zu ersticken suchten.

Es bleibt die Frage, welche Alternativen zur Rückkehr nach Ostdeutschland den marxistischen Exilanten offengestanden hatten. Einige integrierten sich in die Gesellschaft ihres jeweiligen Gastlandes, das ihnen zur neuen Heimat wurde. Eric Hobsbawm und Walter Grab – letzterer nach einem langen beruflichen Umweg – wurden in England und Israel herausragende Historiker. Aber in den USA war die berufliche Etablierung eines im Ausland geborenen Wissenschaftlers, der einer kommunistischen Partei selbst nur zeitweilig angehört hatte, während der McCarthy-Ära nicht möglich.

Die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil waren – sofern sie die Terrorwellen der dreißiger und die Deportationen der vierziger Jahre überlebt hatten und nicht mehr in den Lagern saßen – ohnehin für die verschiedensten Aufgaben in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vorgesehen. Den in westlichen Ländern lebenden Juden stand der Weg in den neu gegründeten Staat Israel offen. Zwar übte Israel mit seinem Kibbutz-System, dem „sozialistischen Mikrokosmos im kapitalistischen Makrokosmos“, ¹¹⁴ eine Attraktivität auf viele Linke aus. Doch teilten die jüdischen Kommunisten, wenngleich ihr traditioneller Glaube an Assimilation und Integration in die nichtjüdische Welt nach Auschwitz auf das Schwerste erschüttert war, kaum das zionistische Selbstverständnis des israelischen Staates. Auch das (im wörtlichen wie im übertragenen Sinn) heiße Klima und die komplizierte Landessprache warfen viele Probleme auf.

Viele kommunistische Exilanten und Widerstandskämpfer, die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern überlebt hatten, suchten zunächst in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands Fuß zu fassen. Aber spätestens seit 1947 wurde Mitgliedern oder Sympathisanten der KPD eine Tätigkeit in der Presse, im Rundfunk oder an Bildungseinrichtungen

tausch gab es in der Tat auch, doch war er bestimmt nicht möglich zwischen Walter Markov und Hanna Wolf. Das Zitat bei Martin Sabrow, *Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringgesellschaft*, S. 18f.

114 So die Definition von Theodor Bergmann, *The Replicability of the Kibbutz-Experience*, in: Klaus Bartölke u. a. (Hg.), *Integrated Cooperatives in the Industrial Society: The Example of the Kibbutz*, Assen 1980, S. 227.

oft unmöglich gemacht.¹¹⁵ So gingen die Literaturhistoriker Werner Krauss und Hans Mayer ebenso wie Walter Markov von West- nach Ostdeutschland, wo ihr demokratisch-sozialistisches Engagement jedoch im beginnenden Kalten Krieg auf Schwierigkeiten stieß.

Hans Mayer, seit 1948 Universitätsprofessor in Leipzig, schrieb exemplarisch, er mußte in politischen – nicht fachwissenschaftlichen – Äußerungen die „Sklavensprache ... fünfzehn Jahre lang lernen und praktizieren.“¹¹⁶ Noch bei Frankfurt am Main lebend, aber den Blick auch auf eine ostdeutsche Leserschaft richtend, hatte er zu Georg Lukács' Studie „Über Preußentum“ bemerkt: „Mit der Niederlage der bürgerlichen Erhebung vor allem in Preußen schwand das demokratische Gegenprinzip einer staatsabsolutistischen Bürokratie: die öffentliche Meinung, das Freiheitsbewußtsein des Staatsbürgers gegenüber der Staatlichkeit; Staatsräson wurde zum beherrschenden Prinzip; die individuelle Sphäre des einzelnen wurde entweder an einen mystischen Nationalismus oder eine staatsfromme ‚Innerlichkeit‘ ausgeliefert. So entstand der ‚Untertan‘.“¹¹⁷ Zwar galt diese Kritik den sich von der Emanzipation abwendenden deutschen Bürgern – nicht zuletzt auch Historikern – des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Doch schärften solche Texte auch den Blick für aktuelle Mißstände. Sie beseitigen zu helfen, hatten sich die Rückkehrer aus dem Exil vorgenommen, ihr Wirken in der DDR im besten Fall als einen „Pakt“ verstehend, wie Hans Mayer schrieb. „Ich wollte bleiben, wer ich war“, so Mayer im Rückblick, die Stimmung vieler ausdrückend, „und nur Argumenten zustimmen, die mich überzeugten, nichts mit öffentlichem Applaus bedenken, was ich insgeheim mißbilligte. Ähnlich dürften es Brecht oder Ernst Bloch verstanden haben. Auch Werner Krauss, der Mitglied der SED geworden war.“¹¹⁸ Ein Pakt mit der neuen Macht, statt bloßer Unterwerfung oder vorausseilenden Gehorsams – lassen sich mit dieser Kategorie auch Werk und Wirken mancher Historiker unter den Remigranten fassen oder blieb eine solche Absicht bestenfalls Illusion, mündete sie letztlich in Selbsttäuschung? Welcher Art war der Pakt, wer bestimmte die Regeln der Übereinkunft?

Hans Mayer sah schließlich keine Möglichkeit des Bleibens im Osten Deutschlands. 1963 ging er in den Westen – nur um auch dort ein stets kritischer Geist, ein in seinen Worten „intentioneller Außenseiter“ zu bleiben. Andere, so die hier behandelten Historiker, entschieden sich für eine Weiterarbeit in der DDR. Die Ergebnisse ihrer Arbeit fielen unterschiedlich aus.

115 Dies galt besonders für die amerikanische Besatzungszone. Vgl. Patrick Major, *The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956*, Oxford 1997, S. 229ff.

116 Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1988, S. 415f.

117 Hans Mayer, *Karl Marx und das Elend des Geistes. Studien zur neuen deutschen Ideologie*, Meisenheim 1948, S. 46f. – Lukács' Aufsatz „Über Preußentum“ war in historischen Seminaren der späten vierziger Jahre weit verbreitet (Wiederabdruck zuletzt in: Georg Lukács, *Über die Vernunft in der Kultur. Ausgewählte Schriften 1909–1969*, hg. von Sebastian Kleinschmidt, Leipzig 185, S. 406–428). Insgesamt wirkte Lukács jedoch stärker auf Germanisten und Philosophen denn auf Historiker. Vgl. hierzu Dieter Schiller, *Der abwesende Lehrer. Georg Lukács und die Anfänge marxistischer Literaturkritik und Germanistik in der SBZ und frühen DDR* (Pankower Vorträge, Heft 9), Berlin 1998.

118 Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 2, S. 256.

2. TEIL:

RÜCKKEHR AUS BRITISCHEM EXIL

KAPITEL 3

Soziologie und Geschichtswissenschaft. Alfred Meusel (1896–1960)

Alfred Meusel gehörte bereits vor 1933 zu den bekannteren deutschen Intellektuellen. Mit 30 Jahren in Aachen außerordentlicher, mit 34 Jahren ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Soziologie geworden, war er einer der jüngsten Ordinarien in der Weimarer Republik. In England bemühte sich der Flüchtling nach 1933 vergebens um eine feste Anstellung an einer Universität, doch gerade in dieser schweren Zeit wuchs sein Renommee aufgrund vielfältiger Aktivitäten innerhalb des deutschen Exils. Bald nach Kriegsende wurde der Heimkehrer als erster Marxist auf einen deutschen historischen Lehrstuhl berufen. An der Humboldt-Universität und als Direktor des Museums für Deutsche Geschichte wurde er ein prominenter DDR-Historiker.

1. Vom Kieler Bürgertum zum soziologischen Lehrstuhl in Aachen

Als Historiker und Soziologe hätte Alfred Meusel, wäre er gefragt worden, sicher viel zu den Reproduktionsmechanismen der deutschen Historikerzunft sagen können. Die deutschen Historiker rekrutierten sich über zwei Jahrhunderte hinweg zum großen Teil aus dem ihnen vertrauten Milieu: dem Bildungsbürgertum.¹ Alfred Meusel entstammte dieser Schicht; er wurde am 19. Mai 1896 in Kiel als Sohn des Studienrates Professor Richard Meusel und seiner Frau Maria Magdalena geb. von Pankow geboren.²

1 Hier sei auf eine wichtige Arbeit verwiesen, die dieses Thema behandelt: Wolfgang Weber, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt a. M. 1984, zu Meusel S. 316. Vgl. auch die Angaben in: Ders., *Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber von den Anfängen des Faches bis 1970*, Frankfurt a. M. 1984, zu Meusel S. 379f.

2 Biographische Angaben nach: Alfred Meusel, *Lebenslauf* (12. Juni 1951), in: ABBAW, NL Alfred Meusel, Nr. 1 (im folgenden: *Lebenslauf I*); *Lebenslauf*, in: HUB, UA, PA A. Meusel, Bd. 3, Bl. 2–10 (im folgenden: *Lebenslauf II*); N. N., *Der Lebensweg eines Gelehrten*, in: *Forum*, 1949, Nr. 10, S. 12–15; Zur Verleihung eines Nationalpreises an Prof. Dr. Alfred Meusel, in: *ZfG*, 1953, Nr. 5, S. 755–758; *National-*

„In meinem Elternhaus waren politische Interessen rege“, schrieb Meusel in einem Lebensrückblick. „Dadurch unterschied es sich vorteilhaft von den vielen anderen Intellektuellen-Familien, in denen es vor 1914 zum guten Ton gehörte, unpolitisch zu sein oder unpolitisch zu tun.“ Meusels Vater arbeitete an liberalen Zeitungen mit und fungierte bei den preußischen Landtagswahlen als freisinniger Wahlmann. „Wenn ich an ihn zurückdenke, sehe ich in ihm einen der letzten 48er Demokraten im Kaiserreich – ein lebendes Denkmal einer vergangenen Epoche.“ Die Mutter war „im Grunde genommen preußisch-konservativ.“³ Als Meusel Heinrich Manns „Untertan“ las, fiel ihm die Ähnlichkeit seines Vaters mit der Romanfigur des alten Buck auf, der sich seine progressiven, liberalen Ideale bewahrt hatte, aber keine Möglichkeit sah, diesen in der Epoche wilhelminischer Großmannssucht Geltung zu verschaffen.⁴

Von seinem sechsten Lebensjahr an besuchte Alfred Meusel die Schule seiner Heimatstadt. Abgesehen von Mathematik, fiel ihm das Lernen in allen Fächern leicht. Sehr rasch zeigten sich bei ihm literarische und historische Interessen sowie eine schriftstellerische Begabung. Als Gymnasiast veröffentlichte er unter Pseudonym erste kleinere literarische Arbeiten. Die Beziehungen zu seinen Mitschülern beschrieb Meusel als „freundlich, aber nicht herzlich. Schon damals trat eine Eigenschaft hervor, die sich seitdem immer wieder gezeigt hat: es fällt mir sehr schwer, aus mir herauszugehen und mich an andere anzuschließen.“⁵ Schon der junge Meusel zeigte sich gegen Ungerechtigkeiten, die an anderen verübt wurden, empfindlich. Im August 1914 bestand er das Abitur. Unmittelbar darauf trat er in die Armee ein. „Es war gar keine Freude dabei, keine Abenteuerlust und kaum wirkliche Begeisterung“, erinnerte er sich später in der DDR.⁶ Im englischen Exil hatte Meusel betont, daß junge Menschen „vor allem aus bürgerlichen Kreisen ... schon genügend verblendet (waren), um das wilhelminische Kaiserreich nicht so zu sehen, wie es wirklich war, sondern so, wie es von künftigen Akademikern, Offizieren usw. gesehen werden wollte.“⁷

Er wurde dem Ersatzbataillon des Schleswigischen Infanterieregimentes Nr. 84 zugeteilt. Nach einer kurzen Ausbildung kam die Einheit an die Ostfront, in die Nähe von Tschenschau. Dort wurde Meusel einer Landwehrkompanie zugeteilt.

„Die Monate, die nun folgten, wurden die entscheidenden meines Lebens“, schrieb er später.⁸ Der Achtzehnjährige, der noch glaubte, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg, kam nun mit einer Reihe dreißig- bis vierzigjähriger Männer zusammen, die alle Kriegsgegner waren. Meusel stellte rasch fest, „daß das Geheimnis ihrer Überlegenheit in ihrem proletarischen Klassenbewußtsein bestand.“ Seine Kameraden machten ihm klar,

preisträger Prof. Dr. Alfred Meusel, in: *Geschichte in der Schule*, 1954, Nr. 4, S. 193f.; Joachim Streisand, Alfred Meusels Weg vom bürgerlich-demokratischen Soziologen zum marxistisch-leninistischen Historiker, in: *ZfG*, 1975, Nr. 9, S. 1021–1031; Horst Haun, Alfred Meusel (1896–1960), in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*, Berlin (Ost) 1989, S. 149–168; Astrid Steger, Alfred Meusel, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 17, Berlin 1994, S. 272–274; Klaus Schwabe, Alfred Meusel 1896–1960, in: *RWTH 1870–1995. Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung*, Aachen 1995, S. 231–237.

3 Alfred Meusel, *Jugenderinnerungen*, in: *ABBAW, NL Meusel*, Nr. 2.

4 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 1.

5 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 3.

6 Alfred Meusel, *Kriegsfreiwilliger im Jahre 1914*, in: *ABBAW, NL Meusel*, Nr. 3.

7 Alfred Meusel, *Warum ich wieder nach Deutschland zurückkehre*. Handschriftliches Manuskript zu einem Vortrag am 22. Januar 1946 in der Trinity Church, London. Hervorhebung im Text.

8 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 5.

„daß der Staat nichts über den Klassen Stehendes ist, sondern das Exekutivorgan der herrschenden Klasse, mit dessen Hilfe sie ihren Willen durchsetzte.“⁹ So lernte der junge Meusel in den verschneiten Schützengräben der Ostfront eine ihm bis dahin fremde geistige Welt kennen. Im Mai 1915 wurde Meusel nach einem Offizierskursus zum Leutnant befördert¹⁰ und zu einem Regiment nach Frankreich, in die Champagne, geschickt. Dort erlebte er den Ausbruch der russischen Oktoberrevolution.

„Eines Tages zerriß der Vorhang, der die Wirklichkeit verhüllte“, erinnerte sich Meusel an dieses Ereignis. Die Nachricht, daß die russische Revolutionsregierung allen Parteien einen sofortigen Frieden ohne Annexionen anbot, bewegte die im dritten Kriegsjahr stehenden Offiziere und Mannschaften. Meusel hörte zum ersten Mal den Namen Lenins und empfand eine „quälende Dankbarkeit“ für ihn.¹¹

Am 2. Dezember 1917 wurde Meusel in Abwehrkämpfen an der Aisne verschüttet. Als er wieder zu sich kam, lag er in einem Hospital in Sains du Nord, und es war Februar 1918. Der Nervenschock hinterließ ein lebenslanges Zittern der Hände. Seine Gesundheit stabilisierte sich nie mehr völlig. Im anschließenden Genesungsurlaub las Meusel zum erstenmal marxistische Literatur, neben dem „Kommunistischen Manifest“ und dem ersten Band des „Kapital“ auch Geschichtswerke von Franz Mehring und Karl Kautsky. Als Kriegsbeschädigter kehrte er über Aachen im Juni 1918 in seine Heimatstadt Kiel zurück und nahm sein Studium an der dortigen Universität auf. Er belegte die Fächer Rechtswissenschaft und Literaturgeschichte, die ihn beide alsbald enttäuschten, sowie Wirtschaftswissenschaften.

Die Novemberrevolution erlebte Meusel „an ihrem Springquell, in Kiel.“ Am ereignisreichen Sonntag, dem 3. November, war er vom Morgen bis zum Abend dabei. Am Vormittag war er in der Versammlung im Gewerkschaftshaus, am Nachmittag nahm er an der großen Demonstration der Roten Matrosen teil. Dabei wurde er Zeuge, wie ein Offizier in die Demonstration schießen ließ und daraufhin von den Matrosen selbst erschossen wurde.¹² Am nächsten Tag trat Meusel der USPD bei. Er wurde in den Studentenrat der Universität gewählt, dem ersten derartigen Gremium an einer deutschen Hochschule. Im Januar 1919 gründete er mit Hilfe einiger Kommilitonen die Vereinigung sozialistischer Studenten an der Universität Kiel und wurde zum Vorsitzenden gewählt. „Schon im Februar oder März 1919 erklärten die Kommunisten, die am linken Radikalismus, der Kinderkrankheit des Kommunismus, schwer litten, daß ihre Abstimmung bei der Wahl des Vorsitzenden ein Fehler gewesen wäre; ihre wichtigste Aufgabe an der Universität bestünde darin, den Kampf gegen die Zentristen zu führen.“¹³ Als ihnen die Absetzung Meusels nicht gelang, traten sie aus der Vereinigung aus, die fortan eine SPD-Mehrheit hatte. Die bürgerlichen Vertreter im Studentenrat bewogen diesen, so Meusel, „in Schönheit“ sterben zu lassen.¹⁴

Meusel blieb politisch aktiv, widmete sich aber nunmehr verstärkt dem Studium der Soziologie; einem Fach, das in Kiel mit Ferdinand Tönnies ein Mann vertrat, der den Liberalismus mit einer sozialen Demokratie und berufsständischen Verfassungsentwürfen verbinden wollte; er wurde 1933 von den Nazis aus der Universität geworfen. Meusel kam jedoch

9 Ebenda, Bl. 6.

10 Im Februar 1917 wurde er zum Oberleutnant befördert. Vgl. Schwabe, S. 232.

11 Ebenda, Bl. 9. Dieser Teil von Meusels Lebenserinnerungen wurde in veränderter Form abgedruckt. Vgl. Alfred Meusel, *Eines Tages zerriß der Vorhang*, in: Sonntag, 26. Januar 1958.

12 Alfred Meusel, *Erinnerungen an die Novemberrevolution in Kiel*, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 4.

13 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 13.

14 Ebenda, Bl. 14.

mit einem Kieler Gelehrten in näheren Kontakt: mit dem Wirtschaftswissenschaftler Bernhard Harms, der ihn als Doktoranden gewinnen wollte, nachdem ihm Meusel im Seminar mit einem Vortrag über Franz Oppenheimers „liberalen Sozialismus“ positiv aufgefallen war. Meusel nahm an Harms' Doktoranden-Kolloquium teil, auch nachdem er an die Universität Hamburg gewechselt war.

In Hamburg führte Meusel, wie er selbst sagte, „ein stilles, zurückgezogenes, dem Studium gewidmetes Leben.“¹⁵ Er schrieb in den Jahren 1920 und 1921 seine erste größere wissenschaftliche Arbeit, mit der er am 3. März 1922 den soziologischen Doktorgrad an der Kieler Universität erwarb. Referenten waren Bernhard Harms und Heinrich Scholz.¹⁶

Diese „Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx“ stellen eine seriöse Analyse der Marxschen Gesellschaftstheorie dar. Wie Marx rückte Meusel die Produktionsverhältnisse, „die Gesamtheit der an die Produktion und die Verteilung der wirtschaftlichen Objekte anknüpfenden zwischenmenschlichen sozialen Beziehungen“, in das Zentrum seines Erkenntnisinteresses.¹⁷ Demgemäß interpretierte Meusel den Marxschen Kapitalbegriff als einen *sozialen Beziehungsbegriff*.

„Beziehungsbegriffe können nur dort gebildet werden, wo zwei unabhängig voneinander gedachte Begriffe unter der gleichen Kategorie zusammengefaßt werden. Die beiden unabhängig voneinander gedachten Begriffe ‚Produktionsmittel‘ und ‚Arbeiten‘ zusammenhaltende Kategorie ist die ‚Gesellschaft‘. Genau so, wie das gesellschaftliche Produktionsverhältnis ‚Tauschwert‘ an ein sachliches Substrat, die Ware, anknüpft, knüpft das Kapitalverhältnis zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und besitzlosen Nur-Arbeitern an die Produktionsmittel an. Aber mit keinem einzigen Merkmal gehen diese sachlichen Substrate in die Begriffe der Wissenschaft ein, die Marx die ‚politische Ökonomie‘ nennt.“¹⁸

Adam Smith habe die Arbeitsteilung in den Mittelpunkt seines Systems gerückt und logischerweise den Markt als den großen Regulator und Vermittler zwischen den Tätigkeiten der verschiedenen Wirtschaftssubjekte untersucht. Damit habe er die Lehre von der Produktion in eine Lehre von bestimmten Tauschhandlungen aufgelöst. „Für Karl Marx hat die Produktion insoweit in der Sozialökonomik Daseinsberechtigung, als an den – zunächst rein technischen – Akt der Entstehung eines Sachgutes eine große Reihe von sozialen Beziehungen anknüpft ... – Beziehungen, die, wenn wir den individuellen Akt ins Auge fassen, Beziehungen zwischen einzelnen Personen sind: wenn wir unsere Blicke jedoch auf das wirtschaftlich-gesellschaftliche Gesamtgeschehen richten, Beziehungen zwischen Klassen, die sich je nach ihrer verschiedenen Stellung zu den Produktionsmitteln voneinander unterscheiden.“¹⁹

Meusel bezeichnete die Marxsche Auffassungsweise mit der Formel der *wirtschaftlichen Gesellschaft*; die wirtschaftlichen Beziehungen seien „die für das Gesamtbild der Gesellschaft bedeutungsvollsten und im Gesamtbild hervortretendsten“, doch könne die Marxsche Gesellschaftslehre darauf nicht reduziert werden.²⁰ Man müsse die besondere geistesgeschichtliche Herkunft des Marxschen Gesellschaftsbegriffes herausarbeiten und dessen

15 Ebenda, Bl. 17.

16 Vgl. Meusel, Lebenslauf II, Bl. 6.

17 Alfred Meusel, Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx, Jena (1925), S. 5.

18 Ebenda, S. 27.

19 Ebenda, S. 27f.

20 Ebenda, S. 48.

Anwendung im Rahmen der allgemeinen kulturellen Situation untersuchen.²¹ Somit sei das Marxsche Verständnis der Gesellschaft und der Geschichte vom evolutionistischen Fortschrittsoptimismus des 19. Jahrhunderts nicht zu trennen. „Der Marxist erwartet die Regeneration der Gesellschaft und des Menschen von einem bestimmten geschichtlichen (Bewußtsein) und macht das Erstarken des sittlichen und intellektuellen Bewußtseins von dem Eintritt einer bestimmten Reihe historischer Bedingungen abhängig.“ Die historischen Bedingungen seien aber Resultate der aktiven menschlichen Tätigkeit. Die Marxsche Ethik sei somit die Ethik des handelnden Menschen, dem das Leben etwas Wertvolles sei, das gestaltet werden müsse.²² Meusel verwies auf den Doppelcharakter des Marxschen Freiheitsbegriffs. Freiheit sei einerseits Einsicht in die Notwendigkeit, beinhalte andererseits die Fähigkeit, der erkannten Einsicht gemäß zu handeln. Die Marxsche Vorstellung von Freiheit sei indes „äußerst bescheiden“, vergleiche man sie mit den weitgespannten Hoffnungen und Erwartungen, mit denen das öffentliche Bewußtsein in Europa nach 1789 die Vorstellung von Freiheit verbunden habe.²³ Daß der Marxismus den Fortschrittsgedanken nicht auf eine technisch-ökonomische Dimension beschränkt, sondern mit der Vorstellung einer Aufhebung der Klassengegensätze verbunden habe, bleibe jedoch als sein größter Beitrag zur menschlichen Geistesgeschichte bestehen.

„Allein, wenn wir den Vorgang der Klassenbeseitigung, wie ihn Marx beschreibt, etwas näher betrachten, dann können uns doch starke Zweifel daran überkommen, ob dieser Prozeß wirklich die weithin segensreichen Folgen nach sich ziehen würde, mit denen ihn der soziale Optimismus von Marx in Verbindung bringt“, so Meusel weiter. „Wer bürgt dafür, daß die Aufhebung der Klassen nicht den Weg bereiten würde für eine andere soziale Schichtung der Gesellschaft, die zwar nicht auf Eigentum oder Nicht-Eigentum an den Produktionsmitteln beruhen würde, die auf die Dauer aber ebenso drückend empfunden werden könne wie die alte Klassenteilung.“ Bereits 1922 erkannte Meusel die Richtung der neuen sozialen Gegensätze in Rußland: „es dürfte der Unterschied zwischen den arbeitenden Massen und der verwaltenden Bürokratie sein.“ Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln werde die „Tendenz zur Bürokratisierung“ nicht mindern, sondern verstärken. „Bedeutet doch schon heute jeder Schritt in den sozialen Staat hinein die Übernahme sozialer Aufgaben durch den Staat, Schaffung neuer Beamtenstellen und mithin Steigerung der Macht, des Einflusses und des Ansehens der Bürokratie.“²⁴

Diese Entwicklungsperspektive verband Meusel mit der politischen Isolierung Sowjetrußlands. Die proletarische Diktatur, wie sie Marx vorgeschwebt habe, sei nur als ein kurzfristiges Übergangsregime denkbar gewesen. Rußlands „ökonomisch-gesellschaftlicher Unterbau“ sei indes „niemals und auch heute nicht als die tragfähige Grundlage eines proletarisch-sozialistischen Regimes anzusehen“; Meusel berief sich hier ausdrücklich auf Karl Kautskys radikale Kritik an den Bolschewiki. Rußland sei, entgegen der bolschewistischen Behauptung, keineswegs sozialistisch: „In Wahrheit wird Rußland von einer kleinen Anzahl von Männern regiert, die einstmals ihr Mandat von der zur Macht gelangten radikalen Richtung der russischen Arbeiterbewegung empfangen, sich aber heute gegenüber ihren Mandatären so verselbständigt haben, daß diese in keiner Weise mehr imstande sind, sie abzuberufen; und die regieren dürfen, weil die im gegenwärtigen Rußland bedeutungsvollste

21 Vgl. ebenda, S. 48.

22 Ebenda, S. 86.

23 Ebenda, S. 63.

24 Ebenda, S. 101.

soziale Schicht der bäuerlichen Privateigentümer sie regieren läßt. So zeigt die knappe Analyse der russischen Staats- und Regierungsverhältnisse, daß der von der marxistischen Theorie geforderte Konsequenz-Zusammenhang zwischen Unterbau und Überbau doch nicht besteht: Daß Unterbau und Überbau auseinanderklaffen.²⁵ Meusel blieb demnach der Marxschen Idee gegenüber skeptisch, „daß sich mit der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung Idee und Interesse besser decken würden“ als im Kapitalismus. „Die Möglichkeit dazu ist vorhanden – aber auch nicht mehr wie die Möglichkeit.“²⁶

Mit dieser logischen und daher hellsichtigen Untersuchung – sie wurde *summa cum laude* benotet – hatte sich Meusel eine glänzende Ausgangsposition für eine wissenschaftliche Laufbahn geschaffen.²⁷ Nur vierzehn Monate nach dem Doktorexamen habilitierte er sich am 21. Juli 1923 an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen mit einer kurzen Abhandlung über die Soziologie der Abtrünnigen. Die Abtrünnigen waren nach Meusel „diejenigen Menschen, die aus einer sozial günstig gestellten Schicht zu einer aufstrebenden Gruppe übergehen in der Absicht, deren Kampf um gesellschaftliche Emanzipation mitzukämpfen.“²⁸ Daneben gebe es eine Abtrünnigkeit „nach oben“ in Form der Anpassung an die Herrschenden, so zum Beispiel bei früheren Arbeitern, die als Funktionäre verbürgerlichten. Manche Abtrünnigen würden ganz und gar, andere nur ideologisch in den Dienst der von ihnen erwählten Gruppe treten. Das erstere Phänomen sei besonders in Rußland zu beobachten. In Westeuropa seien „die Wegbereiter der neuen Zeit“ hingegen „Partei- und Gewerkschaftsführer, Abgeordnete, Journalisten, Minister – eifrige und betriebsame Leute, nicht Heilige und Asketen. Natürlich gibt es auch hier ‚Abtrünnige‘, die um ihrer Überzeugung willen schwerwiegende Opfer ideeller wie materieller Natur auf sich nehmen müssen; zu ihnen gehört z. B. Karl Marx. Aber immer erscheint als das Charakteristische, daß das Opfer nicht um seiner selbst willen gesucht wird, sondern daß die Notwendigkeit des Opfers, dem man an sich auszuweichen bestrebt ist, aus der Entwicklung des Kampfes besteht.“²⁹

„Eine eigenartige Verbindung vom Umständen“, so Meusel über den Beginn seiner Aachener Zeit, „führte dazu, daß ich dort schon im ersten Semester die Arbeit eines Ordinarius übernehmen mußte.“³⁰ Die Aachener drängten wohl auf eine schnelle Habilitation, um Meusel als vollwertigen Hochschullehrer in die Pflicht nehmen zu können.³¹ Im Dezember 1926 wurde er außerordentlicher, im Mai 1930 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Soziologie. 1931/32 war er Dekan der Fakultät für allgemeine Wissenschaften.

25 Ebenda, S. 72f.

26 Ebenda, S. 104.

27 Die Dissertation erschien 1970 in der Bundesrepublik als Raubdruck. Vgl. Streisand, S. 1023.

28 Alfred Meusel, Die Abtrünnigen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 1923, Nr. 2/3, S. 152–169, Zitat S. 152. Weitere Aufsätze Meusels in diesem Periodikum waren: Der Radikalismus, in: Ebenda, 1924, Nr. 1/2, S. 44–68; Vom „Sinn“ der sozialen Bewegungen, in: Ebenda, 1925, Nr. 1/2, S. 13–34.

29 Meusel, Die Abtrünnigen, S. 156.

30 Meusel, Lebenslauf I, Bl. 18.

31 Für Meusels Berufung nach Aachen setzte sich besonders sein früherer Kommilitone Carl-Max Maedgen ein, an der RWTH Professor für Wirtschaftskunde und Unternehmenslehre. Vgl. Schwabe, S. 233.

2. Ein linker Hochschullehrer in der Weimarer Republik

Als akademischer Lehrer behandelte Meusel ein weitgefächertes Themenfeld: Im Sommersemester hielt er eine vierstündige Vorlesung über Praktische Nationalökonomie, im zweistündigen Turnus las er jährlich zur Geschichte und Theorie der sozialen Bewegungen, dazu einstündig zur Geschichte der sozialökonomischen Lehrmeinungen, ebenfalls einstündig über Finanzwissenschaft. Außerdem hielt er eine Reihe von Spezialvorlesungen, darunter zur Soziologie und Kritik der modernen Demokratie, zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in England sowie zur Geschichte der politischen Parteien in Deutschland.³² Das für Deutschland so ereignisreiche Jahr 1923 war für Alfred Meusel nicht nur wegen seiner Habilitation wichtig: Am 3. August 1923 heiratete er Meta Weber (1895–1969). Politisch war er im September 1922 mit dem Teil der USPD, der zur SPD zurückkehrte, Sozialdemokrat geworden und blieb es bis 1925. In diesen Jahren publizierte er eine Reihe von Beiträgen in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen „Gesellschaft“, dem theoretischen Organ der SPD.³³ Aber auch im Handwörterbuch der Soziologie, im Kieler Weltwirtschaftlichen Archiv und in den Kölner Sozialpolitischen Vierteljahresheften erschienen Meusels Beiträge.³⁴ Daneben publizierte er unter anderem eine Kritik an der SPD in den „Neuen Blättern für den Sozialismus“. Unter Berufung auf Arthur Rosenberg³⁵ schrieb Meusel, die deutsche Bourgeoisie habe im Revolutionswinter 1918/19 ihren Widerstand gegen alle sozialpolitischen und politisch-demokratischen Forderungen aufgegeben, um sich die Herrschaft über den Produktionsmittelapparat zu sichern. Auf dieser Basis kam ein Kompromiß zustande. Ökonomisch wird er „dadurch charakterisiert, daß die Bourgeoisie Herrin über die Produktionsmittel bleibt, daß sie diese Herrschaft aber nur durch eine Reihe von Konzessionen an die reformistische Arbeiterbewegung aufrechterhalten kann. Da diese Konzessionen natürlich nicht ein für alle Male fixiert sind, so geht gleichsam innerhalb des Kompromisses der Kampf weiter; die Bourgeoisie will ihre Zugeständnisse zurücknehmen, aushöhlen, unwirksam machen; im Gegensatz dazu liegt das Hauptbetätigungsfeld des sozialdemokratisch-konservativen Reformismus in der Behauptung der einmal erreichten und in der Erzwingung neuer Konzessionen, die den Kapitalismus ‚biegen‘, ohne ihn zu ‚brechen‘.“³⁶ Diese marxistischen Argumente waren im akademischen Betrieb keineswegs Usus. Die Soziologie in

32 Vgl. Meusel, Lebenslauf II, Bl. 6f.

33 Zur bürgerlichen Sozialkritik der Gegenwart, in: Die Gesellschaft, 1924/1. Halbbd., S. 372–399 (Ludwig Mises), S. 488–498 (Othmar Spann); Der Zerfall des Liberalismus in der theoretischen Nationalökonomie, in: Ebenda, 1925/2. Halbbd., S. 333–344; Die Konkurrenz in soziologischer Betrachtung. Gedanken zum 6. Deutschen Soziologentag, in: Ebenda, 1929/2. Halbbd., S. 326–347.

34 Vgl. Alfred Meusels Aufsätze: Das Bürgertum, in: Alfred Vierkandt (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931 (Reprint 1959), S. 90–99; Rezension zu: Karl Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 37. Bd., Jena 1933, S. 185–194; Die Idee des Sozialismus bei Werner Sombart, in: Kölner sozialpolitische Vierteljahresschrift, 1928, Nr. 2/3, S. 112–132. Vgl. weiterhin von Meusel: Karl Marx als Soziologe, in: Fritz Karl Mann (Hg.), Gründer der Soziologie, Jena 1932, S. 96–108; Der klassische Sozialismus, in: Götz Briefs (Hg.), Die Wandlungen der Wirtschaft im kapitalistischen Zeitalter, Berlin 1932, S. 36–79.

35 Vgl. Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S. 219 (die von Meusel benutzte Originalausgabe: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871–1918, Berlin 1928, S. 234).

36 Alfred Meusel, Das Vorhandensein und die Bedeutung konservativer Tendenzen in der Sozialdemokratie, in: Neue Blätter für den Sozialismus, 1930, Nr. 11, S. 496.

der Weimarer Republik stand jedoch politisch kritischen Köpfen wesentlich aufgeschlossener gegenüber als die hochkonservativ bestimmte Geschichtswissenschaft.

Als Rezensent setzte sich Meusel unter anderem sehr scharf mit Oswald Spengler auseinander. Über zwei Broschüren des gefeierten Publizisten schrieb er, wenn sie „nicht von Spengler wären, so würden sie außerhalb der Kreise der unmittelbar Interessierten und Betroffenen – der deutschvölkischen und nationalsozialistischen Organisationen – niemand lesen. Denn sie unterscheiden sich in ihrer wüsten Beschimpfung all derer, die die undankbare Aufgabe der Verwaltung des deutschen Konkurses übernommen haben, sowie ihrer fanatisch-blinden Verkennung der dieser Entwicklung zugrunde liegenden Tendenzen in nichts von der in diesen Kreisen üblichen Pamphlet-Literatur.“³⁷ Robert Michels erhielt für eine Porträtsammlung bedeutender Zeitgenossen – von Pareto und Lombroso bis Bebel – viel Lob, da er „nicht das Senkblei tiefenpsychologischer Forschung anwendet“. Auch Michels' Stil, „die heitere Bewegtheit der Sprache“, fand Meusels Zustimmung.³⁸ In der Besprechung eines Buches von Curt Geyer warnte Meusel davor, zwischen der sozialen Lage von Menschengruppen und ihren politischen Optionen allzu kurzschlüssige Zusammenhänge herzustellen.³⁹ Gegenüber Karl Wittfogel wandte er kritisch ein, es komme nicht darauf an, aus dem Gesamtwerk von Marx nur „die stürmenden, revolutionaristischen, umschlagsdialektischen Elemente“ zu betonen und die „entwicklungsgeschichtliche, evolutionistische, historisch-relativierende Denkart“ zurückzudrängen.⁴⁰

In jenen Jahren stand Meusels geistige Entwicklung, wie er später bekannte, „im Zeichen von Pessimismus, Skeptizismus, Agnostizismus und Subjektivismus. Ich hatte mir eine Theorie zurechtgemacht, daß meine Aufgabe lediglich darin bestünde, den gesellschaftlichen Prozeß zu analysieren und möglichst genau zu beschreiben. Das Vertrauen auf den gesellschaftlichen Fortschritt hatte ich völlig verloren. Ich betrachtete die Menschen und die menschlichen Eigenschaften, die ich für wertvoll hielt, gewissermaßen als Zufallsprodukte, die in jeder denkbaren Gesellschaftsformation auftauchen können, so wie Meteorsteine vom Himmel fallen, ohne daß man weiß, warum es gerade heute oder hier geschieht. Nach meiner Meinung waren die Menschen zu desto schwereren Leiden verdammt, je feinführender und höher organisiert sie waren, je sicherer sie also durch ihre Existenz den Neid und den Haß der anderen hervorriefen. Kurz, ich hielt es für richtig, wenn Theodor Lessing, den ich persönlich kannte und schätzte, die Geschichte als ‚Sinnggebung des Sinnlosen‘ bezeichnete.“⁴¹

37 Alfred Meusel, Rezension zu: Oswald Spengler, *Neubau des Deutschen Reiches/Politische Pflichten der deutschen Jugend*, in: *Die Gesellschaft*, 1924/I, S. 604f.

38 Alfred Meusel, Rezension zu: Robert Michels, *Bedeutende Männer*, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 1926, Nr. 3, S. 296f.

39 Alfred Meusel, Rezension zu: Curt Geyer, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Die Gesellschaft*, 1924/I, S. 317–319.

40 Alfred Meusel, Rezension zu: Karl August Wittfogel, *Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, in: *Ebenda*, 1925/I, S. 175.

41 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 19. – Dennoch ging Meusel, liest man seine Arbeiten, nie so weit wie Lessing, der jede Gesetzmäßigkeit in der Geschichte leugnete und keine konstanten Träger des historischen Geschehens sah – mochten es die Persönlichkeiten oder die Massen sein. Vgl. u. a. Julius H. Schoeps, *Der ungeliebte Außenseiter. Zum Leben und Werk des Philosophen und Schriftstellers Theodor Lessing*, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart/Bonn 1986, S. 200–217. In den letzten Lebensjahren befreite sich Lessing allerdings von seinem Pessimismus. Vgl.

In Meusels zweitem Buch, einem Vergleich der Denksysteme von Karl Marx und Friedrich List, kommt ein solch pessimistischer Grundton nicht zum Vorschein. Gleich zu Beginn warnte Meusel vor plakativen Vereinfachungen. Zwar trage Marx' Bürger, wie er im „Kapital“ gezeichnet worden sei, „wesentlich andere Züge als das des tätig-fortschrittsfreudigen, vaterlandsliebenden, aufgeklärt und human denkenden Bürgers bei Friedrich List. Jedoch ist Marx' Einstellung zum Bürgertum nicht rein negativ orientiert, denn das Bürgertum und die von ihm erhaltene und vertretene Wirtschaftsordnung ist zwar einerseits der niederzuwerfende Feind, aber andererseits doch der große Hebel der Weltgeschichte; als die revolutionärste Klasse der Weltgeschichte hatte es schon das kommunistische Manifest bezeichnet, und unter all den wilden Anklagen gegen die Bourgeoisie schimmert immer noch Gerechtigkeit gegenüber den Trägern der Dynamik des gesellschaftlichen Geschehens hindurch.“⁴² Bei allen grundlegenden Gegensätzen zwischen List und Marx wenden sich beide „im Grunde genommen an dieselbe Triebkraft: an das durch die besondere Lage der Gruppe bestimmte soziale Interesse. In seinem eigenen Interesse – so lehrt Marx – muß das Proletariat auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinarbeiten; und Friedrich List richtet seinen feurigen Appell an die Industriellen, ihre Stimme zugunsten der deutschen Industrie zu erheben“, so Meusel.⁴³ Dabei lasse „sich der von List vertretene Gedanke: die Industriellen haben bestimmte Interessen, aber die wahren Interessen aller anderen sozialen Gruppen, die Nationalinteressen, stimmen mit den ihren überein, zweifellos leichter zum Ausgangspunkt einer propagandistisch wirkungsvollen Tätigkeit machen als der schroffe antagonistische Standpunkt, den Marx vertritt.“⁴⁴ Auch List könne „nicht ganz auf die machtmäßige Austragung von Spannungen verzichten, obwohl er an die Harmonisierbarkeit der Interessen glaubt.“⁴⁵ Meusel brachte die Antagonismen zwischen Marx und List auf den folgenden Nenner: „Marx' Denken ging von einem innerpolitisch-sozialen, Lists Lehre von einem außenpolitisch-nationalen Gegensatz aus.“⁴⁶

In Marx wie in List war „das intensive Bestreben, Geschichte und Theorie miteinander zu verbinden, lebendig“, betonte Meusel. „Gegenüber dem Auseinanderklaffen von reiner Historie auf der einen und reiner Theorie auf der anderen Seite wird wenigstens prinzipiell die Notwendigkeit einer Verbindung empfunden.“ Die damit gestellte gewaltige Aufgabe könne indes auch von zwei so bedeutenden Denkern nicht wirklich gelöst werden. Für eine Synthese sei einfach zu viel aufgespeichertes Material durchzuforschen. Es gebe nur zwei Auswege: „Resignation“ und damit Selbstbescheidung in der Theoriebildung oder „Hingabe an die Detailprobleme einzelwissenschaftlicher Spezialforschung“; ein Dilemma, das niemandem so bewußt gewesen sei wie Max Weber.⁴⁷ Meusel stimmte Edgar Salin zu, der sich in seinem Werk über den Hochkapitalismus die Frage stellte: „Ist dieses Buch noch Geschichtswissenschaft, wenn es mit den geschichtlichen Tatsachen so souverän waltet und schaltet – ist es Theorie, wenn es an einem großen Teil dessen, was die moderne theoreti-

Hans Stern, Theodor Lessing (1872–1933), in: Theodor Lessing, Wortmeldungen eines Unerschrockenen. Publizistik aus drei Jahrzehnten, Leipzig/Weimar 1987, S. 7–48, bes. S. 41ff.

42 Alfred Meusel, List und Marx. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1928, S. 9. Das Schlußkapitel des Buches erschien unter dem Titel: Das Problem der äußeren Handelspolitik bei List und Marx, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 27. Bd., Jena 1928, S. 77–103.

43 Meusel, List und Marx. Eine vergleichende Betrachtung, S. 17.

44 Ebenda, S. 19.

45 Ebenda, S. 20.

46 Ebenda, S. 24.

47 Ebenda, S. 73f.

sche Forschung geleistet hat, einfach vorübergeht?“⁴⁸ „An den objektiven wie subjektiven Schwierigkeiten zerbricht bei List wie bei Marx die Synthese; etwas überspitzt dürfen wir sagen, daß bei Marx das theoretische, bei List das historische Element in den Vordergrund tritt.“⁴⁹ Doch sei Marx der Synthese „unendlich viel näher gekommen“ als List. Er „besaß, was List fehlte: nämlich eine prinzipiell klare Anschauung über das Verhältnis von Geschichte und Theorie. Diese Auffassung ist, kurz gesagt, die folgende: die historische Forschung gibt die ‚Daten‘, die Theorie erforscht dann, nach welchen Prinzipien unter Voraussetzung einer bestimmten geschichtlichen Umwelt die zwischen den einzelnen Beziehungsträgern obwaltenden sozialen Verkehrsbeziehungen verlaufen. Anders ausgedrückt: die Geschichtswissenschaft steckt jeweils den Raum ab, innerhalb dessen die Frage nach den die Sozialwirtschaft beherrschenden Gesetzen sinnvoller Weise gestellt werden kann.“⁵⁰

Beachtung verdienen Meusels politische Prognosen. „Vielleicht“, so schrieb er, „werden Marx‘ Verdienste um die wirtschaftswissenschaftliche Forschung erst dann voll gewürdigt werden können, wenn sein politischer Stern mehr als heute verblaßt ist, und infolgedessen das Weiterbauen auf der von ihm gelegten Grundlage nicht mehr mit der Frage der Sympathie oder Antipathie für eine bestimmte politische Richtung verquickt zu werden braucht“. Dieser Zustand rücke um so näher, je mehr sich „die ausschlaggebenden sozialistischen Parteien“ in republikanische und demokratische, pazifistisch und sozialpolitisch eingestellte Reformparteien verwandelten, wenngleich „marxistische Reminiszenzen“ diesen Transformationsprozeß noch etwas verzögern, indes nicht aufhalten könnten.⁵¹

Meusel stellte den Gegensatz zwischen dem sowjetischen und dem europäisch-sozialistischen Marx-Verständnis klar heraus: „Dem Einschrumpfen der politischen Bedeutung Marxens in Mitteleuropa steht nun freilich die Kanonisierung seiner Persönlichkeit und Leistung in dem Lande gegenüber, in dem eine radikal sozialistische Partei die Macht ergriffen und bis heute behauptet hat. Dort erhalten seine Werke eine Stellung ähnlich derjenigen, die die Kirchen ihren heiligen Büchern einzuräumen pflegen, und um jedes Wort bemüht sich eine mit liebevoller Pietät bis ins einzelne forschende Marx-Philologie.“⁵²

Meusels offenkundige Distanz zum bolschewistischen Experiment verringerte sich am Ende der zwanziger Jahre. Angesichts der Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft seien die Kommunisten diejenigen, die den „kommenden Erschütterungen nicht mit ganz oder halb geschlossenen Augen“ entgegneten.⁵³ Die Sozialdemokraten würden hingegen „allen wirklich entscheidenden Zusammenstößen mit dem Monopolkapitalismus“ nur ausweichen.⁵⁴ Meusel war 1931 einer der Mitbegründer der „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der russischen Planwirtschaft“ (Arplan), die Klischees über die UdSSR entgegenwirken wollte. Zu ihren Mitgliedern gehörten so unterschiedliche Köpfe wie Emil Lederer, Otto

48 Ebenda, S. 74.

49 Ebenda, S. 75.

50 Ebenda, S. 79f.

51 Ebenda, S. 39.

52 Ebenda, S. 39. Vgl. auch Alfred Meusel, Das Marx-Engels-Archiv, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, Bd. 6, 1926, S. 298f.

53 Alfred Meusel, Der klassische Sozialismus und seine Wandlungen, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Bd. 24, 1930/31, S. 168.

54 Ebenda, S. 159.

Hoetzsch, Klaus Mehnert, Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, aber auch Georg Lukács, Hermann Duncker, Karl August Wittfogel und selbst Ernst Jünger sowie Ernst Niekisch.⁵⁵

In diesen Jahren las Meusel intensiv Lenin, von dessen unbedingter Opposition im Ersten Weltkrieg er sich angezogen fühlte. Sukzessive begann er, die Oktoberrevolution nicht mehr als etwas spezifisch Russisches zu sehen. Garant eines Erfolges der revolutionären Kräfte sei die einige und in sich geschlossene Partei. Davon könne in Deutschland „mit den beiden Erbübeln der Arbeiterbewegung: dem grundsatzlosen Opportunismus einerseits und dem scheinradikalen Sektierertum andererseits“ gar keine Rede sein. Meusel, der sich von der SPD zurückgezogen hatte, näherte sich nunmehr der KPD an. Im Gegensatz zur Revolutionrhetorik der KPD glaubte er aber „in keiner Weise“ an eine nahe bevorstehende proletarische Revolution in Deutschland.⁵⁶

Die Gefahr des Faschismus nahm Meusel aber sehr ernst und wollte mit seinen „bescheidenen Kräften“ dazu beitragen, damit sie „in letzter Stunde gebannt wurde.“⁵⁷ Nach Rücksprache mit seinen kommunistischen Freunden ergriff er im Herbst 1930 die Initiative zur Gründung einer „Sozialwissenschaftlichen Vereinigung“, deren Vorsitzender er wurde. Diese Vereinigung „war keine Partei und sollte auch keine Partei sein, aber sie bot eine Plattform dafür, daß sich in regelmäßigen Abständen kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter mit fortschrittlichen Intellektuellen trafen, freimütig ihre Meinung aussprachen und kameradschaftlich miteinander diskutierten, wodurch der Boden für das Zusammenwirken aller antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen die Nazis aufgelockert wurde.“ Ein wichtiges Erlebnis für Meusel war, daß die Aachener Antifaschisten im Sommer 1932 einen Demonstrationzug der Nazis auseinandertrieben, mit dem diese die Aufhebung des Uniformverbotes für die SA und die SS feierten. Dieser gemeinsame Widerstand der antifaschistischen Kräfte gegen die Nazi-Offensive war „nur zum kleinen Teil auf das Konto der ‚Sozialwissenschaftlichen Vereinigung‘ zu setzen, aber sie hat doch dazu beigetragen, daß er möglich wurde.“⁵⁸

1931 wurde Meusel Vorsitzender der Ortsgruppe der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland. Er war und blieb jedoch politisch ein Suchender: Sein Beitritt zum KPD-nahen „Aufbruch“-Kreis um Beppo Römer, Ludwig Renn und Richard Scheringer zeigt Meusels Affinität zur damaligen Politik der Thälmann-Partei, die zeitweise – letztlich erfolglos – mit einer pseudonationalen Rhetorik um Wählerstimmen warb. In den letzten Jahren der Weimarer Republik hielt Meusel „zahllose Vorträge“ besonders im Rheinland und in Schleswig-Holstein, teils in den genannten Organisationen, teils in Universitäten und sozialistischen Studentengruppen, teils in der „Kuppel“, einer bürgerlichen, aber den Kommunisten gegenüber loyalen Vortragsgesellschaft, schließlich in der „Gesellschaft zur Organisation sozialwissenschaftlicher Vorträge“.⁵⁹

55 Vgl. Jürgen Danyel, *Zwischen Nation und Sozialismus. Genese, Selbstverständnis und ordnungspolitische Vorstellungen der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen*, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 468–487, hierzu S. 473.

56 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 21.

57 Ebenda.

58 Ebenda, Bl. 22.

59 Ebenda, Bl. 22.

Meusels Aktivitäten blieben den Nazis kein Geheimnis, und sie „sollten es auch nicht sein, denn man kann den Pelz nicht waschen, ohne ihn naßzumachen.“⁶⁰ So gehörte Meusel zu der noch geringen Zahl von Professoren, die – obwohl sie keine Juden waren – im Frühjahr 1933 zwangsbeurlaubt und im September 1933 abgesetzt wurden. Seine Entlassung erfolgte aufgrund von § 2a des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, der folgendermaßen lautete: „Beamte, die der kommunistischen Partei oder einer ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen angehört oder sich sonstwie kommunistisch betätigt haben, sind aus dem Staatsdienst zu entlassen.“ Meusel wurde die Pension gestrichen, der Professorentitel und der Doktorgrad wurden ihm aberkannt. Noch im Laufe des Jahres 1933 wurde er zweimal in „Schutzhaft“ genommen, zuerst vom 27. April bis zum 31. Mai.⁶¹ „Das zweite Mal war wesentlich ernster. Ende Juni wurde ich eines Tages auf der Straße angehalten und durchsucht, wobei man in meiner Brusttasche ein Manuskript fand, das auf meine Verbindung mit einer illegalen Widerstandsgruppe schließen ließ.“⁶² Nun wurde ich natürlich wieder verhaftet, nach der obligaten Haussuchung, der diesmal meine gesamte marxistisch-leninistische Bibliothek sowie alle meine Vorlesungs- und sonstigen Manuskripte zum Opfer fielen.“ Dabei ging auch das Manuskript verloren, wegen dessen Besitzes Meusel verhaftet worden war und das ihm dann als *corpus delicti* nicht mehr zur Last gelegt werden konnte.⁶³

Diesmal blieb Meusel bis zum 12. September in Haft, zunächst im Polizeipräsidium, dann im Gefängnis von Aachen, schließlich im Gefängnis in Wittlich bei Trier. Da Meusel in Aachen zu bekannt war und jederzeit wieder verhaftet werden konnte, gingen er und seine Frau nach Eutin in der Holsteinischen Schweiz. Er suchte nach neuen Lebensmöglichkeiten und nach Kontakten mit Antifaschisten. Beides erwies sich als unmöglich. Anfang 1934 war es den Meusels klar, daß sie Deutschland sofort verlassen mußten. Am 10. April 1934 gingen sie bei Flensburg ohne ihre Pässe, nur mit sogenannten Ausflugskarten, nach Dänemark und meldeten sich am folgenden Tag bei der Polizei. Durch das dänische Matteotti-Komitee wurden sie als politische Flüchtlinge anerkannt.⁶⁴ Am 3. Juli erfolgte die Anerkennung durch das Hilfskomitee für geflüchtete Geistesarbeiter und am 16. November erhielten die Meusels das dänische „ID-Zertifikat“.⁶⁵

60 Ebenda.

61 Vgl. Schwabe, S. 232.

62 Laut Meusels eigener Angabe war es ein Manuskript Eugen Vargas über die Londoner Weltwirtschaftskonferenz. Vgl. die biographischen Angaben von Alfred Meusel in: Emil Julius Gumbel (Hg.), Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, Strasbourg 1938, S. 274f.

63 Meusel, Lebenslauf I, Bl. 23.

64 Das Matteotti-Komitee war die Hilfsorganisation der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI).

65 Dieses Zertifikat wurde infolge einer Absprache der dänischen Seite mit dem Flüchtlingskommissar des Völkerbundes ausgestellt. Für diese Angaben vgl. die Ausländerakte Nr. 60 545: Alfred Theodor Meusel, im Riksarkiv Kopenhagen, Statspolitiet/Rikspolitichefen, Tilsynet med udlændinge. Einen Auszug und eine Übersetzung dieser Quelle verdanke ich Hans Uwe Pedersen, Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen.

3. KPD-Arbeit in England. Alfred Meusel im Exil

„Nachdem wir einige Wochen in Kopenhagen waren“, berichtete Meusel, „traf ich eines Tages in der Staatsbibliothek den Kieler Juristen Prof. (Fritz) Opet, den ich aus meiner Studentenzeit kannte. Bald darauf stellte mich Opet einem deutschen kommunistischen Flüchtling vor. Als wir beide allein waren, vertraute ich ihm meinen Wunsch an, in die KPD einzutreten. Ich erklärte ihm, daß und warum ich es vor 1933 nicht getan hatte, und daß es dann zu spät gewesen wäre. Dieser und noch ein anderer Genosse überprüften mich und luden mich zu der nächsten Sitzung der kommunistischen Flüchtlingsgruppe ein.“ Seitdem galt Meusel als KPD-Sympathisant und nahm an der Arbeit der Gruppe teil, die insbesondere deutsche Touristen in Dänemark die Augen über das Nazi-Regime zu öffnen suchten. Nach dem 30. Juni 1934 und der Ausschaltung von Hitlers innerparteilichen Widersachern wurden der Gruppe die Flugblätter förmlich aus den Händen gerissen. Die deutschen Reisenden waren noch nicht so verängstigt wie in späteren Jahren, „als sie jedes Anti-Nazi-Flugblatt so behandelten als ob es brannte.“⁶⁶

Im Dezember 1934 wurde Meusel vom *Academic Assistance Council* nach London eingeladen. Er sollte dort die Möglichkeit zur Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Arbeit erhalten. Der Council, die spätere *Society for the Protection of Science and Learning*, war von englischen Wissenschaftlern ins Leben gerufen worden, um die aus Nazideutschland vertriebenen deutschen Gelehrten zu unterstützen. Ihnen sollten, unabhängig von ihrer „Rasse“ („race“), Religion oder politischen Einstellung („creed“), Stellen oder wenigstens Stipendien vermittelt werden. Am 19. Dezember gingen die Meusels von Esbjerg aus per Schiff nach England.

Dort gingen Meusels Hoffnungen jedoch nicht in Erfüllung. „Während andere emigrierte Wissenschaftler, die nicht – wie ich – des Kommunismus dringend verdächtig waren, mit bemerkenswerter Geschwindigkeit feste Anstellungen erhielten, ist mir das in den 11 Jahren meines Aufenthaltes in London niemals gelungen“, schrieb er später.⁶⁷ Meusel erhielt 1934 von der Society for the Protection of Science and Learning immerhin ein befristetes Stipendium, das im Mai des folgenden Jahres um weitere zwölf Monate verlängert wurde.⁶⁸ 1937/38 bekam er eine wiederum nur befristete Anstellung als Mitarbeiter am *Refugee Survey*, der die Situation deutscher Flüchtlinge dokumentierte. Zu diesem Zwecke bereiste er Ende 1937 verschiedene westeuropäische Länder. Auch John Hope Simpson, der Direktor des Royal Institute of International Affairs, vermochte ihm nicht weiterzuhelfen.⁶⁹ Dies lag aber auch daran, wie Meusel selbst sagte, daß er „als Stellenjäger unbeschreiblich unbegabt“ war.⁷⁰ Zudem war die britische Wissenschaftslandschaft damals sehr in sich geschlossen; ein Problem, mit dem die deutschen Geisteswissenschaftler, die in einer ganz anderen intel-

66 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 24.

67 Ebenda,.

68 Schreiben von Walker Adams, Generalsekretär des Academic Assistance Council, an den Assistenzsekretär E. R. Marrow, 22. Mai 1935, in: NYPL, MAD, Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, Box 127, Folder May 1935.

69 Ein Befürwortungsschreiben Hope Simpsons vom 28. Juli 1938 befindet sich in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 1.

70 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 24.

lektuellen Tradition aufgewachsen waren, zu kämpfen hatten.⁷¹ Die britischen Stellen „siebten“, so Meusel, die deutschen Emigranten. „Wer ‚undesirable‘ war, wurde mit dem nächsten Schiff oder Flugzeug nach dem Kontinent zurückgeschickt.“ Neben begüterten Einwanderern gelang es Intellektuellen immer noch relativ leicht, nach England zu kommen, „wobei man Wissenschaftler vor Schriftstellern, Journalisten und Künstlern bevorzugte.“⁷² Meusel war schockiert, wie politisch unerfahren viele der deutschen Flüchtlinge waren. Aber auch unter den Briten fand er oftmals nur wenig Verständnis für seine Lage. Einmal fragte ihn eine Dame, warum er Deutschland verlassen habe; er sei doch kein Jude. Die Meusels fühlten sich somit oft allein. Sie beschlossen, sofort nach dem erhofften baldigen Ende des Nazismus nach Deutschland zurückzukehren. „Wenn wir das sagten, galten wir für verrückt. Aber wir ließen den Mut nicht sinken.“⁷³

Zu Beginn des Jahres 1938 schien die Möglichkeit einer festen Anstellung in greifbare Nähe gerückt, zwar nicht in England, aber an der Technischen Universität in Mexiko-City, die gerade gegründet wurde. Die Society for the Protection of Science and Learning schlug als zu berufende Hochschullehrer den Österreicher Adolf Sturmthal und Meusel vor.⁷⁴ Meusel hat „Lehrerfahrung an einer Technischen Hochschule in Deutschland, also Erfahrung, die ihn für eine ähnliche Arbeit in Mexico besonders empfiehlt“, hieß es in einem Befürwortungsschreiben.⁷⁵ Die Society for the Protection of Science and Learning, das New Yorker Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, die Rockefeller Foundation und der Lateinamerika-Experte Frank Tannenbaum verwandten sich für Meusel. Aber Ende März zerschlug sich das Projekt einer Berufung Meusels nach Mexico an die zu gründende Technische Universität. Die mexikanische Seite verfügte nicht einmal über genügend finanzielle Mittel und hatte auch keinen Gründungsdirektor benannt.⁷⁶ Bereits 1935 war der Versuch des Emergency Committee, Meusel an die Wirtschaftshochschule nach Santiago de Chile zu vermitteln, mißlungen.⁷⁷

Anfang Juni 1938 versuchte sich Meusel Klarheit über „Die Ursachen der politischen Emigration“, so der Titel einer zweiteiligen Abhandlung, zu verschaffen. In einem historischen Überblick des Niedergangs der Weimarer Republik stellte Meusel fest, daß Reichskanzler Franz von Papen „mit am meisten dazu beigetragen hat, den Nationalsozialisten zur Macht zu verhelfen.“⁷⁸ Einmal im Sattel, gingen die Nazis sofort daran, die bestehenden

71 Dies erläutert am Beispiel der Politikwissenschaftler Alfons Söllner, *On Transit to America. Political Scientists from Germany in Great Britain after 1933*, in: Werner E. Mosse u. a. (Hg.), *Second Chance. Two Centuries of German-Speaking Jews in the United Kingdom*, Tübingen 1991, S. 121–136; wieder veröffentlicht in: Alfons Söllner, *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte*, Opladen 1996, S. 83–97. Die Akkulturationsprobleme deutscher Einwanderer in Großbritannien sind einprägsam dargestellt bei Marion Berghahn, *Continental Britons. German-Jewish Refugees from Nazi Germany*, Oxford etc. 1988.

72 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 25.

73 Ebenda, Bl. 25f.

74 Zu Sturmthal vgl. Sven Papcke, *Deutsche Soziologie im Exil. Gegenwartsdiagnose und Epochenkritik 1933–1945*, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 141–162. Meusel wird in diesem Buch nicht erwähnt.

75 Walter Adams, General Secretary of the Society for the Protection of Science and Learning, an Betty Drury, Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, 14. Februar 1938, in: NYPL, MAD, Emergency Committee ... , Box 150.

76 Vgl. die Korrespondenz von Betty Drury ebenda.

77 Die Empfehlung befindet sich ebenda, Box 127, Folder AAC, January-April 1935.

78 Alfred Meusel, *Die Ursachen der politischen Emigration*, 1. Teil, unveröffentlichtes Manuskript, geschrieben im Juni 1938, Bl. 2. Dem Verfasser zur Verfügung gestellt von Fritz Klein.

Machtverhältnisse durch eine Ausnahmegesetzgebung unumkehrbar zu machen. „Man darf wohl ohne jede Übertreibung behaupten, daß das ‚Ermächtigungsgesetz‘ das für die Umwandlung der demokratischen Republik in den faschistischen Totalstaat wichtigste Gesetz ist; es führte eine Entwicklungstendenz zu ihrem logischen Ende, die unter der Regierung Brüning (1930–32) begann, die sich in den Regierungen v. Papen (1932) und v. Schleicher (1932–33) weiter fortsetzte, und die in der Ausschaltung der Legislative besteht. *Es ist für den faschistischen Totalstaat charakteristisch, daß hier die Regierung die Funktion der Gesetzgebung übernimmt.*“⁷⁹

Nur die Arbeiterparteien stellten sich, so Meusel, auf den illegalen Kampf um. Den höchsten Blutzoll im antifaschistischen Kampf habe die kommunistische Partei entrichten müssen; während die Mitläufer abfielen, blieb ihr Kern beisammen. Die Nazis unterdrückten die Arbeiterparteien nacheinander; mit den Sozialdemokraten spielten sie zunächst noch „wie die Katze mit der Maus“, bevor sie ihnen, wie zuvor auch den Gewerkschaften, im Juni 1933 den „Gnadenstoß“ versetzten.⁸⁰ Meusel machte die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Passivität gegenüber den Nazis für deren Aufstieg mitverantwortlich, und zog als bitteres Fazit: „Man kann den Nationalsoz(ialisten) vieles vorwerfen, aber man kann ihnen nicht nachsagen, daß sie nichts von Politik verstehen, und sie haben sich regelmäßig bemerkenswert viel weniger Illusionen gemacht als ihre Gegner auf der bürgerlich-demokratischen und der sozialdemokratischen Seite.“⁸¹ Der Nationalsozialismus sei jedoch ständig in Bewegung; um seiner aggressiven außenpolitischen Ziele willen müsse er innenpolitisch immer auf der Hut sein. Die außerordentliche Zuspitzung der innenpolitisch-sozialen wie der außenpolitisch-imperialistischen Gegensätze treibe ihn unaufhaltsam vorwärts. Doch gerade dies sei „viel mehr ein Zeichen seiner Schwäche als seiner Stärke.“⁸²

Zu diesen Zeichen der Schwäche gehöre die Tatsache, daß der Nazismus mit seinem Neuheidentum immer im Gegensatz zum Christentum bleibe, gehöre auch das letztlich erfolglose Bemühen der Nazis, die Arbeiter in den Staat Hitlers zu integrieren. Dies zeige sich auch daran, daß die meisten Gefangenen in den Konzentrationslagern Arbeiter seien.⁸³ Die nationalsozialistische Justiz kleide ihre terroristische Verfolgung aller Andersdenkenden und der angeblich „rassisch Minderwertigen“ in die Form vom Gesetzen.⁸⁴

Zusammenfassend benannte Meusel als Ursachen der politischen Emigration aus Deutschland: 1. Die Zerstörung oder Unterdrückung aller nicht-nationalsozialistischen Organisationen; 2. die Gefährdung der Kirchen; 3. die scharfe Verfolgung aller wirklichen oder vermeintlichen Gegner; 4. die soziale und berufliche Dequalifizierung aller Gegner des Totalstaates. Schließlich sei das Regime sogar darauf aus, bestehende Ehen seiner Gegner, wenn möglich, zu trennen.⁸⁵

Sobald Alfred Meusel fließend Englisch sprechen konnte, stürzte er sich in die Vortragstätigkeit. Er sprach auf Einladung von englischen und schottischen Universitäten, gelehrten Gesellschaften, Studentenorganisationen, Gewerkschaften, Trade Councils, Town Councils und in Klubs. Meistens ging es um Themen der deutschen Geschichte, oft um den

79 Ebenda, Bl. 9f. Hervorhebung im Text.

80 Ebenda, Bl. 13f.

81 Ebenda, Bl. 19f.

82 Ebenda, Bl. 29.

83 Vgl. Meusel, *Die Ursachen ...*, 2. Teil, Bl. 17.

84 Vgl. ebenda, Bl. 8f.

85 Vgl. Meusel, *Die Ursachen ...*, 2. Teil, Bl. 21 und 24.

Faschismus. Meusel war „erstaunlich elegant in seinen Formulierungen und ein hervorragender Essayist“, schrieb sein Mitexilant Jürgen Kuczynski.⁸⁶ Dabei verdichtete sich in Meusel die Überzeugung, daß der Faschismus kein Zufallsprodukt war, sondern, wie er betonte, „das wohlausgetragene Kind des deutschen Imperialismus“, ⁸⁷ und daß er tiefe Wurzeln in der deutschen Geschichte hatte.

In seinen Vorträgen sprach sich Meusel für eine antifaschistische Einheitsfront auch in England aus, wo die faschistische Bewegung in den dreißiger Jahren Stimmen sammelte.⁸⁸ Seine Hörer entgegneten, eine solche Politik passe nicht in ein Land, in dem die Labour Party so viel größer als die kommunistische Partei sei. Man dürfe die Liberalen nicht unterstützen (deren führende Politiker die konservative Appeasement-Politik teilweise hart kritisierten), da man sonst keine Labour-Mehrheit erreichen würde, die, so Meusel, manchem „als der Gipfel der Seligkeit galt.“⁸⁹ Auch Meusels Plädoyer für ein System der kollektiven Sicherheit, das die Sowjetunion damals den europäischen Staaten vorschlug, fand wenig Anklang. Man dürfe Hitler durch die Errichtung eines solchen Systems nicht reizen, wandten einige von Meusels Zuhörern ein. Andere glaubten, Hitler könne nur durch einen Krieg, nicht durch die Deutschen selbst, gestürzt werden.

Im Herbst 1937 trat Meusel der etwa zehnköpfigen KPD-Gruppe in England bei, die damals unter Jürgen Kuczynskis Leitung stand.⁹⁰ Dies war ein logischer Schritt, nachdem er sich in den Jahren zuvor sukzessive kommunistischen Positionen angenähert hatte. In seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen findet sich kein Hinweis darauf, ob er seine frühere Skepsis gegenüber dem Sowjetsystem überwunden hatte. Sah er in der Sowjetunion, die sich inmitten der Moskauer Prozesse befand, damals den einzigen Garanten gegen Hitler? Um es vorwegzunehmen: Meusel äußerte sich, soweit bekannt, nicht öffentlich zu den Schauprozessen oder zum Hitler-Stalin-Pakt. Er opponierte also nicht gegen die Linie der KPD, doch hat sich auch keine Zustimmungserklärung gefunden. Anders als Kuczynski,⁹¹ pries Meusel auch nicht den bei allen prostalinistischen Manifestationen unvermeidlichen Kronanwalt D. N. Pritt oder den (im Unterschied zum durchtriebenen Pritt) politisch wohl etwas naiven Dean of Canterbury.⁹²

Meusel gehörte an der Jahreswende 1937/38 zu den Initiatoren der „Freundeskreise der deutschen Volksfront in London“ und wurde deren Vorsitzender. Die oft nur aus drei bis fünf Personen bestehenden Freundeskreise, deren Arbeit Meusel koordinierte, gaben eine Monatszeitschrift in englischer Sprache heraus: „Germany Today“, für die Meusel die meisten außenpolitischen Leitartikel schrieb. Er beteiligte sich mit einem Beitrag über die Finanzpolitik des Nationalsozialismus an dem von Emil Julius Gumbel herausgegebenen

86 Jürgen Kuczynski, *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler*, Berlin (Ost)/Weimar 1973, S. 298.

87 Meusel, *Lebenslauf I*, Bl. 26. Diesen Gedanken führte Meusel in einer Broschüre aus: *Fascism – fight it now*, London 1937.

88 Vgl. hierzu Arnd Bauerkämper, *Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945*, Göttingen 1991, S. 159ff.

89 Meusel, *Lebenslauf I*, S. 26.

90 Kuczynski war Meusels Bürge bei dessen Aufnahme in die KPD. Vgl. Kuczynski, *Memoiren*, S. 284.

91 Vgl. ebenda, S. 348ff.

92 Dessen Reisebericht über die Sowjetunion kann als Beispiel der Indienstnahme eines *fellow traveller* durch das stalinistische Regime gelten: Hewlett Johnson, *Ein Sechstel der Erde*, Berlin 1947 (zuerst 1937).

Sammelband „Freie Wissenschaft“.⁹³ Allein dies spricht dafür, daß Meusel sich nicht als bloßer Parteisoldat verstand, denn an dem Sammelband arbeitete auch der von der KPD gemiedene Arthur Rosenberg mit, dessen gerade erschienene „Geschichte der deutschen Republik“ die wahrscheinlich beste Leistung eines exilierten deutschen Historikers ist. Gumbel hatte, woran nochmals erinnert sei, gegen die Moskauer Prozesse Stellung bezogen, war also nicht gerade ein gerngesehener Umgang für ein KPD-Mitglied.⁹⁴ Meusel hielt Kontakte zu einem anderen heterodoxen marxistischen Unternehmen: zu Horkheimers exiliertem Institut für Sozialforschung, an dessen (später legendären) Studien über „Autorität und Familie“ er mitarbeitete.⁹⁵ Er blieb auch dem linksliberalen Historiker Veit Valentin verbunden⁹⁶ und schrieb die Beiträge über „Middle Class“, „Proletariat“ und „Revolution and Counter-Revolution“ für die „Encyclopaedia of the Social Sciences“.⁹⁷ In einer Broschüre über „Germany's Foreign Policy“, die 1939 erschien, sparte er auch nicht mit Kritik an der britischen Regierung, die Hitler zuerst indirekt, nach dem Münchner Abkommen auch direkt begünstigt hatte.⁹⁸

Meusels Beitrag zum antifaschistischen Exil bleibt jedoch insbesondere mit dem Freien Deutschen Kulturbund und der Freien Deutschen Hochschule verbunden. Der Freie Deutsche Kulturbund wurde im Dezember 1938 gegründet. Die Idee dazu ging von der KPD aus, doch verstand er sich als ein Sammelbecken aller antifaschistischen Deutschen in Großbritannien. Seine Initiatoren erhielten Unterstützung durch die Quäker.⁹⁹

Am Dienstag, dem 28. März 1939 trat der Kulturbund erstmals auf einer Veranstaltung im Londoner Haus der Quäker an die Öffentlichkeit. Vor etwa zweihundertfünfzig Menschen sprach Alfred Meusel als Vorstandsmitglied des Kulturbundes über den Freiheitsbegriff und seine Bedeutung im antifaschistischen Kampf. Das Ansehen des Kulturbundes wuchs rasch. Zur Finanzierung der Arbeit wurden monatlich Mitgliedsbeiträge von neun Schilling für Berufstätige und sechs Schilling für Arbeitslose erhoben.¹⁰⁰ Im Mai 1940

93 Alfred Meusel, Die Finanzpolitik des Nationalsozialismus. Krieg und Krise, in: Gumbel (Hg.), Freie Wissenschaft, S. 190–206. Rosenbergs Beitrag über „Die Aufgabe des Historikers in der Emigration“ folgte dem von Meusel (S. 207–213).

94 Vgl. die Einleitung von Annette Vogt zu: Emil Julius Gumbel, Auf der Suche nach Wahrheit. Ausgewählte Schriften, Berlin 1991, S. 44.

95 Alfred Meusel, Die Familie in der deutschen Gesellschaftsverfassung seit 1933, in: Max Horkheimer (Hg.), Autorität und Familie. Studien aus dem Institut für Sozialforschung, Bd. V, Paris 1936, S. 753–770; die englische Fassung: National Socialism and the Family, in: The Sociological Review. Journal of the Institute of Sociology, Bd. XXVI, Nr. 2, April 1936, S. 166–186.

96 Valentin empfahl Meusel als eines der Mitglieder der wissenschaftlichen Sektion der deutschen Akademie im Exil. Brief Valentins an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 6. August 1938, in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Frankfurt a. M., American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil, Akte Veit Valentin.

97 Encyclopaedia of the Social Sciences, New York 1930ff., Bd. X, S. 407–415; Bd. XII, S. 511–518; Bd. XIII, S. 367–376. Meusels Publikationslisten befinden sich in: ABBAW, NL Meusel Nr. 1 und 11.

98 Alfred Meusel, Germany's Foreign Policy. Germany Today Special No. 2, London (1939). Eine veränderte deutsche Fassung erschien unter dem Titel: Grundsätzliche Betrachtungen zur deutschen Außenpolitik, in: Zeitschrift für freie deutsche Forschung, Nr. 2, November 1938, S. 15–46.

99 Vgl. ausführlich Ursula Adam, Zur Geschichte des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (Ende 1938–Mai 1945), Phil. Diss., Berlin (Ost) 1981.

100 Vgl. Birgid Leske-Marion Reinisch, Exil in Großbritannien, in: Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, Bd. 5, Leipzig 1980, S. 199f.

zählte der Kulturbund 1226 deutsche Emigranten und 102 Briten als Mitglieder; dies trotz der Isolierung der deutschen wie britischen Kommunisten von der linken Öffentlichkeit des Landes nach dem Hitler-Stalin-Pakt.¹⁰¹ Zur gleichen Zeit tauchten finanzielle Schwierigkeiten auf: Die von der KPD unterstützte Zeitschrift „Inside Nazi Germany“, als deren Herausgeber Meusel zeichnete, mußte im März 1940 eingestellt werden.¹⁰²

Das Prestige der kommunistischen Exilanten stieg nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wieder an. Dies ermöglichte im Juli 1942 die Neugründung der Freien Deutschen Hochschule (FDH) in London, nachdem deren Vorgängereinrichtung in Paris mit der deutschen Besetzung ihre Arbeit hatte beenden müssen. Als ihr Londoner Vorläufer kann die Wissenschaftler-Sektion des Kulturbundes angesehen werden. Die Präsidenschaft der Freien Deutschen Hochschule in London übernahm kein geringerer als Albert Einstein, die Leitung lag in den Händen des Philosophen Arthur Liebert und Alfred Meusels. Sekretär war zunächst Hans Siebert, ihm folgte Heinz Kamnitzer.

Die Vorlesungsverzeichnisse enthalten Kurse in deutscher und englischer Sprache zu unterschiedlichsten Problemen in Wissenschaft, Kunst und Kultur. Die etwa fünfzig Vorlesungen pro Semester wurden im Schnitt von achthundert Hörern besucht. Zu den Dozenten gehörten deutsche wie britische Wissenschaftler und Künstler. Die Hochschule führte vierzehntägige Sommerkurse für britische Germanistikstudenten durch, womit sie sich wohl auch finanziell einigermaßen über Wasser hielt.¹⁰³ „In der ersten Zeit“, berichtete Meusel, „hatte ich manchmal Besuch von Wissenschaftlern, die darauf hofften, mit Hilfe der FDH ihre Einnahmen zu verbessern. Sie boten mir eine Vorlesung über ein bestimmtes Thema an und fragten: ‚Wie wird bei Ihnen die Vortragsstunde vergütet?‘ ‚Gar nicht‘, erwiderte ich, ‚wir werden Ihnen leider nicht einmal das Fahrgeld ersetzen können.‘ Nachdem ich das ein paar Mal geantwortet hatte, blieben mir solche Besucher fern.“¹⁰⁴ Wir wissen nicht, wie Meusel, von den Nazis seiner Wirkungsstätte und sogar seiner Bibliothek beraubt, sich den nur allzu bescheidenen Lebensunterhalt verdient hat. Besonders hervorzuheben ist, daß die Hochschule Spezialklassen für junge Emigranten einrichtete. Diese jungen Menschen hatten teilweise keine reguläre Ausbildung erhalten, und die dort erworbenen Kenntnisse sollten sie befähigen, nach ihrer Rückkehr in akademische oder administrative Positionen zu gelangen. Somit arbeitete die Hochschule auch mit der 1944 gegründeten Freien Deutschen Jugend zusammen.¹⁰⁵

Meusel war auch an der Gründung des *Allies Inside Germany Council*, ab 1945 *British Council for German Democracy*, in London beteiligt. Die Organisation entstand im Zusam-

101 Ebenda, S. 201.

102 Vgl. Birgid Leske, Das Ringen der Organisation der KPD in Großbritannien um die Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD (1934 bis Mai 1945), Phil. Diss., Berlin (Ost) 1983, S. 94. Hervorzuheben ist, daß in dieser materialreichen Dissertation die antistalinistische Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) positiv behandelt wurde, was in der DDR nicht selbstverständlich war.

103 Vgl. Leske/Reinisch, S. 237f.

104 Meusel, Lebenslauf I, Bl. 30.

105 Einige Publikationen Meusels, die in dieser Zeit entstanden: German Intellectual's Rise against the Nazis, in: University Forward, 1943, Nr. 1, S. 21/24; Die Idee der Nation bei Johann G. Herder, in: Freie Deutsche Kultur. German Anti-Nazi Monthly, October 1944, S. 2; Schiller und die Idee der Freiheit. Herausgegeben vom Freien Deutschen Kulturbund in Großbritannien, London 1945 (Mitautor). Meusels letzter, in London entstandener Aufsatz: Franz Mehring zu seinem 100. Geburtstag am 27. Februar 1946, in: Freie Tribüne (London), 23. Februar 1946. Die Sonderdrucke von Meusels Aufsätzen und Vorträgen befinden sich in: ABBAW, NL Meusel (mehrere Kästen).

menhang mit einer im Juli und August 1942 in der Regent Street am Picadilly Square gezeigten Ausstellung. Ihr Titel „Allies inside Germany“ dokumentierte den damals bekannten antifaschistischen Widerstand in Deutschland und versuchte der Auffassung entgegenzutreten, die Hitler mit Deutschland gleichsetzte. Die anlässlich dieser Ausstellung vom Freien Deutschen Kulturbund einberufene Versammlung wurde von Josiah Wedgwood, Vertreter der Labour Party im *House of Lords*, eröffnet; der Organisation gehörten so unabhängige Köpfe wie Harold Laski, H. N. Brailsford und der Historiker G. P. Gooch an.¹⁰⁶

Nachdem in der Sowjetunion das Nationalkomitee Freies Deutschland gegründet worden war, bemühten sich die deutschen Kommunisten, in England eine ähnliche Bewegung ins Leben zu rufen. Am 25. September 1943 fand in der Londoner Trinity Church Hall die Gründungskonferenz der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien statt. Der traditionsreiche Tagungsort wies auf das gestiegene Prestige des deutschen kommunistischen Exils hin: Im Herbst 1943 konnte es keinen Zweifel mehr am Sieg der Alliierten über das Naziregime geben. Der Einladung des Initiativausschusses waren etwa vierhundert Emigranten aus England und Schottland gefolgt.

Die Bewegung stand alsbald vor einem schwerwiegenden Problem: Im Lichte des heran nahenden Sieges über Hitler, vor allem angesichts der Grausamkeiten der nazistischen Mordmaschine, stritten sich die deutschen Antifaschisten über die Konsequenzen. Manche der jüdischen Flüchtlinge fragten sich, ob man überhaupt noch zugleich Jude und Deutscher sein könne, ob nicht ein – auch mentaler und sprachlicher – Bruch mit dem Volk der Mörder nötig sei. Deutsche Sozialdemokraten und auch einige Kommunisten sympathisierten mit der Idee, die Deutschen allesamt für schuldig an Hitler zu erklären und Deutschland einen Frieden aufzuerlegen, von dem es sich, wie Karthago einst nach der Niederlage gegen Rom, nie mehr erholen dürfe. Ihre Opponenten versuchten, zwischen dem deutschen Volk und den verantwortlichen Naziverbrechern strikt zu trennen.¹⁰⁷

Meusel lehnte zwar die Auffassungen der sogenannten Vansittartisten ab, doch verschloß er die Augen nicht davor, daß es den Nazis gelungen war, große Teile der deutschen Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. „Mit Schmerzen“ habe er sich davon überzeugt, „daß die deutsche Opposition, von der wir in der alten Londoner Gruppe so viel gesprochen hatten, weitgehend unwirksam war, aber auf der anderen Seite lehrte mich die Geschichte, daß die Frage, ob ein Volk eine reaktionäre oder fortschrittliche Rolle spielt, im Laufe der Zeit sehr starken Wandlungen unterliegen kann, und daß das Gleiche in noch höherem Maße von internationalen Abmachungen und Koalitionen gilt.“ Die letztgenannte Bemerkung bezog sich auf eine für Meusels Empfinden „religiöse Gläubigkeit“ mancher Exilanten in die Beschlüsse von Teheran, Jalta und Potsdam.¹⁰⁸

„Die Meinung, daß das deutsche Volk zu einem großen Teil dafür verantwortlich ist, was es unter dem Zeichen des Hakenkreuzes getan hat, ist der Grundstein unserer anti-nazistischen Einstellung“, sagte Meusel im Februar 1946 auf einer Veranstaltung des British Council for German Democracy, und er nannte folgende Gründe: „Zum einen entspricht diese Meinung den Tatsachen, zum anderen bildet dies die Grundlage und Berechtigung unserer Politik einer loyalen Zusammenarbeit mit den Alliierten, zum dritten ermöglicht uns

106 Die Organisation bestand noch bis 1950. Vgl. Luise Dornemann, *Die Arbeit des Allies Inside Germany Council in Großbritannien (1942–1950)*, in: BzG, 1981, Nr. 6, S. 872–891.

107 Diese Probleme sind einfühlsam geschildert bei Leske, S. 159ff.

108 Meusel, *Lebenslauf I*, S. 33.

dies, das deutsche Problem in all seinen Aspekten zu beleuchten.“¹⁰⁹ Nur wenn die Deutschen die Verantwortung für Hitler anerkennen, können sie auf eine kulturelle Wiedergeburt hoffen, unterstrich Meusel. Statt dessen sei im Nachkriegsdeutschland eine Sehnsucht nach einem neuen faschistischen Führer zu beobachten, dem man wiederum blindlings folgen wolle. Die deutsche Geschichte der letzten dreihundert Jahre sei eine Geschichte schärfster Widersprüche gewesen:

„Das öffentliche Leben in Deutschland schwankte ständig zwischen anarchischer Rebellion und separatistischen Abspaltungen auf der einen Seite und autoritärer Reglementierung auf der anderen hin und her. Die Nazis wurden durch die letztgenannte Strömung an die Oberfläche gespült, durch die vollständige Ausgrenzung und Unterdrückung der ersten Entwicklungstendenz, wobei sie größtenteils an die Traditionen der preußischen absoluten Monarchie und des verpreußten deutschen Kaiserreiches anknüpfen konnten. Der Führer wurde besiegt und hat Selbstmord begangen, aber die Mentalität, die er und seine Gehilfen gehegt und gepflegt haben, ist geblieben.“ Bevor man im Zusammenhang mit den Deutschen an parlamentarische Demokratie denken könne, müßten zunächst so einfache Dinge, wie Entscheidungen selbständig, ohne Befehl von oben zu treffen sind, gelernt werden. „Demokratie beginnt zu Hause, in der Schule, der Kirche und im Verein, in der Dorfgemeinschaft, der Stadtverwaltung, im Wahlbezirk, in der Gewerkschaftsgruppe etc. Sie kann sich nicht an der Spitze des politischen Überbaus behaupten, wenn sie nicht in den unteren Einheiten fest verwurzelt ist, in denen sich das Leben der Nation abspielt.“ Meusel wiederholte seine Befürchtung, die Deutschen würden nach einem neuen Führer Ausschau halten. Bestenfalls seien sie zynisch oder apathisch gegenüber jeder Art demokratischer Veränderung. Auch sei ein aus der Vergangenheit nur allzu bekannter Rückzug in die von Thomas Mann so benannte „machtgeschützte Innerlichkeit“ (inwardness protected by power) zu beobachten. Gerade dagegen müßten die Flüchtlinge, die sich zur Rückkehr entschließen würden, angehen.¹¹⁰

Obwohl Meusel in dieser Rede verschiedentlich von „uns Deutschen“ sprach, obwohl – oder vielleicht gerade weil – er an seinem Rückkehrwunsch keinen Zweifel ließ, hat er weder vorher noch später aus einer solchen Position der Distanz über Deutschland und die Deutschen geschrieben. Die Erschütterung über das Ausmaß der nazistischen Verbrechen schwang in Meusels Rede ebenso mit wie seine Enttäuschung darüber, daß die meisten Deutschen Hitler auf dem Weg bis in den Abgrund hinein gefolgt waren.

Am 22. Januar 1946 sprach Meusel über die Beweggründe seiner baldigen Rückkehr in einer Veranstaltung der Trinity Church in London. Er sagte, „wenn man mich fragt, warum ich nach D.(eutschland) zurück will, gibt es darauf nur eine Antwort: ich will wieder nach Deutschland zurück, weil ich Deutscher bin, ... weil ich in D.(eutschland) geboren und aufgewachsen bin, weil Deutsch meine Muttersprache ist, weil Deutschland meine natürlich Wirkungsstätte war, ist und bleiben wird, immer, solange ich lebe.“¹¹¹

Die „Gefährdung des Vaterlandes“, die er zutiefst als seine eigene empfand, sei nach dem Ersten Weltkrieg „ins Unermeßliche“ gewachsen. „Die Gefährdung kam nicht von draußen,

109 Alfred Meusel, in: *Germany's Cultural Regeneration*. Conference of the British Council for German Democracy, London, February, 1946, S. 4. Auch dieses Dokument stellte mir Fritz Klein zur Verfügung.

110 Ebenda, S. 5f.

111 Alfred Meusel, *Warum ich wieder nach Deutschland zurückkehre* (Anm. 7). Hiernach auch die folgenden Zitate. Hervorhebungen im Manuskript.

sondern von drinnen. Mit der November-Revolution von 1918, die viel zu früh abgebrochen wurde, weil sie vor den entscheidenden Machtpositionen der Gegenrevolution stehen blieb, begann die Flucht in die Bequemlichkeit, die schließlich in den furchtbarsten Weg der Selbst-Vernichtung und Fremd-Vernichtung einmündete, den je ein großes Volk gegangen ist.“ Meusel habe immer seine Stimme gegen diese verhängnisvolle Entwicklung erhoben, denn wer „aus Sorge um sein Leben und Wohlergehen nichts dagegen tut, der wird der Mitschuldige des Unheilstifters; ja, er wird in gewissem Sinne noch schuldiger als der eigentliche Unheilstifter.“ Als die Nazis zur Macht gelangten, „da verlangte die Liebe zu Deutschland, daß man Deutschland verließ ..., um im demokratischen Ausland die Dinge zu sagen, die in Deutschland nicht mehr gesagt werden konnten. Das war die politische Bedeutung der Emigration oder es war die Bedeutung der politischen Emigration.“

Die Emigranten wollten „die Helden, die noch in Deutschland gegen die Nazis weiterkämpften oder die in den Konzentrationslagern, den Zuchthäusern schmachteten, so gut es ging, unterstützen“, und sie „wollten die friedensfreundlichen Völker vor den furchtbaren Gefahren warnen.“

Heute geht es darum, forderte Meusel, „daß wir Deutschen – die Emigration nicht ausgeschlossen, sondern recht kräftig mit eingeschlossen – die einfache Wahrheit erkennen, daß die Engländer, die Amerikaner, die Russen und ihre Verbündeten etwas getan haben, was wir selbst nicht tun wollten oder konnten: sie haben den nationalsozialistischen Macht- und Gewaltapparat zerschlagen, und deshalb ist es notwendig, gerecht und vernünftig, daß sich der demokratische Neuaufbau in Deutschland unter der Kontrolle und Anweisung der Alliierten vollzieht.“ Zur Frage der Gebietsabtretungen sagte er: „So wollen wir lieber als *freie* Menschen in einem *kleineren* Deutschland leben, denn als *Sklaven* des Unrechts in einem viel *größeren* Deutschland.“

Alle Mitglieder der KPD-Gruppe, deren Leitung Meusel seit 1943 angehörte, kehrten nach Kriegsende nach Deutschland zurück. Bis es für Alfred und Meta Meusel soweit war, verging ein weiteres Jahr, da die britischen Behörden entsprechende Anträge von Kommunisten oft nur schleppend bearbeiteten. Ende Juni 1946 erhielten die Meusels die Erlaubnis zur Rückkehr nach Berlin.

4. Universitätsprofessor in Ostberlin

In Berlin wohnten Alfred und Meta Meusel zunächst im OdF-Heim in Hermsdorf, im französischen Sektor im Norden Berlins.¹¹² Dort traten sie in die SED und in den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ein. Alfred Meusel beantragte seine Anerkennung als Opfer des Faschismus und wurde auch – der Unterschied war in Ostdeutschland wichtig – als Kämpfer gegen den Faschismus (mit der Ausweisnummer 10.652) anerkannt. Er wandte sich alsbald an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung mit der Bitte, ihm die Möglichkeit einer Lehrtätigkeit für Neuere Geschichte zu geben. Meusel hatte für dieses Fach durch seine Lehr- und Vortragstätigkeit in England eine besondere Vorliebe entwickelt. Es ging ihm, wie er schrieb, vor allem darum, „an der Überwindung der nationalsozialistischen Residuen und an der Entfaltung einer wahrhaft humanistischen Denk-

112 OdF: Organisation der Opfer des Faschismus.

weise unter der deutschen studierenden Jugend beizutragen.“ Er bekräftigte, „es ist mir in all den Jahren klar geblieben, daß ich so bald wie möglich in mein Vaterland zurückkehren wollte, um mich mit den Mitteln der wissenschaftlichen Erkenntnis für den Aufbau eines besseren Deutschland einzusetzen. Viel zu spät für meine Ungeduld ist dieser Augenblick nunmehr gekommen.“¹¹³

Über die Lage in Deutschland geben einige Briefe Meusels Auskunft, die er an noch in England befindliche Freunde schrieb. An Hans Fladung, in London Vorsitzender des Freien Deutschen Kulturbundes, berichtete er am 29. Juli 1946 aus dem zerstörten Berlin: „Es nimmt einem den Atem, und einen Augenblick lang kommen einem alle Erklärungen unwirklich vor. Das Innere Berlins, die ‚City‘, das geschäftige, brausende, summende Zentrum dieser immer geschäftigen Stadt, existiert nicht mehr. Es ist ausgelöscht, wie von zornigen Riesen mit Hämmern zertrümmert. Was übrig bleibt, sind ungeheure Krater und Fassaden von ausgebrannten Häusern. Sonderbarerweise – und wie zum Hohn – sind die Siegestsäule und das Moltke-Denkmal daneben unbeschädigt geblieben. Da steht der große Schweiger mit seinem asketischen Gesicht, und er blickt nachdenklich, etwas traurig und sehr verschlossen auf die Siegestsäule und die Verheerungen ringsum.“ Meusel fürchtete, daß „die Verbrecher, die das deutsche Volk 12 Jahre lang an seiner Spitze duldeten“ in einer Hinsicht Recht behalten könnten: „In bezug auf die Verheerungen, die sie angerichtet haben“, würden ihre Spuren tausend Jahre lang sichtbar bleiben. Doch das Leben beginne sich wieder zu ordnen, auch wenn man in Berlin fast nichts anderes außer Zeitungen und Bier kaufen könne. Das Bier habe mit dem „bekannten Volksgetränk“ zwar nur den Namen gemein, es sei „feucht, kühl, schal“, schmecke aber dennoch „nicht unangenehm und wird von 2–3jährigen Kindern ohne Schaden getrunken.“ Meusel begab sich zu Johannes R. Becher, damals Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands; und er trat sofort in den Kulturbund ein. Mit Becher sprach er über Gerhart Hauptmann, dessen Stücke die Amerikaner nicht aufführen ließen, der dann aber im sowjetischen Sektor gefeiert wurde – so wie er sich kurz zuvor noch von den Nazis, die um seine hemmungslose Eitelkeit wußten, hatte feiern lassen. Meusel nahm dies mit Nachdenken zur Kenntnis. Er fürchtete auch, Thomas Manns Stimme sei nach dessen Weigerung zur Rückkehr nach Deutschland nur mehr „die eines Außenseiters“.¹¹⁴

An einen (namentlich nicht zu ermittelnden) Briefpartner in Großbritannien schrieb Meusel im August 1946, die Rückkehrer täten gut daran, „wenn wir erst einmal ruhig zuhören, was die Menschen zu sagen haben, anstatt daß wir sie gleich mit unseren Weisheiten beglücken. Wer die Hitler-Zeit in Deutschland mitgemacht hat, wer den Becher des Schreckens und der Schmerzen bis auf die Neige geleert hat, besitzt (in dem Bewußtsein der Deutschen) einen Vorzug vor dem Flüchtling; und der Flüchtling, der in der ersten Stunde wiedergekommen ist, hat einen Vorzug vor dem Rückwanderer in der zweiten Stunde, d. h. wir kommen noch in einer Zeit, in der die deutschen Städte über alles Begreifen hinaus zerstört sind, in der es keine Wohnungen und nichts zu kaufen gibt. Nach meiner Meinung werden es die Flüchtlinge, die später zurückkehren, in materieller Hinsicht nicht viel besser und in psychologischer Beziehung außerordentlich viel schwerer als wir haben.“ Meusel sah

113 Alfred Meusel an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, 24. Juli 1946, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 6; auch enthalten in: HUB, UA, PA A. Meusel, Bd. 3, Bl. 37.

114 Alfred Meusel an Hans Fladung, 29. Juli 1946, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 108, hier zit. nach Ursula Adam, Rückkehr nach Berlin. Aus dem britischen Exil zur Teilnahme am antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau (Dokumentation), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 35, Berlin (Ost) 1987, S. 448f.

indes nur für „eine winzige Zahl von qualifizierten Kräften“ unter den Remigranten Integrationschancen, vor allem wegen des Mangels an Wohnraum.¹¹⁵

Während Meusel, zunächst noch vergeblich, auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung war, bemühte er sich, wie er an Fladung schrieb, „mit glücklicherweise sehr viel mehr Erfolg, um die Lösung meiner beruflichen Fragen. Die Fragen auf diesen Gebieten drehen sich noch um die folgenden Punkte: ob ich nur Geschichte lesen werde oder *nur* Nationalökonomie oder beides; ob ich nur an der Universität lesen werde oder *auch* an der *Technischen Universität*“; die frühere Technische Hochschule war am 9. April 1946 in Charlottenburg wiedereröffnet worden.¹¹⁶

Im September 1946 wurde Meusel an die Philosophische Fakultät der Berliner Universität berufen. Er übernahm den Lehrstuhl für politische und soziale Probleme der Gegenwart und wurde im November 1946 mit 17 gegen sieben Stimmen zum Dekan der Philosophischen Fakultät gewählt.¹¹⁷ Über eine seiner Aufgaben schrieb er Robert Rompe, damals Hauptabteilungsleiter für Hochschulen und Wissenschaft in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung: „In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, daß Doktoren der Philosophie, die unter den Nazis promoviert haben, um eine Bestätigung ihrer Examina bitten (weil ihre Diploma während des Krieges zerstört wurden oder verloren gingen oder dergl.). Die Titel der Arbeiten, die dabei genannt werden – wie z. B. ‚Die politischen Anschauungen H. St. Chamberlains‘ – lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich um rein nazistische Machwerke handelt. Vorausgesetzt, daß die in den erwähnten Gesuchen angegebenen Tatsachen richtig und nachprüfbar sind, bekommen die Antragsteller selbstredend eine Bestätigung ihrer Promotion ausgehändigt. Es wäre zu erwägen, die Frage der unter den Nazis vorgenommenen Promotionen generell zu regeln, was z. B. damit beginnen könnte, daß man Promotionen, die unter bestimmten Professoren (aktiven Nazis, Kriegsverbrechern, Wehrwissenschaftlern, Rasseetheoretikern) als Hauptreferenten getätigt wurden, für ungültig erklärt.“¹¹⁸

Als Hochschullehrer las Meusel „Zum politischen und sozialen Verständnis der Gegenwart“, wobei er soziologische mit staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen vor dem Hintergrund zeitgeschichtlicher Entwicklungen miteinander verband. Diese methodischen Prinzipien schlugen sich auch in seinen ersten Publikationen nach seiner Rückkehr nieder: einer zuerst in der „Täglichen Rundschau“ abgedruckten Artikelserie. Sie erschien 1947 unter dem Titel „Intelligenz und Volk“ als Broschüre.¹¹⁹

115 Brief (Entwurf) Meusels (ABBAW, NL Meusel, Nr. 108), zit. ebenda, S. 451.

116 Meusel an Fladung, 29. Juli 1946, zit. ebenda, S. 449. Hervorhebungen im Text. Die TU Berlin-Charlottenburg bot in einem Schreiben vom 4. Oktober 1946 Meusel ein Ordinariat für Geschichte an der Fakultät I an. Meusel blieb jedoch an der Universität Unter den Linden. Die TU bemühte sich weiterhin, Meusel für einen Lehrauftrag zu gewinnen (Briefe von Professor D'Ans an Meusel vom 19. März, 23. April, 16. und 23. Mai 1947). Meusel sagte eine zweistündige Vorlesung zu (Briefe an D'Ans vom 9. April, 6., 18. und 31. Mai 1947). Der Briefwechsel befindet sich in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 8. Auch Carl-Max Maedge unterstützte Meusels Berufung an die Charlottenburger Hochschule. Vgl. Schwabe, S. 237, Anm. 17.

117 Meusel, Lebenslauf I, Bl. 34.

118 Meusel an Robert Rompe, 16. März 1947, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 583. Eine entsprechende Regelung wurde nicht getroffen.

119 Die einzelnen Artikel erschienen zwischen dem 25. August und dem 14. November 1946 in der „Täglichen Rundschau“.

Meusel bot eine scharfsinnige Kritik der spätliberalen Denkschulen der Weimarer Republik, deren beste Vertreter wie Karl Mannheim der Illusion einer klassenindifferenten Wissenschaftstätigkeit anhängen. Er zeigte den Proletarisierungs- und Deklassierungsprozeß der deutschen bürgerlichen Intelligenz nach 1918, die so viele von der Linken isolierte rebellische Geister in die Arme des Faschismus trieb. Die hochgezüchtete Kriegsbegeisterung von 1914 habe zum ersten Mal die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ erzeugt, jenes Schlagwort, das die Nazipropaganda so virtuos einzusetzen wußte. Meusel sah Hegel und Feuerbach als philosophische Köpfe im Marxismus dialektisch „aufgehoben“, Nietzsche blieb für ihn hingegen ein „Vorläufer des Faschismus“. Nietzsches Gedankengänge hätten dazu beigetragen, „vor allem in der deutschen Intelligenz jene humanitätsfeindliche barbarische Haltung hervorzurufen, die in keiner Weise den großen klassischen Traditionen Deutschlands entspricht.“¹²⁰ Zwar „ahnte Nietzsche das Herannahen von ungeheuren Katastrophen, die die überkommene Gesellschaftsstruktur von Grund auf umwälzen würden. Da er aber diese Dinge vom Standpunkt der ‚neuen Aristokratie‘ aus sah, d. h. von einem rückschrittlichen Standpunkt, gelangte er folgerichtig zu einer Antizipation und Bejahung des Rückfalls in die Barbarei, die unheimlich aktuell ist, wenn man bedenkt, daß sie ungefähr fünfzig Jahre vor der Gründung der ersten faschistischen Organisation entstand.“¹²¹

Der die Sammlung abschließende Aufsatz trug als Überschrift die Frage: „Woran starb die Weimarer Republik?“ Die Novemberrevolution habe Deutschland nicht in eine wirkliche Demokratie verwandelt; „die Zugeständnisse, die die herrschenden Kreise unter dem Einfluß des Novembersturms machten, trafen die Schale und nicht den Kern; sie konnten – und sollten – zurückgenommen werden.“ Die Freikorps, die der kaiserlichen Armee folgten, wurden zu Stoßtrupps der Reaktion, die bürokratischen Apparate der Zivilverwaltung dienten der Republik nur widerwillig, die Justiz blieb eine Hochburg der antidemokratischen Rechten: „Die Republik duldete es, daß sie in Hunderten von Schulklassen und Hörsälen verächtlich gemacht wurde, daß die heranwachsende Generation im Sinne des Chauvinismus, Militarismus, des Hasses und der Rache beeinflusst und damit für den Nationalsozialismus vorbereitet wurde.“¹²² Die von der Republik befolgte Politik führte zur Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung. In der Außenpolitik habe der neue deutsche Imperialismus die Chance einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vertan. All dies dürfe sich nicht wiederholen.

Meusels publizistisches Debüt in Ostdeutschland zeigte seinen Drang von der Soziologie zur Geschichte.¹²³ Die Universitäten in Leipzig und Halle hätten ihn gern geholt.¹²⁴ Doch er wollte in Berlin bleiben. Sein Lebenswunsch erfüllte sich, als er am 8. September 1947 zum

120 Alfred Meusel, *Intelligenz und Volk*, Berlin 1947, S. 38.

121 Ebenda, S. 39.

122 Ebenda, S. 42.

123 Vgl. weiterhin Alfred Meusel, *Der Kampf um die nationale Einheit in Deutschland*, in: *Tägliche Rundschau*, 5. Januar 1947 (auch als Sonderdruck: Berlin 1947); *Die deutschen Intellektuellen in der Zeit der französischen Revolution*, in: Ebenda, 8. September 1946 (Wiederabdruck in: *Forum*, 1947, Nr. 5, S. 6–8). Eine weitere Veröffentlichung Meusels zur französischen Thematik: Jean-Jacques Rousseau (Aus der geistigen Vorgeschichte der französischen Revolution), in: *Aufbau*, 1950, Nr. 12, S. 1187–1195.

124 Vgl. Meusels Schreiben an den Dekan der Berliner Universität vom 7. Juli 1947, in: HUB, UA, PA A. Meusel, Bd. 3, Bl. 62, sowie den Briefwechsel Meusels mit dem Hallenser Kurator Elchlepp vom 17. Februar und 3. März 1947, in: Ebenda, Bd. 1, Bl. 31 und 37.

ordentlichen Professor für Neue Geschichte berufen wurde.¹²⁵ Er war der erste Marxist, der einen historischen Lehrstuhl in Deutschland erhielt.¹²⁶

Kurt Hager, den Meusel seit dem englischen Exil gut kannte und der an der Berliner Universität Philosophie las, bemühte sich damals um den Erwerb des Doktorgrades. Als er eine etwa einhundertseitige Arbeit über die Revolution von 1848, wie er berichtete, Meusel vorlegte, „anerkannte dieser zwar deren wissenschaftliche Qualität, lehnte es aber ab, sie zur Promotion anzunehmen. Sein Argument lautete, da ich zur Philosophischen und nicht zur Historischen Fakultät gehöre, könne ich auch nicht mit einer Arbeit zur Geschichte promovieren, sondern müsse ein philosophisches Thema wählen.“¹²⁷ Dazu fehlte Hager in den folgenden Jahren die Zeit, doch wurde ein Teil seiner Arbeit im Anhang zu Meusels Broschüre über „Die deutsche Revolution von 1848“ abgedruckt.¹²⁸

Am 29. Dezember 1947 unterbreitete Meusel dem Rektor einen Vorschlag zur Gründung des Institutes für Neue Geschichte. Es ging Meusel, neben Planstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, vor allem um „eine umfangreiche Bibliothek“.¹²⁹ Seine historische Forschungstätigkeit peilte Meusel bereits im Januar 1947 an. Er schlug dem Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung als mögliche Mitglieder des Initiativkomitees zum 100. Jahrestag der „achtundvierziger“ Revolution folgende Namen vor: Friedrich Meinecke, Franz Schnabel, Ludwig Bergsträsser, Gustav Radbruch, Alfred Weber, Friedrich Lenz, Werner Krauss, Leopold von Wiese, Karl Jaspers, Adolf Grimme, Theodor Litt, Hans-Georg Gadamer, Hans Leisegang und Karl Griewank – also einen Teil der führenden deutschen Sozialwissenschaftler, von denen nur Werner Krauss Marxist war.¹³⁰

Meusel selbst legte zum Jubiläum der Revolution zwei knappe Abhandlungen vor: „Das europäische Sturmjahr“¹³¹ und „Die deutsche Revolution von 1848“.¹³² Dieter Hertz-Eichenrode bemerkte über Meusels historische Arbeiten, „daß Meusel die Umstellung vom Sozio-

125 Die Berufungsurkunde, ausgestellt zum 8. September 1947, in: Ebenda, Bl. 89.

126 Arthur Rosenberg war – und auch dies nur gegen den erbitterten Widerstand der konservativen Ordinarien – 1930 lediglich außerplanmäßiger Professor geworden.

127 Kurt Hager, *Erinnerungen*, Leipzig 1996, S. 138.

128 Kurt Hager, *Marx und Engels über die Revolution von 1848*, in: Alfred Meusel, *Die deutsche Revolution von 1848*, Berlin 1948, S. 27–40 (Hagers Aufsatz erschien zuerst in der „Einheit“, 1948, Nr. 1).

129 Schreiben Meusels an den Rektor der Universität, 29. Dezember 1947, in: HUB, UA, PA A. Meusel, Bd. 1, Bl. 105. Meusels Vorschläge für die Einrichtung eines Institutes für die Geschichte der Gegenwart in: Ebenda, Bd. 3, Bl. 52f.

130 Meusel an Paul Wandel, 4. Februar 1947, in: Ebenda, Bd. 1, Bl. 200. – Eine interessante Episode: Am 1. Juli 1947 ersuchte Alexander Abusch Meusel um Mitarbeit an einer Festschrift zum 70. Geburtstag Stalins. In einer sehr kurz gehaltenen Antwort lehnte Meusel die Mitarbeit ab – offiziell „aus Gesundheits- und Arbeitsgründen“, wie er am 20. Juli 1949 an Abusch schrieb. Der Briefwechsel in: Ebenda, Bd. 2, Bl. 1 und 2. Meusels „Diskussionsbeitrag zu Stalins Werk ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘“, gehalten auf der Theoretischen Konferenz der SED am 13./14. Dezember 1952 und abgedruckt in: *Geschichte in der Schule*, 1953, Nr. 2, S. 62–65, ist im Duktus bemerkenswert zurückhaltend.

131 Berlin 1948. Der Inhalt entsprach im wesentlichen der nachfolgenden Arbeit.

132 Meusel hatte sich bereits im Exil dieser Thematik zugewandt. 1848 war für ihn ein Zeitpunkt, zu dem „eine Revolution der liberalen Mittelklasse nicht mehr möglich und die Zeit für eine sozialistische Revolution noch nicht gekommen war.“ Alfred Meusel, *The German Revolution of 1848*, in: *Freie Deutsche Kultur. German Anti-Nazi Monthly, English Edition*, Nr. 3, March 1942, S. 1 (enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30, IV/2/4/11, Bl. 170). Ähnlich Alfred Meusel, *Nationale Probleme der deutschen Revolution 1848*. Schriftenreihe zur deutschen Geschichte, Heft 6, herausgegeben von der „Freien Tribüne“, London, o. J., auch in: *Aufbau*, 1946, Nr. 8, S. 771–777.

logen zum Historiker nur in engen Grenzen gelingt. Sie vollzieht sich mehr in der Aneignung der leitenden Gesichtspunkte des Marxismus-Leninismus als in der Aneignung einer spezifisch historischen Methode.¹³³

In der Tat ist Meusels Broschüre „Die deutsche Revolution von 1848“ eine – sprachlich überaus gelungene – Zusammenfassung der historischen Ereignisse, ohne jedoch auf Probleme der Forschung und Kontroversen der Interpretation einzugehen. In seiner knappen sozialgeschichtlichen Einleitung sah Meusel den Deutschen Bund als „ein Erzeugnis der deutschen Misere, der wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Zersplitterung unseres Vaterlandes, und er bildete seinerseits eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung dieser Misere, weshalb er allen Gegnern Deutschlands teuer war.“¹³⁴ Die Entstehung neuer Gesellschaftsklassen, deren Interessen mit der überkommenen halbfeudalen Ordnung unvereinbar waren, sprengten den Deutschen Bund. Nach dem „Donnerschlag“ von Wien, der erzwungenen Abdankung Metternichs am 13. März 1848, machte auch Berlin „den Eindruck eines Bienenstocks, der sich zum Schwärmen anschickt.“¹³⁵ Die Revolution selbst scheiterte, laut Meusel, nur an der inneren Zerissenheit des revolutionären Lagers. „Während die Revolutionäre programmatisch für die nationale Einigung waren, aber nicht einheitlich vorgingen, verstand es die fürstliche und adlige Reaktion ausgezeichnet, einheitlich zu handeln, wenn es ihre Interessen geboten.“¹³⁶ Die Niederlage der Revolution habe in der Folgezeit zur Trennung der nationalen von der demokratischen Tradition geführt. Erst nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus könnten beide Linien wieder zusammengeführt werden. „Genau das ist es, was wir jetzt tun müssen.“¹³⁷

Auch zum Jubiläum der deutschen Novemberrevolution von 1918 meldete sich Alfred Meusel zu Wort. Am 9. November 1948 setzte er die deutsche Revolution von 1918 in Beziehung zur russischen Oktoberrevolution. Die deutsche Novemberrevolution, so Meusel, „richtete sich in erster Linie gegen die, wenn ich so sagen darf, Kriegspartei, gegen den Kaiser, die Fürsten, die Generale, die übrigen Offiziere, die adligen Beamten, also gegen die Junkerkaste und ihre verschiedenen Ausstrahlungen im politischen und diplomatischen und militärischen Überbau, gegen jene Schicht, die das Schicksal Preußens und das Schicksal Deutschlands durch die Jahrhunderte beeinflusst hat. Aber mittelbar war durch diese Ereignisse die deutsche Bourgeoisie, die deutsche Kapitalistenklasse schwer betroffen. Sie verlor durch die Niederlage ihren letzten großen Absatzmarkt, den Kriegsstaat, und sie sah sich einer tief revolutionierten Arbeiterschaft gegenüber, die keineswegs gewillt war, die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Haltung des Leidenden gehorsam über sich ergehen zu lassen.“¹³⁸ In dieser Situation habe die deutsche Bourgeoisie eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, so die Einführung des Achtstundentages und der Tarifverträge. Außerordentlich geschickt habe sie jedoch ihre Machtpositionen gesichert, wie Meusel, in Anknüpfung an frühere Äußerungen, festhielt. Gerade diese Stärke der deut-

133 Dieter Hertz-Eichenrode, Die „Neuere Geschichte“ an der Berliner Universität. Historiker und Geschichtsschreibung im 19./20. Jahrhundert, in: Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen*, Berlin/New York 1992, S. 308.

134 Alfred Meusel, *Die deutsche Revolution von 1848*, S. 7.

135 Ebenda, S. 13.

136 Ebenda, S. 22.

137 Ebenda, S. 24.

138 Alfred Meusel, *Zwei Revolutionen (Oktober 1917–November 1918)*. Vortrag am 9. November 1948 im Kulturbund. Manuskript (zur Verfügung gestellt von Fritz Klein), Bl. 25.

schen Bourgeoisie, die in einem hochentwickelten kapitalistischen Land zu Hause war, verhinderte eine Entwicklung ähnlich der in Rußland. Anders als früher oder später wies Meusel damit auch auf eine mögliche sozialistische Entwicklungsperspektive der Novemberrevolution hin.

Meusels umfangreichste Arbeit nach 1945 war eine fast zweihundertseitige Abhandlung über „Thomas Müntzer und seine Zeit“. Sie wurde durch achtundvierzig Quellentexte ergänzt, die sein Kollege Heinz Kamnitzer ausgewählt hatte. Meusel stellte, an M. M. Smirin anknüpfend, die „Volksreformation“ Müntzers der „Fürstenreformation“ Luthers gegenüber.¹³⁹ Die ereignisgeschichtlichen Teile der Darstellung lehnten sich sehr eng an Wilhelm Zimmermanns Buch „Der Große Deutsche Bauernkrieg“ an, das bereits Friedrich Engels eingehend genutzt hatte.¹⁴⁰ Die Vorzüge der Arbeit lagen in den Bereichen, zu denen der Soziologe und Volkswirtschaftler Meusel am leichtesten Zugang hatte: in der Schilderung der Lage der Bauern vor der Reformation und der Methoden, mit denen der bedrohte Adel seine Herrschaft aufrechtzuerhalten suchte. Die Nachteile der Darstellung waren freilich evident, und sie wurden von den führenden deutschen Reformationshistorikern in Ost und West, von Max Steinmetz, Hermann Heimpel und Günther Franz, aufgedeckt und scharf kritisiert.

Steinmetz monierte eine allzu große Zahl von Flüchtigkeitsfehlern, bis hin zu „Ludwig von Ranke“,¹⁴¹ zur Verwechslung des Kurfürsten Friedrich des Weisen mit dessen Bruder Johann und der falschen Benennung der ernestinischen beziehungsweise albertinischen Lande. Die Klassenstruktur von Mühlhausen sei „falsch dargestellt“, was mit einem Blick in die Forschungsliteratur vermeidbar gewesen wäre. Der päpstliche Index librorum prohibitorum wurde erstmalig 1559 von der römischen Inquisition herausgegeben; Papst Pius II., der 1464 starb, konnte ihn also unmöglich angewandt haben. „Hier und da wird zugunsten einer schönen Formulierung die notwendige Genauigkeit außer Acht gelassen“, so Steinmetz. Meusels Darstellung und Kamnitzers Quellenpublikation seien nicht genügend aufeinander bezogen.¹⁴²

Der Göttinger Hermann Heimpel konzidierte, Meusels Darstellung sei „ein besonders in nationalökonomischen Fragen kluges und oft zum Nachdenken zwingendes, im Historischen aber völlig unzulängliches Plädoyer ... Es ist geschrieben, als hätte die Forschung geschlafen, und ist konzipiert, als gäbe es nicht das weite Feld der Probleme des Täufertums.“ Kamnitzers Dokumentensammlung verdiene erst recht keine Schonung. Heimpel bestritt, daß es die Aufgabe von Dokumentensammlungen sei, für die Bauern Partei zu ergreifen.¹⁴³ Besonders hart kritisierte er, daß keines der Dokumente den Anspruch Kamnitzers auf Neu-

139 Alfred Meusel, *Thomas Müntzer und seine Zeit*. Mit einer Auswahl der Dokumente des Großen Deutschen Bauernkrieges, herausgegeben von Heinz Kamnitzer, Berlin (Ost) 1952. Zwei weitere Veröffentlichungen Meusels zum Thema: *Der Pfeifer von Niklashausen*, in: *Aufbau*, 1946, Nr. 11, S. 1099–1107; *Thomas Müntzer*. Vortragsreihe Gesellschaftswissenschaften, Heft 16, Leipzig/Jena 1954.

140 Meusel zitierte nach der von Wilhelm Bloß 1891 in Stuttgart herausgegebenen Ausgabe, die indes stark gekürzt war. Noch 1952 erschien im Ostberliner Dietz-Verlag eine Ausgabe, die eine Reihe der von Bloß gestrichenen Stellen (nach der zweiten Auflage von 1856) wieder einfügte. Vgl. Wilhelm Zimmermann, *Der Große deutsche Bauernkrieg*, Berlin (Ost) 1952, S. 4 (Vorspann).

141 Meusel, *Thomas Müntzer und seine Zeit*, S. 65.

142 Max Steinmetz, Rezension zu: Alfred Meusel, *Thomas Müntzer und seine Zeit*, in: *ZfG*, 1953, Nr. 6, S. 968–978, Zitate S. 973, 974.

143 Dies hatte Kamnitzer explizit gefordert. Vgl. seine „Vorbemerkung“ zur Dokumentensammlung in: Meusel, *Thomas Müntzer und seine Zeit*, S. 183.

heit erfülle, da sie alle in leicht zugänglichen Quelleneditionen vor relativ kurzer Zeit herausgekommen waren.¹⁴⁴

Diesen Punkt griff auch Günther Franz auf, der als exponierter Nationalsozialist und SS-Mitglied noch keinen neuen Ruf seit dem Wegfall seiner Professur im okkupierten Strasbourg erhalten hatte.¹⁴⁵ Franz zitierte genüßlich Kamnitzers forschende Einleitung zu dessen Dokumentensammlung: „Zum erstenmal kann in Deutschland eine Auswahl von Dokumenten über den großen deutschen Bauernkrieg erscheinen, die unserem Volke vor Augen führt, warum und wofür seine bäuerlichen Vorfahren gelitten und gestritten haben.“¹⁴⁶ „Man wird meine Überraschung verstehen, wenn ich nach der Lektüre dieser einleitenden Sätze feststellen mußte, daß Kamnitzer seiner Auswahl den von mir 1926 für die ‚Deutsche Buchgemeinschaft‘ herausgegebenen Quellenband zugrunde gelegt hat. Von den 48 Quellenstellen sind 39 meinem Buch entnommen“, so Franz.¹⁴⁷ Dies ist natürlich dann legitim, wenn auf den Nachdruck in jedem Quellenauszug hingewiesen wird. Kamnitzer aber hatte Franz' Buch benutzt, ohne es zu nennen. Mann kann es drehen und wenden, wie man will: Kamnitzers Quellensammlung war ein Plagiat, was Franz auch klar aussprach.¹⁴⁸ Auf das wissenschaftliche Renommee von Meusel und besonders von Kamnitzer hatte dies eine verheerende Wirkung.

Für Kamnitzer war sein Plagiat auch aus politischen Gründen peinlich: Mit Schärfe, aber mit Recht hatte er in einem nachträglichen Kommentar zu Theodor Schieders Referat auf dem Bremer Historikertag auf dessen Aktivitäten im Dienste des Nationalsozialismus verwiesen, die damals nur zu einem kleinen Teil bekannt waren.¹⁴⁹ Nun mußte sich Heinz Kamnitzer, ein Überlebender des industriellen Massenmordes an den Juden, von einem anderen früheren Nazi, Günther Franz, wissenschaftliche Unseriösität bescheinigen lassen. Meusel war mit Sicherheit von Kamnitzer sehr enttäuscht. Dieser hatte seit der gemeinsamen Zeit im Londoner Exil enge Beziehungen zu Meusel und rühmte ihn als Vorbild für die junge Generation.¹⁵⁰ Für Meusel gehörte Kamnitzer „zu den jungen Wissenschaftlern, von denen wir mit Recht Großes erwarten“;¹⁵¹ eine Meinungsäußerung, die die Staatssicherheit penibel registrierte, da sie der Meinung war, um Kamnitzer sammle sich ein (allzu zahlreicher) „Kreis von Emigranten.“¹⁵²

144 Hermann Heimpel, Renaissance und Reformation (Literaturberichte), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1954, Nr. 10, S. 621–631, Zitat S. 624.

145 1957 wurde Franz an die Landwirtschaftliche Hochschule (und spätere Universität) Hohenheim berufen.

146 Kamnitzer, Vorbemerkung, in: Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, S. 183.

147 Günther Franz, Rezension zu: Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, in: Historische Zeitschrift, Bd. 177, Nr. 3, Juni 1954, S. 543–545, Zitat S. 545. Vgl. Günther Franz (Hg.), Der Deutsche Bauernkrieg 1525 (In zeitgenössischen Zeugnissen), Berlin 1926. Auch Max Steinmetz hatte in seiner kurz zuvor erschienenen Rezension darauf hingewiesen.

148 Franz, Rezension zu: Meusel, S. 545.

149 Heinz Kamnitzer, Zum Vortrag von Theodor Schieder „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus“, in: ZfG, 1953, Nr. 6, S. 912.

150 Heinz Kamnitzer, Professor Meusel und die junge Generation, in: ND, 16. August 1949. Vgl. auch Ilse Girard, Über Professor Meusel, in: Ebenda, 23. August 1949.

151 Alfred Meusel, Laudatio über Heinz Kamnitzer, 1. Teil, Kopie in: BStU, MfS-Zentralarchiv, Allg. P 2752/55, Bl. 12. Diese Materialien sah Wolfgang Herzberg im Rahmen eines Arbeitsauftrages am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam für die vorliegende Arbeit ein.

152 Bericht über Prof. Dr. Heinz Kamnitzer, in: Ebenda, Bl. 42.

Kamnitzers historische Schriften gaben allerdings für Meusels überschwengliche Hoffnung kaum Anlaß. Seine – überraschenderweise – *summa cum laude* benotete Dissertation über „Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848“ war ein Abriß von zweiunddreißig Seiten, der im wesentlichen die Ergebnisse älterer Arbeiten von Gustav Schmoller, Sartorius von Waltershausen und Heinrich Cunow zusammenfaßte, dazu neuere Übersichten von Jürgen Kuczynski und John H. Clapham nannte. Kamnitzers Broschüre über „Die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs“ verschwieg natürlich die für die Sowjetunion heiklen Kapitel, sein überaus gehässiges Pamphlet gegen Friedrich Meineckes „Weltbürgertum und Nationalstaat“ brandmarkte den „Kosmopolitismus“ als Bestandteil der imperialistischen Ideologie. Hier muß natürlich Kamnitzers Furcht in Rechnung gestellt werden, als Jude und sogenannter Westemigrant in die Mühlen des stalinistischen Antisemitismus zu geraten, der 1952 von der Sowjetunion auf die DDR (wenngleich abgeschwächt) übertragen wurde.¹⁵³ Kamnitzer, der aufgrund der widrigen Lebensumstände niemals eine Ausbildung als Historiker hatte absolvieren können, trat 1955 von seinem Lehramt an der Humboldt-Universität zurück.¹⁵⁴

Weit mehr Glück hatte Alfred Meusel mit seinen Doktoranden Joachim Streisand und Fritz Klein. Streisand, der in der Nazi-Terminologie ein „Mischling ersten Grades“ war, hatte unter größten Gefahren die Hitler-Herrschaft überlebt. Als Dissertationsthema wählte er sich die Soziologie Karl Mannheims, darin wie in der subtilen Darstellungsweise seinem Lehrer Meusel folgend. Streisand, der bereits 1980 mit sechzig Jahren starb, wurde einer der produktivsten und vielseitigsten Historiker der DDR.¹⁵⁵

Fritz Klein war nach dem frühen Tode seines gleichnamigen Vaters, des Chefredakteurs der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, im Haus des antifaschistischen Pädagogen Heinrich Deiters aufgewachsen. 1952 promovierte er bei Alfred Meusel mit einer Studie über die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Weimarer Zeit. Obwohl von zeitverhafteten dogmatischen Urteilen nicht frei, war die Arbeit doch keineswegs in jenem agitatorischen Duktus gehalten, der manche Produkte von DDR-Historikern zu einer mühseligen Lektüre

153 Kamnitzers Arbeiten, die alle in Berlin (Ost) herauskamen: Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848. Sonderheft der Zeitschrift „Geschichte in der Schule“ (o. J.); Die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs (1952); Weltbürgertum und Nationalstaat. Die gesellschaftliche Funktion des Kosmopolitismus (1953). Außerdem erschien von Heinz Kamnitzer: Zur Vorgeschichte des Deutschen Bauernkrieges (1953); vgl. hierzu die – wiederum sehr kritische – Rezension von Rosemarie Müller in: ZfG, 1955, Nr. 1, S. 131–135. Kamnitzers Erstling „Öl und Außenpolitik“, zuerst 1947 in London, dann 1949 in Berlin erschienen, ist als publizistische Arbeit durchaus überzeugend.

154 Er arbeitete später als freier Schriftsteller und wurde 1970 Präsident des PEN-Zentrums der DDR. Ein biographischer Abriß Kamnitzers findet sich bei Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 185. Kamnitzer hatte zeitweilig das Institut für Geschichte des deutschen Volkes an der Humboldt-Universität geleitet und gehörte 1953 mit Meusel und Leo Stern zu den Gründungsherausgebern der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“. Vgl. Horst Köpstein, Die Aufgaben des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Humboldt-Universität Berlin, in: ZfG, 1953, Nr. 1, S. 114–119. Die Lesart, Kamnitzer sei „als ehemaligem Westemigranten“ an der Universität deshalb „abrupt der Stuhl vor die Tür gesetzt“ worden, ist fraglich. So Horst H. Lehmann, Keine Ruh seit jungen Jahren. Heinz Kamnitzer wird 80 Jahre alt, in: ND, 10./11. Mai 1997.

155 Vgl. Hans Schleier, Joachim Streisand (1920–1980), in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin (Ost) 1989, S. 341–357.

macht.¹⁵⁶ Als Chefredakteur der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, als Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften und schließlich als letzter Direktor des Akademie-Instituts für Allgemeine Geschichte sollte der nie ganz an die Parteilinie angepaßte und mehrmals gemaßregelte Klein Höhen und Tiefen der DDR-Geschichtswissenschaft auskosten. Sein Spezialgebiet wurde die Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges. Streisand und Klein blieben Meusel nicht nur geistig, sondern auch im Arbeitszusammenhang eng verbunden: Beide gingen 1952 mit ihm an das Museum für Deutsche Geschichte, dessen Gründungsdirektor Alfred Meusel wurde.

5. Museum und Lehrbuch als Konfliktfelder

Am 14. Februar 1950, nur gut vier Monate nach der Gründung der DDR, beschloß das SED-Politbüro die Einrichtung eines historischen Museums im Berliner Zeughaus.¹⁵⁷ Im Juli des gleichen Jahres unterstrich Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag der SED die Bedeutung einer solchen Einrichtung für die Propagierung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes. Er forderte, die „Propagandisten und Historiker“ sollten das Studium der revolutionären Bewegungen in das Zentrum ihrer Arbeit rücken. „In den Museen unserer Deutschen Demokratischen Republik finden aber irgendwelche Winkelfürsten noch immer viel Raum und Beachtung. Ich denke, daß man damit Schluß machen muß und dem wirklichen deutschen Volk, den Arbeitern und Bauern, den freiheitlichen Denkern und Dichtern den Platz einräumen muß, der ihnen in der Geschichte gebührt.“¹⁵⁸ Kurz darauf wurde ein noch junger und nicht promovierter Mitarbeiter des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der SED, Eduard Ullmann, zum vorläufigen Direktor des noch nicht eingerichteten Museums bestimmt.¹⁵⁹ Das Museum war zunächst vor allem für Propagandazwecke vorgesehen, doch nach der 7. Tagung des ZK der SED im Oktober 1951 wurden ihm weitere Aufgaben gestellt. Es sollte künftig „ein organisierendes Zentrum für die Arbeit aller fortschrittlichen deutschen Historiker sein“, aber auch zur Ausbildungsstätte marxistischer Nachwuchshistoriker werden. Parallel zur musealen Geschichtsdarstellung sollte ein den Ansprüchen der SED-Führung genügendes Lehrbuch zur deutschen Geschichte erarbeitet werden.¹⁶⁰ Das Museumsprojekt sollte „unter marxistischer Anleitung“ auch Nichtmarxisten integrieren, um damit eine „enge Zusammenarbeit zwischen den marxistischen und bürgerlichen Historikern

156 Fritz Klein, *Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932*, Berlin (Ost) 1952.

157 Verwendung des Zeughauses. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 14. Februar 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/71. Vgl. hierzu und zum folgenden Helmut Heinz, *Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte*, in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 20, Berlin (Ost) 1979, S. 143–163; Karen Pfündt, *Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte*, in: Martin Sabrow/Peter Thomas Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, 94–109.

158 Wilhelm Pieck, Bericht des Parteivorstands: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: Protokoll des III. Parteitages der SED, 20.–24. Juli 1950, Bd. 1, Berlin (Ost) 1951, S. 104.

159 Sekretariats-Beschluß vom 16. August 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/131, Bl. 4f.

160 Aufgaben, Struktur und Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/252, Bl. 12.

zu ermöglichen“, wohl auch, um letztere besser zu kontrollieren.¹⁶¹ Der künftige Leiter des Museums sollte sich all diesen Aufgaben widmen.

Die Wahl fiel auf Alfred Meusel.¹⁶² Dieser schrieb rückertinnd: „Als mich im Herbst 1951 einmal ein sowjetischer Kollege besuchte, fragte er mich, ob mich die Mitarbeiter des Museums noch nicht aufgesucht hätten. Nein, erwiderte ich lachend, daran täten sie recht, weil ich von Museen gar nichts verstände. Damals ahnte ich noch nicht, daß ich ungefähr ein Vierteljahr später Direktor dieses Museums sein würde. Im Oktober 1950 faßte unser Zentralkomitee den Beschluß, daß der Aufbau des Museums zu unseren wichtigsten Aufgaben gehört und daß der Mitarbeiterkreis beträchtlich verstärkt werden soll. Ende des Jahres wurden ca. 50 Historiker, Kunstwissenschaftler usw. an das Museum verpflichtet. Die meisten Historiker kommen von der Berliner Universität und sind also meine Schüler. In den letzten Tagen des vergangenen Jahres begannen die Verhandlungen mit mir wegen der Übernahme der Direktion. Natürlich habe ich mich nicht wenig gesträubt, weil ich, wie gesagt, von Museen nichts verstehe, und weil ich meine Arbeit an der Universität nicht gern aufgeben wollte, aber schließlich siegte die Staatsräson über meine Gedanken.“¹⁶³ Meusel übernahm die Direktion des Museums, das – verspätet – am 1. Mai 1952 eröffnet wurde. Fast auf den Tag genau ein Jahr danach formulierte Meusel noch einmal die Leitidee, unter der die Tätigkeit des Museums stand: „Am 14. Juni 1848 drangen Berliner Demokraten in das Zeughaus ein. Sie wollten sich mit Waffen ausstatten, um die Ergebnisse der Revolution zu verteidigen, sie wurden aber durch Soldaten des preußischen Königs wieder vertrieben. Tempora mutantur et nos in illis. Wir sind nicht ins Zeughaus gekommen, um etwas hinauszutragen, sondern um etwas sehr Wertvolles hineinzubringen, nämlich den Marxismus-Leninismus, mit dessen Hilfe wir die deutsche Geschichte darstellen wollen, und während die Berliner Demokraten im Jahre 1848 aus dem Zeughaus vertrieben wurden, weil sie die Staatsmacht nicht *für* sich, sondern *gegen* sich hatten, so werden wir bleiben, weil wir die Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik nicht *gegen* uns, sondern *für* uns haben.“¹⁶⁴

Bei der Gründung des Museums wurden, einschließlich der technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ca. 85 Stellen geschaffen. Dem Direktor Meusel standen zur Seite: Eduard Ullmann als stellvertretender Direktor, die Abteilungsleiter Karl-Heinz Otto (Abteilung Vor- und Frühgeschichte), Heinrich Sproemberg (Mittelalter), Leo Stern (1895–1918), Albert Schreiner (1918–1945), Kurt Dünow (Lenin-Stalin) und die stellvertretenden Abteilungsleiter Erika Herzfeld (1525–1848), Joachim Streisand (1848–1895), Hans-Joachim Bernhard (1895–1918) und Fritz Klein (1918–1945). Dem bereits am 19. Januar 1952 berufenen Wissenschaftlichen Rat stand Meusel als Präsident vor.¹⁶⁵ Dem Rat gehörte eine Mischung illustrier marxistischer und nichtmarxistischer Historiker an.¹⁶⁶ Auch beide Gruppen

161 Zusammenfassung der Ergebnisse der Beratung der Genossen Historiker in der Abteilung Propaganda im ZK am 5. Januar 1952, in: Ebenda, Bl. 46.

162 Der Aufbau des Museums sowie die Auswahl der Führungskräfte und Mitarbeiter erfolgte unter maßgeblicher Kontrolle von Kurt Hager und Ernst Hoffmann (ZK-Abteilung für Propaganda), Hanna Wolf (SED-Parteihochschule) und Gerhard Harig (Staatssekretariat für Hochschulwesen). Vgl. Heinz, S. 151.

163 ABBAW, NL Meusel, Nr. 106, auch zit. ebenda, S. 155.

164 Alfred Meusel, Aus der Begrüßungsansprache bei der Eröffnung der Karl-Marx-Ausstellung des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin am 2. Mai 1953, in: ZfG, 1953, Nr. 3, S. 485. Hervorhebungen im Text.

165 Vgl. Wissenschaftlicher Rat des Museums für Deutsche Geschichte berufen, in: ND, 20. Januar 1952.

166 Die Liste der 32 Mitglieder des Rates bei Heinz, S. 162f.

waren in sich keineswegs homogen: Akademisch ausgebildeten marxistischen Wissenschaftlern wie Hermann Duncker, Heinrich Deiters (der aus der Sozialdemokratie kam), Jürgen Kuczynski, Karl Obermann oder Leo Stern standen Parteifunktionäre wie Albert Norden und Kurt Hager, beide immerhin namhafte Publizisten, sowie Hanna Wolf gegenüber. Die politische Vergangenheit der sogenannten bürgerlichen Historiker spiegelte die jüngste deutsche Geschichte wider: Antifaschisten wie Martin Lintzel und Heinrich Sproemberg saßen mit einem aktiven Kollaborateur des braunen Regimes, Fritz Rörig, und dem gleichfalls nazistisch belasteten Hellmut Kretzschmar an einem Tisch.¹⁶⁷

Im Museum traten jedoch zunächst Konflikte zwischen Meusel und Albert Schreiner auf. Sie entstanden Ende 1952 bei der Vorbereitung der Ausstellung zum Karl-Marx-Jahr. Meusel lehnte eine hochgradige Politisierung der Geschichtsforschung, wie sie Schreiner vorschwebte, rundweg ab. Zum Streitpunkt wurde die gegensätzliche Beurteilung der Novemberrevolution, die beide Historiker an unterschiedlichen Schauplätzen in sehr voneinander verschiedener Weise erlebt hatten: Meusel als nicht mehr kriegsverwendungsfähiger Offizier in Kiel, dem Ausgangspunkt der Revolution, Schreiner als aktives Mitglied der Spartakusgruppe in Stuttgart.¹⁶⁸ Meusel warf Schreiner in seiner sarkastischen, diesen verletzenden Art vor, die Weltgeschichte immer nur aus dem Blickwinkel des Roten Frontkämpferbundes zu sehen.¹⁶⁹ Anders als Schreiner nahm Meusel damals wie später keinen Anstoß an der Charakterisierung der Novemberrevolution als bürgerlich. Joachim Petzold, zu dieser Zeit Assistent Schreiners, schrieb Jahrzehnte danach, Meusel war im Unterschied zu Schreiner, der stets den Metallarbeiter hervorkehrte, alles andere als der Typus eines Proletariers. Er „paßte in keiner Weise in das Klischeebild eines Kommunisten. Man konnte ihn eher für einen Aristokraten reinsten Wassers halten.“¹⁷⁰ Schreiner sah dies ähnlich, wie er in einer Bemerkung deutlich machte: „Vielleicht überlegt sich Genosse Meusel, ob es der Sache nicht dienlicher ist, wenn er üble Gewohnheiten aus Diskussionen, wie sie vielleicht unter bürgerlichen Professoren üblich sind, nicht auf die Diskussionen unter Genossen überträgt.“¹⁷¹ An Kurt Hager schrieb Schreiner: „In der vorletzten Diskussion hast Du Gen. M. (Meusel; M. K.) richtig erwidert, daß er den internat. Charakter der rev. Krise, die Auswirkung der Okt.-Rev., außer acht lasse. Da hattest Du recht. Deinen jetzigen Standpunkt teile ich nicht. Sich auf die Feststellung beschränken, die deutsche Rev. war eine bürgerliche, schafft in unserem Falle keine Klarheit, wenn nicht gleichzeitig gesagt ist, daß auf der Ta-

167 Vgl. die biographischen Abrisse der vier Genannten in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*, Berlin (Ost) 1989, die den Kenntnisstand der späten achtziger Jahre widerspiegeln. Neuere Angaben zur Tätigkeit Rörigs zwischen 1933 und 1945 bei Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 1992, *passim*. Rörig nahm aber später, nach Zeugnis seiner Studentin Helga Grebing, öffentlich und ungefragt zu seinem Verhalten im Nazismus Stellung. Interview mit Helga Grebing in: Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart/München 2000, S. 148f.

168 Vgl. das 6. Kapitel dieser Arbeit.

169 Eine Erwähnung dieser Auseinandersetzung findet sich im Nachlaß Schreiners in: SAPMO-BArch, NY 4198/86, Bl. 73.

170 Joachim Petzold (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold), *Parteinahme wofür? Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, hg. von Martin Sabrow, S. 49, Potsdam 2001.

171 Schreiners Materialien zum Museum für Deutsche Geschichte, in: SAPMO-BArch, NY 4198/86, Bl. 90 u. 94.

gesordnung der Geschichte auch für D. die sozialistische Revolution stand.“¹⁷² Die Auseinandersetzung wurde vertagt, bis sie im Jahre 1958 noch einmal voll entbrannte. Allerdings nahm Meusel daran nicht mehr teil.¹⁷³

In einer Diskussion in kleinerem Kreise über die Novemberrevolution wandte, wie Fritz Klein sich im April 1989 erinnerte, „einer von uns jungen Eiferern ein, damals stand doch die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung! ‚Liebe Genossin‘, gab Meusel zurück; ‚wer hat sie denn da drauf gesetzt? Sie, ich ... ?‘. Die knappe Gegenfrage genügte jedem, der aufmerksam zuhörte und mitdachte, zu lernen, daß ein dogmatisches Hantieren mit Regeln und Formeln nichts zu tun hat mit marxistischem Geschichtsverständnis.“¹⁷⁴

In einer anderen, ungleich wichtigeren Situation gab es jedoch 1952 keinen Dissenz zwischen Meusel und Schreiner: bei der versuchten Abwehr, die damalige antisemitische Politik der Sowjetunion auch im Museum für Deutsche Geschichte zur Geltung zu bringen. Über die beklemmende Begebenheit, an Helmut Eschwege ein Exempel zu statuieren, ist im Abschnitt über Schreiner das Nötige gesagt, so daß hier die Wiedergabe einer dem Autor von Erika Herzfeld mündlich gegebenen Information genügt. Meusel sei, berichtete sie, zur Redaktion des „Neuen Deutschland“ gegangen und habe mit Erfolg die Einstellung der den Slánský-Prozeß begleitenden Kommentare verlangt, die mindestens indirekt an antisemitische Emotionen appellierten.¹⁷⁵ Die vom Parteiapparat betriebene Entlassung Eschweges aus dem Museum konnten aber weder Schreiner noch Meusel verhindern. Sie mußten erkennen, daß sie hier durchaus, in Meusels Worten, „die Staatsmacht nicht für, sondern gegen sich hatten.“

Die enorme administrative Beanspruchung ließ Meusel kaum noch Zeit für wissenschaftliche Arbeit.¹⁷⁶ Seine letzte größere Veröffentlichung behandelte im Jahre 1954 die Vorgeschichte der englischen Revolution von 1640; ein Ereignis, das dem DDR-Leser kurz zuvor durch einen Sammelband britischer Marxisten nahegebracht worden war.¹⁷⁷ Meusels Abhandlung erschien in den Sitzungsberichten der Deutschen Akademie der Wissenschaften, zu deren Mitglied (und Vorsitzenden der Sektion Geschichte) er 1953 gewählt worden war.¹⁷⁸

Noch einmal brachte er seine soziologischen Fertigkeiten ins Spiel, als er die Rolle der Verwaltungsapparate im elisabethanischen England beleuchtete. „Für den kontinentalen Absolutismus charakteristisch sind die permanente, in Geld bezahlte und deshalb vom

172 Albert Schreiner an Kurt Hager, 31. Dezember 1952, in: Ebenda, NY 4198/86, Bl. 105.

173 Vgl., auch zum folgenden, das 6. Kapitel dieser Arbeit.

174 Fritz Klein, Alfred Meusel: Von der Freien Deutschen Hochschule zur Berliner Universität. Manuskript eines Vortrages im Kulturbund der DDR am 25. April 1989. Kopie im Besitz des Verfassers.

175 Erika Herzfeld am 11. Januar 1998 im Gespräch mit dem Verfasser.

176 Eine Liste von Meusels Ämtern und Funktionen, die nicht weniger als siebzehn Positionen umfaßt, befindet sich in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 1.

177 Die englische Revolution. Vier Aufsätze, Berlin (Ost) 1952. Das Buch enthält zwei Beiträge von Christopher Hill sowie je eine Abhandlung von Edgell Rickword und der damals bereits verstorbenen Margaret James. Wenig später erschien die von Erika Herzfeld übersetzte und von Gerhard Schilfert herausgegebene deutsche Ausgabe von A. L. Mortons „A People's History of England“. Vgl. A. L. Morton, Volksgeschichte Englands, Berlin (Ost) 1956. Eine englische Ausgabe des Buches wurde ebenfalls in der DDR besorgt: in der von Stefan Heyms Frau Gertrude redigierten Reihe „Seven Seas Publications“.

178 1958 wurde Meusel Sekretar der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Akademie.

Staatsoberhaupt dauernd abhängige Bürokratie und der ‚miles perpetuus‘, das stehende Heer – beide waren ursprünglich Mittel, um die Vorherrschaft der geistlichen und weltlichen Aristokratie zurückzudrängen und die Bauern und die Plebejer niederzuwerfen oder niederzuhalten. In England lag die Staats- und Gemeindeverwaltung nicht in den Händen einer Bürokratie kontinentalen Gepräges. Diejenigen Städte, die sich im Laufe des Mittelalters ‚self-government‘ erkämpft hatten, wurden von den Magistraten verwaltet, die von den reichen Bürgern gewählt worden waren. Auf dem Lande wurde die Verwaltung von den ‚justices of the peace‘, Friedensrichtern, wahrgenommen, die ehrenamtlich fungierten und vom Staatsoberhaupt unabhängig waren.“¹⁷⁹ Es gab auch kein stehendes Heer, so daß „der Tudor-Monarchie zu einem klassischen Absolutismus französischer oder spanischer Prägung die charakteristischen Merkmale fehlten“.¹⁸⁰

Im England der Tudors habe das Königtum die fortschrittlichen Klassen gestützt, so wie es seinerseits von diesen gestützt wurde. Doch der Aufstieg der Bourgeoisie war so jäh und steil, daß das Gleichgewicht der Klassenkräfte zerbrach. Am Ende der elisabethanischen Ära war die Bourgeoisie zur ökonomisch mächtigsten Klasse geworden, ohne zur politisch herrschenden Klasse geworden zu sein. „Dieser Widerspruch konnte nur durch eine bürgerliche Revolution überwunden werden, d. h. dadurch, daß das Bürgertum die Staatsmacht ergriff, die Feudalität stürzte, die Reste der feudalen Produktionsverhältnisse abschaffte und die freie Konkurrenz einführte.“¹⁸¹ Die äußerlichen Widersprüche, die die (nichtmarxistische) Forschung betonte, sah auch Meusel: „Während Elisabeth sich damit begnügt hatte, ihre Macht auszuüben, ohne damit zu prunken, betonten Jacob I. und Carl I. das Gottesgnadentum in einer außerordentlich schroffen, provokatorischen Art und Weise.“¹⁸² Für Meusel waren die Schreckensurteile der Sternenkammer und des Gerichtshofes der Hohen Kommission eine Widerlegung der Legende, die Klassenkämpfe könnten stets „ruhig und höflich, unter Wahrung der gesetzlichen Formen, ausgetragen“ werden.¹⁸³ Er behandelte die Furcht vor einer katholischen Restauration, die durch Carls französische Gemahlin Maria Henriette (einer Tochter Heinrichs IV.) genährt wurde, und die zur Isolierung des Hofes wie zum Rigorismus der Puritaner mit beitrug. Doch gerade das rigorose Handeln der Puritaner habe „die wichtigsten Ergebnisse der bürgerlichen Revolution so tief verankert, daß keine der folgenden Reaktionsperioden, nicht einmal die nach der Rückkehr der Stuarts, diese Fundamente wieder zerstören konnte.“¹⁸⁴ Ohne daß Meusel es aussprach, mag auch hier der Gedanke an die steckengebliebenen Revolutionen in Deutschland 1848/49 und 1918/19 mitgeschwungen haben. Er wiederholte hier den früher geäußerten Gedanken, daß „Maßnahmen von eherner Härte mitunter allein die Ergebnisse einer Revolution so tief fundieren, „daß sie keine der folgenden Restaurations-Epochen ... wieder lossprengen konnte.“¹⁸⁵

179 Alfred Meusel, *Aus der Vorgeschichte der bürgerlichen Revolution in England*, Berlin (Ost) 1954, S. 4. Eine weitere Veröffentlichung Meusels zum Thema: Oliver Cromwells Ende, in: *Aufbau*, 1947, Nr. 3, S. 218f.

180 Meusel, *Aus der Vorgeschichte* ..., S. 5.

181 Ebenda, S. 7.

182 Ebenda, S. 10.

183 Ebenda, S. 13.

184 Ebenda, S. 29.

185 Alfred Meusel, *Schiller – das Problem der Freiheit* ..., S. 32.

Mit den Ergebnissen einer anderen, in Isaac Deutschers späteren Worten, „unvollendeten Revolution“¹⁸⁶ mußte sich auch Meusel nach dem XX. Parteitag der KPdSU auseinandersetzen. Am 26. April 1956 wurde der Parteitag auf einer Sitzung der SED-Grundorganisation des Museums zum Thema. Obwohl Meusel niemals Stalin blind geglaubt und 1952 von einer Reise in die Sowjetunion bemerkenswert sachlich berichtet hatte,¹⁸⁷ zeigte er sich, wie Joachim Petzold schrieb, „erschüttert“.¹⁸⁸ Unter Berufung auf Lenin fragte er, warum es keine Äußerungen über die eigenen Fehler von seiten der SED-Führung gebe. In Anwesenheit von Ernst Diehl von der ZK-Abteilung Wissenschaften, des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte und eines Vertreters der Bezirksleitung entwickelte sich eine scharf geführte Diskussion. Wolfgang Herbst unterstützte Meusel und kritisierte offen Walter Ulbrichts abwiegelnde Haltung. Eduard Ullmann ging noch weiter: Bei Walter Ulbricht sei etwas weniger Überheblichkeit angebracht. Hans-Joachim Bernhard sagte, der Personenkult habe doch zwei Seiten. „Einmal diese halbgöttliche Person und zum anderen die, die den Kult mitmachen. Auch bei uns sei ihm vieles in der Partei aufgefallen, was falsch war.“ André Grevenrath stellte fest, in der SED gebe es keine innerparteiliche Demokratie. Die Wissenschaftler griffen die Beschwichtigungsversuche der anwesenden Parteifunktionäre sofort an. Als diese mit der Forderung nach mehr Parteidisziplin zu drohen begannen, verwies Meusel auf die ansteigende Republikflucht. Den Menschen gehe in der DDR „sehr oft das Recht auf das eigene Leben verloren“; hierunter falle auch das ständige Eingreifen Kurt Hagers in Fragen der historischen Forschung.¹⁸⁹ Es sollte über ein Jahr vergehen, bevor der Apparat im Kampf gegen den „Revisionismus“ zurückschlug.¹⁹⁰

Eine Belästigung anderer Art vermochte Meusel relativ leicht abzuwehren. Im November 1955 vermeldete ein Ermittlungsbericht der Staatssicherheit, Meusel sei mit Kuczynski befreundet, wobei jener mit Meusel „heftige Diskussionen“ führe, um „ihn von seinen bürgerlichen Tendenzen abzubringen.“ Alfred und Meta Meusel seien insgesamt „überzeugte Kommunisten“ sowie „solide und ruhige Menschen“, doch manchmal „in ihren Auffassungen etwas weltfremd.“¹⁹¹ So weltfremd, wie die Staatssicherheit annahm, war Meusel indes nicht: Schon im Juni 1956 hatte sie seine Wohnung als konspirative Wohnung einrichten wollen. Da Meusel seit 1949 der Volkskammer angehörte und seine Wohnung Immunität genoß, mußte das MfS diesen Plan fallenlassen.¹⁹² Am 30. April und am 28. Juni 1958 berichteten die MfS-Berichte, wohl im Zusammenhang mit einer Dienstreise Meusels, nochmals von Anstrengungen, ihn zur Mitarbeit zu gewinnen. Offensichtlich muß er sehr deutlich darauf hingewiesen haben, daß er als Volkskammer-Abgeordneter dafür keinesfalls

186 Noch immer habe der Sozialismus nach der inkonsequenten Entstalinisierung von 1956 „einige entscheidende revolutionäre Akte sowohl im Westen als auch im Osten aufzuführen; und die Geschichte wird nirgends zu einem Ende gelangen“, schrieb Deutscher in seinem letzten Buch. Isaac Deutscher, *Die unvollendete Revolution*, Frankfurt a. M. 1970, S. 102.

187 Vgl. Alfred Meusel, Bericht über die Reise nach der Sowjetunion, in: ZfG, 1953, Nr. 1, S. 107–114.

188 Petzold, *Parteinahme wofür?*, S. 101.

189 Das Protokoll der Beratung in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/148, Bl. 78–88 (mit Rückseiten).

190 Dies wird in der „Angelegenheit Kuczynski“ näher behandelt. Vgl. das 4. Kapitel.

191 Ermittlungsbericht, Abt. VIII, Ref. II, an Abt. II/6B, Lfd. Nr. 1509, vom 17. November 1955, in: BStU, MfS-Zentralarchiv, Allg. P 6741/56, Bl. 17.

192 Vgl. HA II/6, Aktenvermerk vom 4. Juni 1956, in: Ebenda, Bl. 18.

geeignet sei, denn der Abschlußbericht vermeldete mit dieser Begründung resignierend, daß von den Anwerbeversuchen „Abstand genommen werden“ mußte.¹⁹³

Die Meusel wohl am meisten abfordernde Tätigkeit im letzten Jahrzehnt seines Lebens war die Leitung des Autorenkollektivs für das vielbändige *Lehrbuch der deutschen Geschichte*. „Kein anderes historiographisches Unternehmen in der DDR hat im Kampf um die Deutungshoheit über die Vergangenheit eine so umfassende Rolle gespielt wie das Hochschullehrbuch“, schrieb der Historiker Martin Sabrow, der diesem Problem jüngst eine lange Abhandlung gewidmet hat.¹⁹⁴ „Das Hochschullehrbuch soll“, so Alfred Meusel in einem Interview 1954, „mit allen Fälschungen der deutschen Geschichte aufräumen.“ Es sollte die deutsche Geschichte im marxistisch-leninistischen Sinn interpretieren und *gleichzeitig* die dafür unerläßliche Forschungsgrundlage bieten. „Mit der Ausarbeitung dieses Werkes beginnt ein neuer Abschnitt in der neuen Geschichtsschreibung“, so Meusel in ungewohnt kämpferischer Diktion. Es sollte, so unterstrich er, eine „auf der theoretischen und methodologischen Grundlage des historischen Materialismus verfaßte, wissenschaftlich einwandfreie Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Volkes geben.“¹⁹⁵

Zum Abschluß einer ersten Planungsphase lud Kurt Hager am 8. Juli 1952 zu einer Beratung wichtiger SED-Historiker ein. Anwesend waren unter anderem Meusel, Kamnitzer, Obermann, Schreiner und Stern. Als Autoren der einzelnen Lehrbuchabschnitte wurden Leo Stern (vorfeudale und feudale Periode), Alfred Meusel (1400–1648), Gerhard Schilfert (1648–1789), Heinz Kamnitzer (1789–1815), Karl Obermann (1815–1849),¹⁹⁶ Ernst Engelberg (1849–1871), Ernst Hoffmann (1871–1918), Albert Schreiner (1918–1929), Erich Paterna (1929–1933 und 1933–1945) und Walter Bartel (1945–1949) benannt. Alfred Meusel wurde die Gesamtleitung übertragen.¹⁹⁷ Am 14. Oktober 1952 fand die zweite einer ganzen Reihe von Sitzungen des Autorenkollektivs statt, auf dem der Entwurf von Heinz Kamnitzers Disposition für den Abschnitt 1789 bis 1815 diskutiert wurde.¹⁹⁸ Die langen Debatten zerrten an den Nerven aller Beteiligten, zumal die Autoren von Walter Ulbricht unter Druck gesetzt wurden. Er verlangte *coram publico*, auf dem IV. Parteitag der SED im Frühjahr 1954, die Lehrbuchserie „in möglichst kurzer Frist“ vorzulegen.¹⁹⁹ Nach der Gründung des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften im März 1956 über-

193 An das Referat 5/A – Reisen, 30. April und 28. Juni 1958, in: Ebenda, Bl. 7 und 9, Zitat Bl. 7. – Meusel hatte sich auch zur Parteüberprüfung im Juni 1951 zu seiner Tätigkeit nach 1933 äußern müssen. Er gab einen sehr kurz gehaltenen Bericht über seine antifaschistischen Aktivitäten der Aachener Zeit und verzichtete auf jede Namensnennung, wohl um andere von eventuellen Befragungen fernzuhalten. Vgl. Alfred Meusel an die Überprüfungscommission, 19. Juni 1951, in: ABBAW, NL Meusel 10.

194 Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: Ders. (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln 2000, S. 227.

195 Inge Lösche, Ein Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes. Gespräch mit Nationalpreisträger Prof. Dr. Alfred Meusel, in: ND, 27. Februar 1954.

196 Für diese Periode sollte Kurt Hager einen Beitrag über Marx und Engels beisteuern.

197 Vgl. Uwe Fischer, Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR (1952–1955), Phil. Diss., Berlin (Ost) 1981, S. 12f.

198 Vgl. ebenda, S. 16, und die veränderte Druckfassung der Disposition: Heinz Kamnitzer, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1789–1815), in: ZfG, 1954, Nr. 2, S. 257–288.

199 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED. 30. März bis 6. April 1954, Berlin (Ost) 1954, S. 62.

nahm dieses zunehmend Koordinierungsaufgaben, die bislang der Leiter des Autorenkollektivs Meusel und der Sekretär R.-F. Schmiedt geleistet hatten.²⁰⁰

Die Beratungen der Autoren – allein siebzehn zwischen November 1955 und Mai 1956²⁰¹ – waren keineswegs nur vom „fruchtbaren Meinungsstreit“ geprägt.²⁰² „Meusel, der dank seines umfassenden Wissens und seiner Ausstrahlungskraft große Autorität genoß, leitete souverän die Diskussionen in diesem Gremium profilierter, politisch erfahrener Wissenschaftler und in ihrer Individualität ausgeprägter Persönlichkeiten“, schrieb Horst Haun in einem eher hagiographischen denn biographischen Abriß Meusels. Doch sogar er mußte einräumen: „Im Meinungsstreit, der vom Bemühen um Kreativität und Sachlichkeit geprägt war, schenkte (Meusel) der Subjektivität des Diskussionspartners nicht immer die nötige Beachtung.“²⁰³ Was hier bestenfalls andeutungsweise aufscheint, war die überaus bittere, alle sachlichen Diskussionen lähmende Feindschaft zwischen Alfred Meusel und Ernst Engelberg. Deren Ursprünge und Folgen seien hier zumindest umrissen.

Die Anfänge des Konfliktes reichen bis zum Jahr 1949 zurück. Am 31. Januar dieses Jahres informierte Albert Schreiner als Direktor des Leipziger Institutes für Staatenkunde den Dekan Fritz Behrens über Engelbergs Bewerbung für einen Lehrauftrag. Schreiner bat Meusel (über Behrens) um ein Gutachten zu Engelbergs beigelegten Manuskripten über „Liberales und antiliberales Geschichtsschreiben“ sowie „Wilhelm Röpke, der Partikularist und Separatist“.²⁰⁴ So sprach Engelberg bei Meusel in Berlin vor. Er unterstrich gegenüber dem Soziologen Meusel seine professionelle historische Ausbildung in Berlin und Genf. Meusel bekam, diesen Eindruck gewann Engelberg, Angst vor dessen Elan.²⁰⁵ Bis zur Konstituierung des Lehrbuchkollektivs hatten beide Männer jedoch kaum miteinander zu tun. Danach kamen sie oft zusammen, und es traten Spannungen auf. Engelberg war davon befremdet, daß bei Meusels Abwesenheit meist sein Freund Heinz Kamnitzer die Sitzungen des Autorenkollektivs leitete, dessen Qualifikation als Historiker Engelberg sehr niedrig einschätzte.²⁰⁶ Meusels sarkastische, oft zynische Art traf auf Engelbergs aufbrausendes Temperament. Die Charaktere der beiden waren aufeinander nicht abzustimmen.

Hinzu kam eine grundsätzliche konzeptionelle Nichtübereinstimmung. In drei, zunehmend hitziger verlaufenden Debatten stritt das Autorenkollektiv 1953 über die Disposition Engelbergs. Es ging vor allem darum, ob die preußische Bourgeoisie nach 1848 im wesentlichen schon eine reaktionäre Klasse gewesen sei, wie Engelberg meinte, oder noch revolutionär sei, wie Meusel hervorhob. Entsprechend kritischer als Meusel beurteilte der spätere

200 Dies wurde auch in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ gefordert. Vgl. Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG, 1957, Nr. 4, S. 454; Sabrow, Planprojekt Meistererzählung, S. 253.

201 Vgl. Horst Helas, Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR (Mitte 1955–Mitte 1958), Phil. Diss., Berlin (Ost) 1985, S. 14.

202 Fischer, S. 75 (mit Bezug auf die Debatten um Kamnitzers Disposition).

203 Haun, Alfred Meusel, S. 160. Ähnlich Fischer, S. 19.

204 Albert Schreiner an den Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig Fritz Behrens, 31. Januar 1949, in: SAPMO-BArch, NY 4198/85, Bl. 24.

205 Ernst Engelberg im Gespräch mit dem Verfasser, 5. Februar 1997.

206 Ernst Engelberg zum Verfasser, 23. Januar 1999.

Bismarck-Biograph Engelberg die Rolle des preußischen Ministerpräsidenten.²⁰⁷ Meusel bezeichnete 1958 in einem Gutachten zu Engelbergs Textentwurf als Kern der Differenzen die Bewertung der Reichseinigung: „Der Unterschied zwischen der Auffassung des Genossen Engelberg und der meinen besteht darin, daß er, wenn auch mit Einschränkungen, gegen die Nationalstaatsbildung auf dem Weg der preußischen Revolution von oben ist, während ich, wenn auch mit Einschränkungen, dafür bin.“²⁰⁸

Engelberg antwortete noch 1958 mit der Vorlage des Buchmanuskriptes, das Deutschland zwischen 1849 und 1871 behandelte. Da diese Arbeit und die Auseinandersetzung darüber mit Meusel an anderer Stelle analysiert werden,²⁰⁹ sei hier nur angemerkt, daß Engelberg in dem 1959 veröffentlichten Buch auf den „zwiespältigen Charakter“²¹⁰ des deutschen Kaiserreiches hinwies, doch dann festhielt: „Alle Versuche der bürgerlichen Geschichtsschreiber, mit Hilfe sophistischer Begriffsmanipulationen und einer Ideengeschichte, die philosophischen Tiefsinn vortäuscht, die reaktionäre Kontinuität von Bismarck bis Hitler zu leugnen, scheitern an den Tatsachen“;²¹¹ eine Bewertung, die Engelberg in späteren Jahren gewiß nicht mehr aus der Feder fließen sollte. Mit der Vorlage seines Lehrbuchabschnittes hatte Engelberg gegenüber Meusel aber einen Vorteil gewonnen, denn dieser kam über die Veröffentlichung der Disposition seines Teils nicht hinaus.²¹²

Unterdessen waren Meusel und Engelberg auch über die Beurteilung Napoleons aneinandergeraten. Auf einer Tagung des Akademie-Instituts für Geschichte hatte Meusel im November 1956 die Auffassung vertreten, Napoleons Rolle sei noch für die Jahre 1805–1807 positiv zu bewerten.²¹³ Engelberg antwortete mit einer „notwendigen Entgegnung“; so der Untertitel seines Beitrages, der die Frage aufwarf und verneinte, ob Napoleon als ein „Wohltäter der deutschen Nation“ anzusehen sei. Engelberg schrieb, Meusel sei „mit der einfachen und der historischen Logik“ in Widerspruch geraten, er sei in einem „mechanischen Soziologismus“ verwurzelt; eine Charakterisierung, die darauf hinwies, daß Meusel von der akademischen Ausbildung her kein Historiker war.²¹⁴ Das traf Meusel, der selbst um das Austeilen hintergründiger Invektiven keineswegs verlegen war, tief. Er antwortete mit einer Philippika in Form eines Rundschreibens, in dem Engelbergs „schnurrige“ Argumentation noch die gelindeste Bezeichnung war, mit der Meusel seinen Kontrahenten bedachte.²¹⁵ Beide waren offenbar kaum noch fähig, rational miteinander umzugehen. Der politische Rahmen begünstigte Engelberg dabei zunehmend:

207 Vgl. Fischer, S. 89f., der die Kontroversen immerhin andeutete. Helas schrieb (S. 90), Engelberg und Meusel „zielten mit ihren konzeptionellen Überlegungen ... auf die geschichtsideologische Stützung verschiedener Seiten der nationalen Politik der SED.“ Hervorhebung von mir.

208 Ernst Engelberg an die Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED, 15. November 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/109, Bl. 306.

209 Vgl. das 8. Kapitel dieses Buches.

210 Ernst Engelberg, Deutschland von 1849 bis 1871. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 7, Berlin (Ost) 1959, S. 247.

211 Ebenda, S. 253.

212 Alfred Meusel, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1400–1648), in: ZfG, 1953, Nr. 5, S. 759ff.

213 Meusel veröffentlichte den Text seines Diskussionsbeitrages unter dem Titel „Napoleon – Soldat und Reformator“ in der kulturpolitischen Wochenschrift „Sonntag“ (Ausgabe vom 30. Dezember 1956).

214 Ernst Engelberg, Napoleon – Wohltäter der deutschen Nation? Eine notwendige Entgegnung, in: Sonntag, 24. März 1957.

215 Alfred Meusel, Napoleon und Professor Engelberg. Eine kritische Nachlese, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 629.

Alfred Meusel hatte sich über Jahre hinweg gegen die zunehmend unumkehrbar scheinende Spaltung Deutschlands engagiert. 1954 war er als Mitinitiator und einer der beiden Präsidenten der „Deutschen Begegnung“ öffentlich hervorgetreten. Dieser überparteilichen Initiative gehörten Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens beider deutscher Staaten an, darunter der Münchner Anthropologe Karl Saller, nach Hans Mayer „kein in irgendeiner Weise offener oder verschämter Kommunist“, ²¹⁶ der katholische Schriftsteller Leo Weismantel und der Leipziger Philosoph Ernst Bloch. ²¹⁷ Auf dem Bremer Historikertag im September 1953, der ersten Konferenz dieser Art, auf der DDR-Historiker im Westen auftraten, mied Meusel konfrontative Töne, sprach vielmehr, wie einem Pressebericht zu entnehmen ist, „seinen herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme aus. Er wies auf die vorbildliche Haltung hin, mit der bei aller Unterschiedlichkeit in den Diskussionen die Meinung der Gegenseite respektiert werde. Mit dem Wunsch baldiger Wiedervereinigung schloß er seine sehr beifällig aufgenommene Rede.“ ²¹⁸ In seiner detaillierten Kritik an Gerhard Ritters Referat über „Das Problem des ‚Militarismus‘ in Deutschland“ bezeichnete Meusel den Freiburger Ordinarius als einen „bedeutende(n) und angesehene(n) Historiker, dem das Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt.“ ²¹⁹ Meusel leugnete Ritters Kritik am preußisch-deutschen Militarismus keineswegs, auch wenn diese „nicht radikal sein, nicht an die Wurzel gehen“ konnte. ²²⁰ Am 30. Mai 1956 kam Meusel in einer Volkammer-Rede erneut auf das ihn bewegende Thema der deutschen Einheit zurück. „Wir sollen uns verständigen. Wir wollen einander näherkommen“, mahnte er eindringlich. „Der Deutsche ist leicht geneigt, in einem anderen Deutschen, der andere Anschauungen hat, nicht einen Menschen zu sehen, den man überzeugen kann, sondern von dem man sich trennen, hinter dem man die Tür zuschlagen muß. Wenn wir unsere inhibierte (gehemmte; M. K.) demokratische Entwicklung überwinden wollen, dann müssen wir uns zunächst auf den Gebieten verständigen, auf denen wir uns verständigen können.“ Dies seien vor allem Fragen, die die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wiedervereinigung berührten. ²²¹

Der Trierer Historikertag, der im September 1958 zum Bruch zwischen den Historikerverbänden beider deutscher Staaten führte, entzog diesen Bestrebungen Meusels den Boden. Die für Meusel ungünstige Stimmung zeigte sich auch daran, daß im ZK-Apparat seine Einwände gegen Engelbergs Arbeit zurückgewiesen wurden. Rolf Dlubek, von 1952 bis 1957 Leiter des Sektors Geschichte in der Abteilung Wissenschaft, schrieb über Engelbergs Buchmanuskript: „Die Grundfrage der deutschen Geschichte in dieser Zeit ist der Kampf der beiden Wege um die Vereinigung Deutschlands. Es ist richtig, daß der Verfasser einerseits konsequent für den Kampf um die Einigung Deutschlands von unten Partei ergreift, aber andererseits auch die relativ geringen Chancen dieses Weges nicht verschweigt.“ Wer

216 Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1988, S. 65.

217 Vgl. Alfred Meusel, *Deutsche Begegnung 1954 in Berlin*, in: *ZfG*, 1954, Nr. 6, S. 989–931.

218 „Nur eine Lesart deutscher Geschichte“. 22. Versammlung deutscher Historiker im Rathaus eröffnet, in: *Weser-Kurier*, 18. September 1953, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/151, Bl. 81.

219 Alfred Meusel, Zum Vortrag von G. Ritter „Das Problem des ‚Militarismus‘ in Deutschland“, in: *ZfG*, 1953, Nr. 6, S. 935.

220 Ebenda, S. 934. Zurückhaltend auch sein Bericht über die Auseinandersetzungen auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, auf dem Meusel als Leiter der DDR-Delegation fungierte. Vgl. Alfred Meusel, *Internationaler Historiker-Kongreß in Rom. Delegationen der UdSSR, der Volksdemokratien und der DDR*, in: *ND*, 18. Oktober 1955. Vgl. auch das 8. Kapitel dieses Buches.

221 Abgeordneter Prof. Dr. Meusel (Kulturbund), *Wir wollen einander näherkommen*, in: *ND*, 31. Mai 1956.

imstande war, zwischen den Zeilen zu lesen, konnte den Hinweis auf die 1958 „relativ geringen Chancen“ einer deutschen Vereinigung „von unten“, das hieß: im sozialistischen Sinn, kaum übersehen. Dlubek empfahl ausdrücklich eine Publikation des Buches, der sich Meusel zu widersetzen versucht hatte. Ernst Diehl, der damals ebenfalls im Aufstieg innerhalb des Parteiapparates begriffen war, stimmte, so ließ Dlubek wissen, mit dieser Einschätzung überein.²²² Sowohl Meusel wie auch Engelberg standen, jeder für sich, „in einer gewissen Distanz“ zur dogmatischen Gängelung der Historiker durch den Parteiapparat, erinnert Fritz Klein. „Zwei gute, selbständig denkende Historiker, jeder ein Gegner der Apparats-herrschaft in der Wissenschaft, sollten“ – so dachte nicht nur Klein – „solidarisch dem Vorrücken dieser Herrschaften widerstehen, statt sich giftig zu befehlen und so die ZK-Abteilung Wissenschaften in eine Schiedsrichterrolle zu drängen, die deren Position stärkte und die eigene schwächte.“ Klein versuchte, beiden Kontrahenten diesen Gedanken gesprächs-weise nahezubringen, doch erhielt er von beiden „nur eine kalte Abfuhr.“²²³

Engelberg war am Ende der fünfziger Jahre deutlich im Aufwind. Von den ursprünglich zehn zur Mitarbeit herangezogenen Wissenschaftlern hatte außer ihm nur Gerhard Schilfert 1959 seinen Lehrbuchbeitrag für die Periode von 1648 bis 1789 fertiggestellt.²²⁴ Karl Obermann, Leo Stern und Erich Paterna, die beiden letzteren als Mitautoren, erfüllten in den folgenden Jahren ebenfalls ihre Verpflichtungen, während Walter Bartel, Ernst Hoffmann, Heinz Kamnitzer, Albert Schreiner und Alfred Meusel selbst keine Buchmanuskripte vorlegten und durch andere Autoren ersetzt werden mußten. Dadurch geriet Meusel weiter ins Hintertreffen. Als er am 10. September 1960 einem Herzinfarkt erlag, war er trotz offizieller Ehrungen isoliert.²²⁵ Kurz nach seinem Tode hieß es parteiintern, er sei „überhaupt nicht in der Lage“ gewesen, „die Aufgabe zu bewältigen“ und das Lehrbuchprojekt zu einem erfolgreichen Ende zu führen.²²⁶

Doch ist damit kein bündiges Urteil über die Gesamtpersönlichkeit Alfred Meusels, auch keine abschließende Bewertung über ihn als soziologisch orientierten Historiker wie als historisch arbeitenden Sozialwissenschaftler verbunden. Meusels Stärke war sicher eher die sozialgeschichtliche Interpretation denn die quellengestützte Detailforschung. Im Exil wurde er vom Soziologen zum Historiker, der sich besonders in seiner Arbeit für die Freie Deutsche Hochschule intensiv in die deutsche und westeuropäische Geschichte einarbeitete. Historische Forschungsleistungen konnte er in der DDR, auch infolge der überaus starken Beanspruchung auf verschiedenen Feldern der Wissenschaftspolitik, jedoch nicht mehr erbringen. Die besten seiner Arbeiten vermitteln dennoch auch heute noch Anstöße zum Nachdenken über Beharrungsvermögen, sozialen Wandel und revolutionäre Umstürze in der Geschichte. Seine Parteinahme für den Marxismus bedeutete nicht automatisch die Unterordnung der Wissenschaft unter die Bedürfnisse einer Partei. Der historische Materialismus war für Meusel in erster Linie eine Forschungsmethode, die vom politischen Standpunkt des

222 Rolf Dlubek, Bemerkungen zu Ernst Engelberg: Geschichte Deutschlands 1849–71, undatiert (1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/109, Bl. 299.

223 Fritz Klein, Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2000, S. 215.

224 Gerhard Schilfert, Deutschland von 1648 bis 1789. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 4, Berlin (Ost) 1959.

225 Meusels Exilkamerad Kurt Hager hielt die Trauerrede. Vgl. Haun, Alfred Meusel, S. 165. Alfred und Meta Meusel sind am Pergolenweg des Zentralfriedhofs Friedrichshain beigesetzt.

226 Vorlage an die Ideologische Kommission des Politbüros, 30. Mai 1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.01/11, zit. in: Sabrow, Planprojekt Meistererzählung, S. 270.

Historikers indes nicht zu trennen war. Dies entsprach keineswegs dem dogmatischen Verständnis von Parteilichkeit, wie es im SED-Apparat zunehmend vorausgesetzt wurde. Im Juni 1952 hatte Hanna Wolf auf der ersten Tagung der DDR-Historiker Meusel in anmaßender Weise vorgehalten, er propagiere Leopold von Ranke und dessen Schule. Der geistig offene, an allen wirklichen Denkströmungen interessierte Meusel erwiderte ruhig: „Ich weiß nicht, ob Frau Direktor Wolf ernsthaft der Meinung ist, daß ich hier ein Programm der Ranke-Schule vertreten wollte, sondern ich habe lediglich gesagt, daß in Rankes Werk einiges enthalten ist, woraus wir lernen können. An dieser Richtung halte ich unbedingt fest ...“²²⁷

227 Alfred Meusel in: Historiker-Tagung, 7./8. Juni 1952, S. 137, in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 618.

KAPITEL 4

Dogma und Dialektik. Jürgen Kuczynski (1904–1997)

„Pfeife rauchend, auf dem Podium hin- und hergehend, vermittelte Kuczynski uns seine großen Kenntnisse in einer überaus lebendigen Verbindung von Vortrag und Diskussion, die er immer wieder provozierte. Es waren faszinierende Stunden.“ So beschrieb der Historiker Fritz Klein in seinen Memoiren den Eindruck, den er aus Jürgen Kuczynskis Berliner Lehrveranstaltungen im Wintersemester 1946/47 gewann. „Der ganze Kuczynski, wie man ihn dann kennenlernte, war in diesen Vorlesungen schon präsent“, so Klein weiter. „Die eigenartige Mischung aus einleuchtender Analyse des Geschichtsverlaufs, gestützt auf souveräne Faktenkenntnis und eine stupende Beherrschung der Kapitalismus-Analysen von Marx und Engels, mit manchmal überzeugenden, manchmal überaus platten Aktualisierungen; ein Grundzug orthodoxer, eigentlich durchaus unmarxistischer Simplifizierung angeblich Marxscher Lehren, so etwa das Gesetz der absoluten Verelendung der Arbeiter, das er auch dort am Werke sah, wo sich die Lage der Arbeiter, wie er selbst beschrieb, durchgreifend besserte, neben einer sprudelnden Fülle frischer, anregender, weiterführender Ideen; die ständige Lust an Widerspruch und Witz. Er war, könnte man sagen, Dogmatiker und Dialektiker – eine paradoxe Kombination von logisch unvereinbaren Positionen, die er gleichwohl auf eine Weise zu verbinden wußte, daß gerade die Widersprüchlichkeit des umfassend gebildeten Mannes und seines Werkes es war, die viele anzog.“¹

Leben und Werk von Jürgen Kuczynski bleiben auch nach seinem Tod am 6. August 1997 für viele geistig Tätige von Interesse – mögen sie Historiker oder Ökonomen sein, Soziologen oder Literaturkritiker, denn dies alles war Jürgen Kuczynski. Über siebzig Jahre lang schriftstellerisch tätig – ein wahrer *homme de lettres* – schuf er ein gewaltiges Massiv an Publikationen: über einhundert Bücher, über viertausend Aufsätze, Essays und Kritiken. Er schrieb in deutscher und englischer, gelegentlich auch in französischer Sprache. Zusammen mit dem rumänischen Historiker Nicolae Iorga war Jürgen Kuczynski der produktivste Sozialwissenschaftler des 20. Jahrhunderts.² „Nicht mehr schreibend arbeiten zu können“,

1 Fritz Klein, Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2000, S. 126.

2 Eine bis 1973 reichende Bibliographie Kuczynskis findet sich im Anhang seines Buches: Die Muse und der Historiker. Studien über Jacob Burckhardt, Hippolyte Taine, Henry Adams, Berlin (Ost) 1974, S. 133ff. Für die Fortsetzung der bibliographischen Angaben vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Nr. 2, 1979, und 1984 (Sonderband zum 80. Geburtstag von Jürgen Kuczynski) sowie Jürgen Kuczynski, Ein treuer Rebell. Memoiren 1994–1997, Berlin 1998, Anhang.

antwortete er einer deutschen Zeitung auf die Frage nach dem größten Unglück, das ihm zustoßen könnte.³ Dies blieb ihm erspart: „Wir befinden uns in einer Systemkrise, wie sie Deutschland seit dem Untergang des Feudalsystems nicht mehr erlebt hat“ – mit dieser düsteren Feststellung beendete Kuczynski am 5. August 1997 seinen letzten Artikel.⁴ Wie immer ging er daran anschließend um 20 Uhr 15 zu Bett und schlief friedlich ein – um nie mehr aufzuwachen. Bis zu diesem Tag blieb er ein unermüdlich publizierender Zeitkritiker, der zuletzt, wie er selbst wußte, „nur noch als Journalist tätig sein würde.“ Mit zweiundneunzig Jahren sei es an der Zeit, mit dem Bücherschreiben aufzuhören, kündigte er 1996 an.⁵ Natürlich hielt sich Kuczynski nicht daran: Sein letztes Buch „Ein treuer Rebell“ erschien postum – die Tagebuchaufzeichnungen der Jahre 1994 bis 1997. Politisch tätig war der Hochbetagte nicht mehr, wohl aber politisch interessiert. Längst emeritiert, hatte er nach dem Zusammenbruch der SED „ein sagenhaft friedliches Leben in einer sagenhaft unfriedlichen, chaotischen Welt“ gelebt, „deren Geist oder richtiger Ungeist voll zu begreifen“ er sich bemühte.⁶ Um Jürgen Kuczynski voll zu begreifen, sein Leben und Werk umfassend und kritisch zu beurteilen, reicht der in diesem Buch vorgesehene Platz bei weitem nicht aus. Dem Thema gemäß wird der Schwerpunkt hier auf den Historiker Kuczynski gelegt. Es lohnt sich, dabei „die paradoxe Kombination von logisch unvereinbaren Positionen“ nachzuzeichnen, „die Widersprüchlichkeit des umfassend gebildeten Mannes und seines Werkes.“

1. Ein Sohn aus „gutem Hause“

Jürgen Kuczynski, der am 17. September 1904 in Wuppertal-Elberfeld geboren wurde und in Berlin-Friedenau aufwuchs, schilderte in seinen Memoiren die ihn prägende Atmosphäre seiner Familie. Der Vater Robert René Kuczynski (1876–1947), Wirtschaftswissenschaftler und Leiter des Statistischen Amtes von Elberfeld und ab 1906 von Berlin-Schöneberg, war Sohn eines Bankiers. Über seine Mutter Lucie, einer geborenen Brandeis, die in Paris aufwuchs, war René Kuczynski mit dem Juristen Louis Dembitz Brandeis verwandt, der 1916 als erster Jude in das US-amerikanische Bundesgericht gewählt wurde – ein gewaltiger Sieg im Kampf gegen antisemitische Vorurteile. René Kuczynskis Frau Bertha, geborene Gradenwitz, entstammte ebenfalls einer Bankiersfamilie. Der Aufstieg der Familien fiel in das zweite Drittel des neunzehnten Jahrhundert, nach Hannah Arendt in „jene kurze Zeitspanne, da der alte Judenhaß wirklich abgetan und der moderne Antisemitismus noch nicht geboren war, da Antisemitismus wirklich, und nicht nur in den Köpfen der Juden, als eines gebildeten Menschen unwürdig galt“ und man von einem „gesellschaftliche(n) Judenparadies in Preußen“ sprach.⁷ Das familiäre Gedächtnis der Kuczynskis, wiewohl diese ihre jüdische Herkunft nie verleugneten, war frei von traumatischen Erinnerungen an Vertreibung und

3 Fragebogen: Jürgen Kuczynski, in: FAZ-Magazin, Heft 771, 9. Dezember 1994, S. 40.

4 Jürgen Kuczynski, Sechs Jahre Flaute, in: Junge Welt, 12. August 1997.

5 Jürgen Kuczynski, Was wird aus unserer Welt? Betrachtungen eines Wirtschaftswissenschaftlers, Berlin 1997, S. 6.

6 Jürgen Kuczynski, Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater, Berlin 1996, S. 17.

7 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich 1986, S. 119.

Ausgrenzung. Auch nachdem die furchtbare Wirklichkeit des „Zeitalters der Extreme“ die Familie heimgesucht und sie ins Exil gezwungen hatte, wurde die kollektive Leidenserfahrung der Juden für Jürgen Kuczynski nicht zu einem zentralen Thema seiner Arbeit. Die Problematik der jüdischen Identität scheint in seinem labyrinthischen Oeuvre kaum jemals auf. Seit seinem Beitritt zur KPD am 14. Juli 1930 verstand er sich als in der und durch die Partei wirksamer Intellektueller. „Niemals, nicht einen Tag, nicht eine Minute habe ich den Eintritt in die Partei bereut. Die Idee schon, daß das je hätte der Fall sein können, scheint mir, während ich das schreibe, undenkbar und unsinnig“, so Kuczynski 1973. „Aus der Partei auszutreten hätte mir geschienen, wie aus der Menschheit auszutreten.“⁸ Auch nach der Beseitigung der SED-Herrschaft blieb Jürgen Kuczynski Mitglied der PDS.

Daß Jürgen Kuczynski sich an der politischen Linken orientieren würde, lag von der Prägung des Elternhauses her nahe. Seinen Vater, der auf den Heranwachsenden geistig wohl nachhaltiger einwirkte als die Mutter, beschrieb Kuczynski als einen *radical* im Sinne der angelsächsischen politischen Tradition. „Es handelt sich stets um Bürgerliche, die einer fortschrittlichen Sache rücksichtslos, gewissermaßen absolut dienen, sei es der Sklavenbefreiung oder dem Kampf gegen den Faschismus, sie sind Pazifisten und Antimilitaristen, Kämpfer gegen den Bürokratismus oder für Pressefreiheit. Radicals gehören selten einer Partei an, sind aber zumeist bereit, mit allen, ganz gleich aus welcher Partei, zusammenzugehen, die ihrer Sache, sei es dem Kampf für Pressefreiheit oder gegen den Faschismus, dienen. Typisch erfaßte Walter Rathenau eine wichtige Seite des Wesens des Radical, als er während eines heftigen Disputs in der Sozialisierungskommission zornig feststellte: ‚René Kuczynski bildet eine Ein-Mann-Partei und steht auf dem linken Flügel‘.“⁹ Jürgen Kuczynski zitierte dieses Bonmot gern und oft.¹⁰

Wissenschaftlicher Bildungsgang und politische Bewußtwerdung, diese beiden, stets aufeinander bezogenen Prozesse durchziehen den Lebensbericht Jürgen Kuczynskis, dessen erster Teil mit dem Jahre 1945 und der Rückkehr aus britischem Exil abschließt. Kuczynski schilderte das „sozial und klassenmäßig“ gemischte Leben seiner Eltern, „die bei einem Abendessen im Hause meines väterlichen Großvaters einen Direktor der Deutschen Bank trafen und am nächsten Tag im eigenen Haus einen Sozialdemokraten zu Besuch hatten.“¹¹

Jürgen Kuczynski und seine fünf Schwestern wuchsen in einem Haus voller Bücher und politischer Debatten, umgeben von Originalwerken Max Liebermanns und Käthe Kollwitz, auf. Zu den Gästen der Kuczynskis, die auch der heranwachsende Jürgen kennenlernte, gehörte Albert Einstein, mit dem René Kuczynski in der Deutschen Liga für Menschenrechte zusammenarbeitete. Seit 1919 nahm er seinen Sohn zu SPD-Versammlungen mit. So lernte dieser auch Karl Kautsky und Eduard Bernstein kennen. „Eine Besonderheit meiner Jugendzeit war der Widerspruch zwischen der großen Villa am Schlachtensee, in der wir wohnten, und unserem relativ einfachen Lebensstandard“, schrieb Jürgens Schwester Ursula. „Vaters Einkommen war für eine so große Familie nicht sehr hoch. Die Jahre der Inflation verschärften die Situation. So lebten wir durchaus vergnügt, aber viel bescheidener, als

8 Jürgen Kuczynski, *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler*, Berlin (Ost)/Weimar 1973 (im folgenden: Kuczynski, *Memoiren*), S. 198. In diesem Buch spricht Kuczynski in der dritten Person Singular von sich selbst.

9 Jürgen Kuczynski, *A Radical*, in: Helmut Reinhardt (Hg.), *Nachdenken über Ossietzky. Aufsätze und Graphik*, Berlin (Ost) 1989, S. 171.

10 So auch in seinem Lebensbericht. Vgl. Kuczynski, *Memoiren*, S. 17.

11 Ebenda, S. 23.

man vermutet hätte, in dem weitläufigen Haus, das ein wohlhabender Großvater ermöglicht hatte. Über Mutters Sparsamkeit amüsierten wir sorglosen Kinder uns häufig.¹² Kuczynski lernte damals auch, wie er schrieb, „bisweilen zu hungern und zumeist nicht satt zu werden, was mir später sehr zugute kam, und dazu, was noch schwieriger ist, am Sonntag beim väterlichen Großvater – und später bei einem guten Freund oder Bekannten – für die ganze Woche zu essen, ohne daß mir von der reichlichen Mahlzeit schlecht wurde. So habe ich eigentlich bis zum Ende meines Studiums im Februar 1925 gelebt – und dann wieder in den Jahren der illegalen Arbeit vom Februar 1933 bis zum Januar 1936 sowie in der Zeit meiner endgültigen Rückkehr nach Deutschland im November 1945.“¹³

Der junge Kuczynski erhielt ab 1910 privaten Schulunterricht durch eine Lehrerin, die – was im Kaiserreich die absolute Ausnahme war – sich als „rabiante Demokratin“ bezeichnete. 1913 besuchte er das Gymnasium in Zehlendorf-Mitte. „Diese Schule tat nicht mehr und kaum Nützlicheres für die Entwicklung von J. K., als es hundert andere Gymnasien in Deutschland damals getan hätten“, so sein Fazit.¹⁴ Zunächst ein allenfalls mittelmäßiger Schüler, besserten sich seine Leistungen ab der Obertertia.¹⁵ Schon als Primaner besuchte er an der Berliner Universität die Vorlesungen des Althistorikers Ulrich von Wilamowitz-Möellendorff, der ihn beeindruckte. „Zu dem, was ich sofort begriff“, so Kuczynski, „gehörte sein Ausspruch, daß Kenntnis der Grammatik nicht entscheidend für das Verstehen der griechischen Autoren wäre. Als ich in der Schulstunde bei irgend einer grammatischen Frage versagte und diesen Ausspruch recht stolz vorbrachte, meinte der Lehrer ganz richtig, daß ich ihn wiederholen dürfte, sobald ich die Grammatik so beherrschte wie Wilamowitz; da ich dem zustimmen mußte, hatte ich nie wieder im Leben Gelegenheit dazu.“¹⁶ Nach dem Abitur nahm Jürgen Kuczynski im April 1923 in Erlangen das Studium der Philosophie und Nationalökonomie auf. Der Start wurde ihm erleichtert, da er im Hause des Nationalökonom Paul Hensel wohnte, der schon akademischer Lehrer seines Vaters gewesen und für den Studenten „Onkel Paul“ war. Hensel pflegte als ihm liebsten Titel einer Erlanger Dissertation zu nennen: „Die Abtreibung der Frucht und ihre strafrechtlichen Folgen. In Dankbarkeit meinen Eltern gewidmet.“¹⁷

Hensel war von dem angehenden Forscher sehr angetan. Er sei, so schrieb er Kuczynskis Mutter am 28. Juni 1923, „ein ganz ungewöhnlich netter und kluger Mensch und sehr voll von dem Bestreben, diese seine Güte in tausend freundlichen Handlungen auch an seine Umgebung mitzuteilen. Ihm sei „noch nie ein so junger Fuchs vorgekommen ..., der sich mit einem solchen Eifer in die Wissenschaft hereingekniet hätte, wie er es tut.“¹⁸

Als kluger Lehrer riet Hensel seinem studentischen Untermieter zum Studium an der weit besseren Universität Heidelberg und empfahl ihm dem Neukantianer Heinrich Rickert. Doch wünschten die Eltern, er möge sein Studium zunächst in Berlin fortsetzen. Im Wintersemester 1923/24 studierte Kuczynski an der Friedrich-Wilhelm-Universität vorzugsweise Geschichte. Ihm blieben besonders die Vorlesungen von Erich Marcks über Renaissance und

12 Ruth Werner (d. i. Ursula Beurton), Sonjas Rapport, Berlin (Ost) 1977, S. 12.

13 Kuczynski, Memoiren, S. 30f.

14 Ebenda, S. 29.

15 Kuczynskis Abiturzeugnis befindet sich in seinem Teilnachlaß in der Akademie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW, NL J. Kuczynski, Nr. 167).

16 Kuczynski, Memoiren, S. 48.

17 Ebenda, S. 54.

18 Der Brief befindet sich in: ABBAW, NL J. Kuczynski, Nr. 1.

Reformation in Erinnerung, während Ernst Troeltsch mit seiner sozialwissenschaftlich orientierten Philosophie und der Kulturhistoriker Kurt Breysig bei Kuczynski kaum Eindruck hinterließen, obgleich beide doch – wie später Kuczynski – ihren Forschungen einen interdisziplinären Ansatz zugrunde legten.

Ein viel größeres Erlebnis war Heidelberg für den angehenden Wissenschaftler. Er schrieb seiner Mutter: „Das Leben hier ist unbeschreiblich schön. Die Universität fabelhaft. Ich höre noch viel mehr, als ich mir vorgenommen hatte. Bisher (in Erlangen und Berlin) war ich in den Kollegstunden aus Enttäuschung immer mehr zurückgegangen. In Heidelberg höre ich immer mehr ...“ Am 13. Juli schwärmte er: „Heidelberg gibt die Synthese von Mensch und Wissenschaftler. Nicht Wissenschaft und Leben, sondern lebende Wissenschaft und wissenschaftliches Leben.“¹⁹ Noch der Neunzigjährige hielt rückblickend fest: „Ich hatte das Glück, eineinhalb Jahre an der deutschen Glanzuniversität für Gesellschaftswissenschaften Heidelberg zu studieren.“ Weder in der DDR noch in der Bundesrepublik gebe es in den siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts eine Hochschule von vergleichbarem Niveau.²⁰

Als Kuczynski im Sommer 1923 nach Heidelberg kam, lebte Max Weber nicht mehr, aber seine Witwe Marianne sammelte noch jeden ersten und dritten Sonntag im Monat den alten Kreis um sich. Zu ihm gehörten Karl Mannheim, Jakob Marschak, Edgar Salin, Emil Lederer, Eric Voegelin, Arnold Bergsträsser und als Jüngster dann Jürgen Kuczynski. „Was für ein interessanter und begabter Kreis junger und, als Ausnahmen, schon im mittleren Alter stehender Menschen“, so Kuczynski noch Jahrzehnte später voller Begeisterung. „Karl Mannheim wird später, von Hitler vertrieben, die bürgerliche Soziologie in England von der reinen Empirie zu stärkerem Interesse für Theorie veranlassen, Marschak in den USA zu den Mitbegründern der Ökonometrie gehören, Voegelin ein führender ‚Politologe‘ werden, Bergsträsser mit dem bedeutenden Romanisten Ernst Robert Curtius zusammen ein interessantes zweibändiges Werk über Frankreich schreiben; Salin war damals schon einer der ‚vielversprechendsten konservativen Politökonomien‘, Lederer ein bekannter Theoretiker und Soziologe der rechten Sozialdemokratie.“²¹ Fast alle der Genannten wurden unter Hitler aus Deutschland vertrieben.

In Heidelberg trat Kuczynski auch mit Heinrich Rickert, Friedrich Gundolf, Eberhard Gothein, Emil Julius Gumbel, Lujo Brentano (dem Lehrer seines Vaters), Alfred Weber und Karl Jaspers in Beziehung. Von all den Genannten war nur Eberhard Gothein ein ausgebildeter Historiker, der aber in „einer Verbindung von geistes- und wirtschaftsgeschichtlicher Forschung“ interdisziplinär arbeitete.²² Die Stärken wie Schwächen des künftigen Historikers Jürgen Kuczynski sind zweifellos mit auf die Prägungen dieser Jahre zurückzuführen: die enorme Belesenheit, die in seine Veröffentlichungen in Fülle eingestreuten Bemerkungen über all diese Persönlichkeiten, auf die in der DDR sonst kaum jemand hinwies, der Versuch, ihre Denkmethoden den späteren Generationen von Wissenschaftlern zu vermitteln, die Anerkennung großer geistiger Leistungen auch von ausgesprochenen Kritikern des Marxismus, so diese Marx ernst nahmen. Kuczynski drang aber weder damals noch später zu einer wirklichen Synthese der verschiedenen Denkansätze vor. Er würdigte die Heidel-

19 Beide Briefzitate in: Kuczynski, *Memoiren*, S. 63.

20 Jürgen Kuczynski, *Ein Leben in der Wissenschaft der DDR*, Münster 1994, S. 69.

21 Kuczynski, *Memoiren*, S. 60f.

22 Peter Alter, Eberhard Gothein, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. VIII, Göttingen 1982, S. 42.

berger Gelehrten, die auf bislang von der traditionellen Geschichts- wie Staatswissenschaft ignorierte Forschungsfelder vordrangen, aber er bewertete ihre Ergebnisse weitgehend danach, wie sie sich in sein marxistisch-leninistisches Welt- und Wissenschaftsverständnis einpaßten.

In den Heidelberger Jahren näherte sich Kuczynski allmählich der KPD an, ohne ihr beizutreten. Er schrieb für die kommunistische Presse im benachbarten Mannheim, einer Hochburg der Arbeiterbewegung. Sein erstes Gedicht – über eine Hure, wie Kuczynski nicht unerwähnt ließ – nahm ihm der Redakteur Stefan Heymann zwar ab, ohne es jedoch zu drucken. Die Zusammenarbeit kam dennoch in Gang, und Heymann, der nach dem Krieg hochrangige Ämter im Staats- und Parteiapparat der DDR innehatte, wurde ein enger Freund Kuczynskis.²³ An Probleme des Marxismus und der Arbeiterbewegung führte ihn auch Max Quarck, ein Freund seines Vaters und SPD-Politiker, heran. Doch zunächst stand die Anfertigung der Dissertation für Kuczynski im Vordergrund. Unter dem Titel „Der ökonomische Wert. Eine wirtschaftstheoretische, soziologische und geschichtsphilosophische Betrachtung“ reichte er sie in Erlangen ein, wo Paul Hensel und der „erzreaktionäre Senior der Wirtschaftswissenschaften“ Karl Theodor Eheberg die Arbeit begutachteten. Am 24. Februar 1925 absolvierte Kuczynski die mündliche Prüfung und wurde *cum laude* zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften promoviert.²⁴ Eine Bemerkung Kuczynskis zu dieser letzten Erlanger Zeit verdient hervorgehoben zu werden: „Der Antisemitismus hatte wieder zugenommen, und es war für ihn unmöglich, in der Mensa zu essen.“²⁵

Zum Dokorexamen bekam Kuczynski, dessen Großmutter mütterlicherseits Französin gewesen war, von seinen Eltern eine Reise nach Paris geschenkt. Kuczynskis lebenslange Begeisterung für die französische Kultur durchzog nicht nur den autobiographischen Teil seines Werkes. Er schrieb in späteren Jahren eine Vielzahl von Essays über Politik und Kultur Frankreichs wie auch der angelsächsischen Länder – Städte und Landschaften, die den meisten, hinter Mauer und Stacheldraht gesperrten DDR-Bürgern so unerreichbar wie der Mond erscheinen mußten. Kuczynski bemerkte über sich, er habe eine „glückliche Begabung, andere Kulturen, man möchte sagen, einatmen zu können. Denn auch später, wenn ihm kaum vertraute Kulturen begegneten, wie etwa die kubanische oder die japanische, vermochte er ihren Hauch zu verspüren und sich zumindest ihrer Atmosphäre und ihrer Kunst passiv ganz hinzugeben.“²⁶

Nach der Rückkehr aus Paris begann Kuczynski sein erstes Buch zu schreiben. „Das Entstehen dieses ersten Buches ist typisch für seine spätere Arbeitsweise“, bemerkte er in seinen Memoiren. „Sobald er an ein Buch denkt, beginnt er zu schreiben, so schnell das nur irgendwie geht.“²⁷ Das dabei eingeschlagene Tempo zeigte sich in der beispiellosen Anzahl von Büchern und Abhandlungen. Die Nachteile einer solchen Arbeitsweise lagen freilich alsbald zutage: Kuczynski referierte das Quellenmaterial eher statt es zu verarbeiten. Lange

23 Kuczynski, Memoiren, S. 62f. Zu Heymann vgl. Mario Keßler, *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995, S. 184f.

24 Ein Exemplar der Dissertation befindet sich in: ABBAW, NL J. Kuczynski, Nr. 167.

25 Kuczynski, Memoiren, S. 83.

26 Ebenda, S. 96f. Er schrieb eine solche Liebeserklärung an die angelsächsische und französische Kultur auch im Vorwort seiner Essaysammlung: *Gestalten und Werke. Soziologische Studien zur englischsprachigen und französischen Literatur*, Berlin(Ost)/Weimar 1971. Ein entsprechender Essayband zur deutschen Literatur erschien 1969.

27 Kuczynski, Memoiren, S. 87.

Zitate, insbesondere der marxistischen Klassiker, ersetzten nur allzu oft die genaue Beweisführung. Mit zunehmendem Alter neigte er zu wortwörtlichen Übernahmen ganzer Seiten von einem Buch in das nächste. Er liebte es, sich selbst zu zitieren. Durch die Überfülle an parteiamtlichem Jargon entging manchen Lesern die Vielzahl von Ideen und Anregungen, die in seinen Werken steckte. Diese oft gerühmten und vielleicht noch öfter kritisierten Eigenheiten zeigten sich im Kern bereits in Kuczynskis Erstling, dem 1926 erschienenen Buch mit dem programmatischen Titel „Zurück zu Marx“!

2. Zwischen Forschung, Praxis und Parteiarbeit

„Zurück zu Marx! ist die marxistische Formulierung des Humanistenrufes: *ad fontes!*“ So begann Jürgen Kuczynski sein erstes Buch, das eine möglichst umfassende Darstellung der Marxschen Gesellschaftstheorie bieten wollte. Kuczynski kritisierte, daß weder die Geldtheorie von Marx, noch seine Theorie der ursprünglichen Akkumulation systematisch untersucht seien. Die philosophische Struktur des Marxschen ökonomischen Systems, seine Erkenntnismethode und die Ordnung des erkannten Stoffes müsse gefunden und nachgezeichnet werden. Erst dann sei es möglich, das Heer der Marx-Kritiker – Kuczynski dachte vor allem an Werner Sombart, aber auch an Eduard Bernstein – entscheidend zu schlagen, erst dann könne man das Marxsche System erfassen. Das Buch stelle einen ersten Versuch in dieser Richtung dar.

In einer „rückblickenden Betrachtung“ faßte Kuczynski die praktischen Schlußfolgerungen seiner theoretischen Überlegungen zusammen: „Der Marxismus ist eine Weltanschauung. Marx hat sie gewonnen. *Lenin* hat sie vertieft. Die Marxisten haben sie sich angeeignet. In Rußland versucht man, die dieser Anschauung gemäße Lebensform zu realisieren und zu wahren. Rußlands Kampf gegen die ganze Welt ist der erste wahre Weltkrieg. In ihm ringen nicht Völker im Kampf um die gegenseitige Ausbeutung, sondern Bevölkerungsschichten untereinander – um das Recht auf Ausbeutung auf der einen Seite und um Wiedergutmachung jahrhundertelanger Ausbeutung und Aufrichtung einer Gesellschaftsordnung, die neue Ausbeutung verhindern soll, auf der anderen Seite ... *Das russische Volk unter Führung Lenins ist vorangeschritten in der Eroberung der kapitalistischen Welt, weil es zurückgeschritten ist zu Marx.*“²⁸

Das Zitat verweist auf Kuczynskis Haltung, von der er bis zum Zusammenbruch des Moskauer Imperiums nicht abrücken sollte. Jahre zuvor, ehe er sich der kommunistischen Bewegung organisatorisch anschloß, hatte er bereits die Linie der Komintern verinnerlicht: die immer unkritischere Anlehnung an die Politik der Sowjetunion. Dabei entsprach Kuczynski in seinen Forderungen durchaus der frühen sowjetischen Politik, wenn er schrieb: „Die Diktatur gegen die Stimmen der Majorität kann aber nur in Fragen der Wirtschaft, öffentlichen Gesundheit usw., nie aber in solchen der Kunst, Dichtung usw. ausgeübt werden und wird überhaupt nur im Übergangsstaat angewandt werden müssen. Kunst, Dichtung usw. betreffend kann in Nicht-Alternativfragen die Diktatur unter Umständen –

28 Jürgen Kuczynski, *Zurück zu Marx! Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus*, Leipzig 1926, S. 167. Hervorhebungen im Text. (Das Wort „antikritisch“ im Untertitel bezieht sich auf die Zurückweisung der Einwände vieler Marxkritiker).

aber nur im Übergangsstaat und nur einer Minderheit gegenüber – ausgeübt werden, niemals, auch im Übergangsstaat nicht, einer Majorität gegenüber, welche in diesen Fragen sofort nach der Revolution, sobald sie also frei entscheiden kann, kompetent ist und ihre Lösung selbständig in die Hand nehmen kann.“²⁹ Jahrzehnte später gestand Kuczynski, vieles in dem Buch sei „so kompliziert formuliert ..., daß man gebildeter sein muß, als ich es heute bin, um alles zu verstehen.“³⁰

Die Kunst der eingängigen, schlagenden Formulierung eignete sich Kuczynski als Mitarbeiter der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ an. Dies war ein von seinem Vater herausgegebenes Periodikum, dessen Analysen und Übersichten insbesondere die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften nachdruckten, und das etwa wöchentlich erschien. Am 25. März 1925 brachte die Korrespondenz Kuczynskis erste von mehreren hundert Veröffentlichungen der nächsten Jahre: eine Rezension von Hans Ritschls „Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung“, am 18. Juni erschien der erste Aufsatz zum Thema „Der Abbau der Reichserbschaftsteuer“. Kuczynski bezeichnete seine Mitarbeit an dieser Zeitschrift gelegentlich als „Nebenarbeit“ für seine wissenschaftliche und publizistische Entwicklung. Zu einer anderen Tätigkeit praktischer Natur riet ihm sein Vater: zum Volontariat in einer Bank.

Am 1. Oktober 1925 begann Jürgen Kuczynski als Volontär bei Bett, Simon & Co. Sein Vorgänger im Volontariat, Kurt Tucholsky, hatte kurz und bündig erklärt, daß es nun genug des „grausamen Spiels“ sei und daß er nach Paris wolle, um dort wieder schriftstellerisch tätig zu werden. Wenn er nicht bald zum Schreiben käme, würde er platzen.³¹ „Man kann sich vorstellen“, so Kuczynski, „daß die Bank einen überaus interessanten Kundenkreis hatte; leider begriff J. K. damals noch nicht den politischen Nutzen, den man aus einer intimen Kundenkartei kennenntnis würde ziehen können, und sein Vater war ‚viel zu vornehm‘, um ihm das klarzumachen oder ihn gar auszuhorchen.“³²

Das Bankgeschäft konnte Kuczynskis Energie keineswegs ganz absorbieren. Durch Vermittlung seines Vaters startete er die Herausgabe des Organs der Deutschen Liga für Menschenrechte. „Die Menschenrechte“, so der Titel der Zeitschrift, wurde zum Publikationsorgan der radikal-demokratischen Linken. In einer Zeit, in der die KPD ihre generell ablehnende Haltung gegenüber der Weimarer Republik etwas minderte, schrieben jedoch auch Kommunisten für das Periodikum. Dadurch lernte Kuczynski Politiker und politische Publizisten so unterschiedlichen Standortes wie Willy Münzenberg und Ernst Schneller, Carl von Ossietzky und Ludwig Quidde, Eduard Fuchs und Arthur Holitscher, Helmuth von Gerlach und Otto Lehmann-Russbüldt kennen.³³ Er nahm an der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser 1926 teil, an der sein Vater führend beteiligt war.³⁴ Schließlich schrieb er sein zweites Buch, „eine eher starke Broschüre“, zur Fi-

29 Ebenda, S. 166.

30 Kuczynski, Memoiren, S. 99.

31 Michael Hepp, Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen, Reinbek b. Hamburg 1999, S. 256.

32 Kuczynski, Memoiren, S. 101.

33 Vgl. ebenda, S. 106, sowie die Porträtsammlung: Jürgen Kuczynski, Freunde und gute Bekannte, Berlin 1997. Dieses Buch beruht auf einer zwölfteiligen Interviewserie von Thomas Grimm mit Jürgen Kuczynski, die unter diesem Titel auch im Fernsehen lief und als Videokassette erhältlich ist.

34 Vgl. Jürgen Kuczynski, René Kuczynski. Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1957, S. 83ff.

nanzwissenschaft, das 1927 in der Laubschen Verlagsbuchhandlung erschien, einer linkssozialistischen (aber nicht KPD-nahen) Verlagsanstalt.³⁵

Zu dieser Zeit befand sich Jürgen Kuczynski bereits in der Bundeshauptstadt der USA. Am 17. September 1926, seinem 22. Geburtstag, war er mit dem Schiff in New York eingetroffen und sofort nach Washington weitergereist. Dort lernte er am nächsten Tag die aus dem Elsaß stammende Wirtschaftswissenschaftlerin Marguerite Steinfeld kennen. Lakonisch bemerkte er in seinen Memoiren: „Genau ein Jahr später, am 18. September 1927, beschlossen sie, am 18. September 1928 zu heiraten, und führten diese Absicht planmäßig durch.“³⁶ „Wenn man bedenkt“, rief er jedoch wenig später aus, „daß es 1926 etwa hundert Millionen Menschen gab, die ich theoretisch ihrem Alter und dem Geschlecht nach hätte bitten können, mich zu heiraten – und daß ich am 18. September 1926 die einzige Frau traf, die es mehr als vierzig Jahre mit mir aushalten würde ...!“³⁷ Es sollten einundsiebzig gemeinsame Jahre werden.

In Washington betrieb Kuczynski an der Brookings School postgraduale Studien. Diese Anstalt, die im Jahr nur etwa zwei Dutzend Studenten immatrikulierte, die sämtlich bereits über einen akademischen Abschluß verfügten, war mit einem Forschungsinstitut für Wirtschaftswissenschaften verbunden, an dem René Kuczynski jedes Jahr mehrere Monate arbeitete. Die Studenten konnten sich, ungestört von irgendwelchen Verpflichtungen, ihrer wissenschaftlichen Fortbildung widmen. Die Geldmittel stellte der Sponsor Robert S. Brookings zur Verfügung, der durch Grundstücksspekulationen, Holzhandel und im Verkehrswesen ein großes Vermögen erworben hatte. Unter den Studenten waren der spätere Lateinamerika-Spezialist Frank Tannenbaum und der Politologe Max Lerner, letzterer in Kuczynskis Jahrgang. Er freundete sich mit beiden an.

Seine Hauptbetätigung fand Kuczynski in diesen amerikanischen Jahren in der Arbeit für die American Federation of Labor (AFL), deren Forschungsabteilung er aufbaute. Zunächst suchte er eine Grundlage zu schaffen, indem er eine Übersicht der Löhne zusammenstellte, um Aufschluß über die Lage der amerikanischen Arbeiter zu gewinnen. Die Broschüre erschien noch 1927 als erste Nummer einer Forschungsreihe im gewerkschaftsnahen Verlag William Green.³⁸ In dieser Zeit mußte Kuczynski die Passivität der amerikanischen Gewerkschaften gegenüber dem Justizmord an Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti miterleben.³⁹ Als Ausländer konnte er sich in den USA weniger stark in der weltweiten Kampagne um die Befreiung der beiden Gewerkschafter engagieren, als dies sein Vater in Deutschland tat.⁴⁰ Er wurde jedoch in der amerikanischen Linken allmählich bekannt, da er eine monatliche Übersicht der Relativlöhne amerikanischer Arbeiter zusammenstellte und im „*Federalist*“, dem Organ der AFL, veröffentlichte. Er publizierte auch eine laufende Statistik über die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Gemeinsam mit Marguerite übersetzte

35 Jürgen Kuczynski, *Der Staatshaushalt. Ein Beitrag zur Erkenntnis der Struktur des kapitalistischen und des kommunistischen Staates*, Berlin 1927.

36 Kuczynski, *Memoiren*, S. 114.

37 Ebenda, S. 137.

38 Jürgen Kuczynski, *Organized Labor's Modern Wage Policy* (Research Series No. 1), Washington, D. C. 1927.

39 Vgl. Johannes Zelt, *Proletarischer Internationalismus im Kampf um Sacco und Vanzetti*, Berlin (Ost) 1958, S. 189f.

40 Vgl. ebenda, S. 168.

Jürgen Kuczynski „Labor and Internationalism“ von Lewis L. Lorwin, einem Mitarbeiter der Brookings Institution.⁴¹

Seine Forschungen über Löhne und Konjunktur in den USA faßte Kuczynski in einer Broschüre zusammen.⁴² Ein Buchmanuskript, das er im Auftrag für die Brookings Institution schrieb, wurde von dieser abgelehnt. Doch gemeinsam mit seiner Frau verfaßte und veröffentlichte er eine Darstellung über die ökonomische Lage der Fabrikarbeiter in Amerika.⁴³ Damit hatte er ein großes, wenn nicht das große Thema seines Lebens gefunden, denn die Beschäftigung mit dieser Problematik sollte sich zur gewaltigen, vierzig Bände umfassenden „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ ausweiten, mit der Kuczynskis Name dauerhaft verbunden bleiben wird. Im August 1929, als Kuczynski nach Deutschland zurückkehrte, hatte seine Entwicklung, seinen eigenen Worten nach, folgenden Stand erreicht: „Auf der einen Seite ein ausgewiesener und bewährter Wissenschaftler, auf der anderen Seite ein politisch nützlicher Mensch, dessen Erziehung zum Kommunisten jedoch noch vor ihm liegt und endlich ernstlich beginnen mußte.“⁴⁴

Kuczynski hoffte, mit seinen statistischen Berechnungen in Deutschland das gleiche Interesse wie in den USA zu finden. Doch angesichts der Herausforderung der Sozialdemokratie durch eine starke KPD wollte man sich im SPD-nahen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) „nicht mit einem nicht eindeutig sozialdemokratisch festgelegten jungen Wissenschaftler einlassen. Man brauchte das auch nicht, denn dem ADGB und der SPD standen eine ganze Reihe junger hochbegabter Wissenschaftler zur Verfügung, die der SPD angehörten ...“⁴⁵

So hatte Kuczynski keine Chance, in den sozialdemokratisch dominierten Einrichtungen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit Fuß zu fassen. Seinen Lebensunterhalt bestritt er durch Publikationen für linksgerichtete Zeitschriften, unter denen sein erster Artikel für „Die Weltbühne“ hervorgehoben sei: eine Rezension der Lincoln-Biographie des Schweizer Schriftstellers Emil Ludwig.

Kuczynski kritisierte, daß „die Figur Lincolns melodramatischer ist, als unser und ... auch der amerikanische Geschmack erlaubt“ und daß das Buch von sachlichen Irrtümern „strotzt“, von denen er einige berichtete. Entgegen Ludwigs Behauptung war, so Kuczynski, Lincolns Vater „weder 1814 noch später Sklavenpolizist oder Straßeninspektor.“ Ludwigs „grundlegende These“, wonach Lincoln „von klein auf Pazifist und Gegner der Sklaverei gewesen wäre“, sei „vollkommen verfehlt und der alten amerikanischen Ideologie des neunzehnten Jahrhunderts angehörig“, schrieb Kuczynski. Er tat Ludwig jedoch bitter Unrecht, indem er dessen Thesen und die Methode als „von unerlaubter Primitivität“ abqualifizierte.⁴⁶

Sachlicher war das mit Marguerite Kuczynski geschriebene Buch über die Lage der Arbeiter in Deutschland. „Der Zwang, sich in den USA in einer stilistisch nicht beherrschten Sprache möglichst einfach ausdrücken zu müssen, wirkte sich jetzt auf die Veröffentlichungen in deutsch günstig aus“, schrieb Kuczynski. „Doch es wird noch länger als ein Jahrzehnt

41 Lewis L. Lorwin, *Die Internationale der Arbeit*, Washington/Berlin 1930.

42 Jürgen Kuczynski, *Löhne und Konjunktur in Amerika*, Berlin 1928. Die Broschüre enthält mehrere Beiträge aus der „Finanzpolitischen Korrespondenz“.

43 Jürgen und Marguerite Kuczynski, *Der Fabrikarbeiter in der amerikanischen Wirtschaft*, Leipzig 1930.

44 Kuczynski, *Memoiren*, S. 184.

45 Ebenda, S. 187.

46 Jürgen Kuczynski, Emil Ludwigs Lincoln, in: *Die Weltbühne*, 1930, Nr. 15, S. 537–539.

dauern, bis die dritte ‚Stilperiode‘ einsetzt, bis J. K. die Notwendigkeit begreift, daß er nicht nur allgemeinverständlich zu schreiben, sondern sich gefälligst Mühe zu geben hat, ein erträgliches, ja ein möglichst gutes Deutsch zu schreiben.“⁴⁷ Kuczynski behandelte vor allem Fragen der Löhne (Geldlöhne, Reallöhne und Relativlöhne, Löhne der Gelehrten und Ungelernten, der Frauen und Männer), von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Unfallhäufigkeit, und er erstellte einen Streik- und Tarifvertragskalender. Dem lag die Idee zugrunde, für die einzelnen Industrien und für einzelne Berufsgruppen die Monate festzustellen, die vom Standpunkt der saisonalen Beschäftigungslage die günstigsten für einen Streik beziehungsweise für den Ablauftermin eines Tarifvertrages sind. Das Buch erschien im Parteiverlag der KPD und wurde 1932 ins Russische übersetzt.⁴⁸

Zu dieser Zeit war Jürgen Kuczynski bereits zwei Jahre Mitglied der KPD und verstand sich seitdem als ein unbedingt der Partei ergebener Genosse. Er hielt sich viel darauf zugute, auch in den Zeiten schwerster Prüfungen nie an der Partei gezweifelt zu haben. Daß eine solche Haltung unter selbständig denkenden Menschen eher Kritik als Lob hervorrufen könnte, hat er nie akzeptiert. Wer im Namen des Marxismus mit der Partei brach und daraufhin nach alternativen Konzeptionen des Sozialismus suchte, blieb für Kuczynski bestenfalls ein Mensch außerhalb der marxistischen Linken, schlimmstenfalls war er ein Feind. Nie akzeptierte Kuczynski etwa die Politik der Kommunistischen Partei-Opposition um Brandler und Thalheimer. Im November 1930 besuchte er mit einer KPD-Delegation erstmals die Sowjetunion. Dort, so erinnerte er sich 1973, „strahlte noch der Glanz der zwanziger Jahre, die wundervolle heroische Periode des Kampfes, des Aufbaus und der größten geistigen Bewegung.“ Kuczynski berichtete über seine Begegnungen mit sowjetischen Kommunisten, doch er schrieb auch voller Trauer: „Manche von ihnen traf ich nicht wieder: die Regierungsmethoden Stalins raubten sie uns.“⁴⁹ Grundsätzliche Zweifel an der Politik der Sowjetunion löste dies in ihm nicht aus.

Nach seiner Rückkehr gab Kuczynski eine Textsammlung heraus, in der die Situation der sowjetischen Arbeiterklasse in zum Teil beschönigender Weise geschildert wurde.⁵⁰ Er begann, für die KPD-Presse zu arbeiten, und im Juli 1931 wurde er von der Partei abgestellt. Er arbeitete einen halben Tag in der Reichsleitung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und den anderen halben Tag in der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der KPD. „Die RGO zeigte stark sektiererische Tendenzen. Vor allem in dem Bestreben, sie zu einer rivalisierenden, allumfassenden Organisation gegen den ADGB zu machen“, so Kuczynski im kritischen Rückblick.⁵¹ Er leitete die Informationsabteilung der RGO-Reichsleitung, gab deren hektographiertes Nachrichtenbulletin heraus und veröffentlichte im RGO-Organ „Betrieb und Gewerkschaft“. Er trug damit die auf die Spaltung der Gewerkschaften bedachte Politik der KPD voll mit, in deren Ergebnis die bestehende Kluft zwischen den beiden Arbeiterparteien verbreitert wurde.

47 Kuczynski, *Memoiren*, S. 191.

48 Jürgen und Marguerite Kuczynski, *Die Lage des deutschen Industriearbeiters 1913/14 und 1924 bis 1930. Statistische Studien*, Berlin 1931. Die Relativlöhne ergaben sich aus dem Vergleich der Kaufkraft pro Industriearbeiter mit der Entwicklung der Produktion pro Konsument, (S. 23).

49 Kuczynski, *Memoiren*, S. 212.

50 Jürgen Kuczynski (Hg.), *Rote Arbeit. Der neue Arbeiter in der Sowjetunion*, Berlin 1931. Beiträger waren u. a. Arthur Holitscher, Egon Erwin Kisch, Anna Seghers sowie die unter Stalin ermordeten Karl Radek und Sergej Tretjakow.

51 Kuczynski, *Memoiren*, S. 221.

Jeden Nachmittag arbeitete Kuczynski als Wirtschaftsredakteur der „Roten Fahne“ und schrieb, was er „Produkte des Tages“ nannte, „mit der einen oder anderen originellen Berechnung, gelegentlich mit einer nicht ganz schlechten Formulierung, aber im ganzen unbedeutend.“⁵² Im Karl-Liebknecht-Haus, dem Parteigebäude, wurde er Zeuge der tumultartigen Auseinandersetzung im Anschluß an den zweifachen Polizistenmord auf dem Bülow-Platz am 9. August 1931.⁵³ Gemeinsam mit Manfred (Mani) Bruck schrieb er unter dem Pseudonym „K. Olectiv“ einen Fortsetzungsroman für „Die Rote Fahne“, und er fand noch Zeit und Kraft, die Arbeit an der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ fortzusetzen. Im Sommer 1932 wechselte Kuczynski von der Redaktion der „Roten Fahne“ zu den „Nachrichten“, einem KPD-Blatt, das ihm jeden Tag eine ganze Seite für seine wirtschaftspolitischen Betrachtungen zur Verfügung stellte. Auch die „Internationale Pressekorrespondenz“, die zwei- bis dreimal in der Woche in mehreren Sprachen erscheinende, eine weltweite Leserschaft erreichende Zeitung der Komintern, brachte Beiträge von ihm. Am 24. Januar 1933 schrieb Kuczynski darin:

„Vierzig Millionen Arbeitslose allein in Europa, Amerika und Australien. Und über die Hälfte aller Arbeitslosen ohne öffentliche Unterstützungen. Täglich steigt ihre Not, steigt ihr Elend. Der Hunger nimmt zu. Die Kälte läßt Millionen frieren. Krankheiten breiten sich aus. Immer neue Tausende, Männer und Frauen und Kinder, sterben dahin. Aber gleichzeitig wächst der Widerstand der Arbeitslosen gegen das kapitalistische System, gegen die Unterdrücker ... Schon schließen sich die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen immer enger zusammen ... Schon werden hier und da in Betriebsversammlungen Resolutionen für öffentliche Unterstützung der Erwerbslosen angenommen, für höhere Winterbeihilfe und so weiter. Gelegentlich wird solchen Resolutionen auch schon stärkerer Nachdruck verliehen, indem die Betriebsarbeiter mit Streik drohen, wenn die Erwerbslosen nicht stärker unterstützt werden.“⁵⁴

Daß Kuczynski nur „hier und da“ oder „gelegentlich“ von solchen Aktionen zu berichten wußte, zeigte das ganze Dilemma der zerspaltenen deutschen Linken, die sich als unfähig erwiesen, die deutschen Arbeiter zum Kampf für die Verteidigung der Republik zu mobilisieren und die schwankenden Mittelschichten in Bewegung zu setzen. Die verzweifelnden Arbeitslosen wie die noch in kargem Lohn Stehenden blieben angesichts der nazistischen Offensive passiv. Daran vermochte der letzte große Aufmarsch des Roten Frontkämpferbundes am 25. Januar 1933, den Kuczynski mitorganisierte, nichts mehr zu ändern. Am 30. Januar ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Kanzler, am 28. Februar, dem Tag nach dem Reichstagsbrand, teilte ein Genosse dem sich auf dem Weg zum Parteigebäude befindlichen Kuczynski mit, die Partei und ihre Organisationen seien verboten. Für Jürgen Kuczynski begann die Zeit der illegalen Arbeit.

52 Ebenda, S. 231.

53 Vgl. hierzu Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 20ff.

54 Peter Jottkas (Jürgen Kuczynski), Der Kampf der Erwerbslosen. Arbeitslosenkämpfe in allen kapitalistischen Ländern, in: Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr), Nr. 10, 24. Januar 1933, S. 344.

3. Illegal in Berlin – Flüchtling in London

Unter dem Nazi-Regime war Jürgen Kuczynski als Jude und als aktiver Kommunist doppelt gefährdet. Zudem geriet er durch einen sehr dummen Zufall sofort in das Visier der Gestapo. Die Familie, bei der Ernst Thälmann untergetaucht war, trug den ähnlich klingenden Namen Kluczynski. Somit erfolgten in kurzen Abständen eine Reihe von Haussuchungen bei den Kuczynskis, die seit der Geburt ihres Sohnes Peter 1932 zu dritt waren.⁵⁵

René Kuczynski wurde zunächst in einer Anstalt für Geistesschwache verborgen und flüchtete Anfang April 1933 über die Tschechoslowakei und die Schweiz nach London. Dort gelang es ihm, an der London School of Economics eine Festanstellung als Hochschullehrer zu finden. Seine Frau blieb mit den jüngeren drei Schwestern noch bis Anfang 1934 in Schlachtensee. Nach dem Verkauf des Hauses folgte die Familie nach London. Die beiden älteren Schwestern befanden sich bereits im Ausland: Brigitte in Basel und Ursula in China, wo sie ihre Laufbahn als Agentin für den sowjetischen Geheimdienst startete.

Jürgen Kuczynski arbeitete in der Invalidenstraße in der Informationsabteilung der Reichsleitung der illegalisierten KPD. Solange es noch möglich war, spekulierte er (über einen jüdischen Bankier) an der Börse. Seine Arbeit für die Reichsleitung bestand im Sammeln und Analysieren von Wirtschaftsdaten, die er teilweise der noch offen zugänglichen Auslandspresse entnahm. Obwohl in Deutschland die „Finanzpolitische Korrespondenz“ keine Abnehmer mehr fand, konnte er sie von der Schweiz aus weiter publizieren, bis er am 11. Februar 1934 seinen ausländischen Abonnenten mitteilen mußte: „Die Finanzpolitische Korrespondenz stellt ihr Erscheinen ein, da der Herausgeber, Herr Dr. Jürgen Kuczynski, als Nichtarier nicht mehr als Schriftleiter auf Grund des Schriftleiter-Gesetzes fungieren darf.“⁵⁶ Doch innerhalb eines halben Jahres gründete er eine neue Zeitschrift in der Schweiz, die „Konjunkturstatistische Korrespondenz“, eine etwas veränderte Fortsetzung der „Finanzpolitischen Korrespondenz“.⁵⁷

In diesem Zusammenhang ist auch Kuczynskis Arbeit für die sowjetische Botschaft zu sehen. Er stand in regelmäßiger Verbindung mit Botschaftsrat Sergej Alexejewitsch Bessonow, dem späteren Opfer Stalins, und übermittelte über ihn Wirtschaftsnachrichten an Außenminister Litwinow, der ihm Rückfragen oder kritische Bemerkungen zukommen ließ. Mit Billigung der Partei nahm Kuczynski Verbindung zu britischen und amerikanischen Diplomaten und Journalisten auf. So konnte er (anonym oder unter Pseudonym) in der „Herald Tribune“ und im „Manchester Guardian“ publizieren.

Zu alledem fand Kuczynski die Kraft und Konzentration, um sein erstes historisches Buch zu schreiben, eine Vorgeschichte der französischen Revolution. Dabei behandelte er das Ineinanderwirken von Ideen der Aufklärung, insbesondere der sozialkritischen Forschungsarbeit der Enzyklopädisten, der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Herausbildung des französischen Zentralstaates führten, und der Auszehrung der Bevölkerung durch Kriegspolitik und überteuerte Repräsentationskultur der herrschenden Klassen. Einen breiten Raum nahmen die fiskalischen und politischen Reformen von Finanzminister Jacques Necker, dem „Bürger, Protestanten und Fremden“, ein, die den Dritten Stand zu

55 Vgl. Kuczynski, Memoiren, S. 243.

56 Ebenda, S. 256.

57 Eine Reihe der in dieser Zeitschrift zuerst erschienenen Beiträge vereinigte Kuczynski in der Sammlung: Weltproduktion und Welthandel in den letzten 100 Jahren, Liepaja 1935.

stärken suchten. Doch die französische Bourgeoisie entwickelte erst ab 1787 einen kollektiven politischen Willen. Kuczynski schilderte die sozialökonomischen Bedingungen und das Ideenklima, die zur Herrschaftskrise des Ancien régime und schließlich zum „Chaos“ führten, aber er verdeutlichte auch die lange Dauer historischer Prozesse. Das Heranreifen einer revolutionären Situation, so argumentierte er, sei nicht automatisch mit einer Herrschaftskrise des alten Systems gegeben (etwa 1715 beim Tode Ludwig XIV.). Marguerite übersetzte das Manuskript ins Französische. „Les antécédents d’une révolution“ erschien 1936 im Verlag Marcel Rivière in Paris.⁵⁸ Kuczynski wählte für die Herausgabe dieses Buches das Pseudonym Pierre Olivier – ohne zu wissen, daß es einen französischen Trotzlisten gleichen Namens gab. Nicht ohne Bosheit bemerkte er später hierzu, wie erstaunt die französischen Kommunisten waren, „was für ein relativ vernünftiges Buch dieser Mann geschrieben hatte.“⁵⁹

Im Januar 1935 – er hatte einen neuen Paß erhalten – reiste Kuczynski über Prag nach Moskau, wo er mit dem von ihm verehrten Politökonom Eugen Varga, mit Karl Radek und mit Walter Ulbricht zusammentraf. Dieser fragte ihn, wie lange er noch in Deutschland bleiben wolle. Kuczynski antwortete ihm: „So lange wie möglich“, und setzte hinzu: „Es wird aber wohl immer schwieriger, bei einem ‚Treff‘ darauf zu achten, daß ich nicht mit einer blonden Genossin zusammenkomme, die ich durch mein jüdisches Aussehen gefährde.“⁶⁰

Genau ein Jahr später, im Januar 1936, mußte Kuczynski Deutschland verlassen. Er ging mit Frau und Sohn nach England zu seinen Eltern. Darüber berichtete er sofort nach seiner Ankunft Walter Ulbricht. Am nächsten Tag nahm er über seine inzwischen von Basel nach London gegangene Schwester Brigitte die Verbindung zur KPD-Gruppe in England auf. Einen Tag darauf meldete er sich bei der britischen KP.

Rückblickend schrieb er über die Erfahrung der Illegalität in Deutschland: „Die Jahre der Illegalität haben bessere Genossen aus uns gemacht, bessere Kämpfer für den Fortschritt – doch nicht liebenswertere Menschen. Sie haben uns eine besondere Sicherheit gegeben, weil wir lernten, wie weit wir uns selbst trauen konnten, und das war, wenn wir durchhielten, unbegrenzt weit. Sie haben uns selbstverständlich auch verkrüppelt, denn die natürliche Unbefangenheit dem Leben gegenüber, die manche von uns hatten, war verlorengegangen. Mußte verlorengehen, wenn wir in der Zeit, in der wir lebten, etwas leisten wollten dort, wo die Partei uns brauchte. Mißtrauisch sind wir geworden im täglichen Leben und um so vertrauensvoller in den großen Gang der Welt, in den Weg der Menschheit, in die Zukunft, in die Jugend, in den Sieg des Guten und Schönen. Bescheidener sind wir geworden in den kleinen Freuden des Lebens und grenzenlos in den Erwartungen der Zukunft der Menschheit.“⁶¹

Jenseits allen Pathos verweist diese Beobachtung auf ein Grundproblem der Kommunisten, die sich nach 1945 anschicken sollten, den Osten Deutschlands umzugestalten – gemäß den Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht, doch auch im möglichen Einklang mit ihren eigenen Visionen:

58 Pierre Olivier (Jürgen Kuczynski), *Les antécédents d’une révolution. Etudes sur le développement de la société française de 1715 à 1789*, Paris 1936.

59 Kuczynski, *Memoiren*, S. 279.

60 Ebenda, S. 266.

61 Ebenda, S. 271.

Reich an weltumspannenden Ideen und Bestrebungen, waren viele der heimkehrenden oder aus den Zuchthäusern und Lagern befreiten Kommunisten doch hart und bitter angesichts des so offenkundigen Versagens der allermeisten Deutschen gegenüber dem so lange siegreichen Nazismus. Sie hegten einen begründeten Haß gegenüber all jenen Gedanken, Mentalitäten und Traditionen, die beim Aufstieg Hitlers Pate gestanden, die der KPD eine politische Paria-Existenz am Rande der Weimarer Republik zugewiesen und die Kommunisten in eine unversöhnliche Frontstellung gegen die bürgerliche Gesellschaft getrieben hatten. Sie waren ohne Schonung gegen sich selbst und ohne Mitleid mit dem politischen Gegner, den sie unter den Bedingungen der Illegalität und des Zuchthauslebens immer auch in den eigenen Reihen vermuten mußten – der *agent provocateur* war keine Erfindung Stalins. Kuczynski schrieb später: „Seitdem klagen mir liebe Menschen über meine Härte im Urteil und meine Rücksichtslosigkeit dem privaten Leben gegenüber, wenn es um Partei und Wissenschaft geht.“⁶²

Die kommunistischen Widerstandskämpfer halfen der Partei unter schwierigsten Bedingungen zu überleben, aber sie selbst überlebten auch durch die Partei. Dies band sie an die KPD; und die Lebensgeschichten derer, die sich früher oder später, angesichts des Stalinischen Terrors oder seines geflissentlichen Verschweigens, von ihr lösten, sind voll von bitteren Fragen und Selbstzweifeln, voller Rechtfertigungsversuche, den Bruch endlich vollzogen zu haben, wie voller Wehmut angesichts der Erinnerungen an gemeinsam durchgestandene Kämpfe mit Genossen, von denen sie als „Renegaten“ oft nicht mehr begrüßt wurden. Doch auch die Erinnerungen derer, die in den Reihen der Partei blieben, sind, so ihnen noch ein Gran Ehrlichkeit anhaftet, nie ohne Trauer um die Ermordeten wie um die Weggegangenen – und nie ganz ohne offene oder heimliche Versuche der Rechtfertigung, in der kommunistischen Partei geblieben zu sein.

Als Jürgen Kuczynski zu Beginn des Jahres 1936 in England eintraf, standen andere Fragen im Vordergrund der politischen Arbeit. Die Neubewertung der antifaschistischen Bündnisse durch Komintern und KPD beherrschte die Diskussionen im kommunistischen Exil. Der VII. Weltkongreß der Komintern hatte im Sommer 1935 die Volksfront-Strategie eines möglichst breiten Bündnisses gegen Hitler proklamiert, und Kuczynski, der in England wieder ungehinderten Zugang zu allen relevanten Materialien hatte, gehörte zu denen, die die neue Politik im kommunistischen Untergrund bekanntmachen sollten. Zweimal noch reiste er 1936 von England nach Deutschland, immer noch hoffend, das Exil möge bald zu Ende sein. Es gelang ihm – wohl mit Hilfe der sowjetischen Botschaft –, eine Reihe seiner Bücher und Materialien nach London zu übersenden. „Im Juli 1936 verabredete er in der Berliner Sowjetbotschaft für vierzehn Tage später ein Treffen mit Bessonow in Kopenhagen.“ Dort traf er, „wie sich später herausstellte, zu seinem Glück“, Bessonow nicht an und kehrte, ohne Aussicht auf eine nächste Reise nach Deutschland, nach England zurück.⁶³ Hätte Kuczynski mit dem im März 1938 mit Bucharin angeklagten Bessonow gesprochen, hätte sein Name durchaus auf der Liste jener „trozkistischen und bucharinistischen Volksfeinde und Schädlinge“ auftauchen können, die auch im Ausland vor den Nachstellungen der Stalinischen Geheimpolizei zittern mußten.

Noch aber konnte die kleine britische KP auf die Sowjetunion als dem Beispiel einer neuen Gesellschaft verweisen, zumal sie im eigenen Land gemäß der neuen Komintern-Linie die Verteidigung von Freiheit und (bürgerlicher) Demokratie gegen die faschistische

62 Ebenda.

63 Ebenda, S. 283.

Gefahr proklamierte. Oswald Mosley, das Haupt der British Union of Fascists (BUF), erklärte in deutlicher Frontstellung gegen die kommunistische Partei, seine Bewegung sei „eine englische patriotische Bewegung und es sei falsch, sie als unpatriotisch anzuklagen und ihr zu unterstellen, sie stünde im Dienst fremder Mächte.“⁶⁴ Vertreter des Bürgertums fühlten sich von Mosleys wirtschaftlichen Autarkieplänen und seinem Nationalismus angesprochen,⁶⁵ manche Arbeiter von seinem populistischen Antisemitismus.

Die kommunistische Partei suchte den Faschisten auf zweierlei Weise zu begegnen: „Zum einen bestand das Ziel darin, die faschistische Gefahr auf nationaler und internationaler Ebene zu verdeutlichen und die Sicherheit zu vermitteln, daß sie in Großbritannien niemals Fuß fassen könne. Da dies nur möglich war, indem ganze Wohngebiete mobilisiert wurden, um den Faschisten die Straße streitig zu machen, bedeutete dies zugleich Kämpfe mit der Polizei, die sich selbst als Bewahrer des Rechtes der Faschisten auf öffentliche Propaganda sah. Das zweite Ziel war, wie Phil Piratin, einer der für seinen antifaschistischen Kampf im (Londoner) East End bekannten kommunistischen Führer erklärte, ‚den Faschisten den Boden zu entziehen‘. Er und andere betonten, man müsse zwischen dem harten Kern der BUF und den einfachen Arbeitern, die sich von ihm angezogen fühlten, unterscheiden.“⁶⁶ Nachdem die KP zuerst die antisemitische Losungen nachplappernden Proletarier als ihre Feinde ausgemacht hatte, kam sie nunmehr zu der Schlußfolgerung, daß „es gewisse antisemitische Vorurteile gab, ... aber vor allem hatten diese Leute, wie die meisten in Ost-London, ein miserables, erbärmliches Leben. Ihre Häuser waren Slums, viele waren arbeitslos ... Deshalb sollte die kommunistische Partei diesen Menschen helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ihnen dabei begreiflich machen, wer dafür wirklich verantwortlich war, ... und sie organisieren, damit sie gegen ihre tatsächlichen Ausbeuter zu kämpfen imstande waren.“⁶⁷

Offenbar war die britische Partei in dieser Aufklärungsarbeit 1936 schon ein gutes Stück weit vorangekommen, denn die meisten Exilanten der KPD gehörten, wie Kuczynski schrieb, „überwiegend zur Intelligenz, kamen aus bürgerlichen Familien und waren zumeist jüdischer Herkunft“ – hatten also einen Hintergrund, der auf Vorurteile unter Londoner Arbeitern stoßen könnte.⁶⁸ Doch berichteten weder Kuczynski noch andere Flüchtlinge aus Deutschland über einen nennenswerten, gar manifesten Antisemitismus unter der britischen arbeitenden Bevölkerung.⁶⁹ Allein dies richtete die Menschen, die in ihrem Herkunftsland

64 Jerzy W. Borejsza, *Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa*, Frankfurt a. M. 1999, S. 41. Zur BUF vgl. Arnd Bauerkämper, *Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945*, Göttingen 1991, S. 159ff.

65 Vgl. hierzu Cassius (Pseudonym für Michael Foot), *The Trial of Mussolini*, London 1943. Der Labour-Linke inszenierte hierin literarisch einen fiktiven Kriegsverbrecherprozeß, zu dem führende konservative Politiker als Zeugen vorgeladen wurden. Ihre Aussagen – durchweg Originalzitate – erbrachten Belege, wie sehr sie mit dem Aufstieg des Faschismus in Europa sympathisiert hatten. Die deutsche Ausgabe wurde von Theodor Bergmann und Mike Jones besorgt. Cassius, *Der Prozeß gegen Mussolini*, Mainz 1994.

66 Mary Davies, *Comrade or Brother? The History of the British Labour Movement 1789–1951*, London/Boulder, CO 1993, S. 175.

67 Phil Piratin, zit. ebenda.

68 Kuczynski, *Memoiren*, S. 283.

69 So betonte auch Richard Löwenthal, „das Verhalten der Engländer in der Zeit, in der sie allein waren und fast ganz Europa besetzt war, war ungeheuer eindrucksvoll!“ Richard Löwenthal, *Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung*, in: Hajo Funke (Hg.), *Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil*, Frankfurt a. M. 1989, S. 411. Zur Integration der deutsch-jüdischen Flücht-

Verfolgung und Hetze erleiden mußten, moralisch auf. „Viel zur Erhaltung einer guten Moral“, so Kuczynski weiter, „trug auch bei, daß die Genossen – im Gegensatz etwa zu Frankreich – in England sicher sein konnten, nicht plötzlich ausgewiesen zu werden, daß ihre Position als Emigranten ... legalisiert war, daß keiner, wie in anderen Emigrationsländern, wirklich Not leiden, hungern oder frieren mußte. Ebenso wichtig war, daß sie – wieder im Gegensatz etwa zu Frankreich – durch Arbeit und auch im menschlichen Verkehr in das tägliche Leben eingeordnet waren.“⁷⁰

Kuczynski wurde Politischer Leiter (Polleiter) der deutschen Parteigruppe in England. Er blieb es bis 1939 und war es dann wieder von 1940 bis 1941. Als *full-timer* erhielt er von der Partei praktisch keine Bezahlung, obwohl er jeden Penny dringend benötigte, denn die Familie wuchs: 1937 wurde die Tochter Madeleine, 1944 der Sohn Thomas geboren. Natürlich war die schriftstellerische Tätigkeit sowohl Broterwerb wie Passion für den unermüdlich Tätigen.⁷¹ Im Jahre 1937 schrieb er unter dem Pseudonym Peter Forster ein kleines Buch über die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegsproduktion und den zunehmenden Anteil der direkt oder indirekt für die Rüstung tätigen Unternehmen – etwas Ähnliches, wie es gleichzeitig Albert Schreiner, dieser mit spezieller Berücksichtigung des Militärwesens, tat.⁷² Kuczynski nutzte vor allem, wie auch in zahlreichen anderen Veröffentlichungen, die offiziellen deutschen Statistiken und Pressematerialien und war darum bemüht, „Erkenntnisse der Realität aus amtlichen Daten herauszuholen, die sie verschleiern sollen.“⁷³ Die Abhandlung erschien unter dem Titel „Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?“ in den Strassburger Editions Prométhée, einem Komintern-nahen Verlagshaus, und wurde im Kleinstformat als „Rassen und Rassenentstehung beim Menschen. Von Dr. Eugen Fischer“ camoufliert nach Deutschland geschickt.⁷⁴ Diese Arbeit basierte teilweise noch auf statistischen Daten, die Kuczynski in Deutschland hatte sammeln können, und die er in den Londoner Bibliotheken ergänzte. „Die sogenannte Arbeitsschlacht ist zuende“, bemerkte Kuczynski, einen nazistischen Slogan paraphrasierend. „Die Masse der Arbeiter erkennt von Tag zu Tag besser, daß die Arbeitsschlacht nichts anderes als die Vorbereitung der Arbeiterschächtung sein sollte.“⁷⁵ Noch zwei Jahre später sah Kuczynski den deutschen Faschismus als eine „Episode“ innerhalb des von ihm recht schematisch beschriebenen kapitalistischen Gesellschaftssystems an: „In Großbritannien bildet das Finanzkapital im Ganzen die herrschende Klasse. In Deutschland beherrscht hauptsächlich die Rüstungs- und halbe Rüstungsindustrie das Land.“⁷⁶ Kuczynski wiederholte: „Das nationalsozialistische System wird nicht aus wirtschaftlichen Gründen von selbst zusammenbrechen, es wird nur deshalb

linge in die britische Gesellschaft vgl. umfassend Marion Berghahn, *Continental Britons. German-Jewish Refugees from Nazi Germany*, Oxford etc. 1988.

70 Kuczynski, *Memoiren*, S. 288f.

71 Vgl. hierzu auch Jürgen Kuczynski, *Wirkung im englischen Exil*, in: Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn (Hg.), *Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, Marburg 1997, S. 355–360.

72 Vgl. das 6. Kapitel dieses Buches.

73 Kuczynski, *Memoiren*, S. 318.

74 Peter Forster, *Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?*, Strassbourg 1937. Als Erscheinungsort und -jahr der Tarnschrift wurde „Berlin 1937“ angegeben.

75 Ebenda, S. 61 (dem Verfasser lag die legal in Strassbourg erschienene Broschüre vor).

76 Jürgen Kuczynski, *Germany's Economic Position* (*Germany Today Special*, No. 1), London (1939), S. 40. Nach diesem Schema behandelte Kuczynski auch die Interessenkonflikte innerhalb der Großindustrie und (sehr knapp) zwischen Großindustrie und einzelnen NSDAP-Führern.

zusammenbrechen, weil die Massen des deutschen Volkes es zerbrechen wollen“; ein Optimismus, der nicht der Wirklichkeit standhielt.⁷⁷

Eine weitere Frucht war neben kleineren Publikationen eine vergleichende Studie über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Proletarier in Großbritannien, Deutschland und der Sowjetunion. „Während die Wohnbedingungen in den Städten (in denen nur eine Minderheit der Sowjetbürger lebt) schlechter als in Großbritannien und Deutschland sind, sind die Wohnbedingungen in den ländlichen Gebieten der Sowjetunion (in denen die Mehrheit der Sowjetbürger lebt) zwar schlecht, aber im Durchschnitt besser als in Großbritannien oder Deutschland.“⁷⁸ Für diese wie für andere Behauptungen erbrachte Kuczynski keine Beweise. Das Buch blieb somit weitgehend Propaganda. Es kam im renommierten Left Book Club von Victor Gollancz heraus.⁷⁹

Noch hielt ein Teil der britischen Linken an ihren Hoffnungen wie ihren Illusionen über die Sowjetunion fest. Für die KPD-Mitglieder stand eine Kritik am „ersten sozialistischen Staat der Welt“ ohnehin außerhalb jeder Diskussion. Die deutschen wie die britischen Kommunisten unterstützten die Moskauer Propaganda während der Stalinschen Schauprozesse. „Während ich fest an die Prozesse glaubte, die ganzen 30er Jahre über“, bekannte Kuczynski kurz vor seinem Tode, „war mein Vater hundertprozentig anderer Ansicht und glaubte nicht an sie. Im Jahre 1940 kam er jedoch zu mir und sagte: ‚Weißt du, nach dem Verrat Frankreichs an Hitler durch Daladier, Flandin und Pétain – jetzt glaube ich auch an die Prozesse.‘“⁸⁰ Diese Passage zeigt schlagend die quasi-religiöse Bindung nunmehr sogar René Kuczynskis an die „Sache des Sozialismus“.

In einem umfangreicheren Buch über neuere Theorien der Arbeitslöhne setzte sich Jürgen Kuczynski mit John Maynard Keynes und seiner Schülerin Joan Robinson sowie mit Jacques Rueff, dem späteren Wirtschaftsberater von de Gaulle, auseinander. Der zweite Teil enthält unter anderem den Versuch, durchschnittliche Reallöhne für das Empire als Ganzes – sowohl Löhne des „Mutterlandes“ als auch der Kolonien – zu berechnen.⁸¹

Zu dieser Zeit bemühte sich die gesamte europäische Linke um Unterstützung für das republikanische Spanien. Jürgen Kuczynski gewann mehrere britische Gewerkschaftsführer zur Mitarbeit am Deutschen Freiheitssender 29,8, einer ab 1936 im republikanischen Spanien betriebenen Radiostation. Diese war zunächst als KPD-Sender organisiert, wurde jedoch alsbald zu einem Organ des Vorbereitenden und später des Ständigen Ausschusses der Deutschen Volksfront, was ihr ein überparteiliches Image verleihen sollte. Kuczynski wurde von der KPD-Auslandsleitung zum Beauftragten des Senders in Großbritannien ernannt. Er schrieb Radioprogramme, aber er übermittelte auch Botschaften aus England an die im Untergrund arbeitenden deutschen Antifaschisten. Vor allem mußte er die Tätigkeit des Senders in der englischen Presse propagieren und Geld für ihn sammeln.

Im Jahre 1938 reiste Kuczynski zu letztgenanntem Zweck in die Vereinigten Staaten. „Dort spezialisierte er sich“, wie er später berichtete, „auf jüdische Geschäftsleute, die unabhängig von ihrer Weltanschauung natürlich gegen den Antisemitismus der Hitlerregierung

77 Ebenda, S. 72.

78 Jürgen Kuczynski, *The Conditions of the Workers in Great Britain, Germany and the Soviet Union, 1932–1938*, London 1939, S. 79f.

79 Vgl. Stuart Samuels, *Der „Left Book Club“*, in: Walter Laqueur/George L. Mosse (Hg.), *Linksintellektuelle zwischen den beiden Weltkriegen*, München 1969, S. 96–126.

80 Kuczynski, *Freunde und gute Bekannte*, S. 60f.

81 Jürgen Kuczynski, *New Fashions in Wage Theory*, London 1937.

waren, und auf reiche Humanisten. Ganz kühl gesagt: Seine Aufgabe war nicht in erster Linie, antifaschistische oder gar kommunistische Propaganda zu machen, sondern dringend benötigtes Geld zu beschaffen ... Die Partei war mit dem Ertrag seiner Sammlung, den er nach Paris brachte, einige tausend Dollar, zufrieden.“⁸² Ein Teil davon dürfte Albert Einstein, den er in Princeton traf, beige-steuert haben.⁸³ Kuczynskis Bestrebungen, an der New School for Social Research in New York eine Anstellung zu finden, hatten jedoch keinen Erfolg. Alwin Johnson, der Leiter der Einrichtung, mußte ihm mitteilen, daß „die New School große Schwierigkeiten darin sieht, eine angemessene Reihe von Vorlesungen über die Lage der Arbeiter durchzuführen, und da sie wahrscheinlich in ihren Mitteln beschränkter als irgendeine andere Bildungseinrichtung ist, wagen wir es nicht, Lehrveranstaltungen anzubieten, für die wir keine angemessene Bezahlung aufbringen können.“⁸⁴ Doch war Kuczynski weit von wirklicher Not entfernt. Vielmehr konnte er der deutschen Partei in England und damit einzelnen Genossen helfen, denen es schlechter ging als ihm.

Die deutsche Partei in Großbritannien – das waren in den unmittelbaren Vorkriegsjahren nur ein Dutzend Mitglieder in und um London sowie einige wenige, die in anderen Städten ansässig waren. Zu ihnen gehörten Sabine und Kurt Hager, damals als Käthe und Felix Albin bekannt, Wilhelm Koenen und Hans Kahle, die alle im östlichen Nachkriegsdeutschland wichtige Positionen erlangen sollten (Kahle starb aber schon 1947). Der Musikwissenschaftler Ernst Hermann Meyer, der damals über englische Kammermusik des 18. Jahrhunderts arbeitete, wurde ebenso ein enger Freund Kuczynskis wie der Ökonom Siegbert Kahn. Für den Historiker Alfred Meusel war Kuczynski 1937 der Bürge bei dessen Parteieintritt. Auch Josef Winternitz, ein Freund aus der KPD-Zeit vor 1933, traf in London ein.⁸⁵ Grete Wittkowski, die künftige Präsidentin der DDR-Staatsbank, war Org-Leiterin der KPD-Gruppe. Als Polleiter reiste Kuczynski mehrmals im Jahr zur zentralen Auslandsleitung der KPD nach Paris, wo er unter anderem mit Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Gerhart Eisler und Paul Merker, der speziell für England zuständig war, zusammentraf. Mit Lex Ende kam er in seiner Arbeit für den Deutschen Freiheitssender zusammen. Beachtenswert ist, daß Kuczynski einen Mann wie Ende, der in der DDR nach seinem Parteiausschluß 1950 als „Unperson“ galt, stets würdigte.⁸⁶ Außerhalb des KPD-Führungskreises hatte Kuczynski in Paris besonders intensive Verbindungen zu Anna Seghers sowie zu Gisela und Egon Erwin Kisch.

Als unermüdlich tätiger politischer Schriftsteller stand Kuczynski alsbald in Kontakt mit den Führungsmitgliedern der britischen KP, von denen Rajani Palme Dutt einer seiner engsten persönlichen Freunde wurde und blieb. Kuczynski wurde Redaktionsmitglied des „Labour Monthly“, des theoretischen Organs der Partei, und lernte eine Gruppe junger Historiker und Ökonomen kennen, die später die so bezeichnete Marxist School bilden sollten: A. L. Morton, Maurice Dobb und Dona Torr gehörten zu diesem Kreis.⁸⁷ Er schrieb auch für

82 Kuczynski, *Memoiren*, S. 307.

83 Vgl. Jürgen Kuczynski, Albert Einstein – geduldig und bescheiden. Prof. Dr. Jürgen Kuczynski über einen Besuch bei Einstein in Princeton (USA) im Jahre 1938, in: ND, 15. März 1969.

84 Alwin Johnson an Kuczynski, 12. Januar 1938, in: ABBAW, NL J. Kuczynski, Nr. 40 (Brief in Englisch).

85 Vgl. hierzu das 3. Kapitel dieses Buches.

86 Zu Lex Ende vgl. Keßler, *Die SED und die Juden*, bes. S. 70–75.

87 Vgl. zu dieser Gruppe John Callaghan, *The Road to 1956*, in: Willie Thompson u. a. (Hg.), *Historiography and the British Marxist Historians* (Socialist History, No. 8), London/East Haven, CT 1995, S. 13–21.

die amerikanische Vierteljahresschrift „Sience and Society“, deren Gründer, der aus den Niederlanden stammende Mathematiker Dirk Struik, auch den deutschen Exilanten ein Forum wissenschaftlicher Debatten schaffen wollte.⁸⁸ Auf seinen zahlreichen Vorträgen, die ihn durch das ganze Inselreich führten, begegnete er namhaften Politikern, Wissenschaftlern und Schriftstellern, unter ihnen Harold Laski, James Strachey, Koni Zilliacus, J. D. Bernal, Arnold Toynbee, G. D. H. Cole, Ivor Montagu und Stephen Spender. Nur von Angehörigen der KPDO oder trotzkistischer Gruppen hielt sich Kuczynski weiterhin strikt fern. Noch im hohen Alter betrachtete er diese weitsichtigen Kritiker des Stalinismus als seine politischen Feinde.⁸⁹

Wie viele andere antifaschistische Wissenschaftler und Publizisten wies Kuczynski auf die Gefahren der britischen Appeasement-Politik hin, die Hitlers Aggressionsabsichten letztlich nur bestärkten. Unter dem Pseudonym James Turner schrieb er die Broschüre „Hitler and the Empire“, die im Parteiverlag Lawrence & Wishart erschien. Kuczynski beteuerte (entgegen seinen tatsächlichen Gefühlen), er schreibe nicht aus Haß gegen den Faschismus, seine „politische Theorie oder Moral.“ Der Faschismus wäre eine Angelegenheit der Deutschen, wenn er keine solche Gefahr für das Britische Empire darstelle, schrieb Kuczynski hintergründig. In der Diktion des Linksliberalismus suchte Kuczynski einer teilweise noch zaudernden Öffentlichkeit die ungehemmte, räuberische Natur des deutschen Nationalsozialismus vor Augen zu führen.⁹⁰

Es war eine Sache, die britische Regierung für ihr Zusammenspiel mit Hitler im Münchner Abkommen zu kritisieren, aber eine ganz andere Sache, zum Hitler-Stalin-Pakt Stellung zu beziehen. „Selbstverständlich“, so Kuczynski in seinen Memoiren, „mußte der Abschluß des Paktes zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland im August 1939 zunächst Erstaunen hervorrufen. Sofort besprach er darum die Situation mit den führenden Genossen. Ehe er sich mit ihnen zusammensetzte, ging er in den besten Tabakladen von Belsize Park und kaufte sich eine große Zigarre. Alle Genossen wußten, wie gerne er Zigarren rauchte und daß man diesen Genuß, da Zigarren in England überaus teuer waren, als Emigrant eigentlich nur haben konnte, wenn man sie geschenkt bekam. Als J. K. sie anzündete, erklärte er den Genossen: ‚Zur Feier des Paktes, der die Sowjetunion aus einem möglichen Krieg heraus halten kann.‘ Eine Geste, aber noch heute erinnert ihn gelegentlich ein Genosse an diese Sitzung, in der ihnen seine Zigarre Sicherheit gegeben hat.“⁹¹ Sein Glaube an die Weisheit Stalins blieb unerschüttert.

Am 9. Februar 1940 erklärte Walter Ulbricht in der Stockholmer Komintern-Zeitschrift „Die Welt“:

„Die deutsche Regierung erklärt sich zu friedlichen Beziehungen zur Sowjetunion bereit, während der englisch-französische Kriegsblock den Krieg gegen die sozialistische Sowjet-

88 Mitteilung des damals 105-jährigen Dirk Struik (1894–2000) am 18. Dezember 1999 in Belmont, Massachusetts, an den Verfasser. Struik erinnerte sich an seine brieflichen Verbindungen zu Kuczynski und lobte dessen „Dialog mit meinem Urenkel“, der 1983 in der DDR erschienen war.

89 Dies erklärte Kuczynski dem Verfasser dieses Buches in sehr scharfen Worten am 18. Dezember 1996.

90 James Turner, *Hitler and the Empire*, London 1939.

91 Kuczynski, *Memoiren*, S. 287. Zunächst sah Kuczynski den Krieg als einen von seiten der Westmächte „gerechten Krieg“ an. Er „korrigierte“ Mitte September seine Auffassung im Einklang mit der sowjetischen Position. Seitdem meinte er, der Krieg sei auf allen Seiten ein imperialistischer und ungerechter gewesen. Daran hielt er auch Jahrzehnte später fest. Vgl. ebenda, S. 355. Wegen seiner temporären „ideologischen Schwankung“ mußte Kuczynski die Leitung der Parteigruppe jedoch zwischenzeitlich abgeben.

union will. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands haben ein Interesse an der Verhinderung des englischen Kriegsplanes. Deshalb sehen nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele sozialdemokratische Arbeiter und nationalsozialistische Werktätige ihre Aufgabe darin, *unter keinen Umständen einen Bruch des Paktes zuzulassen*. Wer gegen die Freundschaft des deutschen und des Sowjetvolkes intrigiert, ist ein Feind des deutschen Volkes und wird als Helfershelfer des englischen Imperialismus gebrandmarkt. Im werktätigen Volke Deutschlands verstärken sich die Bemühungen, die Anhänger der Thyssenclique, diese Feinde des sowjetdeutschen Paktes, *aufzudecken*. *Vielfach wurde die Entfernung dieser Feinde aus der Armee und dem Staatsapparat und die Konfiszierung ihres Eigentums gefordert.*⁹²

Fritz Thyssen, der Ende 1939 in die Schweiz geflüchtet war, dürfe als einziger Großkapitalist von den Kommunisten noch angegriffen werden, schrieb der österreichische Sozialist Adolf Sturmthal, „während der Rest der Nazipartei, offensichtlich einschließlich Hitler und Ribbentrop, zumindest für eine Zeitlang aufgehört hatte, Feinde der Arbeiterklasse zu sein.“⁹³

Wie die KPD, suchte auch die britische KP den Pakt in der üblichen Weise zu rechtfertigen: Alle Versuche einer Übereinkunft mit den Westmächten seien gescheitert und der Sowjetführung sei kein anderer Weg übriggeblieben. In diesem Sinne war die Broschüre „How to Win the War“ von Generalsekretär Harry Pollitt gehalten, die er in unmittelbarer Reaktion auf das Abkommen schrieb. Darin rechtfertigte er auch den Anschluß der Osthälfte Polens an die UdSSR, betonte jedoch gleichzeitig, England müsse den Krieg gegen Hitler bis zum siegreichen Ende führen.

Wegen dieser offenkundigen und auch unlösbaren Widersprüche kam es unter den britischen Kommunisten zu ernsthaften Differenzen. Anfang Oktober nahm die Partei eine neue Linie an. Ihr Zentralkomitee verabschiedete zunächst eine Resolution, in der die Politik des Kreml mitsamt ihrer antibritischen Agitation gebilligt wurde. Dagegen wandten sich jedoch in vorsichtiger Weise Harry Pollitt und J. R. Campbell. Pollitt wurde daraufhin als Generalsekretär ab- und erst im Sommer 1941 in seine Funktion wieder eingesetzt (zwischenzeitlich war Rajani Palme Dutt Generalsekretär).

Die Stimmung der nichtkommunistischen Linken wandte sich nunmehr gegen die KP, für die die Lage nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Mai 1940 noch schwieriger wurde. In Großbritannien, einem Land mit alter demokratischer Tradition und gewachsenen pluralistischen Überzeugungen, wurde die kommunistische Partei jedoch selbst jetzt nicht verboten. Sie blieb öffentlich tätig und billigte auch die Politik der indischen Kongreßpartei unter Gandhi und Nehru, die eine Teilnahme Indiens am Krieg gegen Hitler zu dieser Zeit ablehnte.⁹⁴

92 Hier zit. nach Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, 2. Aufl., Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 49. Hervorhebungen bei Ulbricht.

93 Adolf Sturmthal, The Tragedy of European Labour 1918–1939, London 1944, S. 284. Das Buch erschien im Left Book Club von Victor Gollancz, der sich inzwischen zu einem Kritiker des Stalinismus entwickelt hatte. Vgl. Samuels, S. 123.

94 Vgl. Monty Johnstone u. a., About Turn. The British Communist Party and the Second World War, London 1990; Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919–1943), Bd. 2, Frankfurt a. M. 1981, S. 715ff.

Kuczynski verspürte die Isolation, in die auch das KPD-Exil geriet, besonders in seiner Arbeit für den Freien Deutschen Kulturbund. Dieser war auf Initiative der deutschen Kommunisten im Dezember 1938 gegründet worden und begann mit der Ausarbeitung von Schulungskursen, der Organisierung von Veranstaltungen und dem Aufbau einer Bibliothek, den Marguerite Kuczynski in die Hand nahm. „Inside Nazi Germany“, die von Alfred Meusel herausgegebene Zeitschrift des Kulturbundes, versuchte zu lavieren: In ihrer Oktobernummer bedankte sich die Exekutive des Freien Deutschen Kulturbundes beim britischen Volk für die gewährte Gastfreundschaft und Hilfe. Sie beteuerte, in voller Überzeugung „dem deutschen Volk und der ganzen Welt keinen besseren Dienst leisten zu können, als zuverlässig unseren Teil zur Verteidigung der Freiheit, Kultur und Demokratie beizutragen.“⁹⁵ Das war das Äußerste, was für eine KP-nahe Zeitschrift angesichts der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit möglich war. Wie weit Stalins Kurs die Kommunisten und ihre wenigen Verbündeten in die Isolierung getrieben hatte, zeigte auch ein Brief Heinrich Manns, den er am 20. Dezember 1939 an Jürgen Kuczynski richtete, und in dem es hieß: „Leider ist die ‚Weltbühne‘ eingestürzt und von Budzislawski nichts zu hören. Daß man gerade die entschlossensten und klarsten Antinaziorgane jetzt nicht zur Verfügung hat, ist ein Unglück, an dem wir freilich unschuldig sind.“⁹⁶

Am 18. Januar 1940 erhielt Kuczynski, der seit Mitte September 1939 „klar und scharf die Linie der Partei, der Komintern“ vertreten hatte, die Aufforderung, vor einem behördlichen Tribunal zur Anhörung zu erscheinen – angesichts der Haltung der KPD gegen die Hitler bekämpfende Regierung ihres Gastlandes war dies eine nachvollziehbare Maßnahme. Er wurde zur Internierung verurteilt und noch am gleichen Tag nach Warner’s Camp in Seaton, Devonshire, gebracht.

„Die Verhältnisse im Lager waren materiell durchaus erträglich“, schrieb er. Die internierten Kommunisten bildeten eine Parteigruppe, und Kuczynski hielt eine Reihe von „unpolitischen“ Vorträgen für die Lagerinsassen, unter denen sich auch festgenommene Nazis befanden. „Das Lagerleben war langweilig, und da die Nazis auf Grund des ‚Pakts‘ uns gegenüber keine offen feindliche Haltung einnahmen und meine Vorträge nicht langweilig fanden, kamen bald mehr und mehr von ihnen.“⁹⁷ Kuczynski sprach zumeist über literarische Themen oder zu Fragen der Weltwirtschaft.

Die Kommunisten gaben allmählich den Ton innerhalb des Lagers an. „Den größten Triumph feierten wir, als ich, dem man wahrlich seine ‚jüdische Abstammung‘ ansah, von den Lagerinsassen einstimmig für die ‚wichtigste‘ Lagerfunktion, die des Revisors der Kantine, gewählt wurde.“ Kuczynski kam dennoch nicht um die Reinigung der Toiletten, „die ich so stoisch und penibel durchführte, daß ich von den verschiedensten Gruppen erstauntes Lob einheimste“, herum.⁹⁸ Doch setzten sich einflußreiche Gönner wie der britische Kronanwalt D. N. Pritt, ein Sympathisant Stalins, der Labour-Politiker Harold Laski oder die amerikanische Journalistin Martha Dodd für Kuczynski ein. Am 10. April 1940 erhielt Marguerite die Nachricht von der unmittelbar bevorstehenden Entlassung ihres Mannes.

95 Inside Nazi Germany, October 1939, S. 10, zit. nach: Birgid Leske/Marion Reinisch, Exil in Großbritannien, in: Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, Bd. 5, Leipzig 1980, S. 201.

96 Kuczynski, Memoiren, S. 303.

97 Ebenda, S. 361.

98 Ebenda, S. 362.

Jürgen Kuczynski konnte im November 1940 seine Vortragstätigkeit wieder aufnehmen. Er stand in enger Verbindung mit Hubertus Prinz zu Löwenstein, dem Vorsitzenden der American Guild for German Cultural Freedom, und mit Kurt Rosenfeld, einstmals Mitgründer der SAP, doch nunmehr der KPD nahestehend. Er schrieb „in besonderen Fällen auch nach Moskau, um Probleme jeder Art lösen zu helfen.“⁹⁹ Bei den alsbald in den USA und Mexiko erscheinenden Volksfront-Zeitschriften war seine Mitarbeit gefragt. Im Juni 1940 übernahm er wiederum die Leitung der Parteigruppe.

In dieser Zeit schrieb Kuczynski ein Buch über die Lage der Arbeiter in England und im Empire, das er als Bestandteil einer größeren Darstellung sah – was das Buch schließlich auch wurde. Da er, im Einklang mit der Position der Sowjetunion, den Zweiten Weltkrieg als einen „allseitig ungerechten“ Krieg bewertete, fiel sein Urteil über die britischen Zustände so hart aus, daß sich der Parteiverlag weigerte, das Manuskript zu drucken. Es erschien schließlich bei Frederick Muller Ltd., einem „bürgerlichen“ Verlagshaus.¹⁰⁰

4. Innerparteiliche Konflikte

Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland seinen sowjetischen Vertragspartner. Sofort verwandelte sich für die Kommunisten der angeblich „allseits ungerechte imperialistische Krieg“ in einen antifaschistischen Befreiungskampf. Die neue Politik ließ das stark gesunkene Prestige des deutschen kommunistischen Exils in Großbritannien allmählich wieder ansteigen. Im Anschluß an die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland in der UdSSR entstand in England die Freie Deutsche Bewegung, deren Präsidentschaft René Kuczynski übernahm. Jürgen Kuczynski konnte den bekannten Labour-Linken H. N. Brailsford für ein Vorwort zu seiner Broschüre „Allies inside Germany?“ gewinnen, einer Würdigung des deutschen antifaschistischen Widerstandes.¹⁰¹

Die Verbindungen zu unabhängigen Linken wie H. N. Brailsford, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu engagierten Kritikern des Sowjetkommunismus wurden, sollte ein Thema der ab 1949 anlaufenden Überprüfungen durch den SED-Apparat werden. Dabei wurden alte Rechnungen präsentiert: Jürgen Kuczynski wandte sich gegen die seit 1943 unter deutschen Kommunisten in England stärker werdende Tendenz, das ganze deutsche Volk für Hitler mitverantwortlich zu machen und deutsche Gebietsabtretungen an die Alliierten gutzuheißen. Es kam zu erregten Diskussionen, in denen Kuczynski Heinz Schmidt, seinem Nachfolger als Politischer Leiter der KPD-Gruppe,¹⁰² und Kurt Hager des „Vansittartismus“ beschuldigte, was letzterer in seinen Lebenserinnerungen – wohl nicht ohne Grund – scharf

99 Ebenda, S. 369.

100 Jürgen Kuczynski, *Great Britain & the Empire 1750 to the Present Day*, London 1942 (A Short History of Labour Conditions under Industrial Capitalism, Vol. 1). Die vom Verfasser dieses Buches eingesehene Ausgabe ist ein Reprint der 1944/45 erschienen zweiten Auflage: *A Short History of Labour Conditions under Industrial Capitalism in Great Britain and the Empire*, 2 Bde., London 1972.

101 Jürgen Kuczynski, *Allies Inside Germany?*, London 1942. Die Broschüre wurde vom Freien Deutschen Kulturbund (Free German League of Culture) verlegt.

102 Die Ablösung erfolgte 1941, da Kuczynski sich für Streiks der Arbeiter in den Betrieben auch unter Kriegsbedingungen aussprach, was die Mehrheit der KPD-Gruppe ablehnte.

zurückwies.¹⁰³ Lord Robert Vansittart hatte entschiedener als andere britische Politiker die vor allem in den USA propagierte Auffassung vertreten, Hitler sei ein logisches Produkt der deutschen Sozial- und Geistesgeschichte der letzten Jahrhunderte, und eine kollektive Bestrafung des deutschen Volkes sei unumgänglich. Im Oktober 1950 schrieb Heinz Schmidt an die Zentrale Parteikontroll-Kommission, Jürgen Kuczynski „nahm von vornherein in der englischen Emigration eine Sonderstellung ein. Er verstand es, sich jeder Kontrolle seiner Tätigkeit zu entziehen. Dabei halfen ihm verschiedene Umstände. Er war verhältnismäßig wohlhabend, völlig unabhängig, Sohn eines weltberühmten Gelehrten, selber bereits mit einem Namen als Wissenschaftler etc. ... Er betrachtete sich lange Zeit nicht als Mitglied der Emigrationsgruppe, sondern als Vertreter des ZK über der Emigrationsgruppe stehend. Er hatte seine eigenen Verbindungen zur englischen Partei und zu anderen Stellen, über die er nie berichtete.“¹⁰⁴

In der von Schmidt so benannten „Periode der unumschränkten Herrschaft J(ürgen)s in der englischen Emigrationsgruppe“ sei es möglich gewesen, daß auf der Feier zum Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1943 „ein Trotzki“ von der linkssozialistischen Gruppe *Neu Beginnen* „offen Trotzki verherrlichte, daß auf einer Konferenz englischer Gewerkschaftler, die von unserer Parteigruppe organisiert war, die Hauptreferate über Deutschland der deutsche Trotzki Löwenthal (Sering)¹⁰⁵ und sein nicht minder berühmter Freund Brailsford hielten, wobei sie ihre sowjetfeindliche Theorie des ‚internationalen Bürgerkrieges‘ gegen die Auffassungen englischer Genossen vertraten ...“ Daß auf einer von Kuczynski organisierten Veranstaltung derartiges über Trotzki gesagt wurde, klingt sehr unwahrscheinlich, die allgemein bekannten Kontakte zu Löwenthal und Brailsford hat Kuczynski nie bestritten.

„Den Höhepunkt“, so Schmidt weiter, „bildete jedoch eine von S(iegbert) K(ahn) selbst verfaßte, mit J(ürgen) durchgesprochene Resolution der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien, in der (um die Jahreswende 1943/44?) feierlich gegen die Pläne der Veränderung der deutschen Ostgrenze ... protestiert und als Bedingung für eine Unterstützung der alliierten Kriegsanstrengungen durch die Freie Deutsche Bewegung die Anerkennung der Grenzen von 1937 gefordert wurde. Diese Resolution erregte damals weit über die Grenzen der deutschen Emigrationsgruppe hinaus riesiges Aufsehen und ging durch die gesamte Westpresse. Innerhalb der Partei und noch mehr bei den befreundeten Parteigruppen, vor allem in der engl. Partei, erregte sie größte Empörung. Das Ende dieser Politik war, daß wir

103 „Kuczynskis Verleumdung wird auch durch meine Mitgliedschaft im Vorstand der ‚Freien Deutschen Bewegung‘ widerlegt, die einem Anhänger Vansittarts nicht gewährt worden wäre.“ Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 101. Kuczynski blieb jedoch bei seiner Meinung. Am 27. Dezember 1996 schrieb er dem Verfasser dieses Buches: „Was Hagers Neigung zu Vansittart betrifft, so hatte Schmidt erklärt, das deutsche Volk sei so verkommen, daß es erst in dreißig, vierzig Jahren wieder eine kommunistische Partei in Deutschland geben könne, und Hager hat ihn verteidigt.“

104 Heinz Schmidt, Bericht an die ZPKK, 18. Oktober 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/TV 2/4/119, Bl. 211.

105 Richard Löwenthal, zu der Zeit in der Gruppe *Neu Beginnen* aktiv, hatte in der Weimarer Republik zunächst der KPD, dann der KPO angehört. Trotzki war er nie. Vgl. Mario Keßler, Zum Tod von Richard Löwenthal, in: Sozialismus, 1991, Nr. 11, S. 9f. Allerdings wurde diese Bezeichnung denunziatorisch auf alle sozialistischen und kommunistischen Kritiker Stalins angewandt.

den Rücktritt des J(ürgen)-hörigen Sekretariats der Emigrationsgruppe erzwangen und eine Delegierten-Konferenz der Partei einberiefen, auf der eine neue Leitung gewählt wurde.¹⁰⁶

In einer Besprechung von H. N. Brailsfords Schrift „Peace, the Poles and East Prussia“ hatte Kuczynski geschrieben: „Als Freie Deutsche sind wir also gegen die Zerstückelung (dismemberment) Deutschlands.“ Falls die Mehrheit des deutschen Volkes Hitler weiterhin folgen würde, sei es, so zitierte Kuczynski Brailsford, „verständlich, daß die (von Moskau unterstützten; M. K.) Polnischen Patrioten die Meinung vertreten, wonach ein starkes und unabhängiges Polen deutscher Gebiete bedarf ... Wenn Hitler sich noch länger halten kann, wenn es ihm gelingt, über das deutsche Volk als Werkzeug bis zum schließlichen Ende zu verfügen, bis zur militärischen Niederlage des Hitlerismus auf deutschem Territorium, dann wird wenig von Deutschland übrig bleiben. Seine Städte und seine Industrie, seine Felder und Bergwerke, sein Nationalreichtum und seine Bevölkerung werden durch den Selbstmord einer Nation zerstört werden.“ Wenn aber das deutsche Volk „sich gegen Hitler erhebt, wenn es alle Überreste des Faschismus und der Reaktion beseitigt, wenn es gegen die negativen und schlimmen Seiten seiner Tradition ankämpft – dann verändert sich die Lage völlig.“ Aber, so Brailsford weiter, kann irgend ein deutscher Antifaschist „heute den Polnischen Patrioten in ihren Ansprüchen auf deutsches Territorium widersprechen? Er kann es nicht! Er hat ihnen nichts zu bieten als seinen guten Willen, sein Bestes zu geben, um das deutsche Volk, sein eigenes Volk, gegen das Hitler-Regime aufzustacheln. Nur die aktive Beteiligung des deutschen Volkes am Kampf gegen den Hitlerfaschismus wird den Weg für gegenseitigen Meinungsaustausch über solche Fragen bereiten, und selbst dann wird das deutsche Volk kein Recht haben, irgendwelche Forderungen zu stellen.“

Kuczynskis Kritik an Brailsford war eindeutig: „Herr Brailsford unterstützt all jene, die bislang nicht den Mut zum Handeln gegen das Regime gefunden haben, und erklärt ihnen, es sei belanglos, ob sie in dieser neutralen Haltung verharren würden – letztendlich eine Hitler begünstigende Haltung ... Damit unterminiert er die Propaganda jener, die dem deutschen Volk begreiflich machen, daß seine Rettung von ihm selbst abhängt, daß es nur durch aktive Teilnahme am Kampf gegen Hitler, nur durch eine Erhebung gegen sein Regime der Welt und sich selbst beweisen kann, daß es sich im Denken und Handeln geändert hat, und es somit allmählich ein Mitglied der Völkergemeinschaft wird.“¹⁰⁷ Kuczynski verwies in einer Reihe von Vorträgen im Freien Deutschen Kulturbund – unter anderem zu den deutsch-russischen Beziehungen, zu Scharnhorst und zur Geschichtspropaganda im antifaschistischen Kampf – auf progressive Traditionen des deutschen Volkes, die es nicht gestatten würden, Hitler und die Deutschen in eins zu setzen.¹⁰⁸ Damit befand er sich im Einklang mit dem von der Sowjetunion gestützten „Nationalkomitee Freies Deutschland“.

106 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/119, Bl. 213. In einem Brief an die ZPKK schrieb Siegbert Kahn am 9. September 1950, „daß der Genosse Schmidt im Jahre 1944 ohne Wissen der damaligen Parteileitung und gegen einen ausdrücklichen Beschluß Verbindungen zum britischen politischen Geheimdienst (PID) aufgenommen hat.“ Ebenda, DY 30/IV 2/4/113, Bl. 205. Kuczynski wußte von solchen Verbindungen Schmidts nichts. Mitteilung an den Verfasser, 18. Dezember 1996. Schmidt war bereits im Oktober 1949 infolge der anlaufenden Überprüfungen sogenannter Westemigranten als Intendant des Berliner Rundfunk ab- und auf einem untergeordneten Posten in Mecklenburg eingesetzt worden. Vgl. Andreas Herbst, Die „englische Krankheit“ in der Masurenallee, in: ND, 24./25. Februar 1996.

107 Mr. Kuczynski comments on Mr. Brailsford. Correspondence, in: The Left News, Nr. 94, April 1944. Das Dokument befindet sich in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/119, Bl. 188–190.

108 Vgl. Jürgen Kuczynski, Freie Deutsche damals und heute, London 1944.

Nur wenig später verschärfen sich die innerparteilichen Gegensätze erneut. In einem Aufsatz für die „Left News“ – „The Economics of Reconstruction of the European Continent“ – sprach sich Kuczynski für die Erhaltung der von den Faschisten aufgebauten Produktionsbetriebe aus, um diese für friedliche Zwecke zu nutzen. Auch dies rief den Widerspruch der Anhänger eines Friedens, wie Rom ihn Karthago auferlegt hatte, hervor. Kuczynski sollte aller Parteifunktionen enthoben werden. Dies war überflüssig, da er keine mehr innehatte.¹⁰⁹

Doch die Verfechter eines möglichst harten Siegfriedens gegen Deutschland, unter denen innerhalb der KPD Wilhelm Koenen besonders hervortrat, erhielten Unterstützung von österreichischer und tschechoslowakischer Seite, darunter auch von Kommunisten. Innerhalb des tschechoslowakischen KP-Exils opponierten indes Ludvik Frejka, Josef Winternitz und Eduard Goldstücker gegen die Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und deutschem Volk.¹¹⁰ Eine solche Gleichsetzung wurde jedoch um so verbreiteter, je mehr über die systematische Ermordung der Juden bekannt wurde.

Die KPD und der Freie Deutsche Kulturbund setzten sich für die Enthüllung dieses Menschheitsverbrechens ein.¹¹¹ Wilhelm Pieck hielt am 15. September 1942 über den Moskauer Rundfunk eine scharfe Anklage über die von den Nazis in Osteuropa verübten Verbrechen und betonte, daß „es die SS-Banditen in Polen auf die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung abgesehen hätten“, und daß bereits über siebzigtausend Juden ermordet seien. Der KPD-Vorsitzende rief zum Zusammenschluß aller ehrlichen Deutschen auf, „um die Welt von der Pest der Hitlerbarbarei“ zu befreien und damit dem „deutschen Namen wieder zu Ehren“ zu verhelfen.¹¹² Ende 1944 räumte Walter Ulbricht im Rahmen der Parteischulung im Moskauer Exil selbstkritisch ein, daß die KPD vor 1933 die nazistische „Propaganda des Rassenhasses nicht genügend erkannt“ habe, jene „grauenhaften Bestialitäten“, die „im Mittelpunkt der faschistischen Politik“ standen. „Nicht einfach die Verschärfung der Unterdrückung des Volkes, sondern die Anwendung der modernsten Technik zur Vernichtung und Ausrottung der Gegner des Hitlerregimes und der Gegner des deutschen Monopolkapitals waren für die faschistischen Herrschaftsmethoden charakteristisch. Das war die Besonderheit. Es wurden Gegner nicht wie früher ins Gefängnis geworfen, sondern vernichtet. Es wurden nicht Zuchthausurteile gefällt, sondern Gaswagen konstruiert, um die Gegner in Massen zu vernichten.“¹¹³

In Mexiko schrieb Alexander Abusch zur gleichen Zeit: „Keine Vorstellungskraft konnte ausreichen, eine solche überdimensionale Realität mit modernster Technik zu erwarten ...

109 Kuczynski fand dieses von W. K. (Wilhelm Koenen) unterzeichnete Dokument in seiner MfS-Akte und veröffentlichte es 1993. Vgl. Jürgen Kuczynski, „Nicht ohne Einfluß“. Macht und Ohnmacht der Intellektuellen, Köln 1993, S. 63–67.

110 In einer heftigen Debatte unter den tschechischen Kommunisten erlitt Frejka – ein späteres Opfer des Stalinismus – einen Herzinfarkt. Mitteilung von Eduard Goldstücker vom 12. April 2000 an den Verfasser.

111 Vgl. hierzu auch Ursula Adam, Die Geschichte des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (Ende 1938–Mai 1945). Phil. Diss., Berlin (Ost) 1981, S. 213ff.

112 Wilhelm Pieck, Gegen Hitlerbarbarei. Rede in der deutschsprachigen Sendung des Moskauer Rundfunks, 15. September 1942, abgedruckt in: Ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI: 1939–Mai 1945, Berlin (Ost) 1979, S. 109.

113 Walter Ulbricht, Der Hitlerfaschismus, die Herrschaft der am meisten kriegerischen, raubgierigen und terroristischen Kräfte des Monopolkapitals, in: Ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933–1946, Zusatzband, Berlin (Ost) 1966, S. 188f., 192f.

Es bedurfte dieser schlimmsten Erfahrung unseres Lebens, um uns nicht nur vorzustellen, sondern zu wissen: daß Deutsche diese Mordfabriken erfunden und betrieben haben; daß Deutsche in ihnen Millionen von hilflosen Kindern, Frauen und Greisen vergast und verbrannt haben; daß Deutsche diese Menschenvernichtung ersonnen haben, deren kalt überlegte Bestialität mit Hunnenum oder Kannibalismus zu bezeichnen nur eine Beleidigung für die Hunnen und Kannibalen wäre.¹¹⁴

Kuczynski befand sich mit seiner Opposition gegen eine harte Bestrafung des deutschen Volkes innerhalb des britischen KPD-Exils in der Minderheit. Im Sommer 1944 wurde er nicht wieder in die Leitung der Parteigruppe gewählt. An Paul Merker, der gleichfalls gegen die Gleichsetzung der Deutschen mit Hitler auftrat, schrieb er am 11. Februar 1945: „Diese Genossen haben praktisch alles abgeschrieben, alles, was gut an deutscher Tradition war, darum sind sie über jeden Hinweis darauf böse, (auf) alles, was die Opposition in den letzten zwölf Jahren getan hat, darum haben sie keinen Glauben in Aktionen heute und haben aufgegeben, zu solcher Aktion aufzurufen; sie sind kühler Beobachter statt heißer Kämpfer.“¹¹⁵ Kurz nach Rückkehr aus dem Exil überwarfen sich jedoch die beiden Männer: Nachdem Merker „als Mitglied des Politbüros“ sich eine kritische Bemerkung Kuczynskis hart verbitten hatte, erkalteten die Beziehungen, und – noch 1997, nach Offenlegung der Materialien über Merkers Verhaftung und Verurteilung – schrieb Kuczynski: „Nach meinem Erlebnis hatte ich kein Mitleid mit ihm, und ich billige auch heute in keiner Weise die Artikel, die nach der ‚Wende‘ 1989 über ihn als Märtyrer erschienen, ohne sein vorangehendes Gehabe zu erwähnen.“¹¹⁶ Diese Worte sind ebenso bestürzend wie bezeichnend: Die stalinisierte Partei war mitleidslos, in ihr war Solidarität zur bloßen Floskel verkommen.

In seinem Brief an die ZPKK bemerkte Schmidt, Kuczynski habe über seine Verbindungen „zu anderen Stellen“ der Partei keinen Bericht erstattet. In Kuczynskis Memoiren finden sich wichtige Hinweise auf derartige Verbindungen:

Kuczynskis Studien zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands unter dem Nazismus hatten die Aufmerksamkeit alliierter Regierungsstellen erregt. Am 21. September 1944 erhielt er einen Brief der amerikanischen Botschaft in London, der auf Veranlassung des United States Strategic Bombing Survey (USSBS) geschrieben worden war. Dieses Gremium, an dessen Spitze der Bankier und Diplomat Paul Nitze, der Außenpolitiker George Ball und der Ökonom John Kenneth Galbraith standen, legte die Ziele amerikanischer Luftangriffe in Deutschland fest.

Die britische Luftkriegsstrategie ging von Flächenbombardements aus, um die „Moral der feindlichen Zivilbevölkerung und besonders der Industriearbeiter“ zu zerstören.¹¹⁷ Das USSBS bevorzugte hingegen das pin-point bombing, die Bombardierung von Punktzielen, etwa Rüstungsfabriken. Man einigte sich auf beides. Kuczynski wurde vom USSBS im Range eines Oberstleutnants angestellt, um die Auswirkungen der Bombenangriffe auf die

114 Alexander Abusch, Hitlers Todesfabriken und die Verantwortung der Deutschen, in: *Freies Deutschland*, Nr. 12, November 1944, S. 13f.

115 Kuczynski, *Memoiren*, S. 396f.

116 Kuczynski, *Freunde und gute Bekannte*, S. 174. Kuczynski gebrauchte kurz vor seinem Tode die gleichen Worte gegenüber dem Verfasser dieses Buches, ging jedoch auf den Inhalt der Kontroverse mit Merker nicht ein. Er erwähnte nur, daß Merker ihm eine Buchkritik verübelt und deren Publikation verhindert habe.

117 So hieß es in einem Beschluß des britischen Kriegskabinetts vom 14. Februar 1942, zit. nach: Olaf Groehler, *Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1970*, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1977, S. 377.

deutsche Wirtschaft zu berechnen und um Arbeitskräftebilanzen zu erstellen. Dabei erhielt er auch Einsicht in die Daten des Office of Strategic Services (OSS), des amerikanischen Geheimdienstes, über die deutsche Waffen- und Rüstungsgüterproduktion.¹¹⁸ Die Roosevelt-Administration zog damals eine ganze Reihe von Deutschlandexperten, deren marxistische Ansichten allgemein bekannt waren, zur Mitarbeit heran. Kuczynski nutzte diese Position, um über seine Schwester Ursula (Ruth Werner) dem sowjetischen Militärgeheimdienst Einzelheiten der amerikanischen Zielplanung mitzuteilen.¹¹⁹ Den amerikanischen Stellen blieb Kuczynskis Doppelspiel indes nicht verborgen. „Wir wußten natürlich, daß er sehr enge Beziehungen zu den Sowjets hatte, was in diesen gefährvollen Tagen alles andere als eine Disqualifikation darstellte“, erinnerte sich Galbraith.¹²⁰ Daher bekam Kuczynski gezielten Zugang zu solchen Informationen, die die sowjetische Seite bewußt erreichen sollten, aber nicht zu wirklich geheimzuhaltenden Tatsachen.

Bis Ende März 1945 arbeitete Kuczynski in London. Anfang April gelangte er im Stab von Galbraith in das besetzte Deutschland, um statistische Materialien über die Auswirkungen der Bombardements auf die Industrieproduktion zu sammeln. In Heidelberg besuchte er Karl und Gertrud Jaspers sowie Alfred Weber. Alte Erinnerungen lebten wieder auf, doch waren viele der einstigen Heidelberger Bekannten, so sie den Naziterror überlebt hatten, in die ganze Welt zerstreut worden. Kuczynski reiste zwischen Bad Nauheim, dem Sitz des amerikanischen Hauptquartiers, und London hin und her, aber er knüpfte vor allem Verbindungen zur wieder erstehenden KPD. Im August 1945 meldete er sich in amerikanischer Uniform beim Zentralkomitee in Berlin, wo er mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht zusammenkam. Von Ulbricht erfuhr Kuczynski nicht, daß er durch den am 27. Juli erlassenen Befehl der Sowjetischen Militäradministration zum Präsidenten der Zentralverwaltung für Finanzen ernannt worden war. Diese Nachricht erreichte ihn erst in London über den Rundfunk.¹²¹

5. Wissenschaft und Politik im Nachkriegsdeutschland

„Mainz war nicht das Einfallstor in die Wüste.“ So schilderte Kuczynski seine ersten Eindrücke beim Betreten deutschen Bodens in einem Brief an Anna Seghers, einem hochinteressanten Zeitzeugenbericht. Bei der Überfahrt über den Rhein habe er „den Helm abgenommen“, schrieb er der aus Mainz stammenden Schriftstellerin, „Dir und der Freunde vom

118 Noch in seinen 1973 erschienenen Memoiren (S. 401) schrieb Kuczynski, mit der eigentlichen Arbeit des OSS habe er „sachlich nichts ... zu tun“ gehabt, was durch eine neuere Untersuchung indes widerlegt wurde. Vgl. Robert Chadwell Williams, Klaus Fuchs, Atom Spy, Cambridge, MA 1987, S. 49f. und passim. Der Autor wertete amerikanische und britische Geheimdienstakten aus.

119 Vgl. Kuczynski, Memoiren, S. 399f.; Werner, Sonjas Rapport, S. 305. Ruth Werner übermittelte auch die geheimen Unterlagen des Atomphysikers Klaus Fuchs von Oxford nach Moskau. Vgl. Williams, S. 50. Die Kontakte zwischen Ruth Werner und Klaus Fuchs hatte Kuczynski vermittelt, doch wußte Fuchs nicht, daß seine Kontaktpartnerin Kuczynskis Schwester war. Vgl. Kuczynski, Freunde und gute Bekannte, S. 101f.

120 Zit. nach: Williams, S. 50.

121 Vgl. Kuczynski, Memoiren, S. 416.

Siebten Kreuz zu Ehren.“ Die „problemlos schöne Landschaft“ habe das schlimme Bild gemildert, das sich ihm andernorts darbot.¹²²

In Bergzabern, einer „Geisterstadt“, waren die Ruinen noch „frisch, in wenigen Tagen geschaffen; überall sah man Spuren der Menschen, die vor kurzem noch hier gelebt. Die Wände, die noch standen, waren geborsten, und manchmal hing an ihnen ein einsames Bild. Auf den Feldern standen hier und da noch Pflüge. Doch kein Lebewesen, nicht Mensch noch Haustier, waren zu sehen. Das war der erste Eindruck von Deutschland.“

In Köln fand Kuczynski eine Tafel mit einem Ausspruch Hitlers: „Gebt mir fünf Jahre Zeit, und Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.“ Deutschland war in der Tat nicht wiederzuerkennen. Das Hitlerregime hatte Deutschland zerstört. „Aber wie viele Deutsche erkennen das? Oder richtiger: Wie wenige!“, mußte sich Kuczynski fragen.

In Ludwigshafen beobachtete er einen älteren Arbeiter beim Wegräumen der Trümmer. „Als ich ihn fragte, was er da mache, sagte er, daß er an dieser Stelle seit 20 Jahren gearbeitet hatte, und ‚man muß doch irgendwo anfangen, was Nützliches zu tun‘.“

„Hier sind Anknüpfungspunkte“, schrieb Kuczynski mit vorsichtigem Optimismus. „Es ist leicht zu diskutieren und die ersten Schritte auf dem Weg der Selbstbesinnung zu führen, wenn sich solche Gelegenheiten bieten; und sie sind zahlreich. Doch wie oft trifft man auf stumpfe Sturheit, sinnloses Nebenherleben, an den Ereignissen vorbei, oder große Falschheit.“

Wie viele Direktoren großer und größter Betriebe habe ich gesprochen – und nicht ein einziger war ein wirklicher ‚Parteimann‘ gewesen! Sie alle haben heute an der Vergangenheit zu kritisieren; sie alle wollen heute mit den Alliierten ‚zusammenarbeiten‘; sie alle fühlen sich unabkömmlich, und wenn einer zu seinem eigenen Erschrecken von den ‚Terrorangriffen‘ der Alliierten spricht und sich dann rasch verbessert, so sind zehn andere gewandt genug, sich so lange zu krümmen, bis sie die ‚Meisterleistungen der alliierten Bomber‘ über ihren eigenen Fabriken bewundern.“

Selbst „Männer und Frauen aus akademischen Kreisen, die 1933 Mut gezeigt und ihre Lehrtätigkeit aufgeben mußten“, lebten von ihrer Pension „still vor sich hin“, und noch lag es ihnen fern, „selbstkritisch zu ihrer eigenen Haltung Stellung zu nehmen, vor allem auch vor 1933. Gar zu oft glaubten sie, gleichsam als hätte die Welt stillgestanden, dort fortfahren zu können, wo sie 1933 aufgehört. Und einer von ihnen, der 1933 wirklich politisches Rückgrat bewiesen, klagte leise über die Störungen, die die Requisition von Teilen der Universität für die einmarschierenden Truppen in Anbetracht der gerade stattfindenden Examenprüfungen darstelle ... Die Menschen sind niedergeschlagen im physischen und psychischen Sinne – oder stur und versteinert, gleich grotesken Fratzen. Wenn man zu ihnen spricht, muß man anknüpfen an das Unglück, das über sie gekommen, und ihnen zeigen, wie es so kommen konnte und mußte. Hinweisen auf den verbrecherischen Charakter der Hitlerregierung und auf die Mitschuld, sie geduldet und unterstützt zu haben. Aufzeigen dann das Unglück, das Deutschland über die ganze Welt gebracht hat, und deuten den Weg in die Zukunft, den Weg der Sühne und der Reinigung und Wiedergeburt zugleich. Aber anfangen, anknüpfen, ganz konkret und einfach und real bei dem Leben, das die Massen des Volkes heute führen! Ihnen zu kommen mit abstrakten, allgemeinen politischen Reden, so wohl-

122 Jürgen Kuczynski, *Wiedersehen mit Deutschland*, in: *Freies Deutschland*, 1945, Nr. 7, S. 12f. Hiernach auch die folgenden Zitate. Der Briefwechsel mit Anna Seghers ist auch abgedruckt in: Jürgen Kuczynski, „Ein linientreuer Dissident“. *Memoiren 1945–1989*, (Taschenbuchausgabe) Berlin/Weimar 1994, S. 55ff. (im folgenden: Kuczynski, *Linientreuer Dissident*).

meinend sie sein mögen – oft sind sie nur der Ausdruck kühler und billiger Entfernung vom wahren Leben des Volkes – heißt, über sie hinweg, an ihnen vorbei zu sprechen.“

Ende August 1945 war Kuczynskis Dienst in der amerikanischen Armee zu Ende, doch gelang ihm die Rückkehr nach Berlin erst im November. Er zog nach Schlachtensee in die unmittelbare Nähe des früheren Wohnhauses der Familie, das durch Bombenschaden völlig zerstört war.

Kuczynskis Erwartung, die Leitung der Zentralverwaltung für Finanzen zu übernehmen, erfüllte sich nicht. Marshall Shukows entsprechender Plan scheiterte am Einspruch des sowjetischen Geheimdienstes. Der Chef der SMAD konnte sich nicht durchsetzen; Kuczynski galt wegen seiner engen Kontakte zu amerikanischen und britischen Dienststellen als suspekt, zumal er immer noch beim Office of Military Government for Germany (OMGUS), der amerikanischen Militärverwaltung, als Zivilangestellter arbeitete.¹²³ Möglicherweise galt er in der SMAD auch als zu nachgiebig in bezug auf die Schuld des deutschen Volkes am Faschismus.¹²⁴

Während Kuczynski seine politischen Ambitionen zurückstellte und seine Energien in die Übersetzung von Arbeiten investierte, die er in England geschrieben hatte, bot sich ihm ein neues Betätigungsfeld: die akademische Laufbahn.¹²⁵

Mußte Kuczynski am 23. Januar 1946 noch in sein Tagebuch notieren: „Die Sache mit der Professur sieht nicht übermäßig günstig aus“, so übermittelte ihm der Mathematiker Josef Naas, im Berliner Magistrat für Wissenschaft verantwortlich, die telefonische Mitteilung: „Lehrauftrag für 1. Semester, Professur für nächstens.“¹²⁶ Am 8. Februar sprach Kuczynski mit Naas und dem Physiker Robert Rompe, Hauptabteilungsleiter für Hochschulen und Wissenschaft in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung. Es ging um die Einrichtung einer Volkswirtschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität. Eine Woche später lieferte Kuczynski an Rompe ein entsprechendes Gutachten.

Zunächst übertrug Johannes Stroux, der Rektor der Berliner Universität, Kuczynski in einem Schreiben vom 21. Februar einen Lehrauftrag für „Geschichte der deutschen Volkswirtschaft seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart einschließlich der Lage der Arbeiter dieser Zeit“.¹²⁷ Kuczynskis Ambition auf eine Professur für dieses Fachgebiet stieß auf den Widerstand des Volkswirtschaftlers Rudolf Meerwarth, der nach einem Treffen mit Kuczynski dem Rektor bereits Anfang Februar mitgeteilt hatte, er habe „den Eindruck von einem recht hochfahrenden Menschen mit allerlei voreiligen, nicht durchdachten

123 Diese Begebenheit nach Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 20. Einzelheiten sind ohne Kenntnis der sowjetischen Geheimdienstakten nicht zu eruieren. Auch Norman Naimark, dem unter anderem die SMAD-Akten im Russischen Staatsarchiv zu Verfügung standen, erwähnt in seinem Standardwerk: *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1999 (US-Ausgabe 1995), diese Angelegenheit nicht.

124 Am 15. Dezember 1945 schrieb Oberstleutnant W. L. Makunin, Verantwortlicher Referent der Gruppe der Politberater in der SMAD, an ZK-Sekretär Anton Ackermann: „Im Gegensatz zu (Wilhelm) Koenen schätzt Kuczynski die Verantwortung des deutschen Volkes nicht richtig ein und veranschlagt dessen Schuld zu niedrig.“ Kuczynski wird dort fälschlicherweise als „ehemaliges ZK-Mitglied“ bezeichnet. Der Brief ist russisch abgedruckt in: G. P. Kynin/Jochen Laufer (Hg.), *SSSR i germanskij vopros* (9 maja 1945 g.–3 oktjabrja 1946 g.), Moskau 2000, S. 305–307, Zitat S. 307.

125 Anfang 1946 scheiterte auch der Plan, Kuczynski zum Präsidenten des (in Westberlin befindlichen) Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu ernennen, am Einspruch der Westalliierten.

126 Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 23.

127 Das Schreiben befindet sich in: HUB, UA, PA J. Kuczynski, Teil 1, Bl. 11.

Urteilen“ gewonnen. Meerwarth bemängelte, daß Kuczynski „bisher nirgendwo“ eine Lehrtätigkeit ausgeübt habe und daß „seine Arbeiten zum Teil journalistischen, zum Teil kompilatorischen Charakter tragen, daß er mehr als ein Raffer denn ein Schaffer zu kennzeichnen sei.“¹²⁸ Die letztgenannte Bemerkung – zumal bezogen auf einen Gelehrten jüdischer Herkunft – erinnerte an den Jargon der Nazis mitsamt ihrer pseudowissenschaftlichen und antisemitischen Terminologie vom „raffenden“ – jüdischen – und „schaffenden“ – angeblich rein deutschen – Kapital. Meerwarth konnte Kuczynskis Ernennung zum Professor mit Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte nicht verhindern.¹²⁹

Am 18. März hielt Kuczynski seine Antrittsvorlesung an der Universität zum Thema „Warum studieren wir deutsche Wirtschaftsgeschichte?“¹³⁰ Etwa einhundertfünfzig Hörer kamen, um, wie Kuczynski schrieb, „den ersten Marxisten und Kommunisten an der Berliner Universität zu hören.“¹³¹ Das stimmte nicht ganz, denn bis 1933 hatte Arthur Rosenberg, der von der KPD als „Renegat“ verfeimte kritische Marxist, Vorlesungen zur Alten Geschichte gehalten. Kuczynskis Antrittsvorlesung war die erste und einzige Lehrveranstaltung, die er vom Blatt ablas.

Gibt es angesichts der Trümmerlandschaft ringsum nichts Wichtigeres als das Studium der Wirtschaftsgeschichte?, begann Kuczynski seine Lektion. Muß man nicht von Neuem beginnen und sich nicht mit der Vergangenheit aufhalten? „Ganz im Gegenteil!“, rief er aus. „Ist doch die Vergangenheit ein Teil unserer selbst, ein Teil auch der Trümmer, die wir zum Wiederaufbau verwenden müssen. Wie aber sollen wir uns selbst voll einsetzen, wie sollen wir das, was noch aus dem Chaos der faschistischen Wirtschaft gerettet ist, richtig zum Wiederaufbau unserer Heimat verwenden, wenn wir die Vergangenheit nicht kennen!“¹³²

Kuczynski sah die deutsche Wirtschaftsgeschichte „als einen Born von Erfahrungen, die zum Aufbau einer friedlichen demokratischen Wirtschaft erforderlich sind“, aber auch „als ein Spiegelbild von Fehlern, die es zu vermeiden gilt“, an. „Wir werden uns bemühen, die deutsche Wirtschaftsgeschichte so objektiv wie möglich darzustellen“, versicherte er, und warnte davor, „eigene Empfindungen und Erfahrungen“ in die Darstellung hineinzutragen. Vielmehr solle man zunächst „von den besten deutschen Wirtschaftsforschern“ lernen.

„Wer sind sie? Ich nenne drei Namen: Marx, Engels und Mehring. Nur Sozialisten? Werden Sie fragen. Und ich werde Ihnen mit Bedauern antworten: Ja, nur Sozialisten. Denn wen können wir im Studium der deutschen Wirtschaftsgeschichte einem Alexander von Humboldt oder einem Mommsen, wen einem Schlosser, Gervinus oder Fontane zur Seite stellen?“ Weder Werner Sombart noch Lujo Brentano, weder Gustav Schmoller noch Heinrich Cunow, noch auch René Kuczynski kämen dafür in Frage. Sie alle hätten „wertvolle Einzelarbeiten geleistet, aber keinen allgemeinen Überblick gegeben.“¹³³

Ein Studienanfänger mochte dieses Urteil hinnehmen, aber ein mit wirtschaftsgeschichtlicher Literatur Vertrauter mußte wohl befremdet reagieren. Doch Kuczynski war von der

128 Brief Meerwarts an Stroux, 9. Februar 1946, enthalten ebenda, Teil 2, Bl. 24.

129 Die Ernennungsurkunde vom 28. Oktober 1946 befindet sich ebenda, Teil 1, Bl. 24.

130 Jürgen Kuczynski, Warum studieren wir deutsche Wirtschaftsgeschichte?, in: Aufbau, 1946, Nr. 4, S. 356–361. Im folgenden wird die Antrittsvorlesung nach dem Wiederabdruck zitiert: Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, 2. Aufl., Meisenheim am Glan 1948, S. 5–13.

131 Linientreuer Dissident, S. 25.

132 Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 6.

133 Ebenda, S. 6f.

Überlegenheit der marxistischen Geschichtsauffassung so überzeugt, daß ihm der hellsichtige Gedanke, den Walter Markov wenig später aussprach, wohl nicht in den Sinn kam: daß der historische Materialismus durch ein Monopol in der Wissenschaft vorsätzlich ruiniert werden könne – nämlich durch Inzucht.¹³⁴

In seinen ersten Lehrveranstaltungen las Kuczynski über „Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946“. Unter diesem Titel erschienen 1947 die sechzehn Vorlesungen des ersten Semesters als Buch. Ihm folgte zwei Jahre später der Vorlesungszyklus über „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. Von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft“ in Buchform. Einmal mehr ging Kuczynski darin den Interdependenzen von Politik und Wirtschaft nach. Er beschloß Vorlesungsreihe und Buch – eine wahre *tour de force* durch das Wirtschaftsleben der Menschheit – mit den Sätzen:

„Wenn wir die politische und wirtschaftliche Entwicklung vergleichen, dann finden wir, daß, je größer die Beteiligung des Volkes an der Beseitigung der Großgrundbesitzer und Monopolisten (ist), desto fortschrittlicher auch die heutige Regierung und der Stand der Planung. In Deutschland, wo die Beteiligung der Bevölkerung an der Vertreibung der Faschisten praktisch gleich Null war, ist dementsprechend der Fortschritt am geringsten – in der Ostzone; in den Westzonen ist überhaupt kein Fortschritt zu verzeichnen, da die alten Junker und Monopolisten jetzt als Unterhändler der amerikanischen und englischen wie auch französischen Monopolisten fungieren.“¹³⁵

Kuczynski schrieb immer neue Bücher: 1947 brachte er zusammen mit seiner Exilkameradin Grete Wittkowski eine Übersicht zu den deutsch-russischen Handelsbeziehungen der letzten anderthalb Jahrhunderte heraus.¹³⁶ Ein Jahr später veröffentlichte er seine Studien über Monopole und Unternehmerverbände in Deutschland als Buch.¹³⁷ Er schrieb auch für die „Tägliche Rundschau“ und das „Neue Deutschland“ wie für den „Aufbau“ oder die „Einheit“. Dabei befaßte er sich auch mit politökonomischen Denkern, die unter dem Nazismus entweder totgeschwiegen oder verfälscht dargestellt worden waren.¹³⁸

Unter den Aufsätzen dieser Jahre sei die für Gewerkschafter geschriebene und als Separatdruck veröffentlichte Abhandlung über „Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Revolution von 1848/49“ genannt. Kuczynski unterschied zwischen längerfristig wirkenden Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft und unmittelbarem Anlaß der Revolution. Langfristig habe die „ökonomische Revolution von oben und außen“ zwischen 1807 und 1811 zur Zerstörung der Feudalgesellschaft geführt – ja, mehr noch: „Seit dem Jahre 1810, seit der Befreiung der Bauern, können wir in Preußen von einer kapitalistischen Wirtschaft sprechen. Es gab keine feudalen Abhängigkeitsverhältnisse mehr in der Landwirtschaft; die Landwirtschaft wurde kapitalistisch mit freien Lohnarbeitern und von freien

134 Vgl. Walter Markov, *Historia docet?* (1947), in: Ders., *Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen*, Berlin (Ost)/Weimar 1979, S. 17. Vgl. auch das 2. Kapitel dieses Buches.

135 Jürgen Kuczynski, *Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. Von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft*, Berlin 1949, S. 256.

136 Jürgen Kuczynski/Grete Wittkowski, *Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren*, Berlin 1947.

137 Jürgen Kuczynski, *Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, Bd. 1: *Monopole und Unternehmerverbände*, Berlin 1948. Zwei Jahre darauf erschien der zweite Band: *Propagandaorganisationen des Monopolkapitals*.

138 Vgl. hierzu Jürgen Kuczynskis Aufsätze im „Aufbau“: *Betrachtungen zur deutschen Geschichtsschreibung* (1946, Nr. 7, S. 742–747); *Friedrich List. Vorkämpfer der deutschen Einheit* (1947, Nr. 5, S. 418–423); *Ein Beispiel für die Wissenschaft: Das Wirken Lujo Brentanos* (1947, Nr. 12, S. 379–385).

Bauern betrieben“.¹³⁹ Das Land wurde in Ermangelung eines starken Bürgertums von den alten Herren weiter feudal regiert. Es blieb politisch gespalten, doch die industrielle Entwicklung, insbesondere in der Textilindustrie und im Bergbau, machte große Fortschritte. Das Bürgertum konnte die wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen politisch nicht um- und durchsetzen. Zu dem Gegensatz zwischen Arbeitenden und Großkapitalisten, der „in Frankreich der einzig wichtige und entscheidende ist, tritt in Deutschland an seine Seite und völlig gleichberechtigt ein zweiter: der Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und den feudal regierenden Junkern“ – ein Gegensatz, der in England wie in Frankreich längst zugunsten der Bourgeoisie entschieden war.¹⁴⁰ Hinzu kam als dritter Konflikt, den die Revolution lösen sollte, „der zwischen den separatistischen, partikularistischen und auf die Spaltung Deutschlands ausgerichteten Bestrebungen der Junker und den Einheitswünschen von Bürgertum und Proletariat. Auch hier lag Deutschland weit hinter den meisten anderen Ländern zurück, in diesem Fall sogar hinter dem rückständigen zaristischen Rußland.“¹⁴¹

Die Revolution konnte 1848/49 keinen dieser Widersprüche lösen. Die zyklische Wirtschaftskrise hatte in den Jahren 1844 bis 1847 zu sozialen Unruhen bis hin zum schlesischen Weberaufstand und zur Furcht der Bourgeoisie vor sozialen Umwälzungen geführt. Das dämpfte die Protestbereitschaft des Bürgertums. „Von all diesen Krisen lösten sich nur die, die sich auch ohne Revolution gelöst hätten – die zyklische Krise und die landwirtschaftlichen Krisen, die auf Mißernten und Krankheiten beruhen.“¹⁴²

„Die fortschrittlichen Kräfte waren nicht fähig“, schrieb Kuczynski abschließend, „die allgemeinen Krisen zu lösen. Sie erwiesen sich als zu schwach – nicht der Zahl nach, sondern gemessen an der Willenskraft, der Entschlossenheit, dem moralischen Mut, die erforderlich waren.“¹⁴³ Dieser Verweis auf die – nicht a priori gegebene – Schwäche der im historischen Geschehen Handelnden widersprach sowohl dem deterministischen Geschichtsbild mancher Marxisten wie auch der populären Vorstellung, die Entwicklung der deutschen Geschichte habe alternativlos auf Hitler und den Nazismus hingesteuert.

Die immer rigidere Einengung der wissenschaftlichen Debatten, die immer offenere Indienstnahme der Forschung für die unmittelbaren politischen Bedürfnisse der SED-Führung und ihrer sowjetischen Schutzherrn spiegelte sich alsbald auch in Kuczynskis Schriften wider. Das wohl schlagendste Beispiel ist der Text eines Vortrages vom 13. Januar 1950. Kuczynski sprach im Marx-Engels-Lenin-Institut über „Stalin als Historiker“.¹⁴⁴

Stalins Werk, so Kuczynski, „ist das Werk des Koryphäen der fortschrittlichen Wissenschaft, der fortgeschrittenen Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, eines Koryphäen, dem die Biologen und Archäologen, die Kunstkritiker und Historiker, dem alle Wissenschaftler, ganz gleich, was ihr spezielles Gebiet (ist), gleichermaßen unendlich viel verdan-

139 Jürgen Kuczynski, *Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Revolution von 1848/49*, Berlin 1948, S. 7. Auf eine Auseinandersetzung mit Kuczynskis These vom Verschwinden der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Lande – vor allem im außerökonomischen Bereich – wird hier verzichtet.

140 Ebenda, S. 20.

141 Ebenda, S. 21.

142 Ebenda, S. 24.

143 Ebenda.

144 Der Vortrag erschien in: *Neue Gesellschaft (Organ der DSF)*, 1950, Nr. 5, S. 322–330. Im folgenden wird nach dem Wiederabdruck in: Jürgen Kuczynski, *Fortschrittliche Wissenschaft*, Berlin (Ost) 1952, S. 15–37, zitiert.

ken.“¹⁴⁵ Das „bekannteste historische Werk Stalins“, der Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B), war für Kuczynski „ein Musterbeispiel pädagogischer Art, die komplizierten Zusammenhänge so darzustellen, daß Millionen Menschen sie verstehen können. Es ist einzig in seiner Art, die Lehren aus historischen Vorgängen so zu ziehen, daß sie nachfolgenden Generationen und anderen Völkern unmittelbar für den Aufbau ihres Lebens und ihrer Gesellschaft dienen können. Es ist die ideale Kombination eines Lehrbuches, einer Kampfschrift und einer objektiven Darstellung der Vorgänge – objektiv in dem Sinne, in dem jeder Marxist-Leninist objektiv sein muß, das heißt, es ist eine korrekte Wiedergabe der Wirklichkeit.“¹⁴⁶

Die folgende Bemerkung dürfte auch für hartgesottene Stalinisten zynisch geklungen haben: „Nicht zu zählen sind die Fehler, Ungenauigkeiten und Schwächen vorangegangener Darstellungen, die in diesem Geschichtsbuch Stalins korrigiert worden sind, so daß die künftigen Historiker eine feste und genaue Grundlage ihrer Forschung und Einschätzung sowohl der Geschichte der Partei der Bolschewiki wie der gesamten Klassenkampfbewegung in Rußland und in der Sowjetunion während der in dem Kurzen Lehrgang behandelten Zeit haben.“¹⁴⁷ Wegen der ihnen angelasteten „Fehler, Ungenauigkeiten und Schwächen“ waren David Rjasanow, der bedeutende Historiker, den Kuczynski noch aus den dreißiger Jahren her kannte, und so viele andere Opfer Stalins geworden. Dachte Kuczynski, als er diese Zeilen verfaßte, auch an diese Schicksale? Am Ende seiner unerträglichen Apologie schrieb Kuczynski den marxistischen Historikern ins Stammbuch, daß sie „noch sehr, sehr viel zu denken und zu forschen haben, bevor (sie) würdige Schüler unseres größten lebenden Lehrers, Stalin, geworden sind.“¹⁴⁸

In vielen rückblickenden Bemerkungen betonte Kuczynski Jahrzehnte später, er habe manche Huldigung an die Adresse der Mächtigen verfaßt, um Freiräume in der wissenschaftlichen Arbeit für sich und seine Mitarbeiter zu gewinnen. Für spätere Jahre traf dies sicherlich zu. Doch ist der soeben zitierte Aufsatz wohl kaum unter diesen Teil seiner Publikationen einzuordnen. Vielmehr zeigt er Kuczynski als das, was er, wie er auch später zugab, damals war: ein hundertprozentiger Stalinist, der die Wissenschaft in der DDR ganz im Stalinschen Sinne mitprägte. Dies prädestinierte ihn für wichtige Funktionen, wenn auch unterhalb der wirklichen Schaltzentralen.

Für die SED-Führung blieb er jedoch, ungeachtet all seiner Konformität, ein „unsicherer Kantonist“. Ihre Haltung gegenüber den remigrierten Wissenschaftlern faßte der Sozialhistoriker Jan Peters in seinem bemerkenswerten Nachruf auf Kuczynski in die folgenden Worte: Die Parteioberen „waren unfähig, sich auf den ihnen unheimlichen Habitus dieses Bildungs-marxisten einzulassen, auf das Weltläufige, Weitherzige, Vielsprachige, Humorige. Dazu noch JK's Stolz auf seine Nicht-Arbeiter-Familie, auf seine riesige Privatbibliothek und deren Geschichte – für die Selbsternannten in der DDR mit ihrer unerschwelligen Unsicherheit bildete das alles eher unheimliche Ungewöhnlichkeiten.“¹⁴⁹ So sehr Kuczynski mit den Mächtigen in Ostberlin, die selbst von Moskaus Gnaden regierten, politisch kon-

145 Ebenda, S. 16. Hervorhebung im Text.

146 Ebenda, S. 17f.

147 Ebenda, S. 18.

148 Ebenda, S. 37. Hervorhebung im Text.

149 Jan Peters, Nachruf: Jürgen Kuczynski 1904–1997, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte, 1998, Nr. 1, S. 243.

form ging, so wenig hatte er mit ihrem pseudoproletarischen – im Grunde kleinbürgerlichen – Milieu gemein, in das Sozialisten, die zugleich Bildungsbürger waren, nicht hineinpaßten.

Am Ende der vierziger Jahre befand sich Kuczynski jedoch in einer gesicherten Position. Seit 1946 Professor mit Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Universität, wurde er im Dezember 1947 Abgeordneter des Deutschen Volkskongresses, des Vorläufers der DDR-Volkskammer, deren Mitglied er seit 1949 war, ohne dort politisch hervortreten. Er habe nie als „getreuer Knecht“ gesprochen und im Stil seiner Reden „über dem Durchschnitt“ gelegen, bemerkte er selbstgefällig. Durchaus ehrlich klingt hingegen seine Versicherung, „die Verbindung zu meinen Wählern machte mir Freude.“¹⁵⁰

1949 übernahm Kuczynski, gemeinsam mit seinem Freund Siegbert Kahn, die Leitung des Deutschen Wirtschaftsinstituts, des späteren Instituts für Politik und Wirtschaft, die er 1953 wieder abgab.¹⁵¹ Bereits 1947 war Kuczynski Präsident der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ geworden, aus der die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) hervorging.¹⁵² Als Kuczynski im April 1948 mit einer Delegation des Kulturbundes Moskau besuchte, unterstrich er gegenüber Vertretern der Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (WOKS) den Bedarf an zeitgenössischer sowjetischer Literatur. Er kritisierte die unzureichende sowjetische Hilfe, wurde jedoch abschlägig beschieden. Nach seiner Rückkehr schrieb er an die stellvertretende Direktorin der WOKS und warnte, daß „die Dinge für uns hier wirklich schwierig werden, denn es gibt so viele, die im richtigen Geiste den aufrichtigen Wunsch hegen, irgendeine Art von Kontakt mit der Sowjetunion herzustellen. Bitte vergessen Sie nie, daß jeder Faschist oder Halb-Faschist jeden Kontakt zu den ‚Westmächten‘ hat, den er sich nur wünschen kann, und daß französische, amerikanische und englische Literatur frei nach Deutschland kommt. Ebenso ist es mit Schriftstellern, Künstlern etc.“¹⁵³ Trotz einer Reihe weiterer dringlicher Bitten kam die sowjetische Seite Kuczynski nicht entgegen.¹⁵⁴

Neben dem eher an wissenschaftlich interessierte Kreise gerichteten Organ der DSF „Die neue Gesellschaft“ regte Kuczynski im April 1949 die Herausgabe einer populär geschriebenen Wochenzeitung an, die über das kulturelle Leben in der Sowjetunion berichten sollte. Die erste Nummer der „Friedenspost“, so der Titel der Zeitschrift, erschien am 2. Oktober 1949. Chefredakteur des Blattes war der im französischen Exil gewesene Lex Ende, bislang Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ und ein Freund Kuczynskis.

150 Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 75.

151 Bereits am 7. Juli 1951 schrieb Kuczynski an Ulbricht, daß er „nicht 2 Hauptaufgaben wie die Arbeit an der Universität und die Arbeit im Deutschen Wirtschaftsinstitut gleichzeitig erledigen“ könne. SAP-MO-BArch, NY 4182/933, Bl. 345. Vier Tage vorher hatte er Ulbricht darüber informiert, daß ihn der Staatssekretär für Hochschulwesen zum Rektor der Humboldt-Universität vorgeschlagen habe und er, „wenn die Partei zustimmt, diese Funktion sehr gerne übernehmen würde“. Ebenda, Bl. 344.

152 Vgl. Jürgen Kuczynski, *Beginn einer großen Freundschaftsbewegung*, in: *Im Zeichen des roten Sterns. Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft*, Berlin (Ost) 1975, S. 477–481, sowie den faktenreichen Aufsatz von Jutta Petersdorf, *Tätigkeit und Wirkung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (1947–1949)*, in: *Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas*, Bd. 18/1, Berlin (Ost) 1974, S. 139–160.

153 Zit. nach: Naimark, S. 482, der die Akten der WOKS im Staatsarchiv der Russischen Föderation auswertete.

154 Kuczynski, der als Student in Heidelberg entsprechende Kurse belegt hatte, war in der Lage, russischsprachige Literatur zu lesen.

Als Ende am 29. Juni 1950 vor der ZPKK über seine Verbindungen zu dem als angeblichen imperialistischen Agenten Noel Field berichten mußte, geriet auch Kuczynski in das Visier der Parteikontrolleure. Noch im Juni wurde er von seiner Funktion als Vorsitzender der DSF entbunden.

In seinem – nach langer Verzögerung – im Jahre 1983 in der DDR publizierten „Dialog mit meinem Urenkel“ ging Kuczynski auf diesen, wie er schrieb, „einzigen, mich wirklich stark berührenden Schlag in bezug auf meine Funktionen“ ein. In einer die DDR-Leser – die Gesamtauflage erreichte immerhin 260.000 Exemplare – sehr überraschenden Passage hieß es:

„Plötzlich und ziemlich brutal wurde ich als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft abgesetzt – wie auch mein Freund Hans Mark, der damalige Generalsekretär der Gesellschaft. Wir hatten, insbesondere mit Hilfe ganz wunderbarer sowjetischer Freunde, vor allem von S. Tjulpanow, der mir bis heute ein guter Freund geblieben ist, die Gesellschaft zu einer wirklichen Massenorganisation aufgebaut – und nun diese Entscheidung. Sowohl Wilhelm Pieck wie auch Walter Ulbricht bestellten mich jeder zu sich und erklärten mir, daß wegen der Größe der Organisation jetzt ein Mitglied des Politbüros, es war der Genosse Ebert, an ihrer Spitze stehen mußte. Walter Ulbricht wirkte verlegen – was er wahrlich selten war –, und mir schien, er teilte meine Meinung, daß die Organisation von mir ruhig hätte weitergeführt werden können. In Wirklichkeit hatten bestimmte Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht – wie sowjetische Genossen mir später berichteten – einen anderen Funktionär an der Spitze der Gesellschaft gewollt. Sicher weißt Du, daß sich unter Stalin zeitweise antisemitische Haltungen in der Sowjetunion entwickeln konnten, Haltungen übrigens, die von unserer Parteiführung niemals auch nur in der allerkleinsten Andeutung übernommen wurden“¹⁵⁵ – eine Interpretation, die der Gefügigkeit der SED-Führung gegenüber Stalins Kurs allerdings kaum Rechnung trug.

Zum ersten Mal konnten Leser in der DDR zumindest etwas über die „zeitweisen antisemitischen Haltungen“ in der Sowjetunion erfahren – natürlich war es auch für Kuczynski undenkbar, die ganze Wahrheit über die Ermordung der sowjetjüdischen Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler zu schreiben.¹⁵⁶ Seine Einschränkung, daß diese Haltungen von der SED-Führung „niemals auch nur in der allerkleinsten Andeutung übernommen wurden“, ermöglichte wohl überhaupt den Druck des Buches. Doch auch später hielt Kuczynski an dieser Behauptung fest.¹⁵⁷ Er ignorierte, daß im ZK-Beschluß vom 20. Dezember 1952, der die „Lehren“ aus dem antisemitischen Slánský-Prozeß in Prag zu ziehen hatte, dem verhafteten Paul Merker zweimal die „Verschiebung deutschen Volksvermögens“ angelastet wurde – womit Merkers Vorschlag gemeint war, auch außerhalb der DDR wohnende Juden, soweit irgend möglich, materiell für die erlittenen Leiden zu „entschädigen“. Die Behauptung, Juden hätten durch die „Verschiebung deutschen Volksvermögens“

155 Jürgen Kuczynski, *Dialog mit meinem Urenkel*. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, 4. Aufl., Berlin (Ost)/Weimar 1985, S. 51. Hinzugefügt sei, daß Kuczynski auch Ärger auf sich zog, weil er die Arbeit des DSF-Generalsekretärs Hans Mark verteidigte, der dieser wohl nicht gewachsen war. Vgl. Lothar Dralle, *Von der Sowjetunion lernen ... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, Berlin 1993, S. 348ff., besonders S. 363f.

156 Wer genug Hintergrundwissen über diese schrecklichen Dinge besaß, konnte allerdings dem dritten Band der Memoiren Ilja Ehrenburgs, „Menschen-Jahre-Leben“, der 1978 in der DDR erschien, wichtige Hinweise entnehmen.

157 Vgl. Jürgen Kuczynski, *Wo wäre das anders gewesen?*, in: *Konkret*, 1992, Nr. 8, S. 44–46.

den Zorn der Deutschen auf sich gezogen, war aber, was vielen Menschen noch erinnerlich sein mußte, Teil der Nazi-propaganda gewesen: Sie war zur Bemäntelung des barbarischen Riesenpogroms vom 9. November 1938 in die Welt gesetzt worden. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU wollte die SED-Führung nicht mehr an diesen schandbaren Beschluß erinnern. Sie zog den entsprechenden Band der „Dokumente der SED“, worin er abgedruckt war, aus dem Verkehr.¹⁵⁸

Nach dem Ende der SED-Herrschaft kam Kuczynski auf die Berührungssängste zu sprechen, die im Partei- oder Gewerkschaftsapparat gegenüber Juden unmittelbar nach Kriegsende bestanden. „Als etwa ein Jahr später das erste gesellschaftswissenschaftliche Buch in unserer Republik erschien“ – es handelte sich um den ersten Band der „Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, der 1946 herauskam¹⁵⁹ –, „übergab der Cheflektor des Gewerkschaftsverlages mir, dem Autor, das Buch mit der Bemerkung: ‚Eigentlich war ich gegen die Veröffentlichung. Mir scheint es taktisch falsch, als erstes das Buch eines jüdischen Autors herauszubringen.‘“¹⁶⁰

Die Enttäuschung über die Entbindung von der Funktion des DSF-Präsidenten war bei Kuczynski noch Jahrzehnte später spürbar – so stark, daß er dies dem Leser in der DDR mitteilen wollte:

„Gleich nach meiner Absetzung erfuhr ich dann noch, daß die Parteiführung mich kurz zuvor als Mitglied unseres Zentralkomitees vorgesehen hatte. Daraus wurde nun natürlich auch nichts, da ich keine so wichtige Funktion mehr hatte.“¹⁶¹ Die Chance, ins ZK aufzurücken, dürfte für Kuczynski ohnehin nicht groß gewesen sein. Am 24. August 1950 trat das ZK zu jener Tagung zusammen, auf der die im September 1949 von Generaloberst Iwan Serow, dem Leiter der Abteilung Innere Angelegenheiten der SMAD, erlassene Direktive umgesetzt wurde, die den Verbindungen deutscher Kommunisten mit Noel Field nachging. In einer gemeinsamen Erklärung faßten ZK und ZPKK nunmehr die Ergebnisse monatelanger Untersuchungen zusammen: Jedweder Kontakt zu Field wurde als Beweis einer Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst gewertet. Eine Reihe von Parteifunktionären war bereits am Tag zuvor verhaftet worden, unter ihnen auch Kuczynskis Freund Lex Ende.¹⁶² Wilhelm Koenen, im Exil Merkers Widerpart in der Diskussion um den Grad der Mitschuld des deutschen Volkes für Hitler, erinnerte auf der ZK-Tagung an die alte Kontroverse. Er betonte, daß er „speziell die Auseinandersetzungen mit den falschen Auffassungen von Jürgen Kuczynski damals zu führen hatte. Kuczynski hat sich damals sehr eng mit Paul Merker zusammengeschlossen und seine Auffassungen über verschiedene Fragen in England verbreitet. Auch diese Gebiete sollten nach meiner Meinung einer gründlichen Untersuchung und Analyse unterzogen werden, weil ja viele politische Lehren hieraus zu ziehen wären.“¹⁶³

158 Der Beschluß über die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský“ ist im Band 4 der „Dokumente“ der SED, Berlin (Ost) 1954, S. 199–219, abgedruckt. Auszüge in: Keßler, Die SED und die Juden, S. 153–155. Dort finden sich auch weitere Informationen.

159 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, 2 Bde., Berlin 1946/47. Der erste Band, der den Zeitraum bis 1932 behandelt, erschien 1946, der zweite ein Jahr darauf, im Verlag Die Freie Gewerkschaft, dem späteren Tribüne-Verlag.

160 Diese Passage findet sich in: Kuczynski, Linientreuer Dissident, S. 43, und in: Kuczynski, Wo wäre das anders gewesen?, S. 44.

161 Kuczynski, Dialog mit meinem Urenkel, S. 52.

162 Hierzu mehr bei Keßler, Die SED und die Juden, bes. S. 67ff.

163 2. Tagung des ZK der SED, 24. August 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/86, Bl. 128.

Wie wenig die Praxis der SED und insbesondere ihrer sowjetischen Gebieter mit irgend-einer Art von Sozialismus oder selbst mit dem lauthals proklamierten Antifaschismus zu tun hatte, zeigte sich in der Kampagne und den anschließenden Repressalien gegen sogenannte Abweichler, Trotzkisten, Titoisten, Brandleristen, Zionisten, Kosmopoliten oder Westemigranten. Die Bezeichnung variierte je nach taktischem Kalkül, der Zweck war immer der gleiche: die Eliminierung jedes auch nur potentiell eigenständigen Denkens und Handelns.

Mit Stalins Tod und der nachfolgenden halben Entstalinisierung endeten zwar die Verfolgungen und Schauprozesse. Doch hatten sie das innere Leben der Partei wie der Gesellschaft soweit lahmgelegt, daß sich der gesamte sowjetische Machtbereich davon nie wirklich erholen sollte. Über Jahrzehnte blieb eine offene Diskussion dieser bedrückenden Fragen als Voraussetzung jeder ernsthaften Reformpolitik schlechterdings unmöglich. Die eintretende Erstarrung der DDR-Gesellschaft machte auch vor ihrem wissenschaftlichen Leben nicht halt. Ein kurzfristiges Ziel konnte die SED-Führung indes auf ihr Konto buchen: Das geistige Leben und insbesondere die Gesellschaftswissenschaften waren unter ihrer Kontrolle, „Abweichler“ ausgeschaltet oder im besten Fall wie Walter Markov aus der Partei entfernt. Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Parteivormundschaft über die Historiker ausschließlich negative Folgen zeitigte. Sie führte zum Erlahmen offener Debatten. Sowohl als „bürgerlich“ abqualifizierte Nichtkommunisten wie auch selbständig denkende Marxisten (die einander viel näher waren, als sie mitunter glaubten), mußten Selbstzensur üben, da das Damoklesschwert der Repressalien, obwohl später höher gehängt, immer eine Bedrohung blieb.¹⁶⁴

Am Ende des Jahres 1950 beherrschten sowohl die innerparteiliche Verfolgungswelle wie auch die Furcht, in sie hineingezogen zu werden, das Denken und die Gefühle vieler SED-Mitglieder. In einem Brief an die Zentrale Parteikontroll-Kommission (ZPKK) wurde Kuczynski, der erst 1950 in den Ostteil Berlins umzog,¹⁶⁵ beschuldigt, Kontakte zu einer in Zehlendorf wohnenden Engländerin unterhalten zu haben, bei der es sich mit Sicherheit um eine Agentin handele.¹⁶⁶ Er selbst räumte in einem Brief an ZPKK-Chef Hermann Matern am 1. September 1950 ein, „daß auch die deutsche Parteigruppe in England Verbindung zu Field hatte. Alles, was ich außer der Tatsache der Verwandtschaft des Genossen Siebert darüber weiß,¹⁶⁷ ist jedoch in einem Satz zusammenzufassen: ich hörte eine Unterhaltung zwischen dem Genossen Wilhelm Koenen und dem Genossen Heinz Schmidt über Field im Zusammenhang mit der Emigrantenfrage ...“¹⁶⁸ Auch die folgende, wenig später von Kuczynski zu Matern geäußerte Bemerkung ist von Interesse, bedenkt man, daß Koenen wie

164 Wie weit die offene (wenngleich nicht so bezeichnete) Praxis der Zensur in wissenschaftliche Texte eingriff, zeigt u. a. Siegfried Lokatis, *Geschichtswerkstatt Zensur*, in: Martin Sabrow (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln etc. 2000, S. 175–225.

165 In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß Kuczynski die deutsche Teilung, die er politisch als notwendig ansah, emotional nicht leichtnahm: Noch 1969 schrieb er: „In Elberfeld bin ich geboren, in Heidelberg habe ich studiert, und heute in der Bundesrepublik für die Zukunft zu kämpfen – wie sollte eine solche Aufgabe mich unfroh und unglücklich machen können? Vielleicht, und ich hoffe es, wird man solche Gedanken zwischen den Zeilen gelesen haben ...“ Jürgen Kuczynski, *So war es wirklich. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Bundesrepublik*, Berlin (Ost) 1969, S. 283.

166 Ursula Rabe, Wilhelmshorst bei Potsdam, an die ZPKK, 3. November 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/113, Bl. 71. Kuczynski hatte gute Beziehungen zu Ursula Rabe, wußte von diesem Brief indes natürlich nichts. Mitteilung an den Verfasser, 18. Dezember 1996.

167 Hans Siebert hatte die Schwägerin von Noel Fields Bruder Hermann geheiratet. Vgl. ebenda, Bl. 150.

168 Kuczynski an Hermann Matern, 1. September 1950, in: Ebenda, Bl. 74.

Schmidt keine Freunde Kuczynskis waren: „Aber Du kannst Dir denken, daß man heute viel genauer über die Vergangenheit nachdenkt und einem dann Dinge aufstoßen, die man früher entweder für nicht wichtig genug gehalten oder die man ganz vergessen hatte.“¹⁶⁹ Beachtet man, daß Kuczynskis Verbindungen bereits seit einer entsprechenden Entscheidung durch das Politbüro vom 17. März 1950 untersucht wurden,¹⁷⁰ kann man wohl annehmen, daß ihn, der mit westlichen Geheimdiensten zusammengearbeitet hatte, die entsprechenden sowjetischen Stellen schützten – und ihn dabei nicht in herausgehobenen Positionen wissen wollten.¹⁷¹ So gesehen, war der Rücktritt Kuczynskis vom Präsidentenamt der DSF für ihn wohl eher ein Glück denn ein Unglück, auch wenn er das anders sah.

Der Slánský-Prozeß verhielt Ende 1952 für die aus dem Westen in die DDR Zurückgekehrten, zumal für die Juden unter ihnen, wiederum nichts Gutes. Auch Kuczynski mußte, wie er in einem Brief an Ulbricht und Matern mitteilte, Kontakte zu den in Prag verurteilten André Simone und Ludvik Frejka sowie kurze Begegnungen mit Bedřich Geminder und Evžen Loebl einräumen. „Selbstverständlich habe ich nichts von ihrem verräterischen feindlichen Verhalten gewußt“, beteuerte er.¹⁷² Das ist glaubhaft, da die unglücklichen Angeklagten keine der ihnen zur Last gelegten „sozialismusfeindlichen Verbrechen“ – etwa die Zusammenarbeit mit der Wallstreet und mit Israel – je begangen hatten. Diesen Brief erwähnte Kuczynski in den sonst ausladenden Lebenserinnerungen mit keiner Silbe.¹⁷³

Die Jahre 1953 bis 1956 waren für ihn die Zeit einer ersten umfassenden Bilanz der wissenschaftlichen Schwerarbeit: Damals legte er die „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ als Ertrag seiner bisherigen Forschung zunächst in sieben, dann in acht Bänden (mit vierzehn Teilbänden) vor, die im Tribüne-Verlag nacheinander erschienen.¹⁷⁴ Die ersten beiden Bücher der achtbändigen Ausgabe behandelten in vier Halbbänden die Lage der Arbeiter in Deutschland, wobei die drei ersten Halbbände die Abschnitte von 1789 bis 1870, von 1870 bis 1932 und von 1933 bis zum Mai 1945 untersuchten. Der vierte Halbband hatte die Lage der Arbeiter in Westdeutschland zum Gegenstand. Band drei behandelte die Arbeiter in den USA von 1775 bis zur Gegenwart, Band vier in drei Teilen Großbritannien von 1640 bis 1760, von 1760 bis 1832, und von 1832 bis zur Gegenwart. Band fünf war der Lage der Arbeiter im britischen Kolonialreich gewidmet. Band sechs hatte Frankreich zum Inhalt: In zwei Teilen schilderte Kuczynski die Lage der Arbeiter von 1789 bis 1830 und von 1830 bis zur Gegenwart. Der siebente Band enthält theoretische Überlegungen und Materialien, insbesondere zu den Relativlöhnen und zu dem Thema, das Kuczynski immer wieder bearbeitete, das ihm aber nicht nur Beifall einbrachte: die absolute und relative Verelendung der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Der achte Band besteht aus dem Generalregister. Mit seinem kompilativ angelegten Werk schien Kuczynski sein *Opus*

169 Kuczynski an Hermann Matern, 22. September 1950, in: Ebenda, Bl. 75.

170 Vgl. auch Thomas Klein u. a., Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Bd. 1, Frankfurt (Oder) 1996, S. 32f.

171 Da er für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet hatte, fiel Kuczynski nach eigenen Angaben nicht unter die Kategorie der Westemigranten. Mündliche Auskunft an den Verfasser, 18. Dezember 1996.

172 Kuczynski in einem gleichlautenden Brief an Ulbricht und an Matern, 21. November 1952, in: SAP-MO-BArch, DY 30/IV 2/4/113, Bl. 97f.

173 Zum Verfasser dieses Buches bemerkte Kuczynski am 18. Dezember 1996, daß er über einige Dinge „natürlich nichts sagen“ werde.

174 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, 8 Bde. in 14 Teilbänden, Berlin (Ost) 1953–1956.

magnum vorgelegt zu haben. Wer hätte zu glauben gewagt, daß er zwischen 1960 und 1972 vierzig Bände zum gleichen Thema hervorbringen würde?¹⁷⁵

Politisch erlebte Jürgen Kuczynski bis zum Jahre 1956 keine Erschütterungen. Am 17. Juni 1953 gab es für ihn, so betonte er auch später, „keinen Zweifel“, auf welcher Seite er „in der Volksauseinandersetzung, denn eine solche war es“, zu stehen hatte. Zwar sympathisierte er innerlich mit den Politbüromitgliedern Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, die für eine vorsichtige Liberalisierung eintraten, doch hielt er sich ihnen gegenüber zurück, „da mir ihre Linie nicht klar war, ohne etwa deswegen Walter Ulbricht mit seiner Linie recht zu geben.“¹⁷⁶ Als Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät war es nach den Juni-Ereignissen für ihn „selbstverständlich“, an den Nachtwachen im Fakultätsgebäude teilzunehmen – kurz bevor er diese Funktion, die ihn nicht befriedigt hatte, abgeben durfte.

Nur gut zweieinhalb Jahre später erschütterte ein politisches Erdbeben die kommunistische Welt. Der XX. Parteitag der KPdSU stürzte Stalin vom Sockel der Unfehlbarkeit. Die Wirkung der öffentlichen Kritik an Stalin, von der sogenannten Geheimrede Chruschtschows ganz zu schweigen, war auch in der DDR enorm. In der ihn stets kennzeichnenden apologetischen Art sagte ZK-Sekretär Kurt Hager auf der 28. ZK-Tagung im Juli 1956, in der DDR könne von einem Sieg des Dogmatismus über die Wissenschaft keine Rede sein. Vielmehr seien selbständige schöpferische Leistungen „vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus“ auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften erbracht worden. Hager nannte als Beispiele dafür die Arbeiten von Jürgen Kuczynski, Fritz Behrens, Gunther Kholmey, Alfred Meusel, Leo Stern, Albert Schreiner und Siegbert Kahn.¹⁷⁷

Hier wird einmal mehr die Suche nach der Quadratur des Kreises deutlich, auf die sich die obersten Wissenschaftsfunktionäre der SED begaben, wenn sie dies auch nie öffentlich eingestanden: Sie verlangten nach ideenreichen und gut geschriebenen Arbeiten, die das „Weltniveau“ bestimmen oder mitbestimmen sollten, zugleich wachten sie argwöhnisch über jeden direkt oder indirekt formulierten unbotmäßigen, von der gültigen Parteilinie abweichenden Gedanken. Je länger die SED-Herrschaft dauerte, desto selbstverständlicher setzten Hanna Wolf und wohl auch der klügere Hager wissenschaftliches Erkenntnisinteresse mit ihrem politischen Kurs gleich. Das ging nicht gut, konnte nicht gutgehen. Denn je unverblümter sie ihre Deutungshoheit über wissenschaftliches Forschen und Schreiben reklamierten, je mehr sie jede echte Debatte unterdrückten und durch ideologische Kampagnen ersetzten, desto unlesbarer wurden die Produkte jener, die um des beruflichen Fortkommens willen politische Dogmen in Wissenschaft zu übersetzen suchten. Die intelligenten und nachdenklichen Köpfe, die es in der SED in großer Zahl gab, bemühten sich, so sie wissenschaftlich arbeiteten, gewiß darum, Forschung im Sinne des verinnerlichten Parteiverständnisses zu treiben. Sie sahen, der eine länger als der andere, keinen Widerspruch zwischen der auf rationaler Analyse beruhenden Forschung und dem Prinzip der „sozialistischen Parteilichkeit“: Bewegte sich die Politik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, darunter auch der DDR, nicht im großen und ganzen auf den Sozialismus zu und stand im Einklang mit den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft? War die Parteinahme nicht die Voraussetzung des wissenschaftlich richtigen Arbeitens? Waren die offenkundigen Wider-

175 Voller Staunen schrieb der – selbst hochproduktive – Eugen Varga am 9. Mai 1960 an Kuczynski: „40 Bände! Ist es nicht zuviel? Wer kann 40 Bände kaufen und wer kann sie lesen?“ Brief in: ABBAW, NL J. Kuczynski, Nr. 140.

176 Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 87.

177 Hagers Rede ist abgedruckt in: ND, 30. Juli 1956.

sprüche in der Politik wie im täglichen Leben, vor denen auch der bewußteste Sozialist die Augen nicht verschließen konnte, mit diesem Maßstab gemessen, nicht doch nur Nebensächlichkeiten (oder „nichtantagonistisch“, wie es in der offiziellen Diktion hieß, wenn diese sich einen philosophischen Anstrich gab)?

Bis zum XX. Parteitag der sowjetischen Kommunisten mochten sich auch kritische Kommunisten dieser Art von Selbsttäuschung hingeben und alle inneren Probleme mit Hinweis auf die Blockkonfrontation aussparen. Der in der frühen Bundesrepublik verbreitete rüde Antikommunismus schien diese Haltung zu rechtfertigen und ließ jedenfalls keine Gedanken an einen Frontwechsel aufkommen. Zwischen den auch ideologisch befestigten Machtblöcken des Kalten Krieges waren Dritte Wege nicht gangbar. Wer nach ihnen suchte, wurde nach dem Übertritt von Ost nach West auch im Westen zumindest ausgegrenzt, wie die Lebenswege etwa von Leo Kofler oder Alfred Kantorowicz zeigen.¹⁷⁸ In der DDR landeten die Sympathisanten des Dritten Weges im Gefängnis – die Geschichte der fünfziger Jahre ist auch eine Geschichte politischer Prozesse. Jürgen Kuczynski war zu gewitzt, um sich in einer Weise zu exponieren, die seinen Widersachern Gelegenheit zum Angriff gegeben hätte. Aber er blieb bei seinen vielen Rechtfertigungen der SED-Politik, von denen seine Schriften voll sind, doch wissenschaftlich eigenständig genug, um gegebene Freiräume zu erkunden und zu nutzen. Dies ging meistens gut – 1957 aber ging es schief. Als nach kurzem „Tauwetter“ das politische Klima in der DDR wieder eisig wurde, glaubte Kuczynski, dies werde sich auf die wissenschaftliche Arbeit nicht mehr unmittelbar auswirken. Wie seine soeben noch von Hager gelobten Freunde Fritz Behrens und Gunther Kohlmey irrte er.

6. „Frost nach dem Tauwetter“. Der „Fall“ Jürgen Kuczynski

1956 war für Jürgen Kuczynski das Jahr „der beginnenden Entstalinisierung (s)eines Denkens“. ¹⁷⁹ In diesem Jahr erfolgte auch eine berufliche Weichenstellung: Er wurde Abteilungsleiter für Wirtschaftsgeschichte am Akademie-Institut für Geschichte. Im Lebensbericht des Historikers Joachim Petzold findet sich eine Episode, die Licht auf den Zustand Kuczynskis wirft.

178 Selbst ein Mann wie Wolfgang Leonhard, der mit dem Sowjetkommunismus in unüberhörbarer Weise gebrochen und abgerechnet hatte, bekannte in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ (ND, 12. März 1999), ihm sei bei kritischen Bemerkungen zu Erscheinungen in der Bundesrepublik damals oft geantwortet worden: „Wenn es Ihnen hier nicht gefällt, Herr Leonhard, dann gehen Sie doch dorthin, wo Sie hergekommen sind.“

179 Kuczynski, Linientreuer Dissident, S. 91. Sarkastisch bemerkte er am 11. März 1956 im „Neuen Deutschland“, „gewisse Buchstabengelehrte, die vielleicht sogar bedauern, daß es bei uns im Konsum keine Schierlingsbecher für ihre wissenschaftlich arbeitenden Kollegen zu kaufen gibt, (würden) sich jetzt damit zu tamen suchen, daß sie ihren Zettelkasten mit Stalin-Zitaten in die Ecke gestellt haben und einen doppelt so großen mit Lenin-Zitaten anlegen.“ Jürgen Kuczynski, Einige Lehren und Mahnungen des XX. Parteitages der KPdSU für die Wissenschaftler. Wiederabdruck in Kuczynskis Aufsatzsammlung: Über einige Probleme des historischen Materialismus, Berlin (Ost) 1956, S. 166–173, Zitat S. 167. Die im folgenden dargestellte Abneigung vieler Wissenschaftler gegen Kuczynski, dessen Stalin-Zitate noch gut bekannt waren, hatte wohl nicht nur politische Gründe.

Als unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU in der Parteiorganisation des neu gegründeten Instituts über Petzolds Aufnahme als Mitglied in die SED beraten wurde, fragte Kuczynski ihn, was ihn an diesem Parteitag am meisten beeindruckt habe.

Da Kuczynski für Petzold „zu diesem Zeitpunkt noch die personifizierte Parteilinie war“, antwortete er mit einigen allgemeinen Bemerkungen über die durch den Parteitag eröffneten neuen Perspektiven. Daraufhin verweigerte Kuczynski seine Zustimmung zur Aufnahme Petzolds in die Partei: Zu einem Genossen, der nicht auf das Tiefste erschüttert sei von dem, was über Stalin gesagt wurde, zu dem könne er kein Vertrauen haben. Petzold wurde jedoch damals das Gefühl nicht los, Kuczynski spiele bewußt den Ahnungslosen, dem erst durch die Kritik des XX. Parteitages die Augen über Stalin geöffnet worden seien. Bedenkt man, wie viele Freunde und Bekannte Kuczynskis Opfer des Stalin-Terrors geworden waren, wird man Petzold Recht gegen müssen.¹⁸⁰

Im Rückblick sah Kuczynski die Jahre 1957 und 1958 als „schlimmste Zeit für ihn“ an und bemerkte (wiederum die dritte Person benutzend): „Wie naiv glaubte er doch an die Dauer des Tauwetters, das 1956 zeitweise nach der Anti-Stalin-Rede Chruschtschows auch in der DDR eingesetzt hatte!“¹⁸¹ Die neue Moskauer Politik bewog ihn, einige Dogmen der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung in Frage zu stellen. In einer unmittelbaren Reaktion auf die neuen Töne aus Moskau forderte Kuczynski am 11. März 1956 im „Neuen Deutschland“ eine Absage an die „konjunkturfahne Geschichtsbetrachtung“.¹⁸² Kurz darauf besprach er ein Buch des Erlanger Historikers Paul Kirn. Es sei erlaubt, so schrieb er, „den Leser dieser Rezension zu einem Zusammentreffen mit Kirns Buch einzuladen, bei dem die Waffen politischer Kritik für einen Augenblick ruhen, bei dem wir bewußt dem harmlosen Charme und der mild-weisen Atmosphäre dieses lehrreichen Buches verfallen.“¹⁸³

In einem Beitrag für die Festschrift zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel schrieb Kuczynski, auch politisch konservative Denker und Schriftsteller seien zu Leistungen fähig, an denen sich Marxisten ein Beispiel nehmen könnten. Er nannte Jacob Burckhardt, Hippolyte Taine und Honoré de Balzac als Beispiele. Ihr Talent und ihre sensitive Beobachtungsgabe seien stärker gewesen als ihr Unvermögen, politisch für die Seite des Fortschritts Partei zu nehmen. „Wie scharf hat Balzac die Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus und zugleich die riesige fortschrittliche Umwälzung, die er bringt, empfunden und ganz großartig dargestellt, ohne daß all dies gewissermaßen durch das Sieb seiner reaktionären, adels- und halbfeudalen ‚Lebensphilosophie‘ ging und so pervertiert wurde. Burckhardt aber ist, neben Taine, ‚der Künstler‘ unter den Historikern des 19. Jahrhunderts.“¹⁸⁴ Eine solche Haltung

180 Joachim Petzold (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold), Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, hg. von Martin Sabrow, Potsdam 2000, S. 103. Der Stalin-Terror betraf auch Kuczynskis Verwandtschaft: Sein früherer Schwager Rudolf Hamburger (Ruth Werners erster Ehemann) kehrte 1956 aus dem Lager in die DDR zurück. Kuczynski vermied es, im Gespräch die lange Lagerhaft auch nur zu erwähnen. Mitteilung von Thomas Kuczynski an den Verfasser.

181 Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993, S. 91.

182 Jürgen Kuczynski, Einige Lehren und Mahnungen ..., in: Kuczynski, Über einige Probleme des historischen Materialismus, S. 172.

183 Jürgen Kuczynski, Rezension zu: Paul Kirn, Das Bild des Menschen in der Geschichtsschreibung von Polybios bis Ranke, in: ZfG, 1956, Nr. 6, S. 1267f.

184 Jürgen Kuczynski, Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung, in: Fritz Klein/Joachim Streisand (Hg.), Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel, Berlin (Ost) 1956, S. 14 (der Aufsatz ist nachgedruckt in: ZfG, 1956, Nr. 5, S. 873–888).

entsprach der Wertschätzung, die Marx und Engels ein um das andere Mal insbesondere für Balzac bekundet hatten, nicht jedoch der verengten „klassenmäßig richtigen“ Kritik an nichtmarxistischen Wissenschaftlern oder konservativen Schriftstellern.¹⁸⁵

Im November 1956 reichte er bei der Redaktion der „Einheit“, dem Theorie-Organ der SED, den Aufsatz „Meinungsstreit, Dogmatismus und ‚liberale Kritik‘“ ein, den die Zeitschrift im Mai 1957 veröffentlichte. Darin hieß es:

„Der schöpferische Geist sucht beharrlich nach Neuem und stellt Fragen ..., und dabei läßt er sich nicht ‚zügeln‘! – ebensowenig wie ein beschränkter Beamter von Florenz das wissende Lächeln der Mona Lisa oder ein sich allmächtig dünkender Papst den Lauf der Erde und der Sonne ‚zügeln‘ konnte ... Natürlich kann man die nach Wahrheit Suchenden foltern, ins Gefängnis werfen, morden. Die Geschichte ist reich an solchen Beispielen ... Und noch etwas kann man tun: man kann die Jugend so erziehen, daß sie nie das Denken lernt – eine Aufgabe, die sich die Dogmatiker gestellt haben.“¹⁸⁶

Wenig später erschien in der Moskauer Zeitschrift „Fragen der Philosophie“ unter dem Titel „Soziologische Gesetze“ ein Artikel Kuczynskis, in dem er die bis dahin als bürgerliche Pseudolehre diskriminierte Soziologie für den parteioffiziellen Diskurs zurückgewinnen wollte. Mehr noch: Er vertrat die Ansicht, es gebe spezielle soziologisch-historische Gesetze, die von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus zu unterscheiden seien.¹⁸⁷

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Georgi Plechanow setzte sich Kuczynski mit dessen Auffassung von der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte auseinander. „In der Erfüllung der großen historischen Aufgabe, für sich, im eigenen Interesse und damit für den Fortschritt, formiert in Klassen, zu kämpfen – darin liegt die geschichtsbildende Kraft der Volksmassen ... Die Rolle der Volksmassen im Klassenkampf wächst in der Geschichte mit der zunehmenden Einsicht in ihre Rolle, mit der wachsenden Stärke des Bewußtseins ihrer Klassenaufgaben auf Grund der immer stärkeren Übereinstimmung ihrer gesellschaftlichen Stellung im Produktionsprozeß mit dem Charakter ihrer Empörung über diese Stellung. Am geringsten war diese Übereinstimmung bei den Sklaven, am höchsten ist diese Übereinstimmung bei der Arbeiterklasse. Die Beziehung zwischen dem Bewußtsein der Volksmassen und ihrer gesellschaftlichen Stellung im Produktionsprozeß darf niemals außer acht

185 In einer Stellungnahme zu Kuczynskis Aufsatz hieß es: „Kuczynski empfiehlt nämlich den Historikern die ‚Parteilichkeit für den Fortschritt‘ von Jacob Burckhardt und Leopold von Ranke, was dem Versuch gleichkommt, die proletarische Klassenparteilichkeit auszuhöhlen.“ Joachim Höppner, Zur Kritik der Geschichtsauffassung von Jürgen Kuczynski in den Fragen des Klassenkampfes und der Parteilichkeit, in: ZfG, 1958, Nr. 3, S. 562f.

186 Jürgen Kuczynski, Meinungsstreit, Dogmatismus und „liberale Kritik“, in: Einheit, 1957, Nr. 5, S. 602–611.

187 Jürgen Kuczynski, Sociologičeskie zakony, in: Voprosy filosofii, 1957, Nr. 5, S. 95–100. Deutsch in: Jürgen Kuczynski, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 10, Berlin (Ost) 1978, S. 224ff. Drei Jahrzehnte später konnte Kuczynski festhalten, daß die Idee einer relativen Eigenständigkeit soziologischer Gesetze auch unter Wissenschaftlern sozialistischer Länder an Boden gewonnen hatte, wenngleich immer noch z. T. umstritten war. Vgl. Jürgen Kuczynski, Bemühungen um die Soziologie, Berlin (Ost) 1986, bes. S. 25ff. und den Briefwechsel mit Helmut Steiner, abgedruckt ebenda, S. 63ff. Hingewiesen sei auch auf Kuczynskis vehementes Plädoyer, die französische Historikerschule der „Annales“ in der DDR endlich zur Kenntnis zur nehmen. Vgl. die „Vorbemerkung“ in: Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd. 1: 1600–1650, Berlin (Ost) 1982, bes. S. 14.

gelassen werden, weil wir sonst in den dem Ökonomismus entgegengesetzten Fehler verfallen, der idealisierten Überbetonung des Bewußtseins.“¹⁸⁸

Nachdem sich Kuczynski dermaßen abgesichert fühlte, bemerkte er: „Man darf jedoch nicht dogmatisch glauben, daß alle Volksmassen stets und dauernd schöpferisch tätig sind. Bisweilen sind die Volksmassen träge – sie schlafen, wie Lenin es nennt, und manchmal wachen sie nie wieder auf ... Manchmal rasen die Massen im Schlaf und wirken nicht nur nicht schöpferisch, sondern zerstörend – wie zu Beginn des Ersten Weltkrieges oder wie die deutschen Volksmassen unter dem Faschismus ... Wenn aber die Massen schlafen und nicht aufwachen können, dann ist ein Volk verloren, und nur noch Ruinen und Grabmäler zeugen von seiner Existenz; so geschah es in Sumer und anderswo in alten Zeiten.“¹⁸⁹

Das historische Versagen der Volksmassen im August 1914 machte Kuczynski zum Gegenstand eines Buches, das noch im Jahre 1957 erschien. Sein Titel „Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie“ bewegte sich noch ganz im konventionellen Rahmen der etablierten Geschichtswissenschaft marxistisch-leninistischer Prägung.¹⁹⁰ Bereits im Vorwort stellte er jedoch fest, die Marxisten hätten in der Einschätzung der Kriege des 20. Jahrhunderts „teilweise und zeitweise versagt – in der Praxis sowohl wie in der Theorie.“ Neben „der ungeheuren Kompliziertheit der Einschätzung mancher Kriege“ als „objektiver Ursache“ dieser Fehler gebe es auch eine subjektive.¹⁹¹

Als subjektiv bedingte Fehlerquelle nannte er das – gegenüber den imperialistischen Mäñern der ideologischen Beeinflussung – unzureichende Tempo der marxistischen Analyse des Verhaltens sozialer Großgruppen, genauer: der Arbeiterklasse, in historischen Entscheidungssituationen. In den unmittelbaren Vorkriegsjahren, in denen Lenin das Eindringen nichtmarxistischen Denkens in die sozialistischen Arbeiterparteien untersuchte, habe der Führer des Bolschewismus „erst eine Wurzel des Revisionismus entdeckt, noch nicht die entscheidende, im Proletariat selbst verhaftete, sondern gewissermaßen einen von außen in das Proletariat geschleuderten Träger dieses Gifts, das proletarisierte Kleinbürgertum.“ Lenin sei „noch nicht zum Entscheidenden, eben zur Wurzel des Opportunismus in der Arbeiterklasse selbst“, vorgestoßen. „So erklärt es sich, daß auch dieser größte Kämpfer gegen den Opportunismus von der fast alle mitreißenden Saugkraft des Opportunismus in den Augusttagen von 1914 überrascht wurde.“¹⁹² Erst nach den Erfahrungen von 1914 sei Lenin zu den ökonomischen Wurzeln des Opportunismus vorgedrungen, „durch die Erkenntnis des Charakters und der Rolle der Arbeiteraristokratie“ habe er die Ursache für die Kriegsbegeisterung bloßgelegt, die mit Kriegsbeginn beinahe alle Arbeiterparteien der kriegführenden Länder ergriff.¹⁹³

Lenin fürchtete „nicht korrumpierte Reichstagsfraktionen, die Parolen geben. Lenin fürchtete, und mit Recht, verwirrte, verhetzte Arbeitermassen, die Parolen geben – verwirrt und verhetzt direkt von der herrschenden Klasse und sodann auch indirekt über die Arbeiter-

188 Jürgen Kuczynski, *Der Mensch, der Geschichte macht* (zum 100. Geburtstag von G. W. Plechanow am 11. Dezember 1956), in: *ZfG*, 1957, Nr. 1, S. 7.

189 Ebenda, S. 14.

190 Angemerkt sei, daß auch Marxisten wie Kuczynski das Wort vom „Kriegsausbruch“ benutzten, die Propagandavokabel der Herrschenden beider Koalitionen.

191 Jürgen Kuczynski, *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse*, Berlin (Ost) 1957, S. VII.

192 Ebenda, S. 124.

193 Ebenda, S. 126.

aristokraten und Arbeiterbürokraten, die die Lösungen der herrschenden Klassen aufnehmen ... Der Opportunismus ist ein Teil der Arbeiterklasse selbst, unauflöslich mit ihr im Imperialismus verbunden, mit sehr soliden ökonomischen Wurzeln.“ Der Fäulnisprozeß unter den Massen sei zuerst zu benennen, erst dann, „und so entspricht es auch den Grundlehren des Marxismus-Leninismus von der Rolle der Volksmassen, die gekaufte Führung.“¹⁹⁴

Ernst Engelberg hatte zur Jahreswende 1956/57 Kuczynskis Manuskript gelesen und schrieb dem Autor am 8. Januar 1957 einen sehr ausführlichen Brief.¹⁹⁵ Er fand die „These, daß Lenin bis Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht zu der Erkenntnis vorgedrungen wäre, daß eine der Wurzeln des Opportunismus in der Herausbildung der Arbeiteraristokratie liege, (als) äußerst interessant und sicherlich der Diskussion wert. Doch scheint mir“, fuhr Engelberg fort, „daß Deine These doch etwas umfassender und umsichtiger kontrolliert und begründet werden müßte. Vor allem fällt mir auf, daß Du auf Lenins Werk ‚Was tun?‘ überhaupt nicht eingegangen bist ... Eine der zentralen Thesen Lenins dort ist doch die, daß der Trade-Unionismus als eine der wichtigsten Formen des Opportunismus ein spontanes Erzeugnis der Arbeiterbewegung ist, und daß das Klassenbewußtsein von außen in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden mußte, die allerdings für die revolutionäre Ideologie besonders empfänglich sei. Mir scheint, daß Du das Moment der spontanen Bewußtseinsbildung, die letzten Endes von der vorherrschenden bürgerlichen Umgebung bestimmt ist, hättest stärker in Deiner Argumentation berücksichtigen müssen.“

„Gerade in dem Kapitel über die Parteiführung“, so Engelberg in seiner Kritik, „hast Du meiner Ansicht nach den dialektischen Zusammenhang zwischen der opportunistischen Führung der Arbeiterbewegung und der Verwirrung des Volkes nicht klar genug herausgearbeitet. Man müßte meiner Ansicht nach zwei Tendenzen in der Bewußtseinsbildung der Massen klar auseinanderhalten: einmal die spontane, bürgerliche Bewußtseinsbildung, des ferneren die bewußt gelenkte, systematisch betriebene und in den Julitagen 1914 intensivierte Propaganda des Chauvinismus von seiten der Bourgeoisie. Zum anderen die jahrzehntelange antimilitaristische Bewußtseinsbildung in der Arbeiterklasse von seiten der Sozialdemokratie, die aber an Kraft, an Elan, an innerer Wahrhaftigkeit mit dem Vordringen des Opportunismus in den Arbeiterorganisationen nachließ und in den entscheidenden Wochen des Juli 1914 im Unterschied zur chauvinistischen Propaganda der Bourgeoisie in besonders katastrophaler Weise platonisch war. Dennoch scheint mir, daß das antimilitaristische Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse in den Julitagen 1914 noch so stark war, daß bei einer kampfgewillten und energischen Führung noch vieles hätte ausgerichtet werden können gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie.“ Engelberg kritisierte, daß über die Hälfte des Buchtextes aus Zitaten bestand.¹⁹⁶ Obgleich er seine Einwände in einem Privatbrief äußerte, sah Kuczynski in Engelberg eine treibende Kraft in der wenig später einsetzenden Kampagne.¹⁹⁷ Dies war jedoch schon deshalb nicht der Fall, weil Engelberg viel zu sehr mit seiner (von beiden mit harten Bandagen geführten) Auseinandersetzung mit Alfred Meusel beschäftigt war.¹⁹⁸ Die Beziehungen zwischen Kuczynski und Engelberg

194 Ebenda, S. 140.

195 Brief von Ernst Engelberg an Jürgen Kuczynski, 8. Januar 1957. Kopie im Besitz des Verfassers.

196 Am 10. Oktober 1957 schrieb Engelberg an Raimund Wagner, den Leiter der ZK-Abteilung Wissenschaft, er bedaure, daß Kuczynski „wesentliche Punkte“ seiner Kritik nicht berücksichtigt habe. SAP-MO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/147, Bl. 61.

197 Er betonte dies noch 1994. Vgl. Kuczynski, *Ein Leben in der Wissenschaft der DDR*, S. 53f.

198 Vgl. hierzu das 3. sowie das 8. Kapitel dieses Buches.

blieben gespannt. Da Kuczynski, um hier der Chronologie etwas vorzugreifen, 1960 nicht bereit war, unter Engelberg als Direktor am Akademie-Institut für Geschichte zu arbeiten, wurde ihm schließlich ein eigenes Institut für Wirtschaftsgeschichte eingerichtet, das mit dem Ende der DDR aufgelöst wurde.

Doch im Jahre 1957 war Kuczynski weit von einem Direktorenposten entfernt. Die Kritik gegen ihn lief an. In der Bundesrepublik wurde sein Buch über die SPD und den Kriegsbeginn 1914 in damals üblicher Weise wahrgenommen. Ein Rezensent, Hermann Heidegger, bemerkte kurz, das Buch „analysiert aus bolschewistischer Sicht die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, deren Führer als Verräter gebrandmarkt werden.“ Sein Wert bestehe ausschließlich darin, „Einblick in Stil und Methode sowjetzonaler Geschichtsschreibung zu gewinnen.“¹⁹⁹ Er schien das Buch recht oberflächlich gelesen zu haben, jedenfalls nicht so gründlich wie die Tugendwächter der SED, die „Stil und Methode“ der DDR-Geschichtsschreibung darin keineswegs wiederfanden.

Zunächst erschien im Heft 3, 1957, der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ eine scharfe Attacke Fritz Köhlers gegen Kuczynskis Aufsatz „Der Mensch, der Geschichte macht“. Köhler, damals am Museum für Deutsche Geschichte tätig, unterstellte Kuczynski, er begreife „die Produktionstätigkeit der Menschen nur als tote, passive, geschichtslose Voraussetzung der ‚eigentlichen Geschichte‘.“ Köhler fuhr fort: „Wir finden es bedauerlich, daß ein marxistischer Historiker in der Arbeitsfron der Werktätigen vergangener Zeiten keine historisch wirksame Kraft zu sehen vermag, sondern die Tatsache ihrer materiellen und geistigen Unterdrückung einseitig hervorkehrt.“²⁰⁰ „Der Hauptfehler Kuczynskis besteht im Abgleiten zum Idealismus, in einem eklektizistischen Vermengen von Erkenntnissen des historischen Materialismus mit idealistischer Geschichtsauffassung. Vom historischen Materialismus übernimmt Kuczynski die Erkenntnis, daß alle Geschichte letzten Endes auf der Entwicklung der Produktivkräfte beruht, vom Idealismus die Auffassung, daß die geistige, bewußte Tätigkeit die historisch entscheidende sein soll.“²⁰¹

Nachdem der Chefredakteur der „ZfG“ Fritz Klein abgesetzt worden war, erschienen 1958 eine Reihe von Artikeln gegen Kuczynski in der Zeitschrift.²⁰² Günter Benser, Xaver Streeb und Gerhard Winkler warfen in einem gemeinsam verfaßten Aufsatz Kuczynski vor, „seine Darstellung und Interpretation der Ereignisse wälzt, wenn man sie zu Ende denkt, die Schuld auf die Massen ab und entlastet die ‚blöden Schlächtergesellen‘, ‚Schufte‘, ‚Spieß-ßer‘, ‚Dummköpfe‘ usw.“²⁰³ Kuczynski habe den Schluß gezogen, so Josef Schleifstein, Lenin fürchtete „verwirrte, verhetzte Arbeitermassen“ mehr als „korruptierte Reichstagsfraktionen ... Seit wann aber fürchten die Marxisten die Verwirrten mehr als die Urheber der Verwirrung, die Opfer des Rauschgiftes mehr als die Rauschgift Händler?“²⁰⁴ Heinz

199 Hermann Heidegger, Rezension zu: Jürgen Kuczynski, *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie*, in: *Das Historisch-Politische Buch*, 1958, Nr. 6, S. 116.

200 Fritz Köhler, *Das werktätige Volk, der wahre Schöpfer der Geschichte*, in: *ZfG*, 1957, Nr. 3, S. 458f.

201 Ebenda, S. 464. Eine (plausible) Erwiderung Kuczynskis auf Köhlers Anwürfe findet sich in: *SAPMO-BArch*, DY 30/IV 2/9.04/147, Bl. 37–51; abgedruckt (1993) bei Kuczynski, *Frost nach dem Tauwetter*, S. 80–87.

202 Vgl. Klein, *Drinnen und draußen*, S. 193. Auch Joachim Streisand mußte das Redaktionskollegium der „ZfG“ verlassen.

203 Günter Benser u. a., *Partei und Massen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges*, in: *ZfG*, 1958, Nr. 1, S. 172. Die zierten Epitheta entstammen Kuczynskis Buch.

204 Josef Schleifstein, *Die deutsche Sozialdemokratie bei Ausbruch des ersten Weltkrieges*, in: Ebenda, 1958, Nr. 1, S. 198.

Fliegner erinnerte an die „Abweichung“ von Josef Winternitz aus dem Jahre 1931, der in seiner Arbeit „Proletarische Politik im Zeitalter des Imperialismus und der sozialistischen Revolution“ geschrieben hatte, „daß fast alle revolutionären Marxisten, selbst Lenin, die Tiefe der reformistischen Versumpfung der Sozialdemokratie und die Macht der reformistischen Bürokratie unterschätzten.“²⁰⁵ Fliegner und Erwin Winkler legten nach: In einem gemeinsam verfaßten Aufsatz wendeten sie Kuczynskis Satz, die SPD-Führung habe im Juli 1914 die Gefahr eines bevorstehenden Krieges unterschätzt, in den Vorwurf, laut Kuczynski seien „die reformistischen Parteiinstanzen zu Opfern der imperialistischen Geheimpolitik“ geworden.²⁰⁶

Zur Bekräftigung seiner Ansicht über das Ausmaß der Kriegsbegeisterung im August 1914 zitierte Kuczynski Lenin. Dieser hatte im Dezember 1922 der sowjetischen Delegation, die zum Friedenskongreß nach Den Haag reiste, die Mahnung mitgegeben: „Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstandes erklären, daß die ‚Vaterlandsverteidigung‘ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.“²⁰⁷ Schleifstein kommentierte dieses Zitat mit den Worten, Lenin habe „von der gewaltigen Mehrheit der Werktätigen, also von den bauerlichen und städtischen kleinbürgerlichen Massen ebenso wie von den rückständigen oder nicht fest mit der Arbeiterpartei verbundenen Teilen der Arbeiterklasse“ gesprochen.²⁰⁸ Lenin hatte indes klipp und klar gefordert: „Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.“²⁰⁹

Von den weiteren Beiträgen in der „ZfG“ sei noch der Aufsatz von Alfred Meusel erwähnt. Dieser kritisierte die in der Tat überhebliche Art Kuczynskis, der, statt einer genauen Textanalyse, einen Artikel Franz Mehrings als „albern“ und eine Äußerung Rosa Luxemburgs als „schlecht und gelangweilt“ abqualifizierte hatte.²¹⁰ Meusel fragte sich „schmerzlich verwundert, wie es möglich ist, daß ein so bedeutender Wissenschaftler, ein erprobter Genosse und ein mit einem hohen Maß an Wirklichkeitssinn ausgestatteter Mann wie Kuczynski solche Dinge schreiben und veröffentlichen mag.“²¹¹ Kuczynski habe die Ahnungslosigkeit der Linken hinsichtlich der Kriegsgefahr Ende Juli 1914 übertrieben. Später berichtete Kuczynski, Meusel habe ihm gestanden, daß der Druck des Politbüros und der ZK-Abteilung Wissenschaft auf ihn so stark gewesen sei, daß er nun auch gegen ihn schrei-

205 J. Lenz (Josef Winternitz), *Proletarische Politik im Zeitalter des Imperialismus und der sozialistischen Revolution*, 1. Teil, Berlin 1931, S. 33, so auch zit. von Heinz Fliegner, Zu dem Buch von Jürgen Kuczynski, „Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse“, in: *ZfG*, 1958, Nr. 2, S. 322.

206 Erwin Winkler/Heinz Fliegner, Zur Methode in J. Kuczynskis Buch „Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie“, in: *ZfG*, 1958, Nr. 3, S. 583.

207 W. I. Lenin, Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: *Werke*, Bd. 33, Berlin (Ost) 1962, S. 434.

208 Schleifstein, *Die deutsche Sozialdemokratie ...*, S. 201.

209 Lenin, *Bemerkungen*, S. 433.

210 Kuczynski, *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges ...*, S. 23, 60. Kuczynski schwächte diese Bemerkungen insofern ab, als er Mehring als „größte(n) Journalisten der deutschen Arbeiterbewegung jener Zeit“ und Luxemburg als „große Schriftstellerin“ bezeichnete.

211 Alfred Meusel, *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Kritische Betrachtungen zu dem Buch von J. Kuczynski*, in: *ZfG*, 1958, Nr. 5, S. 1053.

ben mußte. „Was machte er? Er behauptete, daß ich das Gegenteil von dem geschrieben hätte, was ich geschrieben hatte, und so konnte er ehrlich gegen mich kämpfen. Das war sein Weg aus der schlimmen Situation.“ Walter Markov, der ebenfalls zu einer Stellungnahme aufgefordert worden sei, lehnte laut Kuczynski ab.²¹²

Das „Neue Deutschland“ brachte am 13. Februar 1958 einen scharfen Angriff Albert Schreiners. Damit wurde die Angelegenheit über den begrenzten Kreis der Wissenschaftler herausgehoben und zu einem „Fall Kuczynski“. Es genügt festzuhalten, daß Schreiner Kuczynski einen „unmarxistischen Ausgangspunkt“ attestierte, von dem aus er ein „Zerrbild der Geschichte“ entworfen habe. In der Sache entsprach Schreiners Artikel in etwas größerer Form den Vorwürfen der „ZfG“. ²¹³ Jahrzehnte später schrieb Kuczynski, sein Freund Włodzimierz Brus, der bekannte polnische Ökonom, habe ihm nach der Lektüre von Schreiners Artikel gesagt: „So fingen bei uns die Pogrome an.“²¹⁴ Diese Bemerkung zeichnet jedoch ein Bild von Schreiner als Antisemiten, der dieser niemals war.

Das ganze Ausmaß dieser Kampagne erschließt sich durch archivalische Quellen. Im April 1956 bedauerte der soeben aus Polen zurückgekehrte Kuczynski gegenüber Funktionären der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda, „daß bei uns nicht so offen diskutiert wird wie in Polen.“ Am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Warschau könne man die These von der absoluten Verelendung der Arbeiter im Kapitalismus in Frage stellen; polnische Genossen würden ihre Gäste aus der DDR wegen der dort herrschenden Atmosphäre bemitleiden. Andererseits, so hieß es im Bericht weiter, sei Kuczynski dagegen, auf einer wissenschaftlichen Konferenz über Erziehung und Ausbildung von Ökonomen Fragen des Personenkults zu behandeln, da dies „auf dieser Konferenz zu keinem Ergebnis führen“ würde.²¹⁵

Am 20. März 1957 forderten vier Parteimitglieder in Reaktion auf Kuczynskis Aufsatz „Der Mensch, der Geschichte macht“, „daß die Parteiorganisation, der Gen. K. angehört und die Parteiorganisation der ‚Zeitschrift für Geschichtswissenschaft‘, die diesen Artikel veröffentlichte, zu den aufgeworfenen Fragen Stellung bezieht.“ Kuczynskis Artikel, so die Verfasser, „strotzt von unmarxistischen Äußerungen, verhöhnt in einer Situation wie der heutigen die Volksmassen, preist letzten Endes Siemens (und Krupp) als Schöpfer der Geschichte.“²¹⁶ Die Lage hatte sich für Kuczynski unterdessen in gefährlicher Weise zugespitzt:

Zwei Tage vorher, am 18. März 1957, hielt der ZK-Mitarbeiter Ernst Diehl in einer Aktennotiz fest, was ihm sein Zuträger Fritz Köhler über den „Fall“ Kuczynski eingeflüstert hatte: „Es handele sich um eine sehr verästelte Angelegenheit mit einer bestimmten ideologischen Plattform“, so Diehl. „Nach seiner (Köhlers; M. K.) Meinung spielte unter den Hintermännern Harichs Kuczynski eine große Rolle. Als Beweis für diese Behauptung nannte Köhler mehrere Artikel Kuczynskis, die im vergangenen Jahr erschienen.“²¹⁷

Kuczynski saß in der Falle. Eine Verbindung zu Wolfgang Harich, der öffentlich die Absetzung Walter Ulbrichts gefordert hatte, hätte ihn – so wie viele andere – ins Zuchthaus

212 Kuczynski, *Freunde und gute Bekannte*, S. 166. Vgl. auch ders., *Frost nach dem Tauwetter*, S. 100f.

213 ND, 13. Februar 1958.

214 Kuczynski, *Frost nach dem Tauwetter*, S. 90.

215 Bericht der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda (ohne Unterschrift und Adressat) vom 25. April 1956, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/147, Bl. 13.

216 Diese von Eva Steinitz, Johanna Stark, Gerhard Wetzell und Edith Hörling verfaßte Stellungnahme befindet sich ebenda, DY 30/IV 2/9.04/148, Bl. 43f.

217 Aktennotiz Ernst Diehls vom 18. März 1957, in: Ebenda, Bl. 13.

bringen können. Wie groß die Gefahr für ihn wirklich war, hat Kuczynski nicht mehr erfahren; er konnte diese Quellen nicht mehr einsehen. Selbstverständlich hatte er zu Harich dienstliche Verbindungen, da dieser Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ war und im Aufbau-Verlag arbeitete, in dem viele von Kuczynskis Büchern erschienen. Doch auch Jahrzehnte später, als damit keinerlei Gefahr mehr verbunden war, hatte Kuczynski nichts über irgendwelche konspirativen Treffs mit Harich zu berichten.²¹⁸ Kuczynskis Überlegungen, die auf eine Erweiterung der wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Debatten gerichtet waren, hatten nichts gemein mit Harichs radikaler, doch politisch unrealistischer Idee einer antistalinistischen deutschen Linken, die unter Führung der SPD für ein sozialistisches Gesamtdeutschland kämpfen sollte.

Warum wurde Kuczynski in den „Fall Harich“ schließlich nicht hineingezogen? Walter Ulbricht gedachte in seiner diktatorischen und paternalistischen Art, Kuczynski zu disziplinieren. Er sah ihn aber mit Recht keineswegs als Feind. Wäre Kuczynski mit Harich tatsächlich verbunden gewesen, hätte Ulbricht an ihm wohl – wie an Harich – ein Exempel statuiert.

1993 berichtete Kuczynski in einem Büchlein über den Inhalt seiner MfS-Akte, die bereits am 3. Mai 1955 geschlossen worden war. Noch am 8. April 1954 hatten die Staatsschützer festgehalten, man könne „annehmen, daß Kuczynski anglo-amerikanischer Agent ist und enge Beziehungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat.“ Als Grund dafür wurden sein wissenschaftliches Ansehen und „seine Verbindung mit allen (!; M. K.) bekannten Persönlichkeiten der ganzen Welt“ benannt. „Er lebt sehr komfortabel und führt ein recht ausschweifendes Leben“, hieß es völlig unzutreffend.²¹⁹ Die Schließung von Kuczynskis Stasi-Akte im Mai 1955 zeigt jedoch auch, daß er, sogar als die politische Kampagne gegen ihn anließ, kein vordergründiges Ziel des MfS mehr war. Die Lage blieb für ihn dennoch äußerst unangenehm.

Am 25. September 1957 hielt ein Bericht der Abteilung Wissenschaften an das ZK-Sekretariat fest, bei Kuczynski bilde sich „eine Konzeption heraus, die nicht unbedeutende objektivistische und revisionistische Züge aufweist. Bisher verteidigte er diese Konzeption, ohne sonderlich positiv auf die Kritiken zu reagieren. Nach unserer Meinung ist die Zeit gekommen, wo sich die Partei offiziell mit ihr auseinandersetzen muß.“²²⁰

Ernst Diehl war einer der ersten Leser von Kuczynskis Buchmanuskript gewesen und habe ihm, wie ZK-Abteilungsleiter Raimund Wagner am 15. Februar 1958 festhielt, eine gründliche Überarbeitung nahegelegt. Diehl habe, laut dieser Quelle, „die Vermutung aus(gesprochen), daß Kuczynski von den Zusammenhängen mit der fraktionellen Tätigkeit des Gen. Schirdewan u. a. bzw. von irgendwelchen Differenzen in der Parteiführung etwas gewußt haben muß.“ Dies habe Diehl von Kuczynskis alter Freundin Grete Wittkowski erfahren.²²¹

Drei Tage später, am 18. Februar, begann die dritte Hochschulkonferenz der SED, auf der Kurt Hager das Hauptreferat hielt und Kuczynski scharf angriff. In Erwiderung darauf

218 Über seine Verbindungen zu Harich vgl. Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter, S. 19f.

219 BStU, Allg. P 338/55, Bl. 202; auch zit. in: Kuczynski, „Nicht ohne Einfluß“, S. 68. Im Mai 1955 versuchte ein MfS-Offizier Kuczynski als Informanten zu werben, was dieser mit Hinweis auf ohnehin bestehende persönliche Kontakte zu Staatssekretär Wollweber ablehnte. Vgl. ebenda, Bl. 233.

220 Abteilung Wissenschaften, Informationen an das Sekretariat des ZK, 25. September 1957, in: SAPMO-BArch, DY 30/TV 2/9.04/148, Bl. 59f.

221 Aktennotiz Raimund Wagners vom 15. Februar 1958, in: Ebenda, Bl. 115f.

räumte Kuczynski in einem Beitrag, den das „Neue Deutschland“ am 12. März abdruckte, ein, er sei in zwei Punkten überzeugt worden: zum einen, daß es vor allem die Führung der Sozialdemokratie war, die die Arbeiter getäuscht habe, zum anderen, daß er den Kampf der Linken ungenügend herausgearbeitet habe.²²²

„Diese Selbstkritik“, schrieb Kuczynski 1993, „beruhte auf einer ehrlichen Überzeugung, daß ich diese Fehler gemacht hatte. Wenn ich ihre Bedeutung weit übertrieb, so aus taktischen Gründen. Denn: Eine Selbstkritik war (nach meiner Ansicht nach nicht falschem) Parteibrauch notwendig. Aber natürlich konnte ich keine Kritik in Richtung ‚Abweichung von den Grundlehren von Marx, Engels und Lenin‘ üben. Von Revisionismus konnte bei mir meiner Ansicht nach keine Rede sein. Darum die möglichst starke Betonung der meiner Ansicht nach wirklichen, aber im Vergleich zu den Vorwürfen völlig zweitrangigen Fehler.“²²³

Dieses Taktieren blieb nicht unbemerkt. Am 14. Mai 1958 befaßte sich damit eine erweiterte Parteileitungssitzung des Akademie-Instituts für Geschichte, dessen wirtschaftsgeschichtliche Abteilung Kuczynski 1956 übernommen hatte. Kuczynski solle seine falschen Auffassungen überwinden und sich wieder voll in das Kollektiv der Historiker der DDR einfügen. Seine Selbstkritik sei nur halbherziger Natur, dahinter sei das Bestreben spürbar, sich in eine Märtyrerrolle hineinzumanövrieren, was ihm schlecht anstehe. Die Parteileitung erwarte von ihm, daß er sich in das Kollektiv der Parteiorganisation wieder einreihe. Wer zwischen den Zeilen zu lesen verstand, wußte, daß Kuczynski – trotz der selbstgerechten und dogmatischen Diktion, in der eine Unterwerfung von ihm abgefordert wurde – damit die Chance auf eine politische Resozialisierung bekam, daß er nicht wie andere Gefängnis oder zumindest den Verlust des Arbeitsplatzes in der Wissenschaft zu befürchten hatte.²²⁴

Im Juli bemühte sich eine Versammlung der SED-Grundorganisation, „die Diskussion mit dem Genossen Kuczynski zu einem gewissen Abschluß zu bringen“. Gegen Kuczynski, dessen Stellungnahme die Parteiorganisation nach wie vor nicht befriedigte, ja sogar „Empörung“ hervorrief, wurde ein Parteiverfahren eingeleitet.²²⁵ Der Gemaßregelte notierte am 30. Juli in sein Tagebuch: „Eine schlimme Woche liegt hinter mir.“²²⁶ Ein taktisch geschicktes Verhalten bewahrte ihn vor dem Parteiausschluß: Er forderte seine Schüler auf, unbedingt gegen ihn Stellung zu beziehen, damit ihm keine fraktionelle Tätigkeit angelastet werden könne. Zudem war Kuczynski einfach zu prominent, um ihn ohne Schaden für das wissenschaftliche Renommee der DDR zu maßregeln. „Wie schön zu sehen, wie so viele Genossen aus den anderen sozialistischen Ländern zu mir standen!“, schrieb er im Rückblick. „Wie froh bin ich auch heute über mein Bemühen, meine Schüler nicht zu sehr durch meine Position zu belasten.“²²⁷ Die Kampagne endete für Kuczynski relativ glimpflich: Er verlor 1958 seinen Sitz in der Volkskammer und wurde aus der Historikerkommission

222 Jürgen Kuczynski, *Forschung mit Kampf verbinden*, in: ND, 12. März 1958, auch abgedruckt bei Kuczynski, *Frost nach dem Tauwetter*, S. 103–106.

223 Ebenda, S. 106.

224 Die Stellungnahme befindet sich in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/148, Bl. 148–152.

225 Aktennotiz für die Abteilungsparteileitung vom 23. Juli 1958, in: Ebenda, Bl. 208f.

226 Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 126.

227 Ebenda, S. 129.

DDR-UdSSR ausgeschlossen.²²⁸ Er gewann dieser Situation das Beste ab: Nun hatte er mehr Zeit zum Schreiben.

Kuczynski wolle sich, wie er erklärte, mit politischen Äußerungen zurückhalten und künftig seine ganze Kraft der vierzigbändigen „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ widmen. „Mit dem letzteren Vorschlag begeisterte ich die Partei, da sie meinte, daß ich auf diesem Gebiet ja ein erprobter, international anerkannter marxistischer Forscher wäre und sie mich, was andere Bücher beträfe, für den Rest meines Lebens los sein würde. Es war das einzige Mal, daß ich die Partei belog, da ich wußte, daß ich das Werk auf Grund der Vorarbeiten – die letzte Auflage umfaßte bereits 14 Bände – in 10 bis 12 Jahren schaffen würde.“²²⁹ Der Frost beendete das kurze politische Tauwetter in der DDR, ließ manche Blütenräume erfrieren, aber die üppige Produktivität Jürgen Kuczynskis erstarrte nicht. Bereits zu Beginn des Jahres 1958 hatte er mit seiner unermüdlichen Mitarbeiterin Ruth Hoppe zwei Bände über die Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland herausgebracht, die auch in die voluminöse „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ in veränderter Form eingingen.²³⁰ Im Jahre 1960 schrieb er ein Kinderbuch mit dem Titel „Vom Knüppel zur automatischen Fabrik“.²³¹ Auch in späteren Jahren blieb das Schreiben von Texten für Heranwachsende eine Passion Kuczynskis: So veröffentlichte er 1969 ein agitatorisch gehaltenes, aber mit vielen Beispielen und Zitaten gewürztes Buch über die deutschen Machteliten vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik: „Das große Geschäft“.²³²

7. Eine unabgeholte Hoffnung

„Mit den Angriffen gegen Kuczynski, Bloch und ihre Anhänger will die SED von vornherein eine Auflockerung ihres Lehrgebäudes unterbinden, die auch den staats- und wirtschaftspolitischen Kurs der SED ändern könnte“, schrieb 1957 ein Beobachter im Westen.²³³ Eine etwas später erschienene Untersuchung legte das Ausmaß der Unzufriedenheit mit den bisherigen Zuständen offen, die in der Tat alle Bereiche der Sozial- und Geisteswissen-

228 Vgl. das entsprechende Schreiben der Deutschen Sektion der Kommission an Kuczynski vom 22.4.1958 in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/125, Bl. 377.

229 Kuczynski, Linientreuer Dissident, S. 115.

230 Jürgen Kuczynski/Ruth Hoppe, Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland 1750–1939, 2 Bde., Berlin (Ost) 1958. Bd. 2, der eine Dokumentation enthält, wurde von Ruth Hoppe zusammengestellt. Vgl. auch Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1968, sowie Ruth Hoppe, Dokumente zur Geschichte des arbeitenden Kindes von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1969 (Bd. 19 und 20 der „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“).

231 Jürgen Kuczynski, Vom Knüppel zur automatischen Fabrik. Eine Geschichte der menschlichen Gesellschaft, Berlin (Ost) 1960.

232 Jürgen Kuczynski, Das große Geschäft. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1967. Auch an der Festschrift zum Jubiläum der Leipziger Messe war Kuczynski beteiligt: Jürgen Kuczynski/Manfred Unger, 800 Jahre Leipziger Messe. Festschrift des Leipziger Messeamtes zur Jubiläumsmesse 1965, Leipzig 1965.

233 Fritz Kopp, Historiker diskutieren über Dogmen. Der Revisionismus in der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft, in: SBZ-Archiv, 1958, Nr. 3, S. 42.

schaften mehr oder minder erfaßte.²³⁴ Kuczynski wie Bloch gehörten zu den am heftigsten Angegriffenen. Was sie voneinander unterschied, war zum einen die Stellung innerhalb des marxistisch-leninistischen Wissenschaftssystems der DDR, zum anderen die Art der Reaktion auf die Anwürfe.

Bloch gehörte nicht der SED an und galt mit seinen Anstrengungen, den utopischen Kernbestand sozialistischen Denkens freizulegen, insbesondere dem lokalen Leipziger Parteiapparat um Bezirkssekretär Paul Fröhlich keineswegs als Marxist. Zudem hatten sich seine Schüler mit Bloch demonstrativ solidarisiert und somit angeblich eine konterrevolutionäre Plattform gebildet. Dies war ein wichtiger Unterschied zum taktischen Verhalten der Kuczynski-Schüler. Es folgten Entlassungen, Exmatrikulationen, Verhaftungen und – bestenfalls – die gelungene Flucht einiger Anhänger Blochs in den Westen.²³⁵ Auch lehnte Bloch nicht nur eine öffentliche Selbstkritik ab, sondern versagte sich noch im Juli 1960 einer Forderung Klaus Gysis, Leiter des Aufbau-Verlages, „gegen die Atomkriegspolitik Adenauers und des Philosophen Karl Jaspers (!; M. K.) öffentlich Stellung zu nehmen.“²³⁶ Eine solche Erklärung würde es ihm, so Bloch, „nicht ermöglichen, weiter in Westdeutschland aufzutreten“, seine westdeutschen Freunde müßten meinen, „ein Rotarmist mit MP“ habe beim Abfassen der Erklärung hinter ihm gestanden; übrigens kämen alle Zeitungen der DDR, die gegen ihn Stellung bezogen hatten, als Adressat eines Schreibens ohnehin nicht in Frage.²³⁷

Ganz anders Kuczynski: Er war, wie auch sein Sohn dem Verfasser mitteilte, viel zu anfällig für das Lob der Öffentlichkeit.²³⁸ Zudem brauchte er den unmittelbaren Kontakt mit „der Partei“, er wollte wirken und in laufende Debatten eingreifen. Nicht nur Lob, auch sachlich begründeter Widerspruch blieb ihm wichtig. Aber, um dies noch einmal zu betonen: Kuczynski konnte sich, nicht aus Karrieregründen, sondern weil dies für sein politisches Selbstverständnis undenkbar war, ein Leben außerhalb der großen kommunistischen Familie nicht vorstellen. So wenig manch kritischer Katholik, in dem die Politik des Vatikan und des lokalen Klerus heftigen Widerspruch hervorruft, aus der Kirche austritt, so wenig dachte Kuczynski je daran, mit der Partei zu brechen. Er gehört daher – als herausragender Vertreter, als gewissermaßen „kritischer Gläubiger“ – zum Typus des *Parteiintellektuellen*, dessen Engagement die Bindung an eine politische Instanz voraussetzt. Diese Instanz, die Partei, tritt als Hüterin jener Theorie auf, die alle Probleme der Philosophie, der Geschichte, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften prinzipiell lösen will. Das alles hatte mit dem Denkansatz von Marx und Engels kaum noch etwas zu tun.

Diese Art des Glaubens unterschied Kuczynski von einem anderen bedeutenden Politökonom: seinem Freund Fritz Behrens, der gleichzeitig mit ihm gemäßregelt und mit ihm zusammen von Hager auf der Dritten Hochschulkonferenz der SED angegriffen wur-

234 Martin Jänicke, *Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Köln 1964, zu Kuczynski vgl. S. 120ff.

235 Hierüber informiert ausführlich die folgende Dokumentation: Michael Franzke (Hg.), *Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität, Leipzig o. J.* Vgl. auch das Buch des in den Westen geflüchteten Bloch-Schülers Gerhard Zwerenz, *Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht*, Berlin 1991 (zuerst 1974).

236 Nach dem Bericht des ZK-Abteilungsleiters Hannes Hörnig an Walter Ulbricht vom 23. Juli 1960, zit. in: Volker Caysa u. a. (Hg.), „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, Meisenheim am Glan/Frankfurt a. M. 1992, S. 179.

237 Ebenda, S. 180.

238 Gespräch des Verfassers mit Thomas Kuczynski am 16. Februar 2000.

de.²³⁹ Behrens, der einer antistalinistischen sozialistischen Tradition entstammte, war in der Weimarer Republik Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), und blieb von dieser Tradition auch nach seinem Übertritt zur KPD und später zur SED geprägt. Er war einer jener marxistischen Intellektuellen, denen eine verinnerlichte Parteitreue, wie sie Kuczynski eigen war, fremd blieb. Sie begriffen den Sozialismus als Projekt, nicht als eine Art „neuer Kirche“, als die Thomas Mann einmal die kommunistische Bewegung bezeichnete. Es blieb für sie das, was es auch für Kuczynski nach dem Scheitern der DDR wurde, eine, in Ernst Blochs Worten, „unabgeholte Hoffnung“.

„Die Utopie ist ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken und wie die Parteien des real existierenden Sozialismus auf diesen Bestandteil zugunsten eines reinen Positivismus mit einer pragmatischen, nur ihrer Machterhaltung dienenden Praxis verzichteten, so können sie auch nicht mehr zur Linken gerechnet werden.“ So schrieb Fritz Behrens in den siebziger Jahren, inmitten einer stagnierenden DDR.²⁴⁰ Als seine Tochter das Manuskript im Sommer 1989 gegen alle politischen Restriktionen zum Druck bringen wollte, suchte sie Hilfe bei Jürgen Kuczynski. Dieser gab ihr nach einem Monat die Aufzeichnungen zurück. Er habe sie gelesen und sei beeindruckt, beschied er ihr, aber er werde ihr keine Unterstützung gewähren. Er sei nicht bereit, eine Publikation zu fördern, die der SED derart grundsätzlich die Loyalität aufkündigt.²⁴¹

Im „Dialog mit meinem Urenkel“, seinem mutigsten und stilistisch mit Abstand bestem Buch, hat Kuczynski die Trauerrede abgedruckt, die er 1980 am Grab von Fritz Behrens gehalten hatte. Er rühmte die Begeisterung für die Arbeit und die Sauberkeit der Atmosphäre, die Fritz Behrens Zeit seines Lebens um sich herum zu verbreiten wußte. „Fritz war ein starker Charakter, der, wie Engels es forderte, rücksichtslos in der Wissenschaft vorgehen konnte. Fritz war ein einfacher Charakter und konnte darum, wie Engels es forderte, unbefangen in der Wissenschaft wirken. Fritz war ein sensibler Mensch, und das war ein Glück für die, die ihn als Mitstreiter umgaben. Aber es war kein Glück für ihn. Wer rücksichtslos und unbefangen, unbeschwert durch Dogmatismus und autorisierte Dikta die wissenschaftliche Wahrheit verfolgt, muß unter den heutigen Umständen auch stark im Nehmen sein. Dazu war er nicht fähig, und darum hing ein Schatten über dem letzten Teil seines Lebens, den zunehmende Krankheit noch verdunkelte. Vielleicht aber war es auch umgekehrt: so, daß zunehmende Krankheit seine Fähigkeit, rüden Angriffen zu widerstehen, schwächte.“²⁴²

„Je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter“, hatte Friedrich Engels

239 Auch Behrens wurde auf der III. Hochschulkonferenz zum Schulbekenntnis genötigt. Vgl. Fritz Behrens, *Meine Konzeption war revisionistisch*, in: ND, 4. März 1958.

240 Fritz Behrens, *Abschied von der sozialen Utopie*, hg. von Hannamaria Loschinski u. a., Berlin 1992, S. 253. Der Akademie-Verlag, in dem das Buch erschien, ließ, entgegen der Absicht der Herausgeber, das Fragezeichen im Titel weg. Abgewogene Analysen dieses Buches finden sich bei Gunther Kohlmeier, *Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 21/22, Juli/August 1992, S. 88–94, und bei Helmut Steiner, *Fritz Behrens – Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus*, in: *Deutschland Archiv*, 1992, Nr. 11, S. 1160–1168.

241 Mündliche Information von Hannamaria Loschinski, der Tochter Fritz Behrens', am 9. November 1996 an den Verfasser.

242 Kuczynski, *Dialog mit meinem Urenkel*, S. 128f.

1888 geschrieben.²⁴³ Es war genau dieses Vorgehen, das notwendig war, um die unabgeholte Hoffnung in Realität zu verwandeln. In Kuczynskis riesigem Werk findet man eine Fülle von Anregungen, die ein Weiterdenken – gerade auch im Widerspruch zu seinem Verfasser – möglich und notwendig machen. In diesem Sinn war Kuczynski gewiß „ein nützlicher Wissenschaftler“ – so sah er sich selbst.²⁴⁴ Er konnte sich zugute halten, ab 1956 manche dogmatische Auffassung überwunden und dies auch öffentlich bezeugt zu haben. Dennoch stellte er sich, gleich vielen anderen, nach 1989 die Frage nach der Schuld und Mitverantwortung für ein offenkundig repressives System, von dem die Menschen sich immer mehr abwandten, und beantwortete sie in dialektischer Weise. Man müsse, schrieb er kurz vor seinem Tode, „unterscheiden zwischen menschlichem Versagen und historischem Versagen. Wenn Kant meint, der ‚gute Wille‘ sei entscheidend, so hat er vielleicht (?) recht, wenn wir den menschlichen Charakter beurteilen wollen. Aber der Mensch hat, meine ich, auch seinen historischen Charakter. Und da habe ich, haben so viele meiner Freunde versagt. Nicht Harich und Havemann, auch wohl ich nicht 1957/58, aber auch ich, wenn man die ganze Geschichte der DDR und meine Aktivität verfolgt. In der Geschichte zählt nicht der gute Wille, nicht das ehrliche Bemühen, sondern nur der Erfolg. Und da habe ich eben völlig versagt. Es kommt doch eben darauf an, die Welt zu verändern, nicht sie durch ein gutes Beispiel ein wenig erträglicher zu machen.“²⁴⁵

Die von Engels eingeforderte Rücksichtslosigkeit und Unbefangenheit des Vorgehens fand bei Kuczynski dort ihre Grenze, wo er die Interessen der Partei gefährdet sah, die er als Garanten für das Gelingen des sozialistischen Projektes ansah. Es ging ihm um den Sozialismus, nicht um die Befriedigung seines Ehrgeizes mit Hilfe der Partei. Somit war er mehr, sehr viel mehr als der von Schiller in seiner akademischen Antrittsrede 1789 in Jena beschriebene Brotgelehrte: „Jener, dem es bey seinem Fleiß einzig und allein darum zu thun ist, die Bedingungen zu erfüllen, unter denen er zu einem Amte fähig und der Vortheile desselben theilhaftig werden kann, der nur darum die Kräfte seines Geistes in Bewegung setzt, um dadurch seinen sinnlichen Zustand zu verbessern und eine kleinliche Ruhmsucht zu befriedigen ...“²⁴⁶ Kuczynski war, auch als Parteintelktueller, nicht nur ein „Parteiarbeiter an der historischen Front“.

„Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“, hatte Schiller seine Antrittsvorlesung begonnen. „Warum studieren wir deutsche Wirtschaftsgeschichte?“, hatte Kuczynski zu Beginn seine Studenten gefragt und ihnen versichert, den Gang der Ereignisse und ihre Zusammenhänge „so objektiv wie möglich darzustellen.“ Als Wegweiser durch den Stoff hatte er, wenngleich „mit Bedauern“, indes „nur Sozialisten“ anempfohlen. Kuczynski sah nicht oder wollte nicht sehen, daß auch der Sozialismus nicht nur auf Vergangenenem, Nichtsozialistischem aufbaut, sich nicht nur dieses anverwandelt, sondern es auch als beständige aktuelle Herausforderung braucht – genau wie der Kapitalismus einer sozialistischen Herausforderung bedarf, um menschlich zu werden oder zu bleiben.

243 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, Berlin (Ost) 1962, S. 307.

244 Vgl. hierzu Jürgen Kuczynski, Kurze Bilanz eines langen Lebens, Berlin 1991, S. 83.

245 Kuczynski, Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, S. 81.

246 Friedrich Schiller, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Neudruck der Erstausgabe der Jenaer akademischen Antrittsrede Schillers aus dem Jahre 1789, hg. von Bolko Schweinitz u. a., Jena 1982, S. 3.

Georg Lukács, den Kuczynski verehrte und dem er in taktischem Verhalten oft ähnelte, erscheint in Thomas Manns „Zauberberg“ in der Gestalt des Naphta: jener hervorragende Geist, der aber eine Autorität sucht und sich danach selbst aufgibt. Nimmt man den gesamten Lebensweg von Lukács, der 1971 starb, wird man wohl doch zu einem milderem Urteil gelangen als Thomas Mann im Jahre 1924, dem Jahr des „Zauberberg“. Auch Kuczynski gab sich nicht selbst auf und vermochte dennoch der Autorität, einmal gefunden, nicht mehr zu entsagen. Wäre nicht auch seine Gestalt ein schriftstellerisches Porträt wert, gewissermaßen ein *Mixtum compositum* von Naphta und Settembrini? In jedem Fall verkörperte er wie nur wenige andere das Dilemma einer Bewegung, deren Ideologie schließlich zur Antithese statt zur Fortentwicklung der marxistischen Sozialtheorie wurde. Jürgen Kuczynski war ein herausragendes Beispiel des kommunistischen Intellektuellen in einer Zeit, in der sich rationale Analyse der Gesellschaft und der Wille zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten einer Glaubenslehre unterordneten.²⁴⁷

247 Nach Abschluß des Manuskriptes erhielt der Autor Kenntnis von folgender Arbeit: Horst Haun, Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), Dresden 1999. Sie bestätigt im wesentlichen die hier mitgeteilten Fakten, konnte aber nicht mehr verwertet werden.

KAPITEL 5

Historiker der industriellen Revolution. Hans Mottek (1910–1993)

Das Fach Wirtschaftsgeschichte wurde in der DDR zumeist mit dem Namen von Jürgen Kuczynski verbunden. Ihm ist jedoch Hans Mottek an die Seite zu stellen. Die Bedeutung dieses Wissenschaftlers liegt vor allem in der dreibändigen „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“, seinen Arbeiten zur industriellen Revolution und seit den siebziger Jahren in seinen Überlegungen zu globalem wirtschaftswissenschaftlichem Denken begründet. Hans Mottek kam, 1933 aus Deutschland vertrieben, über Palästina nach England in ein entbehnungsreiches Exil. Zurückgekehrt nach Ostdeutschland, konnte er im Alter von vierzig Jahren die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen. Sein Schicksal ist somit typisch für die Generation marxistischer Wissenschaftler, die in der frühen DDR arbeiteten – und untypisch für Lebensläufe von Wissenschaftlern der Bundesrepublik.

1. Von Posen und Berlin über Palästina nach England

Hans Mottek, am 26. September 1910 als Sohn des Getreidehändlers Theodor Mottek und seiner Frau Ulrike, geb. Kuropatwa, in Posen geboren, siedelte mit der Familie 1914 nach Berlin über.¹ Dort besuchte er das Friedrichswerdersche Gymnasium, eine sehr preußisch geprägte Lehranstalt, gegen deren nationalistische Atmosphäre der kritisch denkende Schüler eine Abneigung entwickelte. Hans Mottek war jüdischer Herkunft. Die deutschen Juden reagierten in unterschiedlicher Art auf den virulenter werdenden Antisemitismus in der Spätphase der Weimarer Republik. „Es existierte“, schrieb der israelische Historiker Walter Grab, „keine geschlossene Front gegen den beispiellosen Ansturm der Antisemiten, ja nicht einmal eine jüdisch motivierte Solidarität – dazu waren die persönlichen, politischen und klassenmäßigen Gegensätze der deutschen Juden zu groß.“²

Die Mehrzahl der Juden stimmte in allen Reichstags- und Landtagswahlen der Weimarer Republik für die demokratischen Parteien der „Weimarer Koalition“, für die SPD und vor

1 Vgl. Peter Meyer, Das gelbe Kreuz auf der Liste. Prof. Dr. Hans Mottek, Hochschule für Ökonomie, in: Thea Koberstein/Norbert Stein, Juden in Lichtenberg, Berlin 1996, S. 338. Dort auch weitere biographische Angaben.

2 Walter Grab, Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1933, München/Zürich 1991, S. 187.

allein für die Deutsche Demokratische Partei. Die KPD, die in ihrer Frühphase eine Reihe prominenter Politiker jüdischer Herkunft in ihren Reihen zählte, konnte nur einen geringen Teil der jüdischen Wähler gewinnen. Ihre Hilfsorganisation, die „Rote Hilfe“, unterstützte jedoch die Opfer antisemitischer Anschläge, insbesondere die schutz- und rechtlosen ostjüdischen Einwanderer.³ Seit 1930 wählte ein wachsender Teil der Juden, von der Vereinigung der Deutschen Demokratischen Partei mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden enttäuscht, nicht nur die SPD, sondern (vor allem auf lokaler Ebene) die proletarischen Kleinorganisationen wie KPO oder SAP. Allgemein war, obwohl dies selten thematisiert wurde, der Anteil von Juden insbesondere bei den Jugendorganisationen der Linken recht hoch.

Auch Hans Mottek orientierte sich während seines Studiums der Rechtswissenschaften in Freiburg und Berlin politisch links. Er konnte sein Studium nicht beenden: Im Oktober 1933 verließ der dreiundzwanzigjährige Referendar, der am Amtsgericht Bernau tätig war, Deutschland. Er ging, übrigen nicht durch eine zionistische Organisation vermittelt, nach Palästina, wo er die Chance bekam, in einem Kibbutz des sozialistisch-zionistischen Hashomer Hatzair (Der junge Wächter) zu arbeiten. Er beantragte wenig später mit Erfolg die Einreise seiner jüngeren Schwester Lisa nach Palästina. Ihr gelang es schließlich, 1938 die Eltern nachzuholen.

Der Hashomer Hatzair war marxistisch und prosowjetisch, stand aber in scharfer ideologischer Frontstellung zur Kommunistischen Partei Palästinas. Als Hans Mottek deutliche Sympathien für die KP erkennen ließ, wurde er aus dem Kibbutz ausgeschlossen.

Die 1919 gegründete KP Palästinas, die zunächst ausschließlich jüdische Mitglieder aufwies, hatte sich in einem längeren und komplizierten Entwicklungsprozeß vom Linkszionismus hin zur strikt antizionistischen Grundhaltung der Komintern entwickelt. Als einzige politische Kraft sprach sich die seit 1921 illegale Organisation programmatisch für eine jüdisch-arabische Einheit gegen Zionismus, britischen Kolonialismus und arabische Reaktion aus. Doch die arabisch-jüdischen Zusammenstöße vom August 1929, die mehrheitlich nicht antiimperialistisch oder antikolonialistisch, sondern – vor allem auf arabischer Seite – vom Nationalismus und religiösen Fundamentalismus motiviert waren, brachten die Partei an den Rand der Spaltung. Nachdem ein jüdischer Genosse von arabischen Nationalisten gelyncht worden war und sich die illegal tagende Parteileitung nur knapp hatte retten können, warnte sie in einer ersten Stellungnahme vor einem arabischen „Pogrom“ und gab ein Flugblatt heraus, indem sie arabische und jüdische Werktätige aufrief: „Mordet Euch nicht gegenseitig!“. Der Komintern war diese Stellungnahme nicht ausreichend. Sie rief zur klaren Parteinahme für die vom zionistischen Vordringen bedrohten Araber auf, sah die nationalistische Agitation von Hadj Amin al-Hussaini, des Mufti von Jerusalem, als unvermeidliches Beiprodukt des antiimperialistischen und antikolonialen Kampfes und drang schließlich auf eine Ablösung der jüdischen Parteiführung durch die wenigen arabischen Mitglieder, von denen einige der Intelligenz entstammten und an westlichen Missionsschulen ausgebildet, andere zur Fortbildung nach Moskau entsandt worden waren.⁴ Doch die arabische Par-

3 Vgl. hierzu George L. Mosse, *German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic*, in: Leo Baeck Institute, Year Book XVI, London 1971, S. 123–151, bes. S. 139.

4 Vgl. Mario Keßler, *Die August-Ereignisse von 1929 in Palästina, die KP Palästinas und die Kommunistische Internationale*, in: *asien-afrika-lateinamerika*, 1991, Nr. 3, S. 517–529. Wiederabdruck in: Ders.; *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert*, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994, S. 66–80.

teiführung verfolgte nach Komintern-Lesart eine „versöhnlerische“ Politik gegenüber dem arabischen Nationalismus. Mitte der dreißiger Jahre war die KP innerhalb der jüdischen Linken in Palästina weitestgehend isoliert, ohne im arabischen Sektor nennenswerte Erfolge zu buchen. Durch ihren programmatischen Internationalismus wurde sie jedoch für sozialistische Flüchtlinge aus Deutschland, die dem Zionismus distanziert gegenüberstanden, ein Adressat ihrer Hoffnungen und ihres Engagements.

Diese hier skizzierte Situation erklärt die paradoxe Tatsache, warum ein sich dem Kommunismus nähernder Einwanderer aus Deutschland aus einem linkssozialistischen Kibbutz ausgeschlossen wurde. Mottek, der über die lokale Organisation der Antiimperialistischen Liga Kontakte zu Kommunisten aufgenommen hatte, trat 1935 der KP Palästinas bei.⁵ Die illegale Organisation war in Zellen zu je fünf, in Ausnahmefällen sieben Mitgliedern organisiert, die mit der Parteileitung durch Mittelsmänner in Verbindung standen. Mottek wußte damals wenig über die Probleme, vor denen die Partei stand, und er kannte auch nicht den Namen des Generalsekretärs Radwan al-Hilu. Ein weiteres Problem war die sprachliche Verständigung: Mottek sprach Deutsch, Englisch und auch Französisch, aber weder Hebräisch noch Arabisch. In einem Interview berichtete er 1981:

„Es war allgemein bekannt, daß eine Partei existierte und für jedes Nichtmitglied war sichtbar, daß einige Leute als halblegale Parteimitglieder herumgingen; sie waren also der Öffentlichkeit und auch der Polizei bekannt, wurden aber nicht verhaftet, weil ihnen unmittelbare Tätigkeit nicht nachgewiesen wurde. Es war auch bekannt die Stellung der Partei zu grundsätzlichen Fragen. Die Partei war bekannt und auch sehr unpopulär bei der Bevölkerung, sehr verhaßt, weil sie in ihrer Linie absolut gegen die Gefühle und Tendenzen der breiten Massen der jüdischen Bevölkerung im damaligen Mandatsgebiet Palästina war. Es gab auch gelegentlich solche Versammlungen von halblegalen Mitgliedern und gelegentlich solche Veröffentlichungen, die mir aber meist sprachlich gar nicht zugänglich waren. Somit war die Partei nicht ganz geheim. Nicht bekannt war der Öffentlichkeit natürlich, wer in der Führung der Partei war, und es war im Wesentlichen bekannt, daß eben die Partei gegen den Zionismus war, und, was damals sehr wichtig war und sehr unpopulär, gegen die Aliyah, die (jüdische; M. K.) Einwanderung, woraus die paradoxe Situation entstand, daß Parteimitglieder, die eingewandert waren, sich gegen die Einwanderung wenden mußten, was schon eine sehr schwierige Situation war und natürlich die Partei hinderte, eine Massenbasis unter den jüdischen Massen zu haben, während unter den arabischen Massen noch kaum Anknüpfungspunkte vorhanden waren. Wer die führenden Mitglieder waren, weiß ich nicht, ich nehme an, es werden einige Intellektuelle gewesen sein.“⁶

Da in Palästina, trotz des Verbots der KP durch die britische Mandatsmacht, englischsprachige marxistische Literatur und sogar die „Deutsche Zentralzeitung“ aus Moskau erhältlich waren, konnte sich Mottek, der vor allem am antifaschistischen Kampf in Europa interessiert war, gut informieren. Er las auch die „Palestine Post“ sowie gelegentlich die in

5 Die zwischen 1927 und 1937 bestehende Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, so der offizielle Name, war eine formell überparteiliche, jedoch der Komintern-Politik verpflichtete Organisation zur Unterstützung der antikolonialen Kämpfe in verschiedenen Teilen der Welt. Vgl. Hans Piazza (Hg.), *Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit 1927–1937. Zur Geschichte und Aktualität einer wenig bekannten Weltorganisation*, Leipzig 1987.

6 Interview mit Hans Mottek am 20. Januar 1981 in der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin. Hiernach auch die folgenden Zitate. Das Interview führte der Verfasser dieses Buches im Rahmen seiner Dissertation zur Nahost-Politik der Komintern.

Kairo herausgegebene „Bourse égyptienne“. Im Unterschied zur KP konnte die Antimperialistische Liga in Palästina legal arbeiten, zumindest war sie geduldet. Sie bot daher auch Gelegenheit für politische Debatten. „Diskutiert wurde über die internationale Lage“, erinnerte sich Hans Mottek. „Wir verteilten Flugblätter und versuchten außerdem, deutsche Einwanderer zu werben. Wir hatten sogar eine eigene Zeitung herausgebracht mit einigen Artikeln auf eigene Faust.“ Dies war keine regelmäßig erscheinende Publikation. Vielmehr verfaßte Mottek zusammen mit einem anderen deutschen Einwanderer, Heinz Kamnitzer, auf der Schreibmaschine ein Zirkular, das an bekannte Adressen versandt wurde.⁷

Die Situation wurde für die wenige hundert Mitglieder zählende Partei noch komplizierter, als im April 1936 ein landesweiter arabischer Generalstreik in einen dreijährigen Bürgerkrieg mündete. Dieser brachte alle Beziehungen zwischen den beiden nationalen Gruppen – denn eine solche war die jüdische Gemeinschaft in Palästina geworden – zum Erliegen. Auch die kommunistische Partei konnte ihre einheitliche Struktur nicht mehr bewahren: Nach internen Auseinandersetzungen und der Einrichtung einer Jüdischen Sektion spaltete sie sich 1943.⁸ Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Hans Mottek Palästina verlassen. Bereits im Frühjahr 1936 war er, offiziell als Tourist, nach London gegangen.

Zunächst ohne Bleiberecht und Arbeitserlaubnis, mußte sich Mottek durch körperliche Arbeit in der Industrie, Landwirtschaft und als Bauarbeiter den Lebensunterhalt verdienen, unter anderem schleppte er Kaffeesäcke in einer Rösterei.⁹ Zwischenzeitlich war er 1940/41 auf der Isle of Man interniert und arbeitete dort als Hilfskoch. Politisch betätigte er sich in der Gruppe der deutschen Kommunisten ebenso wie im Freien Deutschen Kulturbund, in der Freien Deutschen Jugend oder durch erste Vorträge an der Freien Deutschen Hochschule, in jenen Exilprojekten, über die in den Kapiteln zu Alfred Meusel und Jürgen Kuczynski berichtet wird. Er belegte, durch René Kuczynski vermittelt, Kurse als Gasthörer an der London School of Economics und hielt im Rahmen des deutschen Exils eine Reihe von Vorträgen. Auf einem Vortragsabend in Guilford lernte er im März 1942 seine spätere (zweite) Frau Gerda geborene Marcus kennen. Sie, 1918 geboren, war gleich ihm aus Deutschland vertrieben worden. Über Italien war sie nach England gelangt. Sie lebte seit März 1939 in London und arbeitete als Hausangestellte sowie zeitweilig als Fabrikarbeiterin.

⁷ Brief von Hans Mottek an den Verfasser, 24. Februar 1981.

⁸ Vgl. Musa Budeiri, *The Palestine Communist Party, 1919–1943. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism*, London 1979, S. 153ff.; Alexander Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919–1943*, Münster 1980, S. 281ff.

⁹ Vgl. Gerd Neumann/Peter Meyer, *Hans Mottek zum Gedenken*, in: Hermann Behrens u. a. (Hg.), *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt – Hans Mottek zum Gedenken*, Marburg 1995, S. 13 (im folgenden: *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt*).

2. Rückkehr und erste Jahre als Wissenschaftler

Die Befreiung Deutschlands vom Nazismus eröffnete Hans und Gerda Mottek, die damals ihr erstes Kind, die Tochter Daisy, erwarteten, neue Möglichkeiten.¹⁰ Zunächst gingen sie nach Grunewald, wo sie bei Kommunisten wohnten. Im kriegszerstörten Berlin übernahm Hans Mottek, der seit Oktober 1946 der SED angehörte, Aufgaben bei der Bildung von Selbstverwaltungsorganen im Ostsektor Berlins. Noch im gleichen Jahr war er in der juristischen Abteilung der Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge tätig, wo er am Entwurf eines neuen Arbeitsrechts mitwirkte.

Doch es zog ihn, dem dies so lange verwehrt geblieben war, zu wissenschaftlicher Tätigkeit. 1947 erhielt er eine Aspirantur (mit einem Doktoranden-Stipendium) an der Berliner Universität. Alfred Meusel, der ihn aus dem gemeinsamen britischen Exil kannte, unterstützte seine Bewerbung. Mottek, so hieß es in einem entsprechenden Gutachten, hatte Meusels Aufmerksamkeit in England erregt „durch sein großes Interesse und seine Begabung für wissenschaftliche Fragestellung. Ohne in den Fehler des Dilettantismus auf verschiedenen Wissensgebieten zu verfallen, war er in seinen wissenschaftlichen Bemühungen nie eng oder einseitig. Er besitzt eine ausgesprochene Begabung für begriffliche Unterscheidungen und für die Zerlegung von Tatbeständen oder Prozessen in ihre einfachsten Elemente, wobei er aber in seinem Denken durchaus wirklichkeitsnah bleibt.“

Über Motteks persönliche Eigenschaften wußte Meusel mitzuteilen: „Er hat einen offenen, bescheidenen, kameradschaftlichen Charakter, und er ist immer bereit, eine berechtigte Kritik anzunehmen und aus ihr zu lernen. Wenn er die Möglichkeit bekommt, sich auf die Dozentenlaufbahn vorzubereiten, so bezweifle ich nicht, daß das sowohl in seinem eigenen Interesse wie in dem der Ergänzung unseres Lehrkörpers liegen wird.“¹¹

Nach der dreijährigen Aspirantur legte Mottek eine Dissertation über „Die Ursachen der preußischen Eisenbahnverstaatlichung des Jahres 1879 und die Vorbedingungen ihres Erfolges“ vor. Am 28. Juli 1950 verteidigte er die Arbeit, die Gutachter waren Kuczynski und Josef Winternitz.

Die ungedruckt gebliebene Studie behandelte in vier Kapiteln die Wirtschaftskrise von 1873 und den Bismarckschen „Staatssozialismus“, allgemeine Ursachen der Tendenz zur Staatsintervention und zur Verstaatlichung der Eisenbahnen, Tendenzen zum Staatsbahnsystem in Preußen bis 1875 und die Eisenbahnverstaatlichung selbst.

Die enge Verzahnung von Politik und Ökonomie durchzog die ganze Arbeit und sollte auch später Motteks wirtschaftsgeschichtliche Darstellungen prägen. Im Sinne der marxistischen Kapitalismus-Theorie begriff Mottek das Eisenbahnmonopol als Vorläufer der Monopole des 20. Jahrhunderts. Es wurde jedoch um 1873 „weniger als Kündler einer neuen Zeit denn als Fremdkörper betrachtet. Allerdings darf man ... nicht übersehen, daß gerade wegen des Fehlens der modernen finanz-monopol-kapitalistischen Umgebung diese Monopole noch keineswegs die volle Bösartigkeit, die besprochenen Charakterzüge der modernen Monopole haben konnten.“¹²

10 Der Sohn Werner wurde 1951 geboren. Von 1955 bis zu ihrem Tode 1972 gehörte auch Motteks aus Israel zurückgekehrte, dort verwitwete Mutter zur Familie.

11 Gutachten Meusels vom 15. September 1947, in: HUB, UA, PA A. Meusel, Bd. 1, Bl. 91.

12 Hans Mottek, *Die Ursachen der preußischen Eisenbahnverstaatlichung des Jahres 1879 und die Vorbedingungen ihres Erfolges*. Wirtschaftswiss. Diss., Berlin (Ost) 1950, S. 28. Hervorhebung im Text.

Zwar habe das liberale Bürgertum seine politische Emanzipation nicht erkämpft und keine starke politische Partei hervorgebracht. Doch habe die deutsche Bourgeoisie aus diesem Manko sogar noch Nutzen gezogen: Es sei ihr „infolge der größeren Nähe zum Absolutismus leichter als der Bourgeoisie anderer Länder gefallen, den ‚neuen‘ Weg (der politischen Machtteilhabe; M. K.) zu gehen, den sie alle beschreiten mußten. Jetzt können wir umgekehrt dasselbe über das Verhältnis Bismarcks zu mindestens recht erheblichen Teilen der Bourgeoisie sagen: Bismarck kam eher als viele andere Angehörige der Oberschichten zur Überzeugung, zur Erhaltung des Profits, zur Behebung der Gefahren, die sowohl vom ‚freien‘ Markt als auch vom ‚freien‘ Klassenkampf drohten, sei eine Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht dieses Unterdrückungsinstruments der werktätigen Massen, der Staat, notwendig. Sich zu dieser Politik zu entschließen, fiel ihm um so leichter, als sie an ältere preußische Traditionen anknüpfte.“¹³

Bei der Gegnerschaft von Fortschrittspartei, Zentrum und einem Teil der Nationalliberalen zeigte es sich, so Mottek, „daß nur infolge einer Reihe verschiedenartiger, besonderer Bedingungen die Verstaatlichung möglich war. Wir haben gesehen, wie selbst die nach der Krise von 1873 besonders in Deutschland einsetzende Tendenz zur verstärkten Inanspruchnahme des Staates durch die herrschenden Klassen *nur* in Verbindung mit der schon vorher vorhandenen Tendenz zum Staatsbahnmonopol, nur auf Grund der bereits existierenden Basis von großen Staatsbahnen und einer beträchtlichen Staatsaufsicht zum Verschwinden der großen Privatbahnen geführt hat. Wir sind damit auch dem Verständnis der Tatsache ein wenig näher gekommen, warum die Eisenbahnverstaatlichung in Deutschland, wie jede Verstaatlichung unter der Herrschaft der Ausbeuterklassen, nur ein Einzelfall sein und bleiben konnte.“¹⁴

Mottek arbeitete heraus, wie sehr das Personal der Eisenbahnen traditionelle Ordnungs- und Wertvorstellungen verkörperte – sich damit in besonderem Gegensatz zur Arbeiterbewegung befand – und doch zugleich für die technologisch innovative Seite dieser Gesellschaft stand, die zeittypische Begeisterung für Wirtschaft, Verkehr und Technik repräsentierte. Die bei der Bahn Beschäftigten arbeiteten nicht nur beim Staat, sondern verinnerlichten ihn und seine autoritären Prinzipien; staatliche Macht und wirtschaftlicher Fortschritt gingen eine viel bewunderte Synthese ein. „Mit dem wachsenden Anteil der Staatsbahnen“, unterstrich Jahrzehnte später auch Lothar Gall, „partizipierten die ‚Eisenbahner‘ an dem gerade in Deutschland noch weitgehend ungebrochenen Prestige staatlicher Institutionen, insbesondere der Behörden und ihrer Bürokratie ... Der Kauf einer Fahrkarte wurde rechtlich als ein, im Prinzip auch ablehnbarer, Antrag auf Beförderung verstanden, und ein Konflikt mit einem Eisenbahner konnte rasch als ‚Beamtenbeleidigung‘ gewertet werden.“¹⁵

Die Promotion eröffnete Hans Mottek den Weg zur Tätigkeit als Hochschullehrer. Dies entsprach nicht nur seinem Wunsch, sondern war auch das Beste für ihn, er wäre im harten Geschäft der Politik zerbrochen. Als gerader Charakter, war er zu eigensinnig, um den in der Politik unerläßlichen Weg der (zum Teil faulen) Kompromisse zu gehen. Von wissenschaftlichen Problemen oft besessen, mochte er auf Außenstehende mitunter naiv und weltfremd wirken. Doch dies war zum Teil auch gespielt, es diente ihm als Schutz vor allzu großen

13 Ebenda, S. 85. Schreibfehler korrigiert.

14 Ebenda, S. 148. Hervorhebung im Text.

15 Lothar Gall, Eisenbahn in Deutschland: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 36.

Zumutungen von seiten des Parteiapparates. Stets um andere bemüht, war er doch nicht der Mensch, der schnelle „Kaderentscheidungen“ treffen konnte. Einmal als richtig erkannte wissenschaftliche Positionen konnte er aber hart verteidigen.¹⁶

Bereits im Frühjahr 1950 nahm er an der Pädagogischen Hochschule von Groß-Berlin seine Lehrtätigkeit auf. Er blieb ein Semester und wechselte im Herbst zur neu gegründeten Hochschule für Planökonomie, der späteren Hochschule für Ökonomie (HfÖ), nach Berlin-Karlshorst. Er sollte, bis weit über seine Emeritierung hinaus, das Profil dieser Lehr- und Forschungseinrichtung prägen.¹⁷

Als wissenschaftlicher Assistent gründete er ein Seminar für Wirtschaftsgeschichte, dessen zunächst einzige Lehrkraft er war, und begann im Wintersemester 1950/51 mit zwei Vorlesungen, denen ein Kolloquium folgte. Mit der Durchsetzung des Hochschulstatuts vom 22. Januar 1951 konnte das Seminar in ein Institut für Wirtschaftsgeschichte umgewandelt werden. Im Herbst dieses Jahres wurde Mottek zum Dozenten berufen, ihm standen zwei, dann vier Mitarbeiter und etwas später sechs studentische Hilfskräfte zur Seite. 1954 erhielt er eine Professur mit vollem Lehrauftrag und 1960 einen Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte.¹⁸

Der Schriftsteller Karl Mickel gehörte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zu Motteks Hörern an der HfÖ. In einer „Skizze für ein Porträt“ schilderte Mickel seinen Lehrer, für ihn „einer der eigentümlichsten Männer, die ich kenne“, als „einen Wissenschaftler, welcher diskontinuierlich redet. Sobald er einen Gedanken gepackt hatte, stürzte Sprache aus seinem Munde; sie zeitigte gelegentlich Pseudostottern, weil der Vortragende ein neues Wort ansetzte, ehe das alte zu Ende gesprochen war, so daß die Worte sich übereinanderschichteten; zwischenhinein Generalpausen mit Vor- und Rückblättern. Der rhythmische Verlauf war dergestalt, daß ich den Eindruck hoher Musikalität gewann.“¹⁹

Die Wirtschaftsgeschichte war an deutschen Universitäten eine zwischen den Fächern angesiedelte Disziplin. „Aber wenn sie auch in beiden, der Geschichte wie der Wirtschaftswissenschaft, Heimatrecht besitzt, eine eigentliche Heimat hat sie doch nicht“, hieß es in einem in der Weimarer Republik viel benutztem Lehrbuch. „Und gerade darin, daß sie zwischen zwei Wissenschaften steht, ist die Problematik begründet, mit der sie ringt. Zumal in der Gegenwart, wo in der Geschichtswissenschaft Abkehr von der Spezialisierung gepredigt wird und in der Nationalökonomie die Theorie wieder vorherrscht.“²⁰

16 Dieses Bild von Hans Mottek gewann der Verfasser durch Gespräche mit Familienmitgliedern und mit Motteks Schüler Thomas Kuczynski.

17 Anlässlich des 75. Geburtstages von Hans Mottek veranstaltete die HfÖ am 24. und 25. September 1985 ein internationales Kolloquium, dessen Materialien gedruckt vorliegen. Vgl. Konferenzband zur internationalen Konferenz anlässlich des 75. Geburtstages von Akademiemitglied Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Mottek, 2 Teile, Berlin (Ost) 1987.

18 Vgl. Walter Becker, Vom wirtschaftshistorischen Seminar zum Institut für Wirtschaftsgeschichte – die Etablierung einer wissenschaftlichen Schule in den 50er Jahren an der Hochschule für Planökonomie, in: Beiträge zur Geschichte der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, 1989, Heft 1, Berlin 1989, S. 56f.

19 Karl Mickel, Mottek und Mann. Skizze für ein Porträt, in: Sonntag, Nr. 23/1969, hier zit. nach: Karl Mickel, Gelehrtenrepublik. Aufsätze und Studien, Leipzig 1990, S. 234. Der Aufsatztitel bezieht sich auf Motteks Vorliebe für Thomas Mann.

20 Bernhard Laum, Wirtschaftsgeschichte, in: Die Handelshochschule. Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 4, Berlin/Wien 1930, S. 1185.

„Aus der Auflehnung gegen die theoretische Spekulation“, hieß es weiter, entstand in der Mitte des 19. Jahrhunderts „der Wille zur historischen Betrachtungsweise.“²¹ Dessen Anfänge können bis auf Adam Müller, Friedrich List und den Rechtshistoriker Friedrich Karl von Savigny zurückverfolgt werden.²² Daran anschließend forderten die Vertreter einer als ältere Historische Schule der Nationalökonomie bekanntgewordenen Denkrichtung – Wilhelm Roscher, Bruno Hildebrand und Karl Knies – eine „Politische Ökonomie vom Standpunkt der geschichtlichen Methode“ ein.²³ Sie begründeten damit die Notwendigkeit des historischen Herangehens in der Wirtschaftslehre und fanden in den Hauptwerken der führenden Wirtschaftswissenschaftler und -historiker der DDR eine entsprechende Beachtung.²⁴

Doch blieb es einer späteren Generation von Ökonomen vorbehalten, die Wirtschaftsgeschichte als Fachdisziplin an deutschen Universitäten zu etablieren. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts ging das Interesse an historischen Fragestellungen unter den Wirtschaftswissenschaftlern zunächst zurück. Dieses Jahrzehnt stand im Zeichen von Freihandel und Wirtschaftswachstum. Damit setzte sich ökonomisch liberalistisches Gedankengut durch. Die Industrialisierung war mit einem regelmäßigen und überschaubaren Konjunkturzyklus verbunden. Das änderte sich mit dem Gründerkrach nach der Reichseinigung dramatisch. Der Gründerboom mündete in der Krise. Die unvorhergesehene Wendung im Wirtschaftsleben verunsicherte die Ökonomen und führte zu historisch fundiertem Erklärungsbedarf. „Wenn man zu wissen glaubt, wie es weitergehen wird“, so Motteks Kollege Gerd Neumann, „sinkt das Interesse an Prozeßanalysen, und man begnügt sich mit Theorien, die eine vermeintlich gut eingerichtete Wirtschaft alles in allem bestätigen. Die Entgleisungen des Konjunkturverlaufs in den siebziger Jahren ... zwangen hingegen zum Umdenken.“²⁵

Ein solches Umdenken verband sich mit den Vertretern der (in sich keineswegs einheitlichen) jüngeren Historischen Schule der Nationalökonomie, mit Lujo Brentano, Karl Bücher und Gustav Schmoller. In ihrem Wirken sah Mottek eine wesentliche Ursache für die Einrichtung der ersten wirtschaftsgeschichtlichen Lehrstühle in Deutschland.²⁶

Mit seinem Arbeitsgebiet stand Mottek also in einer ehrwürdigen wissenschaftsgeschichtlichen Tradition, zu der er ein dialektisches Verhältnis entwickelte: Als erklärter Marxist kritisierte er die – seiner Meinung nach – nicht zum Kern der Marxschen Analyse des Kapitalismus vordringenden Altmeister, andererseits hob er ein um das andere Mal den empirischen Reichtum, der in solchen Darstellungen steckte, hervor, und er würdigte das Engagement ihrer Verfasser. Diese stellten dem traditionellen Historismus eine Geschichtsbetrachtung entgegen, die soziale Fragen aufzugreifen suchte. „Da sie überwiegend von den Positionen des philosophischen Idealismus ausgingen“, so Mottek 1957, „konnten sie zu einer wirklich wissenschaftlichen, d. h. auf der Einsicht in die sozialökonomischen Gesetz-

21 Ebenda, S. 1187.

22 Hierzu mehr, auch zu Anregungen aus England und Frankreich für diese Denkschule, bei Paul Mombert, *Geschichte der Nationalökonomie*, Jena 1927, S. 449ff.

23 So der Titel des 1853 erschienenen Hauptwerkes des Statistikers Karl Knies.

24 Vgl. Jürgen Kuczynski, *Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien*, Berlin (Ost) 1960 (*Die Geschichte der Lage der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus*, Bd. 10).; Fritz Behrens, *Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie*, Bd. III: *Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus*, Berlin (Ost) 1979.

25 Gerd Neumann, *Zur Ent- und Abwicklung ostdeutscher Wirtschaftsgeschichte – Hans Motteks wirtschaftshistorische Denkschule*, in: *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt*, S. 46f.

26 Hans Mottek, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß*, Bd. I: *Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution*, Berlin (Ost) 1957, S. 13.

mäßigkeiten beruhenden Durchdringung und Darstellung der ökonomischen Geschichte nicht gelangen.“²⁷ Nur „der Marxismus-Leninismus, der einzig und allein eine wissenschaftliche Analyse der ökonomischen Entwicklung gibt, geht demgegenüber ... von der Produktion und dabei besonders von denjenigen aus, welche die bürgerlichen Historiker so gerne zu vergessen pflegen, von den Schöpfern aller materiellen Werte, den Werktätigen, von ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft.“²⁸ Möglichkeiten und Grenzen des in der DDR dominierenden Geschichtsbildes hätten nicht deutlicher formuliert werden können.

Diese Prämissen lagen auch Motteks Lehrbuch zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands zugrunde, dessen erster Band 1957 erschien. Das Buch war, nach den 1954 in der DDR verlegten Darstellungen zur allgemeinen Wirtschaftsgeschichte der Nicht-Marxisten Josef Kulischer und Hans Hausscherr und nach Kuczynskis Überblicksarbeiten, das erste umfassende Werk aus der Feder eines Marxisten, das in die Hände ostdeutscher Leser gelangte.²⁹

Im ersten Teil des Lehrbuches werden wirtschaftsgeschichtliche Veränderungen in der Ur- und Frühgeschichte Mitteleuropas aufgezeigt, die die Auflösung urgesellschaftlicher Verhältnisse vorbereiteten. Der zweite Teil behandelt die Wirtschaft Deutschlands zwischen dem 5. und dem 10. Jahrhundert, die „Zeit der Herausbildung des Feudalismus“. Das dritte Kapitel hat die Herausbildung der Ware-Geld-Beziehungen und des Bürgertums zwischen dem 11. und 15. Jahrhundert zum Inhalt. Hier liegt der Schwerpunkt auf den Ursachen und Folgen der Prozesse gesellschaftlicher Arbeitsteilung, der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Städtegründungen und der Konstituierung von Handwerker- und Kaufmannschaft. Stärker als andere marxistische und nichtmarxistische Autoren unterstrich Mottek die Rolle der Feudalherren bei der Städtebildung. „Ähnlich wie die Schaffung von Märkten war auch die Errichtung von Marksiedlungen, von Städten, nicht ohne Unterstützung eines größeren Feudalherren möglich. Diese Unterstützung nahm in vielen Fällen einen so aktiven Charakter an, daß man von einer regelrechten Städtegründung sprechen muß“; als Beispiele für diese Art der Städtegründung nannte er Lübeck und Freiburg im Breisgau. „Insbesondere im 12. und 13. Jahrhundert schufen sich die zu Landesherren werdenden Feudalherren in den von ihnen gegründeten Städten nicht nur Einnahmequellen, sondern auch Stützpunkte ihrer Macht gegenüber anderen konkurrierenden Feudalherren außerhalb bzw. gegenüber kleineren Feudalherren innerhalb ihres Territoriums. Auf der anderen Seite benutzten Könige, wie z. B. einzelne Staufer in Schwaben, die Gründung von Städten als ein Mittel im Kampf um die Macht.“³⁰

Im vierten Teil untersuchte Mottek schließlich die „Zeit der Vorbereitung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der Feudalordnung“, die Zeitspanne vom Beginn des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Er behandelte die Erweiterung der gewerblichen Produktion, das Aufkommen von Lohnarbeit in der Verlags- und Manufakturproduktion sowie die unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Landwirtschaft in den Territorien östlich

27 Ebenda, S. 14.

28 Ebenda, S. 15f.

29 Kulischers Buch, eine aus dem Russischen übersetzte Arbeit, solle man, so Jürgen Kuczynski in seiner Einleitung „nicht als Lehrbuch! Aber als Materialbuch“ benutzen. Josef Kulischer, *Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit*, 2 Bde., Berlin (Ost) 1954, Zitat, Bd. 1, S. VII. Die Darstellung von Hans Hausscherr, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*. Vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, Weimar 1954, war von einem liberalen Standpunkt aus geschrieben. Kuczynskis entsprechende Arbeiten (vgl. Kapitel 4) trugen keinen strengen Lehrbuch-Charakter.

30 Mottek, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. I, S. 163. Mottek verwendet durchgehend die Abkürzung Jh., die der besseren Lesbarkeit wegen in den Zitaten aufgelöst wird.

und westlich der Elbe. Schon der erste Band des Lehrbuches war durch ein komplexes Herangehen an die wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, Organisation der Produktion und Gesellschaft, marxistisch gesprochen: zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, gekennzeichnet. Auf der Historiker-Tagung im Juni 1952 hatte Mottek betont, es gelte, „an die ökonomischen Leistungen in der Geschichte des deutschen Volkes in der Vergangenheit anzuknüpfen und in dieser Hinsicht auch unsere historischen Darstellungen einer gewissen Korrektur zu unterziehen ... Bei der Darstellung der ökonomischen Leistungen des deutschen Volkes muß man auf die beträchtlichen Leistungen eingehen, die auch unter den kapitalistischen Verhältnissen erreicht worden sind ... Ich habe das auch bei meinen Vorlesungen versucht, indem ich nachwies, daß schon in früheren Perioden die deutschen Arbeiter und Ingenieure gewaltige Leistungen vollbrachten.“³¹ Diese Betrachtungsweise durchzog auch den ersten Band der „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“. Retrospektiv erscheint das Buch innerhalb des Mottekschen Schaffens als langer Anlauf für seine Untersuchungen zur Geschichte der industriellen Revolution.

3. Probleme der industriellen Revolution

Der Begriff der industriellen Revolution (*révolution industrielle*) erschien möglicherweise erstmals 1827 im Pariser „Journal des Artistes“.³² Friedrich Engels nahm den Terminus seit 1844 in seine Untersuchungen zur Geschichte der englischen Arbeiterklasse auf und bezeichnete damit die doppelte wirtschaftliche und soziale Umwälzung, die in ihrer Geschwindigkeit und ihrem Ausmaß ohne Beispiel in der bisherigen Geschichte war.³³ Die Dampfmaschine und die Textilmaschinen, wiederholte Engels wenig später, gaben „den Anstoß zu einer industriellen Revolution, einer Revolution, die zugleich die ganze bürgerliche Gesellschaft umwandelte und deren weltgeschichtliche Bedeutung erst jetzt anfängt erkannt zu werden.“³⁴ In Deutschland zögerten Nichtmarxisten lange, den Begriff der industriellen Revolution zu verwenden und sprachen statt dessen von der Industrialisierung. Doch wurde im 20. Jahrhundert die Bezeichnung industrielle Revolution schließlich allgemein akzeptiert.³⁵

Für Hans Mottek stellte sich besonders die Frage, „wie die von England her bekannten Prozesse sich nun in Deutschland abgespielt haben“, wie er 1960 in der Einleitung zu einem gemeinsam mit seinen Schülern verfaßten Studienband schrieb. Die Geschichtsschreibung dürfe nicht bei der „Darstellung und Analyse der großen Klassenkämpfe der deutschen Geschichte“ stehenbleiben, da die Kenntnis historischer Prozesse gerade für den Marxisten

31 Historiker-Tagung, 7./8. Juni 1952, in: ABBAW, NL A. Meusel, Bl. 53f.

32 Zur Begriffsgeschichte vgl. Gerd Hardach, *Die Industrielle Revolution*, in: *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt*, S. 108–123.

33 Friedrich Engels, *Die Lage Englands. Das 18. Jahrhundert*, in: MEW, Bd. 1, Berlin (Ost) 1956, S. 563.

34 Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, in: MEW, Bd. 2, Berlin (Ost) 1957, S. 237.

35 Vgl. Hubert Kiesewetter, *Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914*, Frankfurt a. M. 1989, S. 13f.

„von dem Verständnis der Entwicklung der ökonomischen Basis, des ökonomischen Hintergrundes, abhängt.“³⁶

Er wollte in seinen umfangreichen „einleitenden Bemerkungen“ zu dem Sammelwerk auch „bestimmte Gedanken ..., die bei den Vorarbeiten zum 2. Band der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands entstanden sind, zur Diskussion ... stellen“.³⁷ Dabei standen Mottek und seine Mitarbeiter wie alle Forscher vor dem Problem der komplizierten Quellenlage. Diese „ist dadurch gekennzeichnet, daß es sich bei dem im Augenblick zugänglichen Quellen vor allem um Urkunden aus staatlichen Archiven handelt, die im Rahmen staatlicher Verwaltungstätigkeit entstanden oder staatlichen Behörden zugegangen sind. Wirtschaftliche Vorgänge werden aber aus solchen Urkunden nur insoweit – jedenfalls unmittelbar – sichtbar, als sie den betreffenden Staatsbehörden in jener Zeit sichtbar waren.“³⁸

Diese Forschungen zur industriellen Revolution unterschieden sich in ihren Schlußfolgerungen bemerkenswert von Jürgen Kuczynskis Arbeiten:

In seiner „Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte“ bezeichnete Kuczynski 1949 als industrielle Revolution „den Übergang zur Fabrikproduktion, zum industriellen Kapitalismus“, die in Deutschland als eine „Revolution von außen“ und „von oben“ initiiert worden sei: durch die siegreichen Heere der Französischen Revolution und durch die Konzessionen der Junker, die nach der Abschaffung der Leibeigenschaft gezwungen waren, mit freien Lohnarbeitern kapitalistisch zu wirtschaften, ohne daß der Feudalismus wirklich abgeschafft wurde.³⁹ Ein Vierteljahrhundert später unterstrich Kuczynski, die „Revolution der Produktivkräfte bemächtigte sich vor allem der Industrie und brachte hier eine wesentliche Veränderung der Produktionsverhältnisse, die durch die Umwandlung der Manufaktur in die Fabrik gekennzeichnet ist – die Fabrik, die mit Maschinen arbeitet, mit Maschinen, die von Arbeitern bedient werden.“ Kuczynski hob die industrielle Anwendung von Dampf- und Werkzeugmaschinen hervor.⁴⁰ Während Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ den Aufschwung und die Umwälzung in Metallurgie und Bergbau als Bestandteil der industriellen Revolution sah, lehnte es Kuczynski 1957 dezidiert ab, die rasche Entfaltung von Bergbau und Hüttenwesen oder die Einrichtung von chemischen Werkstätten sowie von Betrieben der Transportindustrie, in denen Werkzeugmaschinen keine Rolle spielten, als wichtigen Teil der industriellen Revolution zu sehen.⁴¹ „Dabei erweist sich die Unrichtigkeit des von J. Kuczynski vertretenen Standpunktes aber gerade dann“, so Mottek, „wenn wir beim Komplex der industriellen Revolution in England den Schwerpunkt auf die *sozialökonomische* Umwälzung legen; denn es handelt sich doch auch bei Hütten, Bergwerken und großen Transportunternehmungen um kapitalistische Betriebe. Weiterhin besteht das Gemeinsame zwischen ihnen und den Fabriken darüber hinaus gerade darin, daß bei *beiden Gruppen* das konstante fixe Kapital im Gegensatz zu den zentralisierten Manufakturen nicht nur in Form von Gebäuden, sondern auch von Kraftmaschinen und anderen Apparaturen,

36 Hans Mottek, Vorwort, in: Hans Mottek/Horst Blumberg/Heinz Wutzmer/Walter Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (Ost) 1960, S. 7f. Das Werk wurde 1975 vom Verlag „das europäische buch“ (deb) in Westberlin nachgedruckt.

37 Ebenda, S. 9.

38 Ebenda.

39 Jürgen Kuczynski, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1949, S. 213.

40 Jürgen Kuczynski, Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin (Ost) 1975, S. 35.

41 Vgl. Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin (Ost) 1957, S. 7.

eine beträchtliche Rolle spielt, weshalb es richtig ist, *beide Gruppen* unter dem Begriff *kapitalistische Industriebetriebe* zusammenzufassen.“⁴²

Davon ausgehend, gelangte Mottek zu einer von Kuczynski verschiedenen sozialgeschichtlichen Interpretation der technischen Umwälzungen, wie sie in der Metallurgie durch Koksöfen oder im Bergbau durch die für die Pumpen und die Förderung verwendeten Dampfmaschinen aufkamen. Diese Veränderungen würden nicht erst der kapitalistischen Betriebsform in diesen Bereichen zur Herrschaft verhelfen, kapitalistische Betriebe in diesen Wirtschaftszweigen bestünden bereits vorher. „Die Bedeutung der technischen Umwälzung in diesen Zweigen liegt vielmehr vor allem darin, daß sie die Schranken gegen eine Massenanlage von fixem konstanten Kapital,⁴³ daß sie die Schranken gegen eine rasche Steigerung der Produktion in diesen und den davon abhängigen Zweigen beseitigte. Das führte zu einem raschen Wachstum des kapitalistischen Sektors im allgemeinen und besonders jenes entscheidenden Teiles dieses Sektors, der in kapitalistischen Industriebetrieben besteht. Und gerade diese quantitative Steigerung trug wesentlich auch zum Wachstum des industriellen Proletariats bei, aus dessen Geschichte ja weder die Hütten noch – trotz der damals noch fehlenden Werkzeugmaschinen – die Bergarbeiter auch im 19. Jahrhundert wegzudenken sind. Industrielles Proletariat und industrielle Bourgeoisie können nur auf Grundlage solcher quantitativen Prozesse, die man auch vom sozial-ökonomischen Gesichtspunkt aus nicht geringschätzig betrachten darf, zu den entscheidenden Klassen der Gesellschaft werden.“⁴⁴ Motteks Interpretation der industriellen Revolution war in der DDR wesentlich für die Beurteilung von Industrialisierungsprozessen insgesamt.

Am prägnantesten vertrat Mottek seine Auffassung vom Charakter der industriellen Revolution im zweiten Band seiner „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“, der 1964 erschien. In Deutschland sei es noch offensichtlicher als in England, daß durch die Anwendung von Werkzeugmaschinen noch nicht entschieden sei, ob sich die kapitalistische Produktionsweise im außeragraren Sektor durchsetze, ob eine rasche Verschiebung der Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft und damit auch ein eigener Beitrag zur zyklischen Entwicklung des Kapitalismus einsetze. Darum „ist es in Deutschland noch notwendiger, zwischen der Vorbereitungsperiode, die schon in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts beginnt, und der eigentlichen industriellen Revolution zu unterscheiden, die mit dem Übergang zur massenhaften Anlage von konstantem fixem Kapital in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, vor allem aber Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts einsetzt. In Deutschland lag also zwischen dem Auftauchen der ersten vereinzelter Fabriken und dem Beginn der massenhaften Anlage von konstantem fixen Kapital ein noch weit längerer Zeitraum als in England, ohne daß jedoch auch hier der unmittelbare Zusammenhang zwischen beiden verlorenging.“⁴⁵ Kuczynski hatte hingegen, wie wir gesehen haben, den Beginn der

42 Hans Mottek, Einleitende Bemerkungen – Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: Hans Mottek u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution ..., S. 12. Hervorhebungen im Text.

43 Im Unterschied zum variablen Kapital: den Löhnen.

44 Mottek, Einleitende Bemerkungen, S. 12f.

45 Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. II: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin (Ost) 1964, hier zit. nach der 2. Aufl. 1972, S. 76. – Motteks Schüler folgten hierin ihrem Lehrer. So hob Lothar Baar in seiner Dissertation hervor: „Von der industriellen Revolution kann aber erst dann die Rede sein, wenn die Anlage solcher Maschinen, Apparaturen und Einrichtungen, die Anlage von konstantem fixem Kapital einen Umfang annimmt, der die ganze wirtschaftliche Entwicklung beeinflußt und zur Grundlage der zykli-

industriellen Revolution mit der Niederlage Preußens gegen Napoleon und den darauf folgenden Reformen datiert. Seine „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ lehnte sich an geschichtliche Daten – 1789, 1807, 1848/49, 1871 – an.

Mottek wandte sich dagegen, die Wirtschaftsgeschichte allzu eng nach den Daten der politischen Geschichte zu periodisieren. In seiner strukturgeschichtlichen Interpretation war die bürgerliche Revolution nicht nur eine politische Umwälzung, sondern schloß in einem umfassenderen Sinn die Auflösung aller feudalen Institutionen ein, die der Entfaltung des Kapitalismus im Wege standen. Dieser strukturelle Wandel bezog auch die Agrar- und Gewerbereformen ein. Im Unterschied zu England ging in Deutschland die bürgerliche Revolution der industriellen Revolution nicht voran, sondern beide Prozesse, beide Komponenten der Doppelrevolution, entfalteten sich parallel in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts in einem dialektisch aufeinander bezogenen Prozeß.⁴⁶

Motteks These, daß die Kapitalakkumulation in der industriellen Revolution sprunghaft zugenommen habe, zeigt, wie Jürgen Kuczynski bemerkte, Anklänge an Walt Rostows Theorie des *Take-off*, die dieser 1960 in seinem Buch „The stages of economic growth“ vortrug.⁴⁷ Nach dieser Variante der Modernisierungstheorie, die in den sechziger Jahren zu großem Einfluß gelangte, erfolgte der Übergang von der traditionellen stationären Gesellschaft zum modernen Wirtschaftswachstum in einer historisch relativ kurzen Phase von zwei bis drei Jahrzehnten. Rostow benannte als wesentliche Merkmale dieses Entwicklungsschubs die Herausbildung wachstumsfördernder sozialer Institutionen, einen starken Anstieg der Investitionsquote sowie die Entwicklung moderner Leitsektoren mit überdurchschnittlich hohem Wirtschaftswachstum. Mottek betonte zur gleichen Zeit, die steigende Kapitalakkumulation habe in der britischen Wirtschaft um 1780 „eine beschleunigte Steigerung der gewerblichen Produktion“ und „eine gewaltige Beschleunigung vor allem in solchen Zweigen (ausgelöst), in denen zentralisierte kapitalistische Betriebe mit einer neuen Technik bestimmend wurden“; Mottek erbrachte hierfür Beispiele aus der Textil-, doch auch aus der Eisenindustrie, dem Berg- wie dem Schiffbau.⁴⁸

Der Vergleich mit Rostow, hat jedoch seine Grenzen. Nach Rostows Theorie harmonisiert das durch den *Take-off* ausgelöste Wirtschaftswachstum die sozialen Konflikte in den westlichen Gesellschaften. Hingegen betonte Mottek, daß die Quantität der Kapitalakkumulation in die Qualität einer sozialen Revolution umschlug und eine Gesellschaft hervorbrachte, die durch den antagonistischen Konflikt zwischen Kapital und Lohnarbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat geprägt sei; eine Sichtweise, die auch durch Eric Hobsbawm eine weite Verbreitung erfuhr.⁴⁹

schen Bewegung des Kapitalismus wird.“ Lothar Baar, *Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution*, Berlin (Ost) 1966, S. 12.

46 Diese von Kuczynski abweichende Interpretation Motteks vernachlässigte Henning in seinem Exkurs zu marxistischen Arbeiten über die industrielle Revolution. Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, *Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands*, Bd. 2, Paderborn etc. 1996, S. 25ff.

47 Deutsche Ausgabe: Walt Whitman Rostow, *Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*, Göttingen 1960. Vgl. Jürgen Kuczynski, *Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832 (Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23)*, Berlin (Ost) 1964, S. 21. Mottek empfand diesen Vergleich als nicht zutreffend. Mitteilung von Thomas Kuczynski an den Verfasser.

48 Mottek, *Einleitende Bemerkungen*, S. 15.

49 Vgl. Eric J. Hobsbawm, *Europäische Revolutionen 1789–1848*, München/Zürich 1962; ders., *Industrie und Empire*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

In seiner „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“ zog Mottek wiederholt den Vergleich zu England, zu dem Land, das er in seinen Exiljahren so genau hatte studieren können. Er hob die Unterschiede hervor, die durch natürliche Ressourcen, sozio-kulturelle Rahmenbedingungen, historische Traditionen, Unternehmenskultur und Wirtschaftspolitik bedingt waren. Er fand (mindestens indirekt) Berührungspunkte mit Alexander Gerschenkron, der in einer wichtigen Arbeit 1952 betont hatte, daß ein später Start in die industrielle Revolution die Entwicklung beschleunigen könne und mit Vorteilen verbunden sei – Vorteile, die aus der Anwendung modernster Technologien, der Förderung von Kapitalakkumulation durch Banken, Aktiengesellschaften und einen organisierten Kapitalmarkt, oder auch durch eine aktive staatliche Industrialisierungspolitik resultierten.⁵⁰

Im dritten Band des Lehrbuches wies Mottek, hier an seine Dissertation anknüpfend, auch auf den Zusammenhang von Staatsinterventionen und militärischem Interesse bei der Industrieförderungs- wie der Eisenbahnpolitik des Deutschen Reiches nach 1871 hin.⁵¹ Er untersuchte nicht nur die sozialen Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts, sondern wandte sich auch dem historischen Verhältnis von Produktion und Natur zu.

4. Materielle Produktion und natürliche Umwelt

Seitdem Hans Mottek an der Hochschule für Ökonomie Studenten ausbildete, beschäftigte ihn das Eingreifen des Menschen in die Natur und dessen ambivalente Wirkungen. So las er schon seit 1951 über die Entwicklung des Bewässerungsfeldbaus in Asien und Afrika und zeigte, wie vorteilhaft und zugleich gefährlich sich das Verhältnis von Mensch und Umwelt dabei gestaltete.⁵²

In seinen frühen Veröffentlichungen, so im ersten Band des Lehrbuches, hatte Mottek beispielsweise die flächendeckenden Rodungen in Mittel- und Westeuropa noch beschrieben, ohne deren Auswirkungen auf die Natur genauer zu untersuchen. Seit Ende der sechziger Jahre setzte er sich mit den drängenden Fragen der Beziehung des Menschen zu seiner Umwelt unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten auseinander.

Am 20. November 1969 äußerte er in einem Schreiben an den Akademie-Präsidenten Hermann Klare den Gedanken, daß sich die Wirtschaft stärker Fragen des Lebensmilieus zuwenden solle. Wenig später, am 7. Januar 1970, unterbreitete er Klare den Vorschlag, die Akademie möge eine Problemklasse schaffen, um Grundfragen der bewußten Gestaltung der Umwelt zu erörtern, an die sich koordinierte Spezialforschungen anschließen sollten. Mottek fügte einen Diskussionsbeitrag vom 9. Dezember 1969 bei, der die „Anwendung von Methoden der prognostischen Bedürfnisforschung in der sozialistischen Industrie“ zum Inhalt hatte. Entsprach die Formulierung des Themas dem Zeitgeist der späten Ära Ulbricht,

50 Vgl. Alexander Gerschenkron, *Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive* (1952), in: Rudolf Braun u. a., *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*, Köln 1971.

51 Vgl. Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß*, Bd. III: *Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus* 1945, Berlin (Ost) 1974, 2. Aufl. 1975, bes. S. 118f.

52 Vgl. Walter Becker, *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt: „Notgemeinschaft Erde“ – Erinnerung an Hans Mottek*, in: *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt*, S. 75. Nach diesen Erinnerungen Beckers auch das folgende.

war Motteks Idee der Veränderung von Bedürfnisstrukturen in der Geschichte wohl eher unüblich. Er begründete dabei auch seinen Gedanken, die Gesellschaft müsse den Fragen der Umwelt eine stärkere Beachtung schenken.⁵³

Nach einer längeren Anlaufphase wurde Mottek, der seit 1971 Akademie-Mitglied war, mit Beginn des Jahres 1974 Leiter des „Wissenschaftlichen Rates für Umweltforschung“ bei der Akademie. Damit verbunden war die Leitung der „Forschungsstelle Umweltgestaltung“. Diese wurde 1976 mit dem Leipziger „Institut für Geographie zum Institut für Geographie und Geoökologie“ vereinigt. Mottek, der inzwischen emeritiert war, wurde nach dem Bericht eines seiner Schüler aus der Leitung der Forschungsstelle hinausgedrängt und war am Aufbau des Nachfolge-Instituts nicht mehr beteiligt. Der von ihm geleitete Rat wurde im gleichen Jahr, wohl auf direkte Weisung Erich Honeckers, ohne sachliche Begründung aufgelöst.⁵⁴

Mottek betonte, daß sich die gesellschaftlichen und natürlichen Wirkungen der Produktion nicht im Produkt und seiner Konsumtion erschöpften, sondern vielmehr Auswirkungen auf den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zeitigten.⁵⁵ Diese seien unter anderem an den „Kosten der Umweltschädigung“ abzulesen – er sprach sich gegen den Begriff der „Kosten des Umweltschutzes“ aus, der das Problem beschönige.⁵⁶ Die Wirtschaftsgeschichte habe ökologischen Fragen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, betonte er ein um das andere Mal.⁵⁷ Er hob das interdisziplinäre Herangehen und gemeinsame Anstrengungen von Wissenschaftlern unterschiedlichster Fachrichtungen hervor: „Umweltschutz sollte in diesem Sinne Schonung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen (anstreben), darüber hinaus sollte Umweltgestaltung im allgemeinen, wie sie der Urbanisierungsprozeß aufwirft, im Vordergrund verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen stehen.“⁵⁸

Mottek sah die Erde als Notgemeinschaft aller Menschen, ungeachtet ihrer möglicherweise gegensätzlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen oder ihrer sehr unterschiedlichen kulturellen und religiösen Prägung. „Gewichtige Probleme, die globale oder interregionale Anstrengungen erfordern“, werden, so Mottek, „nicht an den Grenzen der sozialökonomischen Systeme enden.“⁵⁹

Mit diesen Gedanken hätte Mottek der in den achtziger Jahren in der DDR entstehenden Umweltbewegung Stichworte geben können. Doch ein Bündnis zwischen den zumeist jüngeren Umweltaktivisten und der älteren Generation kommunistischer Intellektueller entstand nicht – die einzige Ausnahme war bekanntermaßen Robert Havemann, der sich nicht nur in seinen letzten Jahren mit der Anwendung marxistischer Kategorien auf ökologische Probleme befaßte, sondern auch aktiv für eine sozialistische Demokratisierung der DDR eintrat. In seinem Spätwerk „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg“ entwarf Have-

53 Referiert nach der Zusammenfassung des Papiers bei Horst Paucke, Hans Mottek – ein Initiator der Umweltforschung der DDR, in: Wirtschaftsgeschichte und Umwelt, S. 89f. Hiernach auch das folgende.

54 Informationen nach Meyer, S. 340.

55 Mottek schrieb von „indirekten Wirkungen“ der Produktion. Hans Mottek, Zu einigen Grundfragen der Mensch-Umwelt-Problematik, in: Wirtschaftswissenschaft, 1972, Nr. 1, S. 36–43.

56 Vgl. ebenda, S. 42, sowie Hans Mottek, Umweltschutz – ökonomisch betrachtet, in: Wissenschaft und Fortschritt, 1974, Nr. 5, S. 194–198.

57 Vgl. Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte und Umwelt, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1974, Bd. II, S. 77–82, sowie bereits ders., Zu einigen Grundfragen ..., S. 36ff.

58 Mottek, Wirtschaftsgeschichte und Umwelt, S. 82.

59 Mottek, Umweltschutz – ökonomisch betrachtet, S. 194.

mann eine utopische Gesellschaft, in der sich das Leben auf hohem Niveau einer naturverträglichen, die Ressourcen schonenden Technik vollzieht, wachstumsfrei und ohne forcierte Aufmerksamkeit für den technischen Fortschritt. Zwischenmenschliche Beziehungen und Aufmerksamkeit für die Natur stellte Havemann an die Spitze seiner Prioritätenskala. Damit reagierte er auf den ersten Bericht des Club of Rome aus dem Jahre 1972, der für ihn „das Ende einer wachstumsbesessenen industriellen Zivilisation“ einleitete.⁶⁰

Havemann sah die ökologische Krise als ein Gericht, vor dem alle zeitgenössischen Industriegesellschaften für schuldig befunden werden, die Lebensgrundlagen für Menschen und Natur zu zerstören. Der Kapitalismus könne kein Gleichgewicht herstellen, Wachstum um jeden Preis sei sein ökonomisches Bewegungsgesetz. Seine Zeit sei abgelaufen. Doch der reale Sozialismus folge nur epigonal den Wachstumszwängen und der Ideologie des Kapitalismus. Mit seinen ökonomischen und politischen Voraussetzungen „wird er im Wettbewerb mit dem Kapitalismus nur dessen sämtliche ökonomische Widersinnigkeiten zu reproduzieren suchen, ohne auch nur einen einzigen Vorteil dieses Konkurrenzsystems nutzen zu können ... Und gegenüber der herannahenden weltweiten ökonomischen und ökologischen Krise wird der reale Sozialismus womöglich noch blinder sein als sein angebetetes ökonomisches Vorbild.“⁶¹

Mottek war, ungleich Havemann, kein unbezähmbarer Rebell, der es mit der geballten Staatsmacht der DDR aufnahm. Er schrieb auch nicht, wie es Fritz Behrens tat, politisch explosive Schriften, um sie in der Schublade zu verwahren. Er suchte durch sein wissenschaftliches Wirken drängende Probleme lösen zu helfen. Nach dem Ende des realen Sozialismus, der sich in der Tat gegenüber der herannahenden Weltkrise, vor allem aber gegenüber dem Demokratiebestreben seiner Bürger als machtlos erwiesen hatte, setzte er sich mit Behrens' Kritik am Gesellschaftsmodell der DDR auseinander.

In einer Rezension zu Behrens' Nachlaßwerk „Abschied von der sozialen Utopie“ schrieb Mottek 1992, schon in den siebziger Jahren habe sich „der Staat des bürokratischen Kapitalismus“ als nicht leistungsfähig genug erwiesen, um die drängenden ökonomischen wie ökologischen Aufgaben zu lösen. „Und das nicht nur deshalb, weil das dem Kapitalismus entgegenstand, sondern wegen der immanenten Leistungsschwäche einer nicht demokratisch kontrollierten Bürokratie, die keineswegs nur im Realsozialismus zu finden war.“ Demokratie bedeute auch und zunächst eine Kontrolle der Bürokratie. Eine Protestbewegung gegen die immer unerträglicher werdenden Zustände könne jedoch auch antidemokratisches, autoritäres, ja faschistisches Potential freisetzen.⁶² Es gäbe, so Mottek, keine Gesetzmäßigkeiten, die eine humane und sozialistische Gesellschaft garantierten.

Vielleicht war es gerade die passive Erwartungshaltung vieler alter Kommunisten, darunter der Remigranten, auf eine – letztlich unmögliche – sozialistische Reform von oben gewesen, die sie selbst zögern ließen, sich aktiv für Demokratie in der DDR einzusetzen. Bis zuletzt gingen sie von prinzipiell gemeinsamen Interessen der SED-Führung und der Histo-

60 Robert Havemann, *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg*, Halle/Leipzig 1990, S. 7 (zuerst München 1980). Vgl. Dieter Hoffmann/Hubert Laitko, Robert Havemann – ein nichtkonformer Kommunist in Deutschland, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), *Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus*, Mainz 1993, S. 320–338, 2. Aufl., Hamburg 2000, S. 398–418.

61 Havemann, S. 57f.

62 Hans Mottek, *Die Zukunft der sozialistischen Utopie und die Existenzfragen der Menschheit. Gedanken zu Fritz Behrens' Buch „Abschied von der sozialen Utopie“*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 1992, Nr. 5, S. 108f.

riker aus. Damit wurden sie zu Opfern ihrer eigenen Vorstellungen. Es war nicht die Parteispitze, die die Wissenschaftler am Gängelband führte und ihre Ideen unterdrückte. Vielmehr sahen die Historiker, ungeachtet aller Probleme und Konflikte, die Parteivormundschaft als ein zwar negatives, doch mindestens zeitweilig unvermeidliches Entwicklungsproblem an, das im Verlauf der gesetzmäßigen Höherentwicklung durch die sozialistische Gesellschaft gelöst werden sollte. Wie eine solche Lösung aussehen würde, darüber machten sich auch die Remigranten nur wenig Gedanken – jedenfalls nicht genug, um eine aktive, vom Volk ausgehende Demokratisierung der Gesellschaft zu unterstützen oder gar einzufordern.

3. TEIL:

RÜCKKEHR AUS DEN USA UND DER TÜRKEI

KAPITEL 6

Vom „organischen“ Intellektuellen zum Parteihistoriker. Albert Schreiner (1892–1979)

Albert Schreiner hat seinen Platz in der wechselvollen Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland vor allem als Parteijournalist und als bekannter Militärschriftsteller, nicht zuletzt durch seine Tätigkeit in den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Sein Leben und sein intellektuelles Wirken verweisen auf allgemeine Merkmale ostdeutscher Geschichtswissenschaft in ihrer frühen Phase. Schreiners Herkunft und ein zeitweiliger politischer Richtungswechsel innerhalb des organisierten Kommunismus gaben diesem Leben indes spezifische Züge, verliehen Schreiner gewissermaßen einen Außenseiter-Status unter den DDR-Historikern.

Schreiner entstammte nicht dem Bürgertum, sondern dem Proletariat. Er war ein *organischer Intellektueller* im Sinne Antonio Gramscis: Er erwarb sein Wissen nicht durch Studium und akademische Arbeit, sondern in der praktischen beruflichen Tätigkeit und in der Arbeiterbewegung. Schreiner gehörte zu jenen Intellektuellen, die, von einer sozialen Gruppe hervorgebracht, dieser Gruppe „nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet Homogenität und das Bewußtsein ihrer eigenen Funktion verleihen.“¹ Albert Schreiners Leben war zu unterschiedlichen Zeiten von Parteiarbeit, politischem Außenseitertum, Exil und wissenschaftlicher Tätigkeit geprägt, gänzlich unterschiedliches Können war gefragt. Die Aneignung und Vermittlung von politischem Bewußtsein ist das eine, der Erwerb von professionellen Fähigkeiten, die zur Ausübung des Historikerberufes unerlässlich sind, etwas anderes. Nur bei wenigen trat diese Grundproblematik der frühen DDR-Geschichtswissenschaft so deutlich zutage wie bei Albert Schreiner.

1. Der intellektuell tätige Berufsrevolutionär

Albert Hermann Schreiner wurde am 7. August 1892 in Aglasterhausen, Kreis Mosbach in Baden, geboren.² Sein Vater war ein gewerkschaftlich und politisch organisierter Metalldre-

1 Antonio Gramsci, *Quaderni del carcere*, Heft 12, zit. nach: Ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, hg. von Guido Zamis, Leipzig 1980, S. 222.

2 Die biographischen Daten entstammen, wenn nicht anders vermerkt, folgenden Quellen: Albert Schreiner, *Lebenslauf* (Abschrift), in: SAPMO-BArch, SgY 30/0850, Bl. 1–3 (im folgenden: Schreiner, *Le-*

her. „Meine Mutter“, schrieb der siebenundachtzigjährige Schreiner in einem ausführlichen Lebenslauf, „entstammte der Familie eines Landmetzgers. Sie hatte ein hartes, arbeitsreiches Leben, um 11 Kinder, wovon 7 am Leben blieben, über Wasser zu halten, denn der Vater war oft arbeitslos, vor allem in Zeiten der Krisen, und ohne Unterstützung gab es entbehrungsreiche Wochen und Monate.“³ Schreiner, der als Kind die Religion „sehr ernst“ nahm,⁴ besuchte sieben Jahre die Volksschule in Chemnitz, das achte Jahr wurde ihm wegen guter Leistungen erlassen. Vom 10. Lebensjahr an mußte er als „Ausläufer“ (Bote) zum Lebensunterhalt der Familie beitragen.

1906 siedelte die Familie nach Stuttgart über, wo Schreiner im folgenden Jahr eine Lehre als Maschinenschlosser – mit elfstündiger Arbeitszeit – aufnahm. Abends besuchte er eine Fachschule. 1911 bestand er die Gesellenprüfung mit „gut“. Da er als Lehrling einen großen Teil seiner Kollegen für den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und für die neu gegründete Sozialistische Arbeiterjugend gewonnen hatte, der er ab 1908 angehörte, wurde er nach Beendigung der Lehrzeit sofort entlassen.

Stuttgart war vor dem Ersten Weltkrieg eines der Zentren der deutschen Sozialdemokratie. Hier lebten solche für die sozialdemokratische Bildungsarbeit wichtigen Persönlichkeiten wie Arthur Crispian, Hermann und Käte Duncker, Edwin Hoernle, Clara Zetkin, aber auch, gleich Albert Schreiner, dem Proletariat entstammende Publizisten und Gewerkschafter wie Fritz Westmeyer, ein Opfer des Ersten Weltkrieges, und Jacob Walcher. Er schloß Freundschaft mit dem später als „roter Geiger“ bekannten Eduard Soermus.

Am 7. August 1910 trat Schreiner der SPD bei. Das Jahr 1911 sah ihn auf Wanderschaft durch Italien, die Schweiz, Österreich und Ungarn. Danach arbeitete er in Dresden als Mechaniker in der Fotobranche und nahm seine erste gewerkschaftliche Funktion als Betriebsobmann bei Ica Dresden-Reik wahr.

Im Oktober 1912 zur Infanterie nach Freiberg eingezogen, erlebte Schreiner den Beginn des Ersten Weltkrieges als Soldat. Im August 1914 kam er an die Westfront und war bis 1917 im Frontdienst, seit 1916 als Offiziersstellvertreter. Im September 1918 verwundet, benutzte er seinen Urlaub, um sich von der Truppe zu entfernen. Am 13. September 1918 heiratete er Emma Hermann (1892–1973).

Ende Oktober 1918 wurde Schreiner Mitglied des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates. Am 5. November 1918 gab er dessen Zeitung heraus, die den Titel „Die Rote Fahne“ trug.⁵

Mit Ausbruch der Revolution wurde Albert Schreiner Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates, der ihn Ende November 1918 als Kriegsminister in die erste württembergische Revolutionsregierung berief. Er übte diese Funktion aber nur einen Tag aus. Im Dezember nahm er am ersten Reichsrätekongreß in Berlin teil und wurde Mitbegründer der KPD in Württemberg.

benslauf 1); D. L. (Dieter Lange), Albert Schreiner zum Gedenken, in: ZfG, 1979, Nr. 12, S. 1179f.; Joachim Petzold, Albert Schreiner (1892–1979), in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin (Ost) 1979, S. 280–299; Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, Bd. 2, Frankfurt 1969, S. 289f.; Theodor Bergmann, „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, S. 422f.

3 Ein Exemplar dieses im Januar 1978 abgeschlossenen Lebenslaufes, das 21 Seiten umfaßt, befindet sich in der MfS-Akte über Schreiner: BStU, MfS-Zentralarchiv, HA IX/11, Bd. 286, Bl. 20 (im folgenden: Schreiner, Lebenslauf 2).

4 Ebenda, Bl. 21. Hiernach auch das folgende.

5 Vgl. Albert Schreiner, Die erste „Rote Fahne“ in Stuttgart, in: ND, 6. Dezember 1958.

Anfang 1919 war er der militärische Führer der Januarkämpfe in Stuttgart, die auch dort zum Rückzugsgefecht der Revolution wurden. Nach der Niederlage der Aufständischen wurde Schreiner verhaftet und bis Juni 1919 in Untersuchungshaft in Rothenburg gehalten. Daran anschließend wurde er jedoch nach vierzehntägiger Verhandlung im Prozeß gegen Hoernle und Genossen freigesprochen. Bis zu seiner erneuten Verhaftung nahm Schreiner seine „agitatorische und journalistische Tätigkeit“ wieder auf.⁶ Zum Jahreswechsel 1919/20 nahm er nach eigenen Angaben an einer geheimen Parteischulung in Hanau teil, und ging danach als Volontär zur „Roten Fahne“ nach Berlin.

Während des Kapp-Putsches war er wieder in Stuttgart. 1929 schilderte er in der „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“ die erfolgreiche Abwehr dieses konterrevolutionären Staatsstreiches durch die Arbeiterbewegung. In Württemberg kam es „lediglich zu einem befristeten Generalstreik von 48 Stunden, der am Dienstag, dem 16. März, einsetzte und am Donnerstag bereits wieder beendet war. In 47 Betrieben des Stuttgarter Industriegebiets wurden Arbeiterräte gewählt. Die USPD „trieb dabei ein elendes Doppelspiel. Ihr linker Flügel gab vor, für die Wahl von Arbeiterräten zu sein, und Dißmann sabotierte. Dißmann, der den überragenden Einfluß in der USPD hatte, spielte die Führung der Bewegung den Gewerkschaften in die Hände. Seinem Einfluß ist das Versanden der Aktion vor allen Dingen mit zuzuschreiben.“⁷ Dieses schiefe Urteil über Robert Dißmann war wohl der Tatsache geschuldet, daß der USPD-Gewerkschafter 1922 zur SPD zurückgekehrt war, statt sich dem radikalen USPD-Flügel der KPD anzuschließen. Schreiners Verdikt, schon damals falsch, fand auch in der späteren DDR-Forschung zum Kapp-Putsch keinen Widerhall.⁸

Die putschistische „Märzaktion“, jene KPD-Revolution in Mitteldeutschland, die im Frühjahr 1921 zur Trennung Paul Levis von der Partei führte, brachte Schreiner in Haft, gegen die er mit einem achttägigen Hungerstreik protestierte. Ende 1921 war er Chefredakteur der Stuttgarter „Süddeutschen Arbeiterzeitung“. 1922 wurde er Landesvorsitzender des KPD-Bezirk Württemberg. Im November 1922 nahm er in Moskau am IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teil. Dort traf er mit Lenin zusammen. Im Jahre 1957 schrieb er seine Erinnerung an jene Tage nieder:

„Hier war er intimer, mehr so, wie wir ihn als begierigen Zuhörer in einer Unterhaltung von manchen Bildern her kennen. Ja, eigentlich konnte man hier von Lenin das Zuhören lernen. Es sprach zuerst Ernst Meyer, die personifizierte Nüchternheit. Den Standpunkt der Ultralinken vertrat die längst zur käuflichen imperialistischen Agentin gewordenen Ruth Fischer ... Offensichtlich war es (Lenin) leichter, Ernst Meyer zu folgen, der, wie gesagt, langsam und abgewogen sprach. Bei Ruth Fischers Phrasenkaskaden hatte es Lenin infolge seines Gesundheitszustandes offenbar schwerer zu folgen, ihm war ... auch die deutsche Sprache nicht mehr ganz geläufig. Mit der rechten Hand am Ohr und seinem verschmitzten Lächeln – die Augen blitzten nur noch aus schmalen Schlitzeln hervor – beugte er den Oberkörper immer weiter vor, so daß er mit dem Kopf schon weit über den Tisch geneigt war,

6 Schreiner, Lebenslauf I, Bl. 1.

7 Der Kapp-Putsch, in: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 483. Hervorhebung im Text.

8 Hier sei auf das spätere positive Urteil über Dißmann im DDR-Standardwerk zum Kapp-Putsch hingewiesen. Vgl. Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin (Ost) 1972, S. 318. Ähnlich Dieter Engelmann/Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993, S. 106, 187 und passim.

und bei jeder neuen Redeblüte zog er mit der linken Hand seinen Sessel noch näher an den Tisch heran. Es konnte dem äußeren Eindruck nach zunächst so scheinen, als ob Lenin die Argumentation von Ruth Fischer akzeptieren würde. Aus seinen abschließenden Bemerkungen weiß ich nur noch, daß das nicht der Fall war.⁹

Das Jahr 1923 sollte zum Jahr des „deutschen Oktober“ werden. Im Sommer siedelte Schreiner nach Berlin über, um in der Redaktion der „Roten Fahne“ zu arbeiten. Ab September wurde er illegaler militärischer Leiter der Bezirke Nordwest (Hamburg, Bremen und Hannover), sein Berater war Lazar (Manfred) Stern, der Bruder des künftigen DDR-Historikers Leo Stern.¹⁰

Der „deutsche Oktober“ endete mit dem Fiasko des isoliert gebliebenen Hamburger Aufstandes. Daran anschließend begab sich Schreiner „wegen Krankheit zur Kur“ nach Odesa.¹¹ 1924 kehrte er nach Berlin zurück, um den paramilitärischen Roten Frontkämpferbund (RFB) mit aufzubauen: Er wurde Chefredakteur der „Roten Front“, des RFB-Blattes.¹²

In einer Sitzung der erweiterten Bundesleitung betonte Schreiner im November 1925 die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem überparteilichen, der SPD nahestehenden „Reichsbanner“; ein Hinweis auf sein relativ offenes Verhältnis gegenüber der Sozialdemokratie. Er forderte ein „enges kameradschaftliches Verhältnis“ zwischen Roten Frontkämpfern und proletarischen Reichsbanner-Mitgliedern und damit die Überwindung der „alten Einstellung gegenüber dem Reichsbanner.“¹³

Ein halbes Jahr später, am 21. März 1926, kritisierte Albert Schreiner in der „Roten Fahne“, daß es in der KPD noch falsche antimilitaristische Traditionen anarchistischen und pazifistischen Charakters gebe. „Genossen, die davon behaftet sind, sehen den RFB als eine Militärspielerei, als eine Art roten Militärverein an.“ Schreiner schrieb, die Bestrebungen, den RFB zu verbieten, zeigten, daß die „Institutionen des bürgerlichen Machtapparates besser als ein Teil unserer Parteigenossen den politischen Sinn des RFB als proletarischer Einheitsfrontorganisation begriffen haben ... Nicht die gleichen Blusen und Mützen, nicht der gleiche Marschtritt des RFB, und das ist das, was man als militärisch ansprechen könnte, sind gefährlich.“ Gefährlich für die Bourgeoisie sei der politische Einfluß des RFB, der die Arbeiter der militaristischen Propaganda der rechten Wehrverbände entziehe.¹⁴ Auf dem XI. Parteitag der KPD, der im März 1927 in Essen stattfand, hob Schreiner die Bedeutung des Engagements der parteilosen Arbeiter im RFB hervor.¹⁵ Dies entsprach der damaligen Poli-

9 Albert Schreiner, Begegnung mit Lenin, in: SAPMO-BArch, SgY 30/0850, Bl. 23. Vgl. den Bericht über das Treffen bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. (1950), S. 223ff.

10 Vgl. D. S. Davidovič, Revoljucionnyj krizis 1923g. v Germanii i Gamburgskoe vosstanie, Moskau 1963, S. 219; Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 482f.; Karl Retzlau, Spartakus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1976, S. 247.

11 Schreiner, Lebenslauf 1, Bl. 2.

12 Vgl. Kurt Finker, Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin (Ost) 1981, S. 71, 110. Nach Differenzen mit dem 2. RFB-Vorsitzenden Willy Leow schied Schreiner im Sommer 1927 aus der Bildungsarbeit wieder aus. Er arbeitete danach an der Herausgabe der Schriften Franz Mehrings mit, wie er der Leipziger Universität am 25. August 1947 mitteilte. SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 112.

13 Finker S. 72.

14 Zit. ebenda, S. 81.

15 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2.–7. März 1927, Berlin 1927, S. 24f.

tik der Komintern, wonach „unter günstigen Umständen die Kommunisten Teilforderungen aufzustellen (haben), die geeignet wären, auch halbproletarische und kleinbürgerliche Schichten um sich zu scharen.“¹⁶ Diese Orientierung galt indes nur als taktisch und temporär, als jederzeit widerrufbare Maßnahme.

2. Zwischen KPD und KPDO

Mit dem VI. Weltkongreß der Komintern wurde im August 1928 jene Politik eingeleitet, die im angeblichen „Dritten Turnus von Kriegen und Revolutionen“ die Brücken zur Sozialdemokratie, aber auch zu den antikolonialen Befreiungsbewegungen niederriß. Zur gleichen Zeit gelangten Informationen über einen Korruptionsskandal, die sogenannte Wittorf-Affäre, und die Mitwisserschaft des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann in die Presse. Der fälligen Absetzung Thälmanns als Parteivorsitzender folgte am 6. Oktober 1928 auf Druck Stalins die Wiedereinsetzung durch das Exekutivkomitee der Komintern. Dies zerriß die KPD; eine größere Gruppe erfahrener Funktionäre, zu der Albert Schreiner gehörte, leistete Widerstand gegen die sowjetische Einmischung. Auf einer ZK-Sitzung am 13. und 14. Dezember wurden die Wortführer der Opposition, Heinrich Brandler und August Thalheimer, aus der KPD ausgeschlossen. Jacob Walcher, Paul Frölich, August Enderle und Albert Schreiner wurden ultimativ aufgefordert, sich zu unterwerfen. Sie lehnten ab und gründeten mit einer Reihe weiterer ausgeschlossener oder ausgetretener Genossen am 29. Dezember die KPD-Opposition (KPDO).¹⁷

Die KPDO verstand sich zunächst als eine organisierte Richtung innerhalb des deutschen Kommunismus und erstrebte die „Reform an Haupt und Gliedern“ der KPD. Die Beziehungen zur sowjetischen KP sollten auf der Ebene gleichberechtigter Partner geregelt werden.¹⁸

Die zweite Reichskonferenz der KPDO, die am 19. Oktober 1929 in Weimar stattfand, wählte eine engere und eine erweiterte Reichsleitung. Albert Schreiner gehörte der engeren Leitung zur Erledigung der laufenden Arbeiten an. Zu diesen Arbeiten gehörte die Einrichtung von Schulungskursen, von denen im Winterhalbjahr 1929/30 in Berlin vierundzwanzig angeboten wurden. Schreiner war einer der Referenten.¹⁹

Unter seinen publizistischen Beiträgen für die KPDO-Zeitung „Gegen den Strom“ ist vor allem eine Artikelserie zum Thema „faschistische Parolen und Schlagworte“ hervorzuheben. Sie erschien Anfang 1930, als die NSDAP noch eine kleine Gruppe im Reichstag war.²⁰

Schreiner setzte sich in diesen Artikeln mit faschistischen Propagandaschlagworten wie dem „schaffenden und raffenden Kapital“ der „Zinsherrschaft und Zinsknechtschaft“, der

16 Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1926, S. 48f.

17 Vgl. Bergmann, „Gegen den Strom“, S. 36ff.; Karl Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964, Reprint Hannover 1983, S. 86f., 109ff.

18 Vgl. die Analyse der politischen Plattform der KPDO bei Bergmann, „Gegen den Strom“, S. 48ff.

19 Vgl. ebenda, S. 117, 126.

20 A. Sch., Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 3, S. 49f.; Nr. 4, S. 68 Nr. 5, S. 81f., Nr. 7, S. 112f., Nr. 8, S. 125f.

„Sozialisierung der Banken“, „Kommunalisierung der Großwarenhäuser“ oder der „Verstaatlichung von Trusts“ auseinander.

„Für diejenigen, die dem Faschismus antikapitalistische Tendenzen und Absichten unterstellen, weil solche Stimmungen in seiner Gefolgschaft vorhanden sind, sei nochmals betont, daß der Faschismus mit beiden Beinen auf dem Boden der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse steht“, schrieb Schreiner. Er zitierte Goebbels mit den Worten: „Scharfe Einstellung gegen das Privateigentum? Wo, wann, wie? Beweise! Eigentum ist heilig, wenn es heilig erworben und zum Wohl des Volksganzen verwaltet wird. Ist das bei Börsengängern, Warenhausramschern, Trustschiebern und Bodenspekulanten der Fall?“

Ironisch kommentierte Schreiner diese Passage: „Hier wird also zwischen ‚heilig‘ und ‚unheilig‘ erworbenem Eigentum unterschieden und auch angedeutet, auf welche Art das letztere erworben wird. Die Kapitalistenklasse wird also danach in zwei Faktoren geschieden. Wie mancher Arbeiter wird von Stund an keine Ruhe mehr haben, weil er in völliger Verkennung der wahren Sachlage den falschen Kapitalisten bestreikt hat. Aber daran kann man eben erneut die Wirkung des marxistischen Giftes feststellen, das dem hungernden Proleten dieses feine Unterscheidungsvermögen zwischen ‚heilig‘ und ‚unheilig‘ erworbenem Eigentum raubt. Die Lage wird aber für den Arbeiter noch verwirrter, wenn er gemäß der faschistischen Theorie den ‚heiligen‘ und ‚unheiligen‘ Charakter des Eigentums nach Religion und Nation des Kapitalisten unterscheiden soll.“ Die faschistische Theorie unterscheide zwischen dem mit dem „nationalen Boden“ unlösbar verbundenen Industrie- und Landwirtschaftskapital sowie dem „an keinen Boden gefesselten“ sogenannten „raffenden Leihkapital“.²¹

Am hartnäckigsten, so Schreiner, rücke die faschistische Demagogie dem marxistischen Klassenkampf-Gedanken zu Leibe. Sie stelle dem ihre Antithese vom Rassenkampf gegenüber, der mit Schlagworten wie der „völkischen Erneuerung“ der „geschichtlichen, menschlichkeitserlösenden Mission der germanischen Rasse“ oder dem Kampf gegen die „Überfremdung“ des deutschen Volkes durch die „semitische Rasse“ begründet werde. „Die ökonomischen Grundlagen, die Stellung zum Staat, die Stellung zu allen politischen, kulturellen und weltanschaulichen Fragen sind in der faschistischen Ideologie verknüpft mit der Rassenfrage.“ In der faschistischen Ideologie seien dabei alle Spielarten vertreten, vom stupidesten Antisemitismus bis zum „neuen Nationalismus“, der den Antisemitismus dann einsetze, wenn es ihm nützlich erscheine (Schreiner bezog sich hier auf Ernst Jünger).²²

Zwar sei nur wenig Neues in der antisemitischen Hetze des Nazismus zu entdecken. Aber angesichts der Krise des Kapitalismus, des fortgesetzten Expansionsfeldzuges des Trust- und Monopolkapitals sowie der Massenverarmung breiter Schichten werde der Antisemitismus immer gefährlicher. „Die ihrer Ideologie nach reaktionärsten Schichten des Kleinbürgertums und die korruptesten Schichten des Proletariats sind der antisemitischen Demagogie am leichtesten zugänglich.“ Ihr Grundgedanke liege auf derselben Ebene wie der von Zauberern und Medizinern mancher Völker geübter Brauch, den enttäuschten Gläubigen einen „abgelegten Fetisch“ zu opfern, an dem sie ihre hilflose Wut auslassen können. Die antijüdische Hetze liege auf derselben Ebene wie der Rassismus gegen die Schwarzen in den USA oder der Slogan von der „Gelben Gefahr“.²³

21 Ebenda, Nr. 7, S. 112f.

22 Ebenda, Nr. 5, S. 87.

23 Ebenda, S. 88.

Ein halbes Jahr später, im Juni 1930, erkannte Schreiner hellsichtig, daß die Nazi­partei mit ihrer pseudosozialistischen Demagogie imstande sei, den Stahlhelm als wichtigsten Stoßtrupp der konterrevolutionären Rechten abzulösen. Dies bedeute eine unmittelbare faschistische Gefahr, der nur durch „den Kampfwillen des Proletariats“ erfolgreich begegnet werden könne.²⁴ Statt dessen „bagatellierte“, so Schreiner, selbst die sozialdemokratische und liberale Presse die faschistischen Überfälle auf Arbeiter und auch „die parteioffizielle kommunistische Presse“ war „in der letzten Zeit gleichfalls bemüht ... , den wachsenden Einfluß der Faschisten in den Betrieben abzuleugnen und von einer Zerfallskrise der Nationalsozialisten zu fabeln.“²⁵ Die Brüning-Regierung erfülle hingegen die Funktion einer „Wegbereiterin des Faschismus“.²⁶

Keine drei Monate, nachdem der Artikel im Druck erschienen war, gewann die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 über sechseinhalb Millionen Stimmen; aus der kleinsten Reichstagsfraktion wurde sie zur zweitgrößten. Unter dem Eindruck der gewaltig angewachsenen faschistischen Gefahr und unter dem Druck oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter bildeten die freien Gewerkschaften in Teilen des Rheinlandes und Sachsens freigewerkschaftliche Betriebswehren, die unter SPD-Einfluß standen. Schreiner sprach sich für die Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrorganisationen aus. Er kritisierte die KPD: Sie verneine die Betriebswehren und weise auf den Antifaschistischen Kampfbund als der einzigen Form einer überparteilichen Wehrorganisation hin. Jeder könne Mitglied werden, außer den aus der KPD Ausgeschlossenen. In der Praxis versperre sich die KPD mit ihrem Kurs der Bekämpfung der Sozialdemokratie indes den Weg zu sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern. Die kommunistischen Oppositionellen sollten versuchen, in den Betriebswehren und, so dies irgend möglich sei, auch im Antifaschistischen Kampfbund für die Bildung einer wirklich überparteilichen Abwehrorganisation gegen den Faschismus zu wirken.²⁷

Im April 1932 kam Schreiner darauf zurück. Er bezeichnete das zeitweilige SA-Verbot durch den Reichspräsidenten als faktisch wirkungslos, da die Kampfverbände der Nazis nicht wirklich aufgelöst würden. Die SPD-Politiker, die sich selbst zu diesem Verbot beglückwünschten, unterschätzten deren Gefährlichkeit. „Auf keinen Fall dürfen sich die Arbeiter damit trösten, daß der Kampf gegen den Faschismus von diesen Führern besorgt wird. Verstärkt muß an die Bildung *antifaschistischer Kartelle* und *proletarischer Klassenwehren* herangegangen werden.“²⁸

Im Oktober 1932 tat Schreiner einen Schritt, der seine KPDO-Genossen in der Ortsgruppe Berlin-Spandau völlig überraschte: Er trat zur KPD über, nur um wenig später diesen Schritt rückgängig zu machen und zur KPDO zurückzukehren. Nach diesem zweimaligen Seitenwechsel erklärte er, den Kopf verloren zu haben. Heinrich Brandler widersetzte sich der Wiederaufnahme Schreiners in die KPDO zunächst entschieden. Dann stimmte er zu, und vertrat die Meinung, nun kenne man den KPD-Spitzel in der KPDO.²⁹ Kurz vor seinem

24 A. Sch., Nationalsozialisten und Stahlhelm, in: Ebenda, 1930, Nr. 26, S. 406.

25 A. Sch., Parteienschutztruppe? Proletarische Klassenwehr, in: Ebenda, 1930, Nr. 21, S. 324.

26 A. Sch., Nationalsozialisten und Stahlhelm, S. 406.

27 A. Sch., Proletarische Klassenwehr gegen Faschismus, in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 46, S. 664f.

28 A. Sch., „Abrüstung“ sagt man – Aufrüstung meint man! Einige Bemerkungen zum SA-Verbot, in: Ebenda, 1932, Nr. 9, S. 96. Hervorhebungen im Text.

29 Vgl. Bergmann „Gegen den Strom“, S. 422. Mündliche Information von Theodor Bergmann, der 1932 als KPDO-Mitglied diese Auseinandersetzungen verfolgte. Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Po-

Tode schrieb Schreiner über diese Phase seines Lebens: „1932, unmittelbar nach dem Staatsstreich Papens, nahm ich erneut Verbindung mit der Partei auf, und zwar durch den inzwischen als Trotzlisten im Exil verstorbenen Dr. Fränkel mit Gen. Wilhelm Pieck. Mein Bestreben war, zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, aber auch zur Wiedervereinigung mit der Partei beizutragen. In dieser Zeit hatte ich auch mit Gen. Kühne, dem damaligen Sekretär der Reichstagsfraktion, Fühlung aufgenommen. Der Versuch scheiterte; mit der Leitung der KPDO kam ich ob dieses auf eigene Faust getanen Schrittes und ihrer immer offensichtlicher werdenden antisowjetischen Haltung in nicht mehr überbrückbare Differenzen.“³⁰ Die Beziehungen der KPDO-Mitglieder zu Schreiner waren nunmehr von Mißtrauen bestimmt.

3. „Hitler treibt zum Krieg“. Albert Schreiner im europäischen Exil

Im Januar 1933 wurde die erste deutsche Republik von den Nazis zerstört. Die staatliche Verfolgung der Arbeiterbewegung begann. Albert Schreiner konnte im April nach Frankreich flüchten. Dort näherte er sich erneut der KPD an und versuchte, KPDO-Mitglieder zur Rückkehr in die KPD zu bewegen.³¹ Doch erst im November 1935 wurde er wieder in die KPD aufgenommen.³² Er wurde Sekretär des Thälmann-Komitees (einer Initiative zur Befreiung des KPD-Vorsitzenden aus der Nazihaft) und Mitglied im KPD-dominierten Volksfront-Komitee.³³

In den Jahren 1934 und 1935 änderte die Komintern ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie. Sie startete den Versuch einer Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen, liberalen und sogar konservativen Kräften. Die Volksfront-Politik – der Terminus wurde 1934 geprägt³⁴ –, war bis zum Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 offiziell gültige Orientierung der Komintern.

Willy Münzenberg, bis zu seinem Bruch mit der KPD im März 1938 Anreger und Koordinator der meisten politischen Aktivitäten der deutschen Emigration, entfaltete zahlreiche Initiativen. Hierzu gehörte die Gründung der Editions du Carrefour, eines formell überparteilichen Verlagshauses, das deutsche antifaschistische Sachliteratur verlegte. Albert Schreiner arbeitete, wie er 1965 schrieb, an einer Reihe dort erschienener Bücher redaktionell

litik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986, S. 320, nennt Kontakte zwischen Albert Schreiner und Wilhelm Pieck für Ende 1932.

30 Schreiner, Lebenslauf 2, Bl. 27.

31 Nach Informationen von Theodor Bergmann; vgl. Bergmann, „Gegen den Strom“, S. 422f.

32 „Ich nahm in dieser Zeit die Arbeit mit Hilfe und im Einverständnis der Partei auf, um zur Liquidierung der KPDO im Lande beizutragen und gute Arbeitergruppen in die Partei zurückzuführen“, so Schreiner 1978. Schreiner, Lebenslauf 2, Bl. 28.

33 Vgl. Schreiner, Lebenslauf 1, Bl. 2; Foitzik, S. 320f.

34 Der Begriff „Volksfront“ stammt von Albert Vassart, dem Vertreter der französischen KP bei der Komintern. Vgl. Babette Gross, Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 284.

mit³⁵ und veröffentlichte in rascher Folge eine aufsehenerregende Trilogie, deren Bände in mehrere Sprachen übersetzt wurden: „Hitler treibt zum Krieg“ (1934), „Hitlers Luftflotte startbereit“ (1935) und „Hitlers motorisierte Stoßarmee“ (1936). Nach seiner Rückkehr aus Spanien schloß Schreiner einen vierten Band an: „Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers“, der im April 1939 in den „Editions Prométhée“ herauskam.

Schreiner schrieb das Buch unter Mithilfe von Rudolf Feistmann innerhalb von anderthalb Jahren und schloß es am 1. September 1934 ab.³⁶ Aus konspirativen Gründen konnte Schreiner nicht als Autor genannt werden. Die Sekretärin der englischen Union für demokratische Kontrolle, Dorothy Woodman, zeichnete als Herausgeberin, das Buch wurde als Übersetzung aus dem Englischen ausgegeben.³⁷

Die Quellenbasis bildeten vor allem deutsche Zeitungsberichte und offizielle Memoranden der Nazibehörden. Hinzu kam eine Reihe interner NS-Dokumente, „die zum Teil illegal Genossen in Deutschland besorgt und Kuriere nach Paris gebracht hatten“, wie es im Nachwort zur DDR-Neuausgabe hieß.³⁸

Die nazistischen Dienste waren von diesem Buch ebenso beunruhigt wie beeindruckt. Ein streng vertrauliches Zirkular des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes vermeldete: „Die Verfasserin, die sich als Sekretärin in der englischen Union für demokratische Kontrolle bezeichnet, beschäftigte sich auf 600 (recte: 500) Seiten mit den deutschen Kriegsrüstungen. Das Buch überraschte durch ungemein präzise Angaben, durch ... Berichte über deutsche Fabrikationen, Erfindungen, durch die listenmäßige Zusammenstellung aller Unternehmen, die sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial befassen sollen. Fotokopien von Berichten über Wehrsportkurse und die militärische Ausbildung in Arbeitsdienst und Hitlerjugend schlossen sich an. Die Schrift der *Woodman* wurde als erste einer Reihe angekündigt, die in der Tat seit Anfang 1935 weiter fortgesetzt wurde und wird: ‚Das braune Netz‘, ‚Hitlers motorisierte Stoßarmee‘, ‚Der gelbe Fleck‘ usw. bis zu dem durch die Fülle des Materials geradezu verblüffenden Buch von Berthold Jacob: ‚Das deutsche Heer und seine Führer‘. Mit diesen Publikationen hat sich die Edition du Carrefour, Paris, als eine der wesentlichen Hetzverlage mehr und mehr in den Vordergrund geschoben. In einer mühevollen Kleinar-

35 Brief Albert Schreiners an Wilhelm Sternfeld, 23. November 1965, in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Frankfurt a. M., Nachlaß Wilhelm Sternfeld, Mappe Albert Schreiner.

36 Fast anderthalb Jahrzehnte später erwähnte Fritz Behrens, Schreiner habe zu diesem Buch drei Kapitel verfaßt (vgl. Behrens' Brief an die Sächsische Landesregierung, Ministerium für Volksbildung, vom 20. Juni 1947, in: UA Leipzig, Nr. 271, PA A. Schreiner, Bl. 3); die Reprintausgabe nennt Schreiner aber als alleinigen Autor. Auf Feistmanns Mithilfe verwies Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 268. Feistmann, später Leiter der außenpolitischen Redaktion des „Neuen Deutschland“, beging unter dem Eindruck der parteiinternen Kampagne gegen „Westemigranten“ am 7. Juni 1950 Selbstmord. Sein Tod wurde offiziell mit einer Fleischvergiftung begründet. Vgl. ebenda, S. 263ff.

37 Das Buch wurde zunächst auch in der Sowjetunion verkauft, nach dem Hitler-Stalin-Pakt aber dort verboten. Ein deutscher, in die UdSSR emigrierter Kommunist wurde 1941 unter anderem wegen des Besitzes dieses Buches zu langjähriger Lagerhaft verurteilt.

38 Lothar Berthold/Dieter Lange, Nachwort zu: Albert Schreiner, Hitler treibt zum Krieg (Antifaschistische Literatur in der Bewährung, Bd. 1), Berlin (Ost) 1978, S. 510. Alle Buchzitate erfolgen nach dieser Ausgabe.

beit, unter offensichtlicher Mithilfe von Spezialisten auf allen Gebieten, werden diese ganz sachlich gehaltenen Veröffentlichungen vorbereitet und planmäßig fortgeführt.“³⁹

Die Gestapo vermutete, daß die Informationen von einem hohen Reichswehroffizier stammten. Sie blieb Schreiner auf der Spur und beschlagnahmte nach der Eroberung von Paris sein Archiv. Es kam zur Auswertung nach Berlin. Dort interessierte sich 1945 der sowjetische Geheimdienst dafür und brachte die Materialien nach Moskau. Im Oktober 1957 erhielt Schreiner vom DDR-Innenministerium eine Mitteilung, ihn betreffende Archivdokumente in Empfang zu nehmen. Es waren seine Pariser Unterlagen.⁴⁰ Doch befindet sich ein Teil der Schreiner betreffenden Materialien noch in einem Moskauer Sonderarchiv, wo sie bislang nicht erschlossen werden konnten.⁴¹ Sie könnten Hinweise zu Schreiners Forschungstätigkeit und zur Arbeit des KPD-Auslandsbüros in Paris enthalten, das damals von Franz Dahlem geleitet wurde. Schreiner darf Dahlems Mitarbeiterstab zugerechnet werden.

Eine Forschungsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit vom Dezember 1986 nennt einige Kontaktpersonen, die Schreiner relevantes Material übermittelten. Hierunter befanden sich die Angehörigen des M-Apparates⁴² der KPD Hans Ebeling, Wilhelm Thows und Gert Caden, die sämtlich in Schlüsselstellungen der Rüstungsindustrie und der militärischen Forschung eingeschleust werden konnten.⁴³

Der zitierte nazistische Geheimbericht gibt den Hauptinhalt von Schreiners Buch recht gut wieder. In zehn umfangreichen Kapiteln behandelte Schreiner die Gefahr eines neuen Weltkrieges, die hohe Staatsverschuldung und den Übergang zur Kriegswirtschaft, Hitlers Außenpolitik und die Auslandspropaganda der Nazis, die Strategie des Generalstabes, das deutsche Kriegspotential, die offene und geheime Waffenindustrie, die deutsche Giftgaskapazität, die Wehrerziehung und den Aufbau von Heer, Kriegsflotte und Luftwaffe sowie die Militarisierung des geistigen Lebens.

Das Buch enthielt eine Reihe damals nur schwer auffindbarer Informationen, so eine Liste deutscher Rüstungsbetriebe mit den Namen der betreffenden Firmen und Gesellschaften, den Orten, an denen Rüstungsproduktion betrieben wurde, Angaben über die Herstellung von Kriegsmaterial sowie über die Besitzverhältnisse der einzelnen Werke. Schreiner betonte, „daß die deutsche Kriegsindustrie von einigen großen Konzernen fast vollkommen beherrscht wird, die *ihrerseits wieder ausgedehnte internationale Beziehungen haben*.“⁴⁴ Er gab unter anderem präzise Hinweise auf Lieferungen französischer und britischer Rüstungskonzerne, Schneider-Creuzot und Vickers-Armstrong, an Deutschland.⁴⁵

Die westlichen Staaten würden jedoch ihr eigenes Verderben heraufbeschwören, indem sie Hitler unterstützten oder auch nur tolerierten. Dient eine solche, „seit Sparta nicht mehr

39 Der Chef des Sicherheitshauptamtes, Leitheft. Emigrantenpresse und Schrifttum, März 1937, S. 17f. Hervorhebung im Text (das eingesehene Exemplar befindet sich im Deutschen Exilarchiv in Frankfurt a. M.).

40 Vgl. das Nachwort von Lothar Berthold und Dieter Lange zu Albert Schreiner, Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers (Antifaschistische Literatur in der Bewährung, Bd. 4), Berlin (Ost) 1980, S. 279f.

41 Vgl. Der Archivar, 1992, Nr. 3, S. 458ff. Ich verdanke diesen Hinweis meinem 1999 verstorbenen Kollegen Joachim Petzold, der in den fünfziger Jahren Schreiners Assistent war.

42 Abkürzung für militärpolitischer Apparat (Bezeichnung des KPD-Nachrichtendienstes).

43 Der Bericht, eine Geheime Verschlusssache, wurde mit der Nummer GVS MfS 014 – 460/86 versehen und befindet sich in: BStU, MfS-Zentralarchiv, HA IX/11, SV 1/81, Bd. 286.

44 Schreiner, Hitler treibt zum Krieg, S. 168.

45 Vgl. ebenda, S. 181.

dagewesene Militarisierung“ etwa nur friedlichen Zwecken? Solle man Hitlers Friedensreden Glauben schenken? „Wir glauben es, denn noch ist die Kriegsmaschine nicht ganz fertig. Aber morgen? Wenn die Maschine funktionsfähig ist und die ‚friedlichen Verhandlungen‘ um die Revision des Friedensvertrages und der Grenzen, um den polnischen Korridor, ukrainisches Siedlungsland, den österreichischen Anschluß, die deutschsprechenden Teile der Tschechoslowakei und um von England regierte Kolonien nicht die gewünschten Resultate ergeben – was dann? Wird man dann die mit solchen Kosten beschaffte, mit solchen Vorbereitungen geladene und mit solchem Aplomb auf den Verhandlungstisch gelegte Pistole bescheiden einstecken und den zum Kriege gedrillten Massenformationen Frieden predigen? Würde man es überhaupt können, selbst wenn man wollte, nachdem man eingehämmert hat, daß die Wehrhaftigkeit zum Aufstieg, zum Ende des Versailler Friedens führe und daß neue, weitere Grenzen zum Heil aus aller Not führen sollen?“⁴⁶ Die Kriegsrüstung ist für den Krieg bestimmt, mahnte Schreiner. Man treibt zum Krieg, „wenn man ein ganzes Volk zu einer riesigen Kriegsmaschine organisiert“, selbst wenn deren Organisatoren ein solches Argument als „primitive Logik“ abwehren. „Diese primitive Logik ist die innere Logik der Dinge“, beschloß Schreiner das Buch.⁴⁷

Das angehäuften Tatsachenmaterial konnte Schreiner für die beiden weiteren Bände seiner Auseinandersetzung mit der nazistischen Kriegsmaschinerie verwenden. „Hitlers Luftwaffe startbereit“, das ebenfalls unter dem Namen von Dorothy Woodman erschien, und das unter dem Pseudonym Albert Müller herausgegebene Buch „Hitlers motorisierte Stoßarmee“ erhielten positive Kritiken. Der Rezensent der Basler „National-Zeitung“ war auf der richtigen Spur, als er schrieb, „Hitlers motorisierte Stoßarmee“ erscheine „zur rechten Zeit ... Hinter dem Autor A. Müller, wohl einem Decknamen, verbirgt sich ein Fachmann, der militärisch offenbar bis ins Letzte Bescheid weiß. Das Buch ist sachlich und keine Hetzschrift.“⁴⁸

In „Hitlers Luftflotte startbereit“ setzte sich Schreiner mit der NS-Behauptung auseinander, wonach die gesamte deutsche Luftflotte „nur über 300 Flugzeuge, einschließlich der veralteten Typen“ verfüge.⁴⁹ Anhand genauer Angaben über deutsche Produktionsstätten im In- wie Ausland⁵⁰ listete Schreiner die verschiedenen, neu entwickelten und hergestellten Flugzeugtypen auf⁵¹ und errechnete „einen monatlichen Zugang von 416 Militärflugzeugen“ für Hitlers Luftwaffe.⁵²

Schreiner sollte seine militärischen Kenntnisse bald an einem ganz anderen Frontabschnitt verwenden. Mit Beginn des Spanischen Bürgerkrieges schickte die KPD einige Funktionäre nach Barcelona, die dort, zusammen mit einigen hundert Freiwilligen, am 7. August 1936 eintrafen. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Beimler übernahm pro forma die politische Leitung der deutschen Kommunisten in Spanien. Als politischer Leiter war Beimler zugleich Verbindungsmann zur spanischen KP. Die drei anderen Funktionäre,

46 Ebenda, S. 493.

47 Ebenda, S. 494. Hervorhebung im Text.

48 National-Zeitung (Basel), 17. März 1936, zit. nach dem Anhang zur Neuausgabe von Schreiner, Vom totalen Krieg ..., S. 265.

49 Dorothy Woodman (Albert Schreiner), Hitlers Luftflotte startbereit. Enthüllungen über den tatsächlichen Stand der Hitlerschen Lufrüstungen, Paris 1935, S. 11.

50 Vgl. ebenda, S. 49ff.

51 Vgl. ebenda, S. 77ff.

52 Ebenda, S. 89.

Willi Wille, Hermann Geisen und Albert Schreiner, waren für den militärischen Einsatz vorgesehen und wurden Offiziere der „Centuria Thälmann“. ⁵³ Unter dem Namen „Schindler“ kämpfte Schreiner zunächst bei Tardienta an der Aragon-Front, wurde Kommandeur der Centuria und nahm ab Dezember 1936 als Stabschef der XIII. Internationalen Brigade, der die Centuria Thälmann angehörte, an den Kämpfen bei Teruel teil. Dort lernte ihn Alfred Kantorowicz kennen, der das folgende einprägsame Porträt von Schreiner („Schindler“) zeichnete:

„Schindler ist ein stattlicher, breitschultriger Mann mit einem wohlgebildeten, regelmäßigen, großflächigen Gesicht und offener Stirn. Er ist nun Mitte vierzig. Man vermeint in seinen Augen bisweilen einen Schatten der Resignation und um seinen Mund einen Zug der Bitterkeit wahrzunehmen. Das macht das harte, entsagungsreiche Leben – er führt es zumindest seit 1914.“ Kantorowicz skizzierte kurz Schreiners Werdegang („Er gehört in den letzten Jahren vor Hitler keiner Partei an“; Schreiner sah wenig Grund, auf seine KPO-Mitgliedschaft zu verweisen) und schrieb: „In der Emigration in Frankreich wird er mit seinen vierzig Jahren neu beginnen, sich das notdürftigste Leben mit schwerster körperlicher Arbeit zu verdienen, als Möbelträger, Hilfsarbeiter – das aber hätte den kräftigen, handfesten Mann gewiß nicht umgeworfen. Viel deprimierender waren die außerordentlichen zusätzlichen Schwierigkeiten, die mit solchen Versuchen, sich auf honette Weise im Exil durchzuschlagen, verbunden sind ...“ ⁵⁴ Dies galt vor allem für die zermürenden Kämpfe, die jedesmal mit dem Erwerb einer Aufenthalts-, gar einer Arbeiterlaubnis verbunden waren, für die ständige Furcht vor der Fremdenpolizei, für die Angst um die in Deutschland verbliebenen Familienmitglieder, Verwandten und Freunde und nicht zuletzt für die deprimierenden Nachrichten über Hitlers innen- und außenpolitische Erfolge. Doch halfen Schreiner, wie Kantorowicz wußte, seine militärwissenschaftlichen Studien auch „materiell über die schwersten Zeiten hinweg.“ ⁵⁵

Im Sommer 1937 wurde Schreiner Operationschef der 45. Division, danach als Lehrer an die Offiziersschule beim Stab der Interbrigaden in Pozorubio bei Albacete eingesetzt. Seine Aufgabe war, wie er selbst formulierte, „die reichen Erfahrungen der internationalen Freiwilligenformationen, die in der spanischen Volksarmee kämpfen, zu sammeln, analytisch zu verarbeiten, sie heute bereits, soweit es zweckmäßig ist, der militärischen, politischen und literarischen Auswertung zugänglich zu machen und letzten Endes die materialmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, damit in einer möglichst geschlossenen, historisch getreuen Darstellung Bedeutung, Erfahrung und Lehren der internationalen Formationen zusammengefaßt werden können.“ ⁵⁶ Mit diesem Ziel begann man, alle erreichbaren Materialien zusammenzutragen, doch ließen die Kriegsumstände und die Niederlage der Antifaschisten eine Verwirklichung dieses anspruchsvollen Planes nicht zu.

Von Pozorubio wurde Schreiner an die Schule der KPD nach Benicasim geschickt. Schreiner empfand dies auch später noch als eine Degradierung und als Ausdruck des Miß-

53 Vgl. Patrick von zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin (West)/Bonn 1985, S. 146; Jean-Michel Palmier, Weimar en exil, Le destin de l'émigration intellectuelle allemande antinazie en Europe et aux Etats-Unis, Paris 1990, S. 521.

54 Alfred Kantorowicz, Spanisches Tagebuch, Berlin 1948, S. 215f.

55 Ebenda, S. 217.

56 Zwei Dokumente über die Historische Sektion, in: ZfG, 1956, Nr. 3, S. 588. Vgl. auch Silvia Schlenstedt, Exil in Spanien, in: Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945, Bd. 6, Leipzig 1981, S. 277f.

trauens gegen einen Genossen, der jahrelang einer Oppositionsgruppe, der KPDO, angehört hatte.⁵⁷

Im Mai 1938 war Schreiner wieder in Paris. Dort schloß er Freundschaft mit dem Maler Max Lingner. Er betätigte sich auf Beschluß der KPD im Volksfront-Ausschuß und gab dessen Organ sowie ein Memorandum über die deutsche Wiederaufrüstung heraus. Er arbeitete auch am illegalen Deutschlandsender mit. Der wichtigste Ertrag dieser Zeit war jedoch sein Buch „Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers“, das er im April 1939 fertigstellte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler mit scheinbar friedlichen Mitteln eine Reihe der Expansionsziele erreicht, die Schreiner fünf Jahre vorher aufgelistet hatte. Soeben war die Tschechoslowakei zerschlagen worden. „Wir stehen am Vorabend des fürchterlichsten und verheerendsten aller Kriege der Menschheitsgeschichte“, mußte Schreiner nun feststellen. „Die faschistischen Mächte haben den Frieden gebrochen. Sie sind entschlossen, die letzten Dämme niederzureißen, hinter denen noch Völker in Frieden leben. Kein diplomatisches Zwischenspiel wird sie daran hindern. Kein neues Zugeständnis und kein Teilopfer sättigen den Machthunger der faschistischen Räuber. Totale Weltbeherrschung ist das Ziel ihres totalen Krieges.“⁵⁸

In einem historischen Abriß der preußisch-deutschen Politik seit dem 18. Jahrhundert zeigte Schreiner die Wurzeln der faschistischen Militärdoktrin des totalen Krieges. Diese Kriegführung ergab sich aus dem Weltherrschaftsstreben und aus der Angst der herrschenden Eliten vor einer erneuten Niederlage. Angst vor der Niederlage bedeutete Angst vor der sozialistischen Revolution. Die Novemberrevolution war eine Warnung: Ein erneuter Krieg mußte die Niederlage ausschließen. In Umkehrung des Clausewitzschen Diktums müsse die Politik der Kriegführung dienen. Der Theoretiker des totalen Krieges, Erich Ludendorff, habe mit seiner „Diktatur“ in den Jahren 1916 bis 1918 einen Vorgeschmack dessen gegeben, was die Nazis weit rigorosier praktizieren würden: Die militärische Exekutivgewalt, so Schreiner, werde „zum Selbstzweck.“⁵⁹

Die demokratischen Staaten des Westens wären selbstverständlich nicht imstande, ihren Völkern eine derart brutale Form der Militärdiktatur und der Kriegszwangswirtschaft aufzuerlegen. Dennoch seien sie den faschistischen Staaten überlegen, und zwar nicht nur durch ihr größeres Rohstoff- und Wirtschaftspotential, sondern auch durch ihre Kriegsmoral. „Sie haben (es) nicht nötig, einen Staat anzugreifen und stehen vor ihren Völkern und der Welt da als Verteidiger gegen die faschistischen Friedensbrecher. Sie haben nicht die durch jahrelange harte Unterdrückung aufgestapelte Empörung der eigenen Völker zu fürchten, finden im Gegenteil Sympathien bei den Völkern der faschistischen Staaten, die die Demokratie als Erlösung empfinden würden.“⁶⁰ Noch optimistischer veranschlagte Schreiner das wirtschaftliche und moralische Potential der Sowjetunion in einem Krieg gegen Deutschland. Wo Überlegungen auftauchten, den Krieg der Politik überzuordnen, waren sie, laut Schreiner, „von feindlichen Mächten inspiriert (Trotzki-Tuchatschewski) und wurden entsprechend als gegen den Bestand der Sowjetunion gerichtete Staatsverbrechen geahndet.“⁶¹

57 Vgl. den entsprechenden Vermerk im Nachlaß Schreiners in: SAPMO-BArch, NY 4198/77, Bl. 5.

58 Schreiner, *Vom totalen Krieg ...* (Reprint-Ausgabe), S. 250.

59 Ebenda, S. 60.

60 Ebenda, S. 66.

61 Ebenda, S. 67.

Genau hier liegt die Grenze, die Schreiners Buch von der kritisch-marxistischen Literatur und Publizistik des Exils trennte.

Schreiner untersuchte die geistige Aufrüstung des deutschen Volkes durch die Nazi-propaganda, durch vormilitärischen und militärischen Drill, durch Heldenkult und rassistische Propaganda. Er analysierte die „militarisierte Arbeitskraft“, über die das Regime in einer Kriegszwangswirtschaft verfügen werde. Nicht zuletzt würden die Frauen im Kriegsfall rücksichtslos zur Dienstpflicht in der Rüstungsindustrie gezwungen.

Die rückhaltlose Expansionspolitik des Hitler-Regimes werde die westlichen Staaten und die Sowjetunion zum gemeinsamen Handeln zwingen. Das Nazireich sei gegen eine solche Koalition sehr bald chancenlos. Dann aber würde sich der „durch Terror erzwungene Schein der Einheit des deutschen Volkes und seiner Bedrücker ... als der stärkste Bluff erweisen. Die sozialen Spannungen, heute noch mit Knüppel und Beil niedergehalten, werden sich im Kriege mit elementarer Gewalt entladen.“⁶² Für den Nationalsozialismus werde es „keinen Schutz vor der Niederlage“ geben. „Das deutsche Volk selber wird Vollstreckerin dieser Niederlage werden, weil sie die Vorbedingung der Freiheit Deutschlands ist.“⁶³

Die Hoffnung, daß die Deutschen Hitler schließlich beseitigen würden, hielt das gesamte antifaschistische Exil aufrecht. Weder Schreiner noch kaum ein anderer der Vertriebenen vermochte sich vorzustellen, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes Hitler bis in den Abgrund hinein folgen und hinterher erklären würde, niemand habe von etwas gewußt. Das deutsche Volk wurde nicht zum Vollstrecker von Hitlers Niederlage, statt dessen wurden Millionen scheinbar *ganz normaler Männer* (und Frauen) zu Hitlers *willigen Vollstrekern*.

4. Was soll aus Deutschland werden? Schreiner in den USA

Ende Mai 1939 verhandelte Schreiner mit einem französischen Verlag über eine Übersetzung seines soeben erschienenen Buches. Auf seine Frage, wann die französische Ausgabe erscheinen könne, antwortete der Verlagsvertreter: Anfang September. Schreiners Antwort war: „Anfang September ist der Krieg da.“⁶⁴ Doch es war eine Sache, den Kriegsbeginn vorauszusagen, aber eine andere Sache, das eigene Überleben und das Überleben der Familie zu sichern. Die Emigranten waren den Maßnahmen der französischen Bürokratie ausgeliefert: Sie wurden in jene Lager interniert, über die Lion Feuchtwanger und Bruno Frei berichtet haben.

Auch Albert Schreiner kam ins Lager. Er selbst merkte hierzu nur lakonisch an: „Lagerleben, Flucht aus dem Lager, Verhaftung, Polizeigefängnis, Lager, wieder Flucht, erneut Verhaftung und so fort.“⁶⁵

Ende 1940 standen die Nazis in Nordfrankreich. Die Lager im Süden boten kaum Sicherheit. Rudolf Leonhard, der bekannte Schriftsteller, appellierte in einem verzweifelten Brief an Hubertus Prinz zu Löwenstein, den Präsidenten der American Guild for German Cultural Freedom, Schreiner zu einem amerikanischen Visum zu verhelfen: „Ein besonders dringen-

62 Ebenda, S. 258.

63 Ebenda, S. 264.

64 Erinnerungen von Albert Schreiner aus dem Jahre 1956, abgedruckt ebenda, S. 272.

65 Ebenda.

der Fall ist der meines hier“ – im Lager Des Milles – „befindlichen Freundes Albert Schreiner. Sie kennen ihn als Militärschriftsteller, wissen, was er bedeutet und was ihn bedroht. Wenn nicht eilige Maßnahmen ergriffen werden, steht ihm eine Überführung bevor, die eine Wirkung der Angelegenheit sehr komplizieren würde. Läßt sie sich nicht telegraphisch regeln?“⁶⁶ Schreiner versuchte auch jetzt, Fäden des antifaschistischen Widerstandes zu knüpfen: Er berichtete von einem Genossen, der deshalb im Auftrag der Parteileitung nach Paris fuhr.⁶⁷ Schließlich war Schreiner, auch Dank der Hilfe von Rudi Feistmann, im Februar 1941 in dem von Flüchtlingen überfüllten Marseille. Er wollte nach Mexiko, doch erhielt er in den USA kein Transitvisum. Er konnte jedoch in den Vereinigten Staaten bleiben.

Im Mai 1941 nahm Schreiner in New York seine politische Arbeit wieder auf. Er wurde Mitglied der *German American Emergency Conference* und Mitarbeiter ihrer monatlich, später zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung „The German American“. Diese wurde in deutscher Sprache publiziert und erreichte eine Auflage bis zu 10.000.⁶⁸ Schreiner schrieb auch für die in Mexiko erscheinende Zeitschrift „Freies Deutschland“, für das KP-Organ „Daily Worker“ und unter Pseudonym für die „New Masses“ und für „Reader's Scope“.⁶⁹ Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich als Maschinenschlosser, und er lernte rasch Englisch. Schreiner hatte es in mancher Hinsicht etwas leichter als viele andere Exilanten intellektueller Berufe, die kaum Chancen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt hatten.

Auf einige militärpolitische Aufsätze Schreiners sei hier hingewiesen. Im Oktober 1942 entnahm er der deutschen und amerikanischen Presse erste Anzeichen einer Demoralisierung der deutschen Truppen, die durch die Luftangriffe der Alliierten noch verstärkt würden.⁷⁰ Stalingrad werde, wie Verdun 1916, zur kriegsentscheidenden Wende des zweiten Weltkrieges, schrieb Schreiner, als die Kämpfe durchaus noch unentschieden waren.⁷¹ Die entscheidende Niederlage Hitlers sei schon 1943 möglich, so Schreiner am Beginn dieses Jahres, doch sei die Errichtung einer zweiten Front in Europa dafür eine zwingende Voraussetzung.⁷²

Die KPD bemühte sich seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auch im amerikanischen Exil um möglichst enge Kooperation mit nichtkommunistischen Kräften im Sinne der Anti-Hitler-Koalition. Deutsche Kommunisten beteiligten sich intensiv an der Arbeit im überparteilichen *Council for a Democratic Germany*, dessen Gründung am 2. Mai 1944 erfolgte.⁷³ Die Grundsatzerklärung des Council nannte als Vorbedingung jeglicher Lösung der deutschen Problematik „die Besiegung des Nationalsozialismus, die Vernichtung seiner

66 Rudolf Leonhard an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 17. Dezember 1940, in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945, American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil, Akte Rudolf Leonhard. „Überführung“ bedeutete Auslieferung an die Nazis.

67 Erinnerungen von Albert Schreiner ... , S. 272.

68 Vgl. Palmier, S. 800.

69 Michael Anders (Albert Schreiner), What Will We Do With Germany?, in: New Masses, 17. August 1943, S. 11f.; Alfred Wollner (Albert Schreiner), How Shall We Punish the Nazis, in: Reader's Scope, September 1944, S. 61–67. Vgl. den von Schreiner ausgefüllten Fragebogen in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Nachlaß Wilhelm Sternfeld, Mappe Albert Schreiner.

70 Albert H. Schreiner, Risse an der seelischen Front, in: The German American, Oktober 1942.

71 Albert H. Schreiner, Stalingrad und Verdun, in: Ebenda, November 1942.

72 Albert H. Schreiner, Hitlers Niederlage 1943?, in: Ebenda, January 1943.

73 Zur Geschichte des Council vgl. Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Frankfurt a. M./New York 1995.

Träger und die Ausrottung seines Geistes in Deutschland und in jedem anderen Land.“⁷⁴ Das deutsche Volk wurde zur „Erhebung“ gegen das Hitler-Regime aufgerufen. Die Deutschen dürften nicht an der Entmachtung derjenigen gehindert werden, die für den Aufstieg Hitlers verantwortlich waren. „Das gilt in besonderem Maße für den Großgrundbesitz, die Großindustrie und die Militärkaste, deren Zusammenwirken das deutsche Schicksal wieder und wieder unheilvoll bestimmt hat.“ Gefordert wurden die Auflösung des Großgrundbesitzes und die Beseitigung des Militarismus sowie die Ausschaltung der diesen Gruppen dienenden Beamten, während für die Großindustrie – dies mag als Kompromißlösung begriffen werden⁷⁵ – eine Kontrolle (statt Sozialisierung) vorgesehen war.

Im Council ging es, wie generell im Exil, auch um praktische Vorschläge, wie den Auswirkungen der nazistischen Geschichtspropaganda im Nachkriegsdeutschland begegnet werden könne. Die Vorstellungen für ein neues Bildungssystem waren vom Wissen, oft auch von der bloßen Ahnung dessen geprägt, was Rassismus, Antisemitismus und Führerkult in den Köpfen vieler Deutscher angerichtet hatten. Das Komitee für Erziehung und Wissenschaft im Council stellte deshalb in einem kurzen Resümee fest: „Die Rassenlehre und die von ihr abgeleitete Herren- und Knechtsideologie bedeuteten den Bruch mit der liberalen Tradition und demokratischen Entwicklung und war eine Fortsetzung des alldutschen Imperialismus.“⁷⁶

Albert Schreiner wurde einer der wichtigen Persönlichkeiten im Council. Bereits am 15. März 1944 hatte er dem Theologen Paul Tillich, der als Vorsitzender des Council vorgesehen war, Vorschläge für den Entwurf der Erklärung unterbreitet. Schreiner drängte unter anderem auf eine Passage im Text, wonach bei der Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen darauf zu achten sei, „daß die deutsche Produktivkraft nicht erneut zur Erringung einer politischen Vormachtstellung Deutschlands in Europa ausgenutzt werden kann und die Gefahr einer deutschen Wiederaufrüstung vermieden wird.“⁷⁷ Am 7. April 1944 konnte Schreiner an Tillich eine Liste prominenter Persönlichkeiten telegraphieren, die das Projekt des Council unterstützten: die Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Berthold Viertel sowie die Schauspieler Elisabeth Bergner, Paul Czinzer, Alexander Granach, Leopold Jessner und Fritz Kortner.⁷⁸

Über die Mitwirkung Schreiners im Council kam es dennoch zu heftigen Auseinandersetzungen. Um den überparteilichen Charakter zu betonen, sollten KPD-Mitglieder erst nach Verabschiedung eines Programms zugelassen werden. Schreiner schrieb daraufhin am 10. April an Tillich: „Wo ich politisch mitwirke, will ich es nicht als Statist tun.“⁷⁹ Er wollte vielmehr die Deklaration in Presse und Radio verbreiten.⁸⁰ Unter anderem war er Mitverfas-

74 Die Erklärung ist abgedruckt ebenda, S. 155–159. Hiernach dieses und die folgenden Zitate. Sie wurde zuerst veröffentlicht in: *The German American*, 15. Mai 1944.

75 So verstand es Eike Middell, in: *Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945*, Bd. 3, Leipzig 1979, S. 189f.

76 Vorstellungen für ein neues Bildungssystem (25. Mai 1945), abgedruckt in: Langkau-Alex/Ruprecht, S. 249.

77 Albert H. Schreiner an Paul Tillich, 15. März 1944, in: Harvard University, School of Divinity, Cambridge, Massachusetts, BMS Ger 135: Paul Tillich Correspondence.

78 Schreiner an Tillich, 7. April 1944. Ebenda.

79 Schreiner an Tillich, 10. April 1944. Ebenda.

80 Schreiner an Tillich, 24. April 1944. Ebenda.

ser einer Denkschrift zu Gewerkschaftsfragen.⁸¹ Als der noch nicht der KPD angehörende Mediziner Felix Boenheim Albert Schreiner ausdrücklich als Mitglied des Vorbereitungsausschusses nannte, traten die Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Hedwig Wachenheim aus diesem aus.⁸²

Die heftigste Attacke gegen Schreiner kam von Ruth Fischer. Die Wortwahl läßt Rückschlüsse auf die damalige politische und wohl auch moralische Verfassung der früheren KPD-Vorsitzenden zu. Sie verstieg sich zu bloßen Spekulationen und schrieb:

„Albert Schreiner ist ein alter deutscher Kommunist, der sehr früh mit dem Geheimdienst der deutschen kommunistischen Partei verbunden war, der wiederum eng an die russischen Geheimdienste in Deutschland angebunden war. Nach einem kurzen ‚oppositionellen‘ Zwischenspiel war er, zweifelsohne als Belohnung für seine besonderen Gaben und in Voraussicht künftiger Dienste, einer der sehr wenigen Oppositionellen, die die kommunistische Partei jemals wieder aufnahm. Er diente Stalin treu, besonders in Spanien und unter den Flüchtlingen. Sein Rang in der GPU entspricht etwa dem eines Majors, und er ist einer jener erbarmungslosen, brutalen Typen, denen eine ganz undurchsichtige Rolle im Nachkriegsdeutschland zugedacht ist. Eine Zusammenarbeit mit solchen Typen wie Schreiner ist ein unverzeihliches Verbrechen und macht den Weg frei für den Triumph des Stalinismus.“⁸³

Zu dieser Zeit verfaßte Schreiner gemeinsam mit Albert Norden und Gerhart Eisler das Buch „The Lesson of Germany“⁸⁴. Es suchte „die Frage zu beantworten: Wie geschah es, daß ein Volk wie die Deutschen, mit solch einer alten Arbeiterbewegung, von seinen Imperialisten in die größte Schmach und Katastrophe seiner Geschichte geführt werden konnte? Das vorliegende Buch ist ein bescheidener Versuch, die jüngste Geschichte Deutschlands zu erläutern. Es wird dem Leser helfen, damit den zukünftigen Weg des deutschen Volkes besser zu gehen, die Zukunft im Augenschein der Vergangenheit zu meistern.“⁸⁵ Die Schrift verfolgte, wie Eisler schrieb, den Gedanken, die „Doppelpersönlichkeit Deutschlands histo-

81 Die Denkschrift ist abgedruckt in: Langkau-Alex/Ruprecht, S. 171–180. Die weiteren Mitverfasser waren Friedrich Bärwald, Siegfried Aufhäuser, Paul Hagen (d. i. Karl Frank) und Jacob Walcher. Die beiden Letzgenannten gehörten früher ebenfalls der KPDO an. Zum Anteil von Hagen-Frank an der Herausbildung des Council vgl. Albrecht Ragg, *The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945*, Ph.D. Thesis, Loyola University of Chicago 1977, S. 404ff.

82 Vgl. Claus-Dieter Krohn, *Der „Council for a Democratic Germany“*, in: Langkau-Alex/Ruprecht, S. 30. Boenheim ging, wie Schreiner, nach dem Krieg an die Universität Leipzig. Vgl. die vorzügliche Biographie von Thomas M. Ruprecht, *Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie*, Hildesheim etc. 1992.

83 Ruth Fischer, „Free Germans“ in Moscow calling New York, in: *The Network*, 1944, Nr. 3, S. 2, in: Karl Frank Collection, Box No. 7, Folder ID: Ruth Fischer and „The Network“. Hoover Institution Archives, Stanford, California. An gleicher Stelle attackierte Fischer auch Jacob Walcher, Karl Frank und Felix Boenheim. Das von Ruth Fischer unter Mitarbeit von Adolph Weingarten herausgegebene hektographierte „Network“ war auf die „Entlarvung kommunistischer Unterwanderung“ gerichtet. Vgl. Ragg, S. 420. Zur Perzeption des Council durch das FBI vgl. Heike Bungert, *Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948*, Stuttgart 1997, S. 141ff.

84 Schreiner schrieb den historischem Teil von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg sowie die Teile über Hitlers Eroberungspläne und über die Barbarei der Hitlerschen Kriegführung. Vgl. Schreiners Publikationsverzeichnis in: UA Leipzig, Nr. 271, Bl. 10.

85 Gerhart Eisler/Albert Norden/Albert Schreiner, *The Lesson of Germany*, New York 1945, S. 8.

risch herauszuarbeiten und zu illustrieren.“⁸⁶ Wie in den Büchern von Paul Merker „Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?“ und Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“ ging es auch hier um die Bloßlegung der Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus, um die langwierigen Folgen der staatlichen Zersplitterung, aber auch um den Einfluß der politischen Romantik und des Irrationalismus, um die Abwendung von der Aufklärung des Westens.

Schreiner wollte mit seiner Arbeit zu diesem Buch die lange Periode des Exils abschließen. Er hielt Kontakt unter anderem zu Hermann Duncker, Jacob Walcher und auch Bertolt Brecht, die gleich ihm in die Sowjetische Besatzungszone zurückkehren wollten.⁸⁷ Im Dezember 1946 reiste er mit einem sowjetischen Schiff über Odessa und von dort im Zug über Moskau nach Berlin. Das amerikanische Federal Bureau of Investigation (FBI) registrierte penibel die Rückkehr des „Komintern-Agenten“ nach Deutschland, obwohl die Komintern bereits im Mai 1943 aufgelöst worden war.⁸⁸

5. Späte Arbeit an Universität und Akademie

Unmittelbar nach seiner Rückkehr erstattete Schreiner Franz Dahlem, den er aus Frankreich gut kannte, Bericht. Er lieferte detaillierte Informationen über die politische Lage in den Vereinigten Staaten, über die Einstellung der Amerikaner zu Deutschland und zur Sowjetunion sowie über die Situation der Deutschamerikaner. Der SED-Apparat dürfte besonders an Informationen über das deutsche Exil interessiert gewesen sein. Schreiner stellte illusionslos fest, es gebe wenig Hoffnung auf Rückkehr der meisten jüdischen Exilanten nach Deutschland. Über die Vorgänge in der Sowjetischen Besatzungszone herrsche in den USA weitgehend Unkenntnis. Hieran könne eine spezielle Pressekorrespondenz der SED anknüpfen, wobei bestehende Kontakte der Remigranten zu amerikanischen Journalisten nützlich seien. Auch sollten in Ostdeutschland erscheinende Bücher und Zeitschriften an amerikanische Bibliotheken gesandt werden. Schreiner habe, schrieb er abschließend, Vorarbeiten für ein Buch geleistet, das die Auseinandersetzung mit der Geopolitik zum Inhalt haben solle.⁸⁹

Vom 1. Februar bis zum 30. Dezember 1947 war Schreiner in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung tätig. Aus dieser Zeit resultiert die auch später enge Beziehung zu deren Präsidenten, Paul Wandel. Schreiner beriet Wandel bei den anstehenden Neuberufun-

86 Gerhart Eisler im Vorspann des Manuskriptes „The Lesson of Germany“, in: SAPMO-BArch, NY 4198/33, Bl. 1.

87 Eintrag Brechts im „Arbeitsjournal“, Juni/Juli 1945: „lese das LEHRGEDICHT schreiner, walcher, duncker vor, eindruck überraschend.“ Bertolt Brecht, Arbeitsjournal 1938–1955, Berlin (Ost)/Weimar 1977, S. 404. Schreiner schrieb von seinem „Freundschaftsverhältnis“ zu Brecht in seinem Lebenslauf 2, Bl. 34. Vgl. auch den Briefwechsel Schreiners mit Brechts Witwe Helene Weigel in: SAPMO-BArch, NY 4198/70, bes. Bl. 423.

88 Vgl. Alexander Stephan, Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Berlin 1998, S. 214.

89 Das Memorandum befindet sich in: SAPMO-BArch, SgY 30/0850. Ein Buchmanuskript über die Geopolitik fand der Verfasser im Nachlaß nicht.

gen für ostdeutsche Universitäten. So meldete er seine Bedenken gegen eine eventuelle Berufung des sehr konservativen Juristen Adolf Grabowsky nach Leipzig an.⁹⁰

Schreiner selbst bot sich überraschenderweise die Chance einer Tätigkeit als Universitätslehrer. Fritz Behrens, Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (Gewifa) der Leipziger Universität, schrieb ihm am 24. April 1947 und bat ihn, in Leipzig den Aufbau eines Instituts für Weltpolitik zu übernehmen. Dies stehe zwar nicht in unmittelbarer Verbindung mit einer Lehrtätigkeit an der Universität, doch sei eine spätere Berufung nicht ausgeschlossen.⁹¹

Alfred Meusel, der damals bereits einen Lehrstuhl für politische und soziale Probleme der Gegenwart an der Berliner Universität innehatte, schlug in einem Gutachten an Fritz Behrens Albert Schreiner für eine Professur in Leipzig vor. In einem dem Gutachten nachgereichten Brief schrieb Meusel, Schreiner solle mit der Leitung des Instituts für Staatenkunde und internationale Beziehungen beauftragt werden. Doch gab es Widerstände unter der Professorenschaft gegen den Mann, der nie eine reguläre Universitätsausbildung hatte absolvieren können und nicht promoviert war. Meusel forderte, Schreiner in den regulären Lehrkörper als sitz- und stimmberechtigtes Mitglied der Fakultät einzugliedern.⁹²

Auch der Jurist Arthur Baumgarten hatte Schreiners Schriften zu begutachten. „Meine Sachen habe ich geschrieben, weil und wann es mir politisch notwendig erschien“, erklärte ihm Schreiner in einem Brief. „Ich habe mir nie träumen lassen, sie dermaleinst als Proben meiner Geeignetheit für die akademische Laufbahn präsentieren zu müssen, dieweil ich nie den Ehrgeiz besessen, sie einzuschlagen; und was ich in der kurzen Zeit nur unmittelbarer Berührung mit ihr kennen lernte, macht mich eher geneigt, die akademische ‚Davonlaufbahn‘ denn die Laufbahn einzuschlagen.“⁹³ Doch Behrens versicherte Schreiner am 26. Juni 1947, es sei „von größter Wichtigkeit für die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, daß Sie dauernd für sie gewonnen werden.“ Die Bekanntschaft mit Schreiner rechnete Behrens zu den wertvollsten, die er in Berlin und Leipzig gemacht habe.⁹⁴

Am 11. August akzeptierte die sächsische Landesregierung den Vorschlag der Leipziger Gewifa, Schreiner zum Professor mit Lehrstuhl für Staatenkunde zu berufen. Gleichzeitig sollte er die Leitung des Instituts für Staatenkunde und internationale Beziehungen an der Gewifa übernehmen. Ein entsprechendes Schreiben vom 11. September bestätigte dies.⁹⁵ Zunächst hielt Schreiner ein Semester lang Lehrveranstaltungen auf Probe.⁹⁶ Die Ernennung durch den Rektor der Universität Leipzig erfolgte dann am 8. April 1948.⁹⁷ Seine Antritts-

90 Schreiner an Paul Wandel, 1. März 1947, in: SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 54. Grabowsky ging jedoch nach Marburg, später nach Gießen.

91 Fritz Behrens an Schreiner, 24. April 1947, in: Ebenda, Bl. 72. Vgl. den Brief des Rektors der Universität Leipzig an die Gewifa vom 27. Mai 1947 in: UA Leipzig, Nr. 271, PA A. Schreiner, Bl. 1.

92 Alfred Meusel an Fritz Behrens, 24. Juni 1947, in: ABBAW, NL A. Meusel, Nr. 584.

93 Schreiner an Arthur Baumgarten, 18. Juni 1947, in: SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 89.

94 Fritz Behrens an Schreiner, 26. Juni 1947, in: Ebenda, Bl. 107.

95 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abteilung Hochschulen und Wissenschaft an Schreiner, 11. August u. 11. September 1947, in: Ebenda, Bl. 108 u. 160.

96 Behrens an die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft, 9. März 1948, in: UA Leipzig, Nr. 271, PA A. Schreiner, Bl. 15.

97 Ernennungsurkunde der Universität Leipzig, datiert vom 1. April 1948, Bestätigung durch die sächsische Landesregierung am 8. April in: Ebenda, Bl. 240 u. 242.

vorlesung hielt Schreiner über die „Historisch-materialistische und biologische Staatslehre als Gegensatz und als politische Gegenwartsprobleme.“⁹⁸

Schreiners Berufung war dem Mangel an qualifizierten Universitätslehrern, besonders in den Sozialwissenschaften, in Ostdeutschland geschuldet. Seine Voraussetzungen für die neue Position waren freilich, wenn auch ohne sein Verschulden, dürftig. Er war weder mit der Tradition der deutschen Staatswissenschaften noch mit der amerikanischen Political Science verbunden. Auch in seinen Lehrveranstaltungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik war er Autodidakt. In einer Zeit der Kampagne gegen den „Kosmopolitismus“ – das heißt: gegen jede Art von internationaler Orientierung – und im Argwohn gegenüber den sogenannten Westemigranten mußte Schreiner sogar mit Informationen über die USA vorsichtig sein.

Schreiner zog mit seiner Frau – die Töchter Sonja und Helga lebten mit insgesamt neun Kindern in England und den USA – im September 1947 nach Leipzig. In einem Brief an Paul Wandel beklagte er am 20. Oktober die katastrophale Ernährungssituation der Leipziger Professoren. Fritz Behrens „bekommt zwar den Zuschuß, aber er hat vier Kinder zu ernähren. Behrens und (Walter) Markov sind im Sommer schon zusammengesackt. In einem halben Jahr oder Jahr sind wir mit dem Nachwuchs noch nicht so weit, daß wir abkratzen können. Ich hab zwar nicht weit bis zum Kirchhof, aber keineswegs die Absicht, mir in absehbarer Zeit die Welt aus unterirdischer Abgeschlossenheit zu besehen. Mich reizt die in Angriff genommene Aufgabe viel zu sehr.“⁹⁹

Am 30. Januar 1948 nannte Schreiner in einem Brief an Wandel die Namen einiger Hochschullehrer, die man hoffte, an die Gewifa berufen zu können: Julius Lips, Georg Mayer, Karl Polak, Gerhard Harig, Hermann Budzislowski, Henryk Grossmann und Wolfgang Abendroth.¹⁰⁰ Von den Genannten wurden Lips und Mayer später Rektoren der Leipziger Universität, Polak, Harig und Budzislowski erhielten gleichfalls Lehrstühle, Wolfgang Abendroth fand indes keine Bleibe im Osten Deutschlands. Als entschiedener Gegner Stalins mußte er die Sowjetische Besatzungszone Ende 1948 fluchtartig verlassen.¹⁰¹ Fritz Behrens hatte in einer Sitzung der Gewifa-Leitung bündig erklärt: „Da hilft nur eins, da muß ein Trupp jüdischer Emigranten aus Amerika her.“¹⁰² Es war wohl das Wissen um die Entwicklung in der SBZ, die Herbert Marcuse und Franz L. Neumann zu dieser Zeit veranlaßten, entsprechende Angebote abzulehnen.¹⁰³

Schreiner verwandte sich besonders für die Berufung von Budzislowski, Lips und Grossmann, die er aus der gemeinsamen Exilzeit von New York her kannte. Er kümmerte

98 Unter diesem Titel 1948 in Leipzig als Broschüre erschienen.

99 Schreiner an Paul Wandel, 20. Oktober 1947, in: Ebenda, Bl. 167. In seiner Antwort vom 26. Januar 1948 informierte Wandel über inzwischen eingeleitete Hilfsmaßnahmen. Ebenda, Bl. 234f.

100 Schreiner an Wandel, 30. Januar 1948, in: Ebenda, Bl. 235.

101 Zu den Umständen vgl. Lisa Abendroth, Die Flucht. Warum Wolfgang Abendroth die sowjetische Besatzungszone verließ, in: Sozialismus, 1990, Nr. 2, S. 24–27. In seinen Erinnerungen ging Abendroth auf diese Begebenheit nur kurz ein. Vgl. Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und hg. von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a. M. 1976, S. 204f.

102 So erinnert sich Walter Markov, Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin (Ost)/Weimar 1989, S. 181.

103 Vgl. Helmut Steiner, Zur politisch-ökonomischen Kritik des „real existierenden Sozialismus“. Ein Musterfall – Fritz Behrens, in: Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 96.

sich um damals schwer zu lösende Probleme wie Durch- und Einreisevisa, Wohnraum und Hilfe für die Familien.¹⁰⁴ Ernst Bloch und seiner Familie beschaffte er die Reisekosten.¹⁰⁵ Um Grossmann war es Schreiner besonders zu tun. Dessen Abreise aus New York verschob sich ein um das andere Mal.¹⁰⁶ Als er endlich kam, war er, wie Schreiner schrieb, „in einer körperlichen Verfassung, in der er ohne Fürsorge von Freunden verloren ist.“¹⁰⁷ Der vereinsamte Grossmann, dessen Frau und Tochter von den Nazis ermordet worden waren, starb kurz nach seiner Berufung zum Direktor des Instituts für Wirtschaftsplanung am 24. November 1950 in Leipzig.¹⁰⁸ Kritischer fiel Schreiners Urteil über Ernst Engelberg aus: Das von diesem vorgelegte Manuskript zur deutschen Kriegswirtschaft 1942–1944 sei eine „sehr interessante Materialsammlung“, entbehre jedoch der „schöpferischen Gedanken“.¹⁰⁹ Im Frühjahr 1949 wurde Engelberg zum Professor an das Historische Institut berufen.

Manch ein in der widrigen Lage des Exils „schwankend Gewesener“, schrieb Schreiner, „wird gut laufen und sogar froh sein, wenn er in Verhältnisse kommt, wo er einmal in seinem Leben nicht mehr aus materiellen Rücksichten zu schwanken braucht.“¹¹⁰ Die folgenden innerparteilichen Disziplinierungskampagnen, vor denen der hellsichtige Abendroth floh, sollten zeigen, daß dem nicht so war. Doch noch war „Gründerzeit“, wie der gleichfalls nach Leipzig berufene Hans Mayer schrieb, „auch viel Gezänk, doktrinäres Gerede, amtliche Besserwisserie von russischen Ideologen“, dennoch, so betonte er, „immer noch viel Hoffnung.“¹¹¹

Der nüchterne, selbstironische Walter Markov reflektierte in seinen Lebenserinnerungen über das damalige „Verhältnis von Ideal und rauher Wirklichkeit“.¹¹² „Mir schien es immer, als ob die Kameraden *grosso modo* in zwei Gruppen von Menschentypen zerfielen: in Funktionäre und in Partisanen. Beide mußte es geben, denn der eine war da, um eine gegründete Ordnung zu wahren, und der andere, um Freiheit zu verwirklichen. Nur Freiheit und Ordnung ergaben eine Gesellschaft wie die, von der wir geträumt hatten und für die wir

104 So in Briefen an Wandel vom 30. Januar, 29. und 31. Juli 1948, in: SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 237, 314 u. 369f.

105 Vgl. Schreiner an Wandel, 27. September 1948, in: Ebenda, Bl. 323.

106 Vgl. Schreiner an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung, z. Hd. Frau Bode, 1. Januar 1949, in: SAPMO-BArch, NY 4198/85, Bl. 1.

107 Schreiner an Wandel, 5. September 1949, in: Ebenda, Bl. 86. Ähnlich Schreiners Brief vom 7. September 1949, in: Ebenda, Bl. 87f.

108 Über Grossmanns Arbeit im Frankfurter Institut für Sozialforschung vor 1933 vgl. Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1985, S. 35–40 u. passim. Biographische Daten bei Mario Keßler, *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995, S. 182. 1905 hatte Grossmann die Jüdische Sozialdemokratische Partei in Österreichisch-Polen mitbegründet, die sich – ähnlich wie der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund im Zarenreich – für eine nationale Autonomie der Juden aussprach und den Zionismus ablehnte. Vgl. Mario Keßler, *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933*, Berlin 1994, S. 63f.

109 Schreiners Gutachten vom 27. November 1947 in: SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 219. Am 20. Januar 1949 drängte Behrens Schreiner zu einem Gutachten über zwei andere Arbeiten Engelbergs. Vgl. SAPMO-BArch, NY 4198/85, Bl. 9. Schreiner empfahl Meusel als Gutachter. Brief an Behrens vom 31. Januar 1949, in: Ebenda, Bl. 24.

110 Schreiner an Wandel, 30. Januar 1948, in: SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 238.

111 Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1988, S. 29f.

112 Walter Markov, *Zwiesprache ...*, S. 159.

auch zupackten.¹¹³ Natürlich war dies eine idealtypische Klassifikation, während die Wirklichkeit verwickelter war. Dies zeigte sich am Konflikt zwischen Albert Schreiner und Fritz Behrens.

„Bis zum Frühjahr 1949 verlief die Arbeit im Grunde ganz kollegial, vor allem, soweit es den Lehrkörper der Fakultät anging“, berichtete Schreiner am 20. Januar 1950 keinem anderen als Walter Ulbricht.¹¹⁴ Am 1. April 1949 hatte Schreiner als Nachfolger von Behrens das Dekanat der Gewifa übernommen. Zu dieser Zeit veröffentlichte Behrens ein Buch zur Entwicklung der Grenznutzentheorie, jener volkswirtschaftlichen Doktrin, mit der sich Bucharin als Student in Wien 1914 auseinandergesetzt hatte.¹¹⁵ Schreiner hatte im Mai 1948 das Manuskript begutachtet und Behrens davon zu überzeugen gesucht, „daß es falsch sei, Wiederbelebungsversuche am politischen Leichnam Bucharins vorzunehmen.“¹¹⁶ Das Buch erschien ohne die Bucharin-Zitate, aber Behrens geriet dennoch in die Kritik der Parteiobere. Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten bezeichnete der SED-Kreisvorsitzende Horst Sindermann Werner Krauss, Walter Markov und Fritz Behrens als „Trotzkisten“.¹¹⁷ Behrens mußte annehmen, Schreiner habe ihn bei Sindermann denunziert. Die Beziehungen zwischen beiden verschlechterten sich schlagartig. Behrens warf Schreiner vor, er „habe als Wissenschaftler und Lehrer versagt.“, Schreiner ließ Behrens spüren, er halte nichts von einem Wissenschaftler, der in der Nazizeit promoviert und anschließend im Statistischen Zentralamt im okkupierten Prag tätig gewesen war.¹¹⁸ Die sachliche Differenz – die Auflösung der Gewifa und die Eingliederung ihrer Studenten und Lehrer in andere Institute¹¹⁹ – vermischte sich mit dem persönlichen Zerwürfnis. Eine Zusammenarbeit zwischen Schreiner und Behrens war nicht mehr möglich.

Schreiner begab sich wegen einer schweren Neuritis des linken Nervus trigeminus in ärztliche Behandlung.¹²⁰ Anfang 1950 bat er Paul Wandel um Beurlaubung von den Universitätsgeschäften¹²¹ und äußerte im März die Absicht, Leipzig zu verlassen. Er wollte nach Berlin gehen, hatte vorher jedoch einen Forschungsauftrag erhalten, um, wie er schrieb, „meine Arbeit fertigstellen zu können.“¹²² Seine beiden Assistenten Helmuth Stoecker und Werner Müller wollte er möglichst nach Berlin mitnehmen.¹²³

Die Arbeit, die Schreiner fertigstellen wollte, war seine Darstellung „Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik“, deren erster Band die Zeit von der Reichseinigung bis zur No-

113 Ebenda, S. 160f. Hervorhebung im Text.

114 Schreiner an Walter Ulbricht, 20. Januar 1950, in: SAPMO-BArch, NY 4198/83, Bl. 94.

115 Fritz Behrens, Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der „wissenschaftlichen Apologetik“ des Kapitalismus, Leipzig 1949. Bucharins „systematische Kritik der theoretischen Ökonomie der modernen Bourgeoisie“ erschien, durch die politischen Umwälzungen bedingt, erst 1926 in deutscher Sprache: Nikolai Bucharin, Die politische Ökonomie des Rentners, Wien/Berlin 1926, Zitat S. 5.

116 So Schreiner an Ulbricht.

117 Vgl. Helmut Steiner, Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909–1980), Leipzig 1996, S. 16f. Wiederabdruck des Aufsatzes in: Eva Müller u. a. (Hg.), „Ich habe einige Dogmen angetastet ...“ Werk und Wirken von Fritz Behrens, Leipzig 1999, S. 13–32, hierzu S. 22.

118 Schreiner an Wandel, 21. November 1949, in: SAPMO-BArch, NY 4198/85, Bl. 96f.

119 Schreiner lehnte dies strikt ab.

120 Dr. Gietzelt, Fachärztliches Zeugnis vom 29. November 1949, in: Ebenda, Bl. 101.

121 Schreiner an Wandel, 3. Januar 1950, in: Ebenda, Bl. 227.

122 Schreiner an Wandel, 3. März 1950, in: Ebenda, Bl. 256.

123 Schreiners sehr positive Beurteilung von Stoecker vom 20. März 1950 befindet sich in: SAPMO-BArch, NY 4198/83, Bl. 107; ein besorgter Brief Müllers an seinen Lehrer vom 21. Mai 1950 in: SAPMO-BArch, NY 4198/85, Bl. 259–262.

vemberrevolution behandeln sollte. Das Buch ging aus Schreiners Leipziger Vorlesungen hervor, was man dem Text, dem eine Straffung gutgetan hätte, streckenweise anmerkt. Mit dieser Monographie war es Schreiner möglich, die ausstehende Promotion nachzuholen; er verteidigte die Dissertation 1953 in Halle bei Leo Stern.

Schreiner verstand sein Buch als erste marxistische Darstellung des Themas. Dem Klima des Kalten Krieges entsprechend, zitierte Schreiner die nichtmarxistische Forschungsliteratur teilweise in abwertender Weise. Besonders giftig äußerte er sich über Veit Valentin; ein Urteil, das die spätere DDR-Historiographie revidiert hat.¹²⁴ Er scheute sich nicht, Valentins Darstellung der deutschen Außenpolitik im wilhelminischen Kaiserreich¹²⁵ als das „widerliche Elaborat eines ‚bedeutenden‘ bürgerlichen liberalen Historikers“ herabzusetzen.¹²⁶ Schreiner warf Valentin vor, „durch nicht bewiesene Behauptungen“ Bismarck rehabilitieren zu wollen.¹²⁷ Gegenüber Schreiners disqualifizierenden Bemerkungen zu Valentin fällt sein positiver Bezug zu den Arbeiten Hallgartens auf. Johannes Ziekurschs Darstellung über die „Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches“ erwähnte Schreiner ebenso wenig wie Erich Eycks Kritik am „persönlichen Regiment Wilhelms II.“¹²⁸

Schreiner lieferte eine Darstellung, kaum eine Analyse der ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Eliten. Relativ umfassend behandelte er die deutsche Kolonialpolitik, die Orientexpansion und die sozialdemokratische Kritik an der „Weltpolitik“ Wilhelms II., wobei er die Debatten in das Schema von „Opportunismus“, „Zentrismus“ und revolutionärer Linke preßte. Informativ sind die Passagen über die Spekulationen der deutschen Regierung auf antirussische Ressentiments unter den deutschen Sozialdemokraten beim Kriegsbeginn 1914.

Im ersten Heft der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ würdigte Werner Müller Schreiners Buch als eine Arbeit, in der „zum ersten Male der Arbeiterklasse als einem Faktor der Außenpolitik der ihr gebührende Platz eingeräumt worden ist.“¹²⁹ Die von Müller gelobte marxistisch-leninistische Sichtweise fand bei Richard Nürnberger, der Schreiners Darstellung für „Das historisch-politische Buch“ rezensierte, keinen Beifall. Nürnberger benannte deutlich die Schwächen der Arbeit. Sie beruhe „nicht auf neuen Quellenstudien“, sie sei „Agitation für die bolschewistische Stellungnahme zur deutschen Geschichte“ und enthalte, „durch das Schema der Interpretation“ bestimmt, „einfach falsch berichtet(e)“ Ereignisse.¹³⁰ Schreiners Werk zeigte seine professionellen Schwächen, doch auch das Un-

124 Valentin wurde kritisch gewürdigt von Hans Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1975, S. 346–398.

125 Veit Valentin, *Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges*, Berlin 1921.

126 Albert Schreiner, *Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945*, Bd. 1: *Von der Reichseinkunft bis zur Novemberrevolution*, Berlin (Ost) 1952, S. 419. Einen zweiten Band schrieb Schreiner nicht.

127 Ebenda, S. 37.

128 Johannes Ziekursch, *Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1925, 1927, 1930; Erich Eyck, *Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914*, Erlenbach 1948.

129 Werner Müller, in: *ZfG*, 1953, Nr. 1, S. 158.

130 Richard Nürnberger, in: *Das historisch-politische Buch*, 1953, Nr. 8, S. 239f. Nürnberger war in den fünfziger Jahren einer der wenigen wirklichen Marxkenner im Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik. Vgl. seine Arbeiten: *Lenins Revolutionstheorie. Eine Studie über „Staat und Revolution“*, in: *Marxismusstudien*, Bd. I, Tübingen 1954, S. 161–172; ders., *Die Französische Revolution im revolutionären Selbstverständnis des Marxismus*, in: Ebenda, Bd. II, Tübingen 1957, S. 61–76.

fertige, Provisorische und die dogmatischen Einengungen in der frühen DDR-Geschichtswissenschaft.

Als sein Buch erschien, war Schreiner bereits Abteilungsleiter am Museum für Deutsche Geschichte in Berlin. Nach der 7. ZK-Tagung Ende 1951 wurde die offizielle Gründung des Museums auf den 18. Januar 1952 festgelegt, bekanntlich ein geschichtsträchtiges Datum.¹³¹ Am 1. Mai wurde das Museum eröffnet.¹³² Unter Alfred Meusel als Direktor entstanden vier Abteilungen. Albert Schreiner übernahm die Leitung der Abteilung 1918–1945, die den Abschluß der Ausstellung zur Geschichte des deutschen Volkes gestalten sollte. Die entsprechenden Thesen wurden bereits im Februar 1952 von den Abteilungsleitern mehrfach diskutiert. Einer der Streitpunkte war die Frage nach dem Beginn der Novemberrevolution. Alfred Meusel betonte, die Revolution habe nicht erst am 9. November 1918 begonnen, sondern in Kiel mit dem Aufstand der Matrosen (der auf den Kieler Meusel einen starken Eindruck hinterlassen hatte). Die Zeit vom Ausbruch der Revolution bis 1923 sollte als eine Einheit gefaßt werden. Albert Schreiner hob die Rolle der Räte als der „Seele der Revolution“ hervor. Manche Fragen blieben auch nach Eröffnung der Ausstellung kontrovers.¹³³ Schreiner sollte damit wenige Jahre später noch einmal konfrontiert werden. Im „Neuen Deutschland“ wurde die Eröffnung des Museums als ein „für die wissenschaftliche Erforschung und Darstellung der Vergangenheit unseres Volkes“ bedeutsames Ereignis gefeiert. Die Eröffnung des Museums solle dazu beitragen, die Vermittlung von Geschichte „von unwissenschaftlichem, reaktionären Unrat zu befreien“, wie es im Parteiblatt hieß.¹³⁴

Der – im Selbstverständnis der SED – „unwissenschaftliche, reaktionäre Unrat“ gelangte sogar auf den Tisch des Hauses: Anfang Dezember 1952 rügte Abteilungsleiter Schreiner seine Mitarbeiter, „daß es nicht zulässig ist, Bücher und Material von Troztkisten und andere sekretierte politische Literatur über Parteigeschichte offen auf den Arbeitsplätzen liegen zu lassen.“ Es handelte sich um Arbeiten der Stalin-Opfer Nikolai Bucharin und Fritz David. „Es ist bekannt, daß man beim Studium der Berichte der KPD und der KI immer wieder auf Troztkisten stößt, es ist jedoch ebenso bekannt, was aus solchen Verrätern geworden ist, wie z. B. Bucharin“, warnte Schreiner. Doch er stieß auf kritische Fragen. Helmuth Stoecker bemerkte, „daß es fraglich ist, ob man beim Studium der Geschichte der Jahre nach 1918 an Bucharin vorbeigehen kann.“ Schreiner erklärte, dies sei eine völlig falsche Fragestellung.¹³⁵ Die Debatte blieb ohne Folgen, da Schreiner die Auseinandersetzung nicht publik machte.

Folgenreicher verlief eine andere Kontroverse. Ausgehend von der Sowjetunion, hatte die antijüdische Politik Ende 1952 im Prager Slánský-Prozeß ihren Tiefpunkt erreicht. Prominente hochrangige Parteifunktionäre wurden aller nur denkbaren Verbrechen bezichtigt und mußten sich selbst bezichtigen. Elf der vierzehn Angeklagten waren Juden. Das Gericht

131 Der Krönungstag des preußischen Königs Friedrich I. (1701) und der Tag der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches in Versailles (1871).

132 Zur Gründungsphase des Museums vgl. u. a. Helmut Heinz, Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20, Berlin (Ost) 1979, S. 143–164; Karen Pfundt, Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte, in: Martin Sabrow/Peter Thomas Walther (Hg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, S. 94–109.

133 Vgl. Helmut Heinz, Die Konzeption der ersten Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte, in: ZfG, 1980, Nr. 4, S. 352f. Zu dieser Auseinandersetzung zwischen Schreiner und Meusel finden sich einige Bemerkungen in: SAPMO-BArch, NY 4198/86, Bl. 61, 73.

134 Was erwarten wir von unseren Historikern?, in: ND, 5. Juli 1952.

135 Protokoll der Abteilungssitzung, Anfang Dezember 1952, in: SAPMO-BArch, NY 4198/86, Bl. 95.

verurteilte sie fast alle zum Tode. Am 3. Dezember 1952 wurden die Todesurteile vollstreckt. 1963 wurden die Urteile aufgehoben. Im kurzen „Prager Frühling“, am 1. Mai 1968, erhielten sie alle, die Gehenkten und die drei Überlebenden, die höchsten Orden der tschechoslowakischen Republik.¹³⁶

Im Beschluß vom 20. Dezember 1952 zog das ZK der SED die „Lehren“ aus dem antisemitischen Schauprozess. Es rief zu höchster Wachsamkeit auf, fand in Paul Merker ein (nichtjüdisches) Opfer und wandte sich, unter zweimaliger Verwendung des Goebbels-Begriffes von der „Verschiebung deutschen Volksvermögens“, gegen Entschädigungszahlungen für außerhalb der DDR wohnende jüdische Verfolgte. In panischer Angst verließen über 550, mehr als ein Drittel der dort lebenden Juden, die DDR.¹³⁷

Der „Kampf gegen die zionistische Verschwörung“ hatte auch Auswirkungen im Museum für Deutsche Geschichte. ZK-Abteilungsleiter Anton Joos (1900–1999) verlangte, den am Museum beschäftigten Helmut Eschwege, einen Rückkehrer aus Palästina, aus der SED auszuschließen. Die Direktion des Museums entthob Eschwege am 26. Januar seiner Funktion als Leiter der Abteilung Sammlung. Eschwege richtete am 2. Februar eine Beschwerde an das ZK, worauf am 3. März eine Aussprache zwischen ihm und zwei Mitarbeitern der ZK-Abteilung Wissenschaft stattfand, der am nächsten Tag eine Aussprache der Parteileitung mit Eschwege folgte. Da dieser angeblich „erhebliche ideologische Unklarheiten“ zeigte, setzte die Parteileitung des Institutes eine Kommission ein, der Albert Schreiner, Kurt Dünow und Marion Einhorn angehörten.¹³⁸ Die Letztgenannte war selbst Jüdin und aus englischem Exil zurückgekehrt.

Die Kommission lehnte es jedoch ab, Eschwege aus der Partei auszuschließen. Dies „geehrte der eingesetzten Kommission zur Ehre“, so Eschwege in seinen Memoiren.¹³⁹ Doch die Parteileitung setzte den Ausschluß Eschweges aus der SED durch. Dieser erlitt daraufhin einen Nervenzusammenbruch.

„Das Verfahren gegen mich stand im Zeichen äußerster Zeitknappheit“, erinnerte sich Eschwege. „So konnten vor allem die Wortführer gegen mich vom Leder ziehen, die mich als noch nicht entlarvten Agenten darstellten. Die angeheizte Stimmung führte dazu, daß nur wenige Genossen die Zivilcourage aufbrachten, mich zu verteidigen, zumal Museumsdirektor Prof. Dr. Meusel ziemlich unvermittelt die Beendigung der Aussprache forderte. Danach folgte die Abstimmung, in der nur einige der älteren Genossen und der jüdischen Genossinnen, die als Historiker am Museum arbeiteten, gegen meinen Ausschluß stimmten, während die Mehrheit meinen Ausschluß forderte.“¹⁴⁰

Die von der Sowjetunion erzwungene Übernahme von Stalins antisemitischer Kampagne kostete die DDR einen guten Teil ihrer politischen Glaubwürdigkeit.¹⁴¹ Da dies bis zum

136 Für den aktuellen Forschungsstand vgl. Karel Kaplan/Frantisek Svátek, Die politischen Säuberungen in der KPC, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn etc. 1998, S. 487–599 (mit Dokumentenanhang), und Karel Kaplan, Der politische Prozeß gegen R. Slánský und Genossen, in: Leonid Luks (Hg.), Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“, Köln 1998, S. 169–187.

137 Für Einzelheiten vgl. Keßler, Die SED und die Juden, S. 52ff.

138 Stellungnahme der Parteileitung zur Angelegenheit des Genossen Eschwege, in: Ebenda, Bl. 114.

139 Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 76.

140 Ebenda, S. 77. Albert Schreiner hielt Kontakt zu Eschwege und lud ihn später auch in die Abteilung ein. Mitteilung von Wolfgang Ruge an den Verfasser.

141 Einzelheiten u. a. bei Keßler, Die SED und die Juden, S. 52ff.

Zusammenbruch der SED-Herrschaft ein Tabuthema blieb, konnten auch so wichtige Probleme wie die ambivalente Haltung der deutschen Linken zur jüdischen Emanzipation oder die gebrochene jüdische Existenz im Deutschland nach Auschwitz niemals ernsthaft erforscht oder diskutiert werden. Die wenigen Wissenschaftler, die sich diesen heiklen Themen zuwandten, hatten mit Behinderungen zu rechnen – nicht zuletzt Helmut Eschwege. Seine Frau ließ sich von ihm scheiden, er mußte das Museum verlassen und ging nach Dresden, wo die Schikanen gegen ihn allerdings fortgesetzt wurden.¹⁴²

Die Quellen geben keine Auskunft darüber, wie Schreiner mit diesen Geschehnissen umging. Zumindest im öffentlichen Auftreten ließ er keinen Zweifel am Kurs der SED erkennen – schon gar nicht bei seinem einzigen internationalen Auftritt als Wissenschaftler. Er benutzte den internationalen Historikerkongreß in Rom 1955 vielmehr als politische Tribüne. In der Aussprache über Bismarcks Diplomatie nach 1871 gelang ihm der Schwenk zur aktuellen Deutschlandpolitik und zur Stellungnahme gegen den aktuellen Widersacher. Wenn, so Schreiner, einer der Gründe für den Zweiten Weltkrieg der gewesen sei, „daß Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg psychologisch nicht abgerüstet hatte“, so müsse er feststellen, „daß in der Deutschen Bundesrepublik schon längst wieder psychologisch aufgerüstet wird. Es gibt dort kein Gesetz wie in der Deutschen Demokratischen Republik, das revisionistische und überhaupt alle Kriegspropaganda unter Strafe stellt. Hingegen werden im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik Friedenskämpfer zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Es gibt dort eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur, die versucht, den deutschen Militarismus wieder salonfähig zu machen. Man opfert Unwesentliches, um das Ganze zu retten.“¹⁴³ Daß jedoch militaristische Traditionen in *beiden* deutschen Staaten und in *beiden* soeben gebildeten Armeen wiederauflebten – dies negierte der Militärfachmann Schreiner. Er hob in seinem Kongreßbericht allerdings hervor, „daß bürgerliche und marxistische Historiker trotz der Grenzen, die ihnen durch ihre grundsätzlich verschiedenen Geschichtsauffassungen gesetzt sind, zusammenarbeiten können, wenn sie verbunden werden durch den großen Gedanken, dem Frieden und der Fortschritt der Menschheit zu dienen.“¹⁴⁴

Nur wenige Monate später, im Februar 1956, mußte auch die Parteiorganisation am Museum für Deutsche Geschichte den Sturz des Stalinschen Götzenbildes in Moskau zur Kenntnis nehmen.¹⁴⁵ „Der XX. Parteitag hat in entschiedener Weise Schluß gemacht mit dem Persönlichkeitskult, der sich in der Geschichtsschreibung ausdrückte in der Überbewertung der Rolle einzelner Persönlichkeiten zu Gunsten der schöpferischen Volksmassen.“ So lautete die milde Umschreibung für die systematische Herabwürdigung der Historiographie im Stalinismus. Als „eine bestimmte Erscheinungsform des Persönlichkeitskultes in der Wissenschaft“ wurde die „Chefideologie“ namhaft gemacht und an die „Civildourage“ der Historiker appelliert, diese zu kritisieren, wobei sie ausgerechnet Kurt Hagers Ausführungen zu Rate ziehen sollten.¹⁴⁶

142 Eschweges Schilderung dieser Schikanen ebenda, S. 80ff.

143 Schreiners Diskussionsbeitrag in: SAPMO-BArch, NY 4198/89, Bl. 48.

144 Albert Schreiner, Bemerkungen zum X. Internationalen Kongreß für Geschichtswissenschaft in Rom, in: Einheit, 1955, Nr. 11, S. 1121.

145 Zu Stalins Tod hatte Schreiner noch die erwartete hymnische Würdigung verfaßt: Albert Schreiner, Unsterblicher Stalin, in: Geschichte in der Schule, 1953, Nr. 5, S. 234f.

146 Schlußfolgerungen für die wissenschaftliche Arbeit aus dem XX. Parteitag ..., in: SAPMO-BArch, NY 4198/86, Bl. 283.

Diese Taktik der Beschwichtigung – eine kritische Neubesinnung wird man es kaum nennen können – entsprach der von der SED-Spitze offiziell verkündeten Linie, in der DDR habe es keinen Stalinismus gegeben. Natürlich wurde in der Entschließung erneut die „schöpferische Anwendung der Methode des Marxismus-Leninismus“ beschworen.¹⁴⁷ Wohl keinem der Genossen am Museum kam damals der Gedanke, daß Marxismus und Leninismus gerade nicht durch einen Bindestrich zusammengefügt werden konnten, sondern zwei miteinander unvereinbare politische Konzeptionen in der europäischen Arbeiterbewegung geworden waren.

Albert Schreiner nahm an der dem XX. Parteitag folgenden 3. Parteikonferenz der SED teil. Seinen Mitarbeitern in der Abteilung erklärte er anschließend, die Sozialdemokratie solle in der Geschichte der Arbeiterbewegung künftig ausführlicher dargestellt werden, es gebe „aber keine Konzession in prinzipiellen Fragen. Die Selbstkritik der KPD auf der Brüsseler Konferenz (1935) muß auch für die zurückliegende Zeit mehr berücksichtigt werden ... Man muß bei der Darstellung mehr beachten, daß der Hauptgegner der deutsche Imperialismus ist und nicht die Sozialdemokratie“. Zur Rolle der Räte in der Novemberrevolution sagte Schreiner: „Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen den Räten in der revolutionären Periode und unseren heutigen Räten. Man muß unsere Menschen mit diesen revolutionären Traditionen bekannt machen.“ Vernichtender hätte sich kein Antikommunist oder Antisozialist über die Räte in der Novemberrevolution äußern können, als Schreiner es unbeabsichtigt tat, indem er den absurden Vergleich zum Verwaltungsapparat der DDR mitsamt ihren Räten des Bezirkes oder des Kreises zog. Mit Recht wandte sich Schreiner indes gegen die stalinistische Charakterisierung der Räte „als Organe der Konterrevolution“. ¹⁴⁸ Zu Stalin bemerkte Schreiner nur kurz, während und nach dem Krieg sei eine Diskussion über ihn „kaum ohne Schäden möglich gewesen“. ¹⁴⁹ Einen anderen Akzent setzte im Juni 1956 der sowjetische Gastprofessor Kotow, als er im Museum zum XX. Parteitag sprach und kritisierte, daß in der Stalin-Zeit die Politik des zaristischen Rußland beschönigt wurde und die zaristischen Eroberungskriege „als gerechte Kriege betrachtet“ wurden. ¹⁵⁰ Daß der Ungeist Stalins jedoch weiterhin Schatten über die DDR und ihre Geschichtsschreibung warf, mußte Schreiner wenig später erfahren.

6. Die Debatte zur Novemberrevolution

Am 15. Dezember 1952 notierte Bertolt Brecht in sein „Arbeitsjournal“: „siehe SCHREINER wieder. Er leidet unter seinen alten kopfschmerzen und unoperablen gallensteinen, arbeitet ununterbrochen. Schüttelt den kopf über den thälmannfilm der DEFA, sie machten beim hamburgener aufstand anscheinend einen feldherrn im hauptquartier aus ihm, während er

147 Ebenda.

148 Vgl. Carola Seiler, Die Formierung der Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständige Fachdisziplin der DDR-Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, Phil. Diss., Berlin (Ost) 1986, S. 115ff.

149 Institut für Geschichte, Abteilung 1918–1945, Protokoll der Arbeitsbesprechung am 9. März 1956, in: SAPMO-BArch, NY 4198/88, Bl. 73f.

150 Der XX. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der Geschichtswissenschaft (Thesen des Referats von Genossen Kotow), in: Ebenda, Bl. 101.

auf dem fahrrad von betrieb zu betrieb fuhr, von der polizei gesucht sich in der öffentlichkeit versteckend. Ein 18jähriger, führer einer hundertschaft, fiel, und seine mutter erzählte schreiner, er habe in der letzten nacht, von ihr gefragt, was er machen würde, wenn er auch sie ertappe, ein brot stehend, gesagt ‚dann muß ich dich und mich erschießen.‘ Schreiner weiß dutzende solcher geschichten, für die sich die defa nicht interessiert.“¹⁵¹

Schreiner mußte das Gefühl gehabt haben, allmählich abgedrängt zu werden. Seine spezifischen Erfahrungen, dies zeigte sich, waren für die DDR-Geschichtswissenschaft kaum von Wert. Im Gegenteil: Sie wurden bewußt ausgeschlagen. Als er sich an der Debatte um den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958 beteiligte, wollte er gewiß, aber nicht nur, seine eigene Beteiligung an der Revolution gewürdigt sehen. Vehement vertrat er den Standpunkt vom sozialistischen – nicht bürgerlich-demokratischen – Charakter der Revolution, wurde aber, wie gezeigt wird, schließlich dazu genötigt, davon Abstand zu nehmen.

Im zu Stalins Lebzeiten verbindlichen „Kurzen Lehrgang“ zur Geschichte der sowjetischen KP war festgehalten worden: „Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügte Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution.“¹⁵² Es verstand sich von selbst, daß Walter Ulbricht diese Bewertung teilte.¹⁵³

Schreiner hatte schon gegenüber Alfred Meusel 1952 von einer „sozialistischen Revolution“ gesprochen, „die die Linke nicht zum Siege führen konnte.“¹⁵⁴ Doch Meusels Haupt Einwände hatten weniger der überzogenen Bewertung der deutschen Linken gegolten, als vielmehr der KPD-Politik in der Weimarer Republik insgesamt.¹⁵⁵ Obwohl es Schreiner als Mitglied der KPD-Opposition seinerzeit anders gesehen hatte, stellte er 1952 kategorisch fest: „Eine Kritik an der Politik vor 1933 halte ich auch deshalb für verfehlt, weil die Fehler der KPD auf einer ganz anderen Ebene liegen wie die der SPD. Die KPD hat zu keiner Zeit die grundsätzliche Position des Marxismus-Leninismus preisgegeben. Bei der SPD handelt es sich um die konsequente Fortsetzung ihrer Politik des Verrats der Arbeiterklasse.“¹⁵⁶ Die Spannungen zwischen Meusel und Schreiner hatten aber eine Ursache auch in der nur schleppenden Arbeit Schreiners am Lehrbuchprojekt zur Geschichte des deutschen Volkes. Schreiner hatte im März 1955 seine überarbeitete Disposition für den Abschnitt 1918 bis 1945 veröffentlicht, schrieb jedoch das Buch nicht mehr.¹⁵⁷

1956 wechselte Schreiner vom Museum für Deutsche Geschichte an das neu gegründete Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften und leitete dort die Abteilung 1918 bis 1945. Die Erforschung der Novemberrevolution fiel also in seinen Aufgabenbereich.

151 Brecht, Arbeitsjournal 1938–1955, S. 512.

152 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 279.

153 Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin (Ost) 1955, S. 39.

154 Die entsprechenden Äußerungen in: SAPMO-BArch, NY 4198/86, Bl. 93.

155 Vgl. ebenda, Bl. 100. Diese Information bestätigte Joachim Petzold.

156 Albert Schreiner, Stellungnahme zur Kritik Alfred Meusels vom 26. November 1952, in: SAPMO-BArch, NY 4198/94, Bl. 90.

157 Albert Schreiner, Zu einigen Fragen der neuesten deutschen Geschichte. Antwort auf kritische Stellungnahmen zur Disposition für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945), in: ZfG, 1955, Nr. 3, S. 374–430.

Die Vorbereitungen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution hingen mit den Diskussionen um eine zumindest partielle Neubewertung der Geschichte des Kommunismus nach dem XX. KPdSU-Parteitag zusammen. Robert Leibbrand, Jahrgang 1901, kannte Schreiner schon aus der Gründungsphase der württembergischen KP. Anfang 1957 nahm er gegen die bislang unwidersprochene Behauptung des „Kurzen Lehrgangs“ Stellung:

„Die Charakterisierung der Novemberrevolution schlechthin als eine bürgerliche Revolution verleitete zu einer Unterschätzung und Verkleinerung des großen Kampfes des deutschen Proletariats.“ Laut Leibbrand war die Novemberrevolution „nach ihren Grundsätzen und nach den Zielen des Proletariats eine sozialistische Revolution. Sie hat ihr Ziel nicht erreicht, sondern blieb in der Lösung einiger bürgerlich-demokratischer Aufgaben stecken, kam nicht zur vollen Entfaltung.“¹⁵⁸ Die beiden sowjetischen Historiker Ja. S. Drabkin, der alles andere als ein Dogmatiker war, und W. I. Bilik hielten dagegen an der Einschätzung der Novemberrevolution als bürgerlich-demokratisch fest.¹⁵⁹

Albert Schreiner unterstützte die Position Leibbrands. Bereits 1955 hatte er in einer Miszelle das Datum der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 1. auf den 7. Oktober 1918 berichtigt und damit sein anhaltendes Interesse an der Novemberrevolution gezeigt.¹⁶⁰ Auf einer Konferenz über die Auswirkungen der Russischen Revolution auf Deutschland übte sich Schreiner 1957 in der Verkündung von Allgemeinplätzen: „Die Revolutionen in Rußland und Deutschland waren Erscheinungsformen ein und desselben weltgeschichtlichen Prozesses.“ Im „deutschen Sektor der proletarischen Revolution“ müßten dabei noch entscheidende Vorgänge untersucht werden.¹⁶¹ Wenig später erklärte Schreiner, er müsse die Auffassung vom bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution „preisgeben“.¹⁶² Roland Bauer, der in der Sowjetunion zur Novemberrevolution promoviert hatte, unterstützte Schreiner und schrieb, „es gibt bei Lenin keine Stelle, die ernsthaft so ausgelegt werden könnte, als ob die deutsche Revolution 1918 erst eine Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution hätte durchlaufen müssen.“¹⁶³ Die Revolution „war folglich ihrem Charakter nach eine über die ersten Anfänge nicht hinaus gekommene, niedergeschlagene proletarische Revolution.“¹⁶⁴ Die Exegese der unanfechtbaren Lenin-Texte war an die Stelle wissenschaftlicher Quellenkritik getreten.

Eine kontroverse Diskussion zur Novemberrevolution wäre in einer pluralistischen Geschichtswissenschaft nichts Aufregendes. Doch die SED-Führung benötigte historische Kenntnisse und Erkenntnisse für die ideologische und propagandistische Legitimierung ihrer Herrschaft. Es war kein anderer als Walter Ulbricht, der die Debatte beendete. Das Politbüro habe sich, laut Ulbricht, selbst mit der Einschätzung des Charakters der Novemberrevolution befaßt und die „von einem Teil der Historiker vertretenen falschen Auffassungen vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution zurückgewiesen.“ Diese sei „eine bürgerlich-demokratische Revolution“ gewesen, „die in gewissem Umfang mit proletarischen

158 Robert Leibbrand, Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution, in: Einheit, 1957, Nr. 1, S. 107f.

159 Vgl. Diskussion marxistischer Historiker, in: ND, 19. April 1958.

160 Albert Schreiner, Ein historisches Datum ist zu berichtigen, in: ZfG, 1955, Nr. 1, S. 117f.

161 Albert Schreiner, Einleitung, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, Berlin 1957, S. IX.

162 Albert Schreiner, Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution, in: ZfG, 1958, Nr. 1, S. 32.

163 Roland Bauer, Über den Charakter der deutschen Novemberrevolution, in: Ebenda, S. 153.

164 Ebenda, S. 168.

Mitteln und Methoden durchgeführt wurde.“ Als Kriterium dafür sei das Fehlen einer „marxistisch-revolutionären Arbeiterpartei“ anzusehen. Zur Verblüffung der Historiker legte Ulbricht das Ende der Revolution auf den 19. Januar 1919, den Tag der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung.¹⁶⁵

Es blieb den Historikern nichts weiter übrig, als sich dem anzuschließen. Der sowjetische Forscher Bilik behauptete, die Novemberrevolution wäre „die proletarischste, die ‚sozialistischste‘ aller bürgerlich-demokratischen Revolutionen“ gewesen; und dies, „obwohl man natürlich nicht sagen kann, daß die Arbeiter eine klare Vorstellung vom Sozialismus hatten.“¹⁶⁶ Walter Nimtz, ein Mitarbeiter der SED-Parteihochschule, stellte fest, daß die Revolution „den bürgerlich-demokratischen Rahmen nicht überschritt.“¹⁶⁷ Deren Direktorin Hanna Wolf warnte schließlich jene Historiker, die „die Schädlichkeit des Revisionismus und die verräterische Rolle der rechten Führer der SPD in der Revolution nur ungenügend oder gar nicht in die Auseinandersetzung einbezogen“ hätten.¹⁶⁸

Joachim Petzold hat ausführlich den Hintergrund der Auseinandersetzungen geschildert, in deren Verlauf Helene Berg und Ernst Hoffmann vom ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften die Auffassung vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution unterstützten, während die Vertreter der Parteihochschule dem widersprachen. Dies hing auch mit erlebter Geschichte zusammen: Wer, wie Schreiner, im Spartakusbund mitgekämpft hatte, konnte sich nicht damit abfinden, sein Leben für eine „bürgerliche“ Revolution aufs Spiel gesetzt zu haben.¹⁶⁹

Schreiner handelte, als er den proletarischen Charakter der Revolution verfocht, wie Wolfgang Ruge anmerkte, „wohl auch in vorauseilendem Gehorsam, konnte er doch annehmen, daß die SED-Führung, die ihr genehme wissenschaftlich aufgemachte Behauptungen per Parteibeschluß abzusegnen pflegte, die Novemberrevolution in verbindlichen Thesen zum Anlauf zu einer sozialistischen Zukunft erklären werde. Dazu kam es jedoch nicht. Das hing aber nicht vom Ertrag der Forschung ab, der ohnehin keine säuberliche Einordnung in die Schubkästen ‚proletarische‘ und ‚bürgerliche‘ Revolution gerechtfertigt hätte, sondern – wie so oft in der Wissenschaft – von der politischen Großwetterlage.“¹⁷⁰

Diese war eindeutig: Nach der notgedrungenen halben „Entstalinisierung“ im Gefolge des XX. Parteitages hielt es die SED-Führung für geboten, jede weitere Kritik an Stalins vermeintlichen theoretischen Leistungen zu unterbinden. Dazu gehörte auch sein Diktum

165 Walter Ulbricht, Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution, in: ND, 18. Juni 1958.

166 W. I. Bilik, Noch einmal über die Eigenart und den Charakter der Revolution von 1918–19 in Deutschland, in: Einheit, 1958, Nr. 7, S. 1024.

167 Walter Nimtz, Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918–19 in Deutschland, in: ZfG, 1958, Nr. 3, S. 712.

168 Aktuelle Lehren der Novemberrevolution, in: ND, 1. August 1958.

169 Joachim Petzold, „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, in: Martin Sabrow (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln 2000, S. 287–314, bes. S. 300ff.

170 Wolfgang Ruge, Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs, in: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts, Jena 1997, S. 7.

vom bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution.¹⁷¹ Die Reklamierung des Adjektives „sozialistisch“ allein für die russische Oktoberrevolution betonte den exklusiven Charakter der östlichen Führungsmacht und ihrer Parteigeschichte. Wenn schließlich das Kriterium der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei ins Spiel gebracht wurde, war unmißverständlich: Außerhalb, ohne oder gar gegen die Partei ist eine sozialistische Revolution nicht möglich.

Ulbrichts Definition der bürgerlich-demokratischen Novemberrevolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt worden sei, war eine geschickte Kompromißformel. Ulbricht konnte sozusagen als Schiedsrichter fungieren und sich darüber hinaus als Experte in den Geschichtsdebatten fühlen; eine Reputation, an der ihm viel lag.

Entsprechend waren die Rücksprachen zwischen dem sowjetischen und dem ostdeutschen Parteiapparat. In einem Brief an Leonid Iljitschow, den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der KPdSU, teilte Kurt Hager mit, Schreiner und einige andere DDR-Historiker hätten die Auffassung vertreten, „daß die Novemberrevolution 1918 in Deutschland ihrem Charakter nach eine sozialistische Revolution gewesen sei, die eine Niederlage erlitt.“ Dieser Versuch einer Neubewertung sei vom Politbüro zurückgewiesen worden. In den geplanten Protokollband würden die „Beiträge der Historiker der DDR, die den Thesen unserer Partei widersprechen, nicht mehr aufgenommen.“¹⁷²

Als Schreiner die Rolle der Parteilinken in der Revolution betonte, ging es ihm wohl auch darum, sein einstiges Engagement in der antistalinistischen KPDO vergessen zu machen. Fritz Klein berichtet in seinen Erinnerungen, Schreiner habe ihm damals voller Bitterkeit gesagt, „linke Fehler sind nie so schlimm wie rechte.“¹⁷³ Doch blieben solche Äußerungen Schreiners die Ausnahme. Dem von der SED gemaßregelten Hallenser Historiker Günter Mühlpfordt gestand Schreiner zwar ein: „Von Irrungen großer Art war auch mein Leben nicht frei“, womit er auf seine KPDO-Vergangenheit anspielte. Doch die Partei habe „Fraktur“ mit ihm gesprochen. „Wir haben unsere Irrungen nur durch unser unbegrenztes Vertrauen zur Partei überwunden und das hat die Partei dann auch anerkannt.“¹⁷⁴ Joachim Petzold registrierte den Widerspruch zwischen äußerem Auftreten und innerer Einsicht Schreiners. „Er konnte in Gesprächen mit Freunden, deren Zeuge ich zufällig wurde, sehr kritisch über das urteilen, was er in der Öffentlichkeit glaubte ganz entschieden verteidigen zu müssen. Leider war das eine weitverbreitete Erscheinung.“¹⁷⁵

171 Hermann Weber sah hierbei die Tendenz, „Stalin weiter zu rehabilitieren.“ Hermann Weber, Die Novemberrevolution und die SED. Die Diskussionen der SED-Historiker über den Charakter der Novemberrevolution 1918, in: SBZ-Archiv, 1958, Nr. 20, S. 323.

172 Hager an Iljitschow, 30. Juli 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/125, Bl. 422f. Differenzierter schrieb Ernst Engelberg in einer Broschüre: „Obwohl die Novemberrevolution in einer bürgerlich-demokratischen Umwälzung steckenblieb, hat sie doch beachtenswerte politische Veränderungen erreicht: Deutschlands Arbeiter und Soldaten stürzten das monarchische System, erkämpften auf revolutionäre Art den Frieden und sicherten sich bedeutsame sozialpolitische Errungenschaften. Und am Ende der Novemberrevolution hat das bürgerlich-parlamentarische Regime eine festere nationalstaatliche Einheit geschaffen.“ Ernst Engelberg, Die deutsche Novemberrevolution 1918/19, Leipzig 1959, S. 17.

173 Fritz Klein, Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR, Frankfurt a. M. 1999, S. 161.

174 Schreiner an Mühlpfordt (1957), in: SAPMO-BArch, NY 4198/108, Bl. 330f.

175 Joachim Petzold, Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, hg. v. Martin Sabrow, Potsdam 2000, S. 91.

Es wäre zu einfach, so Petzold an anderer Stelle, dies „mit Opportunismus zu erklären. Zweifellos haben die Lebenserfahrungen eine große Rolle gespielt. Viele wollten nicht noch einmal ihr Ansehen und ihre Existenz gefährden. Es hatte schon genügend Kursänderungen gegeben, die sich allesamt als vorübergehend erwiesen und nur denen zum Schaden gereichten, die dem kommunistischen Linksradikalismus offen entgegengetreten waren.“¹⁷⁶

Dies war das Grundübel der DDR und der von ihr hervorgebrachten Geschichtswissenschaft. Wer sich ihren politischen Vorgaben unterwarf, nicht einmal nach Freiräumen suchte, mußte auf wissenschaftliche Wirksamkeit verzichten. Er blieb ein *Parteihistoriker*, jederzeit bereit, auch gegen innere Widerstände den politischen Kurs mit wissenschaftlichem Vokabular zu legitimieren. Eine solche Rolle war Albert Schreiner zugedacht worden. Als er sie nur ungenügend zu spielen vermochte, wurde ihm klargemacht, wie entbehrlich er als Historiker war.

Der zu genau dieser Zeit als „Revisionist“, also „Rechtsabweichler“, bedrängte Kuczynski notierte in sein Tagebuch: „Die Sowjetfreunde haben Schreiner, als er in ganz bescheidener Weise den Versuch machte, Drabkin ... vorzuwerfen, daß er den Verrat von Ebert etc. 1918 entschuldigte, ganz gehörig etwas auf die Finger gegeben.“¹⁷⁷ Die jüngeren Historiker hielten sich in dieser ganzen Auseinandersetzung, wie Schreiners Assistent Helmuth Stoecker schrieb, „mit einem Urteil zurück, dessen sie sich nicht sicher waren.“¹⁷⁸

Zwar ging es Ulbricht nicht darum, Schreiner zu maßregeln, schon deshalb nicht, weil seine Frau Lotte versucht hatte, bei Schreiner zu promovieren. Sie war an der Dissertation gescheitert, was Schreiner nicht publik machte und wofür Ulbricht ihm, ob er wollte oder nicht, dankbar sein mußte.¹⁷⁹ Schreiner blieb jedoch eine öffentliche Korrektur seiner Behauptung nicht erspart: „Inzwischen wurde in der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 40. Jahrestages der Novemberrevolution die Diskussion über ihren Charakter im zentralen Maßstab fortgesetzt. Im Ergebnis der Diskussion wurde die Auffassung vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution als falsch zurückgewiesen“, mußte er niederschreiben. „Danach ist ‚die Novemberrevolution ihrem Charakter nach als eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde‘, zu bezeichnen.“¹⁸⁰ Spätestens jetzt mußte Schreiner erkennen, wie wenig sein Wissen, seine Erfahrungen des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Exils im Herrschaftsdiskurs galten.

Zu den ihm politisch gezogenen Grenzen kamen die Grenzen seiner Professionalisierung als Historiker.¹⁸¹ Nicht in der hegemonialen Kultur des deutschen Kaiserreiches, sondern

176 Ebenda, S. 112.

177 Jürgen Kuczynski, „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989, Berlin/Weimar 1994, S. 124f.

178 Helmuth Stoecker, *Socialism with Deficits. An Academic Life in the German Democratic Republic*, Hamburg etc. 2000, S. 29.

179 Lotte Ulbricht hatte bei Schreiner zum Kapp-Putsch in Berlin promovieren wollen, sah aber ein, daß sie dies nicht schaffen würde. Die Materialien und die Korrespondenz Lotte Ulbricht – Schreiner befinden sich im Schreiner-Nachlaß, in: SAPMO-BArch, NY 4198/56, Bl. 21–79.

180 Schreiners Selbstkritik ist abgedruckt in dem von ihm herausgegebenen und redigierten Band: *Die Oktoberrevolution und Deutschland. Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, Berlin (Ost) 1958, S. 38.

181 Die von ihm veröffentlichte Eingabe deutscher Industrieller an Hindenburg zur Berufung Hitlers als Reichskanzler vom November 1932 fand nicht er, sondern sein in Archivarbeiten wesentlich versierterer Assistent Joachim Petzold im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. Veröffentlicht in: ZfG, 1956, Nr. 2, S. 366–369. Mitteilung von Joachim Petzold an den Verfasser.

nur innerhalb der gegenkulturellen Strukturen der deutschen Sozialdemokratie hatte der Arbeitersohn politische Bildung erwerben, in der demokratischen Weimarer Republik dann auch vermitteln können. Bis zu seiner späten Berufung an die Leipziger Universität stand er außerhalb der Fachwissenschaft. Weder thematisch noch methodisch fanden seine Exilerfahrungen einen Niederschlag in dem, was er als Historiker in der DDR veröffentlichte. Legt man der Analyse formale Karrieremuster zugrunde, erlebte der Arbeitersohn, der zum „organischen Intellektuellen“ innerhalb der Arbeiterbewegung wurde, mit der Berufung zum Professor einen bemerkenswerten Aufstieg. Nimmt man aber einen revolutionär-demokratischen Marxismus zum Maßstab, von dem der junge Schreiner in der SPD vor 1914 geprägt wurde und der noch seinem Anschluß an die KPDO zugrunde lag, werden die politischen Verluste in Schreiners Leben sichtbar. Seine publizistischen und militärpolitischen Schriften lassen dennoch erkennen, was ihm bei einem geregelten Bildungsgang und ohne politische Einengungen möglich gewesen wäre.

All dies trug zu seiner Resignation bei. Der ihm aufgenötigte Widerruf in der Debatte um die Novemberrevolution war mehr Anlaß denn Ursache seines Rückzuges aus der Wissenschaft, der natürlich auch altersbedingt war. 1960 trat der Zweiundsiebzighjährige in den Ruhestand. Fortan veröffentlichte er fast nichts mehr, sein Abschnitt des Lehrbuches zur deutschen Geschichte blieb eine Ankündigung, was sein fachinternes Prestige nicht hob. Schreiner erlebte aber noch die Neuherausgabe seines wichtigsten Buches „Hitler treibt zum Krieg“.¹⁸² Der Berufsrevolutionär Albert Schreiner erwarb sich als antifaschistischer Schriftsteller einen Namen. Als Historiker war er hingegen nicht erfolgreich. Er starb am 4. August 1979, zehn Jahre bevor auch seine Partei vom Schauplatz der Geschichte abtreten mußte.¹⁸³

182 Schreiner wurde noch, wenngleich pro forma, in das Autorenkollektiv der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ berufen, die 1966 erschien. Eine Begebenheit, die einmal mehr ein bezeichnendes Licht auf das Geschichtsverständnis im Parteiapparat wirft, findet sich in den nachgelassenen Papieren von Joachim Petzold: Im Jahre 1978 erhielt dieser vom Institut für Marxismus-Leninismus (IML) den Auftrag, eine vollständige Liste der Publikationen Albert Schreiners zu erstellen. Als er diese vorlegen wollte, äußerte Walter Wimmer (IML) sein Befremden, warum überhaupt Artikel aus „partei feindlichen Organen“ (gemeint war die KPDO-Presse) aufgelistet würden. Joachim Petzold ersuchte daraufhin, ihn von diesem Auftrag zu entbinden. Die Sache zog sich hin und kam erst mit Schreiners Tod zu ihrer (Nicht-)Lösung. Belege im Privatarchiv Joachim Petzold, im Besitz von Waltraud Petzold, Berlin, Nr. 403 u. 404.

183 Dieses Kapitel erscheint in veränderter Form in: Universität im Aufbruch. Leipzig 1945–1956, Leipzig 2001 (im Druck).

KAPITEL 7

Der Historiker des „Völkerfrühlings“. Karl Obermann (1905–1987)

Der israelische Historiker Walter Grab gibt in seinem Lebensbericht einen Witz wieder, den ihm sein Freund Karl Obermann erzählt hatte: „Ein treuer Parteigenosse stirbt und denkt: Jetzt komme ich in den Himmel, wo Karl Marx als Gottvater sitzt. Als er oben anlangt, weiß niemand, wo Marx zu finden ist. Endlich teilt man ihm mit, daß er in Zimmer 627 arbeitet; er steigt in den sechsten Stock und sieht, daß Marx mit dem weißen Bart in einer ganz kleinen Kammer mit vielen Akten und Papieren sitzt. ‚Ist das der Posten, den man dir im kommunistischen Himmel gegeben hat?‘ fragt er verblüfft. Marx erwidert: ‚Man hat mir meine Sünden und Verfehlungen vorgehalten, und ich mußte mich mit diesem kleinen Posten als Archivar abfinden. Erstens: Ich stamme aus einer bürgerlichen Familie. Zweitens: Ich war mit einer Adligen verheiratet. Drittens: Ich war Westemigrant, das hat mir sehr geschadet; und viertens: Man hat in meinen Schriften kein einziges Mal den Namen Lenins gefunden!‘“¹

Karl Obermann entstammte keiner bürgerlichen, sondern einer Kölner Arbeiterfamilie, war nicht mit einer Adligen verheiratet, sondern mit der Tochter eines in Ost und West befähigten jüdischen Intellektuellen, war allerdings Westemigrant gewesen und hatte schließlich zwar Lenin zitiert, war aber 1932 Mitglied der KPD- wie SPD-kritischen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) geworden. Vor allem aber war er ein hochproduktiver Historiker. Das große Thema seines Forscherlebens war die deutsche Revolution von 1848/49. In mancher Weise setzte er die Arbeit eines anderen Exilanten, Veit Valentin, fort, von dem ihn allerdings seine Parteinahme für den Sozialismus trennte. Obermanns Vita unterscheidet sich grundlegend von der Albert Schreiners: Jenem war im Kaiserreich der Weg zur höheren Bildung versperrt gewesen, während Obermann die Möglichkeiten nutzte, die die erste deutsche Demokratie auch sozial Benachteiligten bot. Trotz aller Brüche sollte Obermann in ganz anderer Weise zum professionellen Historiker werden, als dies für Schreiner möglich war.

¹ Walter Grab, *Meine vier Leben. Gedächtniskünstler-Emigrant-Jakobinerforscher-Demokrat*, Köln 1999, S. 208. Walter Grab widmete sein Buch: Georg Büchner und die Revolution von 1848. Der Büchner-Essay von Wilhelm Schulz aus dem Jahr 1851, Königstein (Taunus) 1985, Karl Obermann. Ihm verdankte Grab die Idee zu diesem Buch.

1. Zwischen Jugendbewegung und Sozialistischer Arbeiterpartei

Karl Obermann wurde am 22. September 1905 im Kölner Arbeitervorort Ehrenfeld geboren.² Sein Vater Paul arbeitete als Sattler in der Polsterei einer Karosseriefabrik, seine Mutter Wilhelmine war Hausfrau. Obermann lernte „schon als Kind die Sorgen einer Arbeiterfamilie kennen. Vom ersten Lebensjahr an litt ich an Bronchial-Asthma, konnte also nicht wie andere Kinder herumtollen. Ich wurde mit den Schuljahren ein Bücherwurm, der sich für alles interessierte und aufmerksam verfolgte, worüber sich die Erwachsenen unterhielten. Ich war noch nicht neun Jahre alt, als der erste Weltkrieg ausbrach. Einerseits war ich ebenso wie meine Klassenkameraden begeistert, andererseits beschäftigte mich die Frage, was Krieg eigentlich bedeutet. Meine Eltern meinten, das könnte ich noch nicht verstehen.“³

Der Literaturhistoriker Hans Mayer, zwei Jahre jünger als Obermann, war ebenfalls in Köln aufgewachsen, allerdings im jüdischen Bürgertum. Für ihn begann der Weltkrieg „als begriffene Wirklichkeit“ im Jahre 1915. Mayer hatte bei der Lektüre der nationalistischen Kinderbücher „nicht allein die U-Boot-Helden und Kampfflieger bewundert, auch Trauer empfunden bei ihrem Tod, sondern alle Emotionen geliefert, die der ferne Propagandaschreiber freisetzen wollte.“⁴ Doch je länger sich der Krieg hinzog, desto stärker wurde nicht nur Mayers Gläubigkeit „in Versuchung geführt.“⁵ Auch der heranwachsende Karl Obermann wurde skeptisch, vor allem, als 1917 sein zweiundvierzigjähriger Vater eingezogen wurde. „Da er zunächst in der Sattlerwerkstatt der auf der rechten Rheinseite gelegenen Kaserne arbeitete, konnte ich ihn häufig besuchen“ erinnerte sich Obermann. „Was ich dort sah und hörte, stimmte mich sehr nachdenklich. Auch die Lebensmittel wurden knapper, so daß ich und meine um drei Jahre jüngere Schwester stets hungrig vom Tisch aufstanden. Die ständigen Siegesfeiern interessierten mich nicht sehr, dafür aber die Unterhaltungen der Nachbarn über den Krieg, namentlich die kritischen Bemerkungen eines Rentners. Als ich mit meiner Mutter darüber sprach, meinte sie, der Rentner sei ein Sozialdemokrat. Zum ersten Mal hörte ich, nunmehr elf Jahre alt, dieses Wort und wollte wissen, was ein Sozialdemokrat sei. Meine Mutter war eine gute deutsche Hausfrau, die sich wenig mit Politik befaßte. Sie meinte, ein Sozialdemokrat sei gegen den Kaiser. Nun wollte ich wissen, ob denn der Kaiser kein guter Mann sei. Ihre Antwort lautete, was haben wir schon von dem Kaiser, der sitzt in seinem Schloß und ißt sich satt. Ich war empört darüber, daß der Kaiser die deutschen Kinder hungern läßt, sich selbst aber satt frißt, und antwortete, dann bin ich auch gegen den Kaiser und werde Sozialdemokrat. Meine Mutter riet mir, das nicht offen in der Schule zu sagen.“⁶

2 Die biographischen Angaben (so nicht anders vermerkt) nach Obermanns Personalbogen und Lebenslauf vom 18. Oktober 1952, in: HUB, UA, PA K. Obermann, Alfred Meusels Befürwortung zu Obermanns Berufung zum ordentlichen Professor vom 26. Oktober 1955, in: Ebenda; Karl Obermann, *Meine politische und weltanschauliche Entwicklung zwischen zwei Weltkriegen*, in: Ders., *Exil Paris. Im Kampf gegen Kultur- und Bildungsabbau im faschistischen Deutschland (1933–1939)*, Frankfurt a. M. 1984, S. 8–42 (im folgenden: *Exil Paris*), sowie H. M. (Harald Müller), *Karl Obermann zum Gedenken*, in: ZfG, 1987, Nr. 11, S. 1012f.

3 HUB, UA, PA K. Obermann, S. 8.

4 Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1988, S. 13.

5 Ebenda, S. 14.

6 Obermann, *Exil Paris*, S. 9.

Mit zehn Jahren bedrängte Karl Obermann seine Eltern, ihn bei der Realschule anzumelden. Er wollte gut lernen, um möglichst bald eine Freistelle zu bekommen, was er auch erreichte. Als Dreizehnjähriger wurde er im November 1918 Augenzeuge des deutschen Truppenrückzuges von der Westfront. Während der Novemberrevolution blieb die Schule geschlossen. „In der ersten Geschichts-Unterrichtsstunde nach Wiedereröffnung der Schulen erklärte unser alter Geschichtslehrer, er fühle sich nicht wohl, wisse sowieso nicht mehr, was in der Geschichte noch stimme. Er legte den Kopf aufs Pult, bat uns ruhig zu sein und unsere Schulaufgaben zu machen. Er starb wenige Tage später.“⁷

Wie bei vielen jungen Menschen seiner Generation entstand auch bei Karl Obermann eine Proteststimmung, eine ablehnende Haltung gegen die in Staat und Gesellschaft bestehende „bürgerliche Ordnung“. Er fühlte sich zur Jugendbewegung hingezogen, die sich für den Vorkriegs-Wandervogel und die Freideutsche Jugend begeisterte, deren Vertreter 1913 auf dem Hohen Meißner erklärt hatten, „aus eigener Bestimmung“ und „in innerer Wahrhaftigkeit“ ihr Leben gestalten zu wollen.⁸ Spontan, oft auf Initiative einzelner, entstanden Jugend- und Wandergruppen. Obermann gehörte einer dieser Gruppen an, die das ablehnten, was sie den bürgerlichen Lebensstil nannten. Alkohol und Nikotin kamen für sie nicht in Frage. Er las die von Walter Hammer herausgegebene Monatszeitschrift „Der junge Mensch“ mit ihren idealistischen und romantischen Lebensvorstellungen. Mitarbeiter dieser Zeitschrift waren so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Literaturwissenschaftler Walter A. Berendsohn, der Verleger Eugen Diederichs, der Publizist Kurt Hiller, die Schriftsteller Kurt Kläber, Lisa Tetzner und Walther Victor sowie der Maler Heinrich Vogeler.⁹ Alfred Kurella, schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Freideutschen Jugend aktiv, erinnerte 1938 im Exil an jenes Alter, „wo der zum verallgemeinernden Denken erwachende Geist die ersten zaghaften Schritte auf dem Gebiet der Weltanschauung unternimmt, sehr auf eigene Faust und unter Bevorzugung der ethischen Probleme.“¹⁰

Bei seinen „ersten zaghaften Schritten auf dem Gebiet der Weltanschauung“ erhielt Karl Obermann wichtige Hilfe durch seinen väterlichen Freund Paul Honigsheim; der Pädagoge sollte dereinst die Bestände des Frankfurter Instituts für Sozialforschung vor dem Zugriff der Nazis nach Paris und schließlich nach Amerika retten.¹¹ Schon zu Beginn der zwanziger Jahre warnte Honigsheim die Jugendbewegten vor einer „Verzweiflung am Großstadtleben“ und einem „Schwärmern für ein Gemeinschaftsdasein der vorkapitalistischen Menschen in einem vermeintlichen Mittelalter“. ¹² Anstatt solcher Schwärmereien empfahl Honigsheim den jungen Menschen, daß sie „sich neben ihrem Hauptberufe weiter fortbilden. Sie sind

7 Ebenda.

8 So die „Meißnerformel“, hier zit. nach Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 1. Bd.: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, 3. Aufl., München 1993, S. 120.

9 Von ihnen stand allein der Verleger Eugen Diederichs auf nationalistischen und antidemokratischen Positionen; bereits im Ersten Weltkrieg hatte er den sogenannten „Geist von 1914“ für eine völkische Nachkriegskultur nutzbar machen wollen. Vgl. Justus H. Ulbricht, *Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900–1930*, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hg.), *Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“*, Erfurt o. J., S. 43f.

10 Alfred Kurella, *Freie Deutsche Jugend*, in: *Das Wort*, 1938, Nr. 11, S. 97, so auch zit. von Obermann, *Exil Paris*, S. 10.

11 Vgl. Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1985, S. 58, 143 und passim.

12 Paul Honigsheim, *Revolutionierung deutscher Volksbildung*, Werther bei Bielefeld (1924), S. 3 (Druckfehler berichtigt).

nämlich Land- und Industriearbeiter, kaufmännische Angestellte oder Beamte ... Verfügten sie über die nötige herbe Zähigkeit und Entsagungsfähigkeit sowie über stahlharte Nerven, so können sie neben jener ihrer Haupttätigkeit eine Ausbildung in Landwirtschaft, Technik, Volkswirtschaft (etc.) ... erhalten, und zwar an Abend-, Ferien- und Beurlaubten-Akademien.“¹³

Es ist sehr gut möglich, daß Honigsheim bei der Niederschrift solcher Worte an Karl Obermann dachte, denn dieser verfügte genau über jene „herbe Zähigkeit und Entsagungsfähigkeit“, um „sich neben seinem Hauptberufe weiter fortzubilden“. Zunächst arbeitete Obermann im Rahmen der 1919 in Berlin gegründeten Weltjugendliga. Diese überparteiliche, demokratisch orientierte Organisation suchte Kriege durch Völkerfreundschaft, namentlich durch die Verständigung der Jugend zu verhindern. Er beteiligte sich an der Organisation internationaler Jugendtreffen und Tagungen in Belgien und vor allem auf der Freudsburg im Siegtal. Als Zwanzigjähriger und damit als jüngster deutscher Delegierter nahm er im September 1925 am Weltfriedenskongreß in Paris teil. Kurz darauf schloß er sich der 1918 von Karl Liebknecht gegründeten Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) an, deren regionales Zentrum Wuppertal war.

„Fast an jedem Wochenende kamen wir im Landheim der Wuppertaler FSJ zusammen“, so Obermann im Rückblick. „Der Arbeiterdichter Emil Ginkel, Mitglied der KPD in Wuppertal, war häufig anwesend; er trug seine Gedichte vor und bereicherte unsere Diskussionen. Uns quälte insbesondere die Frage: Wie kann die politische und gesellschaftliche Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft führen? Wir waren uns klar darüber, daß es die sogenannte bündische Jugend nicht schaffen würde. Also mußte es eine Partei sein, aber welche? Wir waren nicht mit allen Momenten der Politik sowohl der KPD als auch der SPD zufrieden, glaubten aber, die SPD durch Aktivitäten auf linkere Positionen drängen zu können.“¹⁴ Doch erst im September 1931 trat Obermann in die SPD ein, nur um zu Beginn des folgenden Jahres zur SAP zu gehen.

Obermanns wirtschaftliche Lage war in jenen Jahren ungünstig. Im Mai 1927 starb sein Vater. Nunmehr mußte er seinen Plan, an einer Technischen Hochschule zu studieren, aufgeben. Nach insgesamt sechsjähriger Arbeit in einer Zahnradfabrik – davon drei Jahre als Lehrling, drei Jahre als Techniker im Zeichenbüro – verlor er seine Arbeit. In der 1929 mit aller Macht hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise vermochte sich Obermann durch publizistische Arbeiten einen bescheidenen Erwerb zu schaffen. Sein jugendliches Alter ließ ihm keinen Raum für Pessimismus. „Noch nie ist innerhalb der jungen Generation ein lebendiges Wirken und Wollen so stark hervorgetreten wie in der gegenwärtigen Zeit“, schrieb er am 27. Mai 1931 in der „Kölnischen Zeitung“. „Es ist unzweifelhaft ein bemerkenswertes Ereignis, daß die Auswirkungen der heutigen Lebensweise und Lebensverhältnisse, der herrschende Lebenszustand und die krisenhafte Entwicklung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die junge Generation zu einer Überprüfung dessen, was ist, veranlaßt und mit dem Willen zu neuer Formung und Haltung erfüllt haben.“¹⁵

Obermann schrieb auch für den „Dortmunder General-Anzeiger“ und hielt beim Westdeutschen Rundfunk in Köln Vorträge im Rahmen der Sendereihe „Der junge Mensch“, die Honigsheim organisiert hatte. Dieser verschaffte Obermann auch die Möglichkeit, an der

13 Ebenda, S. 16.

14 Obermann, Exil Paris, S. 13.

15 Karl Obermann, Die Jugendbewegung in den europäischen Ländern, in: Kölnische Zeitung, 27. Mai 1931, Beilage Kulturspiegel, zit. nach: Ders., Exil Paris, S. 12.

Kölner Universität als Gasthörer Soziologie und Wirtschaftsgeschichte zu studieren. Die Soziologie empfing starke Impulse durch Leopold von Wiese. Unter den Kölner Historikern reichte das Spektrum von dem rechtslastigen Martin Spahn, dem Sohn des Zentrums politikers,¹⁶ über den katholischen Mediävisten Gerhard Kallen bis zum linksliberalen Johannes Ziekursch, der später in der DDR eine postume Würdigung erfuhr.¹⁷ Obermann konnte also Anregungen unterschiedlichster Art erhalten. Angesichts der heraufziehenden faschistischen Gefahr verstärkte er sein politisches Engagement, nunmehr als Mitglied der kleinen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Die am 4. Oktober 1931 gegründete SAP verstand sich als Alternative zu der als reformistisch abgelehnten SPD wie zur moskautreuen KPD. Der Sozialistische Jugendverband, die Jugendorganisation der SAP, zählte zwischen acht- und zehntausend Mitgliedern bei etwa 25.000 SAP-Mitgliedern insgesamt. Keine andere Partei besaß eine – relativ gesehen – so starke Jugendorganisation, zu deren aktivsten Funktionären der Lübecker Herbert Frahm (Willy Brandt) gehörte.¹⁸

Wie andere junge SAP-Mitglieder kam Obermann rasch zu der Erkenntnis, daß der SAP als dritter Kraft zwischen den beiden großen Linksparteien keine Zukunft beschieden war. Die KPD und die SPD behielten über ihre funktionierenden Apparate die Hegemonie über den weitaus größten Teil der Arbeiterschaft. So stimmte die kleine Kölner Jugendgruppe der SAP bei den Reichstagswahlen 1932 für die KPD. In der gemeinsamen antifaschistischen Tätigkeit „vor Ort“ war es – entgegen dem Kurs der KPD-Führung – in Köln zur Zusammenarbeit zwischen KPD- und SAP-Mitgliedern gekommen, die auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 noch eine Zeitlang fortgesetzt werden konnte.

Zur Verständigung mit der SAP-Leitung in Berlin und mit Genossen in anderen Städten übernahm Obermann im April 1933 einen Kurierauftrag. Mit dem Fahrrad fuhr er nach Berlin, „ein in kurzen Hosen und Wanderkluft getarnter Kurier, der in Jugendherbergen übernachtete, nur wenig Gepäck auf dem Fahrrad, aber um so mehr Gedanken, Fragen sowie Anlaufadressen im Kopf hatte.“¹⁹ Zu seinen Gesprächspartnern gehörte Edith Baumann (die spätere erste Ehefrau Erich Honeckers), der Obermann über seine Bemühungen berichtete, Sozialdemokraten für die illegale Arbeit zu gewinnen. Er mußte sein Quartier in Berlin mehrmals wechseln und entging um Haaresbreite einer Verhaftung. Über Hamburg fuhr Obermann nach Bremen, wo er am 10. Mai Augenzeuge der Bücherverbrennung wurde. Als er wieder in Köln eintraf, waren die republiktreuen Redakteure der „Kölnischen Zeitung“ hinausgeworfen, ihre Arbeitsplätze von Nazis besetzt worden. „Ein Teil der Bevölkerung resignierte, hielt sich zurück. Es gab auch viele, die sich nach außen loyal gegenüber dem faschistischen Regime zeigten, es innerlich aber ablehnten“, schrieb Obermann später.²⁰

16 Zu Martin Spahn vgl. Joachim Petzold, *Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik*, Köln 1983, S. 347–353 und passim.

17 Vgl. Hans Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1975, S. 399–451.

18 Vgl. Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik* (Neudruck), Hannover 1983, S. 164; Helmut Arndt/Heinz Niemann, *Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei*, Berlin 1991, S. 132.

19 Obermann, *Exil Paris*, S. 15.

20 Ebenda.

Die Kölner Bezirksleitung der SAP erwog, aus Belgien und den Niederlanden Zeitungen nach Deutschland zu schmuggeln. Obermann erhielt im Sommer 1933 den Kurierauftrag, darüber mit belgischen Freunden in Brüssel zu verhandeln. Auf Nebenwegen gelangte er über Amsterdam nach Brüssel. Dort erhielt er von seinen Angehörigen per Eilpost die Mitteilung, zu Hause sei „Besuch“ eingetroffen, er müsse daher die Heimkehr verschieben. Die Karte war das vereinbarte Signal, der „Besuch“ war die Gestapo, die Obermann verhaften wollte. Seine illegale Gruppe war entdeckt worden, die Rückkehr damit unmöglich. Karl Obermann entschloß sich, nach Paris zu gehen. Er befand sich im Exil.

2. Journalist im Pariser Exil

Der Weg nach Paris, in das Zentrum des deutschen Exils, war nicht leicht für Obermann. In Luxemburg hoffte er, ein französisches Visum zu bekommen. Doch der Konsul erklärte sich als nicht zuständig und verwies Obermann nach Saarbrücken, das (bis zur Abstimmung am 13. Januar 1935) unter Völkerbundsmandat stand. Obermann erinnerte sich an seine Ankunft: „Der mit Stroh bedeckte Dachboden einer Schule diente allen Neuangekommenen als Aufenthaltsort. Hier verbrachte auch ich einige Tage und Nächte. Niemals werde ich die Nächte in diesem Massenquartier vergessen, wo die Genossen, die die Mißhandlungen in den SA-Kellern überlebt hatten, sich noch im Schlaf verfolgt fühlten und aufschrien.“²¹

Über ein Reisebüro bekam Obermann ein französisches Visum in seinen noch gültigen Paß eingetragen und gelangte über Strasbourg, Mulhouse und Dijon nach Paris, wo er im Oktober 1933 ankam. Dort tat er sich zeitweilig mit Heinz Renner zusammen, 1946 bis 1948 KPD-Minister in Nordrhein-Westfalen. Mit seinen Beiträgen für die deutsche Exilpresse hielt sich Obermann finanziell über Wasser. Daneben besuchte er als Gasthörer historische Lehrveranstaltungen an der Sorbonne.

Als aktives Mitglied im Schutzverband Deutscher Schriftsteller (SDS) wurde Obermann allmählich in Exilkreisen bekannt. Der Schutzverband wurde im Sommer 1933 gegründet und arbeitete eng mit der am 10. Mai 1934, dem ersten Jahrestag der nazistischen Bücherverbrennung, gegründeten Deutschen Freiheitsbibliothek zusammen. Vorsitzender des Schutzverbandes war Rudolf Leonhard, Generalsekretär war Alfred Kantorowicz, als Leiter der Deutschen Freiheitsbibliothek war László Radványi (Johann Lorenz Schmidt), der Ehemann von Anna Seghers, tätig. Kantorowicz, einmal mehr ein unverzichtbarer Zeitzeuge, der auch Obermanns Vortragstätigkeit erwähnte,²² schrieb über die Arbeit des SDS: „Die im Herbst 1933 monatlichen, von 1934 bis 1938 wöchentlichen Veranstaltungen unterteilten sich in Vortrags-, Vorlesungs- und Diskussionsabende, die regelmäßig im Souterrain des kleinen Café Méphisto am Boulevard St. Germain stattfanden; besondere Einladungen waren dazu nicht notwendig, die exilierten deutschsprachigen Schriftsteller kannten Ort und Zeit, das vorgesehene Thema sprach sich herum. Die Zahl der Besucher schwankte zwischen fünfzig und hundert. Eintrittsgeld wurde nicht verlangt ... Wer konnte, warf einen Franc (in die Sammelbüchse), besser situierte Kollegen gaben zwei bis fünf Francs, will-

21 Ebenda, S. 16f.

22 Vgl. Alfred Kantorowicz, *Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus*, München 1983, S. 158.

kommene französische Gäste wie z. B. André Malraux oder Professor Vermeil sowie Damen und Herren in ihrer Begleitung schoben zuweilen Geldscheine hinein.“²³ Der SDS war im Juni 1935 maßgeblich am „Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur“ in Paris beteiligt.²⁴

Neben der Mitgliedschaft im SDS arbeitete Obermann seit Dezember 1935 auch im Verband deutscher Journalisten in der Emigration. Zur Erlangung der Mitgliedschaft konnte er Belegexemplare mit Artikeln für die Luzerner Tageszeitung „Freie Innerschweiz“ und das französischsprachige „L'Oeuvre“ vorlegen. Seine Situation wird in einem Brief deutlich, den Obermann am 17. Dezember 1935 der Sekretärin des Journalisten-Verbandes schrieb: „In Bezug auf das Kleiderangebot kann ich Ihnen mitteilen, daß ich einen Anzug und ein Paar Schuhe (Nr. 42) notwendig gebrauchen könnte.“²⁵

Gleich nach seiner Ankunft in Paris hatte Obermann, der noch der SAP angehörte, Kontakt zu Jacob Walcher aufgenommen. Die Volkfrontpolitik der Komintern stellte die SAP indes vor eine Zerreißprobe. Ein Teil ihrer Mitglieder nahm die halbe Selbstkritik des VII. Komintern-Kongresses und die Versicherungen, ohne sektiererische Vorbehalte mit allen Linksgruppen zusammenzuarbeiten, für bare Münze. Andere kritisierten den Verzicht auf sozialistische Grundsätze in der Volksfrontpolitik, das Paktieren sogar mit völkisch-konservativen Hitler-Gegnern und die fortdauernde Hetze der Komintern-Propaganda gegen Trotzki und andere linke Gegner Stalins, die lange vor 1933 zur Einheitsfront gegen Hitler aufgerufen hatten. Unter den alle Widersprüche zuspitzenden Bedingungen des Exils trieb dies die SAP nach den Moskauer Prozessen 1936–1938 auseinander. Die Spaltung führte schließlich zum Zerfall der kleinen Partei.²⁶ Auch Karl Obermann wurde von den erhitzten Kontroversen unmittelbar betroffen. Im März 1936 wurde er, seinen eigenen Angaben zufolge, „wegen Zusammenarbeit mit der KPD“ aus der SAP ausgeschlossen. Daraufhin trat er der KPD bei.²⁷

In den Pariser Exiljahren schrieb Obermann für die Pariser Blätter „Deutsche Volkszeitung“, „Deutsche Freiheit“, „Deutsche Informationen“, „Unsere Zeit“, „Europa“, „Weltjugendkurier“, „Pariser Tageszeitung“, „Die neue Weltbühne“, außerdem für den Prager „Aufruf“, das Moskauer „Wort“, die „Internationale Literatur“ und für die Basler „Rundschau“. Er war Redaktionssekretär der „Zeitschrift für freie deutsche Forschung“, für die er ebenfalls Beiträge verfaßte.²⁸

Der Briefwechsel mit dem im Saargebiet tätigen führenden Sozialdemokraten Wilhelm Sollmann verdeutlicht Obermanns finanzielle Situation. Er, der für Sollmanns „Deutsche Freiheit“ unter dem Pseudonym Hermann Feuerbach arbeitete, mahnte am 4. September

23 Ebenda, S. 164.

24 Hierzu im einzelnen Wolfgang Klein (Hg.), Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente, Berlin (Ost) 1982. Dieses Buch dokumentiert auch die Aktivitäten von Personen, die bis dahin von der DDR-Propaganda als angebliche „Renegaten“ geschmäht worden waren, d. h. kritischer Köpfe, die mit dem Stalinismus brachen.

25 Obermann, Exil Paris, S. 26.

26 Hierzu detailliert Jörg Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–45, Frankfurt a. M./New York 1978; Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986.

27 Obermann, Personalbogen vom 18. Oktober 1952 (vgl. Anm. 2), Bl. 2.

28 Eine bis 1975 reichende Bibliographie Obermanns befindet sich in: Helmut Bleiber (Hg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland, Berlin (Ost) 1977, S. 501–515.

1934 die ausstehenden Honorare an; „da ich im Augenblick kaum noch Mittel zum Leben habe, kann ich unmöglich länger warten.“²⁹ Sechs Wochen später dankte er für einen Teil des Geldes, drängte aber auf den Erhalt des noch ausstehenden Betrages: „Ich habe diesen Monat noch nicht meine Zimmermiete zusammen und habe somit keine Einnahmen.“³⁰ Immer wieder sandte er neue Artikel nach Saarbrücken. Doch die Zeitung wurde, wie Sollmann an Obermann schrieb, mit Material von vielen Emigranten überschüttet. Aber Sollmann schickte, sobald es die finanzielle Lage möglich machte, auch dann Honorar an Obermann, wenn er dessen Beiträge nicht abdrucken konnte.³¹

Die ihm wichtigsten seiner Artikel gab Obermann 1984 unter dem Titel „Exil Paris. Gegen Kultur- und Bildungsabbau im faschistischen Deutschland 1933–1939“ neu heraus. Der Untertitel zeigte den Schwerpunkt von Obermanns publizistischer Tätigkeit an. Er schrieb unter anderem über „Kämpfen und Glauben. Jugendliteratur im ‚Dritten Reich‘“, „Vier Jahre nationalsozialistischer Jugendpolitik“, „Das Schulbuch im ‚Dritten Reich‘“. Seine Aufgabe und Bedeutung“, „Bilanz des braunen Films“, aber auch über den Buchhandel in Nazi-Deutschland oder über die Haltung deutscher Dichter und Denker zur Französischen Revolution.

Von besonderem Interesse sind die Berichte über den Abbau des Bildungswesens und des Hochschulbetriebes im faschistischen Deutschland. Obermann listete den Auf- und Ausbau pseudowissenschaftlicher Disziplinen wie der Rassenkunde an deutschen Universitäten auf. Aber auch die sonst kaum registrierte Tatsache, daß immer weniger deutsche Abiturienten ein Studium aufnahmen, entging ihm nicht: Hatten 1931 noch 73,5 % der Abiturienten ein Studium begonnen, so waren es 1937 nur noch 42,8 %. Für viele Studenten bedeuteten „die zahlreichen Dienstverpflichtungen in HJ und NS-Studentenbund eine Lernbehinderung ...“, für die ihnen auch im Lehrplan der Hochschule kein Ausgleich gegeben wird.“³² Obermann benannte die antisemitischen Aktivitäten des „Reichsinstitutes für Geschichte des neuen Deutschlands“ und seines Vorsitzenden Walter Frank, auch beispielsweise die „rassenkundliche“ Tätigkeit des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte, das sich auf Vorarbeiten des germanophilen, 1931 verstorbenen Archäologen Gustaf Kosinna stützte, wofür dieser als „Begründer und Vorkämpfer der völkischen Geschichtsforschung“ geehrt wurde.³³ Die „Neuordnung des deutschen Geisteslebens“ brachte zahlreiche nazistische Historiker, Theologen und „Wehrwissenschaftler“ auf Lehrstühle; auch dies dokumentierte Obermann immer wieder. Aber er verwies auch auf die nicht sehr zahlreichen Beispiele eines zumindest versteckten Widerstandes. Voller Genugtuung zitierte Obermann seinen einstigen Kölner Lehrer Leopold von Wiese, der den Vorkämpfern des erwachten Deutschland mutig entgegenhielt: „Bezweifelt wird, daß Rassenlehre, Eugenik, Sippenlehre genügen, um der Praxis,

29 Karl Obermann an Wilhelm Sollmann, 4. September 1934, in: Historisches Archiv der Stadt Köln, Bestand 1120/Nr. 556 (NL Wilhelm Sollmann), IV–1–83 c, d.

30 Obermann an Sollmann, 17. Oktober 1934, in: Ebenda, IV–1–83 a, b.

31 Vgl. den Briefwechsel ebenda, Bestand 1120/Nr. 557, IV–1–101 a, b. Obermann und Sollmann standen noch im März 1941, unmittelbar vor Obermanns Abreise in die USA, in Verbindung. Vgl. ebenda, Nr. 581, IV–4–34 (Notiz Sollmanns vom 26. März 1941).

32 Karl Obermann, Chronik des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland (Von September bis Dezember 1938), in: Zeitschrift für freie deutsche Forschung, 1939, Nr. 1, zit. nach Obermann, Exil Paris, S. 176.

33 Vgl. ebenda, S. 181.

der Berufsausbildung von Juristen, Lehrern, Politikern, Volkswirten und den neuen Volksorganisationen den rechten inneren Zusammenhang zu geben.“³⁴

Es überrascht kaum, daß Obermann wegen „Schädigung deutscher Belange“ am 18. September 1937 ausgebürgert wurde. Dies steigerte nur noch seine Aktivitäten. So beteiligte er sich als Vertreter der deutschen antifaschistischen Studenten im Weltstudentenkomitee an der Vorbereitung und Durchführung der 3. Internationalen Konferenz der Weltstudentenbewegung, die vom 15. bis zum 19. August 1939 in Paris stattfand. Ein englischer Fabrikant, der die Konferenz finanziell unterstützt hatte, lud Obermann zu einer Diskussion ein, auf der die Frage im Mittelpunkt stand: Kann der Krieg noch verhindert werden, ist ein Umsturz in Deutschland noch möglich?³⁵

Vier Tage nach Abschluß der Tagung, am 23. August 1939, besiegelten die Außenminister Ribbentrop und Molotow den deutsch-sowjetischen Pakt. Der französische Premierminister Édouard Daladier, der ein Dreivierteljahr zuvor selbst mit Hitler paktiert und im Münchner Abkommen dessen Expansionspolitik unterstützt hatte, entdeckte plötzlich, welche Gefahr seine früheren Volksfront-Partner, die französischen Kommunisten, für den Bestand der Dritten Republik bedeuteten. Am 27. August wurde die französische KP verboten. Nunmehr wurde auch die Lage für die kommunistischen deutschen Exilanten gefährlich. Sie mußten sich fragen lassen: „Warum gehen Sie denn nicht zu Ihrem Stalin, der sich jetzt mit Hitler verbrüdet? Sie können doch jetzt nach Deutschland zurück, wenn sich Stalin mit den Hakenkreuzern aussöhnt.“³⁶ In Karl Obermanns Pariser Parteigruppe kam es zu heftigen Diskussionen zwischen Charlotte und Hans Baumgarten, Günther Ruschin und Steffi Spira, Alex Wedding und Wilhelm Eildermann, der schließlich dafür plädierte, die neue Linie zu akzeptieren: „Wer heute die Handlungen der Sowjetunion noch nicht versteht“, beschwor Eildermann seine zweifelnden Genossen, „der wird sich bemühen müssen, durch bessere Informationen sich zu diesem Verständnis durchzuringen, statt in den Chorus der Gegner einzufallen.“³⁷ Obermann notierte „Unruhe und Unsicherheit“ bei seinen Gefährten.³⁸

Mit Beginn des Krieges mußten sich alle deutschen Emigranten im Stade de Colombes einfinden. Dort harrten sie bei unzureichender Nahrung bis zum 15. September aus. Danach begann ihr Abtransport in die Internierungslager.

Obermann kam in das Camp de Marolles, aus dem er im Dezember nach mehreren heftigen Asthmaanfällen entlassen wurde. Er ging nach Paris zurück, wo er in der Nacht zum 9. Mai 1940 verhaftet wurde. Mehrere Polizisten weckten ihn, um ihn abzuholen. „Auf dem Polizeiwagen saß bereits Hermann Axen“, schrieb er über seinen Transport ins Lager Vernet in Südfrankreich. „In Vernet konnte ich im Kreis der alten und der neuen Freunde aus der Internationalen Brigade meine Studienexzerpte nutzen. In der Zehnergruppe von Alfred

34 Karl Obermann, *Der Kampf gegen den Nazismus an den deutschen Universitäten* (Auszug aus Memoranden und einem Vortrag), in: Ebenda, S. 230.

35 Vgl. ebenda, S. 40, und Karl Obermann, *Die Jugend- und Studentenbewegung im antifaschistischen Kampf 1933–1945*, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt (Hg.), *Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte*, Berlin (Ost) 1988, S. 267f.

36 Diese Frage bekam Hans Teubner in der Schweiz gestellt (zit. nach Wolfgang Leonhard, *Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes*, München 1989, S. 122), aber sie wurde natürlich auch den deutschen Kommunisten in Frankreich entgegengehalten.

37 Wilhelm Eildermann, zit. nach: Dieter Schiller u. a., *Exil in Frankreich. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945*, Bd. 7, Leipzig 1981, S. 37.

38 Obermann, *Exil Paris*, S. 41.

Neumann hielt ich einen Vortrag über Leibnitz und die deutsche Geschichte im 18. Jahrhundert.³⁹ Die Internierung rettete ihm möglicherweise das Leben, denn am 10. Mai begann der deutsche Einmarsch in Frankreich. Am 14. Juni eroberte die Wehrmacht Paris. Für die Flüchtlinge begann der Kampf, aus Frankreich in ein neutrales Land zu kommen.

Bereits am 21. Dezember 1939 hatte sich Obermann an die American Guild for German Cultural Freedom mit der Bitte um ein Stipendium gewandt, das ihm die Einreise in die Vereinigten Staaten ermöglichen könne. Sein Projektantrag über ökonomisches und politisches Schrifttum im 18. Jahrhundert mit Bezug auf den Einfluß der Französischen Revolution für das deutsche politische Denken wurde als „very valuable and important“ eingeschätzt, eine *scholarship* erhielt er jedoch nicht.⁴⁰ Am 13. April 1940 schrieb er an Hubertus Prinz zu Löwenstein, den Leiter der American Guild, seine materielle Lage sei inzwischen „sehr kritisch“ geworden und bat um rasche Hilfe, „die für einen in Europa lebenden Emigranten von entscheidender Bedeutung ist.“ Dem Brief war ein Empfehlungsschreiben Heinrich Manns beigelegt, der auf die „Erschwerung jeder wissenschaftlichen Arbeit durch die öffentlichen Umstände“ hinwies.⁴¹ Ein möglicher Vorschuß durch einen Vertrag mit einem Verlag zerschlug sich.⁴² Max Horkheimer versuchte zu helfen. Obermann solle sein Projekt über das von ihm geleitete Institute for Social Research zu verwirklichen suchen, riet er.⁴³ Horkheimers Mitarbeiter Leo Löwenthal nahm sich der Sache an und erhielt am 26. November 1940 die Mitteilung, daß Obermann über das Emergency Rescue Committee ein Affidavit bekommen habe, das beim President's Advisory Committee eingereicht worden war.⁴⁴

3. Vom Redakteur zum Historiker. Obermann in den USA

Im April 1941 wurde Obermann aus Vernet in das Auswandererlager Les Milles bei Marseille gebracht. „Nach Erledigung der Formalitäten bei den Behörden begann eine schwierige, abenteuerliche Reise“, erinnerte er sich. „Das mit einigen hundert Emigranten vollgestopfte Passagierschiff brachte uns nur bis Casablanca in Marokko. Wir wurden in alten Fremdenlegionärsbaracken in Oud-Zem, 180 km von der Küste, untergebracht. Erst nach einem drei Monate währenden unfreiwilligen Aufenthalt in Marokko konnte ich auf einem der nach langen Verhandlungen eingesetzten kleinen portugiesischen Schiffen weiterfahren

39 Karl Obermann, Rolle und Bedeutung der Geschichtsschreibung in der antifaschistischen Publizistik und im Exil 1933 bis 1945, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1984, Nr. 3, S. 329.

40 Markus Wolf, American Guild for German Cultural Freedom, an Karl Obermann, 20. Januar 1940, in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Frankfurt a. M., Bestand: American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil, Akte Karl Obermann. Vgl. auch den Fragebogen ebenda.

41 Karl Obermann an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 13. April 1940, das Empfehlungsschreiben Heinrich Manns vom 7. April 1940 sowie ein Memorandum von W. Sauerländer an Volkmar Zühlsdorff, American Guild, 30. April 1940, in: Ebenda.

42 Vgl. das abschlägige Schreiben von William Aldor an Karl Obermann, 3. April 1940, in: Ebenda.

43 Dies geht aus einem Antwortbrief Sauerländers an Horkheimer vom 16. September 1940 hervor, in: Ebenda.

44 Sauerländer an Leo Löwenthal, 26. November 1940, in: Ebenda.

und kam Ende August 1941 in New York an.⁴⁵ Von dort ging er zunächst nach Pennsylvania.

In Bryn Mawr wurde er zweieinhalb Monate von den Quäkern betreut und kam wieder zu Kräften. Er wandte sich erneut an Prinz Löwenstein mit der Bitte um finanzielle Hilfe durch die American Guild. Er wolle eine Geschichte der Zensur vom 16. bis zum 18. Jahrhundert schreiben, wofür er interessantes Originalmaterial gesammelt habe.⁴⁶ Löwenstein gab ihm Verlagsadressen und riet ihm außerdem, sich beim Social Science Research Council in New York um ein Stipendium zu bemühen.⁴⁷

Anfang 1942 übersiedelte Obermann nach New York. Noch im gleichen Jahr nahm er an einem Lehrgang für ausländische Studierende in amerikanischer Geschichte und Literatur am Black Mountain College in North Carolina teil.

1943 übernahm er die Redaktion des deutschsprachigen „The German American“.⁴⁸ Die von 1942 bis 1949 erscheinende Zeitung wurde zur publizistischen Plattform vieler deutscher Kommunisten oder mit dem Kommunismus Sympathisierender. Erster Herausgeber war der frühere preußische Justizminister Kurt Rosenfeld, 1931 Mitbegründer der SAP, der 1939 in die USA gekommen war. Rosenfelds politische Anschauungen näherten sich nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und dem Ende der im Hitler-Stalin-Pakt besiegelten deutsch-sowjetischen Freundschaft den kommunistischen Positionen. Der Kommunist Gerhart Eisler wurde einer der wichtigsten Mitarbeiter der Zeitschrift, für die unter anderem auch Albert Norden, Alfred Kantorowicz, Albert Schreiner und F. C. Weiskopf schrieben. Als Rosenfeld 1943 starb, widmete ihm Norden einen Nachruf, in dem er ihn als einen, wenn auch nicht immer konsequenten Fortsetzer des Kampfes von Marx und Engels gegen die „Vulgärsozialisten“ rühmte; eine Bezeichnung, die auf Norden selbst recht gut paßte.⁴⁹ Anfang Juni 1945 attackierte Norden im „German American“ den aus Österreich stammenden Sozialisten Karl Frank, der vor 1933 zuerst der KPO, dann der SAP angehört hatte. Frank hatte (unter dem Pseudonym Paul Hagen) vor einer „Zerstückelung Deutschlands“ im Ergebnis der Beschlüsse von Jalta gewarnt und argumentiert, so könne der Faschismus mitsamt seinen Wurzeln nicht beseitigt werden. Norden warf Hagen Nationalismus und sogar Komplizenschaft mit den Nazis vor; es seien „die alten tödlichen Rezepte des Goebbels“, die Hagen „franko aus New York“ schicke.⁵⁰ In der gleichen Nummer erinnerte Obermann an die vor einhundert Jahren erschienene „Deutsche Ideologie“ von Marx und Engels.

Obermann skizzierte den „deutschen Sozialismus“ der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts, mit dem Marx und Engels damals ins Gericht gingen und die Idee einer „Vollendung des Menschentums“ in der „höher liegenden Sphäre des ‚Geistigen‘ und ‚Ideellen‘“ zurückwiesen. „Diese Ideen, die nicht von wirklichen Voraussetzungen, sondern von vorgestellten ausgingen, die die Befriedigung des Volkes im Reich des Geistigen suchten und ihre ‚reine

45 Obermann, Exil Paris, S. 42.

46 Karl Obermann an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 4. September 1941, in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945.

47 Hubertus Prinz zu Löwenstein an Karl Obermann, 9. September 1941, in: Ebenda.

48 Vgl. Obermann, Rolle und Bedeutung der Geschichtsschreibung ..., S. 329f.

49 Zit. nach Eike Middell u. a., Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945, Bd. 3, Leipzig 1979, S. 145f.

50 Albert Norden, Neu beginnen – aber nicht im alten Geleise, in: The German American, 1. Juni 1945; auch enthalten in: Hoover Institution Archives, Stanford, California, Karl Frank Collection, Box No. 7, Folder I D: Attacks on Karl Frank.

Geistigkeit‘ sogar als eine Überlegenheit über die sozialen Bestrebungen und Interessen anderer feierten und damit in Deutschland eine Atmosphäre geschaffen hatten, in der die politische Reaktion fast ungehemmt ihr Spiel treiben konnte, das war die ‚deutsche Ideologie‘, der Marx und Engels entgegentraten.“⁵¹ Implizit machte Obermann damit auf eine Tradition im deutschen Denken aufmerksam, die einer Lösung der Probleme durch die Flucht ins „Geistige“ auswich und somit der politischen Reaktion nichts entgegenzusetzen hatte.

Obermanns Beiträge für den „German American“ ließen immer stärker die Schwerpunkte seines historischen Interesses erkennen. Er schrieb mehrere Artikel über revolutionär-demokratische Traditionen deutscher Einwanderer in den USA im 19. Jahrhundert,⁵² zur Geschichte des Deutschen Ordens⁵³ sowie über den wenig bekannten Schriftsteller Garlieb Merkel, der eine wichtige Rolle bei den preußisch-russischen Kontakten des Jahres 1813 spielte, die in das folgenreiche Bündnis gegen Napoleon mündeten.⁵⁴ Ein Beitrag über Friedrich Engels‘ politische Publizistik im Jahre 1848 verrät ein starkes Interesse an der Thematik, die ihn nie mehr loslassen sollte.⁵⁵

Obermann suchte in seinen Artikeln nach Beispielen eines politisch progressiven Engagements in der jüngeren deutschen Geschichte. Dies war auch ein Anliegen seines ersten Buches, einer politischen Biographie über Joseph Weydemeyer.

Im Sommer 1944 war die Gewerkschaft der Pelz- und Lederarbeiter aufgefordert worden, für ein Schiff zu spenden, um die Kriegsanstrengungen der Vereinigten Staaten zu unterstützen. Die Gewerkschaft wählte Weydemeyer zum Namenspatron des von ihr finanzierten Schiffes. Obermann erzählte diese Geschichte im Vorwort seines Buches, um auf die andauernde Popularität des engen Freundes von Marx und Engels aufmerksam zu machen:

„Joseph Weydemeyer war keiner von jenen Einwanderern, die ihre Vorurteile, ihre Stereotypen, ihre Überheblichkeit und Illusionen mit ins Land brachten, um sie hierzulande weiter zu pflegen, wie es so viele politische, soziale und religiöse Sektierer bis zum heutigen Tage tun. Er fiel ebenso wenig jener vulgarisierten Konzeption der amerikanischen Demokratie zum Opfer, die besagt, daß die amerikanische Variante der bürgerlichen Demokratie ein und für allemal alle Probleme der menschlichen Gesellschaft gelöst hat. Dieser frühere preußische Artillerie-Offizier, der 1851 in die Vereinigten Staaten kam, ergriff für die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus Partei, für die Theorie und Praxis der Befreiung der Arbeiterklasse.“⁵⁶ Obermann porträtierte Weydemeyer als Kampfgefährten von Marx und Engels, der „Die deutsche Ideologie“ zum Druck brachte, als Aktivisten der Revolution von 1848/49 und als Mitbegründer des Bundes der Kommunisten. Er beschrieb ihn auch als einen Wegbereiter der amerikanischen Arbeiterbewegung und Mitarbeiter Abraham Lincolns, schließlich als den Obersten der amerikanischen Armee und Kommandanten des

51 Karl Obermann, Zur deutschen Ideologie, in: *The German American*, 1 June 1945.

52 Karl Obermann, National-Konventionen vor 100 Jahren, in: *Ebenda*, January 1943; ders., Freiheitskämpfer zweier Welten. Die Achtundvierziger in Amerika, in: *Ebenda*, May 1943; ders., „God Bless the Dutch“. Präsident Lincoln und die Deutschamerikaner, in: *Ebenda*, February 1944.

53 Karl Obermann, Die Deutschritter in der deutschen Geschichte, in: *Ebenda*, 15 July 1944. Allgemein auch ders., Zur Preußenfrage. Eine historische Betrachtung, in: *Ebenda*, June 1943.

54 Karl Obermann, Der Mann, der ein Armeekorps wert war, in: *Ebenda*, November 1943.

55 Karl Obermann, Friedrich Engels über den Kampf des deutschen Volkes um die Demokratie, in: *Ebenda*, January 1944.

56 Karl Obermann, Joseph Weydemeyer. Pioneer of American Socialism, New York 1947, S. 7.

Militärbezirkes von St. Louis im Bürgerkrieg. Bis zu seinem Tode 1866 engagierte sich Weydemeyer für die Internationale Arbeiterassoziation.

Die Qualität des Buches und besonders die gründliche Arbeit mit den Quellen fand das Lob eines Rezensenten der amerikanischen KP-Zeitschrift „Political Affairs“. „Das Buch hilft ein lange empfundenes Bedürfnis zu befriedigen, wirft Licht auf eine wenig bekannte Periode des marxistischen Denkens ... Der Verfasser hat eine gewissenhafte Forschungsarbeit geleistet. Die zerstreuten Weydemeyer-Artikel in kurzlebigen Zeitschriften vorwiegend in deutsch, der Mangel der Kontinuität in der marxistischen Organisation machte die Arbeit noch schwieriger.“⁵⁷ Für das Buch wertete Obermann vor allem den Nachlaß von Friedrich Adolf Sorge aus, der sich in der New York Public Library befindet.

Mit diesem Buch hatte Obermann sein Hauptforschungsthema gefunden: die Revolution von 1848/49 und insbesondere ihre proletarische Komponente.⁵⁸ Wahrscheinlich reichte sein Interesse für die Revolution bis in seine Kölner Jahre zurück. Sein Mentor Paul Honigsheim war einer der engsten persönlichen Freunde Veit Valentins gewesen,⁵⁹ und er dürfte Obermann zumindest dessen Meisterwerk über die „achtundvierziger“ Revolution in die Hand gegeben, vielleicht auch die Bekanntschaft des Studenten Obermann mit dem ebenso brillanten wie umstrittenen Historiker Valentin vermittelt haben.

Als Obermanns Buch 1947 bei International Publishers, dem Parteiverlag der amerikanischen KP, erschien, befand sich der Autor bereits wieder in Deutschland, wohin er im Oktober 1946 über die Sowjetunion zurückgekehrt war. „Unsere kleine Reisegruppe von zwölf Mitarbeitern der Zeitung ‚The German American‘ konnte nach Überwindung aller Ausreiseschwierigkeiten aus den USA am 18. 10. 1946 mit einem sowjetischen 5000-Tonnen-Dampfer, halb Frachter, halb Passagierschiff, abreisen. Nach einer Fahrt: Atlantischer Ozean, Mittelmeer, Dardanellen, Schwarzes Meer landeten wir am 9. 11. 1946 in Odessa, nachdem wir den 7. November auf der Fahrt durch das Schwarze Meer mit der sowjetischen Schiffsmannschaft gefeiert hatten. Nach einem 14tägigen Aufenthalt in Odessa reisten wir mit dem Zug nach Moskau. Den Aufenthalt von einer Woche nutzte ich, um im Marx-Engels-Archiv den Briefwechsel Marx-Engels-Weydemeyer zu studieren ...“⁶⁰

Zur Jahreswende 1946/47 traf er in Berlin mit Alexander Abusch zusammen, dem er sagte, er wolle sich nun ganz dem Studium der Geschichte widmen.⁶¹

4. Zwischen Universität und Akademie. Ein Historikerleben in der DDR

Bald nach seiner Rückkehr, im Januar 1947, übernahm Obermann die Redaktion der Studentenzeitschrift „Forum“. Im Sommersemester 1947 nahm er an der Humboldt-Universität

57 Political Affairs, 1947, Nr. 12, S. 1143ff., zit. nach: Obermann, Rolle und Bedeutung der Geschichtsschreibung ..., S. 332.

58 Obermann wandte sich auch später der Biographie Weydemeyers intensiv zu und veröffentlichte über zwanzig Jahre nach seinem Erstling eine wesentlich erweiterte Fassung: Karl Obermann, Joseph Weydemeyer. Ein Lebensbild 1818–1866, Berlin (Ost) 1968.

59 Hierüber informiert Schleier, S. 346f.

60 Obermann, Rolle und Bedeutung der Geschichtsschreibung ..., S. 333.

61 Vgl. ebenda.

gleichzeitig das Studium der Geschichte auf. Bis Dezember 1949 bewältigte er mit dem ihn auszeichnenden immensen Fleiß diese Doppelbelastung. Seine Studienleistungen waren so gut, daß er 1948 zur Sonderausbildung für den Nachwuchs an Wissenschaftlern und Hochschullehrern zugelassen wurde. Er fand Zeit und Kraft, eine Reihe teils wissenschaftlicher, teils populärwissenschaftlicher Aufsätze und Artikel zu schreiben, die zumeist im „Aufbau“,⁶² auch in der Tagespresse veröffentlicht wurden.⁶³ Kernstück seiner Publikationen war die Revolution von 1848/49, der er auch das Thema seiner Dissertation entnahm: Die deutschen Arbeiter in der Periode der Revolution von 1848. Am 28. April 1950 promovierte er an der Berliner Universität zum Dr. phil. Die Gutachter waren Alfred Meusel und Josef Winternitz.

Die Studie erschien noch 1950 unter dem Titel „Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution“ als Buch. Es war eine Pionierarbeit, mit der Obermann die Forschung zur Revolution voranbrachte. Die Debatte über 1848 war im Lichte der unmittelbaren Vergangenheit die erste große Fachdiskussion der deutschen Historiker nach dem Krieg. Neben den liberal-konservativen westdeutschen Historikern Rudolf Stadelmann und Wilhelm Mommsen⁶⁴ sowie dem linksliberalen Jenenser Revolutionsforscher Karl Griewank⁶⁵ leistete Obermann den substantiellsten Beitrag aus dem marxistischen Lager.⁶⁶

Obermann wandte sich einem bislang weitgehend vernachlässigten Thema zu: den Arbeitern in der bürgerlich-demokratischen Revolution. Ausgehend von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der vierziger Jahre, untersuchte Obermann ideologische und organisatorische Tendenzen in der frühen Arbeiterbewegung sowie den Einfluß von Marx und Engels. Er schilderte detailliert, wie sich die Arbeitervereine gegen die Polizeiwillkür zur Wehr setzten, den Kampf um die Arbeitervertretung, programmatische und organisatorische Schritte in den verschiedenen Städten und Regionen und das Spannungsverhältnis

62 Genannt seien folgende Veröffentlichungen im „Aufbau“: Vorkämpfer der Menschenrechte. Samuel Pufendorf zum Gedächtnis (1947, Nr. 1, S. 3–15); Am Vorabend der Revolution von 1848 (1947, Nr. 5, S. 402–409); Das Vorparlament 1848 (1948, Nr. 3, S. 205–212); Die Paulskirche 1848 (1948, Nr. 5, S. 378–382); Deutsche Säkularfeiern. Geschichtliche Skizzen aus den Jahren 1248–1648–1848–1948 (1948, Nr. 9, S. 738–744).

63 Beispielsweise: Lenin auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart 1907, in: ND, 21. Januar 1949; Lenin im Exil in Deutschland, in: Tägliche Rundschau, 22. April 1950.

64 Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1973 (Neudruck der Erstausgabe von 1948); Wilhelm Mommsen, Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1848–1849, Stuttgart 1949.

65 Karl Griewank, Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848, in: Historische Zeitschrift, Bd. 170, 1950, S. 495–523; ders., Deutsche Studenten und Universitäten in der Revolution von 1848, Weimar 1949.

66 Zu nennen wären noch Jürgen Kuczynski, Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Revolution von 1848/1849, Berlin 1948; Alfred Meusel, Die deutsche Revolution von 1848, Berlin 1948; ders., Das europäische Sturmjahr 1848, Berlin (1948). Zur marxistischen Debatte um die Revolution 1848/49 vgl. u. a. Andreas Dorpalen, Die Revolution von 1848 in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Historische Zeitschrift, Bd. 210, 1970, S. 324–368; ders., German History in Marxist Perspective. The East German Approach, Detroit 1985, S. 203ff.; Johannes Schradi, Die DDR-Geschichtswissenschaft und das bürgerliche Erbe. Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848 im sozialistischen Geschichtsverständnis, Frankfurt a. M. 1984; Günther Heydemann, Die deutsche Revolution von 1848/49 als Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaft in SBZ/DDR, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. 2, Berlin 1990, S. 489ff.; Walter Schmidt, Die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. Historische Entwicklung und kritische Bilanz, in: ZfG, 1994, Nr. 1, S. 21–38.

zwischen politischen Arbeitervereinen und kleinbürgerlichen Versuchen, die Klassengegensätze zu lösen, ohne den Arbeitern das Recht auf selbständige Organisationen zuzugestehen. Obermann würdigte Stephan Borns „Arbeiterverbrüderung“: „Das wankelmütige demokratische Kleinbürgertum sah sich einer Kraft gegenüber, die angesichts des Vordringens der Kräfte der ‚alten Ordnung‘ zum entschlossenen Handeln aufforderte.“⁶⁷ Seine Hochschätzung der „Arbeiterverbrüderung“ wurde von der zeitgenössischen sowjetischen Geschichtswissenschaft nicht geteilt.⁶⁸ Seit den sechziger Jahren legten DDR-Historiker jedoch eine Reihe quellengestützter Darstellungen vor, die dieses positive Urteil untermauerten.⁶⁹ Insgesamt bleibt festzuhalten, daß Obermanns Forschungen über die Arbeiter in der Revolution von 1848/49 ein bislang von der etablierten Geschichtswissenschaft vernachlässigtes Thema darstellten. Mit Beginn der siebziger Jahre wandte er seine Aufmerksamkeit dann stärker der Sozialgeschichte der Arbeiter zu.⁷⁰

Sein Renommee war bereits ab 1950 durch die Veröffentlichung einer neunhundert Seiten starken Dokumentation zur Sozialgeschichte des Vormärz gewachsen. In dieser auch heute noch nicht überholten Sammlung veröffentlichte er von den Burschenschaften über die politische Lyrik und Publizistik der Restaurationsperiode bis hin zu Zeugnissen aller Fraktionen der Revolution von 1848 ein in Umfang und Dichte beeindruckendes Material.⁷¹ In den fünfziger und frühen sechziger Jahren drang Obermann mit seinen Forschungen zu 1848/49 weiter in die Tiefe: Er schrieb zu den Volksbewegungen am Vorabend der Revolution,⁷² über die Berliner Universität⁷³ und die deutschen Historiker im Jahre 1848,⁷⁴ über die

67 Karl Obermann, *Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution*, Berlin (Ost) 1950, S. 238.

68 Vgl. S. A. Kan, *Nemeckaja istoriografija revoljucii 1848–49 gg. Germanii*, Moskau 1962.

69 Vgl. Helmut Bleiber/Walter Schmidt, *Forschungen zur Geschichte der Revolution von 1848/49*, in: *Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970*, Berlin 1970, S. 408–427. Eine wichtige Studie blieb leider unveröffentlicht: Michael Schneiderheine, *Zur Entwicklung der Arbeiterdiskussion 1848–1850. Erkenntnisprozesse bei der Herausbildung proletarischen Klassenbewußtseins (Unter besonderer Berücksichtigung der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“ und des Kölner Arbeitervereins)*, Phil. Diss., Leipzig 1983.

70 Als Beispiele seien folgende Publikationen Obermanns genannt: *Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln 1848/49*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1970, Bd. 4, S. 576–584; *Die Arbeiteremigration in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterklasse in der Zeit von der Gründung bis zur Auflösung des Deutschen Bundes*, in: *Ebenda*, Berlin 1972, Bd. 1, S. 135–181.

71 Karl Obermann (Hg.), *Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815–49 in zeitgenössischen Dokumenten dargestellt*, Berlin (Ost) 1950. Weiterhin gab Obermann die unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlichten Artikel Friedrich Engels' heraus, die dieser für das Chartistenblatt „The Northern Star“ in den 1840er Jahren geschrieben hatte. Vgl. Friedrich Engels, *Deutsche Zustände*, hg. von Karl Obermann, Berlin 1949.

72 Karl Obermann, *Die Rolle der Volksmassen in Deutschland zu Beginn der Revolution 1848*, in: *Geschichte in der Schule*, 1958, Nr. 3, S. 142–157.

73 Karl Obermann, *Die Berliner Universität am Vorabend und während der Revolution von 1848*, in: Willi Gröber/Friedrich Herneck (Hg.), *Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810–1960*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1960, S. 165–201.

74 Karl Obermann, *Die deutschen Historiker in der Revolution von 1848/49*, in: Joachim Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1963, S. 219–240.

Rolle von Marx und Engels⁷⁵ und untersuchte die ersten deutschen Aktienbanken während und nach der Revolution.⁷⁶ 1971 legte er eine Studie zur ungarischen Revolution und ihren Widerhall in Deutschland vor.⁷⁷ Obermanns zweites, unmittelbar mit seinem *grand thème* verbundenes Arbeitsgebiet war die Frühgeschichte der deutschen kommunistischen Bewegung, wozu er 1955 und 1956 eine kleinere Monographie und einen längeren Aufsatz publizierte.⁷⁸

Im Sommer 1950 erhielt er die Gelegenheit, sich in Kleinmachnow im Rahmen eines Sonderlehrgangs des ZK für Nachwuchswissenschaftler und Hochschullehrer intensiv auf eine Vorlesungstätigkeit vorzubereiten. Am 1. Oktober 1950 wurde er mit der Wahrnehmung einer Professur an der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam (der späteren Pädagogischen Hochschule) betraut. Er erhielt einen Lehrauftrag für Neuere Geschichte. Im Studienjahr 1950/51 hielt er außerdem eine Vorlesung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität.

Es erscheint angesichts der Überbelastung, der sich Obermann aussetzte, kaum glaubhaft, daß er für Dinge außerhalb von Forschung und Lehre Zeit fand. Gleich nach seiner Rückkehr hatte er die um zwanzig Jahre jüngere Hannah Schottlaender geheiratet. Ihre Mutter Hilde war in erster Ehe, der die Tochter entstammte, mit dem Altphilologen und Philosophen Rudolf Schottlaender, in zweiter Ehe mit dem Schriftsteller Hans Marchwiza verheiratet. Obermann gab Marchwitzas Name, neben dem von Professor Arno Müller und Alfred Zahn, an, als die Universität ihn nach Gewährsleuten fragte, die seine Angaben zur Person bezeugen konnten.⁷⁹

Sein Kontakt zu Schottlaender blieb indes distanziert.⁸⁰ Dieser hatte als Jude das „Dritte Reich“ überlebt, war aber in Ostdeutschland in Schwierigkeiten geraten, da er die Parteivormundschaft über die geistige Arbeit offen ablehnte. 1949 gab er seine Dresdner Professur auf und ging nach Westberlin. Dort wurde er gleichfalls attackiert, als er den Kalten Krieg mit seinem teilweise hysterischen Antikommunismus in Frage stellte. Schottlaender verlor seine Stelle als Gymnasiallehrer und ging zurück nach Ostberlin. Dort bekam er eine neue Professur für Altphilologie an der Humboldt-Universität, geriet jedoch wiederum in Schwierigkeiten, als er sich öffentlich für den gemäßregelten Robert Havemann einsetzte.⁸¹ Obermann rebellierte seinerseits keineswegs gegen die Verhältnisse in der DDR. Er lebte mit seiner Frau und den beiden 1952 und 1955 geborenen Söhnen Peter und Hans so zurückgezogen, daß die ihn beobachtende Staatssicherheit noch 1975 nicht sicher war, mit wem sie

75 Karl Obermann, Über den Anteil von Marx und Engels an der politischen Bewegung zur Vorbereitung der Revolution von 1848, in: ZfG, 1959, Nr. 5, S. 1028–1064; ders., Über die Bedeutung der Tätigkeit von Friedrich Engels im Frühjahr und Sommer 1848, in: Ebenda, 1961, Nr. 1, S. 28–47.

76 Karl Obermann, Die Rolle der ersten deutschen Aktienbanken in den Jahren 1848 bis 1856, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1960, Bd. 2, S. 47–75.

77 Karl Obermann, Die ungarische Revolution von 1848/49 und die demokratische Bewegung in Deutschland, Budapest 1971.

78 Karl Obermann, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten 1849–1852, Berlin (Ost) 1955; ders., Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1833–1836), in: Fritz Klein/Joachim Streisand (Hg.), Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel, Berlin (Ost) 1956, S. 201–235.

79 Karl Obermann, Personal-Bogen, in: HUB, UA, PA K. Obermann.

80 Mitteilung von Frau Edith Schottlaender an den Verfasser.

81 Vgl. Rudolf Schottlaender, Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Freiburg im Breisgau 1986.

es überhaupt zu tun hatte. Obermann sei „ein Mensch, der nur für seine Wissenschaft da ist“, hieß es im Spitzelbericht. „Vermutet wird, daß er Mitglied der SED ist. Allerdings wurde es mit Vorbehalt angegeben. Es könnte auch eine Blockpartei sein, der der Prof. Dr. O(bermann) angehört.“ Er wurde „als ein ausgesprochen bescheidener und zurückhaltender Mensch beurteilt.“⁸²

Zu Beginn der fünfziger Jahre machte er in seiner akademischen Laufbahn rasche Fortschritte. Als Habilitationsschrift reichte er in Potsdam lediglich eine erweiterte Ausgabe seines Buches ein, das aus der Dissertation erwachsen war. Die überarbeitete Fassung hatte eine etwas umfangreichere sozialgeschichtliche Einleitung und auch die Teile über die Arbeiterorganisationen waren mit neuem Material angereichert.⁸³ Der naheliegende Grund dafür war, daß Obermann so rasch wie möglich habilitieren und für eine Professur an der Humboldt-Universität zur Verfügung stehen sollte.⁸⁴ Dies war der Fall, und er wurde mit Wirkung vom 1. August 1953 zum Professor mit vollem Lehrauftrag für das Fach „Geschichte des deutschen Volkes“ berufen.⁸⁵ Die Leitung des Historischen Seminars in Potsdam, die er 1952 übernommen hatte, führte er vorerst weiter. Am 7. Dezember 1955 wurde Obermann als Nachfolger von Heinz Kamnitzer Direktor des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes,⁸⁶ zum 1. Januar 1956 erhielt er an der Humboldt-Universität einen Lehrstuhl für das Fach Deutsche Geschichte.⁸⁷ Mit seinen Funktionen als Mitglied des Wissenschaftlichen Rates beim Museum für Deutsche Geschichte und als Beiratsmitglied für die Fachrichtung Geschichte beim Staatssekretariat für Hochschulwesen war Obermann einer der leitenden Historiker der DDR geworden.

Schon 1952 hatte der unermüdliche Forscher eine weitere Monographie vorgelegt: „Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1925)“. Darin behandelte er die indirekte amerikanische Unterstützung für Deutschland während der Versailler Verhandlungen von 1919, das schrittweise Eindringen amerikanischen Kapitals nach Deutschland in den zwanziger Jahren und – dies macht den Hauptteil der Studie aus – die Konzipierung und Durchführung des Dawes-Planes sowie seine ökonomischen und politischen Auswirkungen. Er legte im abschließenden Teil die beiden Trusts IG Farben und Vereinigte Stahlwerke als Grundpfeiler des

82 Ermittlungsstand 25. Juli 1975, HA VIII/2/2, HVA/I, in: BStU Allg. P 2063/77, Bl. 20.

83 Das Buch erschien, ausdrücklich als zweite, erweiterte Auflage angekündigt, unter dem Titel: Die deutschen Arbeiter während der Revolution von 1848, Berlin (Ost) 1953. Die Zweitaufgabe war von Gerhard Winkler, Über die historische Stellung des Bundes der Kommunisten in der deutschen Arbeiterbewegung, in: ZfG, 1954, Nr. 6, S. 538ff., dafür gelobt worden, daß die „Spuren objektivistischer Darstellung“ nunmehr getilgt seien.

84 Aus diesem Grund nahm die Habilitationskommission sogar von einem Kolloquium Abstand. Brief des Dekans Wilhelm Hauser an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 3. Oktober 1952 (mit den beige-fügten Gutachten von Werner Meyer und Gerhard Schilfert), in: HUB, UA, PA K. Obermann, Bl. 145. Der Mathematiker Hauser (1883–1983) war ebenfalls ein Rückkehrer aus britischem Exil.

85 Die Berufungsurkunde, ausgestellt am 11. Juli 1953, ebenda, Bl. 32.

86 Die Ernennungsurkunde, ausgestellt am 10. Dezember 1955, ebenda, Bl. 53.

87 Die Ernennungsurkunde, ausgestellt am 30. Januar 1956, ebenda, Bl. 61. Walter Grab schrieb, Obermann habe seine Universitätsstellung nach einem Protest gegen die Okkupation der ČSSR durch die Warschauer Vertragsstaaten 1968 aufgeben müssen. Dies berichtete Obermann Grab. Vgl. Grab. Meine vier Leben, S. 228. Obermanns Personalakte im Universitätsarchiv gibt für eine solche Darstellung jedoch keine Hinweise. Die Abberufung als Leiter der Abteilung Neuzeit II stand im Zusammenhang mit der Umbildung des Instituts für deutsche Geschichte zur Sektion Geschichte und erfolgte zum 1. November 1968. Die Urkunde befindet sich in: HUB, UA, PA K. Obermann, Bl. 86.

deutsch-amerikanischen Bündnisses offen, das auch (und langfristig primär) gegen die Sowjetunion gerichtet war:

„Im Chemie- und im Stahltrust hatte das Bündnis zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Imperialismus, das von beiden Seiten seit 1918 angestrebt und durch zahlreiche Aktionen immer mehr verstärkt worden war, eine endgültige feste Form erhalten. Im Chemie- und im Stahltrust hatten sich der monopolistische Kapitalismus der USA und Deutschlands die Instrumente geschaffen, die ihnen eine unbeschränkte Ausübung der politischen Macht in Europa gestatteten. Mit der Errichtung dieser beiden Riestrusts konnte nicht nur der deutsche, sondern auch der amerikanische Imperialismus unbeschränkt in Deutschland schalten und walten. Es wurde nun direkter Kurs genommen auf Unterdrückung des deutschen Volkes durch ein terroristisches faschistisches Regime und auf Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.“⁸⁸ Dies war eine der wenigen agitatorischen, plakativen Passagen in Obermanns Werk. Insgesamt stand das Buch hinter seinen Arbeiten zur Revolution von 1848 zurück.

Sein Ansehen als Historiker brachte Obermann für die Leitung des 1956 eingerichteten „Instituts für Geschichte“ an der Deutschen Akademie der Wissenschaften in die Debatte. Die Planungen für ein solches Institut gingen bis zum ZK-Beschluß vom Oktober 1951 über „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“ zurück. Das Institut sollte auf marxistisch-leninistischer Grundlage arbeiten.⁸⁹ Die Vorbereitungen gerieten jedoch ins Stocken, bis der Politbüro-Beschluß über die Geschichtswissenschaft vom Juli 1955 auf eine Eröffnung am 1. Oktober des gleichen Jahres drängte.⁹⁰ Erst daraufhin beschloß die „Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ der Akademie die Gründung eines Historischen Instituts „zur Förderung der historischen Erkenntnisse und zur Entwicklung eines patriotischen, demokratischen und humanistischen Geschichtsbildes.“⁹¹ Am 1. März 1956 konnte das Institut seine Arbeit aufnehmen.

Als Direktor des Instituts waren zunächst Jürgen Kuczynski und Leo Stern im Gespräch, doch wurde mit Obermann „einem eher integrativen Historiker“ die Leitung anvertraut.⁹² In seinen perspektivischen Überlegungen räumte dieser dann zwar ein, bei der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Historikern könne es „keine ideologischen Zugeständnisse“ geben. „Das bedeutet jedoch nicht, daß die von westdeutschen Historikern vertretenen Meinungen und erarbeiteten Ergebnisse insgesamt als Ausfluß einer reaktionären Ideologie abgetan

88 Karl Obermann, *Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1925)*, Berlin (Ost) 1952, S. 151f.

89 Vgl. *Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei*, in: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 582.

90 Vgl. *Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Ebenda*, Bd. V, Berlin (Ost) 1956, S. 357.

91 ABBAW, Akademieleitung, Nr. 135, zit. nach Martin Sabrow, *Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956–1989)*, in: Ders./Peter Thomas Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, S. 206. Vgl. auch Heinz Heitzer, *Die Gründung des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften*, in: *Hauptetappen und Probleme der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1982, S. 89–103; ders., *Das Akademieinstitut für Geschichte*, in: *ZfG*, 1986, Nr. 10, S. 892–909.

92 Sabrow, *Parteiliches Wissenschaftsideal*, S. 206. Obermann behielt weiterhin seinen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität.

werden können.“⁹³ Ernst Engelberg betonte in seinem Papier zu Obermanns Planungen, daß „in unserem Akademieinstitut eine loyale Zusammenarbeit zwischen den marxistischen und nichtmarxistischen Historikern statt(findet). Sie geht von der gemeinsamen Anerkennung der in vielen Jahrzehnten erarbeiteten handwerklichen Methoden aus.“⁹⁴

Obermanns Arbeiten gerieten jedoch in die Kritik. In einer Abteilungssitzung am 23. September 1958 sagte der Aspirant (Promovend) Rolf Dlubek, die bisher vorgelegten Kapitel zum Lehrbuch für Deutsche Geschichte enthielten Mängel, „die auch für die sonstigen Arbeiten von Prof. Obermann, aber auch anderer Mitarbeiter charakteristisch sind. Es handele sich um Erscheinungen des Positivismus und der Faktologie.“ Infolge eines „Aktenfetischismus“ erscheine in den Texten „die Position der herrschenden Klassen (als) die bestimmende“.⁹⁵ Diese Zurechtweisung zielte gegen ein Wissenschaftsverständnis, daß eine marxistische Historiographie sich dem Wettstreit mit andersgearteten Ideen zu stellen habe. Die Parteileitung wurde zu einer Erklärung über Fragen der Institutsleitung aufgefordert.

Die Institutsleitung, so hieß es in einer Stellungnahme der Institutsparteileitung, entsprach und entspreche „weder strukturell noch personell den Anforderungen ..., die an die Leitung des zentralen historischen Forschungsinstituts in der DDR gestellt werden müssen.“ Karl Obermann, so wurde festgehalten, „besitzt anerkannt große Qualitäten als Forscher, verfügt aber nicht über die genügenden Fähigkeiten, um das Institut wissenschaftsorganisatorisch und politisch-ideologisch so zu leiten, wie es unbedingt notwendig wäre. Die Parteileitung ist daher der Meinung, daß Gen. Professor Obermann in Zukunft keine leitende Funktion in der Direktion ausüben, sondern sich auf die wissenschaftliche Forschungsarbeit, in der seine Stärke liegt, konzentrieren sollte.“⁹⁶

Obermanns Problem war die Tatsache, daß er es als Direktor mit Abteilungsleitern zu tun hatte, von denen jeder eine starke, selbstsichere Persönlichkeit war: Leiter der Abteilung 1871–1918 war Ernst Engelberg, der Abteilung 1918–1945 stand Albert Schreiner vor, Jürgen Kuczynski leitete die Abteilung Wirtschaftsgeschichte, Leo Stern die Abteilung Zweiter Weltkrieg, Obermann selbst die Abteilung 1789–1871. Kuczynski, Engelberg, Schreiner und Stern lagen oft miteinander im Streit. Einig waren sie sich hingegen in ihrer Kritik an Obermann, der sich gegen sie nicht durchsetzen konnte. „Von jeher“, so Engelberg über Obermann, „wich er allen scharfen ideologischen Ecken und Kanten aus. Bei allen Diskussionen saß er nicht wie der große Schweiger, sondern wie ein Häuflein Elend da.“⁹⁷ Engelberg wollte Nachfolger des in die Kritik geratenen Obermann als Institutsdirektor werden. Er verlangte eine „Direktion ohne Obermann“.⁹⁸ Von ihm könne Engelberg „keine Unterstützung in der Durchkämpfung ideologischer Fragen, in der Lösung heikler Kaderprobleme, nicht einmal in der Frage der organisatorischen Festigung des Instituts erwarten.“ Vor allem Schreiner und Stern würden sich „auf Obermann orientieren“, schrieb Engelberg, was jedoch so keineswegs der Fall war.⁹⁹ Obermann solle, so Engelberg, auf einen Lehrstuhl

93 ABBAW, Zentralinstitut für Geschichte 665/1, Perspektivplan, 20. Dezember 1956, zit. ebenda, S. 207.

94 Ernst Engelberg, Gegenentwurf zum Perspektivplan, zit. ebenda.

95 ABBAW, Zentralinstitut für Geschichte 452/1, Abt. 1789–1871, zit. ebenda, S. 208.

96 Stellungnahme der Parteileitung zu Fragen der Institutsleitung (undatiert), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/398, Bl. 210.

97 Ernst Engelberg an die Leitung der ZK-Abteilung Wissenschaft, 19. Juli 1959, in: Ebenda, Bl. 30.

98 Ebenda, Bl. 29. Hervorhebung im Text.

99 Ebenda, Bl. 29f. Allerdings hielten sich Schreiner und Stern mit ihrer Kritik an Obermann gegenüber dem Parteiapparat zurück.

an die Universität Rostock berufen werden und die Direktion des dortigen Historischen Instituts übernehmen. „Rostock ist eine außerordentlich aufstrebende Stadt. Er kann nicht so tun, als ob er in den Urwald verbannt würde.“¹⁰⁰

Die ZK-Abteilung Wissenschaft schlug Ernst Engelberg als möglichen Nachfolger Obermanns vor. Engelberg solle jedoch erst, so die Parteileitung, seine „Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Differenzen“ mit „anderen führenden Genossen Historikern in sachlicher Weise“ klären. Diese Streitigkeiten rechtfertigten „in den meisten Fällen in keiner Weise den immensen Gefühlsaufwand, den hohen Grad der gegenseitigen Verbitterung und sogar Feindschaft“ zwischen den Wissenschaftlern.¹⁰¹

Der bedrängte Obermann wandte sich am 4. September 1959 an Kurt Hager: „Es ist an der Zeit, die brennenden Fragen des Akademie-Instituts zu lösen; an erster Stelle steht die Frage der Leitung. Seit seiner Gründung, also seit dreieinhalb Jahren, stehe ich dem Institut als Direktor vor, das mit 35 wissenschaftlichen Mitarbeitern begann und heute 70 wissenschaftliche Mitarbeiter zählt. Ich habe diese Arbeit leisten müssen, ohne einen Stellvertreter oder auch nur einen hauptamtlichen Referenten zur Seite zu haben. Daß unter diesen Bedingungen die Arbeit Mängel aufweisen mußte, liegt auf der Hand.“¹⁰²

Obermann, dessen Leistungen als Institutsdirektor in dieser Auseinandersetzung unerwähnt blieben, hatte diesen Notstand mehrere Male signalisiert: Die Parteileitung des Instituts habe ihn dabei unterstützt und auch die Zustimmung der ZK-Abteilung Wissenschaft gefunden. Der Schwebezustand sei jedoch nicht beendet worden. Nötig sei ein wissenschaftlicher Rat für das Institut, für dessen Vorsitz Leo Stern der geeignete Kandidat sei. Obermann hatte sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, die Institutsleitung abzugeben, daher schlug er ein Direktorium als kollektives Leitungsgremium vor, dem auch er angehören wollte. Geschäftsführender Direktor solle Heinrich Scheel werden, der gerade seine Habilitationsschrift abschloß. Wenige Tage später machte Obermann in der Parteileitungssitzung klar, daß er – entgegen früherer Absicht – weder unter Leo Stern noch unter Ernst Engelberg als stellvertretender Institutsdirektor arbeiten wolle. Parteisekretär Gerhart Hass bekräftigte, daß „dem Genossen Obermann die erforderlichen wissenschafts-organisatorischen Fähigkeiten fehlen“, um das Institut zu leiten, doch sei damit kein negatives Urteil über ihn als Forscher verbunden.¹⁰³ Im Januar 1960 bat er um seine Ablösung als Institutsdirektor, der alsbald entsprochen wurde. Sein Nachfolger wurde Ernst Engelberg. Er selbst blieb Abteilungsleiter und beendete die Arbeit am Lehrbuch „Deutschland von 1815 bis 1849“.

Das Werk erschien 1961 im Rahmen der Lehrbuchbeiträge zur deutschen Geschichte, und es kann, trotz sogleich anzumerkender Einseitigkeiten, als eine der interessantesten Arbeiten in dieser Reihe gelten. Auf beinahe fünfhundert Seiten gab Obermann eine sehr oft ins Detail gehende Analyse von der Gründung des Deutschen Bundes bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution.

100 Ebenda, Bl. 30.

101 Stellungnahme der Parteileitung ..., Bl. 211.

102 Karl Obermann an den Sekretär des ZK, Genossen Prof. Kurt Hager, 4. September 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/398, Bl. 41.

103 Protokoll der Sitzung der Leitung der APO – Institut für Geschichte der DAW, 16. September 1959, in: Ebenda, Bl. 182.

5. Der Historiker der „achtundvierziger“ Revolution

Obermann rückte die Lösung der nationalen Frage vor dem Hintergrund der beginnenden Industrialisierung Deutschlands in das Zentrum seiner Darstellung. Noch sei der Gegensatz zwischen den spätfudalen Kräften und allen anderen Klassen bestimmend. Gegenüber der Periode vor 1815 sei dennoch ein neuer Faktor in Rechnung zu stellen:

„In der Zeit von 1815 bis 1849 traten die Volksmassen, namentlich im Verlauf der bürgerlich-demokratischen Revolution, selbständig auf und griffen in machtvollen revolutionären Aktionen in den Kampf um die Einheit Deutschlands gegen die feudal-absolutistische Reaktion ein. In den Kämpfen um die Lösung der Grundfrage der Nation zeigte sich bereits ein unterschiedliches Verhalten der einzelnen Klassen und Schichten zu den Gesamtinteressen der Nation. Von Anfang an wurde das Verhältnis der Bourgeoisie zur Nation von ihren Interessen als Ausbeuterklasse bestimmt. Schon in dieser Aufstiegsphase des Kapitalismus war sie inkonsequent, wenn es darum ging, dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen. Sie zog es vor, Veränderungen nicht auf dem Wege der Revolution, sondern auf dem der Reform, der Kompromisse mit der feudalen und militaristischen Reaktion, zu erreichen. Die Bourgeoisie trat bereits in dieser Zeit den demokratischen Kräften entgegen und verhinderte damit die Herstellung der nationalen Einheit auf demokratischer Grundlage. Sie stellte ihr Klasseninteresse über die Interessen des deutschen Volkes und beschränkt damit objektiv den Weg des nationalen Verrats.“¹⁰⁴ Eine solche Interpretation zeigte, welches Klischeedenken den Studenten, für die das Buch bestimmt war, vermittelt wurde.

Im selben Buch bekräftigte Obermann: „Die liberale Bourgeoisie in Preußen und in zahlreichen deutschen Kleinstaaten hatte zwar den kleindeutschen Bundesstaat zusammen mit der preußischen Monarchie schaffen wollen; sie hatte sich redlich um eine Verständigung und Vereinbarung mit der Krone bemüht und eindeutig ihre antidemokratische Haltung bewiesen. Sie hatte der preußischen militaristischen Konterrevolution gestattet, den polnischen Aufstand in Posen zu ersticken, den nationalen Befreiungskampf der Schleswig-Holsteiner zu verraten, gegen die Volksbewegung in Stadt und Land mit Waffengewalt vorzugehen, und schließlich nahm sie auch den preußischen Staatsstreich im November 1848 hin. Nachdem sie die revolutionäre Volksbewegung, der sie ihre Ministersitze und alle Errungenschaften vom März 1848 verdankte, verraten hatte, mußte sie selbst schwere Niederlagen hinnehmen.“¹⁰⁵

Diese Sicht auf 1848 stand in der Tradition der KPD, die in der Weimarer Republik die proletarische Komponente der Revolution herausgestrichen hatte.¹⁰⁶ Anders als beispielsweise zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie oder der Novemberrevolution gab es jedoch nach 1945 kaum einen marxistischen „Forschungsvorlauf“ zu diesem Thema.¹⁰⁷ Die

104 Karl Obermann, Deutschland von 1815 bis 1849. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 6, Berlin (Ost) 1961, S. XIII.

105 Ebenda, S. 426f.

106 Vgl. Klaus Kinner, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933, Berlin (Ost) 1982, S. 127ff.

107 Der sozialdemokratische Historiker Wilhelm Blos blieb im späteren Urteil der DDR-Forschung „stark in kleinbürgerlich-demokratischen Vorstellungen befangen.“ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin (Ost) 1970, S. 49. Obermann würdigte hingegen 1950 Blos' Buch: Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849, Stuttgart

Konzentration auf die Rolle der Arbeiter, schrieb Walter Schmidt im Rückblick, „zielte auf den Nachweis, daß die Arbeiterklasse sich bereits in ihrer Entstehungsperiode als entschiedenen revolutionäre und demokratische Kraft erwies und in ihrem Eingreifen in die 1848er Ereignisse die Anfänge einer ‚gesetzmäßig‘ zur sozialistischen Neugestaltung in der DDR hinführenden Entwicklung lägen.“¹⁰⁸

Auch die gängige These vom Verrat der Bourgeoisie war in dieses Deutungsschema eingebettet. Eine solche Vereinfachung trug den Verdiensten wie zeitbedingten Grenzen des politischen Liberalismus in der Revolution jedoch nur ungenügend Rechnung.¹⁰⁹ Gustav Mayer hatte herausgearbeitet, daß die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie überhaupt erst in den Jahren nach der Revolution möglich war.¹¹⁰ Theodor Schieders Kritik an Obermann, wonach marxistische Arbeiten „manches beachtenswerte Material“ zutage brachten, doch „ausnahmslos an ihrer ideologischen Dogmatik“ krankten, ist nicht von der Hand zu weisen.¹¹¹ Georg Kotowski hielt 1959 in einem Bericht über die DDR-Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung fest, daß Obermann bislang von der bundesdeutschen Forschung ignorierte Themen quellennah untersuchte.¹¹²

Theodor Schieder, der nach 1945 seine frühere völkische Geschichtsideologie fallengelassen hatte, schrieb Ende der fünfziger Jahre den Beitrag für die Zeit von 1815 bis 1871 zum „Handbuch der deutschen Geschichte“. Auch vor ihm stand das Problem, warum die Revolution die nationale Frage in Deutschland nicht löste. „Die Verschmelzung der preußischen Staatswirklichkeit mit der nationalen Staatsidee der Liberalen ließ sich unter Friedrich Wilhelm IV. nicht verwirklichen“, so Schieder. „Die andere Möglichkeit: die revolutionäre Beseitigung aller Einzelstaaten und Dynastien und die Schaffung einer nationalen Republik war bei dem politischen Bewußtseinsstand des deutschen Bürgertums, seinem Zurückschrecken vor den sozialen und politischen Konsequenzen einer radikalen Revolution zu keiner Stunde tatsächlich gegeben. Auch in keinem anderen europäischen Land, weder in Frankreich noch in Italien, vermochte sich 1848/49 die demokratische Revolution auf die Dauer durchzusetzen. Es wurde für die 48er Bewegung zum Schicksal, daß ihre führenden Kräfte gegen den demokratischen Radikalismus und seine sozialrevolutionären Tendenzen, die auch schon proletarische Kräfte ins Spiel brachten, gerichtet waren und dadurch zum

1893 (Neuausgabe 1920), als mutigen Versuch, die Arbeiterbewegung als Teil der revolutionären Gesamtbewegung darzustellen. Obermann, *Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution*, S. 7.

108 Schmidt, *Die 1848er Revolutionsforschung ...*, S. 25.

109 Die bürgerliche Komponente der Revolution war Thema der Habilitationsschrift von Gerhard Schilfert, *Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution von 1848*, Berlin (Ost) 1952.

110 Gustav Mayer, *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 2, Leipzig 1912, wiederabgedruckt in: Ders., *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1969, S. 108–178.

111 Theodor Schieder, *Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich*, in: Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, 8. Aufl., hg. von Herbert Grundmann, Bd. 3, Stuttgart 1960, S. 140. Schieders Kritik galt weiterhin Elisabeth Todt/Hans Radandt, *Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800–1849*, Berlin (Ost) 1950, und Herwig Förder, *Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846–1848)*, Berlin (Ost) 1960.

112 Georg Kotowski, *Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mittel- und Ostdeutschland. Ein Literaturbericht*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. VIII, Tübingen 1959, S. 421.

Anschluß an die herrschenden Gewalten gedrängt wurden. So wurde die Revolution nach dem Sieg der gegenrevolutionären Mächte in den Einzelstaaten zur nationalen Reformbewegung ohne breiten massentümlichen Untergrund.¹¹³ So plausibel vieles in dieser Passage klingt – es war gerade die klassenspezifische Haltung der deutschen Bourgeoisie, ihre Furcht vor einem „breiten massentümlichen Untergrund“, die sie zur „kleindeutschen“ Lösung und zur Delegierung ihrer (potentiellen) politischen Macht an Bismarck drängte. Im Klartext: Die von Schieder favorisierten bürgerlich-liberalen Kräfte wollten keine demokratische Revolution „von unten“. Ihnen genügte zumeist die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, unabhängig von der Staatsform.

Ein Beitrag über Karl Obermann wäre unvollständig, bliebe seine Arbeit als Ko-Vorsitzender der Historiker-Kommission DDR-ČSR unbeachtet. Diese 1955 gebildete Körperschaft organisierte seit dem Ende der fünfziger Jahre eine Reihe wissenschaftlicher Tagungen und leistete damit auch einen Beitrag zur Wiederannäherung zwischen Tschechen und Deutschen, der nach der jüngsten Vergangenheit nicht unterschätzt werden durfte. So richtete die Kommission im September 1958 anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Münchner Abkommens eine Konferenz aus, an der neben Fachleuten aus der ČSR und der DDR auch marxistische Historiker und Publizisten aus der Sowjetunion, England und Frankreich teilnahmen. Jiří Hájek, der zehn Jahre später als Außenminister gegen die Okkupation seines Landes durch die Warschauer Paktstaaten vor der UNO protestieren sollte, hielt ein Referat über die internationale Stellung der Tschechoslowakei in der Münchner Periode. Alexander Ort sprach über München und die Kleine Entente, Alice Teichová zur ökonomischen Durchdringung der Tschechoslowakei durch deutsche Monopole bis 1938;¹¹⁴ ein Thema, dem sich auch der Berliner Wirtschaftshistoriker Hans Radandt zuwandte. In der für ihn typischen Weise referierte der sowjetische Historiker Isaak Minz über „Geschichtsfälschungen“ bürgerlicher Autoren, die sich mit der sowjetischen Außenpolitik der späten dreißiger Jahre befaßten. Der Franzose Johnny Berlioz untersuchte das zynische Verhalten der französischen Volksfront-Regierung gegenüber dem Bündnispartner Tschechoslowakei, der Brite Andrew Rothstein, Sohn des bekannten Historikers Theodore Rothstein, beleuchtete kritisch die Appeasement-Politik, mit der sich die britischen „Friedensstifter“ 1938 selbst gefeiert, letztlich jedoch die Tschechoslowakei an Hitler ausgeliefert hatten. Obermann selbst steuerte keinen Beitrag zum Konferenzband bei.¹¹⁵

Im Jahre 1960 gab Obermann einen Band über „Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ heraus. Das ebenfalls unter den Auspizien der Historikerkommission DDR-ČSR erschienene Buch enthielt hauptsächlich Referate, die für den Internationalen Historikerkongreß in Stockholm bestimmt waren. Dies waren zum einen Aufsätze mit Überblickscharakter, wie Joachim Streisands Beitrag zur deutschen Geschichtsphilosophie zwischen 1789 und 1815, die böhmische Frage im internationalen Kräftespiel während des Dreißigjährigen Kriegs von Josef Polišenský und Miroslav Hroch oder Überlegungen zu theoretischen Problemen bei der Erforschung der industriellen Revolution, worüber Jaroslav Purš schrieb. Rudolf For-

113 Schieder, S. 137.

114 Auch Alexander Ort und Alice Teichová gehörten nach 1968 zu den Verfolgten; Alice Teichová emigrierte nach England.

115 Vgl. Karl Obermann/Josef Polišenský (Hg.), *Die Hintergründe des Münchner Abkommens von 1938. Auswahl von Referaten und Diskussionsbeiträgen der Prager internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum 20. Jahrestag der Münchner Ereignisse (25.–27. September 1958)*, Berlin (Ost) 1959.

bergers Aufsatz zur gewerblichen Betriebsweise in Sachsen nach 1800 fiel thematisch etwas aus dem Rahmen des Buches, basierte jedoch auf akribischen Quellenstudien. Ebenfalls nicht zum Thema gehörte Alfred Anderles auch inhaltlich schwacher Beitrag über den „Kampf Lenins gegen die Verfälschung der nationalen Frage durch die „Austromarxisten““. Hingewiesen sei auf Anderles versuchte Beweisführung, daß der Jüdische Arbeiterbund von Rußland, Polen und Litauen (die Bezeichnung wurde von Anderle falsch wiedergegeben) seine „zutiefst opportunistische Theorie“ der national-kulturellen Autonomie im Zusammenwirken mit den Austromarxisten entwickelt habe. Der direkte Ansprechpartner des Bundes innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung war jedoch die 1905 in Galizien entstandene und von Anderle nicht erwähnte Jüdische Sozialdemokratische Partei, deren Mitbegründer Henryk Grossmann zuletzt als Professor für Politische Ökonomie in der DDR, in Leipzig, gelehrt hatte.¹¹⁶

Antonín Šnejdárék wandte sich in seiner Untersuchung der Beziehungen zwischen der DDR und der ČSR einem politisch brisanten Thema zu. Die Schatten der Vergangenheit lagen über der Gegenwart von 1960. Šnejdárék berichtete, „daß der deutsche Imperialismus nicht nur den selbständigen tschechoslowakischen Staat vernichten und sein Gebiet besetzen, sondern auch die tschechische und slowakische Nation ausrotten wollte“;¹¹⁷ eine schreckliche Wahrheit, die durch Dokumente belegt werden kann.¹¹⁸ Šnejdárék kam auch auf die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach 1945 zu sprechen: „Eine Grundfrage war in diesem Zusammenhang die Einbürgerung der Umsiedler aus der Tschechoslowakei. Gerade dieses Problem zeigte dem tschechoslowakischen Volk anschaulich, wer in Deutschland eine der Tschechoslowakei gegenüber freundliche Politik betreibt und wer nicht. Als Freund betrachtete das tschechoslowakische Volk¹¹⁹ begreiflicherweise den, der den Umsiedlern Arbeit, Wohnung und alle Bürgerrechte gewährte, damit sie sich in der neuen Heimat wirklich zu Hause fühlen konnten. Das war nur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Fall, die sich später zur Deutschen Demokratischen Republik entwickelte. In den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands konnte von einer schnellen Einbürgerung keine Rede sein, statt dessen entstanden bereits seit 1947 revanchistische Organisationen.“¹²⁰ Eine solche Formulierung überdeckte wesentliche Probleme der Thematik. Aber die auch in Šnejdáréks Referat spürbare Angst vieler Tschechen und Slowaken vor einer westdeutschen Revanchepolitik war verständlich.

116 Alfred Anderle, Der Kampf Lenins gegen die Verfälschung der nationalen Frage durch die „Austromarxisten“, in: Karl Obermann (Hg.), Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1960, S. 163–180, hierzu S. 168.

117 Antonín Šnejdárék, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945, in: Ebenda, S. 273–301, hierzu S. 282.

118 Vgl. Theodor Bergmann, Heydrichs großer Plan, in: Utopie kreativ, Nr. 76, Februar 1997, S. 23–35. Diese Dokumentation enthält die geheimgehaltene programmatische Antrittsrede von Reinhard Heydrich als stellvertretendem Leiter des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“ vom 2. Oktober 1941, in der dieser eine Vernichtung des tschechischen Volkes unter anderem durch Massensterilisierungen ankündigte. Die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ hatten 1996 einen Abdruck des Dokuments mit den Hinweis auf eine 1960 in Prag erfolgte Publikation abgelehnt. Information von Theodor Bergmann an den Verfasser.

119 Von zwei Völkern – Tschechen und Slowaken – war keine Rede.

120 Šnejdárék, S. 283.

Die DDR-Historiker, unter ihnen Karl Obermann, verstanden ihre Arbeit als Beitrag zu einer Wissenschaft, deren Vertreter nicht länger Propagandisten des Militarismus und Imperialismus sein sollten. Dementsprechend konzentrierten sie ihre Forschungen auf die Arbeiterbewegung, der im 19. und frühen 20. Jahrhundert entschiedensten antimilitaristischen Kraft. Davon war auch die Bewertung der Revolution von 1848/49 bestimmt. Mehr noch: Diese Revolution galt neben der Novemberrevolution von 1918/19 als wichtigster historischer Bezugspunkt für die nach 1945 vorangetriebenen gesellschaftlichen Veränderungen, die auf eine Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zielten, in historischer Legitimation aber zur Vollendung der unvollendeten deutschen Revolution von 1848/49 erklärt wurden.¹²¹

Mehr als jeder andere Historiker in der frühen DDR erforschte Karl Obermann ökonomisch-soziale Ursachen und politische Auseinandersetzungen der Revolution. Entsprechend dem marxistischen Geschichtsverständnis sah er in den Arbeitern, besonders in der selbständigen Arbeiterbewegung, die wichtigsten Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts, ohne jedoch andere Klassen und Schichten aus seinen Untersuchungen auszublenden.

In seinen späteren Jahren als Forscher wollte Obermann die marxistische Klassenanalyse auf eine präzisere empirische Grundlage stellen, um eine auf Handlungen und Entscheidungen politisch führender Persönlichkeiten konzentrierte Historiographie zu überwinden.¹²² Er wurde zu einem professionell qualifizierten Fachgelehrten, der an die im Exil gefundene wissenschaftliche Thematik anschließen konnte – aber gerade deshalb, weil er keine politischen Ambitionen hatte, denen er seine wissenschaftliche Arbeit opferte. Nach längerer, zuletzt schwerer Krankheit starb Karl Obermann am 10. Juli 1987. In seiner Trauerrede würdigte ihn Walter Schmidt als bedeutenden Forscher in einem Land, „in dem die sozialistischen Ideale, für die er kämpfte und arbeitete, verwirklicht werden.“ Dies sollte sich nur gut zwei Jahre später als Illusion erweisen. Recht behielt Schmidt indes mit seiner Hochschätzung des wissenschaftlichen Werkes von Obermann, eines Werkes, „dessen Erarbeitung ihm persönliche Erfüllung bedeutete und das im Ensemble marxistischer Historiographie ... einen wichtigen und einen dauerhaften Platz einnimmt.“¹²³ Die Frage nach dem Platz des Marxismus in der Geschichtswissenschaft kann jedoch erst in näherer Zukunft – und auch dann wohl nur vorläufig – beantwortet werden.

121 Vgl. hierzu und zum folgenden Walter Schmidt, *Forschungen zur Revolution von 1848/49 in der DDR. Versuch eines historischen Überblicks und einer kritischen Bilanz*, in: Ders. (Hg.), *Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49*, Berlin 1998, S. 11–80, bes. S. 14ff.

122 Vgl. Karl Obermann, *Zur Klassenstruktur und zur sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1973, Bd. 2, S. 79–120, und Nr. 3, S. 143–74.

123 Walter Schmidt, *Zum Gedenken an Karl Obermann* (20. August 1987). Manuskript, S. 9.

KAPITEL 8

Wissenschaft und Politik. Ernst Engelberg (geboren 1909)

Erst im Jahre 1948 aus der Türkei zurückgekehrt, ist Ernst Engelberg der letzte noch lebende Repräsentant aus der Gründergeneration der DDR-Historiker. Nach einem wechselvollen Exildasein rückte er schließlich in die Führungsetage der DDR-Geschichtswissenschaft auf. In den fünfziger und sechziger Jahren beeinflusste er auch als Autor vielbenutzter Lehrbücher, als Direktor historischer Institute in Berlin und Leipzig sowie als erster Präsident der DDR-Historikergesellschaft das wissenschaftliche Leben im Osten Deutschlands. Engelbergs Name bleibt mit der 1985 und 1990 erschienenen zweibändigen Biographie Otto von Bismarcks verbunden. Er war und ist, so Wolfgang Küttler, eine „kantige und produktiv unbequeme Persönlichkeit“.¹ Dabei ist seine Rolle im Konstituierungsprozeß der DDR-Geschichtswissenschaft durchaus umstritten; einige Autoren sehen in ihm einen Hauptverantwortlichen für ideologische Disziplinierungskampagnen,² andere betonen, er habe persönliche Animositäten in Wissenschaftspolitik übertragen.³ Unbekannt war bislang, daß auch Engelberg in das Visier der Staatssicherheit geriet, gehörte er doch im Schweizer Exil zum Bekanntenkreis der Familie von Rudolf Slánský, des 1952 hingerichteten früheren Generalsekretärs der tschechoslowakischen KP.

1 Wolfgang Küttler, Historiker und politischer Kopf aus Leidenschaft. Laudatio für Ernst Engelberg, in: Ders. (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert. Personen-Ereignisse-Ideen-Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag*, 1. Halbband, Berlin 1999, S. 19.

2 Vgl. Ulrich Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren*, Bonn 1996; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR (1945–1961)*, in: Martin Sabrow/Peter Thomas Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, S. 31–58; Ders., *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997.

3 So zwei ehemalige Kollegen Engelbergs. Vgl. Fritz Klein, *Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 1999, bes. S. 214f., 241ff., und Joachim Petzold (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold), *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, hg. von Martin Sabrow, Potsdam 2000, S. 160, 182, 217f.

1. Vom Kaiserreich bis ins türkische Exil

Ernst Engelberg, am 5. April 1909 in Haslach im Schwarzwald geboren, verlebte seine Jugend auf geschichtsträchtigem Boden. An der badischen Revolution 1848/49, die in das kulturelle Gedächtnis der Menschen in Engelbergs Heimat einging, nahm bereits seine Urgroßmutter Genoveva Eisenmann teil; sein Großvater Julius Engelberg war Mitglied der örtlichen Bürgerwehr. Engelbergs Vater Wilhelm, der eine Druckerei besaß, bezeichnete sich bis zu seinem Tode 1947 als „achtundvierziger Demokraten“.⁴ Auch die Mutter Therese entstammte einer Familie mit revolutionär-demokratischen Traditionen. Ihr Vater Franz Aiple betrieb in Haslach eine Gastwirtschaft, die im Volksmund die „Revolutionsbeize“ genannt wurde.⁵ Sozialdemokratisch geprägte Anschauungen der Familie und ihres Freundeskreises beeinflussten den heranwachsenden Ernst Engelberg, der im Hause Adolf Gecks, des Mitbegründers der badischen Sozialdemokratie, verkehrte, wo auch Rosa Luxemburg oft zu Gast gewesen war.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges vertrat Wilhelm Engelberg noch den Standpunkt der sogenannten „Vaterlandsverteidiger“, er wurde aber von Jahr zu Jahr kritischer. „Von all den problematischen politischen Gesprächen im Elternhaus wurde ich nie ferngehalten“, erinnert sich Ernst Engelberg, „selbst wenn ich dadurch mit den bei den Schulkameraden verbreiteten Meinungen arg konfrontiert wurde. Als schließlich in der väterlichen Druckerei der Kiewer Schriftsetzer jüdischer Herkunft, Meir Turbowski, ein Kriegsgefangener, arbeitete und mit Selbstverständlichkeit als Tisch- und Hausgenosse aufgenommen wurde, geriet das in der Schule verbreitete ‚Feindbild‘ noch mehr aus den Fugen.“ Die Novemberrevolution erschien der Familie Engelberg „wie ein hoffnungsvoller Anfang.“⁶ Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs berührte den noch nicht Zehnjährigen.

Nach dem Schulbesuch in Offenburg befaßte sich Engelberg, der 1927 zunächst ein Semester in Freiburg/Breisgau war, seit dem Wintersemester 1927/28 in München mit Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. 1929 wechselte er nach Berlin, um dort Geschichte und Philosophie zu studieren. Als akademische Lehrer beeinflussten ihn besonders Gustav Mayer und Hermann Oncken.

Beide Historiker untersuchten auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, die an Universitäten der Weimarer Republik nur wenig Beachtung fand. Gustav Mayers Arbeit über Friedrich Engels, deren zweiter Teil erst im Exil erscheinen konnte, rechnete Hans-Ulrich Wehler mit Recht „zu den drei oder vier wichtigsten historischen Biographien, die die deutsche Geschichtswissenschaft in diesem (20.) Jahrhundert

4 Vgl. Manfred Hildenbrand, *Heimatliebe und Sozialismus. Wilhelm und Ernst Engelberg aus Haslach im Kinzigtal*, in: Allmende, 1993, Nr. 38/39, S. 216–238. Dieser Aufsatz enthält wichtiges Material über die Familie Engelberg. Vgl. auch Beata Klebowska, *Ernst Engelberg als Historiker der Bismarckzeit. Theoretiker der Geschichtswissenschaft in einer ideologisch gesteuerten Gesellschaft*, Magisterarbeit, Universität Toruń 1996, sowie Mario Keßler, *Bismarck-Biograph und Jahrhundertzeuge. Zum 90. Geburtstag des Historikers Ernst Engelberg*, in: Sozialismus, 1999, Nr. 4, S. 49–54.

5 Vgl. Hildenbrand, S. 218. Zur Rolle der Gastwirtschaft bei der Konstituierung und Entwicklung einer proletarischen Organisationskultur vgl. Manfred Hübner, *Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfraße im deutschen Proletariat bis 1914*, Berlin (Ost) 1988.

6 Ernst Engelberg, in: Thomas Grimm (Hg.), *Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie*, Berlin 1991, S. 27.

hervorgebracht hat.“⁷ Als Jude und überdies der SPD nahestehend, erhielt Mayer keine ordentliche Professur. Nach jahrelangen, oftmals demütigenden Zurücksetzungen war er 1922 immerhin zum Extraordinarius an der Berliner Universität ernannt worden. Er lehnte allerdings einen Ruf nach Frankfurt auf den Direktorenposten des neu gegründeten und stark politisierten Instituts für Sozialforschung ab.⁸ Seine vorzüglichen Quellenstudien über die Kontakte zwischen Lassalle und Bismarck ergänzten Hermann Onckens Lassalle-Biographie, mit der dieser bereits 1904 eine gerechte Beurteilung des umstrittenen Genossen und Rivalen von Marx vorgelegt hatte.⁹

Schon während des Studiums engagierte sich Engelberg politisch. 1928 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. Am 1. Mai 1929 beteiligte er sich an der von der Polizei blutig niedergeschlagenen Demonstration.¹⁰ 1930 trat er der KPD bei. Er arbeitete in KPD-Betriebszellen in Wedding wie in Moabit mit und wurde im folgenden Jahr Reichsleiter des Kommunistischen Studentenverbandes. Diese nicht unwichtige Position hatten vor ihm Franz Borkenau und Richard Löwenthal innegehabt, die beide kurz darauf mit dem Kommunismus brechen und als Kritiker der KPD publizistisch hervortreten sollten. 1932 gab Engelberg seine Funktion an Wilhelm Girmus ab.

Bereits 1930 hatte Engelberg in einem Flugblatt vor dem aufhaltsamen Aufstieg des Nazismus gewarnt: „Die Nationalsozialisten sind nur die Werkzeuge der Großindustriellen und Junker, die euch in eurer Existenz bedrohen, zu deren Gunsten ihr durch Massensteuern ausgeplündert werdet. Die Nationalsozialisten sollen durch ihr Oppositionsgeschrei und ihre revolutionären Phrasen verhindern, daß ihr den Weg findet zur Kommunistischen Partei.“¹¹

Den 30. Januar 1933 erlebte Ernst Engelberg als Doktorand. Mit seinem Dissertationsthema über „Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik“ hatte er ein Forschungsthema aufgenommen, das sein Historikerleben auch künftig bestimmen sollte. Im Februar 1934 schloß er die Promotion ab. Auf die Prüfung bereitete er sich gemeinsam mit seinem Kommilitonen Gerhard Oestreich vor, der nach 1945 ein wichtiger Forscher zur Geschichte der frühen Neuzeit werden sollte.¹² Doch kurz vor dem Rigorosum mußte Engelbergs Lehrer Gustav Mayer Deutschland verlassen. Der liberal-konservative Oncken und der konservative Historiker Fritz Hartung begutachteten die Arbeit.¹³ Es spricht für ihre moralische Integrität, daß sie eine Doktorarbeit mit marxistischem Ansatz im Jahre 1934 zu akzeptieren wagten. Am 22. Februar folgte die mündliche Prüfung.

Eine Dissertation, wie sie der Kandidat einreichte, hatte auch in der Weimarer Republik Seltenheitswert – um wieviel mehr unter dem Hitler-Regime! Der Historiker wird finden, schrieb Engelberg im Vorwort, „daß die Sozialpolitik im Kapitalismus eng verbunden ist mit dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit, daß die sozialpolitischen Forderungen, welche

7 Hans-Ulrich Wehler, Gustav Mayer, in: Ders. (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. II, Göttingen 1971, S. 120.

8 Vgl. Gustav Mayer, *Erinnerungen*, Zürich/Wien 1949, S. 340f.; Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1985, S. 27.

9 Vgl. Klaus Schwabe, Hermann Oncken, in: Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. II, S. 81–97.

10 Vgl. Klebowska, S. 17; Grimm, S. 29.

11 Flugblatt der KPD Haslach (1930). Kopie im Besitz des Verfassers.

12 Vgl. Gerhard Oestreich, *Strukturprobleme der Frühen Neuzeit. Ausgewählte Aufsätze*, hg. von Brigitta Oestreich, Berlin 1980.

13 Zu Hartung vgl. Werner Schochow, *Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967)*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 32, 1983, S. 219–250.

die Organisationen der verschiedenen Klassen aufstellen, zugleich Kampflosungen sind. Der Historiker muß sich deshalb hüten, die Sozialpolitik, die Geschichte überhaupt, nach allgemeingültigen moralischen und naturrechtlichen Prinzipien, vor allem nach Prinzipien irgendwelcher Modephilosophie, zu beurteilen. Das würde ihn hindern, den historischen Naturprozeß in seinem allseitigen Wechselspiel objektiv zu betrachten. Der Historiker ist kein Theologe oder Moralphilosoph.“¹⁴

„Der Kampf Bismarcks gegen die ‚gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie‘ wurde durch die nicht unwichtige Tatsache erschwert, daß die Kader der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gerade aus dem intelligentesten und charaktervollsten Teil der deutschen Arbeiterschaft gebildet waren“, schrieb Engelberg. „Gewiß, die radikalen Arbeiterorganisationen waren gegenüber den vier Millionen Lohnarbeitern in Industrie und Bergbau zahlenmäßig noch schwach. Aber kraft ihrer Intelligenz, Energie und ihrem Selbstbewußtsein waren die Sozialisten und revolutionären Gewerkschafter fähig, die übrigen, noch unbeweglichen Teile des Proletariats politisch zu beeinflussen. Also nichts wäre dümmere, als die Fälschung aufrechterhalten zu wollen, bei den damaligen sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hätte es sich meist um gewissenlose Streber gehandelt.“¹⁵

Es war vier Tage nach seiner Promotion, am 26. Februar 1934, als Engelberg, „durch eine begreifliche Hochstimmung unvorsichtig geworden“, ¹⁶ bei einem illegalen Treffen mit Sozialdemokraten verhaftet wurde. Die Gestapo brachte ihn ins Columbia-Haus, ein Militärgefängnis, in das die Nazis nun ihre besonders mißliebigen Gegner sperrten. „Die Mißhandlungen in der Prinz-Albrecht-Straße waren zweckgerichtet und von mehr oder weniger ausgebildeten Kriminalisten ausgeführt“, schrieb Engelberg später; „der Häftling sollte zu Aussagen erpreßt werden. Im Columbia-Haus aber war er den Launen und Stimmungen fanatisierter und mitunter rein sadistischer Parteigänger ausgesetzt. In Zwangsanstalten wie dem Columbia-Haus verfolgten die Schergen nicht inquisitorische Einzelzwecke, sondern den vom Regime vorgegebenen Gesamtzweck, die Gegner physisch und seelisch zu zermürben.“¹⁷

„Die Vernehmungen in der Prinz-Albrecht-Straße waren hart und von den obligatorischen Mißhandlungen begleitet“, so Ernst Engelberg. Die Gestapo beorderte ihn „eines Abends aus der Kellerzelle ... zum Abtransport ins Columbia-Haus, in dem die Nazigegner zusammengetrieben wurden. Am Sammelpunkt, es war noch im Kellergeschoß, sah ich zu meinem Erstaunen unter den Inhaftierten eine Gruppe von Männern mittleren Alters in eleganter Kleidung, meistens sogar im Smoking. Es waren Monarchisten, so erfuhr ich, die von der Gestapo bei einer Festivität aufgegriffen worden seien. Ein mir unbekannter, sympathischer und offensichtlich erfahrener Mitgefangener flüsterte mir zu, auf die Smoking-Leute deutend: ‚Die da sind Blitzableiter für uns‘, was ich zunächst nicht recht verstand. Man zwängte uns allesamt in die grüne Minna, aber schon beim Ausladen ging ein großes Hallo der SS-Lümmel los, als sie die vornehm Gekleideten gewahrten.“ Tatsächlich versuchten

14 Ernst Engelberg, Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik, Phil. Diss., Berlin 1934, S. 3.

15 Ebenda, S. 22.

16 „Der Historiker muß auch mit sich selbst kämpfen.“ Im Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Engelberg, in: Disput, 1998, Nr. 12, S. 38.

17 Ernst Engelberg, Meine Erlebnisse im Columbia-Haus im März 1934. Unveröff. Manuskript (1993), S. 3.

einige SS-Schergen Engelberg in plumper Manier zu bekehren. Er sei doch ein großes Rindvieh, wenn er auf den „jüdisch-moskowitzischen Schwindel“ hereinfalle. Da er unbeeindruckt blieb, wurden er und seine Zellenkameraden gequält: „Schikanöse Spiele des Tages und auch mehrmals in der Nacht, alles dazu angetan, Menschen zu demütigen. Da wurde ‚Luftalarm‘ gemimt, wobei man sich den Freßnapf auf den Kopf stülpen mußte, den Trinkbecher als Gasmasken vor den Mund halten. So sollte man zudem unters Bett kriechen, was ich nicht fertigbrachte. Bisweilen erträgt man einen Tritt in den Hintern eher als zu viel menschliche Demütigung.“¹⁸

Am 17. Oktober 1934 wurden Ernst Engelberg und neun weitere Gefangene im Prozeß „Herwarth und Genossen“ angeklagt, „das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, durch Handlungen vorbereitet zu haben und durch dieselbe Handlung zugleich es unternommen zu haben, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei als der NSDAP aufrecht zu erhalten.“¹⁹ Das Gericht zog erschwerend in Betracht, daß Engelberg im Hinblick auf seine überragende Bildung ein besonders großes Maß von Verantwortungslosigkeit bewiesen habe.²⁰ Der Anklage wegen Hochverrats folgte eine anderthalbjährige Haft im Zuchthaus Luckau, in das während des Ersten Weltkrieges auch Karl Liebknecht eingesperrt gewesen war.

Nach seiner Entlassung im September 1935 ging Ernst Engelberg zunächst in seine Heimatstadt Haslach. Im folgenden Jahr mußte er emigrieren. Er ging in die Schweiz. Zunächst hielt er sich mit Gelegenheitsarbeiten und durch Deutschunterricht über Wasser. Bei der Überwindung der Anfangsschwierigkeiten half ihm Else Eisner, die Witwe des 1919 ermordeten Revolutionärs Kurt Eisner, die er aus seiner badischen Heimat kannte.²¹ Schließlich verhalf ihm sein Mitexilant Hans Mayer zu einem auf zwei Jahre befristeten Forschungsstipendium am „Institut universitaire de hautes études internationales“ in Genf.

„In Genf am Institut hielten wir Emigranten zusammen“, erinnert sich Hans Mayer. „Wir waren Freunde, auch wenn etwa Ernst Engelberg, später mein Fakultätskollege in Leipzig, ein ausgezeichnete Historiker und Mentor vieler junger Geschichtsforscher in der DDR, weiter zur KPD stand, während sich Ossip Flechtheim von ihr entfernt hatte.“²² Namhafte Hochschullehrer wie William Rappard, Carl J. Burckhardt, Guglielmo Ferrero und Paul Mantoux prägten die interdisziplinäre Forschung und weltoffene Atmosphäre des Instituts.

Zu Engelbergs wissenschaftlichem Ertrag dieser Jahre gehört eine 68-seitige Abhandlung über „Liberale und antilibérale Geschichtsschreibung“. Darin warf er die Frage auf: „Liegt Kontinuität oder Diskontinuität vor zwischen der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung und den Grundlagen und Methoden der Historiographie, wie sie in Deutschland vor Hitlers Machtantritt galten?“ Der Autor verwarf ein vorschnelles Urteil und betonte, daß „jede bedeutendere Richtung der deutschen Geschichtsschreibung von ihrer jeweiligen sozi-

18 Ebenda, S. 2f.

19 Schreiben des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht (15. Juli 1934), O.J. 264/34. Kopie im Besitz von Ernst Engelberg. – Axel Eggebrecht, zur gleichen Zeit wegen antifaschistischer Tätigkeit zu KZ-Haft verurteilt, schrieb nach Erhalt einer ähnlich klingenden Bescheinigung der NS-Bürokratie: „In törichtem Hochmut zog ich daraus den tröstlichen Schluß: Ein System, das so blamables Deutsch drucken läßt, kann sich unmöglich lange halten ...“ Axel Eggebrecht, *Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche*, Reinbek b. Hamburg 1990, S. 302.

20 Vermerk der Urteilsbegründung am 12. November 1934, in: O.J. 264/34 (Kopie).

21 Vgl. Hildenbrand, S. 226.

22 Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1988, S. 231.

alhistorischen Bedingung und politischen Funktion aus (zu) begreifen“ sei.²³ Die Studie reichte von Untersuchungen über die kleindeutsche Historikerschule bis zu nationalistischen und nationalsozialistischen Geschichtsschreibern. Zu letzteren hieß es: „Der Begriff der Rasse, der bei (Alfred) Rosenberg das bewegende geschichtliche Prinzip war, wird nun ein Wort, das da und dort in Beziehung zum geschichtlichen Material gesetzt wird. Vor allem wird der nationale Staat in seiner zentralen Stellung im System der Werte von dem ‚Begriff‘ des Volkstums verdrängt.“²⁴ Über Walter Frank, den Geschichtsinterpreten des Nationalsozialismus, schrieb Engelberg: „Das Volk als Wertvorstellung dient bei Frank im wesentlichen zur Verherrlichung der nationalsozialistischen Bewegung und Verklärung der staatlichen Unterdrückung, bei (Heinrich von) Srbik zur Verherrlichung imperialistischer Aggression.“²⁵

In den Genfer Jahren verfaßte Engelberg in französischer Sprache eine Studie über den Wiener Rechtssoziologen Alfred von Verdross²⁶ sowie die Abhandlung über „Jean Jaurès. Sa physiognomie intellectuelle“. Dabei ging es ihm um das Verhältnis von ethischem Sozialismus zum dialektischen Materialismus. Es war eine versuchte Antwort Engelbergs auf Zeitprobleme, da die ethischen Sozialisten in der romanischen Schweiz aufgrund des Einflusses von Jaurès recht stark waren. Die Arbeit blieb, wie manch andere Schrift Engelbergs, durch die Umstände des Exils unveröffentlicht. Sie zeigt aber die Neigung des Autors, die deutsche und die französische Geschichte, insbesondere die Arbeiterbewegungen beider Länder, immer wieder aufeinander zu beziehen. Engelbergs ohnehin stark entwickeltes Interesse an französischer Geschichte, Kultur und Politik erfuhr in den Jahren seines Aufenthaltes in der *Suisse romande* noch eine Vertiefung.

Die Genfer Exiljahre gingen mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zu Ende. Die Schweizer Politik gegenüber den antifaschistischen Flüchtlingen wurde restriktiver. Während Hans Mayer in der Schweiz ausharrte und dafür den Preis jahrelanger Internierung zahlte, dachte Engelberg zunächst an England als Exilland, unter anderem aufgrund brieflicher Kontakte zum linken Labour-Politiker Koni Zilliacus.²⁷ Vorübergehend erwog er auch eine Weiterwanderung in die USA. Dazu kam es auch deshalb nicht, weil er und seine Freundin (und spätere erste Ehefrau Herta Hoppenz) möglichst in Europa bleiben wollten. Schließlich konnte Max Horkheimer weiterhelfen, der Engelberg einen Lehrauftrag verschaffte. Damit bot sich für diesen eine Möglichkeit, an der Universität Istanbul als Lektor für deutsche Sprache zu arbeiten. Grundlage dafür war ein Abkommen zwischen der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler in Zürich und der türkischen Regierung.²⁸

Die Türkei war ein weniger bekanntes Zentrum des deutschsprachigen Exils. Dort suchten etwa 800 Flüchtlinge mit ihren Familien Zuflucht vor Hitler, weil im Unterschied zu anderen Ländern die Türkei an der Mitarbeit qualifizierter Flüchtlinge in möglichst vielen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens interessiert war. Die türkische Politik

23 Ernst Engelberg, *Liberales und antiliberales Geschichtsschreiben* (Genève 1937). Unveröff. Manuskript, S. 1f.

24 Ebenda, S. 65.

25 Ebenda, S. 68.

26 Ernst Engelberg, *Les bases idéologiques de la nouvelle conception de Droit International de Alfred von Verdross*, in: *Révue Générale de Droit International Public*, Janvier/Février 1939, S. 37–52.

27 Zilliacus empfahl Engelberg, über William Rappard Kontakte zur London School of Economics aufzunehmen. Undatierter Brief von Zilliacus an Engelberg.

28 Vgl. Klębowska, S. 19; Persönliche Auskunft von Ernst Engelberg an den Verfasser.

hatte sich unter Kemal Atatürk zwischen einer vorsichtigen Annäherung an die Westmächte (mit dem Ziel der Wiederherstellung der vollen Souveränität über die Dardanellen) und einer begrenzten Kooperation mit Deutschland bewegt, zwischen der Ablehnung der italienischen Hegemonialpläne im Mittelmeerraum und einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion (bei rigoroser Unterdrückung der einheimischen KP).²⁹ Die autoritäre Modernisierung unter Atatürk machte sich besonders auf allen Ebenen des Bildungswesens bemerkbar. Die Zahl der Schüler stieg von 350.000 im Jahre 1923 auf 800.000 zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Die Universität von Istanbul wurde westlichen Standards weitgehend angeglichen, in Ankara entstand eine größere Zahl von Hochschulinstituten.³⁰

So gelangten die Architekten Bruno Taut, Martin Wagner und Margarete Schütte-Lihotzky, der Komponist Paul Hindemith, der Wirtschaftswissenschaftler Fritz Neumark, der Kommunalpolitiker Ernst Reuter und der Indologe Walter Ruben in die Türkei.³¹ Ernst Engelberg kam 1940 und lebte sich nach ersten Türkischstudien rasch ein.

Seit 1941 war er als Lektor an der Universität und zeitweise auch am Technikum sowie am amerikanischen Robert College tätig. Er gab ein Übungsbuch mit deutschen Texten für Techniker heraus.³² Seine Frau Herta, eine Arbeiterin, trug mit Deutschstunden für Türken und – wie in der Schweiz – durch Hausarbeit in fremden Wohnungen zum Unterhalt der Familie entscheidend bei.

Während des gesamten Exils blieb für Engelberg eines charakteristisch: sein Blick nach Deutschland. Unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion veröffentlichte er – anonym, wie es angesichts des Verbotes der Türkei, daß sich deutsche Emigranten politisch engagierten, erforderlich war – in der Zeitung TAN einen Artikel über Clausewitz. Darin berief er sich besonders auf dessen These, daß der Verteidigungskrieg die stärkere Form des Krieges sei. Das stieß auf die Aufmerksamkeit politisch wacher türkischer Intellektueller, die sogleich die Parallele zum gegenwärtigen Geschehen erfaßten und sich in ihrer Hoffnung auf eine Niederlage der Naziarmee gestärkt fühlten.³³

Im Jahre 1943 schrieb Engelberg in einem Aufruf an die Deutschen in der Türkei: „Was können wir nun hier in der Türkei für die Rettung Deutschlands tun? Wir können viel mehr tun, als viele ehrliche Nazigegner, die heute noch kleingläubig beiseite stehen, meinen. Jeder ehrliche und mutige Deutsche, der die Notwendigkeit des Sturzes von Hitler einsieht, kann in seinem engeren Kreise aufklärend wirken; er muß dies vor allem unter der Jugend tun ... Es wird die Zeit kommen, wo jeder Rechenschaft ablegen muß darüber, was er für die Befreiung Deutschlands und den Frieden Europas getan hat. Es genügt nicht, die Nazis zu hassen. Jeder muß dieses Regime bekämpfen, mit dem Bewußtsein, daß er so seine Pflicht als guter Deutscher erfüllt.“³⁴

Neben seiner Lehrtätigkeit befaßte sich Engelberg mit einer größeren Studie über die deutsche Kriegswirtschaft der Jahre 1942 bis 1944. Es war die Erregung über den Nazikrieg,

29 Es sollte nicht vergessen werden, daß die Türkei auch Trotzki politisches Asyl geboten hatte. Der russische Revolutionär lebte zwischen 1929 und 1933 auf einer kleinen Insel im Marmara-Meer.

30 Vgl. Johannes Glasneck, *Kemal Atatürk und die moderne Türkei*, Berlin (Ost) 1971, S. 243.

31 Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000) ging 1940 nach Wien zurück, um illegale Arbeit zu leisten. Sie wurde verhaftet und bis Kriegsende im Zuchthaus gefangengehalten.

32 Ernst Engelberg, *Almanca fen B ve C Kurlari için. Yardımcı Metinler*, Istanbul 1944.

33 Vgl. Hildenbrand, S. 228. Mündliche Information Ernst Engelbergs.

34 Zit. nach dem Ausstellungskatalog: *Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945*, Berlin 2000, S. 64. Das deutsche Wort „Heimatlos“ fand Eingang in die türkische Sprache.

die ihn zu dieser Studie veranlaßte. Dabei beschäftigte ihn die Frage, wie die Kriegswirtschaft durch gewisse Planungsmethoden funktionierte, die an sich einer sozialistischen Wirtschaft zugute kommen sollten. Das Material entnahm er vornehmlich der ihm zugänglichen deutschen Presse. Die etwa zweihundert Seiten starke Arbeit blieb unveröffentlicht; Pläne einer Drucklegung nach dem Krieg kamen nicht zur Ausführung.³⁵ Auch ein Manuskript, in dem er Wilhelm Röpkes Plan der Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten scharf angriff, blieb ungedruckt. Die Lebensbedingungen in der Türkei ließen bei allen Äußerungen Vorsicht geboten sein. Unter solchen Umständen wurden stärkere Impulse und Anregungen, die das deutsche Exil im Westen prägten, nur begrenzt wirksam. Im Kreis der Emigranten bemühte sich Engelberg darum, pessimistischen Stimmungen entgegenzuwirken.

Bereits im Mai 1945 stellte Ernst Engelberg beim französischen Generalkonsulat in Istanbul den Antrag, in seine Heimatstadt Haslach, die in der französischen Besatzungszone lag, zurückzukehren.³⁶ Doch verzögerten bürokratische Schwierigkeiten die Heimkehr. Im August 1946 schrieb er dem Romanisten Werner Krauss nach Marburg: „Mein Wunsch ist es, an einer deutschen Universität einen Lehrauftrag für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu bekommen“;³⁷ ein Anliegen, das im beginnenden Kalten Krieg für den Kommunisten Engelberg nur in Ostdeutschland möglich war.

2. Von Istanbul nach Leipzig

Im Februar 1948 kehrte Ernst Engelberg nach Haslach zurück, nahm aber bald eine Tätigkeit als Dozent für Neuere Geschichte an der Landeshochschule Potsdam auf. Das blieb indes nur eine Zwischenstation. Wiederum half Hans Mayer weiter, der mittlerweile Lehrstuhlinhaber für Geschichte der Nationalliteraturen in Leipzig geworden war. Zum Frühjahrssemester – dies entspricht dem heutigen Sommersemester – 1949 bekam Ernst Engelberg eine Professur mit Lehrauftrag für Neuere Deutsche Geschichte, 1951 wurde er zum Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte ernannt, ein Jahr später erfolgte die Berufung zum Professor mit vollem Lehrauftrag, 1956 erhielt er den Lehrstuhl für deutsche Geschichte der Neuzeit in Leipzig.³⁸

Am Beginn seiner Lehrtätigkeit im Frühjahr 1949 bot Engelberg an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, der Gewifa, eine Vorlesung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an. „Außer Wirtschaftswissenschaftlern, Pädagogen und Juristen waren auch Vertreter aus dem Bereich der Naturwissenschaften, ja sogar Theologen erschienen“, be-

35 Zu diesem Fragenkomplex nahm Engelberg später nur noch einmal kurz Stellung. Vgl. Ernst Engelberg, Über einige Probleme der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1944, in: Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, Bd. 2, Berlin (Ost) 1958, S. 232–237.

36 Vgl. Hildenbrand, S. 228; Grimm, S. 30.

37 Ernst Engelberg an Werner Krauss, 29. August 1946. Kopie des Briefes im Besitz des Verfassers. Krauss bescheinigte in einem Gutachten zu Engelbergs Jaurés-Essay dem Verfasser „Spürsinn, Akribie und eine nicht gewöhnliche Darstellungsgabe.“ Undatiertes Schreiben in: UA Leipzig, Nr. 1121, PA E. Engelberg, Bl. 65.

38 Vgl. die Angaben ebenda, Bl. 1, 48, 64.

richtet der spätere Journalist Werner Müller, der als Student die erste Vorlesung Engelbergs besuchte. „Das große amphitheatralisch gebaute Auditorium der ehemaligen Leipziger Handelshochschule in der Ritterstraße, später in Geschwister-Scholl-Haus umbenannt, konnte die Zahl der Hörer kaum fassen. So vermochte der Vortragende, Dr. Ernst Engelberg aus Berlin, der auch uns Genossen noch unbekannt war, sich nur mit Mühe durch die Menge der Wißbegierigen zum Katheder zu ‚winden‘.“³⁹

„Was Engelberg dann jeweils vortrug, war freilich unumwunden“, erinnert sich Müller. Engelbergs Kenntnis des Gegenstandes und die präzise Diktion seiner Ausführungen „verfestigte“, so Müller, die Meinung, „diesen Dozenten müsse man gehört haben, selbst dann, wenn der Gegenstand für den betreffenden Studenten kein Prüfungsfach war. Auch die Thematik der Vorlesung war wohl für viele Hörer anderer Fachbereiche Anreiz genug, diese zu besuchen. Überdies waren marxistische Hochschullehrer auch an den Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone, im Bereich der späteren DDR, noch durchweg ‚Mangelware‘ und somit Objekt des Interesses weltanschaulich anders orientierter Studenten.“⁴⁰

Die Gewifa, deren Lehrkräfte überwiegend der SED angehörten, hatte zu Beginn des Sommersemesters 1947 die Arbeit aufgenommen. Von den 198 Hochschullehrern der Leipziger Universität waren nur 34 SED-Mitglieder.⁴¹

Durch Neuberufungen gab es an den historischen Instituten in Leipzig Ende der vierziger Jahre ein breites Spektrum an Vorlesungen und Seminaren zur neueren Geschichte. Walter Markov las über „Das Zeitalter des Imperialismus bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges“ sowie über „Ursachen und Ursprünge des Ersten Weltkrieges“, Karl Buchheim zur „Geschichte der politischen Parteien“ und Hans Mayer, der auch an der Gewifa unterrichtete, behandelte „Deutsche Kulturgeschichte“ in einer Vorlesung, die sich über mehrere Semester erstreckte.⁴²

Für Ernst Engelberg begannen produktive Jahre in Forschung und Lehre. Er begutachtete nicht weniger als 63 Dissertationen und vier Habilitationsschriften. Zu seinen Doktoranden gehörten Werner Berthold, Helmut Bock, Hans-Jürgen Friederici, Wolfgang Schröder, Hans Schleier, Gustav Seeber, Rolf Weber und Heinz Wolter, die später selbst wichtige Historiker in der DDR wurden.⁴³ Engelberg setzte sich auch, allerdings ohne Erfolg, für die Zulassung

39 Werner Müller, *Begegnungen mit Ernst Engelberg*, in: Küttler (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert*, S. 21.

40 Ebenda. Anfang 1947 gehörten nur zwei Historiker der noch kleinen SED-Betriebsgruppe der Universität an: Walter Markov und der Althistoriker Otto Theodor Schulz, der 1945 in die KPD eingetreten war. Vgl. Siegfried Hoyer, *Zur Entwicklung der historischen Institute der Universität Leipzig. Vom Wiederbeginn des Studienbetriebes 1946 bis 1948*, in: *ZfG*, 1992, Nr. 5, S. 450. Zu Schulz vgl. Helmut Thierfelder, *Zum Andenken an O. Th. Schulz*, in: Ebenda, 1954, Nr. 2, S. 337–338.

41 Vgl. Hans-Uwe Feige, *Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig*, in: Ebenda, 1994, Nr. 9, S. 807.

42 Vgl. Siegfried Hoyer, *Die historischen Institute der Universität Leipzig von 1948 bis 1951*, in: Ebenda, 1994, Nr. 9, S. 817. Zu Walter Markov vgl. Manfred Neuhaus/Helmut Seidel (Hg.), *„Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...“ Beiträge zu Werk und Wirkung von Walter Markov*, Leipzig 1995; zu Hans Mayer vgl. Alfred Klein u. a. (Hg.), *Hans Mayers Leipziger Jahre. Beiträge des dritten Walter-Markov-Kolloquiums*, Leipzig 1997.

43 Mit der von Ernst Engelberg und Hans Mayer begutachteten Dissertation Helmut Bocks über Ludwig Börne wurde auch die Frage der jüdischen Emanzipation in Deutschland erörtert. Vgl. Helmut Bock, *Ludwig Börne. Vom Ghettojuden zum Nationalschriftsteller*, Berlin (Ost) 1962 (Phil. Diss., Leipzig 1959).

des als Parteifeind geächteten Rudolf Herrnstadt zum Doktorexamen ein.⁴⁴ Die von Engelberg initiierte Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte umfaßte bis 1960 sieben Bände. Hinzu kamen die zusammen mit dem Philologen Horst Kusch herausgegebenen „Leipziger Übersetzungen und Abhandlungen zum Mittelalter“.⁴⁵ Engelberg selbst forschte zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts in vornehmlich drei Bereichen: der Arbeiterbewegung, der Politik Bismarcks und der Militärgeschichte.

Die Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung aus den fünfziger Jahren können als Vorarbeiten zu seiner Monographie über „Revolutionäre Politik und Rote Feldpost“ gelten, einem Buch über die Sozialdemokratie unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz. In einer zweiteiligen größeren Abhandlung untersuchte Engelberg 1954 „Die Rolle von Marx und Engels bei der Herausbildung einer selbständigen deutschen Arbeiterpartei (1864–1869)“ und behandelte drei aufeinander bezogene historische Entwicklungslinien: die „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland“, die ambivalente und konfliktreiche Beziehung zwischen den „Eisenachern“ (der marxistischen Richtung) und den Lassalleanern sowie die Rezeption marxistischer Ideen in der deutschen Arbeiterbewegung.⁴⁷ Engelberg beurteilte Lassalle kritischer als beispielsweise Gustav Mayer oder Franz Mehring:

„Lassalle, der die deutsche Arbeiterbewegung der Revolutionszeit von 1848/49 aus eigener Erfahrung sehr wohl kannte, tat nichts, um die Arbeiter auf die Tätigkeit des Bundes der Kommunisten, der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘, auf das Kommunistische Manifest wenigstens hinzuweisen, geschweige denn, daß er jene Erfahrungsschätze wirklich hob. Das persönliche Unrecht, das Lassalle seinem früheren Freunde damit antat, wurde noch durch die politische Niedertracht übertroffen. Denn durch seine Taktik des Totschweigens hat Lassalle nichts getan, um jene von Bebel festgestellte Kluft zwischen der neu aufgekommenen politischen Arbeiterbewegung der 60er Jahre und der vom Ende der 40er Jahre zu schließen.“⁴⁸

44 Vgl. Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek b. Hamburg 1990, S. 37f. Ein Gutachten Engelbergs vom 4. März 1957 zu Herrnstadts Buch: Die erste Verschwörung gegen das internationale Proletariat. Zur Geschichte des Kölner Kommunistenprozesses 1852, das 1958 in Ostberlin erschien, ist im Besitz des Verfassers.

45 Vgl. die von Karl-Heinz Noack besorgte Zusammenstellung der von Engelberg begutachteten Qualifikationsschriften in: Horst Bartel u. a. (Hg.), Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Bd. 2, Berlin (Ost) 1976, S. 759–762. Über die Anfangszeit des Instituts vgl. Ernst Engelberg, Die Arbeit und die Aufgaben des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: ZfG, 1953, Nr. 4, S. 647–652, und hierzu Veit Didczuneit, Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig. Zur Entwicklung des Faches Geschichte von der Hochschulreform bis zur „sozialistischen Umgestaltung“ 1958, Phil. Diss., Leipzig 1993, bes. Teil 1, S. 116–127.

46 So der Titel eines wichtigen Aufsatzes von Engelbergs Lehrer Gustav Mayer, der 1912 im 2. Band des „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ erschienen war (Wiederabdruck in: Gustav Mayer, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1969, S. 108–178).

47 Vgl. auch Carola Seiler, Die Formierung der Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständige Fachdisziplin der DDR-Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, Phil. Diss., Berlin (Ost) 1986, S. 78ff.

48 Ernst Engelberg, Die Rolle von Marx und Engels bei der Herausbildung einer selbständigen deutschen Arbeiterpartei (1864–1869), Teil I, in: ZfG, 1954, Nr. 4, S. 517.

„Entsprechend der antimarxistischen theoretischen Grundlage entwickelte er seine für die deutsche Arbeiterklasse höchst schädliche Strategie und Taktik“, so Engelberg in seiner Kritik an Lassalle. „Das zeigte sich in der Art, wie Lassalle die zwei Hauptforderungen seines politischen Programms – die Forderung nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht und die Forderung nach Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe – begründete und propagierte. Die erste, an sich demokratische Forderung wurde von Lassalle als entscheidendes Mittel zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, als eine Art Ersatz für die proletarische Revolution, angepriesen. Die zweite Forderung, die nach Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, wurde bei Lassalle ebenfalls zu einem Mittel, um die Illusion vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus zu fördern. Lassalles Sozialismus war eine höchst ferne und nebelhafte Angelegenheit: Lassalle schwebte vor – wenigstens tat er so –, daß die Produktivgenossenschaften in immer schärferen Konkurrenzkampf mit den Kapitalisten treten und sie allmählich überwinden könnten.“⁴⁹ Engelberg zog aus seiner – durchaus nachvollziehbaren – Kritik an Lassalle die wohl übertriebene Folgerung, Lassalle sei durch seine Politik der Reformen statt der Revolution und seine Anlehnung an den kleindeutschen Nationalismus „mit verantwortlich dafür, daß die nationale Einigung von unten, die gesündeste, umfassendste und lebenskräftigste Einigung der deutschen Nation, nicht zustande kam, daß mit der Einigung von oben der Militarismus gestärkt wurde.“⁵⁰ Hier überschätzte Engelberg den Stellenwert Lassalles in der preußisch-deutschen Politik.⁵¹ Bedenkenswert ist das Urteil, Lassalles doktrinaire Auffassungen und die damit verbundenen Prinzipien der Strategie und Taktik hätten den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein „nicht befähigt, innigen Kontakt mit der elementaren Klassenbewegung aufrechtzuerhalten, die verschiedenen Formen des Klassenkampfes miteinander zu verbinden“; die durch unkritische Verehrung Lassalles geprägte Organisation sei trotz ihrer Größe vom „Sektencharakter“ bestimmt gewesen.⁵²

Engelberg wollte jedoch mit seiner Kritik an Lassalle dessen Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung nicht leugnen: „Das historische Verdienst Lassalles, die Arbeiterklasse vom bürgerlichen Liberalismus und vom reinen Ökonomismus losgelöst und auf die Notwendigkeit einer selbständigen Organisation hingewiesen zu haben – das bleibt. Daran kann und darf nicht mehr gerüttelt werden“, schrieb er 1951.⁵³ Im gleichen Jahr betonte er in

49 Ebenda, S. 517f.

50 Ebenda, S. 521. Der amerikanische Historiker Andreas Dorpalen schrieb in einer Auseinandersetzung mit Engelberg, Lassalle habe „früher als Marx und Engels wahrgenommen, daß die liberale Bourgeoisie nicht die tatkräftige Rolle spielen würde, die ihr im marxistischen Programm zugesacht“ worden sei. Er habe auch richtig vorhergesehen, „daß der preußische Staat nicht durch eine Attacke von außen zerstört werden“ könne. Engelberg hatte Gegenteiliges auch nicht behauptet. Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach*, Detroit 1985, S. 226.

51 In seiner Kritik an Lassalles Paktieren mit Bismarck nannte Engelberg Lassalles Vorstellungen einer demokratisch legitimierten Diktatur nicht, ein Punkt, den die moderne Lassalle-Forschung stärker herausgearbeitet hat. Vgl. Shlomo Na'aman, *Lassalle*, Hannover 1970; Gösta von Uexküll, *Ferdinand Lassalle in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek b. Hamburg 1974; sowie den Diskussionsstand bei Iring Fetscher, *Lassalle, Ferdinand*, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon*, Stuttgart/Weimar 1997, S. 364–367.

52 Engelberg, *Die Rolle von Marx und Engels ...*, S. 522.

53 Ernst Engelberg, *Arbeiterklasse und Nation*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig*, 1951/52, Nr. 1, S. 47. An gleicher Stelle wies Engelberg auf eine andere, wie er schrieb, „verhängnisvolle Tradition“ Lassallescher Politik hin: die Isolierung der deutschen Arbeiterbewegung „von den nichtproletarischen werktätigen Schichten des Volkes.“ Ebenda. – Zur Beurteilung Lassalles in der

einem Brief an Wilhelm Pieck: „Die Lassalleaner waren in ihrer Praxis weit weniger Sektierer als in ihrer Theorie“; sie hätten nach ihrer „Wandlung“ in den siebziger Jahren „keineswegs den Kampf gegen die politische Reaktion in Preußen-Deutschland vernachlässigt.“⁵⁴

Fast zwangsläufig kam Engelberg immer wieder auf Lassalles Gegenspieler und heimlichen Verhandlungspartner Bismarck zurück, so in einem Aufsatz „Zur Entstehung und historischen Stellung des preußisch-deutschen Bonapartismus“. Er schrieb diesen Beitrag für die Festschrift zum 60. Geburtstag seines Kontrahenten Alfred Meusel, zu dem er zeitweilig die Beziehungen entkrampfen wollte. Im Zusammenhang mit Bismarcks Politik als preußischer Ministerpräsident bemerkte Engelberg: „Der überaus rasche Vormarsch der kapitalistischen Produktionsweise in Industrie und Landwirtschaft hatte den alten Klassenkampf zwischen Adel und Bourgeoisie – trotz Weiterbestehens fraktioneller Gegensätze – allmählich verdrängt durch den Klassenkampf zwischen dem Proletariat und *allen* ausbeutenden Klassen. Aus diesem Grunde konnten die Hohenzollernmonarchie und ihr begabtester Vertreter, Otto von Bismarck, sehr wohl die Bourgeoisinteressen verfechten, ohne der Bourgeoisie direkte politische Macht zu geben.“ Die hierzu geeignete Staatsform, die auch ein sich verbürgerlichender Adel akzeptieren könne, sei die „bonapartistische Monarchie“.⁵⁵ Engelbergs Urteil über Bismarck setzte sich in der DDR-Forschung gegen eine nach 1945 stark betonte Abwertung durch.⁵⁶

Neben der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Bismarck-Forschung gehörte die Militärgeschichte zu Engelbergs Themenkreisen.⁵⁷ In einem Brief an die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda schrieb er 1960: „Die Abteilung Militärgeschichte wurde im Jahre 1956 auf meinen Antrag und mit Unterstützung der Abteilung für Sicherheitsfragen

DDR-Geschichtswissenschaft vgl. weiterhin das Buch des Engelberg-Schülers Hans-Jürgen Friederici, Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie, Berlin (Ost) 1985, sowie Friedericis Vorwort zu: Ferdinand Lassalle. Reden und Schriften, Leipzig 1987, S. 5–32.

- 54 Ernst Engelberg an das Politbüro des ZK der SED, z. Hd. des Parteivorsitzenden Genossen Wilhelm Pieck, undatiert (Januar 1951). Hervorhebung im Text. Kopie des Briefes im Besitz des Verfassers. Erwähnt werden sollte Engelbergs frühe Würdigung des „Bundes der Gerechten“, der auch in neuerer Literatur – ganz im Gegensatz zu Engelbergs Argumentation – noch als Sekte bezeichnet wird, so von Wolfgang J. Mommsen, 1848 – die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt a. M. 1998, S. 99. Vgl. hingegen Ernst Engelberg, Einiges über den historisch-politischen Charakter des Bundes der Gerechten, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig, 1951/52, Nr. 5, S. 61–66; und hierzu Seiler, S. 69f., sowie Martin Hundt, Warum der Bund der Gerechten keine Sekte war, in: Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert, Bd. 1, S. 163–168.
- 55 Ernst Engelberg, Zur Entstehung und historischen Stellung des preußisch-deutschen Bonapartismus, in: Fritz Klein/Joachim Streisand (Hg.), Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel, Berlin (Ost) 1956, S. 237. Hervorhebung im Text. In jüngerer Zeit wurde die damals allgemein akzeptierte These von der Verbürgerlichung des Adels im 19. Jahrhundert von einigen Historikern in Frage gestellt. Vgl. beispielhaft Arno J. Mayer, Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914, München 1988 (amerikan. Ausgabe 1981).
- 56 Hierzu ausführlich Heinz Wolter, Zu den Anfängen in der Entwicklung des Bismarckbildes nach 1945 im Osten Deutschlands, in: Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert, Bd. 1, S. 63–80; Peter Alter, Bismarck in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. 2, Berlin 1990, S. 655–669. Vgl. auch die Dissertation des Niederländers Jan Herman Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M. 1992.
- 57 Hierzu ausführlich Hans-Joachim Beth, Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Militärgeschichtswissenschaft der DDR von ihren Anfängen bis zum VIII. Parteitag der SED (1971), Phil. Diss., Berlin (Ost) 1985, Bd. 1, S. 44ff.

beim ZK der SED gegründet. Die Einrichtung der Abteilung war um so notwendiger, weil in der DDR damals keine gleiche oder ähnliche Institution vorhanden war. Die Abteilung wurde vor allem als *Forschungsinstitution* ins Leben gerufen. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Erforschung der deutschen Militärgeschichte, insbesondere der neuen und neuesten Zeit.⁵⁸ Die Abteilung Militärgeschichte war Bestandteil des von Engelberg geleiteten Leipziger Universitäts-Institutes. Zu den ersten Mitarbeitern gehörten Heinz Helmert, Helmut Otto, Gerhard Förster und Helmut Schnitter. Die erste Publikation war 1957 die Neuherausgabe des Clausewitzschen Hauptwerkes „Vom Kriege“, wozu die Herausgeber Ernst Engelberg und Otto Korfes je eine Studie über Carl von Clausewitz in seiner Zeit und Clausewitz' Werk und seine Nachwirkung verfaßt hatten.⁵⁹ Engelberg steuerte – nach einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Militarismus⁶⁰ – Überlegungen zur politischen Rolle des deutschen Generalstabes⁶¹ und zu den militärpolitischen Lehren des 8. Mai 1945 bei.⁶² Zu den größeren Editionsarbeiten der Abteilung gehörte die unter Engelbergs Federführung vorgenommene Publikation der militärpolitischen Schriften Franz Mehrings.⁶³ Mitarbeiter der Abteilung führten Lehrgänge des Fernstudiums Militärgeschichte in Leipzig und Berlin durch.⁶⁴ Die 1960 in die Akademie der Wissenschaften integrierte Abteilung⁶⁵ konnte Publikationen vorlegen,⁶⁶ die noch in der neueren internationalen Forschungsliteratur ihren Niederschlag finden.⁶⁷

Engelberg und seine Schüler bezogen sich bei der Suche nach Vorläufern der DDR-Geschichtssicht auf Franz Mehring, über den eine Reihe von Studien entstanden.⁶⁸ Dies

58 Ernst Engelberg an das ZK der SED, Abt. Wissenschaft und Propaganda, 5. Januar 1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/398, Bl. 64. Hervorhebung im Text.

59 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, hg. von Ernst Engelberg und Otto Korfes, Berlin (Ost) 1957.

60 Ernst Engelberg, Über das Problem des deutschen Militarismus, in: ZfG, 1956, Nr. 6, S. 1113–1145.

61 Ernst Engelberg, Die Rolle des deutschen Generalstabes in der Politik des deutschen Imperialismus, in: *Militärwesen*, 1960, Nr. 9, S. 1636–1656. Aus der Forschungsarbeit der Abteilung ging u. a. hervor: Gerhard Förster u. a., *Der preußisch-deutsche Generalstab 1640–1945. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte*, Berlin (Ost) 1964.

62 Ernst Engelberg, Zu den militärpolitischen Lehren des 8. Mai 1945, in: *Militärwesen*, 1960, Nr. 3, S. 417–436.

63 Franz Mehring, *Krieg und Politik*, hg. von Ernst Engelberg, 2 Bde., Berlin (Ost) 1959/61; Bd. 1: Militärpolitische und militärgeschichtliche Aufsätze, Bd. 2: Über den nationalen Befreiungskampf in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts, beide Bände eingeleitet von Heinz Helmert.

64 Vgl. Beth, Bd. 1, S. 46f., und Helmut Schnitter, Aus der Kinderstube der DDR-Militärhistoriographie, in: Küttler (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert*, S. 29f.

65 Dies geschah im Zusammenhang mit der Übernahme der Direktion des Akademie-Institutes für Geschichte durch Ernst Engelberg. Vgl. Engelbergs Brief an Raimund Wagner und Georg Uhlmann, ZK der SED, Abteilung Wissenschaft und Propaganda, vom 5. Januar 1960, worin Engelberg diese Idee erläuterte, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/398, Bl. 64–67.

66 Vgl. Heinz Helmert u. a., *Forschungen zur Militärgeschichte*, in: *Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970*, Berlin (Ost) 1970, S. 147–169.

67 So bei Nicholas Stargardt, *The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics, 1866–1914*, Cambridge 1994.

68 Vgl. Thomas Höhle, *Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869–1891*, Berlin (Ost) 1956; Josef Schleifstein, *Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919*, Berlin (Ost) 1959; vgl. auch Hans Jürgen Friederici, *Franz Mehring als Historiker*, Potsdam 1982. Bereits 1946 hatte Hans Mayer in Basel Mehrings Schrift „Die Lessing-Legende“ neu herausgegeben.

bleibt beachtenswert, bedenkt man, daß Mehring in der Bundesrepublik damals und sogar noch später „der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit bestritten“ wurde.⁶⁹

Als Institutsdirektor war Engelberg, seinem eigenen und dem Selbstverständnis der SED entsprechend, ein politischer Leiter. Als solcher sprach er am 26. Juni 1953 in der Parteiorganisation der Historiker über „Die gegenwärtige Situation und die Aufgaben der Partei“.

Anlaß war der Aufstand vom 17. Juni, der auch in Leipzig zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen geführt hatte. Viele Universitätsmitarbeiter und Studenten fanden sich in ihren Instituten ein, um diese vor, wie sie befürchteten, eventuellen Übergriffen zu schützen.⁷⁰ Engelberg betonte, die Partei habe zu Recht die Ereignisse des 17. Juni „ihrem *Inhalt* und ihren *Methoden* nach eindeutig als faschistisch bezeichnet.“⁷¹ Die USA, „das Land der politischen Justizmorde“,⁷² und die Bundesrepublik unter Adenauer würden den Terror im Inneren verschärfen. Das laufe einher mit der äußeren Konterrevolution gegen die DDR, für die sich ein Teil der Arbeiter habe mißbrauchen lassen.

„Wer erinnerte sich nicht der ‚Kristallnacht‘ vom November 1938?“, fragte Engelberg. „Ist das denn eine zufällige Parallele? Wer erinnert sich nicht der Schläger- und Mordkolonnen der SA schon aus den Jahren von vor 1933? ... Dieselben wutverzerrten, stumpfsinnigen Fressen, dieselbe Randalierwut, dasselbe verlogene Gegröle.“⁷³ Dann kam Engelberg auf Genossen zu sprechen, die den „Mangel an innerparteilicher Demokratie“ beklagt hatten. „Da ist sicherlich viel Richtiges daran. Und wir müssen uns auch überlegen, inwiefern auch in unserer Parteiorganisation nicht nur formal, sondern auch dem Geiste nach die innerparteiliche Demokratie verletzt worden ist. Aber die Genossen Kritiker haben den Mangel an innerparteilicher Demokratie auch u. a. darin gesehen, daß die Kursänderung sozusagen von heute auf morgen vollzogen wird, ohne vorherige Befragung der Parteimitgliedschaft. Eine solche vorherige Befragung der Parteimitgliedschaft wäre sicherlich ein ideales demokratisches Prinzip. Aber selbst das idealste demokratische Prinzip kann in bestimmten zugespitzten Situationen (kalter Krieg!) aus einer Wohltat (zu) einer Plage werden. Die Genossen vergessen, daß unsere Partei kein Verein ist, sondern eine Klassenkampfarmee, deren Führung Bewegungsfreiheit auch zu raschen grundlegenden Entscheidungen haben muß.“⁷⁴

Diese Worte entsprachen der offiziellen Auffassung von der Rolle einer „Partei neuen Typus“, aus der die innerparteilichen Debatten weitgehend eliminiert worden waren. Dabei

69 Dies kritisierten Helga Grebing/Monika Kramme, Franz Mehring, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. V, S. 73.

70 So auch der Zeitzeugenbericht von Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf*, Bd. 2, S. 50f. Kritisch hierzu Armin Mitter/Stefan Wölle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993, S. 96ff.; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Volkserhebung ohne „Geistesarbeiter“? Die Intelligenz in der DDR*, in: Ders. u. a. (Hg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, 2. Aufl., Berlin 1996, S. 129–169; ders., *Legitimation eines neuen Staates*, S. 118ff. Die wohl beste schriftstellerische Schilderung des 17. Juni findet sich bei Erich Loest, *Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf*, Leipzig 1990 (zuerst Hamburg 1981), S. 196ff. Vgl. weiterhin Anke Huschner, *Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR*, in: BzG, 1991, Nr. 5, S. 681–692.

71 Ernst Engelberg, *Die gegenwärtige Situation und die Aufgaben der Partei* (26. Juni 1953), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/96, Bl. 2. Hervorhebungen im Text.

72 Dies bezog sich auf den Prozeß gegen Ethel und Julius Rosenberg.

73 Engelberg, *Die gegenwärtige Situation ...*, Bl. 6.

74 Ebenda, Bl. 10.

hätte es für Engelberg gute Gründe gegeben, schon damals über Ursachen und Folgen des Mangels an innerparteilicher und innerstaatlicher Demokratie tiefer nachzudenken. Die Staatssicherheit sollte ihn alsbald in ihr Visier nehmen, was ihm jedoch erst nach 1989 bekannt wurde.

3. Der Vorgang „Verschwörung“

Ernst Engelberg gehörte nicht zu jenen, die in der Zeit eines parteiamtlichen Mißtrauens gegen sogenannte Westemigranten offenen Repressionen ausgesetzt waren. Seine wissenschaftliche Laufbahn wurde auch dann nicht unterbrochen, als ihn die Staatssicherheit observierte. Es ging in einem solchen Fall nicht darum, einen kritischen „Abweichler“ zu disziplinieren; er verstand sich durchaus als parteitreu.

Ursache für das Interesse des MfS an Engelberg waren dessen frühere Kontakte zur Familie Rudolf Slánskýs, des ehemaligen KPČ-Generalsekretärs und Hauptangeklagten im Prager Schauprozeß von 1952. Statt möglicher individueller Schuld praktizierte der Stalinismus an der Macht das Prinzip *Guilt by association*. Wer Kontakte zu den Angeklagten der politischen Prozesse unterhielt oder unterhalten hatte, war selbst gefährdet. Die stalinistischen Repressionen richteten sich damit prinzipiell gegen die Stützen des eigenen Regimes. Dies führte zwar zur erzwungenen „Einheit und Reinheit“ der Partei, aus der man möglichst alle mißliebigen „Elemente“ entfernen wollte. Langfristig trug dies jedoch zur Schwäche und zum schließlichen Zusammenbruch des Systems bei.

Am 4. Februar 1954, über ein Jahr nach der Ermordung Slánskýs und seiner Genossen, elf Monate nach Stalins Tod, zehn Monate nach der Rehabilitierung der Kreml-Ärzte als den letzten Opfern Stalins, begann sich die Staatssicherheit für Ernst Engelberg zu interessieren. Die Kreisdienststelle Leipzig des MfS legte unter der Registriernummer B.-EV. 1/54 einen Beobachtungsvorgang über ihn an. Der Titel lautete „Verschwörung“.⁷⁵ Zur Begründung hieß es: „Durch ein Protokoll der Staatlichen Sicherheit der ČSR wurde uns bekannt, daß Engelberg mit den im Slánský-Prozeß genannten Personen während seiner Emigration in der Türkei Verbindung aufrecht erhalten hat.“ Konkrete Hinweise über „Feindtätigkeit“ gebe es jedoch nicht.⁷⁶

Die „genannten Personen“ waren Antonín („Tonda“) Hašek, ein Schwager Rudolf Slánskýs, und seine Familie. Hašek, im Zweiten Weltkrieg Exilant in der Schweiz und später dort tschechoslowakischer Konsul, war im Zusammenhang mit der Verhaftung seines Schwagers ebenfalls festgenommen worden. Hašeks Mitgefangener Eduard Goldstücker erinnert sich an ihn: „Nie akzeptierte er nur einen der Anklagepunkte, die ihm die Ermittlungsbeamten vorlegten. Er behauptete immer wieder, die tatsächlichen Verschwörer seien die Ankläger, die Partei sei in die Hände von Gangstern geraten, und er wiederholte all das

75 Der Name bezog sich auf den Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952: Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský, abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 199–219. Vgl. Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 85ff.

76 BStU, ASt. Lpz. AOP 208/56, Bl. 5.

so hartnäckig, daß sie ihn am Ende für verrückt erklärten.“⁷⁷ So hielt er durch – bis zu seiner Entlassung.

Hašeks Frau wurde am 23. Juli 1952 in Prag vernommen; eine deutsche Übersetzung des Vernehmungsprotokolls ging an die Leipziger MfS-Stelle. Frau Hašková gab vor, Ernst Engelberg nur flüchtig gekannt zu haben. Hašek sollte eine Funkverbindung nach Prag herstellen, „und inzwischen haben wir von einem gewissen Dr. Engelberg erfahren, daß dieser nach Istanbul fahren wird. Hašek hat auch angenommen, daß mit Hilfe des Dr. Engelberg die Verbindung angeknüpft werden könne, und zwar so, daß Engelberg von Istanbul aus den Chiffreschlüssel und ein Buch lt. welchem man die Chiffrenachrichten senden kann, ihm schickt.“⁷⁸ Dazu sei es nicht gekommen. „Damit endete die Verbindung mit dem Ausland, bis auf einige Briefe mit Engelberg. Diese Briefe hatten einen rein familiären Charakter“, doch nach dem Krieg trafen die Hašeks Engelberg nochmals, als er auf der Rückreise von Istanbul nach Deutschland durch die Schweiz fuhr.⁷⁹

Die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig merkte am 7. September 1952 an, daß Engelberg mit seiner Familie ein Vierteljahr bei Hašek wohnte,⁸⁰ kam aber auf die Angelegenheit erst im November 1953 zurück, als der Schauprozess gegen Slánský und seine Mitangeklagten längst vorbei und der Urheber des Terrors, Stalin, gestorben war.⁸¹ Die folgende Passage schien nach dem Tod des Diktators viel von ihrer Wirkung eingebüßt zu haben: „Aus den Protokollen ist ersichtlich, daß er (Hašek) in den Jahren 1939 bis 1945 briefliche Verbindungen zu Slánský unter Mithilfe des Prof. Engelberg unterhielt.“⁸²

Die verschiedenen Kontroll- und Repressionsorgane scheinen ihre Arbeit nicht koordiniert zu haben, denn sonst hätte das MfS leicht Informationen erhalten, die Ernst Engelberg im Januar 1952 an die Zentrale Parteikontroll-Kommission hatte geben müssen. Engelberg berichtete, er kannte Hašek (unter dem Namen „Tom“) seit 1940. Hašek habe Engelberg zur Übersiedlung in die Türkei geraten, und zwar „mit der Vorgabe, ich könnte von dort aus in die Sowjetunion weiter reisen, da er mir äußerst wichtige Parteimitteilungen für seinen Schwager Rudolf Slánský mitzugeben habe ... Von der Türkei aus haben wir höchst spärlichen Briefwechsel mit Hašeks gehabt, d. h. eigentlich nie mit Hašek selbst, sondern mit seiner Frau, einer gebürtigen Schweizerin.“ Engelberg berichtete, er habe im Februar 1948, während des Umsturzes in Prag, die Hašeks auf seiner Rückreise in Genf besucht, da er seine Bücher, die er nicht nach Istanbul hatte bringen können, nun nach Deutschland mitnehmen wollte. „Meine Frau blieb mit dem 3jährigen Kind (der Tochter Renate; M. K.) noch 3 Monate bei Hašeks, half dort im Haushalt, während ich zuerst in meiner engeren Heimat im Schwarzwald noch einige Zeit war und dann meine Übersiedlung nach Berlin organisierte.“ Anschließend wechselten die Engelbergs und die Hašeks noch einige Kartengrüße.⁸³

„Als die Verhaftung von Rudolf Slánský Ende vorigen Jahres bekannt wurde“, fuhr Engelberg fort, „stand die Frage meiner Wahl in die zentrale Leitung der Parteiorganisation an der Universität in Leipzig. Ich machte in einer Sitzung der alten Leitung, zu der ich einige

77 Eduard Goldstücker, *Prozesse. Erfahrungen eines Mitteleuropäers*, München/Hamburg 1989, S. 247.

78 BStU, ASt. Lpz. AOP 208/56, Bl. 11.

79 Ebenda, Bl. 12.

80 Ebenda, Bl. 8.

81 Ebenda, Bl. 7.

82 Ebenda.

83 Ernst Engelberg an die ZPKK, 14. Januar 1951, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/124, Bl. 286.

Male eingeladen war, auf meine Beziehungen mit Hašek, dem Schwager Slánskýs, aufmerksam. Meine Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen, mir dann einige Tage darauf mitgeteilt, daß gegen meine Wahl in die Leitung keine Bedenken bestünden.“ Engelberg betonte, er habe an Hašeks Ehrlichkeit „nie gezweifelt.“⁸⁴

Die Staatssicherheit „setzte“ Engelbergs Kollegen Walter Bartel als „Kontaktperson“, als Spitzel, auf ihn „an“. Bartel war bis 1953 Persönlicher Referent von Präsident Wilhelm Pieck gewesen, aber im Zusammenhang mit den in der DDR parallel zum Slánský-Prozeß laufenden „Parteisäuberungen“ seiner Funktion enthoben und zum Professor mit Lehrauftrag an das von Engelberg geleitete Leipziger Institut geschickt worden, was für ihn eine Degradierung bedeutete.

Im Frühjahr 1953 befragte die Leitung der ZPKK Bartel mehrmals zu seinem Verhalten während seiner Häftlingszeit im KZ Buchenwald und zum Einfluß, den er durch die illegale Widerstandsleitung auf andere Häftlinge ausgeübt habe. Ihm wurde unterstellt, nach der Befreiung mit einem US-Offizier verhandelt zu haben, mit Noel Field, der Schlüsselfigur in all den Schauprozessen von Sofia bis Budapest und Prag.⁸⁵ Als langjähriges KPD- und SED-Mitglied hatte Bartel das Bedürfnis, der Partei zu beweisen, daß sie sich auf ihn hundertprozentig verlassen könne. Dementsprechend waren seine Informationen und Formulierungen, die sich in einem Treffbericht finden, den der für Bartel „zuständige“ MfS-Mitarbeiter am 1. September 1954 angefertigt hatte. Über Engelberg ist dort unter anderem zu lesen, er sei, nachdem seine Treue zur Partei intern bezweifelt worden sei, „explodiert, ... wurde äußerst wütend und begann sofort mit einer Gegenkritik.“ Die Ursachen für dieses Verhalten lägen in Engelbergs unterstellter „kleinbürgerlicher Einstellung und mangelnden Verbindung zur Partei.“ Engelberg habe sich nicht selbst mit dem Verfasser der Kritik auseinandergesetzt, sondern sofort versucht, andere Kräfte gegen ihn zu mobilisieren. „Diese seine Handlungsweise bedeutet Loslösung von der Partei in prinzipiellen Fragen und Versuch der Bildung einer Plattform innerhalb der Partei, die gegen die Partei selbst gerichtet ist.“⁸⁶

Am 12. Oktober 1954 meldete der Bericht, Engelberg habe „seine Ruhe scheinbar wiedergefunden.“ Bartel informierte über die starken Spannungen zwischen Engelberg und Alfred Meusel.⁸⁷ Ein anderer Spitzel, ein Mitarbeiter Engelbergs, verbreitete in seinem Bericht vom 5. November 1954 eine Reihe von Klatschgeschichten privater Natur und folgte: „Bei Engelberg ist besonders sein schlechtes Verhältnis zur Partei hervorstechend. Er meint, in der Partei gebe es ‚Generalstabs- und Frontoffiziere‘ und die letzteren, zu denen er gehöre, würden von den Generalstabsoffizieren ständig getreten und müßten deren Befehle ausführen.“⁸⁸ Dann erfolgte wiederum ein Hinweis auf Engelbergs Bekanntschaft mit der Familie Slánskýs.⁸⁹ Ein Bericht vom 10. Oktober 1955 wies auf angebliche Verbindungen Engelbergs zu Erich Wollenberg, einem früheren KPD-Funktionär und späteren kommunistischen Dissidenten, hin.⁹⁰

84 Ebenda.

85 Vgl. Lutz Niethammer u. a. (Hg.), *Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*. Dokumente, Berlin 1994, S. 412–471. Der Offizier war nicht Noel Field.

86 BStU, ASt. Lpz. AOP 208/56, Bl. 44.

87 Vgl. ebenda, Bl. 48f.

88 Ebenda, Bl. 52f.

89 Ebenda, Bl. 54.

90 Ebenda, Bl. 61f. Engelberg hatte, wie er dem Verfasser mitteilte, Wollenberg nie persönlich getroffen.

Am 13. August 1956, ein halbes Jahr nach dem XX. Parteitag der KPdSU, wurde der Beobachtungs-Einzelvorgang „Verschwörung“ abgeschlossen. Der letzte Bericht vermeldete „keine Belastungen gegen Engelberg“ und „keine Bestätigung feindlicher Betätigung.“ Engelberg arbeite gesellschaftlich aktiv und vertrete konsequent die Sache der Partei, hieß es nunmehr. „Diese Tatsache wird bestätigt durch Aussprache mit Gen. Prof. Bartel, die im Juni 1956 geführt wurde.“ Bartel berichtete, daß er jetzt mit Engelberg eine gute Zusammenarbeit habe.⁹¹ Deshalb wurde der Vorgang „Verschwörung“ schließlich „abgelegt und die Bearbeitung des Engelberg eingestellt.“⁹² „Schild und Schwert der Partei“ hatten, zumindest was Engelberg betraf, ihr hypertrophes Sicherheitsbedürfnis gestillt.

4. Wissenschaft und Wissenschaftspolitik

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wurde Ernst Engelberg zu einem der bekanntesten DDR-Historiker. Seine Aktivitäten lagen zwischen Wissenschaft und Politik vor allem in drei Bereichen: Engelberg fand endlich Gelegenheit zur Niederschrift seiner Bücher; er griff in die wissenschaftsinternen Auseinandersetzungen ein; schließlich gewann er als Präsident der Historikergesellschaft eine Schlüsselstellung für deutsch-deutsche Kontakte im Bereich der Geschichtsforschung.

1959 veröffentlichte er zwei Bücher, den wichtigsten Ertrag seiner bisherigen Forschungstätigkeit: „Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890“, sowie das Hochschullehrbuch „Deutschland von 1849 bis 1871“.

„Revolutionäre Politik und Rote Feldpost“, dem Andenken von Engelbergs „väterlichen Freunden“ Joseph Belli und Adolf Geck gewidmet,⁹³ befaßte sich mit der illegalen Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz. Der Autor verband zwei zentrale Fragestellungen miteinander. Einmal untersuchte er detailliert die konspirative Tätigkeit der Sozialdemokraten im Kampf gegen das Bismarcksche Sozialistengesetz, zum anderen ging es ihm um theoretische Klärungsprozesse und innerparteiliche politische Kontroversen. Damit machte Engelberg auf wichtige sozialgeschichtliche Fragestellungen aufmerksam.⁹⁴ Schließlich hielt er „es auch für notwendig, die inneren Triebfedern des Bismarckschen Staatsmechanismus dann und wann kurz zu beleuchten.“⁹⁵ Gerade in solchen Passagen konnte er auf Erkenntnisse seiner Dissertation zurückgreifen.

91 Ebenda, Bl. 58.

92 Ebenda, Bl. 65. – Die französische Historikerin Sonia Combe meinte jüngst, daß Engelberg (und der gleichfalls bespitzelte Walter Markov) keine Repressalien mehr erlitten, sei schon ein Zeichen einer relativen „Normalisierung“ des Systems gewesen. Vgl. Sonia Combe, Une société sur surveillance. Les intellectuels et la Stasi, Paris 1999, S. 112ff.

93 Joseph Belli (1849–1927) und Adolf Geck (1854–1942) wirkten als badische Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz. Vgl. Ernst Engelberg, Revolutionäre Politik und rote Feldpost 1878–1890, Berlin (Ost) 1959, S. VII f.

94 „Heute verschweigt man gern“, so Engelberg 1998, „daß sich die Forschung (in der Bundesrepublik; M. K.) im Grunde erst in den sechziger Jahren verstärkt der Sozialgeschichte zuwandte, als Reaktion auf die sozialgeschichtlichen Ergebnisse und Aktivitäten der DDR-Geschichtswissenschaft“. Disput, 1998, Nr. 12, S. 38.

95 Engelberg, Revolutionäre Politik ..., S. XII.

Engelberg untersuchte das von Julius Motteler im Schweizer Exil aufgebaute Vertriebsnetz der Partei, der „roten Feldpost“. Erstmals konnte er die viele Tausende Briefe umfassende Korrespondenz der illegal arbeitenden Vertrauensmänner auswerten, die die Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ und weitere sozialistische Publikationen aus Zürich nach Deutschland geschmuggelt hatten. Das Buch enthält lesenswerte Überlegungen zum „revolutionären Charakter“ der sozialdemokratischen „Anti-Geheimbundtaktik“.

„Die Geheimbünde“, so Engelberg, „drückten die Isolierung der Revolutionäre von den Massen aus. Sie trachteten danach, die ökonomische, soziale und politische Entwicklung gleichsam zu überlisten, indem eine kleine verschworene Gemeinschaft durch Entschlossenheit und Kühnheit den revolutionären Umsturz der bestehenden Staatsgewalt allein durchführen zu können glaubte. Tatsächlich hat die geschichtliche Erfahrung zur Genüge bewiesen, daß ein revolutionärer Vortrupp die politische und soziale Revolution nur mit der Mehrheit des Volkes durchführen kann.“⁹⁶ Der Geheimbund wolle hingegen an Stelle der Masse handeln. Er sei und bleibe gerade dadurch von den Massen isoliert. Seine Mitglieder lebten in der Vorstellung, die Massen würden gleichsam von selbst dem revolutionären Handstreich folgen. „Es war ein hervorstechendes Kennzeichen, besonders der bürgerlichen Geheimbünde, daß die innerorganisatorische Demokratie, die sich unter den Verhältnissen der Illegalität keineswegs immer in Wählbarkeit zu äußern braucht, nicht gewährleistet war. Es ist äußerst bezeichnend, daß sich gerade im Kampf um die innerorganisatorische Demokratie der Gegensatz zwischen den proletarischen Handwerksgesellen und den geheimen Oberen im ‚Bund der Geächteten‘ entzündete und schließlich zur Bildung des ‚Bundes der Gerechten‘ führte.“⁹⁷

Eine Stärke in Engelbergs Buch ist die Charakterskizze. Einige treffende Bemerkungen über August Bebel und Wilhelm Liebknecht verdienen es, zitiert zu werden. Engelberg porträtierte August Bebel als „überragende Führerpersönlichkeit“ der deutschen Sozialdemokratie. „Wilhelm Liebknecht mag ihm auf der Rednertribüne an lodender Energie ebenbürtig gewesen sein, aber August Bebels Reden waren materialreicher, gehaltvoller, durchdachter, zielbewußter. Friedrich Engels bemerkte einmal, daß Bebel zu jenen großen Rednern gehört habe, deren Rhetorik nicht zur Verflachung des Geistes führte. Und wenn August Bebel schrieb, so schöpfte er aus dem lebendigen Sprachschatz des Volkes, seinen Vorstellungen und Redewendungen, und hat auf diese Weise nie die Verbindung mit dem Leser verloren ... Sein unbestechlicher Blick erfaßte in jenen Jahren fast immer das Wesentliche. An theoretische Fragen ging er nicht mit gelehrter Pedanterie heran, sondern mit der Schärfe des politischen Denkers und Praktikers.“⁹⁸ Aus den Polizeiakten rekonstruierte Engelberg Bebels Aktivitäten und seinen von der Polizei mit Sorge beobachteten wachsenden Einfluß unter den Arbeitern.⁹⁹

Anders als Bebel (Jahrgang 1840), verkörperte der fast anderthalb Jahrzehnte ältere Wilhelm Liebknecht (Jahrgang 1826) „noch starke revolutionäre Traditionen der bürgerlichen Demokratie des Vormärz und des Jahres 1848“,¹⁰⁰ doch sei, so Engelberg an anderer Stelle, „seine unkonkrete, idealistisch-metaphysische Betrachtungsweise – ein Erbstück des vormärzlichen Kleinbürger- und Studentensozialismus – ... noch vielen sozialdemokratischen

⁹⁶ Ebenda, S. 140.

⁹⁷ Ebenda, S. 140f.

⁹⁸ Ebenda, S. 158.

⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 163f.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 48.

Führern eigen“ gewesen.¹⁰¹ Die Zurückdrängung solcher Tendenzen ging, so Engelbergs Argumentation, mit der allmählichen Durchsetzung marxistischen Gedankenguts in der Arbeiterbewegung einher.¹⁰²

Gegenüber dem subtil argumentierenden Hauptteil des Buches ist das Vorwort allzu polemisch gehalten. Engelbergs Arbeit erschien unmittelbar nach dem Godesberger Parteitag der SPD. Von dessen Verfechtern würde „alles Revolutionäre in der alten Sozialdemokratie wegetruschiert oder kritisch bekleckert; alles wird zielbewußt aufs Staatsmännisch-Parlamentarische im Stile Ihrer Majestät getreuer Opposition zurechtgestutzt.“¹⁰³ Auch die Memoiren des „großen Bebel“ würden „in einer Weise beschnitten, wie es kein böswilliger Zensor mitten im militaristischen Belagerungszustand hätte ärger treiben können; aus dem feurigen und klarsichtigen Kämpfer wird ein zahnloser alter Onkel, der seine Anekdotchen erzählt.“¹⁰⁴

Tagesaktuelle Formulierungen finden sich auch im Vorwort zum Lehrbuchbeitrag „Deutschland von 1849 bis 1871“.¹⁰⁵ In neun Kapiteln schilderte und analysierte Engelberg den Entwicklungsgang der deutschen Geschichte – unter Einschluß Österreichs – von der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution bis zur Reichseinigung. Die Arbeit ist ein seriöser Beitrag zur Vorgeschichte des deutschen Kaiserreiches. Der Autor rückte die Frage: Für oder Wider die demokratische Einigung Deutschlands ins Zentrum. „Die viele Jahrzehnte bei bürgerlichen Geschichtsschreibern beliebte Alternative: Großdeutsch oder kleindeutsch! fassen wir nicht als die politische Kernfrage der Zeit auf.“¹⁰⁶ Der „konterrevolutionäre Draufgänger“ Bismarck habe allmählich erkannt, daß der preußische Staat die Revolution von unten schließlich nur durch eine ihr zuvorkommende Revolution von oben vermeiden konnte. Diese Revolution von oben brachte die staatliche Einheit, die bürgerliche Umgestaltung, „zugleich aber auch den modernen, auf kapitalistischer Grundlage stehenden Militarismus.“¹⁰⁷

Diese Prämisse liegt dem Buchtext zugrunde. Die neun Kapitel behandeln die politische Reaktionsperiode, den Vormarsch des Kapitalismus in Industrie und Landwirtschaft, das Heranreifen einer nationalrevolutionären Situation ab 1859, Heeresreform und Verfassungskonflikt in Preußen 1861/62, das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung, die „Revolution von oben“ und den Norddeutschen Bund, den deutsch-französischen Krieg und die Reichsgründung. „Bürgerliche Ideologie in Wissenschaft und Kunst“ ist ein nur kurzer Appendix

101 Ebenda, S. 63.

102 Das Buch und seine Beweisführung beeinflusste auch die Forschung in den USA. Vgl. Vernon L. Lidtke, *The Outlawed Party. Social Democracy in Germany, 1878–1890*, Princeton 1966, und Gary P. Stenson, „Not One Man! Not One Penny!“ *German Social Democracy, 1863–1914*, Pittsburgh 1981, wo es (auf S. 268) heißt: „Der spannendste und romantischste Aspekt in den Jahren der Ausgrenzung war das Hineinschmuggeln des ‚Sozialdemokrat‘ nach Deutschland, und diese Geschichte hat Ernst Engelberg ... gut erzählt.“

103 Engelberg, *Revolutionäre Politik ...*, S. X.

104 Ebenda. Die Memoiren August Bebels „Aus meinem Leben“ waren 1946 im sowjetischen Sektor von Berlin in einer dreibändigen Reprint-Ausgabe erschienen, wohingegen auf dem Buchmarkt der Bundesrepublik zunächst nur eine stark gekürzte Ausgabe erhältlich war.

105 Das schlagendste Beispiel: „Die fortschrittliche Aktion der Massen ... erhält heute in der Deutschen Demokratischen Republik ... in der Losung: ‚Plane mit-arbeite mit-regiere mit‘ sinnfälligen Ausdruck.“ Ernst Engelberg, *Deutschland von 1849 bis 1871. Lehrbuch der deutschen Geschichte*, Beitrag 7, Berlin (Ost) 1959, S. XVIII.

106 Ebenda, S. IX.

107 Ebenda, S. X.

im vierten (und vielleicht interessantesten) Kapitel gewidmet. Engelberg verweist in diesem Zusammenhang besonders auf die demokratischen und liberalen Arbeiterbildungsvereine, evangelische Jünglings- und katholische Gesellenvereine, die er, trotz der Einschränkung, die Arbeiter sollten dort auf bürgerliche oder religiöse Vorstellungen festgelegt werden, insgesamt positiv bewertet.¹⁰⁸

Der Publikation dieses Buches war eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen Ernst Engelberg und Alfred Meusel vorangegangen.

Bereits im März 1954 hatte Meusel Engelbergs Disposition¹⁰⁹ mit eisiger Verachtung zurückgewiesen: „Die Faktologie ist äußerst mangelhaft. Die wichtigsten Tatsachen werden entweder gar nicht oder nur sehr ungenau wiedergegeben. Darunter leidet natürlich auch die Meinungsbildung des Gen. E. Ich bin Optimist genug anzunehmen, daß seine Urteile zuweilen anders ausgefallen wären, wenn er sich um eine etwas größere Genauigkeit in der Wiedergabe der Tatsachen und Tatsachenzusammenhänge bemüht hätte.“¹¹⁰

Die vorliegende Disposition sei „im wesentlichen eine Geschichte der deutschen Misere.“ Daß die deutsche Bourgeoisie zwischen der Revolution von 1848/49 und der Reichseinkünftegesetzgebung 1871 eine prinzipiell fortschrittliche Rolle gespielt habe, komme in Engelbergs Text so gut wie nicht zum Ausdruck. Es werde nirgendwo, an keiner Stelle, gesagt, daß die deutsche Nation in den 1860er Jahren entstand, weil die bis dahin noch fehlende Gemeinschaft des Wirtschaftslebens geschaffen wurde. Engelberg habe überhaupt nicht die Frage gestellt, warum die demokratischen Kräfte verfolgt wurden, ob, wie und mit welchem Erfolg sie sich gegen ihre Verfolgung wehrten. „Der Klassenkampf tritt nicht als die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung hervor. Daß der Kampf des liberalen Bürgertums gegen die Feudalität (einschließlich des großen Fürstenadels) in einer Zeit, in der das deutsche Bürgertum noch eine im wesentlichen fortschrittliche Rolle spielte, unterschätzt wird, zeigt sich beinahe an jeder Stelle ... Man ist verwundert, ... auf einmal zu lesen, daß die liberale Bourgeoisie die Staatsmacht erringen wollte und daß sie deshalb gegen Bismarck kämpfte. Das wird bei Gen. Engelberg von Bismarck aus betrachtet und lautet folgendermaßen: ‚Kampf gegen die Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie, die politische Macht in ihre Hände zu bekommen‘. Stellung und Terminologie sind sehr aufschlußreich.“¹¹¹ In bissiger Weise kritisierte Meusel sogar Engelbergs Stil: „Wir können von unseren Studenten nicht verlangen, daß sie gut Deutsch schreiben, wenn wir selbst es nicht tun“; ein Urteil, das die veröffentlichte Endfassung nicht rechtfertigt. Abschließend bemerkte Meusel: „Die vorliegende Darstellung kann bei niemanden für nichts Begeisterung erregen, nicht einmal für die Geschichte der Arbeiterbewegung, die im wesentlichen in einer sozial-philologischen Weise behandelt wird.“

Vier Jahre später lag Engelbergs Buchmanuskript vor. Er brauche „eine grundstürzende Änderung“ seines Lehrbuchtextes vor der anstehenden Besprechung am 13. Februar 1958

108 Vgl. ebenda, bes. S. 104ff.

109 Ernst Engelbergs nach der Kritik veröffentlichter Text: Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1850–1871), ist abgedruckt in: ZfG, 1954, Nr. 3, S. 428–457.

110 Prof. Dr. Alfred Meusel, Kritik der Disposition für den Abschnitt 1850–1871, in: ABBAW, NL Alfred Meusel, Nr. 660. Hiernach auch die folgenden Zitate.

111 Der Satz lautet in der gedruckten Fassung: „Kampf (Bismarcks; M. K.) gegen die Ansprüche der liberalen Bourgeoisie, maßgeblichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu bekommen; gleichzeitiger scharfer Kampf gegen die Volksbewegung.“ Engelberg, Disposition ..., S. 442.

„kaum zu fürchten“, schrieb er am 9. Februar an Raimund Wagner an die ZK-Abteilung Wissenschaft.¹¹²

Die Diskussion in der Abteilung ergab jedoch ein für Engelberg ungünstiges Resultat: Ihm wurden einschneidende Änderungen des Textes abverlangt. Darüber hinaus erklärte der anwesende Leiter des Autorenkollektivs für die einzelnen Lehrbuchabschnitte, Alfred Meusel, Drucktermine könnten noch gar nicht festgelegt werden.¹¹³ Dies mußte Engelberg als eine Niederlage empfinden.

Alfred Meusel, geboren 1896, stand auf dem Höhepunkt dieser Auseinandersetzung mit 62 Jahren noch im Zenit seines Wirkens, während Ernst Engelberg, geboren 1909, als Neunundvierzigjähriger um seine Position innerhalb des Kreises der führenden DDR-Historiker kämpfte. Das mag das Spannungsverhältnis, das der Jüngere und in seinen Leipziger Jahren vielfach Überstrapazierte besonders leidvoll empfand, zusätzlich belastet haben.

Es ging in diesem beiderseits geführten Streit jedoch auch um inhaltliche Fragen. Alfred Meusel schrieb, daß Engelberg „gegen die Nationalstaatsbildung auf dem Wege der preußischen ‚Revolution von oben‘ (sei), während ich, wenn auch mit Einschränkungen, dafür bin.“¹¹⁴

Engelberg bestätigte das sogleich, seine Prämisse sei „die der unbeirrbaren Parteinahme für die nationale Einigung von unten, für die Volksrevolution unter der Führung des Proletariats. Meusel hingegen ist, wenn auch mit Einschränkung, für die preußisch-obrigkeitliche Lösung der nationalen Frage. Er nimmt damit nicht nur für Bismarck Partei, sondern auch für die bürgerlichen National-Liberalen, die Bismarck unterstützten.“ Meusel stehe den demokratischen Kräften, die für eine Volksrevolution gegen Hohenzollern und Habsburg eintraten, „mit unverhohlener Antipathie“ gegenüber. „Und so wie viele kleinbürgerliche Föderalisten einseitig und ausschließlich Preußen als Feind sahen, so nimmt Meusel die gleiche dogmatische Position mit umgekehrten Vorzeichen ein: Er polemisiert einseitig und ausschließlich gegen das Habsburger-Reich.“ Dies sei indes „typisch liberal und der Haltung von Marx und Engels entgegengesetzt“.¹¹⁵ An anderer Stelle behauptete Engelberg sogar emotional übersteigert, im Streit mit Meusel gehe es „um einen solchen zwischen einem kämpferischen Marxismus und einem ebenso kämpferischen und bewußten Nicht-Marxismus“.¹¹⁶

Worin sah Engelberg den Grund für die erbitterte Feindschaft? „Meusel ist sich sehr wohl bewußt, daß er seinem moralisch-politischen Habitus nach ein *bürgerlicher* Professor und – da er von der bürgerlichen Soziologie herkommt – fachlich äußerst schwach ist; er verfügt allerdings über einen guten Schulsack eines bürgerlichen Gymnasiums.“¹¹⁷ Meusel sei als Leiter des Autorenkollektivs nicht mehr tragbar, er besitze keine der dafür notwendigen menschlichen Eigenschaften. „Er erweckt sehr gerne den Eindruck, als ob er ein Mann wäre, der seine letzten Kräfte zusammenhalten müsse“, sei aber „ein Lebenskünstler wie keiner

112 Ernst Engelberg an Raimund Wagner, Abteilung Wissenschaft im ZK der SED, 9. Februar 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/109, Bl. 100.

113 Ernst Engelberg an Raimund Wagner, Abteilung Wissenschaft im ZK der SED, 18. Februar 1958, in: Ebenda, Bl. 11f.

114 So zitiert im Brief Engelbergs an Raimund Wagner, 15. November 1958, in: Ebenda, Bl. 306.

115 Ebenda, Bl. 307. Weiterhin attackierte Engelberg Fritz Klein als Schüler Meusels. Vgl. ebenda, Bl. 309f.

116 Engelberg an die Leitung der Abteilung Wissenschaft, 26. Juli 1959, in: Ebenda, Bl. 36.

117 Engelberg an Raimund Wagner, 15. November 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/119, Bl. 315. Hervorhebung im Text.

unter uns Historikern. Auf jeden Fall benutzt Meusel ... seinen chronischen Krankheitszustand gleichsam wie eine taktische Atomwaffe, mit der er im Intrigenkampf je nach Bedarf diese oder jene Konferenz, diese oder jene Besprechung auffliegen lassen kann.“¹¹⁸ Die Autoren der einzelnen Lehrbuchteile sollten Einzelverträge erhalten, denn das Autorenkollektiv könne nicht mehr gerettet werden: „Meusel hat es zu Tode geritten. Die wohlgemeinten Versuche in den vergangenen Monaten und Wochen, diesen Leichnam zu galvanisieren, haben nur Scheinerfolge davongetragen. Das Autorenkollektiv muß jetzt auch formell aufgelöst werden.“¹¹⁹

Herausgeber und Sekretär der Lehrbuchreihe, Alfred Meusel und Roland Franz Schmiedt, waren sich mit Ernst Engelberg darin einig, für seinen Lehrbuchbeitrag „Deutschland von 1849 bis 1871“ nicht als Herausgeber zu zeichnen.¹²⁰ Erst Meusels Tod am 10. September 1960 beendete die Kontroverse.

Eine harte Auseinandersetzung gab es auch um die Neubesetzung des Direktorenpostens in der Nachfolge Karl Obermanns am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Engelberg leitete seit dem Herbst 1956 nebenamtlich bereits die Abteilung 1870 bis 1918 am Institut. „Es ist ihm gelungen, diese Abteilung nach Leipzig zu ziehen, und er hat es auch abgelehnt, in Berlin eine hauptamtliche Stellung anzunehmen“, schrieb Engelbergs Kollege Sproemberg.¹²¹ Die ZK-Abteilung Wissenschaft schlug Engelberg 1959 als neuen Institutsdirektor vor, was seinem Wunsch entsprach. Dennoch schrieb er am 19. Juli 1959 der ZK-Abteilung, es gehe ihr darum, ihn von Leipzig loszubekommen; „daß ich obendrein einen meiner besten Mitarbeiter mitliefere,¹²² habt Ihr – entschuldigt meine burschikose Ausdrucksweise – mit dem Hallo schnalzender Jäger, die Edelmurmel eingefangen haben, quittiert.“¹²³ Engelberg wollte nicht, daß Obermann als Abteilungsleiter in der Institutsleitung verbliebe. Als stellvertretende Institutsdirektoren schlug er Erich Paterna und Horst Bartel vor, Helmut Bock sollte wissenschaftlicher Sekretär werden. „Genosse Paterna ist ... menschlich absolut integer.“¹²⁴ Diese Fragen waren am 21. Oktober 1959 Gegenstand einer Aussprache in der ZK-Abteilung. Daraus wurde eine streckenweise hitzige Debatte.

Anwesend waren, laut der handschriftlichen Aktennotiz, „die Genossen Hörnig, Herder, Wagner, Uhlmann, Engelberg, Meusel, Schreiner, Stern, Obermann, Kuczynski, Bichtler, Paulus, Dlubek, Fuchs.“¹²⁵ Hannes Hörnig erläuterte den Vorschlag der Abteilung, Engelberg zum neuen Institutsdirektor zu ernennen.

Karl Obermann beklagte die Umstände seines Ausscheidens aus dem Direktorenamt. Entscheidungen über die künftige Personalpolitik seien bereits ohne sein Wissen gefallen. „Der Vorschlag, Gen. Engelberg als Institutsdirektor einzusetzen, habe ihn sehr überrascht“, vermerkt das Papier. Obermann äußerte „die größten Bedenken“ hinsichtlich der Fähigkeit

118 Ebenda, Bl. 313.

119 Ebenda, Bl. 318.

120 Deutscher Verlag der Wissenschaften (Dr. Beranek und Ulrich) an Kurt Hager, ZK der SED, 15. Juni 1959. Ebenda, Bl. 339.

121 Heinrich Sproemberg an den Dekan der Phil. Fak. Martin, 13. Februar 1957, in: UA Leipzig, Nr. 1121, PA E. Engelberg, Bl. 35.

122 Engelbergs Assistent Helmut Bock.

123 Engelberg an die Leitung der Abteilung Wissenschaft, 19. Juli 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/398, Bl. 22.

124 Ebenda, Bl. 31. An gleicher Stelle schrieb Engelberg, als Gegengewicht zu Meusel müsse er selbst „bis spätestens Ende 1960 Mitglied der Akademie sein.“ Im folgenden Jahr wurde er Akademiemitglied.

125 Aktennotiz (undatiert), in: Ebenda, Bl. 184.

Engelbergs, das Institut zu leiten, „und begründete dies mit persönlichen Schwächen.“ Engelberg sei „stark verwickelt“ in die laufenden Differenzen zwischen den Professoren. In einer Aussprache mit Kurt Hager habe Obermann dessen günstige Meinung über Engelberg nicht bestätigen können.¹²⁶

Jürgen Kuczynski griff Engelberg äußerst scharf an; die alte Kontroverse brach wieder auf. Es sei „Wahnsinn“, Engelberg mit der Leitung des Instituts zu betrauen, denn er leide unter „Verfolgungswahn“.¹²⁷ Engelberg sei ein guter Historiker, werde aber „als Direktor völlig scheitern und zusammenbrechen“¹²⁸, darin sollte Kuczynski irren. Horst Bartel zum stellvertretenden Direktor zu machen sei, so Kuczynski weiter, „eine Verhöhnung der Akademie ... Man könne ihn ja zum Parteisekretär am Institut machen, aber nicht zum stellv. Direktor.“ Interessanterweise hielt sich Alfred Meusel in der Debatte sehr zurück und „nahm zum Vorschlag Engelberg nicht konkret Stellung.“ Man solle „von vorn anfangen und alle Ressentiments beiseitelegen.“¹²⁹ Dem stimmten Albert Schreiner und Leo Stern zu. Von Obermann zur Stellungnahme aufgefordert, erklärte Engelberg abschließend, „daß er zur Zusammenarbeit mit *allen* auf einer sachlichen Basis bereit sei.“¹³⁰ Engelberg wurde Direktor des Akademie-Instituts, Horst Bartel sein Stellvertreter und 1969 sein Nachfolger am nunmehrigen Zentralinstitut für Geschichte. Die vergiftete Atmosphäre, die so wenig mit der offiziell bekundeten kameradschaftlichen Wissenschaftskultur gemeinsam hatte, besserte sich in den Folgejahren nur sehr langsam.¹³¹

5. Deutsch-deutsche Rivalitäten

Mitte der fünfziger Jahre wurde Ernst Engelberg im gesamtdeutschen und dann im internationalen Rahmen bekannt. Seit 1955 nahm er, auch als Leiter der DDR-Delegation, an den internationalen Historikerkongressen teil, im Jahre 1958 wurde er Präsident der Historikergesellschaft der DDR, die Ergebnis der deutsch-deutschen Rivalitäten auf dem Felde der Geschichtspolitik war.

Der X. Internationale Historikerkongreß, der in Rom vom 4. bis zum 11. September 1955 stattfand, war der erste, an dem Historiker aus der DDR teilnahmen. Erst im Sommer entschied sich, daß die DDR-Teilnehmer in Rom als Delegation auftreten könnten. Daraus resultierte, schrieb Albert Schreiner, eine „Improvisation der Vorbereitung in letzter Minute.“¹³² Die von Alfred Meusel geleitete DDR-Delegation zählte dreizehn Personen, von

126 Ebenda, Bl. 185.

127 Dies war wohl überspitzt, doch fühlte sich Engelberg, wie er ein um das andere Mal schrieb, von Meusel, Kuczynski, Stern und Schreiner umstellt – von Männern, deren gegenseitige Beziehungen alles andere als harmonisch waren. Vgl. beispielsweise Engelbergs Brief an die Leitung der Abteilung Wissenschaft vom 19. Juli 1959, in: Ebenda, Bl. 10f.

128 Ebenda, Bl. 186.

129 Ebenda.

130 Ebenda, Bl. 188. Hervorhebung im Text.

131 Fritz Klein (Drinnen und Draußen, S. 241ff.) schildert anhand von Dokumenten, wie gespannt sein Verhältnis zu Engelberg blieb, der in ihm weiterhin nur den Schüler seines einstigen (inzwischen verstorbenen) Rivalen Meusel sah.

132 Albert Schreiner, Bemerkungen zum X. Internationalen Kongreß für Geschichtswissenschaft in Rom, in: Einheit, 1955, Nr. 11, S. 1122.

denen sich zehn als Marxisten verstanden. Zwei in der DDR wohnende nichtmarxistische Historiker, Fritz Hartung und Ernst Hohl, lehnten es ab, sich der Delegation anzuschließen und reisten als Einzelpersonen nach Rom.¹³³ Da die DDR noch nicht im Internationalen Historikerverband vertreten war, wurden an ihre Historiker keine Referate vergeben, doch nutzten sie die Möglichkeit der freien Diskussion.¹³⁴

Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft war auf dem Kongreß zahlenmäßig stark vertreten. Gerhard Ritter, von 1949 bis 1953 Präsident des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD), gehörte dem Führungskreis des Comité International des Sciences Historiques (CISH) an und gab den Generalbericht über die Erforschung der Geschichte von 1500 bis 1789.¹³⁵ Der sehr konservative Historiker warnte die westliche Geschichtswissenschaft vor jeder Annäherung an den Marxismus, ein Punkt, den der Engelberg-Schüler Werner Berthold in seinem Buch über Ritter aufgriff.¹³⁶

Die DDR-Historiker beteiligten sich an den kontrovers geführten Diskussionen mit insgesamt zwölf Beiträgen und hofften, Vorurteile, die ihnen gegenüber bestanden, abzubauen.¹³⁷ Das Fehlen marxistischer Althistoriker und Mediävisten aus der DDR veranlaßte Alfred Meusel zu der Bemerkung, das Übergewicht der Neuhistoriker begünstige das weit verbreitete bürgerliche Vorurteil, für marxistische Historiker würde die Geschichte erst mit dem Kommunistischen Manifest oder allenfalls mit der Geburt von Karl Marx beginnen.¹³⁸

Engelberg war der erste DDR-Historiker, der zur Diskussion sprach. Noch vor der Eröffnung des Kongresses nahm er am 3. September an den Beratungen der Internationalen Kommission für Geschichte der sozialen Bewegungen teil. In der Debatte zum Vortrag von Jacques Droz über „L’idée de lutte de classe dans les révolutions européennes de 1848“ kreuzte Engelberg mit dem Heidelberger Werner Conze, den er auf der Zugfahrt nach Rom kennengelernt hatte, die Klingen. Conze bezweifelte, ob man im Jahre 1848 überhaupt vom Proletariat sprechen könne, „da die unteren Schichten ja nur ein geringes Bewußtsein“ besessen hätten.¹³⁹ Engelberg entgegnete (auf Französisch), „daß das Bewußtsein bei den Ar-

133 Leo Stern und Jürgen Kuczynski erhielten keine Einreise nach Italien, wohl weil ihnen frühere Kontakte zum sowjetischen Geheimdienst vorgeworfen wurden.

134 Ausführlich hierzu Horst Haun, Der X. Internationale Historikerkongreß 1955 in Rom und die Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 1986, Nr. 4, S. 303–314.

135 Ein Teilabdruck von Ritters Bericht mit dem Titel „Zur Problematik gegenwärtiger Geschichtsschreibung“ findet sich in: Gerhard Ritter, Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur historisch-politischen Selbstbesinnung, München 1958.

136 Vgl. Werner Berthold, „... großhungen und gehorchen.“ Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, Berlin (Ost) 1960, S. 247. Die ausführlichste biographische Einführung zu Ritter findet sich in der Einleitung (eigentlich einer monographischen Abhandlung) von Klaus Schwabe in: Ders. (Hg.), Gerhard Ritter – ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard 1984, S. 1–170. Kritisch Peter Schumann, Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 399–415.

137 Vgl. Fritz Klein, Geschichtswissenschaft der DDR vor internationalem Forum, in: Sonntag, 2. Oktober 1955.

138 Alfred Meusel, Internationaler Historiker-Kongreß in Rom. Delegationen der UdSSR, der Volksdemokratien und der DDR, in: ND, 18. Oktober 1955.

139 Die wichtigste Arbeit eines DDR-Historikers zu diesem Thema war damals Karl Obermann, Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution, Berlin (Ost) 1950, in der diese Frage im Gegensatz zu Conzes Auffassung beantwortet wurde. Hierzu mehr im 7. Kapitel.

beitern ... schon zu Beginn der Revolution sehr stark entwickelt war (vgl. schon die Namen: ‚Arbeiterverbrüderung‘ oder ‚Arbeiterverein‘ in Köln) und daß sich im Laufe der Revolution das Klassenbewußtsein der Arbeiter, nicht zuletzt in der ‚Arbeiterverbrüderung‘, mächtig entwickelte.“

Auf dem Kongreß hatte Engelberg Gelegenheit, seine bundesdeutschen Kollegen und Kontrahenten in Augenschein zu nehmen. Werner Conze sei, so Engelberg, „mit der dortigen (bundesdeutschen; M. K.) Reaktion ziemlich verfilzt“, Theodor Schieder sei „kein ungefährlicher Opponent, da er wissensreich und ruhig-überlegen ist; (Hans) Herzfeld ist von den FU-Leuten am wenigsten aggressiv und, wie ich es persönlich erlebte, ganz umgänglich.“ Der Beitrag von Arno Borst war, so Engelberg, „klar im Aufbau der Gedankenführung und kenntnisreich, aber reaktionär in den Anschauungen.“ Herbert Grundmann sei ebenfalls „mit der herrschenden Historikerclique eng verfilzt“, aber „innerlich und äußerlich unabhängiger als Conze.“

Insgesamt war Engelberg zufrieden: „Wir haben Kontakt mit westdeutschen Leuten bekommen, der sich weiter ausweiten läßt. Wir haben uns an die Diskussion mit diesen Leuten gewöhnt.“ Engelberg plädierte für „eine gewisse menschliche Ungezwungenheit im Verkehr mit den westdeutschen Kollegen. Man darf nicht immer die Funktionärs-Miene aufsetzen und die Funktionärsdistanz demonstrieren. Manchmal muß man auch den Mut zu einer gewissen Selbstironie haben. Dazu gehört auch, daß man nicht immer im Parteijargon spricht.“¹⁴⁰

Eine „gewisse menschliche Ungezwungenheit“ fehlte allerdings manchem Historiker, im Osten wie im Westen, in der Zeit des Kalten Krieges. Die politische Spaltung Deutschlands verursachte zwar noch nicht automatisch eine Spaltung der Wissenschaftslandschaft, dennoch ließ die „Konstituierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft“¹⁴¹ in der DDR, also die sukzessive Verdrängung der Nicht-Marxisten, die Kluft zum Westen breiter werden. In der Bundesrepublik blieb der Anspruch auf Alleinvertretung auch im Bereich der Geschichtswissenschaft bestehen: Falls der Welthistorikerverband CISH einen DDR-Verband akzeptieren würde, sei ein Austritt des VHD die Folge. Darauf konnte sich das CISH nur unter der Bedingung einlassen, daß der westdeutsche Verband auch für Historiker aus der DDR offen bleibe.¹⁴²

140 Ernst Engelberg, Bericht über den X. Internationalen Historikerkongreß in Rom (4.–11.9.), 18. September 1955, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/143, Bl. 29.

141 Dies war der Inhalt des Politbüro-Beschlusses vom Juli 1955 über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR“, abgedruckt in: ZfG, 1955, Nr. 4, S. 507–527, und in: Dokumente der SED, Bd. V, Berlin (Ost) 1956, S. 337ff. Vgl. hierzu u. a. Walter Schmidt, Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft, in: ZfG, 1983, Nr. 4, S. 291–312. Aus einer anderen Sicht Ilko-Sascha Kowalczyk, „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: Ebenda, 1994, Nr. 4, S. 302–318; ders., Legitimation ..., bes. S. 229ff.; sowie (nach einem drastischen Wechsel seiner politischen Position) Horst Haun, Der Geschichtsbeschluß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, Dresden 1996.

142 Vgl. Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993, S. 191. Erst auf dem Moskauer Historikerkongreß 1970 wurde der DDR-Verband in das CISH aufgenommen. Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987, S. 359.

Somit hatten Marxisten prinzipiell Zugang zum VHD. Dessen Vorsitzender Gerhard Ritter wandte sich indes wütend gegen eine solche Möglichkeit. Walter Markov war der erste ostdeutsche Marxist, der dem VHD 1949 beitrug. Während Herbert Grundmann dies notgedrungen akzeptierte,¹⁴³ zeigte sich Gerhard Ritter als Scharfmacher. Im Vorfeld des Münchner Historikertages schrieb er Ende August 1949 an Hermann Heimpel, er bedauere, daß Markov „überhaupt aufgenommen ist ... Er hat nichts geleistet.“¹⁴⁴ Daß Markov in elf Zuchthausjahren unter Hitler wissenschaftlich „nichts geleistet“ haben konnte, wußte Ritter natürlich. An Franz Schnabel schrieb er: „Ist Ihnen bekannt, daß Herr Markov ein roter Terrorist ist, wissenschaftlich ohne jeden Ausweis?“¹⁴⁵

Der DDR-Historiker Walter Schmidt sah in den „harten und komplizierten Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus in der BRD und dessen reaktionärer Geschichtsschreibung“ einen entscheidenden Faktor für die – ursprünglich so nicht unbedingt konzipierte – Herausbildung eines eigenen DDR-Historikerverbandes.¹⁴⁶ In neueren Forschungsarbeiten wird dies grundsätzlich bestätigt.¹⁴⁷

Die weitestgehende Abkoppelung der DDR-Geschichtswissenschaft von ihren bundesdeutschen Gegenspielern wurde von beiden Seiten zunehmend als unumgänglich angesehen. Der Geschichtsbeschluß des Politbüros vom Juli 1955 forderte eine „zentrale Koordinierung und Planung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit“ und sprach sich in diesem Zusammenhang energisch für die Gründung einer eigenen DDR-Historikergesellschaft aus.¹⁴⁸ Damit begann, schrieben Ernst Engelberg und sein Schüler Rolf Rudolf,¹⁴⁹ „in der DDR der Vormarsch der marxistischen Historiker auf breiter Front.“¹⁵⁰ Das militante Vokabular spiegelt einmal mehr die internationale und deutsch-deutsche Konfrontation wider.

Durch Emeritierung und Flucht in den Westen wurde der Kreis der nichtmarxistischen Geschichtsforscher in der DDR allmählich kleiner. Hinzu kamen Selbstmorde bekannter Historiker: Zwischen 1953 und 1958 nahmen sich Karl Griewank, Martin Lintzel, Johannes

143 „Mit welcher Begründung hätten wir ihn (Markov; M. K.) ablehnen können, ohne den Verband (und seine Ostzonen-Mitglieder) schärfsten Angriffen auszusetzen? Sehen wir uns den Mann doch erst einmal in München an.“ Grundmann in einem Brief an Hermann Heimpel, 26. August 1949, Archiv des VHD, zit. nach Franz Worschech, *Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945–1965)*, Phil. Diss., Erlangen 1989, S. 50.

144 Gerhard Ritter an Hermann Heimpel, 27. August 1949, Archiv des VHD, zit. ebenda.

145 Gerhard Ritter an Franz Schnabel, 26. August 1949, zit. nach Kowalczyk, *Legitimation ...*, S. 195.

146 Walter Schmidt, *Die Gründung der Historikergesellschaft der DDR 1958. Ihr Beitrag zur Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre*, in: *ZfG*, 1983, Nr. 8, S. 677.

147 So bei Worschech und (zurückhaltender) bei Schulze.

148 *Die Verbesserung der Forschung und Lehre ...*, in: *ZfG*, 1955, Nr. 4, S. 521.

149 Rolf Rudolf, der 1963 im Alter von nur 33 Jahren starb, hatte zu Engelberg auch ein enges persönliches Verhältnis. Über Rudolf vgl. Ernst Engelberg, *Ein Leben für die Geschichtswissenschaft der DDR*, in: *Mitteilungen der Deutschen Historiker-Gesellschaft*, 1963, Nr. 1 (Beilage), S. 3f. (Diese Angabe fehlt in der Bibliographie Engelbergs in: Wolfgang Küttler (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert ...*, S. 309–320). Vgl. weiterhin Heinz Heitzer, Rolf Rudolf (1930–1963), in: Ders. u. a. (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*, Berlin (Ost) 1989, S. 231–242.

150 Ernst Engelberg/Rolf Rudolf, *Zur Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Historische Forschungen in der DDR. ZfG-Sonderband*, Berlin (Ost) 1960, S. 18.

Nichtweiss und Willy Flach (letzterer nach seiner Flucht in den Westen) das Leben.¹⁵¹ Die DDR mußte also verstärkt Nachwuchskräfte fördern, die in aller Regel Marxisten waren.

Die Brücken zum Westen sollten dennoch nicht ganz abgebrochen werden: So suchten Ernst Engelberg und vor allem Heinrich Sproemberg, der kein Marxist war, in den spannungsgeladenen fünfziger Jahren das Gespräch mit bundesdeutschen Kollegen. Von 1953 bis 1958 konnten westdeutsche Historiker nicht weniger als 66 Vorträge, Vorlesungen und Seminare an Lehr- und Forschungseinrichtungen der DDR, oft in Leipzig, abhalten, bevor das Staatssekretariat für Hochschulwesen solche Besuche unterband.¹⁵² Diese Restriktion fiel mit einer parteioffiziellen Kritik am angeblich zu konzilianten Verhalten von DDR-Historikern auf dem Ulmer Historikertag von 1956 zusammen, ist aber auch im Kontext der damaligen „antirevisionistischen“ Kampagne der SED-Führung zu sehen.¹⁵³

Bereits Anfang 1952 schlug Kurt Hager vor, eine eigenständige Historikerorganisation der DDR zu gründen.¹⁵⁴ 1953 konstituierte sich ein Initiativkomitee, dem Ernst Engelberg, Heinz Kamnitzer, Alfred Meusel, Leo Stern, der ZK-Mitarbeiter Ernst Diehl und als einziger Nicht-Marxist Albrecht Timm¹⁵⁵ angehörten.¹⁵⁶

Anfang 1958 forderte ein Aufruf die Historiker der DDR zur Gründung einer selbständigen Historikerorganisation auf, die Marxisten und andere „fortschrittliche Geschichtswissenschaftler“ vereinen sollte. Der historische Materialismus, daran wurde kein Zweifel gelassen, sollte die theoretisch-methodologische Grundlage der Organisation sein. Der Appell war das Resultat längerer Überlegungen in der ZK-Abteilung Wissenschaft.¹⁵⁷

151 Zu Griewank, Lintzel und Nichtweiss vgl. aus DDR-Sicht die entsprechenden Kapitel von Karl-Heinz Noack, Walter Zöllner und Lothar Elsner in: Heinz Heitzer (Hg.), *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft*; S. 75–92, 136–148, 169–181; zu Flach vgl. Schulze, S. 194ff.; Kowalczyk, *Legitimation* ..., S. 269f.

152 Die Liste der Besuche nach Ernst Engelberg (Hg.), *Trier – und wie weiter? Materialien, Betrachtungen und Schlußfolgerungen über die Ereignisse auf dem Trierer Historikertag am 25. 9. 1958*, Berlin (Ost), S. 40–45. – Auf die sachliche Zusammenarbeit ost- und westdeutscher Historiker im Hansischen Geschichtsverein kann hier nicht eingegangen werden. Näheres bei Worschech, S. 162ff.

153 Vgl. Ernst Hoffmann, *Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen*, in: *Einheit*, 1957, Nr. 12, S. 1146–1163.

154 Vgl. Horst Haun, *Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR (I). Der Gründungsprozeß (1952–1958)*, in: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR*, 1985, Nr. III, S. 9.

155 Kowalczyk (*Legitimation* ..., S. 194) bezeichnet Albrecht Timm als „bürgerliche(n) Mediävisten.“ Dies ist allenfalls für die Jahre nach 1945 zutreffend, will man den Begriff „bürgerlich“ nicht vollends abwerten: Als aktiver Propagandist der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ vertrat Timm zuvor Positionen, die denen der bürgerlichen Aufklärung diametral entgegengesetzt waren. Sein aggressiver Antisemitismus zeigte sich in der Broschüre „Moltke und das Bauerntum“, Berlin 1943, worin Timm die „Wühlarbeit von Marxisten und Juden“ anprangerte, die „die Revolte von 1918 vorbereitet“ hätten. Timm lobte Moltkes negative Einstellung gegenüber den Juden, tadelte ihn aber dafür, die Gefahren unterschätzt zu haben, die dem Reich „gerade durch das entwurzelte Judentum drohen“ (S. 68). 1955 ging Timm von Ostberlin in den Westen. Sein Buch: *Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945*, 4. Aufl., Bonn 1965, reproduzierte, wenn auch nicht immer grobschlächtig, einige der Klischees des Kalten Krieges.

156 Vgl. 2. Sitzung des Initiativ-Komitees am 12. Mai 1953, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/119, Bl. 4–6.

157 Der Aufruf ist abgedruckt in: *ZfG*, 1958, Nr. 2, S. 217f. Vgl. weiterhin ZK-Abteilung Wissenschaft, *Grundsätze für die Bildung einer „Historikergesellschaft der DDR“*, 5. Februar 1957, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/119, Bl. 50; dass., 20. Februar 1957, in: Ebenda, Bl. 57f.; Protokoll Nr. 5/58

Die Gründungskonferenz der Deutschen Historiker-Gesellschaft (DHG), der späteren Historikergesellschaft der DDR, trat am 18. und 19. März 1958 in Leipzig zusammen. An der Tagung nahmen 467 Personen teil, von denen sich 418 als Mitglieder der Vereinigung einschrieben.¹⁵⁸ Ernst Engelberg wurde zum Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt.¹⁵⁹

In seinem Referat benannte Engelberg den 18. März als einen bewußt gewählten traditionswürdigen Tag, dessen die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung als Doppeljubiläum gedenke: als dem Höhepunkt der deutschen Revolution von 1848/49 und als dem Beginn der Pariser Kommune 1871. Leipzig ist eine traditionsreiche Stätte der deutschen Arbeiterbewegung, betonte Engelberg. Der Bund der Kommunisten verfügte hier über einen wichtigen Stützpunkt; die „Arbeiterverbrüderung“ hatte hier ihren Sitz genommen, von hier aus hatten August Bebel und Wilhelm Liebknecht den Weg zur Begründung der marxistischen „Eisenacher“ Partei beschritten.¹⁶⁰

Die bürgerliche Historiographie leugne aus klassenegoistischen Gründen, so Engelberg, daß Politik und Geschichtsschreibung seit jeher in einem unauflöslichen Wechselverhältnis stehen. Die Geschichtswissenschaft der Arbeiterklasse bringe dieses Wechselverhältnis im Interesse der Aufdeckung der historischen Wahrheit hingegen offen zutage. Gerade dadurch vermöge sie den wissenschaftlichen wie den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Für diese Anstrengungen seien Geschichtstheorie wie Geschichtsschreibung von Marx und Engels das Fundament.

Interessant ist Engelbergs Charakterisierung der bundesdeutschen Historiker. Zwar dominiere mit Gerhard Ritter noch der konservative Flügel. Doch meldeten sich mit Theodor Schieder jene Kräfte zu Wort, die mit elastischeren Methoden die Schwächen des traditionellen Historismus auszugleichen suchten. Sie wendeten sich stärker der positivistischen Soziologie Westeuropas und der USA zu. Nicht zuletzt damit würden sie die sozialistische Geschichtswissenschaft wirkungsvoller anzugreifen suchen.

Die DDR-Wissenschaft habe mit dem spätbürgerlichen Geschichtsdenken ein für allemal gebrochen. Ihr Kampf gegen diese Tradition sei „manchmal noch ungelenk, nicht immer treffend in Hieb und Stich“, sagte Engelberg, „aber wir haben den Kampf aufgenommen. Und das ist die Hauptsache!“¹⁶¹ Engelberg plädierte für die Erforschung aller proletarischen und vorproletarischen revolutionären Traditionen. Dabei sei eine nationalgeschichtliche Beschränkung fehl am Platz. Vielmehr sei eine intensive Beschäftigung mit universalgeschichtlichen Entwicklungen erforderlich.

Die Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft stand rein statuarisch zwar nicht im Widerspruch zur Tätigkeit des VHD, doch zeichnete sich bereits der Bruch ab, der dann auf

der Sitzung des Sekretariats vom 19. Februar 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/591. Vgl. Kowalczyk, *Legitimation ...*, S. 271f; Horst Haun, *Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR (II). Die Gründungskonferenz der Historiker-Gesellschaft der DDR*, in: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR*, 1986, Nr. I, S. 5–42.

158 Vgl. Schmidt, *Die Gründung ...*, S. 679.

159 Der als Vorsitzende vorgesehene Leo Stern hatte abgelehnt. ZK-Abteilung Wissenschaften, Hausmitteilung an Kurt Hager, 7. Januar 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/46, Bl. 180, zit. bei Kowalczyk, *Legitimation ...*, S. 272. Auch Meusel, Kuczynski und Schreiner waren zunächst als mögliche Vorsitzende im Gespräch. Vgl. ZK-Abteilung Wissenschaft, *Grundsätze ...*, 5. Februar 1957, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/119, Bl. 55.

160 Vgl. Ernst Engelberg, *Politik und Geschichtsschreibung. Die historische Stellung und die Aufgaben der Geschichtswissenschaft in der DDR*, in: *ZfG*, 1958, Nr. 3, S. 468–495.

161 Ebenda, S. 490.

dem Historikertag in Trier im September 1958 vollzogen wurde. Am 17. Mai 1958 befaßte sich der Ausschuß des VHD mit der von den DDR-Behörden zunächst beabsichtigten, dann aber nicht realisierten Aberkennung akademischer Grade bei sogenannten Republikflüchtigen. Namentlich Max Steinmetz, aber auch Leo Stern und Ernst Engelberg wurde eine Mitverantwortung an dieser Absicht der DDR vorgeworfen, was sie zurückwiesen. Sie sollten auf dem Kongreß kein Rederecht erhalten.¹⁶² Nunmehr wurde aber auch die Gründung der DHG ein Thema. In der entsprechenden Erklärung von Vorstand und Ausschuß des VHD heißt es:

„Eine eigene deutsche Historikergesellschaft wurde in bewußtem und betontem Gegensatz zum Verband der Historiker Deutschlands und mit einseitiger Bindung an ein politisches Parteiprogramm begründet. Der politische Gewissenszwang ist bis zur Aberkennung des Doktorgrades verdienter Gelehrter aus rein politischen Gründen getrieben worden.¹⁶³ Diejenigen Persönlichkeiten, die im wissenschaftlichen Bereich als Träger dieses Kurses zu betrachten sind, haben uns damit jede Form von Gemeinschaft mit ihnen unmöglich gemacht. Für sie kann daher auch unser bisheriger Brauch freier Aussprache nicht mehr gelten.“¹⁶⁴

Die Erklärung wurde vom Präsidenten des VHD Hermann Aubin vorgetragen. Trotz der Berechtigung, gegen einen „politischen Gewissenszwang“ Protest einzulegen, war, wie der englische Historiker Michael Burleigh schrieb, Aubin angesichts seiner pronazistischen Vergangenheit „nicht die beste Person, um Reden über die Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik zu halten.“¹⁶⁵

Nach teilweise turbulenten Auseinandersetzungen reiste die DDR-Delegation vorzeitig aus Trier ab. Im Namen der Delegation der Deutschen Historiker-Gesellschaft der DDR erklärte Ernst Engelberg:

„Die Historiker der DDR sind nach Trier, in die Geburtsstadt von Karl Marx, in der Erwartung gekommen, daß es möglich sein wird, in freimütiger wissenschaftlicher Diskussion die Probleme der Geschichtswissenschaft, die aufs Engste mit den Lebensfragen der deutschen Nation zusammenhängen, zu erörtern ...

Die führenden Historiker der Bonner Bundesrepublik, Hermann Aubin, Gerhard Ritter, Hermann Heimpel, Theodor Schieder, Ludwig Dehio und andere, haben nach den nationalen Katastrophen des deutschen Volkes von 1918 und 1945 das Versagen der bürgerlichen Geschichtsschreibung wiederholt zugeben müssen.

Gegenwärtig sind die gleichen Historiker wieder dabei, die für das Schicksal des deutschen Volkes verhängnisvolle Konzeption des deutschen Imperialismus und Militarismus mit zeitgemäß veränderter Argumentation zu propagieren.

Die von Professor Aubin verlesene Erklärung ist ein Dokument der psychologischen Kriegführung gegen die DDR und die sozialistischen Staaten und beweist erneut, daß die

162 Für die Einzelheiten vgl. Worschech, S. 193ff.; Schulze, S. 196ff.; aus DDR-Sicht Engelberg (Hg.), Trier – und wie weiter?

163 Eine solche Aberkennung war nur im Falle des Kunsthistorikers Heinz Ladendorf bekanntgeworden. Sie war in der Bundesrepublik juristisch unwirksam. Vgl. Worschech, S. 203.

164 Die Erklärung ist abgedruckt ebenda, S. 204f.

165 Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988, S. 307. Neuere Belege für Aubins treibende Rolle in der nazistischen „Volkstumspolitik“ finden sich bei Ingo Haar, „Kämpfende Wissenschaft“. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme, in: Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999, S. 215–240.

behauptete ‚Einheit der deutschen Wissenschaft‘ eine Fiktion ist. Diese Erklärung zeigt ein übriges Mal, daß die Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft der DDR notwendig war. Es stehen sich die Historiker der beiden deutschen Staaten gegenüber, die zwei entgegengesetzte politische Konzeptionen und Perspektiven vertreten, Frieden, Demokratie und Sozialismus auf der einen – Imperialismus, Militarismus und Krieg auf der anderen Seite.“¹⁶⁶

Die Hamburger „Welt“ konstatierte nüchtern, daß in Trier „die letzten offiziellen Bande zwischen den Historikern beider Teile Deutschlands zerschnitten worden sind.“¹⁶⁷ Entsprechend eisig war nun das Klima der fachlichen Kontroversen; vom wissenschaftlichen Meinungsstreit wird man kaum noch sprechen können.¹⁶⁸

Am 17. Dezember 1958 lud die ZK-Abteilung Wissenschaft zu einer Historiker-Beratung ein, an der auch Walter Ulbricht und Kurt Hager teilnahmen. Ernst Engelberg sprach zum Thema „NATO-Politik und westdeutsche Historiographie über die Probleme des 19. Jahrhunderts.“ Seine Rede war voller scharfer Anwürfe gegen die bundesdeutschen Wissenschaftler.

„Die führenden Historiker Westdeutschlands sind aktive Politiker des Imperialismus schon in dem Sinne, daß sie über ausgezeichnete Beziehungen zu den höchsten Bonner Regierungsstellen und auch zu den westlichen Alliierten verfügen“, hieß es zu Beginn in Engelbergs Referat.¹⁶⁹ Sie arbeiteten die entscheidenden politisch-ideologischen Fragestellungen und Grundkonzeptionen aus, sie kommandierten die Defensiv- und Offensivstellungen gegenüber dem Marxismus. War Bismarck ein Vorläufer des von der NATO verkörperten Europäertums oder nicht? Die Antworten darauf könnten unter den westdeutschen Historikern durchaus verschieden ausfallen, wenn nur die antikommunistische Stoßrichtung gewahrt bleibe. Die Verschiedenheiten seien somit nur scheinbarer Natur.

Engelberg anerkannte, daß Historiker wie Gerhard Ritter und Franz Schnabel „in einzelnen Fragen recht unterschiedliche Meinungen haben“ könnten, subsumierte beide dann aber unter jene, die „die Wurzeln des Faschismus in der Französischen Revolution ... suchen, die die Massen politisiert und damit die Grundlage des Faschismus gelegt habe ... Auch schrecken die NATO-Historiker nicht davor zurück, den Nationalismus und Chauvinismus des bürgerlichen Liberalismus der Volksbewegung in die Schuhe zu schieben, während sie andererseits zwischen einem Prinzip liberaler Freiheit und der demokratischen Gleichheitsidee, die sie zur Quelle des sogenannten Totalitarismus machen, scharf unterscheiden

166 Der vollständige Text bei Worschech, S. 222f.

167 Zit. nach Engelberg (Hg.), Trier – und wie weiter?, S. 26.

168 Diese Abgrenzung kam beiden Seiten zupaß. Wenn Martin Sabrow schreibt: „Das Konzept einer fruchtbaren Konkurrenz von Marxisten und Nicht-Marxisten in der historischen Wissenschaft bedrohte in seiner Konsequenz die Herrschaft der SED über die Historie in der DDR“, dann ist umgekehrt festzuhalten, daß Wissenschaftspolitiker wie Ritter und Aubin einen solchen Dialog ebenfalls als Gefahr für ihre antikommunistische Deutungshoheit über die westdeutsche Geschichtswissenschaft sahen. Martin Sabrow, Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962, in: *Comparativ*, 1996, Nr. 5/6, S. 188.

169 Ernst Engelberg, NATO-Politik und westdeutsche Historiographie über die Probleme des 19. Jahrhunderts, in: *ZfG*, 1959, Nr. 3, S. 477.

möchten.“¹⁷⁰ Ritters „deutsch-nationale(s) Eiferertum“ und Schnabel „mit seinem mittelalterlichen Universalismus“ seien zwei Seiten derselben Medaille.¹⁷¹

„Schließlich“, so Engelberg, „geben die NATO-Historiker direkte ideologische Waffenhilfe, indem sie historische ‚Rechtfertigungen‘ für die angeblich notwendige Abkehr vom nationalstaatlichen Denken und die Zuwendung zur europäischen Integration liefern.“ Auch in diesem Bemühen spiele die Interpretation der Bismarckschen Politik eine Rolle, wofür Engelberg Hans Rothfels und dessen „orakelhafte Umschreibungen und Olympiergeste“ namhaft machte.¹⁷²

„Die Meister der vornehmen Anspielungen und wohlgesetzter Pointen“ würden viel deutlicher werden, wenn sie sich an die Öffentlichkeit wendeten; Engelberg zitierte eine Rundfunkrede Peter Rassows, in der dieser „ohne bildungsstolzes Herzdrücken“ die Rolle der USA in der NATO mit Preußen im Deutschen Kaiserreich verglichen hatte: der „Rolle des größten Schwertrügers, Waffenschmiedes und Geldgebers: Amerika, der Generalnennner, ohne den politisch nichts ins Werk gesetzt werden kann.“¹⁷³ Dies seien die „Werte“ der „abendländischen Welt“, die Rothfels beschwöre, um die deutsche Wiedervereinigung im Bonner Stil möglich zu machen. Die westdeutschen Historiker hätten nach 1945 „keine grundlegenden historischen Lehren aus der nationalen Katastrophe gezogen; sehr bald knüpften sie wieder an die alten reaktionären Traditionen der deutschen Geschichtsschreibung an, die stets die gesellschaftlichen und politischen Beherrscher des Deutschen Reiches ideologisch verteidigten und erklärten.“ Doch die Politik der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Erpressung gegenüber den sozialistischen Ländern ist, so Engelberg abschließend, „hoffnungslos geworden.“¹⁷⁴

Die von Ernst Engelberg beschriebene sozialistische Geschichtsforschung wollte der Partei der Arbeiterklasse nützen. „Wie steht es um die von der Partei der Arbeiterklasse ... geforderte Verbindung von Wissenschaft und Politik, von wissenschaftlicher Objektivität und Parteilichkeit?“, so Engelberg 1964.¹⁷⁵ Seine Antwort war: „Weil die Erkenntnis in der Geschichtswissenschaft bedingt ist durch die Klassennatur des Objekts und Subjekts der historischen Wirklichkeit, ist es im Interesse der Wahrheit von großer Bedeutung, wenn sich der Historiker auf den Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse stellt.“¹⁷⁶ Die von Engelberg detailgetreu untersuchte marxistische Arbeiterbewegung, deren selbstbewußte und couragierte Vertreter er noch kennengelernt hatte, gab es jedoch so nicht mehr. Dafür brei-

170 Ebenda, S. 482.

171 Ebenda, S. 485f. – Daß die Meinungen der DDR-Historiker über Gerhard Ritter durchaus unterschiedlich waren, kann der Verfasser in Erinnerung an seine Leipziger Studienzeit belegen: Ende der siebziger Jahre hörte er in der Vorlesung zur Geschichte der Geschichtswissenschaft bei Werner Berthold nur Kritisches zu Ritter, im anschließenden Spezialseminar über Humanismus und Reformation empfahl ihm Max Steinmetz Ritters Buch über die Weltwirkung der Reformation als Lektüre. Steinmetz hatte bei Ritter promoviert.

172 Ebenda, S. 484f. Engelberg fand es offenbar besonders enttäuschend, daß aus Deutschland unter Hitler Vertriebene wie Rothfels und Erich Eyck (letzterer als „bürgerlich-liberaler Emigrant“) die westdeutsche Politik rechtfertigten. Vgl. ebenda, S. 485.

173 Peter Rassow, Großmächte, Weltmächte, Machtblöcke. Eine Rundfunkrede, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1958, Nr. 5, S. 292.

174 Engelberg, NATO-Politik ..., S. 493 (Druckfehler korrigiert).

175 Ernst Engelberg, Die Aufgaben der Historiker von 1964 bis 1970, in: ZfG, 1964, Nr. 3, S. 390f. (Die Angabe fehlt in der Bibliographie Engelbergs in: Wolfgang Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert ..., S. 309–320).

176 Engelberg, Die Aufgaben der Historiker ..., S. 393.

tete sich eine zunehmend dogmatisch erstarrende Parteibürokratie aus, die nicht mehr von innen zu verändern war, eine Erkenntnis, die Engelberg sich – wie so viele seiner Generation – lange nicht ins Bewußtsein rief.

6. Der Bismarck-Biograph

Nachdem er 1969 die Leitung des Akademie-Instituts niedergelegt hatte, zog sich Engelberg auf eine für ihn eingerichtete Forschungsstelle für Theorie und Geschichte der Geschichtswissenschaft zurück. Fortan entzog er sich auch bewußt den Kräftespielen und Rivalitäten früherer Jahre.¹⁷⁷ Mit einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern, unter denen vor allem Wolfgang Küttler zu nennen ist, veröffentlichte er in den siebziger Jahren eine Reihe umfangreicher Studienbände vorrangig zu geschichtstheoretischen Fragen.¹⁷⁸ Seine gesammelten Aufsätze zu diesem Themenbereich erschienen 1980.¹⁷⁹ Auffallend bleibt, wie konsequent Engelberg das von ihm in seiner Dissertation 1934 erstmals angeschlagene Thema über Jahrzehnte hinweg weiter verfolgte: Bismarck und seine sozialistischen Gegenspieler. Nach der Emeritierung im Jahre 1974 widmete er sich intensiv diesem Gegenstand und publizierte auf dem Weg zu seinem *Opus magnum* eine Reihe von Arbeiten, in denen er eine differenziertere Sicht auf die Reichseinigung von 1871 vermittelte, als er dies in den fünfziger Jahren getan hatte.¹⁸⁰

Es fällt schwer, einen anderen Historiker zu nennen, der über die Haft in Nazideutschland, über verschiedene Exilstationen und über jahrzehntelange Arbeit als Historiker in der DDR so konsequent am Hauptgegenstand des Forschens und Schreibens festhielt. Ungleich vielen anderen Exilanten, deren Arbeitsgebiet entscheidend durch die Jahre erzwungener Emigration geformt oder umgeformt wurde, war dies bei Engelberg nicht der Fall. Gewiß könne niemand, der sich mit dem 19. Jahrhundert befasste, an Otto von Bismarck vorbei. „Doch aus historischer Notwendigkeit allein wendet man nicht so viel Zeit an etwas, wenn da nicht auch Faszination im Spiel ist“, so Engelberg im ersten Band der Bismarck-Biographie.¹⁸¹

177 Fritz Klein, kein Freund Engelbergs, schrieb denn auch mit gutem Grund, Engelberg leitete die Forschungsstelle „auf hohem intellektuellen Niveau“ und ohne das „schreckliche Eiferertum“ früherer Jahre. Klein, Drinnen und draußen, S. 264.

178 Ernst Engelberg (Hg.), Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode, Köln 1972; Ernst Engelberg/Wolfgang Küttler (Hg.), Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis, Berlin (Ost) 1977; Ernst Engelberg/Wolfgang Küttler (Hg.), Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin, Berlin (Ost) 1978.

179 Ernst Engelberg, Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze, hg. von Gustav Seeber und Wolfgang Küttler, Berlin (Ost) 1980.

180 Um die wichtigsten zu nennen: Horst Bartel/Ernst Engelberg (Hg.), Die großpreussisch-militaristische Reichseinigung 1871. Voraussetzungen und Folgen, 2 Bde., Berlin (Ost) 1971; Ernst Engelberg (Hg.), Diplomatie und Kriegspolitik vor und nach der Reichsgründung, Berlin (Ost) 1971; ders., Otto von Bismarck. Die Revolution von oben, in: Gustav Seeber (Hg.), Gestalten der Bismarckzeit, Berlin (Ost) 1978, S. 1–27.

181 Hier zit. nach der Neuausgabe: Ernst Engelberg, Bismarck, Bd. 1: Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1998, S. XIII.

Für Engelberg war der „königlich-preußische Revolutionär Bismarck ... Testamentsvollstrecker der Revolution von 1848, zugleich aber auch Bewahrer ihrer Konterrevolution, insofern er die Prärogative der Krone allzeit entschlossen verteidigt hatte. In dieser Dialektik von Revolution und Konterrevolution steckte sowohl die Negierung des Absolutismus als auch des Liberalismus. In den Jahren von 1866 bis 1871 entstand etwas Drittes, das gleichfalls auf den Begriff gebracht werden muß. Faßt man sowohl die Verfassungsurkunde als auch die Verfassungswirklichkeit ins Auge, dann erweist sich der schon damals entstandene Begriff des Bonapartismus als zutreffende Kennzeichnung der neuen Herrschaftsform. So verschieden einzelne Erscheinungen des Napoleonismus und des preußisch-deutschen Hegemonialsystems waren, sie zeigten doch gleiche Wesenszüge; beide übernahmen objektiv die Aufgabe, den Industriekapitalismus der freien Konkurrenz durchzusetzen, stützten sich vornehmlich auf die Armee und versuchten, somit machtgeschützt, zwischen den sozialen Kräften und politischen Institutionen zu lavieren und sie im Gleichgewicht zu halten. Die Voraussetzung dieser modernen bonapartistischen Diktatur war die Schwäche der einzelnen Klassen.“¹⁸²

1990 erschien der zweite Band der Bismarck-Biographie. Engelbergs Interpretation des Bismarckschen Sozialistengesetzes mochte vor allem marxistische Historiker überraschen: „Eine unmittelbare Gefahr für Staat und Gesellschaft hat Bismarck in der Sozialdemokratie sicherlich nicht gesehen, auch wenn er sich im Sommer 1878 mitunter in gesellschaftsretender Demagogie geradezu überschlug ... Mochte diese Demagogie auch zweckbewußt theatralische Effekte einsetzen, dennoch ging sie davon aus, daß die Sozialdemokratie, neue soziale Schichten repräsentierend, sich grundsätzlich von anderen Parteien unterschied; sie verfolgte nach des Kanzlers Ansicht solche revolutionären Ziele, die – das sprach er wiederholt und mit Nachdruck aus – nur negativ-destruktiv sein könnten. Das sie auch positiv-konstruktive Ziele verfolge, gestand er ihr nicht zu.“¹⁸³

Dabei war Bismarck, so sein Biograph, „weder fähig noch willens, zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu unterscheiden, sah er in ihr nur eine einzige Bürgerkriegspartei, die sich zu etwas Ähnlichem wie die Pariser Kommune entwickeln könnte und deswegen mit Blut und Eisen niederzuwerfen wäre. Mit dieser Haudegensicht konnte Bismarck allerdings die ständigen Veränderungen im sozialen und politischen Beziehungsgeflecht der weltweiten Arbeiterbewegung überhaupt nicht erfassen.“¹⁸⁴ Charakteristisch für Bismarcks Staats- und Gesellschaftsverständnis war vielmehr, daß die sozialistische Bewegung „eine Angelegenheit der Arbeiterführer (sei), nicht ... eine der Massen.“¹⁸⁵ Dies aber war, schrieb Engelberg abschließend, nur die Kehrseite von Bismarcks „eingefleischte(m) Royalismus, der ihn am Ende lähmte gegenüber Wilhelm II. So konnte dieser zur Symbolfigur einer nicht nur von Unternehmern, Bürokraten und Militärs, sondern auch von bürgerlichen Parteien getragenen Politik der Herausforderung anderer traditioneller Mächte werden. Damit wurde das bedeutende politische Erbe Bismarcks, Umsicht im europäischen Kräftespiel walten zu lassen,

182 Ebenda, S. 760.

183 Ernst Engelberg, Bismarck, Bd. 2: Das Reich in der Mitte Europas (1990), Neuausgabe: Berlin 1998, S. 301f.

184 Ebenda, S. 533.

185 Ebenda, S. 535.

schlechterdings vertan. Diese Tragik einer reichentwickelten Persönlichkeit wurde zur Tragik der deutschen Nation.“¹⁸⁶

Die immensen Unterschiede zu Engelbergs Auffassungen der fünfziger Jahre fallen ins Auge. Auch im Duktus hatte sich der reifer gewordene Historiker von manch eifervollen Passagen früherer Zeiten gelöst; dies teilte er mit vielen anderen DDR-Kollegen. „Der Spiegel“ widmete dem ersten Band eine Titelgeschichte, und sein Herausgeber Rudolf Augstein bezeichnete das Buch als „ein sensationelles, ein denkwürdiges Werk.“¹⁸⁷ Die Fachkritik äußerte sich überwiegend ähnlich, doch sah der Amerikaner Georg Iggers Engelbergs Werk als Teil einer „Rückkehr zu traditionellen Methoden“, die in der DDR allgemein „zu einer stärkeren Annäherung an politische und methodologische Konzepte nationalkonservativer Traditionen“ geführt habe.¹⁸⁸ Diese Meinung blieb nicht unwidersprochen.¹⁸⁹

Hatte sich Engelberg nach der Abgabe des Berliner Direktorenamtes 1969 aus allen wissenschaftspolitischen Funktionen zurückgezogen, verstand er sich gleichwohl weiterhin als politischer Historiker. Doch erst zwanzig Jahre später griff er in eine entsprechende Debatte unmittelbar ein – und setzte sich bewußt von der SED-Linie ab:

Auf einem Kolloquium, das die Akademie der Wissenschaften zu seinem 80. Geburtstag veranstaltete, nahm Engelberg am 19. April 1989 zum unheilvollen Erbe Stalins in der Geschichte des Kommunismus Stellung.

Eine Niederschrift seines Freundes Nathan Steinberger zitierend, der zwei Jahrzehnte in Stalins Lagern eingesperrt war, verdeutlichte Engelberg die Politik „des Vernichtungsfeldzugs, den Stalin angeblich gegen die Kulakenklasse, tatsächlich aber ... gegen die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bauern“ vom Zaune brach, die „Methoden jenes Terrorsystems, ... das wenige Jahre danach zur völligen Liquidierung der in der Oktoberrevolution errungenen Arbeiterdemokratie und zur Austilgung der revolutionären Kader“ führte. „Die Stalinsche Kollektivierung hat gerade in den ersten Jahren millionenfachen Hungertod über das Dorf gebracht“, hielt Engelberg der verlogenen Propaganda in der DDR entgegen, die im Frühjahr 1989 – letztmalig, wie damals niemand wußte – die geschichtliche Wahrheit über den Stalinismus zu unterdrücken suchte.¹⁹⁰ „Es ist ein schwieriger Prozeß, sich vom Stalinschen Erbe zu lösen“, sagte Engelberg. „Aber der Sozialismus erweist sich in der Sowjetunion als reformfähig – trotz aller Turbulenzen.“ Er beschloß seine herausfordernde Rede mit den optimistischen Worten: „So können wir Alten sicher sein, daß die Ideale unserer Jugend trotz allem verwirklicht werden.“¹⁹¹

Diese Voraussage sollte sich nicht bewahrheiten. Nach der demokratischen Herbstrevolution von 1989 optierte die Mehrheit der DDR-Bürger im Frühjahr darauf für die Beseitigung der DDR und den sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik. Damit wurden auch die meisten Forschungseinrichtungen der DDR aufgelöst, darunter auch das Akademie-Institut für

186 Ebenda, S. 648f.

187 „Nicht umsonst regiert man die Welt.“ Rudolf Augstein über das Bismarck-Bild des DDR-Historikers Ernst Engelberg, in: *Der Spiegel*, 1985, Nr. 36, S. 177.

188 Georg G. Iggers, Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt a. M. 1991, S. 16; vgl. auch ders., *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, Wien etc. 1997, S. 422.

189 Vgl. Werner Berthold, Georg G. Iggers 65 Jahre, in: *Karl-Lamprecht-Rundbrief*, 1992, Nr. 1, S. 13.

190 Vgl. Hanna Wolf/Wolfgang Schneider, *Zur Geschichte der Komintern*, in: *ND*, 6./7. Mai 1989.

191 Ernst Engelberg, *Bemerkungen zu Männern, die Geschichte machen*, in: *Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin*, 1991, Nr. 1, S. 90f.

Geschichte, dem Ernst Engelberg einst vorgestanden hatte.¹⁹² Fast alle seine wissenschaftlichen Schüler und deren Schüler verloren ihre Arbeitsplätze in einem als „Abwicklung“ bezeichneten Prozeß, der selbst der kritischen Aufarbeitung bedarf. Engelberg gehörte zu den wenigen, deren Werk in den folgenden Jahren nicht dem Verdikt einer bloßen Geschichtspromaganda anheimfiel. Die Lektüre seiner Arbeiten lohnt noch immer. Ihr Wert besteht vor allem darin, daß Engelberg eine präzise Gesellschaftsanalyse mit dem Sinn für die prägende Rolle großer Persönlichkeiten im Geschichtsprozeß verband und ausdrucksstark vermittelte.

192 Zumindest ein Teil der Institutsbibliothek wurde noch im Januar 2001 zu „Schleuderpreisen“ vor dem Hauptgebäude der Humboldt-Universität verkauft.

4. TEIL:

ERFAHRUNGEN IM STALINISMUS. RÜCKKEHR AUS DER SOWJETUNION

KAPITEL 9

Vom Gefechtsstand in den Hörsaal. Leo Stern (1901–1982)

„Was gibt es Neues an der historischen Front?“, war die erste Frage, die der Hallenser Leo Stern bei seinen Besuchen in Berlin regelmäßig den Kollegen stellte. Die Frage war bezeichnend für den Menschen: Leo Stern verstand sich nicht nur als Kämpfer für den Sozialismus auf dem Feld der Geschichtswissenschaft, er mußte sich in der Tat seit frühester Kindheit in einer ihm grundsätzlich feindlich gesinnten Welt behaupten. Als Jude und Sohn eines verarmten Kleinbauern in der Bukowina geboren, stand er lange auf der Schattenseite des Lebens. Als Interbrigadist im Spanienkrieg und als Offizier der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg kämpfte er aktiv gegen den Faschismus. Seine enorme Willenskraft, gepaart mit großem Fleiß und echter Begabung, sollte ihn schließlich bis zum Rektorat einer deutschen Universität führen. Möglich wurde dies für Stern in der DDR. Dort mußte er allerdings lange darüber schweigen, daß auch in das Leben seiner Familie Stalin brutal eingegriffen hatte.

1. Aus „Halbasien“ in die Rote Armee

Geboren wurde Jonas Leib Stern am 27. März 1901 in Woloka, einer kleinen, in der Bezirkshauptmannschaft Czernowitz gelegenen Gemeinde mit rund dreitausend Einwohnern.¹ Der in der gleichen Gegend aufgewachsene Schriftsteller Karl Emil Franzos bezeichnete das Land, dessen Bewohner zumeist in drückender Armut und Rückständigkeit lebten, in einer

1 Die biographischen Angaben nach Leo Stern, Biographie (Entwurf), in: ABBAW, NL Stern, Nr. 1; UA Halle, PA Leo Stern, 2 Bde. (nicht foliiert); SAPMO-BArch, DY 30/TV/2/11/v. 2833 (Materialien über Stern bei der Zentralen Parteikontroll-Kommission); Brigitte Hering, Einblick in ein reiches Wissenschaftlerleben. Zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h.c. Leo Stern, in: ND, 27. März 1981; Conrad Grau, Leo Stern (1901–1982), in: Heinz Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin (Ost) 1989, S. 318–340; Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 9, Berlin 1998, S. 514; Gerhard Oberkofler, Die Wahl von Leo Stern in die Deutsche Akademie der Wissenschaften (1955), in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, 1999, Nr. 1, S. 1–11 (im folgenden: Oberkofler, Leo Stern). Die u. a. bei Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 193, abgedruckte Angabe, wonach Sterns Vater Rechtsanwalt war, ist falsch.

Novellensammlung als „Halbasien“. Jonas Leib, der sich später Leo nannte, war eines von zwölf Kindern des Pächters Salman Stern (1861–1902) und seiner Frau Henriette (Jetty) geb. Korn (1863–1934). Als Halbweise mußte er sich seit seinem zehnten Lebensjahr die Mittel für den Unterhalt selbst verdienen, indem er Mitschülern Stunden gab. Dies ermöglichte ihm unter Entbehrungen den Besuch des Gymnasiums. 1916 wurde die Familie aus dem Kriegsgebiet nach Salzburg evakuiert. Dort legte Leo Stern 1921 die Matura ab. Was Isaac Deutscher über die jüdischen Arbeiter in Warschau schrieb, galt auch für Leo Stern und seine Familie. Ihnen „bedeutete ein Krumen Wissen immer weit mehr als ein Kanten Brot“ und ihnen „war ihre Identität, einem wie dem anderen, ins Gesicht geschrieben, an den Augen und den abgearbeiteten Händen abzulesen ... Wir kannten den Talmud und waren durchtränkt vom Chassidismus. Seine Idealisierungen empfanden wir nurmehr als Sand, der uns in die Augen gestreut worden war. Wir waren in der jüdischen Vergangenheit aufgewachsen. Wir lebten mit dem elften, dem dreizehnten und dem sechzehnten Jahrhundert Tür an Tür, ja, unter einem Dach. Dem wollten wir entfliehen, um im zwanzigsten Jahrhundert zu leben.“² Es gehört zu den bedrückenden Entwicklungen des Sozialismus im 20. Jahrhundert, daß Isaac Deutscher, der wohl bedeutendste aller marxistischen Historiker, in Leo Sterns Wahlheimat, der DDR, wie in den übrigen Ländern des sowjetischen Machtbereiches totgeschwiegen oder verdammt wurde.

In Osteuropa war das weltliche jüdische Leben, das sich dem 20. Jahrhundert zuwandte, mit der Arbeiterbewegung verbunden. Somit war es nur natürlich, daß sich Leo Stern an ihr politisch orientierte. Befördert wurde dies nach der Aufnahme des Studiums in Wien ab 1921 durch seine Universitätslehrer Max Adler, Hans Kelsen und vor allem durch Carl Grünberg. Dieser kam wie Stern aus der Bukowina. Um einen Lehrstuhl für Neuere Wirtschaftsgeschichte übernehmen zu können, war Grünberg zum Katholizismus übergetreten. Später als Direktor des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt (Main) arbeitend, sollte sein „Entreebillet zur europäischen Kultur“ mit dem Machtantritt der Nazis 1933 verfallen: Er verlor sofort seine Stellung und starb nach Jahren größter Not am 2. Februar 1940 in Frankfurt.³

Nach einem vierjährigen Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte promovierte Leo Stern 1925 bei Grünberg über „Die sozialökonomischen und politischen Grundlagen des Merkantilismus“ zum Doktor der Staatswissenschaften.⁴ Er bestand 1928 auch die Absolutorialprüfung als Jurist. Stern versuchte, die Hochschullehrerlaufbahn einzuschlagen und wurde Assistent von Max Adler. Der linkssozialdemokratische Philosoph und Staatstheoretiker hatte es an der Wiener Universität nach dem Ersten Weltkrieg, obwohl Jude und Marxist, bis zum außerordentlichen Professor gebracht. Für Stern, der eine Habilitationsschrift über die Jakobiner in Österreich vorbereitete, wurde die Sache schwieriger. Bereits 1918 war er der Sozialistischen Arbeiterjugend beigetreten und wurde später Mit-

2 Isaac Deutscher, *Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus*, Berlin (West) 1977, S. 23f.

3 Vgl. Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1985, S. 27–30 und passim.

4 Vgl. Sterns Bibliographie (bis 1961) in: Hans-Joachim Bartmuß u. a. (Hg.), *Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte. Festgabe für Prof. Dr. Dr. h.c. Leo Stern zu seinem 60. Geburtstag*, Berlin (Ost) 1962, S. 559–572 (im folgenden: Stern, Bibliographie). Die Wiener Promotions- und die Moskauer Habilitationsschrift Sterns waren mir nicht zugänglich. Die Arbeiten befinden sich nach Mitteilung von Sterns Witwe nicht im Familienbesitz.

glied der SDAPÖ. Dort lernte er Ernst Fischer kennen. Die beiden Männer vertrugen sich jedoch nicht miteinander. 1968 bezeichnete Stern in einem Privatbrief Fischer als „Charakter- und Gesinnungslumpen ohnegleichen, der mit demselben Eifer, mit der er heute der Reaktion und Konterrevolution dient, seinerseits in Moskau sich als Stalinanhänger gebärdete und alles tat, um als ‚orthodoxer‘ Marxist-Leninist zu erscheinen.“⁵ Indem Stern Fischer vorwarf, wie Talleyrand vier aufeinander folgenden Regimen zu dienen und dabei immer wieder wie der Kork oben zu schwimmen, mißachtete er Fischers Wandlung vom eifernden Stalinisten zum radikal-demokratischen Marxisten. Er griff Fischer jedoch nicht öffentlich an.

Im Österreich der zwanziger und dreißiger Jahre bedingten die Verteidigung der Demokratie und die Parteinahme für die sozialistische Idee einander. Zwar habe, hieß es 1926 im Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie, „sich die Gesamtheit der Bourgeoisie der Staatsgewalt bemächtigt. Andererseits hat die demokratische Republik der Arbeiterklasse politische Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit gegeben, ihre geistigen Kräfte und ihr Selbstbewußtsein gewaltig entwickelt ... In der demokratischen Republik beruht die politische Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr auf politischen Privilegien, sondern darauf, daß sie mittels ihrer wirtschaftlichen Macht, mittels der Macht der Tradition, mittels der Presse, der Schule und der Kirche die Mehrheit des Volkes unter ihrem geistigen Einfluß zu halten vermag.“ Die Klassengegensätze und die gesellschaftliche Polarisierung versetzten aber die Arbeiter in die Lage, auf demokratischem Wege die kapitalistische Ordnung zu überwinden. Verteidigung und Ausbau der Demokratie entsprechen den Lebensinteressen der Sozialdemokratie.⁶

Mitte der zwanziger Jahre verstärkten sich die antidemokratischen Tendenzen innerhalb der österreichischen Öffentlichkeit. Militaristische Kreise, vor allem die von Industriellen finanzierte Heimwehr, provozierten 1927 eine innenpolitische Krise. Als die Justiz Heimwehrlaute vom Mord an einem Arbeiter und einem Kind freisprach, demonstrierten Zehntausende Wiener, unter ihnen Leo Stern, am 15. Juli vor dem Justizpalast. Die Polizei schoß brutal in die Menge. Sechshundachtzig Demonstranten fanden den Tod, es gab Hunderte Verletzte. Ein von den Sozialdemokraten daraufhin erwogener Generalstreik fand in den Bundesländern außerhalb Wiens keine genügende Unterstützung und wurde abgesagt. Die politische Rechte sah die sozialistische Programmatik der SDAPÖ nur noch als Rhetorik, da die Sozialdemokratie nicht zur Mobilisierung des Schutzbundes, ihrer bewaffneten Kampforganisation, aufrief. „Es war offensichtlich“, schrieb der amerikanische Historiker Anson Rabinbach, „daß die Parteiführer die Rolle der paramilitärischen Organisation der Partei eher als vorbeugend denn tatsächlich einsetzbar sah.“⁷ Ein Gefühl der Enttäuschung über die Parteispitze breitete sich vornehmlich unter jüngeren Sozialdemokraten aus; ein Gefühl, das sich auch Leo Sterns bemächtigte.

Vorerst unterstützte dieser seinen Lehrer Max Adler bei der Lehrtätigkeit an der Wiener Arbeiterhochschule. Leo Kofler, der an dieser Einrichtung studierte und Vorlesungen bei Stern hörte, erinnerte sich: „Es war damals generell so, daß die bedeutendsten Personen der

5 Sterns Brief ist teilweise abgedruckt bei Gerhard Oberkofler, Eduard Rabowsky – Jurist der Arbeiterklasse. Eine politische Biographie, Innsbruck/Wien 1997, S. 132f.

6 Das Linzer Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, beschlossen am 3. November 1926, in: Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme 1889–1978, Wien 1991, S. 41–57, Zitat S. 44.

7 Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg, Wien 1989, S. 55.

österreichischen Arbeiterbewegung sich kein einfaches Funktionärsleben machten, sondern beständig ‚unter das Volk‘ gingen und lehrten, so auch an der Arbeiterhochschule. Diese war eine der bedeutendsten Einrichtungen in Wien, sie war eine hervorragende Institution. Da sind Arbeiter zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr, die als begabt erkannt wurden, bei vollem Lohn aus den Betrieben herausgegangen und wurden für zwei Jahre auf der Arbeiterhochschule weitergebildet. Danach wurden sie in den Gewerkschaften und in der Partei für Bildungs-, Schulungs- und Agitationszwecke eingesetzt oder wieder in ihren Betrieb entlassen. So wurde jene Schicht herangebildet, die Lukács treffend als ‚Volkstribunentum‘ bezeichnet hat und an der wir heute einen so großen Mangel leiden.“⁸

1932 begriff Stern, daß für ihn an der Wiener Universität die Habilitation nicht möglich war. Als Jude und aktiver Sozialdemokrat, der seit 1925 die sozialökonomische Abteilung der „Marxistischen Studiengemeinschaft“ an der Universität leitete, dazu als Assistent des an der Universität angefeindeten Max Adler, fand er keinerlei Unterstützung im akademischen Establishment. Stern mußte von der schlecht bezahlten Lehrtätigkeit an der Arbeiterhochschule leben. Er gab Ein- und Zweijahreskurse zu verschiedenen Problemen der Soziologie und der Nationalökonomie und publizierte, teilweise unter Pseudonym, im sozialdemokratischen „Kampf“, der „Arbeit und Wirtschaft“ sowie später auch in kommunistischen Zeitschriften. Ein Aufsatz mit dem Titel „Ist die Welt auf dem Wege zum Freihandel?“, der im September 1929 in der „Neuen Freien Presse“ erschien, wurde mit einem vom amerikanischen Ökonomen Edgar Filene ausgelobten Preis bedacht.⁹

Im Jahre 1931 starteten faschistische Lokalgrößen in der Steiermark einen Putschversuch. Die Rädelführer wurden von einem Gericht freigesprochen, was Ernst Fischer als ein Omen für Schlimmeres ansah. Er sah einen weiteren Umsturzversuch voraus. „Warum auch nicht? Die Leute haben zu ihrem Erstaunen wahrgenommen, daß die Staatsgewalt teils mit ihnen paktiert, teils den Erfolg abwartet, keinesfalls aber gegen sie von der Waffe Gebrauch macht. Sie haben wahrgenommen, daß die Arbeiterschaft ihnen nirgends mit Handgranaten und Maschinengewehren entgegentritt und daß es kein großes Risiko ist, in Österreich zu putschen.“¹⁰

Eine stärker werdende Gruppe jüngerer Sozialdemokraten, zu der Leo Stern gehörte, versuchte deshalb, die Partei zu einer offensiveren Strategie zu drängen. Dies war der Kern einer sich 1933 herausbildenden „Linksopposition“, die sich Ende des Jahres der Kommunistischen Partei annäherte. Auf einem Treffen am 31. Oktober in Eisenstadt, an dem Stern teilnahm, beschlossen Kommunisten und Linkssozialisten die Einrichtung gemeinsamer Organisationszellen zur Koordination, Herstellung von Literatur und Erarbeitung einer Strategie.¹¹ Als Konsequenz seiner Orientierung am Kommunismus trat Stern bei dieser Gelegenheit zur KPÖ über.

Nur ein gutes Vierteljahr später zeigten die Wiener Februarereignisse, daß Sozialdemokraten kämpften, daß Kommunisten sich diesen Kämpfen zuordneten. Das gemeinsame Handeln unter Führung des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes konnte

8 Leo Kofler, „Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft“. Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers, Hamburg 1987, S. 26.

9 Vgl. Stern, Bibliographie, S. 561.

10 Ernst Fischer, Österreich vor dem Bürgerkrieg, in: Die Weltbühne, 5. Januar 1932, S. 8f., zit. in: Rabinbach, S. 71.

11 Vgl. Ebenda, S. 149.

die Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung durch die Dollfuß-Diktatur aber nicht verhindern.

Für Leo Stern, der im Februar gekämpft hatte, bedeutete diese Niederlage Verhaftung und schließliche Emigration. Vom 18. Februar bis zum 18. Juli 1934 war er in Polizeihaft und im KZ Wöllersdorf bei Wiener Neustadt. Nach seiner Entlassung arbeitete er zunächst im Österreichischen Haus-, Hof- und Staatsarchiv an einem Forschungsauftrag zur Geschichte der österreichischen Jakobinerverschwörung 1794, dann in der Studienbibliothek der noch nicht verbotenen Wiener Arbeiterkammer.

Im Oktober 1935 verließ Stern, vom Zugriff der Polizei unmittelbar bedroht, auf Beschluß der Parteileitung das Land. Er emigrierte zunächst in die Tschechoslowakei. Dort schrieb er eine Geschichte der Linksopposition in der österreichischen Sozialdemokratie, die 1940 als Lehrbrief an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau verbreitet wurde.¹² 1936 ging Stern, wiederum auf Beschluß der KPÖ-Leitung, in die Sowjetunion. Er wohnte kurzzeitig im Moskauer Komintern-Hotel „Lux“.¹³ Nach wenigen Monaten der Arbeit als Lektor an der Lenin-Schule meldete er sich zu den Internationalen Brigaden. Von Januar 1937 bis April 1938 kämpfte Leo Stern in Spanien im antifaschistischen Freiheitskampf, in dem sein Bruder Lazar Stern, der sich damals bereits Manfred nannte, unter dem *nom de bataille* Emilio Kléber als General und Kommandeur der XI. Brigade der Spanischen Volksarmee eine herausragende Rolle spielte.

Im April 1938 war Leo Stern wieder in Moskau, wo er im Verlag für Internationale Literatur die marxistischen Klassikerausgaben lektorierte. Klawdija Kirsanowa, die Leiterin der Lenin-Schule und hochrangige Mitarbeiterin im Volkskommissariat für Unterricht, ermöglichte ihm die Rückkehr zur wissenschaftlichen Lehrtätigkeit: Sie veranlaßte, daß er sich mit der in Wien begonnen Arbeit über „Die Staatstheorie des Marxismus“ 1940 habilitieren konnte.¹⁴ Im Juni 1940 wurde Stern aufgrund der Vorlage seiner Arbeit „Der soziale und politische Katholizismus der Gegenwart“ zum außerordentlichen Professor für neuere Geschichte am Ersten Moskauer Pädagogischen Institut für Fremdsprachen ernannt. Gleichzeitig unterrichtete er an der Staatlichen Lomonossow-Universität. Darüber hinaus arbeitete er einige Monate als Fachreferent für ausländische sozialwissenschaftliche Literatur beim Allrussischen Komitee für Hochschulangelegenheiten. Dabei kamen ihm seine exzellenten Sprachkenntnisse zugute. Neben Deutsch beherrschte er Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch.¹⁵ Er beendete eine Reihe noch in Wien begonnener Arbeiten: Die „Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“ fanden ebenso wie sein „Querschnitt durch die Wirtschaft Österreichs“ als Lehrmaterialien an der Lenin-Schule Verwendung.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges schrieb Stern unter dem Pseudonym Schneider beziehungsweise Taylor eine Reihe politischer Aufsätze. Unter der bezeichnenden Überschrift „Wie Englands Herrenklasse ihre Kriege führt“ erschien im Frühjahr 1940 ein langer Aufsatz aus Sterns Feder im Organ der Komintern. Er sah in der „Rivalität zwischen dem kolonialpolitisch saturierten, aber in industriell-technischer Hinsicht zurückbleibenden eng-

12 Vgl. Stern, Bibliographie, S. 559. Die Arbeit lag dem Verfasser nicht vor.

13 Dort lernte ihn Ruth von Mayenburg kennen. Vgl. ihr Buch: Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution, München/Zürich 1991, S. 134.

14 Er reichte diese Arbeit 1939 als Habilitationsschrift ein. Vgl. UA Halle, PA Leo Stern, Bd. 1.

15 Er dürfte auch Jiddisch und (durch den Besuch des *Cheder* in Woloka) mindestens etwas Hebräisch gesprochen haben, doch machte er dazu keine Angaben.

lischen Imperialismus und dem ökonomisch hochentwickelten deutschen Imperialismus“ die Ursache beider Weltkriege. England sei „immer noch ein Hauptpfeiler des imperialistischen Weltsystems, der Hort der Weltreaktion. Diese Feststellung bedeutet aber keineswegs, daß die imperialistischen Rivalen Englands weniger reaktionär oder gar ‚moralischer‘ sind.“¹⁶ Die letztere Bemerkung war mit hoher Wahrscheinlichkeit das Äußerste, was die Redaktion der Zeitschrift angesichts der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit an Kritik am Hitler-Regime gestatten konnte. Stern geißelte die „zynische Politik des britischen Imperialismus“, die „das Polen der Pans (Gutsherren; M. K.) in den Krieg gegen Deutschland hineinhetzte“,¹⁷ doch mußte diese Bemerkung vor allem zynisch in den Ohren der zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilten polnischen Bevölkerung klingen – so diese das Organ der Komintern denn las. Natürlich war Stern in der Wahl seiner Worte nicht frei. Ruth von Mayenburg, die damalige Ehefrau Ernst Fischers und ebenfalls in Moskau, sagte später, der Schock über den deutsch-sowjetischen Pakt „war so groß, daß wir in den ersten Stunden kaum darüber sprechen konnten ... In unserem Denken waren wir ja auch Leninisten, nämlich gegen den Imperialismus. Und Staaten wie England, Frankreich, Amerika usw. waren für uns noch imperialistische Staaten ... So versuchten wir unser Gewissen zu beruhigen darüber, was dieser Hitler-Stalin-Pakt faktisch bedeutete ... Und es war eigentlich beschämend. Und über dieses Beschämende sind wir lange nicht hinweggekommen. Man mußte das marxistische Denken über Imperialismus, über internationale Kämpfe, über alles dies, das mußte man mobilisieren, um über diese echte Gewissensfrage sich hinwegzuschwindeln.“¹⁸ Ruth von Mayenburg drückte das Dilemma vieler Kommunisten aus. Sterns einzige Möglichkeit war, die politischen Ereignisse in einer noch relativ maßvollen Sprache zu kommentieren. Er tat dies unter anderem in Aufsätzen über die britische Politik gegenüber Irland und über den Kriegsschauplatz in Nordafrika.¹⁹

Zu Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion meldete sich Leo Stern am 7. Juli 1941 an die Front. Er wurde dem Volkskommissariat für Verteidigung zur besonderen Verwendung zugeteilt. In den Jahren 1941 und 1942 hielt er in Ufa, dem damaligen Sitz der Komintern-Organen, Vorträge über die faschistische Geschichtsideologie vor Vertretern der Kommunistischen Jugendinternationale. Er unterhielt Kontakte zu Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht.²⁰ Im Frühjahr 1942 schrieb er Lehrmaterialien zur Geschichte Österreichs und der österreichischen Arbeiterbewegung für die Höhere Parteischule in Kuschnarenkowo. Mit Johann Koplenig beteiligte er sich im Herbst 1943 an der Bildung eines Komitees der österreichischen Freiheitsbewegung. Das Komitee suchte nach einer „Möglichkeit zur praktischen Eingliederung der Österreicher in den Kampf der Alliierten. Dadurch“, so hieß es in einer entsprechenden Erklärung in Moskau lebender KPÖ-Mitglieder, „können die Österrei-

16 F. Schneider (Leo Stern), *Wie Englands Herrenklasse ihre Kriege führt*, in: *Die Kommunistische Internationale*, 1940, Nr. 3/4, S. 265.

17 Ebenda, S. 277.

18 Ruth von Mayenburg im Interview mit Friedrich Utitz, zit. nach Wolfgang Leonhard, *Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes*, München 1989, S. 36f.

19 Vgl. L. Taylor (Leo Stern), *Wohin treibt Irland?*, in: *Die Kommunistische Internationale*, 1940, Nr. 7/8, S. 510–522; ders., *Der imperialistische Krieg in Afrika und seine Probleme*, in: Ebenda, 1940, Nr. 11/12, S. 820–834.

20 Vgl. die Materialien im Nachlaß Wilhem Piecks, in: SAPMO-BArch, NY 4036/524 und 539.

cher im Ausland mithelfen, daß Österreich den Beitrag zu seiner Befreiung leistet, der mit Recht von ihm gefordert wird, und die Befreiung Österreichs beschleunigen.“²¹

2. Von Stalingrad nach Wien und Halle

Im Oktober 1942 kam Stern zur kämpfenden Truppe und nahm an der Schlacht von Stalingrad teil. Nach diesem entscheidenden Sieg über die deutschen Okkupanten ging er bis Mai 1943 an die Südwestfront, daran anschließend übernahm er Aufgaben beim Sowjetischen Informationsbüro. Im September 1944 kam er wieder zu einer Kampfeinheit, in deren Reihen er bis Kriegsende verblieb. Am 13. April 1945 nahm er an der Befreiung Wiens aktiv teil und war daran anschließend für Marschall Tolbuchin tätig. Im Oktober 1945 wurde der Oberstleutnant Leo Stern demobilisiert, blieb aber in der Sowjetischen Kontrollkommission tätig.

Vom Gefechtsstand ging Stern zurück in den Hörsaal: Er wollte wieder in die historische Forschung und Lehre. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hatte ihm mehrere Forschungsaufträge für das befreite Wien erteilt: Er sollte im Haus-, Hof- und Staatsarchiv über die österreichisch-russischen Beziehungen, die österreichische Arbeiterbewegung sowie über die Slawenfrage in Österreich arbeiten. Daneben trug er Material über die Jakobinerprozesse von 1794 und zur Ersten Österreichischen Republik zusammen.²² Für die österreichische KP schrieb er eine Reihe von Lehrmaterialien. Hierzu gehört seine kleine Schrift „Der Imperialismus und der Zweite Weltkrieg“. Das deutsche Finanzkapital, so Stern, stand 1918 vor folgenden Fragen: „1. Wer soll die Lasten des verlorenen Krieges tragen? 2. Wie ist das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen? 3. Wie kann ein neuer Krieg – mit besseren Chancen, ihn zu gewinnen – vorbereitet werden? Die erste Frage wurde gelöst durch eine ins Phantastische getriebene Papiergeldinflation, durch Abbau der Reallöhne und Sozialgesetzgebung, durch eine ausgesprochen volksfeindliche Steuer- und Preispolitik, durch schamlose Staatssubventionen an die Industriemagnaten und Feudalagrariarier. Die zweite Frage wurde nicht ohne Beihilfe der deutschen Sozialdemokratie (Ebert, Scheidemann, Noske) gelöst. Die enge Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Reichswehr hatte zur Folge die Niederschlagung der revolutionären Spartakusbewegung, die Ermordung Rosa Luxemburgs, die Niederschlagung des Ruhraufstandes 1920, die Massaker in Mitteldeutschland 1921, den Reichswehreinmarsch in Sachsen-Thüringen 1923 und die Niederschlagung des Hamburger Aufstandes 1923.“²³

21 Erklärung der österreichischen Kommunisten in Moskau zur Frage der Schaffung eines Komitees der österreichischen Freiheitsbewegung im Ausland (undatiert, wohl Oktober 1943), in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien, Akten-Nr. 1036. Zu den Unterzeichnern gehörten Johann Koplenig, Ernst Fischer, Friedl Fürnberg, Friedrich Hexmann und Leo Stern.

22 Vgl. auch Leo Stern (Hg.), *Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1954, S. 288, sowie Gerhard Hilke, *Leo Sterns Forschungen zur österreichischen Geschichte*, in: Hans Hübner (Hg.), *Leo Stern im Dienst der Wissenschaft und der sozialistischen Politik*, Halle 1976, S. 55–57. Eine späte Frucht von Sterns Forschungen dieser Zeit war seine Abhandlung: *Zum Prozeß gegen die österreichische Jakobiner-Verschwörung*, in: Walter Markov (Hg.), *Maximilien Robespierre 1758–1794. Beiträge zu seinem 200. Geburtstag*, Berlin (Ost) 1961, S. 435–467.

23 Leo Stern, *Der Imperialismus und der Zweite Weltkrieg*, Wien 1946, S. 3f.

Um einen neuen Krieg zu gewinnen brauchte, so Sterns Lesart, das deutsche Finanzkapital eine ihr gefügige Kraft, die das ungeliebte Weimarer Staatswesen beseitigen und Deutschland zur Kriegsmaschine hochrüsten konnte. Die NSDAP sollte alsbald „zum Sammelbecken aller dieser ewigen Landsknechte und lumpenbourgeois Elemente (werden), die nichts als das Mordhandwerk gelernt und dieses zu ihrem Lebensberuf erhoben hatten.“ Hitler wurde zum „Führer“ emporgehoben, „weil er das blindeste und skrupelloseste Werkzeug in den Händen des deutschen Finanzkapitals war.“²⁴ Stern räumte in weniger vereinfachter Sichtweise ein, daß Hitler „der geschickteste Massendemagoge war, der Brutalste im Kampf in Versprechungen an alle Bevölkerungsschichten, der Gerissenste im Kampf gegen alle seine Konkurrenten“,²⁵ doch blieben Hitler und die NSDAP für ihn lediglich „Kreaturen der deutschen Finanzmagnaten.“²⁶

Vor allem war Stern als akademischer Lehrer tätig. Er übernahm Gastprofessuren an der Wiener Universität und (bis 1948) an der Hochschule für Welthandel. „Zu allem Überfluß“, schrieb der Jurist Werner Ogris 1984, „hatte ein Herr Stern, Professor der Universität Moskau, noch eine zweistündige ‚Gesellschaftslehre‘ und ‚Staatstheorie des Marxismus‘ angekündigt.“²⁷ Dies suggerierte, Stern habe nur dank der sowjetischen Präsenz in Wien unterrichten können.

Nicht auf sowjetischen Druck, sondern nach Vorschlag des Professorenkollegiums der Juristischen Fakultät vom 23. Juli 1945 wurde Stern für das kommende Wintersemester als Gastprofessor an die Wiener Universität berufen. Den entsprechenden Antrag an das Staatsamt formulierten der Verfassungsrechtler Ludwig Adamovich, Rektor der Universität, der Nationalökonom Hans Mayer und der Völkerrechtler Alfred von Verdross.²⁸ Neben seiner Lehrtätigkeit an der Universität und der Handelshochschule arbeitete Stern am Wiener Institut für Wissenschaft und Kunst, an dem sich eine Gruppe von Gelehrten über ideologische Grenzen hinweg organisiert hatte.

Obwohl Stern eine umfangreiche Lehrtätigkeit entfaltete, gelang es ihm nicht, an einer österreichischen Hochschule eine Lebensstellung zu erringen. Seine Tätigkeit im Informationsbüro während des Krieges und die anschließende Arbeit für die Militärverwaltung in Österreich – er begutachtete vor allem neue Lehrbücher – veranlaßten seine Gegner, ihn der aktiven Beteiligung an sowjetischen Repressalien zu beschuldigen:

Stern war von der KPÖ als Redner auf einer Maifeier in Kleinpöchlarn eingesetzt worden, auf der einige Betrunkene ihn angriffen. Er wurde durch einen Messerstich verletzt. Daraufhin alarmierte der Wirt eines Gasthauses die sowjetische Garnison. In den darauffolgenden Auseinandersetzungen machten die sowjetischen Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch und töteten zwei Teilnehmer der Maifeier, die angeblich Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Entgegen den Tatsachen wurde Stern dafür verantwortlich gemacht.²⁹ Noch viele Jahre danach hielt sich in Ostdeutschland das Gerücht, er sei NKWD-

24 Ebenda, S. 5.

25 Ebenda, S. 6.

26 Ebenda, S. 13.

27 Werner Ogris, 1884–1984. Einhundert Jahre Rechtswissenschaft im Hause am Ring, Wien 1986, S. 59, zit. nach: Oberkofler, Leo Stern, S. 1.

28 Vgl. das entsprechende Schreiben von Alfred von Verdross an Stern, 25. Juli 1945. Dieses und weitere unveröffentlichte Materialien stellte mir Sterns Witwe Alice zur Verfügung.

29 Vgl. Der blutige Ausflug des Herrn Professor Stern, in: Arbeiter-Zeitung, 11. Mai 1947; Neues vom blutigen Stern, in: Ebenda, 18. Mai 1947. Diese Lesart findet sich auch in einem MfS-Bericht vom 15. September 1960, der sich auf vertrauliche Informationen Hallenser Hochschullehrer berief. BStU, Hal-

Offizier gewesen.³⁰ Als – wie wir sehen werden – Angehöriger eines prominenten Stalin-Opfers kam er dafür jedoch kaum in Frage. Im österreichischen akademischen Betrieb blieb er wie vor 1934 ein bestenfalls geduldeter Außenseiter ohne wirkliche berufliche Karrierechancen. Doch lernte er damals seine spätere Frau, die 1921 geborene Alice Melber kennen – am 8. Mai 1945.

In einer Zeit, in der Stern sich fragen mußte, wie er seine wissenschaftliche Laufbahn fortsetzen konnte, erreichte ihn zum 1. März 1950 ein Ruf an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Stern sollte einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbewegung übernehmen.³¹

Daran war der Rektor der Hallischen Universität Eduard Winter maßgeblich beteiligt. Winter und Stern kannten sich aus dem Wiener Institut für Wissenschaft und Kunst. Im September 1946 hatte Stern Winter für eine Professur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands empfohlen. Dieser erhielt als ehemaliger katholischer Priester, der geheiratet hatte, in Österreich keine Universitätsstellung.³² Winter war als früherer Mitarbeiter der Reinhard-Heydrich-Stiftung, die die tschechischen Kulturgüter im okkupierten Prag geplündert hatte, nicht unumstritten.³³ Dennoch setzte sich Stern für ihn ein. Winter sei, schrieb Stern, „fortschrittlich denkend und trotz seiner fünfzig Jahre eine ungebrochene kämpferische Natur ... Wir wollen hier alles daransetzen, daß Professor Winter Österreich erhalten bleibt, aber es steht zu befürchten, daß wir ihn bei dem heute in Österreich herrschenden Kurs nicht werden halten können.“³⁴ Zuerst wurde Winter, dann Stern nach Halle berufen.³⁵

le, Allg. P 5813/72, Bl. 156. Weiterhin vermutete die Stasi unzutreffend, Stern habe seine Arbeit im Wiener Archiv beenden müssen, da einige seiner Mitarbeiter „unter seiner Verantwortung umfangreiche Aktendiebstähle“ vorgenommen hätten. Es bestünde „aber auch die Möglichkeit, daß diese Zeitungsmeldungen eine anti-sowjetische Propaganda der österreichischen Regierung“ sei. Ebenda, Bd. I, Bl. 57f.

30 Vgl. Burchard Brentjes, As I seem to remember!, in: Hochschule Ost, 1996, Nr. 3, S. 74. Die Spannungen zwischen Stern und Brentjes sowie dessen Lehrer Heinz Mode (der ein langjähriger MfS-Spitzel war), wurden von der Staatssicherheit ausführlich dokumentiert. Sterns Witwe wies die von Brentjes verbreiteten Gerüchte zurück. Vgl. Alice Stern, Zu den „Erinnerungen“ des Herrn Prof. Burchard Brentjes, in: Ebenda, 1997, Nr. 1, S. 174–176.

31 Leo Kofler („Die Kritik ...“, S. 58) irrte, als er annahm, nach seiner Flucht in den Westen habe Stern den verwaisten Lehrstuhl übernommen. Zum Zeitpunkt der Berufung Sterns nach Halle war Kofler von seiner Lehrtätigkeit bereits suspendiert, jedoch noch offiziell im Amt, überdies auf einem Lehrstuhl für Geschichtsphilosophie, nicht für Neuere Geschichte.

32 Vgl. Eduard Winter, Erinnerungen (1945–1976), hg. von Gerhard Oberkofler, Frankfurt a. M. 1994, S. 18f., und Conrad Grau, Eduard Winter (1896–1982), in: Heitzer u. a. (Hg.), Wegbereiter ..., S. 358–375.

33 Zur Heydrich-Stiftung und ihrem Leiter vgl. Karl Heinz Roth, Heydrichs Professor. Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtungen: Der Fall Hans Joachim Beyer, in: Peter Schöttler (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997, S. 262–342, zu Winter S. 299 und 335f. Winter ging auf seine Arbeit in der Stiftung im ersten Band seiner Erinnerungen knapp ein: Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Nach Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Dokumenten und Erinnerungen, Berlin (Ost) 1981, bes. S. 134ff.

34 Zit. nach Conrad Grau, Eduard Winter als Osteuropahistoriker in Halle und Berlin von 1946 bis 1956, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, Berlin 1995, Bd. 1, S. 46.

35 Vgl. das Schreiben der Landesregierung von Sachsen-Anhalt vom 23. März 1950 über die Berufungsverhandlungen mit Stern. Kopie im Besitz des Verfassers.

Während Winter später nach Berlin ging, blieb Stern bis zu seiner Emeritierung 1966 in Halle.³⁶

Unmittelbar nach seiner Berufung wurde Stern Direktor des neu gegründeten „Instituts für Geschichte des deutschen Volkes“ und Mitdirektor des Instituts für allgemeine Geschichte. Ab 1951 war er auch Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium und Stellvertreter des Rektors. Dreimal – 1953, 1955 und 1957 – wurde Stern für jeweils zwei Jahre zum Rektor der Martin-Luther-Universität gewählt.³⁷ Darüber hinaus übernahm er noch 1951 den Vorsitz des „Wissenschaftlichen Beirats für Geschichte“ beim neu geschaffenen Staatssekretariat für Hochschulwesen. Unter Sterns Leitung entstand im August 1952 der erste Studienplan für die Fachrichtung Geschichte. Dies bedeutete eine Straffung des Fachstudiums, aber auch eine ideologische Einengung im Sinne eines rigiden Marxismus-Leninismus.³⁸

Nur drei Jahre nach seiner Übersiedlung in die DDR gehörte Leo Stern zu deren tonangebenden Historikern. Mit Alfred Meusel und Heinz Kamnitzer, zwei weiteren Remigranten, bildete er 1953 das erste Herausbergremium der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“.³⁹ Fünf Jahre später lehnte er, mit Funktionen überlastet, den Vorsitz der Historiker-Gesellschaft der DDR ab, wurde allerdings Präsidiumsmitglied.⁴⁰ In Halle entfaltete Stern eine umfangreiche Tätigkeit als Forscher und akademischer Lehrer, bei dem unter anderem Hans-Joachim Bartmuss, Karl Drechsler, Gerhard Fuchs, Horst Gericke, Hans Hübner, Werner Kowalski und Hellmuth Weber promovierten.⁴¹ Der mit Selbstbewußtsein, österreichischem Charme und betont als Grandseigneur auftretende Stern wurde national und international eine bekannte Erscheinung im Wissenschaftsbetrieb.

36 Am 11. Mai 1953 wurde Stern DDR-Bürger. Ein Jahr vorher war er von der KPÖ in die SED übergewechselt. Vermerk des Volkspolizei-Kreisamtes Halle vom 13. September 1955, enthalten in: BStU, Halle, Allg. P 1989/67, Bd. I, Bl. 179.

37 Am 14. August 1957 begründete Stern in einem Brief an Ulbricht sein Widerstreben, als Rektor noch eine Amtsperiode amtierend zu müssen, mit der außerordentlich hohen Belastung durch seine zahlreichen Funktionen. Seinem Wunsch wurde nicht entsprochen; die SED-Bezirksleitung Halle bestand auf Stern, da ein bürgerlicher Wissenschaftler als Rektor „infolge der politischen Lage an der Universität“ nicht in Frage käme. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/533, Bl. 12–20.

38 Vgl. die unterschiedlichen Interpretationen bei Werner Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild. Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution*, Berlin (Ost) 1970, S. 246, und bei Ilko-Sascha Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997, S. 165f.

39 Die Beziehungen zwischen Stern und Meusel waren durchaus nicht die besten. Vgl. eine entsprechende Mitteilung der ZK-Abteilung Wissenschaft und Hochschulen an Kurt Hager vom 4. Dezember 1953, in: SAPMO-BArch, DY/IV 2/9.04/397, Bl. 47. In einem Nachruf auf Meusel würdigte Stern jedoch dessen „lauteste Gesinnung und hohe Geisteskultur“. ABBAW, NL Stern, Nr. 57.

40 Vgl. ZK-Abteilung Wissenschaften, Hausmitteilung an Kurt Hager, 7. Januar 1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/46, Bl. 180, zit. ebenda, S. 272. Eine Liste von Sterns wissenschaftlichen und Parteifunktionen befindet sich in: ABBAW, NL Stern, Nr. 1.

41 Vgl. die von Stern begutachteten Promotionsarbeiten in: Stern, *Bibliographie*, S. 571f.

3. Politik und Geschichtsschreibung

Bereits im Herbst 1950, Stern war soeben nach Halle übersiedelt, begründete er die Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, zu deren wichtigstem Kooperationspartner die Staatliche Archivverwaltung der DDR wurde.⁴² Die vertraglich bei der Forschungsgemeinschaft angestellten Wissenschaftler waren zugleich externe Mitarbeiter an dem von Stern geleiteten „Institut für Geschichte des deutschen Volkes“.⁴³ 1956 übernahm Stern zudem die Leitung der „Abteilung Zweiter Weltkrieg“ am Akademie-Institut für Geschichte, die in Halle ansässig blieb. Die Forschungsgemeinschaft gab von 1954 bis 1977 unter dem Reihentitel „Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ 25 Bände heraus. Neben umfangreichen Bibliographien gehörten dazu Quellensammlungen über die Russischen Revolutionen von 1905 und 1917, über den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Bismarcksche Sozialistengesetz, zur Lage der Landarbeiter in Ostelbien im 19. und 20. Jahrhundert sowie zum Kapp-Putsch. Zwischen 1961 und 1964 erschienen unter den Auspizien der Forschungsgemeinschaft weiterhin 22 Bände „Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, für die Material aus 16 Archiven der DDR erschlossen wurde. Über die Edition der beiden Reihen hinaus steuerte Stern zwei mit umfangreichen Einleitungen versehene Dokumentationen über die Auswirkungen der Russischen Revolutionen von 1905 und 1917 auf Deutschland bei.⁴⁴

„Die Bemühungen Leo Sterns um die Quellenerschließung fanden“, schrieb Conrad Grau, „zunehmende Zustimmung, stießen anfangs aber auch auf kritische Vorbehalte. Diese richteten sich unter anderem gegen die damals unabdingbare Einbeziehung nichtmarxistischer Mitarbeiter sowie die daraus und aus der Art der Arbeiten resultierende Gefahr der Faktologie“⁴⁵; einen Ausdruck, den Grau nicht erläuterte. Was er nur andeuten konnte, war die von der ZK-Abteilung Wissenschaft und Hochschulen im November 1953 sorgsam registrierte Anstellung einer Reihe von Mitarbeitern, von denen einige der NSDAP angehört hatten. „Sie haben“, hieß es in einem der Abteilung vorgelegten Bericht, „unter der politischen und fachlichen Anleitung des Gen. Prof. Stern eine große Arbeit geleistet. 28 von ihnen arbeiten hauptamtlich, die übrigen leisten Hilfsarbeiten. Jeder von ihnen hat einen befristeten Auftrag von etwa 1 Jahr und ist verpflichtet, monatlich einen Bericht über seine

42 Dabei gelang es Stern, Walter Ulbricht zu veranlassen, für die Rückführung umfangreicher Archivbestände aus der Sowjetunion Sorge zu tragen. Vgl. den Briefwechsel Ulbricht-Stern vom 3., 14. und 28. Dezember 1951 in: SAPMO-BArch, NY 4182/933, Bl. 396–401.

43 Vgl. *Archivalische Forschungen ...*, Bd. 1, S. 300–304.

44 Leo Stern (Hg.), *Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905–1907 auf Deutschland. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 2/1, Berlin (Ost) 1955; ders., *Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung*, Berlin (Ost) 1958. Diese Arbeit erschien auch als Einleitung zu: *Archivalische Forschungen ...* Bd. 4/I, Berlin (Ost) 1959. Vgl. weiterhin Leo Stern (Hg.), *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission*, 2 Bde., Berlin (Ost) 1956.

45 Grau, Leo Stern, S. 333.

geleistete Arbeit zu geben.“⁴⁶ Kritik gab es insbesondere wegen der Anstellung des früheren Nazihistorikers Werner Frauendienst in Sterns Arbeitsprojekt.

Frauendienst, zunächst Legationssekretär im Auswärtigen Amt, hatte sich nach seinem Wechsel auf den Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Halle als fanatischer Kündler des Hitlerschen Geschichtsbildes exponiert.⁴⁷ Seine Antrittsvorlesung vom 17. November 1938 hatte „Die Überwindung von Versailles“ behandelt. Frauendienst hatte betont, bei der Revision der europäischen Staatenordnung werde auch von den Geisteswissenschaften „der totale Einsatz gefordert, genau so wie vom Soldaten der Waffe und des Spatens, vom Ingenieur und Erfinder der neuen Rohstoffe. Von Anbeginn hat der Führer auf die Gesinnung und Charakterhaltung und darum auf die weltanschauliche Erziehung das entscheidende Gewicht gelegt.“⁴⁸ Triumphierend hatte Frauendienst festgestellt: „Die Weltanschauung des Nationalsozialismus durchströmte wie ein neues reines Blut den von Hoffnungslosigkeit und Not zermürbten, vom Bolschewismus vergifteten Volkskörper.“⁴⁹ Hingegen verschlössen die führenden Mächte des Völkerbundes, indem sie 1934 den Beitritt der Sowjetunion akzeptierten, „vor der Gefahr des Weltbolschewismus gewaltsam die Augen und wollten ‚Feuer und Wasser versöhnen‘.“⁵⁰ Frauendienst hatte die deutsche Expansions- und Annexionspolitik, gepaart mit demagogischen Erklärungen über Frieden und Selbstbestimmungsrecht, als „weltgeschichtliche Wandlung“ gefeiert; Deutschland sei „frei, groß und stark geworden.“ Der braune Propagandist hatte seine Antrittsvorlesung mit einem zackigen „Heil Hitler!“ beschlossen.⁵¹

Knapp eineinhalb Jahrzehnte später hatte Leo Stern den Lehrstuhl für Neuere Geschichte inne – allerdings waren nunmehr ganz andere Lehr- und Forschungsinhalte gefragt. Solche Inhalte seien durch Leute wie Frauendienst nicht zu vermitteln, legte der ZK-Mitarbeiter Ernst Diehl am 28. Februar 1954 im „Neuen Deutschland“ nahe. Frauendienst sei auf einer Tagung der Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ mit „einer Verherrlichung des preußischen Militarismus“ aufgetreten und habe die Darstellung „positiver Seiten“ des Preußentums in der Geschichtsschreibung gefordert. Frauendienst, so Diehl, „befand sich damit in der Nachbarschaft der reaktionären Strömungen der westdeutschen Geschichtsschreibung, die zur Verbreitung der Ideologie des Militarismus und des Völkerhasses das Preußentum zu verherrlichen streben ... Es gibt also Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft, die ihren vom Volk erhaltenen Auftrag zur Aufdeckung der historischen Wahrheit verletzen und sich zu Verfechtern reaktionärer Auffassungen machen, die in der westdeutschen Geschichtsschreibung verbreitet werden.“ Seitens der Leitung der Forschungsgemeinschaft bestünden „ernste Versäumnisse in bezug auf eine systematische Anleitung der Mitarbeiter“, was „einigen Reaktionären“ ermöglicht habe, „in dieser Forschungsgemeinschaft unbemerkt zu wirken“; auch wenn Stern „sich mit

46 Bericht des Gen. Prof. Dr. Stern über seine Archivarbeit in Halle am 3. November 1953 in der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/123, Bl. 53.

47 Belege bei Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 131 ff., 157, 206, 251.

48 Werner Frauendienst, Die Überwindung von Versailles. Hallische Universitätsreden, Nr. 66, Halle 1939, S. 4.

49 Ebenda, S. 6.

50 Ebenda, S. 9f.

51 Ebenda, S. 28.

reaktionären Auffassungen auseinandergesetzt“ habe, konnte die Kritik an ihm nicht übersehen werden.⁵²

In einem Brief an Stern beteuerte Frauendienst, der gegen ihn gerichtete Absatz in Diehls Artikel sei „von A bis Z unwahr“, was Stern aus der vorherigen Kenntnis des Beitragtextes wüßte. „Wenn dem so wäre, wie der Artikelschreiber sagt, hätten Sie das wohl in ihrer Zwischenbilanz und in ihrem Schlußwort nicht vergessen“. Ihm selbst sei keine Möglichkeit gegeben, die Dinge öffentlich richtigzustellen. Da aber gleichzeitig die von Stern geleitete Forschungsgemeinschaft unwahr verdächtigt worden sei, appellierte Frauendienst an Sterns Loyalität, dies für ihn zu tun.⁵³

Möglicherweise auf Empfehlung Sterns wandte sich Frauendienst kurz darauf in einem Brief an das Redaktionskollegium des „Neuen Deutschland“ und betonte, er habe sich „mit keinem Wort für die Darstellung der ‚positiven Seiten‘ des Preußentums eingesetzt. – Richtig ist vielmehr, daß ich das reaktionäre Preußen als Feind der Arbeiterbewegung und der Arbeiterschaft dargestellt habe, ... vielleicht infolge des freien Vortrags in einer nicht ganz klaren und unmißverständlichen Form.“ Er habe „Hunderte wertvollster Dokumente, die die frühere Forschung vernachlässigt oder unterdrückt hatte“, erschlossen, „und zwar in dauernder Fühlungnahme, Diskussion und Konsultation mit Herrn Prof. Dr. Stern und seinen Mitarbeitern unter den zuständigen Archivleitern. Ich habe“, so Frauendienst, „von Anbeginn mein Wissen, meine historisch-archivalischen Spezialkenntnisse, meine wissenschaftliche Erfahrung, meine ganze Kraft pflichtbewußt in den Dienst der fortschrittlichen Interessen der Forschungsgemeinschaft gestellt.“ Er betonte seine „positive Einstellung zu unserem Staat“ und hob „die schon bestehende fruchtbare Zusammenarbeit marxistischer und bürgerlicher Historiker“ hervor.⁵⁴

Diehls Artikel im „Neuen Deutschland“ war ein Brief Sterns an Walter Ulbricht vorausgegangen. Frauendienst, so Stern, gehöre „zweifelloos zu den problematischsten Mitarbeitern“ des Arbeitskreises. „Er war im Dritten Reich Legationsrat im Deutschen Außenamt und von 38–44 Professor für neuere Geschichte in Halle. Nach 45 wurde er von den sowjetischen Stellen verhaftet und bis Ende 52 festgehalten.“⁵⁵ Da seine beschlagnahmte Bibliothek der Universität zugesprochen wurde, war er nach seiner Entlassung bei mir erschienen, um sich u. a. über etwaige Arbeitsmöglichkeiten auf seinem Gebiet zu erkundigen. Er beriet

52 Ernst Diehl, Kampf den reaktionären Tendenzen in Fragen der Geschichtsforschung. Kritische Bemerkungen zur Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, in: ND, 28. Februar 1954. In der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ hieß es, Frauendienst führte „in seinem Bericht über das Thema ‚Das reaktionäre Preußen 1815–1871 als Feind der deutschen Arbeiterbewegung‘ unter anderem sinngemäß aus, der preußische Staat habe neben seiner Unterdrückungsfunktion gegenüber der Arbeiterklasse auch ‚gute Seiten‘ gehabt.“ Der Bericht sei damit „fast zu einer Apologie des Preußentums“ geworden. Horst Bülter/Gerhard Fuchs, Die 3. Tagung der Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, in: ZfG, 1954, Nr. 1, S. 153.

53 Frauendienst an Stern, 1. März 1954, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/123, Bl. 97.

54 Frauendienst an das Redaktionskollegium des „Neuen Deutschland“, 16. März 1954, in: Ebenda, Bl. 98f.

55 Frauendienst kam am 3. Oktober 1945 in sowjetische Haft nach Zinna und von dort nach Torgau und Buchenwald. Am 3. Juni 1950 wurde er in einer öffentlichen Sitzung der 2. Kleinen Strafkammer des Landgerichts Chemnitz in Waldheim wegen Unterstützung des Naziregimes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und am 7. Oktober 1952 von Wilhelm Pieck amnestiert. Vgl. Frauendiensts Lebenslauf vom 25. Februar 1953, in: BStU, MfS-Zentralarchiv, Allg. P 1799/55. Das Gerichtsurteil befindet sich in: BStU, MfS, Abt. XII/RF/452.

sich auch mit Prof. Hartung, der ihn mir in der Folge als Mitarbeiter empfahl. Auch die sowjetischen Stellen, die ich befragte, hatten gegen die Mitarbeit von Frauendienst, den sie gut kannten, nichts einzuwenden. Ausgehend von den Erfahrungen, die ich mit ähnlichen Mitarbeitern wie Frauendienst in Wien in den Jahren 45–50 machte, trug ich keine Bedenken, ihn als Mitarbeiter einzustellen.

Frauendienst ist zweifellos ein hervorragend beschlagener Fachmann von hoher Intelligenz, bei dessen Einstellung als Mitarbeiter die Fragestellung maßgebend war, ob es zweckmäßig sei, ihn nach Westdeutschland gehen zu lassen, wo er den Chor der Bonner Ideologen vermehrt hätte oder ihn hier zu behalten und angemessen zu beschäftigen. Ich bin der Meinung, daß Prof. Frauendienst oder andere Mitarbeiter niemals gefährlich werden können, da es von vornherein feststand, daß das von ihnen bearbeitete Archivmaterial *nur unter entsprechender Redaktion und Einbegleitung durch berufene marxistische Historiker veröffentlicht werden wird*. Zu seinen Darlegungen auf der Tagung und denen einiger anderer Mitarbeiter ist zu sagen, daß sie sich von dem vorher eingereichten Manuskript mehr oder weniger lösten, m. E. eher verführt durch das Podium und den Wunsch, sich reden zu hören als geleitet von einer bewußten Absicht, eine Provokation zu starten.“ Sterns Wunsch gehe dahin, schrieb er abschließend, „daß vom ZK nicht auf Grund einseitiger Informationen Beschlüsse gefaßt werden, sondern daß auch die von mir vorgebrachten Tatsachen berücksichtigt werden.“⁵⁶

Stern erhielt Rückendeckung durch die Spitzen der Akademie der Wissenschaften. In der Sitzung der Klasse für Gesellschaftswissenschaften gab Leo Stern am 18. März 1954 einen Bericht über die Forschungsgemeinschaft. „Die Klasse stellt fest“, hieß es im Protokoll, „daß durch die Bildung der Forschungsgemeinschaft und ihre bisherige Tätigkeit die sozialgeschichtliche Forschung in der DDR ein festes Fundament gefunden hat; die Klasse konstatiert ferner, daß das von Professor Stern praktizierte Prinzip einer Zusammenarbeit von marxistischen und nichtmarxistischen Historikern richtig ist. Die Herren Hartung und Meusel werden ermächtigt, im Namen der Klasse ein Schreiben an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten Walter Ulbricht zu richten, in dem diese beiden Feststellungen übermittelt werden.“⁵⁷ Damit konnte Diehls Vorstoß gegen Stern gestoppt werden. Frauendienst, für den die Lage schwierig wurde, flüchtete noch im Frühjahr 1954 in den Westen.⁵⁸

Auf eine ganz andere Weise verließ 1955 der Mediävist Martin Lintzel die Universität Halle: er nahm sich das Leben. Stern, der den Kollegen stets geachtet und ihn gegen kleinliche Angriffe von Parteidogmatikern verteidigt hatte, schrieb: „Wir wollen unserer Verehrung für Lintzel, unserem Dank für seine Lebensarbeit dadurch Ausdruck geben, daß wir

56 Stern an Ulbricht (und Ernst Diehl zur Kenntnisnahme), 12. Februar 1954, in: Ebenda, Bl. 90f. Hervorhebung im Text.

57 Johannes Irmischer (Referent für Gesellschaftswissenschaften) an die Historische Kommission, z. Hd. Herrn Prof. Dr. Hartung, 25. März 1954, in: Ebenda, Bl. 100.

58 Das MfS hatte Sterns Beziehungen zu Frauendienst von Anfang an genau verfolgt und vermutet, Stern habe Frauendienst (entsprechend seinen Erfahrungen in der Sowjetunion) über seine Assistenten eine Warnung zukommen lassen, woraufhin dieser die DDR verlassen habe. Ähnliche Verdachtsmomente hegte die Stasi gegen Stern im Zusammenhang mit Leo Koflers Flucht aus Halle. Vgl. BStU, Halle, Allg. P 1989/67, Bd. I, Bl. 49f., 75f. Stern habe auch die Promotion des früheren NS-Publizisten Heinrich Werle unterstützt und sei an „trotzkistischer Literatur“ zur Geschichte der Arbeiterbewegung interessiert gewesen. Für all diese (wohl auch böswilligen) Mutmaßungen fehlen indes schlüssige Beweise. Vgl. ebenda, Bl. 10 und 152. Kofler äußerte sich allerdings auch im Westen günstig über Stern.

ihm durch eine würdige Ausgabe seiner zahlreichen Arbeiten ein ehrendes Denkmal setzen.⁵⁹ Im Jahre 1961 erschienen Lintzels Aufsätze in einer zweibändigen Ausgabe.⁶⁰

Stern warnte auch weiter davor, befähigte, doch ideologisch unangepaßte Wissenschaftler zu drangsalieren. Im Frühjahr 1958 wurde der Historiker Günter Mühlpfordt wegen eines an sich nichtigen Anlasses aus der SED ausgeschlossen und mit Lehrverbot belegt.⁶¹ Stern, der sich als Rektor zunächst gegen Mühlpfordt gewandt hatte, änderte, wie dieser berichtete, ab Mitte April 1958 seine Haltung und „trat den Ultras vehement entgegen.“⁶² „Die Fehler des Gen. Stern überschreiten die Grenzen“ berichtete SED-Sekretär Hans-Heinrich Angermüller am 17. Juni in einer Parteileitungssitzung. „Alles wird von Prof. Stern gebremst und gehemmt.“⁶³ Dieser legte Wert darauf, fachlich seriöse Wissenschaftler trotz politischer Gegensätze an der Universität zu halten; er wollte auf ihre professionellen Qualitäten in Lehre und Forschung nicht verzichten.⁶⁴

Bemerkenswert ist Sterns Plädoyer für einen unvoreingenommenen Umgang mit dem deutschen bürgerlichen Erbe in der Geschichtsforschung auf der ersten zentralen Tagung der DDR-Historiker, die am 7. und 8. Juni 1952 in Berlin stattfand. Er verwies auf die Besonderheit der deutschen Historiographie als Reaktion auf die Französische Revolution. Die deutschen Historiker hätten „nicht wie die großen Historiker Frankreichs oder Englands an die englisch-französische materialistische Naturrechtsphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts angeknüpft“, vielmehr „an die romantisch-katholische Restaurationsideologie eines Görres, Schlegel, Gentz, Baader, Stahl, Adam Müller.“ Daneben gebe es jedoch eine andere bürgerliche Traditionslinie, „eine humanistische, weltaufgeschlossene und zutiefst nationale Geschichtsschreibung, die auf Möser, Schlosser, Winckelmann, Goethe, Herder und Lessing zurückgeht.“⁶⁵ In seiner Verabsolutierung des Rankeschen Objektivitätsbegriffs habe der deutsche Historismus die gesellschaftliche Dimension jedoch aus den Augen verloren: „Vor lauter Akririe, vor lauter bis ins Mikroskopische gehenden Einzeluntersuchungen gewisser Fragen und Epochen und auf der anderen Seite unter Ablehnung jedweder, generalisierend durch die ganze Geschichte gewissermaßen durchgehenden immanenten Gesetzmäßigkeiten verlor die große deutsche Geschichtsschreibung die Fähigkeit, die großen Fragen, die die Nation angingen, wie überhaupt die großen historiographischen Fragen zu behandeln. Noch mehr: Weil sie die streng individualisierende Methode bis zum Exzeß trieb und die generali-

59 Leo Stern, Martin Lintzel zum Gedächtnis, in: Wissenschaftliche Annalen, 1955, Nr. 11, S. 719.

60 Vgl. Martin Lintzel, Ausgewählte Schriften, 2 Bde., Berlin (Ost) 1961.

61 Anlässlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution hatte Mühlpfordt den Einfluß des (Herbst-)Wetters auf erfolgreiche revolutionäre Aufstände zur Diskussion gestellt. Dies wurde als Gelegenheit benutzt, den aus der SPD gekommenen Wissenschaftler mit Lehr- und de-facto-Publikationsverbot zu belegen. Vgl. Erich Donnert (Hg.), Europa in der frühen Neuzeit. Festschrift für Günter Mühlpfordt, Bd. 5, Köln etc. 1999, bes. die Beiträge von Hartmut Boockmann, Ulrich Neuhäuser-Wespy und Margarete Wein. Mühlpfordt hatte sich 1952 bei Stern mit der Arbeit: Die polnische Krise von 1863 – die Begründung der russisch-preußisch-deutschen Entente der Jahre 1863–1871, habilitiert.

62 1958 – ein dramatisches Jahr an der Martin-Luther-Universität (Gespräch mit Günter Mühlpfordt), in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, Heft 5, Halle 1999, S. 92.

63 Bericht von Hans-Heinrich Angermüller in der Sitzung der Parteileitung der Historiker am 17. Juni 1958, zit. ebenda.

64 Daher ist Karin Hartewigs Urteil über Stern nicht zureichend: „Als Propagandist und Geschichtsschreiber trug er mit seinen Arbeiten erheblich zu dem Prozeß bei, den man zu Beginn der fünfziger Jahre in schöner Revolutionsromantik die ‚Erstürmung der Festung Wissenschaft‘ nannte.“ Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln etc. 2000, S. 135f.

65 Leo Stern in: Historiker-Tagung, 7./8. Juni 1952, S. 101f., in: ABBAW, NL Meusel, Nr. 618.

sierende Betrachtung vollkommen ablehnte, hatte sie 1918 wie 1945 eingestandenermaßen Bankrott erlebt.“⁶⁶

Eine solche Kritik gelte auch für Historiker, deren Persönlichkeit Stern günstig beurteilte, so für Gerhard Ritter. Dieser, so Stern, „gehörte den Kreisen an, die am 20. Juli 1944 das Attentat gegen Hitler durchgeführt haben. Er wurde von der Gestapo verhaftet, saß im Lehrter Gefängnis und wurde von der sowjetischen Armee befreit. Gerhard Ritter hat sich tatsächlich als einer der wenigen in der Zeit des Kalten Krieges und als drüben die Kriegshetze auf Hochtouren lief, für die Verständigung des deutschen Volkes mit dem großen russischen Volk eingesetzt. Er hat sich für die Einheit Deutschlands eingesetzt, immer wieder die Einheit der Sprache, der Geschichte, der Geschichtsforschung usw. betont und hat tatsächlich durch sein persönliches Wirken viel dazu beigetragen, verschiedene Erscheinungen der Entfremdung zum Abklingen zu bringen, und wir wissen, daß Gerhard Ritter auch sehr mutig gegen den Kurs eingetreten ist, den Adenauer eingeschlagen hat.

Nun etwas sehr Bedauerliches, aber doch in der Linie seiner Persönlichkeit Liegendes“, fuhr Stern fort. „Ich sagte schon, daß Gerhard Ritter diese eigenartige Synthese zwischen Ranke und Jacob Burckhardt darstellt: Es ist offenkundig ein ideologischer Bruch in seiner Konzeption. Sein persönliches charaktervolles Verhalten wird immer wieder durch eine fehlerhafte ideologische Konzeption aus dem Konzept gebracht. Gerhard Ritter, der genauer sieht, in welcher tragischen Situation das deutsche Volk durch die Spaltung hineingeraten ist, der genauer sieht, daß der Anschluß Westdeutschlands an den Atlantikblock unheilsschwanger und mit sehr viel Gefahr verbunden ist, scheint sich selbst dessen nicht bewußt zu sein, daß auch er letzten Endes nach vielen geistvollen Reflexionen, die er über das Versagen der großen deutschen Geschichtsschreibung anstellte, jetzt in das Lager derer eingemündet ist, die objektiv – wenn auch nicht subjektiv – den ganzen verhängnisvollen Kurs, den Westdeutschland genommen hat, unterstützen.“ Stern konzidierte Ritters Bemühen, in Zusammenarbeit mit französischen Fachkollegen „die Ideologie des Boches in Frankreich und die Ideologie des Erbfeindes in Deutschland abzutragen“, als „ein sehr positives Beginnen“. Die auch von Ritter unterstützte Geschichtspolitik zielt jedoch auf einen „Schuman-Plan in der Geschichtsforschung“ ab: Deutsche und französische Wissenschaftler würden unter amerikanischer Ägide die kapitalistische Integration voranzutreiben suchen.⁶⁷ Bedenkt man Ritters bereits damals sichtbar werdende Rolle im Kalten Krieg, ist Sterns Urteil beachtenswert.⁶⁸

Trotz dieses Schlusses in Sterns Referat fühlte sich Hanna Wolf zu einer scharfen Replik herausgefordert. Sie, deren Kenntnisse über die Gesellschaft wie Geschichtsforschung der USA bestenfalls aus zweiter Hand stammten, behauptete im Gegensatz zu Stern einen „Bankrott der westdeutschen Geschichtsschreibung.“ Es habe sich gezeigt, „daß die westdeutschen Geschichtsschreiber dem Einfluß der amerikanischen Historiker vollkommen unterlegen sind und daß sie den Kurs, den Adenauer in der allgemeinen Politik eingeschla-

66 Ebenda, S. 108f.

67 Ebenda, Bl. 111f. Dies bezog sich auf den Plan des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950, der auf eine Vereinheitlichung der deutschen und französischen Produktion von Kohle und Stahl abzielte und als Vorläufer der Montanunion wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelten kann.

68 Im Zusammenhang mit Ritters Rede vor dem Deutschen Bundestag aus Anlaß des 17. Juni 1953 äußerte sich Stern wesentlich schärfer zu Ritter. Vgl. Sterns Artikel: Prof. Ritter – ein Barde des deutschen Militarismus, in: ND, 18. Juni 1955.

gen hat, auch auf dem Gebiet der Geschichte mitmachen, nämlich die völlige Amerikanisierung der deutschen Geschichtsschreibung und des deutschen Geschichtsunterrichts.“⁶⁹

In seiner Rektoratsrede auf der Inaugurationsfeier am 28. November 1953 hielt Stern an den zwei Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Geschichtswissenschaft fest. Gerhard Ritter, „eine bedeutende Forscherpersönlichkeit mit großen wissenschaftlichen Leistungen“, habe in seinen Schriften Gedanken geäußert, die „von einer völligen Verkenntung der eigentlichen geschichtlichen Probleme und Zusammenhänge (zeugten), ungeachtet der scharfen Worte, die Ritter ansonsten an die Adresse eines Ludendorff und Hitler richtete.“ Daß Ritter in der Schrift „Geschichte als Bildungsmacht“ die „aggressiven Kräfte des deutschen Monopolkapitals, ... die Hitler an die Macht geschoben hatten, weil er das skrupelloseste und willfähigste Werkzeug bei der Verwirklichung ihrer imperialistischen Pläne war, objektiv von jeder Schuld an der Entfesselung des zweiten Weltkrieges freisprach, gab er ihnen – wahrscheinlich ohne es zu wollen – damit zugleich für heute das moralische Mandat, eine ‚dritte Runde‘ zu beginnen, diesmal allerdings unter den nicht weniger unheilverkündenden Auspizien des anglo-amerikanischen Imperialismus.“⁷⁰ In Erwiderung auf Hermann Heimpel, mit dem Stern auf dem Kongreß der DDR-Archivare in Weimar 1952 das Gespräch gesucht hatte, sah er als „grundlegende Differenz“ zwischen der bürgerlichen und marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung: „Dort Agnostizismus, Pessimismus und Resignation, hier Optimismus, Zukunftsfreudigkeit, aufgebaut auf der klaren Einsicht in die objektiven Gesetze der geschichtlichen Entwicklung.“⁷¹ Stern hob jedoch unmißverständlich hervor, „kein einziger marxistischer Historiker“ werde leugnen, „daß die bürgerliche Geschichtsforschung viele Arbeiten von bleibendem Wert hervorgebracht hat, die nicht nur im Handwerklichen, Faktologischen und in der Akririe Rezeption und Anerkennung verdienen.“⁷²

Ein knappes Jahrzehnt später, nach dem vorläufigen Abbruch der deutsch-deutschen Historikerbeziehungen, fiel Sterns Urteil über die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik härter aus. Im Dezember 1960 sagte Stern vor Historikern der DDR und der UdSSR in Moskau, „daß die Fragestellung des Marxismus-Leninismus immer stärker die bürgerliche Geschichtsschreibung beeinflusst“ habe und die führenden westdeutschen Historiker nunmehr „gezwungen (seien), viel stärker zu manövrieren.“ Er erblickte jedoch auch eine „sich ständig steigernde *aggressive Rolle und Tätigkeit* im Dienst der Außen- und Innenpolitik der Adenauer-Regierung“ und „eine sprunghafte Verstärkung des antikomunistischen Kampfes“ gegen die Geschichtswissenschaft der DDR und ihre theoretischen Grundlagen.⁷³ Ein Jahr darauf benannte Stern auf einer Tagung in Wittenberg als „sozialen Auftrag“ der westdeutschen Historiker, „die revanchistischen Ziele des deutschen Imperialismus im Sinne des alten ‚Drangs nach Osten‘ durch pseudohistorische Argumente und supranationale Leitbilder zu stützen und zu rechtfertigen.“⁷⁴ Sterns harsche Kritik war wohl nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß sich noch am Ende der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik keine

69 Historiker-Tagung ..., S. 118f.

70 Leo Stern, Zur geistigen Situation der bürgerlichen Geschichtswissenschaft der Gegenwart, in: ZfG, 1953, Nr. 6, S. 839.

71 Ebenda, S. 837.

72 Ebenda, S. 849.

73 Leo Stern, Zur gegenwärtigen Entwicklung und Rolle der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: ABBAW, NL Stern, Nr. 44. Hervorhebung im Text.

74 Leo Stern, Zur deutschen Geschichtswissenschaft der imperialistischen Epoche (Diskussionsbeitrag zur Tagung der Deutschen Historiker-Gesellschaft in Wittenberg, 15.–17. November 1961), in: Ebenda, Nr. 54.

radikal-demokratische Richtung, gar mit marxistischem Ansatz, innerhalb der akademischen Geschichtsforschung etablieren konnte. Allerdings wäre gerade eine solche Denkschule nicht nur für die westdeutsche Historikerschaft, sondern vor allem für die DDR, die den Marxismus für sich reklamierte, eine große Herausforderung gewesen.

Auf dem XI. Internationalen Historikerkongreß, der vom 21. bis zum 28. August 1960 in Stockholm stattfand, dominierte noch einmal, wie Stern der Akademie berichtete, der Geist „des Antimarxismus und des Kalten Krieges“, doch wies er auf künftige Felder der Auseinandersetzung hin. Dazu zählte Stern die nationale Frage, eine dem Altösterreicher wohl vertraute Problematik, die angesichts neuer Staaten in Asien und Afrika an Bedeutung gewinne.⁷⁵ Der Ton der Auseinandersetzung zwischen den Historikern beider deutscher Staaten sei konzilianter als in den letzten Jahren, die inhaltlichen Differenzen jedoch unüberbrückbar geblieben.⁷⁶ Die Abteilung Wissenschaften war dennoch mit Stern nicht zufrieden. In einem internen Papier hieß es, er habe den Unterschied zwischen der ost- und westdeutschen Forschung nur „sehr ungenügend“ aufgezeigt. „Seine Rede war nicht geeignet, den Gegensatz zwischen den beiden Geschichtskonzeptionen klar sichtbar werden zu lassen. Genosse Stern sprach mehrfach von Gemeinsamkeiten der Historiker der beiden deutschen Staaten, wobei er betonte, daß sie nur auf der Linie: ‚Die Spuren des deutschen Imperialismus schrecken!‘ liegen könnten. Dabei machte er unzulässige Gesten gegenüber Rothfels, indem er sagte, daß er seine Werke mit großem Interesse gelesen und hierbei manches Nützliche gefunden habe. Die Absicht unserer Delegation, am letzten Tag den Schlußpunkt auf die Auseinandersetzungen ... mit den westdeutschen Historikern zu setzen, wurde durch die Rede des Genossen Stern verwischt.“ Rothfels überreichte in versöhnender Geste Stern seine Arbeit „Marx und Bismarck“, die dieser dankend annahm. In der Parteigruppe der Delegation stieß er deshalb auf Kritik.⁷⁷ Zustimmung – auch bei westlichen Historikern – fand er jedoch, als er einem rechtsextremen bundesdeutschen Historiker in die Parade fuhr.⁷⁸

Sterns perfekte Beherrschung der russischen Sprache und seine Intimkenntnis des Lebens in der Sowjetunion prädestinierten ihn für den Ko-Vorsitz der 1957 gebildeten Historikerkommission DDR-UdSSR, die „die gemeinsame Erforschung der Geschichte Deutschlands, der Geschichte der UdSSR, der Geschichte der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie andere Probleme, die für die Wissenschaftler beider Länder von gemeinsamem Interesse“ sind, anstrebte, wie es im Protokoll hieß.⁷⁹ Die Kommission geriet erstmals in das Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit durch eine inter-

75 Margarete Keilson, Stellvertretende Leiterin der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, gab am 3. Januar 1958 die Mitteilung eines österreichischen KP-Funktionärs wieder, daß Stern „ein Buch über Österreich herausgeben würde, wodurch einigen Leuten die Augen aufgehen würden.“ Am 15. Januar bemerkte Ulbricht in einer ZK-Hausmitteilung an Hager, es sei „nicht zweckmäßig, daß er (Stern) sich mit den Fragen Österreichs beschäftigt.“ Eine Begründung fehlte. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/533, Bl. 4–6.

76 Der Bericht ist enthalten in: ABBAW, NL Stern, Nr. 43.

77 Abteilung Wissenschaften, Information an die Ideologische Kommission, Betrifft: XI. Internationaler Historikerkongreß in Stockholm, 28. September 1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/4, Bl. 6.

78 So Sterns Bericht, vgl. ebenda, Bl. 5, und Stern, Bericht über den XI. Internationalen Historikerkongreß, in: ABBAW, NL Stern, Nr. 43.

79 Schlußprotokoll. Verhandlungen zwischen den Delegationen der Historiker der DDR und der UdSSR, 18. Februar 1957, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/125, Bl. 13. Der sowjetische Ko-Vorsitzende war Arkadi Jerussalimski. Vgl. Erika Stoecker, A. S. Jerussalimski. Deutsche Geschichte im Leben eines sowjetischen Historikers und Kommunisten, Berlin (Ost) 1980, S. 113.

ationale Konferenz anlässlich des 40. Jahrestages der Russischen Oktoberrevolution, die im November 1957 in Leipzig tagte. Sterns Hauptreferat über „Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg“ wurde in der ZK-Abteilung Wissenschaften kritisch aufgenommen, da er die „feindlichen Argumente“ nur mangelhaft zerschlagen habe.⁸⁰

Die Ernennung Sterns zum Vorsitzenden der Historikerkommission DDR-UdSSR war dennoch nicht selbstverständlich. Denn im Jahr zuvor war ihm, dem bereits nach dem 17. Juni 1953 Passivität vorgeworfen worden war,⁸¹ in einem Dossier der Staatssicherheit bescheinigt worden, am „Kampf gegen den Revisionismus ... keinen Anteil“ genommen, statt dessen eine „fraktionelle Gruppe“ an seinem Institut geduldet zu haben.⁸² In der Tat begrüßten einige seiner Assistenten den frischen Wind des XX. KPdSU-Parteitages und mahnten eine entsprechende Politik in der DDR an. Am weitesten ging dabei Werner Kowalski. Seine Forderung war, „in der Partei müsse es eine Opposition geben.“⁸³

Die fünfziger Jahre standen für Leo Stern sowohl im Zeichen von Anerkennung wie von Kritik. Am 24. Februar 1955 wurde er zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt. Bereits am 2. Dezember 1952 hatte der Jurist Arthur Baumgarten gegenüber Akademie-Präsident Walter Friedrich die Zuwahl Sterns vorgeschlagen, jedoch noch ohne Erfolg. Neben Stern nannte Baumgarten Alfred Meusel und Fred Oelßner, die beide am 19. Februar 1953 gewählt wurden, Jürgen Kuczynski und Eduard Winter, beide mit Stern gewählt, sowie Hilde Benjamin. Sie wurde nicht gewählt.⁸⁴

Den schließlich zur Wahl Sterns führenden Antrag vom 29. Dezember 1954 begründeten Alfred Meusel und Wolfgang Steinitz mit seinen Arbeiten zur Geschichte des Feudalismus, zur Wissenschaftsgeschichte, zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Historiographie und zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie benannten auch Sterns wissenschaftsorganisatorische Leistungen und seine vielfältigen internationalen Kontakte, ebenso seine Arbeit als „Rector Magnificus“ der Universität Halle-Wittenberg.⁸⁵

Der Abschied vom Rektorat, das er 1957 nur widerstrebend für eine weitere Amtsperiode angetreten hatte, vollzog sich für Stern nicht im guten. Zwischen Stern und seinem präsumtiven Nachfolger, dem Wirtschaftshistoriker Gerhard Bondi, der als Prorektor in Sterns Abwesenheit mehrmals dessen Amtsgeschäfte übernommen hatte, gab es starke Spannungen. Bondi erklärte schließlich, er sehe sich außerstande, neben seinen Aufgaben als Prorektor die des Rektors mit zu übernehmen, und informierte am 2. Februar 1959 den SED-Bezirkssekretär Franz Bruk darüber, dem Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium Wolfgang Jahn die Rektoratsgeschäfte zu übertragen, solange Stern einen befristeten Arbeitsurlaub wahrnahm. Dies entspreche, so Bondi, dem Statut der Universität.⁸⁶ Bruk fragte Stern, wie dieser sich die Übergabe der Rektoratsgeschäfte vorstelle.⁸⁷

80 Der entsprechende Bericht der Abteilung Wissenschaften an das Politbüro vom 20. Dezember 1957 befindet sich ebenda, Bl. 298–307, bes. Bl. 303. Sterns Referat erschien in: Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, Bd. 2, Berlin (Ost) 1958, S. 3–34.

81 So noch in einem MfS-Bericht, der eine entsprechende Aussage von Burchard Brentjes wiedergab. BStU, Halle, Allg. P 1989/67, Bd. I, Bl. 131f.

82 Bericht vom 9. September 1958, in: Ebenda, Bd. II, Bl. 62 und 89.

83 Bericht vom 2. Mai 1956, in: Ebenda, Bl. 183.

84 Baumgartens entsprechendes Schreiben ist abgedruckt bei Oberkofler, Leo Stern, S. 8.

85 Das gemeinsame Schreiben von Meusel und Steinitz ist abgedruckt ebenda, S. 6f.

86 Gerhard Bondi an Franz Bruk, 2. Februar 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/533, Bl. 34f.

Stern fühlte sich von Bondi, Bruk und Jahn, dem er implizite eine Nazivergangenheit vorwarf, an den Rand gedrängt.⁸⁸ Er sah sich von Bondi und Jahn für die Fluchtwelle von Universitätsangehörigen in den Westen verantwortlich gemacht. In Briefen an SED-Bezirkssekretär Bernhard Koenen und an Politbüromitglied Alfred Neumann verlangte er seine sofortige Entpflichtung als Rektor, er wolle nicht erst bis zum 18. Oktober, dem Tag der Amtsübergabe, damit warten. Bruk habe sich, so Stern, „in völliger Unkenntnis aller akademischen Gepflogenheiten in den Kopf gesetzt, man müsse den Arbeitsurlaub, um den ich in Zusammenhang mit der Vorbereitung der bevorstehenden Historiker-Tagung und meiner Fahrt in die Sowjetunion eingekommen bin, mit einer feierlichen Einsetzung meines Stellvertreters (Bondi; M. K.) im Akademischen Senat verbinden, damit dieser, wie Genosse Bruk sich äußerte, ‚genügend Autorität‘ erlange.“ Stern sah dies als einen Fall „von schlecht verschleierte Amtsenthebung des gewählten Rektors“ an. Er sei „der wilden Gerüchtemacherei einer Provinz-Universität und einer Provinzstadt überantwortet worden.“⁸⁹ Auch gegenüber Franz Dahlem, dem Ersten Stellvertreter des Staatssekretärs für Hochschulwesen, beklagte sich Stern, er sei „auf kaltem Wege (s)eines Amtes als Rektor enthoben worden.“⁹⁰

Die Rektoratsübergabe an Bondi fand schließlich am 2. Oktober statt. Bei dieser Gelegenheit, so Stern an Ulbricht, habe der Biochemiker Kurt Mothes Sterns Frau gesagt, Kurt Hager habe „innerparteiliche Differenzen“ mit Stern erwähnt. Der wegen dieser Gerüchte verletzte Stern ersuchte Ulbricht nunmehr um seine vorzeitige Emeritierung. Er wollte alle Universitätsgeschäfte niederlegen und sich künftig auf die Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ konzentrieren.⁹¹ Ulbricht hatte sich intern bereits am 13. Mai dafür ausgesprochen, „daß Stern in Halle, ohne größere Funktionen, seiner wissenschaftlichen Arbeit nachgehen soll.“⁹²

Damit erteilte er aber auch Sterns Hoffnung eine Absage, als Nachfolger Karl Obermanns Direktor des Akademie-Instituts für Geschichte zu werden. Direktor wurde schließlich Ernst Engelberg, mit dem Stern einige Differenzen hatte.⁹³ Stern bezeichnete am 12. September

87 Mitteilung von Franz Bruk an Hannes Hörnig, ZK-Abteilung Wissenschaft, 3. Februar 1959, in: Ebenda, Bl. 35f.

88 Das zunächst gute Verhältnis Sterns zu Jahn gewann, laut einem Stasi-Bericht vom 18. September 1958, „antagonistischen Charakter, als Prof. Stern vermutete, daß Jahn irgendwelche Verbindungen zum MfS hatte.“ BStU, Halle, Allg. P 5813/72, Bl. 67.

89 Stern an Alfred Neumann, 5. März 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/533, Bl. 40–43. Vgl. den Brief an Bernhard Koenen vom 12. Dezember 1958, in: Ebenda, Bl. 27f.

90 Stern an Dahlem, 23. Mai 1959, in: Ebenda, Bl. 50. Stern sei „kaltgestellt“, hieß es auch in einem MfS-Bericht vom 20. Oktober 1959. BStU, Halle, Allg. P 1989/67, Bd. II, Bl. 124. An anderer Stelle (Bericht vom 16. September 1959) wurde ihm ein „parteischädigendes Verhalten“ bescheinigt. Ebenda, Bl. 65–68.

91 Stern an Ulbricht, 8. Oktober 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/533, Bl. 55f.

92 Aktennotiz vom 14. Mai 1959, in: Ebenda, Bl. 46.

93 Engelberg an Stern, 15. September 1958. Anlaß für die Differenzen war ein Bericht Sterns über die Geschichtswissenschaft der DDR für die Historikerkommission DDR-UdSSR, den Stern ohne entsprechende Konsultationen mit der Historikergesellschaft, der Engelberg vorstand, geschrieben hatte. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/125, Bl. 455. Rivalitäten zwischen Stern und Engelberg hatte es bereits während der Gründungsphase der Historischen Institute in Halle und Leipzig zu Beginn der fünfziger Jahre gegeben. Vgl. Veit Didczuneit, „Für eine wirkliche deutsche Geschichte“ – mit oder ohne Leipziger Geschichtswissenschaft? Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Alma mater lipsiensis, in: Hochschule Ost, Juli 1992, S. 5–15. Am 8. Oktober 1959 informierte die Parteileitung des Akademie-Instituts für Geschichte die ZK-Abteilung Wis-

1959 an Ulbricht diese Entscheidung gegen ihn, die er natürlich respektiere, als „Endglied einer langen Kette politischer Verleumdungen.“ Ulbricht sei über Stern „systematisch desorientiert“ worden. Er, Stern, werde aber weiterhin seinen Mann „an der ideologischen Front in der DDR“ stehen.⁹⁴ So zog er sich aus dem bis dahin wichtigsten seiner Ämter zurück.⁹⁵ 1963 bis 1968 war er Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender der Arbeitsgruppe gesellschaftswissenschaftlicher Institute. Daran anschließend übernahm er bis 1981 die Direktion der Forschungsstelle für Akademiegeschichte.

4. Vom Mittelalter zur Zeitgeschichte.

Leo Sterns historische Arbeiten

Leo Sterns Arbeitsschwerpunkte lagen in der Erforschung des Feudalismus, der Universitätsgeschichte und der Historiographie in Deutschland sowie der internationalen Arbeiterbewegung. Er zeichnete als Mitautor der Lehrbuchbeiträge zur deutschen Geschichte vom 6. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, doch wurden die jeweiligen monographischen Darstellungen ganz überwiegend von Sterns Mitarbeitern verfaßt und 1964 vorgelegt.⁹⁶ Er selbst hatte schon 1952 eine Darstellung zur Geschichte der Universität Halle-Wittenberg herausgegeben. Die dreibändige Festschrift zum 450. Gründungstag der Alma mater entstand unter Einbeziehung von 150 Wissenschaftlern in kürzester Zeit.⁹⁷ Stern lieferte darin mit einem Aufsatz über Luther und Melanchthon, der auch selbständig erschien, einen der ersten Beiträge zur Reformationsgeschichtsschreibung der DDR.⁹⁸

Seine Beschäftigung mit dem Umbruch vom Mittelalter zur frühen Neuzeit dauerte an. 1960 legte er eine Biographie Melanchthons vor, der ihn als „Humanist, Reformator und Praeceptor Germaniae“, so der Untertitel, faszinierte. Stern, als Jude in der Zwischenwelt von Katholizismus und orthodoxer Kirche aufgewachsen, zeigte in diesem Buch sein andauerndes Interesse an der Entstehung des Protestantismus. Stärker als in seinem 1952 erschienenen Aufsatz führte Stern in dieser Darstellung den Kern der Reformation auf Melanchthon zurück. Alle anderen „zeitgenössischen deutschen Humanisten weit überragend“,

senschaften über die Rücktrittsabsicht Sterns von der Leitung der Arbeitsgruppe Zweiter Weltkrieg. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/398, Bl. 45–47.

94 Stern an Ulbricht, 12. September 1959, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/533, Bl. 59f.

95 Dieser Rückzug wurde von manchen als Verlust empfunden. „Mit Bedauern lese ich“, schrieb der Maler Conrad Felixmüller an Stern, „daß Sie als Rektor aus dem Amt scheiden – denn ich fühlte mich immer mit meiner Arbeit im allgemeinen wie im besonderen an unserer Universität von Ihnen geschätzt. Ich war sehr glücklich in diesen Jahren Ihrer Rektorats-Amtsführung.“ Brief vom 23. September 1954, Kopie im Besitz des Verfassers.

96 Leo Stern/Hans-Joachim Bartmuss, Deutschland vom 6. bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts; Leo Stern/Horst Gericke, Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts; Leo Stern/Erhard Voigt, Deutschland von der Mitte des 13. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, jeweils Berlin (Ost) 1964. Lehrbuch der Deutschen Geschichte, Beitrag 2/1 bis 2/3.

97 Leo Stern (Hg.), 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 3 Bde., Halle 1952. Auf eine andere wissenschaftshistorische Abhandlung Sterns sei hingewiesen: Zur Geschichte und wissenschaftlichen Leistung der Deutschen Akademie der Naturforscher „Leopoldina“, Berlin (Ost) 1952.

98 Leo Stern, Martin Luther und Philipp Melanchthon – ihre ideologische Herkunft und geschichtliche Leistung, Berlin (Ost) 1953.

könne Melanchthon „einem Erasmus von Rotterdam würdig an die Seite gestellt werden.“⁹⁹ Für Stern war Melanchthon „Mittler der humanistischen Bildung, nicht der säkularisierten antiklerikalen humanistischen Bildung der vorreformatorischen Zeit ... , sondern der religiös-humanistischen Bildung, die sich ganz bewußt in den Dienst des protestantischen Erziehungs- und Staatsideals stellte, das den fürstlichen Landesherrn zum Herrn und Gebieter der neuen Kirche erhob.“ Dementsprechend bewertete Stern Melanchthons politische Haltung als „konservativ und monarchisch“, doch habe Melanchthon als „Patriot ... den lebendigen Zusammenhang mit dem deutschen Volk und dessen Geschichte“ empfunden.¹⁰⁰ Weniger prononciert als sein Kollege Max Steinmetz stellte Leo Stern Reformation und Bauernkrieg als einheitlichen Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus dar. Stern sah den Kampf gegen die römische Kurie als ein „Anliegen der ganzen deutschen Nation ... , ohne Unterschied der Klassen und des Standes. Die eigenartige Dialektik der politischen Verhältnisse in Deutschland am Anfang des 16. Jahrhunderts brachte es sogar mit sich, daß der Adel im Kampf um die nationale Freiheit bei aller Rückständigkeit seiner politischen Forderungen als der ‚nationalste Stand‘ angesprochen werden konnte.“¹⁰¹ Der Autor, der die sowjetische und angelsächsische Literatur intensiv auswertete, bedauerte, daß sich die DDR-Forscher „an der sehr temperamentvoll geführten Diskussion der sowjetischen Historiker über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges nicht beteiligt“ hatten.¹⁰² Gemäß der ostdeutschen Staatsdoktrin sah Stern im Emanzipationsprozeß der deutschen Reformation den Anfang eines Weges, „der seine historische Vollendung in der Deutschen Demokratischen Republik gefunden hat.“¹⁰³

In ähnlich teleologischer Weise behandelte Stern das Geschichtsdenken von Karl Marx. Dieser habe, in Gemeinsamkeit mit Friedrich Engels, überhaupt erst die „Geschichtsmetaphysik“ in den Rang einer Wissenschaft erhoben.¹⁰⁴ Nur wer sich den Marxismus-Leninismus als Denkmethode angeeignet habe, sei imstande, die Gesetzmäßigkeit des Geschichtsprozesses zu erkennen. Hinsichtlich des Wirkungsgrades angeblich objektiver gesellschaftlicher Gesetze müsse auch innerhalb ein und derselben Gesellschaftsordnung ein Unterschied gemacht werden. „So wirkt“, schrieb Stern, „das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus im vorimperialistischen Kapitalismus anders als zur Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus.“¹⁰⁵ Er verschwieg jedoch, daß jenes Gesetz (so dies die adäquate Bezeichnung ist) zuerst der später abtrünnige russische Sozialist Alexander Parvus (Helphand) und dessen damaliger Freund Trotzki kurz vor Ausbruch der ersten Russischen Revolution formuliert hatten.¹⁰⁶

Sterns Interpretation der marxistischen Geschichtstheorie ging in nichts über die flache Exegese des sowjetischen „Histmat“ hinaus.¹⁰⁷ Doch auch seine Abhandlung über „Die zwei Traditionen der deutschen Polenpolitik und die Revolution von 1905–1907 im Königreich Polen“ stieß auf Widerspruch. In dieser Arbeit verband Stern die Schilderung der deutschen

99 Leo Stern, Philipp Melanchthon. Humanist, Reformator, Praeceptor Germaniae, Halle 1960, S. 7.

100 Ebenda, S. 56.

101 Ebenda, S. 16. Stern bezog sich hier auf Friedrich Engels.

102 Ebenda, S. 61.

103 Ebenda, S. 71.

104 Leo Stern, Für eine kämpferische Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost) 1954, S. 10.

105 Ebenda, S. 27.

106 Hierzu überzeugend Michael Löwy, Revolution ohne Grenzen. Die Theorie der permanenten Revolution, Frankfurt a. M. 1987, S. 34ff.

107 Die Abkürzung für das Lehrfach Historischer Materialismus.

Politik gegenüber dem preußischen Teil Polens mit der Haltung der SPD zur polnischen Unabhängigkeitsbewegung und der Wirkung der ersten Russischen Revolution auf die polnische Bevölkerung jener Gebiete. Stern kritisierte die deutsche Sozialdemokratie für ihre falsche Konzeption der nationalen Frage, für die nicht zuletzt Rosa Luxemburg verantwortlich zeichnete. Die Sozialdemokraten „hätten nur unter der Losung der Wiederherstellung Polens die antipreußisch eingestellten kleinbürgerlichen, bäuerlichen und proletarischen Elemente der polnischen Bevölkerung dem nationalistischen und klerikalen Einfluß entziehen und sie – namentlich in den Revolutionsjahren 1905/07 – in eine gewaltige revolutionäre Kraft gegen den deutschen Imperialismus verwandeln können.“ Hingegen kam es zwischen den deutschen und polnischen Sozialdemokraten zum Bruch, so daß die Polska Partia Socjalistyczna (PPS) in den Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten gegen die SPD in Oberschlesien antrat. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtete die polnischen Provinzen Preußens als integrierende Bestandteile des Deutschen Reiches und erkannte nicht die Bedeutung des Posener Schulstreiks 1906/07, mit dem sich die polnischen Schüler und ihre Eltern der Germanisierungspolitik zu widersetzen suchten.¹⁰⁸ Dennoch könne der internationalistische Kampf der SPD gegen das reaktionäre Preußentum von niemandem geleugnet werden. Die daraus erwachsende Tradition sei für die staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen verpflichtend.

Sterns Arbeit rief eine scharfe bundesdeutsche Kritik durch Hans-Ulrich Wehler in der „Neuen Politischen Literatur“ hervor. „Schlechthin Unsinn ist es, zu verkünden, daß die Auswirkungen der russischen Revolution von 1905/07 in Pommern, Ermland und Masuren (ausgerechnet unter den orthodox königstreuen und in ihrem Obrigkeitsdenken gebundenen Masuren!) ‚nachhaltiger‘ als im österreichischen Galizien gewesen seien. Selbst die polnische Landesgeschichtsforschung, die fünfzig Jahre später jeder kleinsten Protestregung aufmerksam nachgegangen ist, hat das weder zu behaupten gewagt, noch zu entdecken vermocht; für ‚Schlesien und Posen‘ läßt sich die These auch nicht aufrecht erhalten“, so Wehler, der gleichzeitig über die Haltung der SPD zur Nationalitätenfrage im Kaiserreich promovierte.¹⁰⁹ Vom „wachsenden sozialistischen Stern“ der PPS unter den posener und westpreußischen Polen aufgrund der Agitation Rosa Luxemburgs könne man nicht sprechen: „Wenn 1903 eine Kontrolle durch eine Parteikommission 37 Abonnenten der von ihr herausgegebenen ‚Gazeta Ludowa‘ (Volkszeitung) ergab, mag man daraus ermessen, was St(ern) bereits unter ‚sehr wesentlicher‘ Belebung der Agitationsarbeit versteht.“¹¹⁰ Das schließliche „Arrangement zwischen SPD und PPS nach 1906 erwuchs weder aus der Zusammenarbeit deutscher und polnischer Arbeiter (sondern beruhte auf einem förmlichen Vertrag, den die führenden Parteifunktionäre in Berlin schlossen), noch blieb danach wenigstens ein Minimalbestand an polnischen Sonderrechten im Rahmen der Gesamtpartei, geschweige denn ‚weitgehende Autonomie‘ erhalten“, was Stern behauptet hatte.¹¹¹

Wehler listete eine ganze Reihe sachlicher Fehler und ungenauer Zitate, besonders aus polnischen Quellen, auf und wies Stern mangelnde Kenntnisse der Geschichte des polnischen Sozialismus nach: „Wie wenig er selbst mit dem bekanntesten der frühen polnischen

108 Leo Stern, *Die zwei Traditionen der deutschen Polenpolitik und die Revolution von 1905–1907 im Königreich Polen*, Berlin (Ost) 1961, S. 43f.

109 Hans-Ulrich Wehler, Rezension zu Leo Stern, *Die zwei Traditionen der deutschen Polenpolitik ...*, in: *Neue Politische Literatur*, 1961, Nr. 3/4, Sp. 312–326, Zitat Sp. 318.

110 Ebenda, Sp. 318.

111 Ebenda, Sp. 322.

Sozialisten, Ludwik Warynski (S. 50), vertraut ist, beweist die unterschiedliche Schreibweise auf einer Seite; wie fragmentarisch seine Kenntnisse der polnischen Parteigeschichte sind, zeigt u. a. (S. 51) die falsche Charakterisierung des ‚Bundes Polnischer Arbeiter‘ (ZRP), die – 1945–56 auch in Polen typische – Überschätzung der SDKPiL¹¹² R. Luxemburgs, Jogiches‘ und Dzierzynskis als (S. 52) ‚Massenpartei‘, die doch der im Vergleich zur Nationaldemokratie wiederum schwächeren kongreßpolnischen PPS in Größe und an Einfluß beträchtlich unterlegen war (S. 57, 60). Die Vertretung der polnischen Sozialisten auf dem Internationalen Sozialistenkongreß von 1893 in Zürich war keine ‚sog.‘ Polnische Delegation, sondern wurde tatsächlich als gesamtpolnische Vertretung anerkannt. Die PPS-Führung als (S. 53) ‚kleine Gruppe nationalistischer Intellektueller‘ abzutun, verrät, wie wenig St(ern) sich über die Anziehungskraft des PPS-Programms, das soziale mit national-polnischen Ideen verband, Rechenschaft abgelegt hat.¹¹³

„Mit einer klugen marxistischen Geschichtsinterpretation, die vielleicht zur Korrektur der bürgerlichen, oft nationalkonservativen Geschichtsschreibung oder als anregendes Gegenbild eine wertvolle Funktion gewinnen könnte, müßte die Diskussion ernsthaft und unverzüglich aufgenommen werden“, so Wehler. „Aber die engbrüstige, in das Prokrustesbett einer dogmatischen, unfreien Polemik eingespannte Darstellung, der jeder Nuance offenbar Anathema ist, die nur mit grobschlächtigen Begriffen arbeitet, die historischen Proportionen ständig mißachtet und lineare Entwicklungslinien so sehr schätzt, entpuppt sich als ein mit einem überaus fehlerhaften wissenschaftlichen Apparat verziertes Pamphlet.“¹¹⁴

Wehlers damaliges Plädoyer, eine undogmatische marxistische Geschichtssicht ernst zu nehmen, verdient ebenso Anerkennung wie seine Kritik an der „Ziellostigkeit und Sterilität, die seit Jahren die westdeutsche Politik gegenüber Polen charakterisiert“,¹¹⁵ beides war um 1960 für bundesdeutsche Historiker nicht selbstverständlich. Welche künftigen Alternativen Wehler der „fatalen historischen Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses“¹¹⁶ entgegensetzen wollte, blieb jedoch offen. Gewiß war Wehlers Verwendung des Begriffs „Mitteldeutschland“ für das Gebiet der DDR kein Beitrag zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen, implizierte dieser Terminus doch den Anspruch auf ein „Ostdeutschland“, das nunmehr zu Polen und der Sowjetunion gehörte.¹¹⁷ Anachronistisch, wenn auch allgemein Usus, wirkte auch Wehlers Anpassung an die Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik: Er schrieb stets „DDR“ statt DDR, während Arnulf Baring in einer Rezension zu Jacques Castellans Büchlein „La République Démocratique Allemande“, die im gleichen Jahrgang der „Neuen Politischen Literatur“ erschien, die Staatsbezeichnung DDR ohne Anführungszeichen verwandte.¹¹⁸

1958 hatte Stern eine sorgfältigere Studie vorgelegt, die den Einfluß der Oktoberrevolution auf Deutschland und seine Arbeiterbewegung behandelte, ein in der DDR-Forschung zu der Zeit bevorzugtes Thema.¹¹⁹ Das Buch enthielt zahlreiche Hinweise auf zuvor unange-

112 Polnische Abkürzung für: Sozialdemokratische Partei des Königreiches Polen und Litauens.

113 Ebenda, Sp. 323.

114 Ebenda, Sp. 326.

115 Ebenda.

116 Ebenda.

117 „Mitteldeutschland“ ausdrücklich mit Bezug auf Potsdam (und seine Archive). Ebenda, Sp. 312.

118 Vgl. Arnulf Baring, Rezension zu: Jacques Castellan, *La République Démocratique Allemande* (R. D. A.), Paris 1961, in: *Neue Politische Literatur*, 1961, Nr. 2, Sp. 171–173.

119 Leo Stern, *Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland ... Eine Kurzfassung* erschien unter dem Titel: *Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen*

zapfte Quellen, die in DDR-Archiven lagerten und die den anwachsenden Widerstand gegen den Kriegskurs der deutschen Regierung unter dem Einfluß des „Dekrets über den Frieden“ widerspiegeln, das die von Lenin geführte Regierung unmittelbar nach ihrer Machtübernahme verabschiedet hatte. Im Herbst 1918 stand in Deutschland, so Stern, „objektiv die proletarische Revolution auf der Tagesordnung ... Eine sozialistische Revolution in Deutschland hatte zur Aufgabe, jede Ausbeutung durch die Entmachtung der Ausbeuterklassen aufzuheben und eine grundlegende Veränderung der sozialökonomischen und politischen Verhältnisse herbeizuführen.“¹²⁰ Doch der „subjektive Faktor“, die kommunistische Partei habe sich in der deutschen Novemberrevolution erst zu spät formieren können, was den rechten Führern der SPD auf das Schuldkonto zu buchen sei. Mit dieser Auffassung geriet Stern in Gegensatz zur parteioffiziellen Lesart, die am bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution festhielt.¹²¹ Sein Buch wurde daher von manchen Kollegen mit Stillschweigen übergangen und geriet noch zu Sterns Lebzeiten in Vergessenheit.¹²² Wer es dennoch las, stieß im Vorspann auf den Satz: „Dem Andenken meines Bruders Manfred Stern“. Die Widmung bezog sich auf eine Tragödie, von der in der DDR nur sehr wenige wußten.

5. „Im Konzentrationslager Magadan“. Manfred Stern

Lazar Moses Stern, bekannt geworden unter dem Namen Manfred, auch Fred genannt, wurde am 20. Januar 1896 geboren. Spätere biographische Skizzen bezeichneten ihn als Medizinstudenten.¹²³ In seiner hervorragenden (in deutscher Sprache geschriebenen) Biographie konnte der Moskauer Historiker Walerij Brun-Zechowoj jedoch nachweisen, daß Manfred Stern das Gymnasium 1914 nach sieben Klassen verließ, um sich als Kriegsfreiwilliger zur österreichischen Armee zu melden. In Nagyvárad (Großwardein), dem heutigen Oradea, absolvierte er eine Militärschule und diente anschließend im 95. Infanterieregiment – nicht als Offizier, wie gelegentlich zu lesen ist,¹²⁴ sondern als Zugführer.¹²⁵ 1916 geriet er in russische Gefangenschaft.

auf die deutsche Arbeiterklasse, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1957, Nr. 6, S. 923–936.

120 Leo Stern, *Der Einfluß ...*, S. 188.

121 Vgl. Joachim Petzold, „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, in: Martin Sabrow (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln 2000, S. 287–314, sowie das 6. Kapitel dieses Buches.

122 Dies wird durch die Tatsache belegt, daß in keinem Beitrag der Stern 1976 und 1982 zugeordneten Festschriften darauf Bezug genommen wurde, obwohl es Sterns umfangreichste Monographie war. Vgl. Hübner (Hg.), *Leo Stern ...*, und Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Leo Stern. Festkolloquium anläßlich seines 80. Geburtstages, Halle 1982 (mit Beiträgen von Hans Hübner, Ernst Luther, Joachim Böhm und Karl Drechsler zum wissenschaftlichen Wirken Sterns).

123 So Afanassij Krymov, *Manfred Stern – General Kléber*, in: *Narody Azii i Afriki*, 1978, Nr. 1, S. 59, und Arno Lustiger, *Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg*, Frankfurt a. M. 1989, S. 225.

124 So bei Walter G. Krivitsky, *Ich war Stalins Agent*, Grafenau-Döffingen 1990, S. 115 (zuerst 1940).

125 Walerij Brun-Zechowoj, *Manfred Stern – General Kléber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896–1954)*, Berlin 2000, S. 35f. Die biographischen Angaben in diesem Buch basieren

Nahe der Mongolei, in Burjatien, erlebte Manfred Stern den Zusammenbruch des Zarenregimes. Im Kriegsgefangenenlager Beresowka bei Werchnedudinsk (später Ulan-Ude) trat er einer bolschewistischen Organisation bei und meldete sich freiwillig zur Roten Garde. Er nahm am Bürgerkrieg teil, wurde Kommandeur einer Partisaneneinheit, die im Rücken der weißgardistischen Truppen des Generals Koltšak im Ural operierte. Im Sommer 1921 kämpfte er im Transbaikalgebiet und wurde, wie er später schrieb, „in der Partisanenabteilung von Tschikoj zum Militärkommissar ernannt.“¹²⁶ Schließlich wirkte er als Stabschef der fernöstlichen Truppenteile der Roten Armee im Kampf gegen japanische Einheiten und gegen Truppen des Generals Baron von Ungern-Sternberg. Nach dem Bürgerkrieg wurde er auf Empfehlung Molotows zum Studium an die Militärakademie in Moskau delegiert.¹²⁷

Im Herbst 1923 wurde Stern von der Komintern nach Deutschland entsandt. Er wurde Berater von Albert Schreiner, dem illegalen militärischen Leiter der KPD-Bezirke Nordwest und nahm im Stab von Ernst Thälmann am Hamburger Aufstand teil. „Der Stab Ernst Thälmanns, der die Kämpfe unmittelbar leitete“, schrieb der sowjetische Historiker Dawidowitsch, „bestand aus mehreren Leuten: den Militärberatern Albert Schreiner, Manfred Stern, aber auch Parteifunktionären und einigen Genossen, die für die Aufstellung und Anleitung der Nachrichten- und Kurierdienste zuständig waren. Der Stab wechselte, je nach entstandener Lage, seinen Aufenthaltsort. Aber zumeist befand er sich unter freiem Himmel im Park von Barmbeck.“¹²⁸ Nach der Niederlage des Hamburger Aufstandes schlug sich Manfred Stern auf Anweisung des gleichfalls untergetauchten Thälmann nach Stettin durch, um dort, wie er schrieb, „ohne auf den verhängten Ausnahmezustand Rücksicht zu nehmen, die Arbeiter zu einer Massenprotestdemonstration gegen das Verbot der Kommunistischen Partei ... aufzurufen.“¹²⁹ Anfang Februar endete eine Demonstration Stettiner Arbeiter in Zusammenstößen mit der Polizei. Stern mußte Deutschland verlassen. Er ging zurück nach Moskau, wo er als Leiter von Ausbildungskursen für militärische Kader der KPD arbeitete.¹³⁰

Im später so genannten ersten Moskauer Tribunal, in dem 1924 Heinrich Brandler, August Thalheimer und Karl Radek für das Ausbleiben des von der Komintern erhofften deutschlandweiten Aufstandes verantwortlich gemacht wurden, trat Manfred Stern als Zeuge auf, doch enthält das Protokoll keine detaillierten Angaben über die Art seiner Aussage.¹³¹

weitgehend auf Manfred Sterns Kaderakte bei der Komintern sowie einer biographischen Studie seiner nach Israel ausgewanderten Nichte.

126 Diese und andere Angaben zu seiner militärischen Tätigkeit finden sich in Manfred Sterns Bittschrift an Stalin vom Oktober 1952, mit der er – vergeblich – seine Freilassung und Rehabilitierung zu erreichen suchte. Abdruck bei Brun-Zechowoj, S. 148–169, Zitat S. 151.

127 Die Annahme, Stern habe am mitteldeutschen Aufstand 1921 teilgenommen (vgl. L. D. Gincberg, Nemeckie antifašisty na frontach respublikanskoj Ispanii, in: Novaja i novejšaja istorija, 1983, Nr. 2, S. 108), erwies sich als falsch. Vgl. Brun-Zechowoj, S. 41.

128 D. S. Davidovič, Revoljucionnyj krizis 1923 g. v Germanii i Gamburgskoe vosstanie, Moskau 1963, S. 235. Eine Fußnote enthält eine Kurzbiographie von Manfred Stern.

129 Sterns Brief an Stalin, Oktober 1952, in: Brun-Zechowoj, S. 152.

130 Vgl. ebenda, S. 153f. Keine Erwähnung dieser Tatsache bei Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993.

131 Das Protokoll ist abgedruckt bei Jens Becker/Theodor Bergmann/Alexander Watlin (Hg.), Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993, S. 138–140.

Nach Konflikten mit seinem Vorgesetzten Jan Bersin wechselte Manfred Stern als Hörer an die Militärakademie, die er 1926 erfolgreich absolvierte. Nach einem Militärdienst in Tula, dann in Moskau wurde er von 1929 bis 1932 zur nachrichtendienstlichen Arbeit in die USA und nach Kanada entsandt. Da er, nach Aussage eines Zeitzeugen, „äußerlich eher einem Wissenschaftler, Literaten oder Diplomaten glich“, trat er offiziell zumeist als Handelsattaché auf.¹³²

Ende 1932 wurde Manfred Stern oberster Militärberater der Komintern beim Zentralkomitee der chinesischen KP. In den folgenden Jahren war er maßgeblich am Aufbau der chinesischen Volksbefreiungsarmee beteiligt.¹³³ Für die Schriftstellerin Ruth Werner, damals ebenfalls in geheimer Mission in China tätig, war Stern „ein vitaler Genosse mit dunklem Haar und dunklen Augen. Ich nannte ihn wie die anderen Fred.“ Sie lernten sich bei einem geselligen Abend kennen: „Freds herzhaftes Gelächter klang robust und lebenslustig, er hatte eine schöne Stimme, kannte viele Lieder, und es war ein Genuß, ihm zuzuhören. Er war der Mittelpunkt dieses Abends.“¹³⁴ Natürlich waren solche Episoden die Ausnahme. Die Kämpfe in China waren hart und verlustreich, und unter den Militärberatern gab es bisweilen heftige Auseinandersetzungen um die bestmögliche Strategie und Taktik.¹³⁵

Mit Beginn des spanischen Bürgerkrieges wurde Manfred Stern beauftragt, den Aufbau der Internationalen Brigaden voranzutreiben. Am 8. November 1936, einen Tag nach dem Beginn der Schlacht um Madrid, griff die XI. Interbrigade in den Kampf ein. Gemeinsam mit den Volksmilizen konnte sie in dreiwöchiger Verteidigung den Angriff der Putschisten abwehren. Manfred Stern nahm den Namen Emilio Kléber als Kriegspseudonym an, da er Jean Baptiste Kléber, den napoleonischen General, bewunderte, mit dem er sich an der Frunse-Militärakademie in Moskau beschäftigt hatte. Nach internen Unstimmigkeiten zunächst seines Postens enthoben, übernahm Manfred Stern am 11. Juni 1937, nachdem General Maté Zalka gefallen war, das Kommando über die 45. Division, in deren Verband auch Interbrigaden kämpften.¹³⁶ Nach Moskau zurückbeordert, traf er am 1. Oktober 1937 dort ein. Er nahm seine Arbeit als politischer Referent Otto Kuusinsens beim Exekutivkomitee der Komintern wieder auf, die durch den Spanienkrieg unterbrochen worden war. Am 23. Juli 1938 wurde er verhaftet. Nach mehreren Verhören „gestand“ er die ihm unterstellte verbrecherische „trotskistische Sabotagetätigkeit“ in Spanien ein. Ihm wurde unter anderem eine Zusammenarbeit mit Andreu Nin, dem Leiter des antistalinistischen Partido Obrero de Unificación Marxista unterstellt.¹³⁷ Am 20. Februar und am 27. März 1939 widerrief er jedoch die Aussagen und erklärte seinen Peinigern, sie seien nur unter Zwang zustande gekommen. Auch vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR, das am 14. Mai 1939 den „Fall Stern“ behandelte, erklärte er sich als nicht schuldig. Er wurde zu einer fünfzehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.¹³⁸

Für Manfred Stern begann der Leidensweg durch die Stalinschen Lager und Verbanungsorte. Zunächst kam er in ein Lager im Gebiet nördlich von Magadan, in die Nähe der

132 Krymov, S. 67.

133 Vgl. ebenda, S. 60f.

134 Ruth Werner, Sonjas Rapport, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1978, S. 81.

135 Vgl. Otto Brauns Bericht über die Zusammenarbeit und die Kontroversen mit Manfred Stern: Otto Braun, Chinesische Aufzeichnungen (1932–1939), Berlin (Ost) 1973, S. 40ff.

136 Ausführliche Informationen bei Brun-Zechowoj, S. 70ff.

137 Vgl. ebenda, S. 116f.

138 Vgl. ebenda, S. 123f.

Quelle des Flusses Kolyma, wo er als Zimmermann und Holzfäller eingesetzt wurde. Vergeblich bemühte er sich 1944 darum, entlassen und im Krieg gegen die Deutschen eingesetzt zu werden.¹³⁹ Im Dezember 1945 wurde Manfred Stern innerhalb des Lagers in eine Zone mit „besonderem Regime“ eingesperrt. Im August 1948 wurde er vom hohen Norden nach Ostsibirien verbracht, nach Taischet in das Gebiet von Irkutsk. Dort befand sich die Kolonie 031 des sogenannten Oserlag.¹⁴⁰ Der völlig erschöpfte Mann brachte die Energie auf, seinen Mitgefangenen Fremdsprachenunterricht zu erteilen – in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Am 22. Juli 1953 wäre seine Haftzeit abgelaufen. Doch die sadistische Quälerei nahm ihren Fortgang: Manfred Stern war 1945 zu erneuten zehn Jahren Lagerhaft verurteilt worden, die vom Zeitpunkt des Urteils ab zählten. Am 12. Februar 1954 starb er als Gefangener. Die am 7. Januar 1957 in Moskau ausgestellte Sterbeurkunde nennt Hirnblutung als Todesursache.¹⁴¹ Seine Frau Vera geb. Krylowa und seinen Sohn Vilmar, von denen er seit 1938 getrennt war, hatte er nie wieder gesehen. Die Wiederaufnahme Manfred Sterns in die KPdSU, die *post mortem* am 6. Februar 1967 erfolgte, bedeutete noch keine automatische Rückkehr in das Geschichtsbild.

Am 27. Januar 1961 schrieb Leo Stern dem Direktor des Staatlichen Landesmuseums in Czernowitz auf dessen Anfrage: „Es entspricht den Tatsachen, daß mein Bruder, Wolf Stern, einer der Organisatoren der kommunistischen Bewegung in der Bukowina war und an dem Aufstand des 113. Regiments (der österreichischen Armee; M. K.) aktiven Anteil hatte. Er nahm auch an dem Freiheitskampf des spanischen Volkes unter dem Partisanennamen ‚Otto‘ teil.“¹⁴² Über die Beantwortung auf die Frage des Museumsdirektors hinaus teilte Leo Stern diesem mit:

„Mein ältester Bruder, Manfred Stern (General Kléber), war Kommandeur der XI. Internationalen Brigade, und es entspricht ebenfalls den Tatsachen, daß Kléber und Manfred Stern ein und dieselbe Person sind. Dem Andenken meines Bruders ist auch mein Buch ‚Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung‘ gewidmet, das 1960 in russischer Sprache herausgegeben wurde. Mein Bruder, Dr. Filipp Stern, ist im Besitz eines Exemplars, das er Ihnen nötigenfalls vorlegen könnte.“¹⁴³

In der historischen und schönggeistigen Literatur“, so Leo Stern weiter, „haben über meinen Bruder Kléber geschrieben: José Garcia in den ‚Voprosy Istorii‘; Michail Kolzow, ‚Spanisches Tagebuch‘; Hemingway, ‚Wem die Stunde schlägt‘ u. v. a.“ Er betonte, daß auch sein Bruder Wolf Stern in der westdeutschen Militärliteratur erwähnt werde und daß er selbst am Freiheitskrieg des spanischen Volkes und am Großen Vaterländischen Krieg teilgenommen habe.¹⁴⁴

139 Vgl. zwei entsprechende Schreiben Manfred Sterns an Stalin und Manuïlski vom 1. Juni 1944, abgedruckt ebenda, S. 143–146.

140 Die Abkürzung der russischen Bezeichnung „See-Lager“.

141 Die Sterbeurkunde („Svidel'stvo o smerti“) ist in Kopie abgebildet bei Brun-Zechowoj, S. 137.

142 Leo Stern an den Direktor des Staatlichen Landesmuseums Czernowitz Gen. L. Nowitzki, 27. Januar 1961, in: ABBAW, NL Stern, Nr. 136. Wolf Stern (1897–1961) kämpfte im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee und war zuletzt Direktor des Instituts für Militärgeschichte in Potsdam. Er hatte wesentlichen Anteil am Aufbau der Militärgeschichtsschreibung in der DDR.

143 Filipp (Philipp, eigentlich Feiweil) Stern starb 1968 in Czernowitz.

144 Stern an Nowitzki. Auch Ludwig Renn hatte in seinem Erinnerungsbuch 1959 einige Begegnungen mit Stern episodenhaft erwähnt. Vgl. Ludwig Renn, Im Spanischen Krieg, Berlin (Ost) 1959, S. 72ff.

Leo Sterns Anliegen war somit ersichtlich: Er wollte die Erwähnung seines in der Sowjetunion bislang totgeschwiegenen Bruders Manfred bewirken. Deshalb wandte er sich an den Direktor der Hauptverwaltung Archive beim Ministerrat der UdSSR. Offenbar erhielt er eine Antwort mit einer Reihe von Angaben, die seiner Hoffnung auf Manfreds Rehabilitation Nahrung gaben, denn er bedankte sich am 30. Januar 1963 „sehr herzlich für dieses freundliche Entgegenkommen“ und hoffte, seinen Dank in Moskau demnächst „auch mündlich abtatten zu können.“¹⁴⁵ Am 26. Juli dieses Jahres schrieb er an Dolores Ibarruri, die Vorsitzende der spanischen KP, in Beantwortung für die Widmung eines Buches, in dem auf Manfred Stern Bezug genommen wurde: „Ich freue mich, daß sowohl in der Sowjetunion als auch in der übrigen sozialistischen Welt die objektive historische Wahrheit über meinen Bruder, wenn auch leider sehr spät, doch noch triumphieren konnte. Natürlich wäre es schöner gewesen, wenn er das selbst hätte erleben können.“ Stern sah es als seine Verpflichtung, als Historiker dazu beizutragen, daß der Selbstbehauptungskampf der spanischen Republik, „die einzigartige Epopöe des spanischen Volkes, der jungen Generation nahegebracht wird.“¹⁴⁶ Noch 1956 hatte er in einem Vortrag über dieses Thema, der als Broschüre veröffentlicht wurde, den Namen seines Bruder verschweigen müssen.¹⁴⁷ 1963 fand Manfred Stern, wie erwähnt, in Dawid Dawidowitschs Buch über den Hamburger Aufstand Erwähnung.¹⁴⁸ Drei Jahre später hieß es im fünften Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“: „Die IX. Brigade, später XI. Brigade, der spanischen Volksarmee, deren Kommandeur Manfred Stern, bekannt als General Emil Kléber, war, bestand zu dieser Zeit aus zwei deutschen Infanterie-Hundertschaften, einer jugoslawisch-ungarischen Batterie und einer deutschen Maschinengewehrabteilung.“¹⁴⁹ Hoherfreut schrieb Leo Stern an M. I. Bronfman, einen Historiker, der über Manfred in seiner Dissertation zur Arbeiterbewegung in der Bukowina gearbeitet hatte: „Wie Sie sehen, ist es doch gelungen, eine schwere Mauer des langjährigen Schweigens zu durchbrechen, und ich danke Ihnen sehr, daß Sie einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben.“¹⁵⁰

Im März 1972 erhielt Leo Stern einen Brief aus Belgrad. Der Militärhistoriker Vlajko Begović teilte ihm mit, er erarbeite für die jugoslawische Militärenzyklopädie den Abschnitt über den spanischen Bürgerkrieg und benötige Angaben zu General Emilio Kléber. „In dem Archiv der Komintern in Moskau, wo ich im Jänner dieses Jahres gearbeitet habe, konnte ich nicht irgendwelche biographischen Angaben finden. Ich habe sonst im Spanischen Krieg als Major Vladimir Stefanović mit dem Genossen Kléber zusammen gekämpft.“ Weiterhin erbat Begović biographische Daten über Wilhelm Zaisser (General Gomez).¹⁵¹

Stern schickte eine Reihe von Materialien über die Generäle Kléber und Gomez nach Belgrad. Im beigelegten Brief erklärte er: „Daß Sie in Moskau über meinen Bruder nichts oder nahezu nichts erfahren haben, liegt daran, daß er in der Sowjetunion den Parteinamen M. Fred trug. Unter diesem Pseudonym sind in der Kommunistischen Internationale, im

145 Stern an Glavnoe Archivnoe Upravlenie pri Sovete Ministrov SSSR, Direktor G. A. Belov, 30. Januar 1963, in: ABBAW, NL Stern, Nr. 159.

146 ABBAW, NL Stern, hier zit. nach Oberkofler, Leo Stern, S. 4.

147 Leo Stern, *Der Freiheitskampf des spanischen Volkes 1936–1939*, Berlin (Ost) 1956.

148 Vgl. Fußnote 128.

149 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, Berlin (Ost) 1956, S. 154. Kurze Erwähnung Manfred Sterns auch auf S. 157.

150 ABBAW, NL Stern, zit. nach Oberkofler, Leo Stern, S. 4.

151 Vlajko Begović an Leo Stern, 7. März 1972, in: ABBAW, NL Stern, Nr. 136.

Bolschewik, in der Prawda und in der Iswestija viele Artikel und Aufsätze erschienen, ebenso Abhandlungen über bestimmte militärische Aktionen in Hamburg 1923 und in China. Diese werden jedoch von der Staatlichen Archivverwaltung zur Benützung vorläufig nicht freigegeben.“

„Es dürfte Ihnen bekannt sein“, schrieb Stern, „daß mein Bruder nach seiner Rückkehr aus Spanien 1938 durch verleumderische Anklagen repressiert worden ist und am 18. 2. 1954, 58 Jahre alt, verstorben ist. Die letzten Jahre hat er im Konzentrationslager Magadan (Chabarowsk) und in Taischet verlebt.“¹⁵²

Im Konzentrationslager Magadan ... Niemand, der Leo Stern in seiner vielfältigen wissenschaftlichen und politischen Arbeit erlebte, hätte sich vorzustellen gewagt, daß er jemals den Begriff des Konzentrationslagers mit der Sowjetunion in Verbindung bringen könnte. Er hatte noch die Genugtuung zu sehen, daß auch die militärischen Leistungen seines Bruders im spanischen Bürgerkrieg in der UdSSR öffentlich gewürdigt wurden. In einer kurzen Zeit der Auflockerung alter Dogmen hatte der spanische Kommunist José Maria Galan 1961 nicht nur Manfred Stern als echten Antifaschisten und Kommunisten, als einen „Menschen mit einer großen Seele“ rühmen können, sondern zugleich auf die Teilnahme von Leo und Wolf Stern am Spanienkrieg verwiesen.¹⁵³ Nach Jahren der Stille hob 1968 Marschall Kirill Merezkow, im Herbst 1936 einer der sowjetischen Kommandeure in Spanien, die Kampfkraft der XI. Internationalen Brigade unter Manfred Stern hervor.¹⁵⁴ Das 1975 – wiederum Jahre später – in mehreren Sprachen von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene Buch „Die Völker an der Seite der spanischen Republik“ wies auf den „in Österreich geborenen“ General Kléber hin, „der bei der Verteidigung Madrids im Herbst 1936 eine große Rolle spielte.“¹⁵⁵ Auch in der DDR blieben die Anstrengungen Leo Sterns, den Namen seines Bruders im Gedächtnis der Menschen zu erhalten, schließlich nicht ohne Erfolg, denn am 10. November 1976 wurde eine Schule in Halle nach Manfred Stern benannt, die – neuen Verdrängungen von Geschichte Vorschub leistend – diesen Namen 1990 wieder ablegte. In seiner Heimatstadt Czernowitz trug, wie Leo Stern dem Dokumentarfilmregisseur Roman Karmen schrieb, das ehemalige Erste Staatsgymnasium eine Gedenktafel. Auch gab es eine Manfred-Stern-Straße.¹⁵⁶

Leo Stern starb am 2. Januar 1982 in Halle, inmitten seiner Arbeit. „Fast sechzig Jahre war Stern marxistischer Historiker, davon mehr als die Hälfte dieser Zeit in der DDR, deren Geschichtswissenschaft er als Ganzes und zugleich in vielen Teilbereichen mitprägte, in der er weiterhin gegenwärtig ist“, schrieb sein Biograph Conrad Grau 1989.¹⁵⁷ Diese Zeilen waren kaum in Druck erschienen, als die SED-Herrschaft beseitigt wurde. Die Mehrzahl der DDR-Bürger optierte für einen schnellen Anschluß an die Bundesrepublik. In der Euphorie der Wiedervereinigung wurde kaum etwas als bewahrenswert gesehen, das den Stempel der bisherigen Ideologie trug. Damit schien die Geschichtswissenschaft der DDR, in Sonderheit

152 Leo Stern an Vlado Begović, 21. März 1972, in: Ebenda. Das genaue Todesdatum war der 12. Februar.

153 José Maria Galan, *Vospominania ispanskogo oficera*, in: *Voenno-istoričeskij žurnal*, 1961, Nr. 7, S. 85f.

154 Das Buch erschien auch in der DDR: K. A. Merezkow, *Im Dienste des Volkes*, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1972, S. 126 (Sowjetische Ausgabe 1968).

155 *Die Völker an der Seite der spanischen Republik 1936–1939*, Moskau 1975, S. 252.

156 Leo Stern an Roman Karmen, 10. Dezember 1976, in: ABBAW, NL Stern, Nr. 136. Im Gedenken an seinen Bruder gab Leo Stern seinem 1946 geborenem Sohn den Namen Manfred (später Professor für Mathematik). Sylvia, die 1949 geborene Tochter von Alice und Leo Stern, arbeitet heute als Ärztin.

157 Grau, Leo Stern, S. 336.

auch Leo Sterns Werk, überflüssig. Vieles, was Leo Stern geschrieben hatte, ist selbstverständlich zwei Jahrzehnte nach seinem Tod überholt. Das ideologische Korsett, in das er seine Forschungsergebnisse pressen mußte, um sie publizieren zu können, hat ohnehin nur noch musealen Wert. Die von ihm angeregten und angeleiteten Quelleneditionen sollten jedoch weiterhin benutzt werden – dann nämlich, wenn eine neue Generation von Historikern die Geschichte der Arbeiterbewegung als attraktiven Forschungsgegenstand wieder entdecken mag. Sie dürfte berührt sein vom Schicksal eines Menschen, der als Jude und als Kommunist verfolgt wurde, schließlich in der Sowjetunion und in der DDR beruflichen Erfolg hatte, der aber wußte, unter welch sinnlosen Opfern, mit welch hohem Preis diese Gesellschaft errichtet wurde – einen Preis, den die meisten Menschen schließlich nicht länger zahlen wollten.

KAPITEL 10

Volksfeinde in der Sowjetunion – Professoren in der DDR. Arnold Reisberg (1904–1980) und Wolfgang Ruge (geboren 1917)

„Nach dem XX. Parteitag fragten viele Menschen, wozu es wohl dienen könnte, den Staub der Vergangenheit aufzurühren, der Welt die sowjetische Schwäche zu zeigen und unseren Feinden Ursache zur Freude zu geben. Ob es nicht besser sei, Stalins Andenken unverändert im sowjetischen Volke zu erhalten? Ob es nicht besser sei, sich an die heutigen Aufgaben des kommunistischen Aufbaus zu machen und eine Analyse der Verbrechen Stalins späteren Generationen zu überlassen? Mit anderen Worten: Wäre es nicht besser, ‚die Fülle niedriger Wahrheiten‘ zu vergessen und sich an die ‚Illusion‘ zu halten, ‚die uns erhebt‘?“¹

Diese Worte stehen am Anfang eines der klassischen Werke der Kommunismus-Forschung, Roy Medwedews großer Analyse des Stalinismus: „Die Wahrheit ist unsere Stärke“. Georg Hermann Hodos zog in einer anderen grundlegenden Arbeit zum Thema das bittere Fazit über die Gesellschaft sowjetischen Typs: „Das Versprechen ihrer Reformierbarkeit, an das ich mich bis zuletzt geklammert habe, erwies sich als Betrug. Meine Hoffnungen stützten sich auf die zukunftssträchtigen Ansätze im revolutionären Budapest von 1956 und auf die kurzen Monate des Prager Frühlings 1968, auf Reformversuche also, die nach meiner damaligen Überzeugung nicht an ihren Zielsetzungen, sondern allein an der brutalen militärischen Intervention der Kolonialmacht Sowjetunion gescheitert waren, einer Bedrohung, die im Zeitalter der Gorbatschowschen Reformen verschwunden war ... Doch die Hoffnung erwies sich als ein Trugschluß. Der osteuropäische Sozialismus kannte nichts anderes als den Stalinismus, er entstand aus seinem Schoß, war seine Kreatur, seine Basis, auf der sowohl Terror wie auch Reformen fußen. Im Anfang seiner Entstalinisierung war schon sein Ende vorgegeben, die letzte Reformstufe mußte zugleich sein Zusammenbruch sein.“²

War es die nie eingestandene Furcht der Politbürokratie, mit Reformen, die eine rückhaltlose Aufarbeitung der Zeit des Terrors einschlossen, einen Dammbruch auszulösen – einen Dammbruch, der das ganze System letztlich unter sich begraben könnte? Wurden deshalb Roy Medwedew, Georg Hermann Hodos und so viele andere Opfer des Stalin-Terrors, wenn sie diese Aufarbeitung einforderten, noch einmal zu Aussätzigen erklärt?

1 Roy A. Medwedew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus*, Frankfurt a. M. 1973, S. 1.

2 Georg Hermann Hodos, *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54*, Berlin 1990, S. 257.

Verband die Angst, das Projekt einer sozialistischen Gesellschaft könne an der zur „Unzeit“ begonnenen Diskussion über die Vergangenheit in Gefahr geraten, manche der Verfolgten des Stalinismus mit ihren Verfolgern? Lag darin nicht eine wesentliche Ursache des Schweigens, das sich die im sowjetischen Machtbereich Lebenden, die aus den Lagern zurückgekehrt waren, selbst auferlegten; als ein Schweigen, das ihnen nicht nur auferlegt war? – Warum habt ihr so lange geschwiegen?, wurde manchen der Stalin-Opfer entgegengehalten, als sie nach 1989 endlich zu sprechen begannen.

Eine bündige Antwort auf diese Frage kann nicht gegeben werden. Die Schwierigkeiten, wenigstens vorläufige Erklärungen zu finden, zeigen sich, wenn man dem Einzelschicksal nachgeht, dem Leben jener Menschen, die von ihren eigenen Genossen – die sie als solche ansahen – um ihre besten Jahre gebracht wurden. Unter ihnen befanden sich zwei später auch international bekannte Historiker der DDR: Arnold Reisberg und Wolfgang Ruge. Ihr Lebensweg verlief um vieles anders als die Wege der übrigen hier vorgestellten Menschen. Die Rückkehrer aus Stalins Lagern standen auch später vor Schwierigkeiten eigener Art, die nicht zuletzt aus der nur halbherzigen Entstalinisierung in der DDR erwuchsen.

1. 1956: Eine halbherzige Entstalinisierung

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 entstanden Möglichkeiten zur Rehabilitierung seiner Millionen Opfer nur Schritt für Schritt. Zu Lebzeiten des Diktators erhielt die SED natürlich keinerlei Auskünfte oder offizielle Dokumente über das Schicksal der in der Sowjetunion verhafteten deutschen Emigranten, obwohl alle deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil – direkt oder indirekt – von den Massenrepressalien betroffen waren: Bis zum März 1938 wurden siebzig Prozent aller KPD-Mitglieder in der UdSSR verhaftet.³ Die Zahl der verhafteten Deutschen oder Österreicher war indes weit höher, da viele von ihnen die sowjetische Staatsbürgerschaft beantragt und erhalten hatten. Eine 1991 erschienene Dokumentation nennt die Namen von 1136 Verfolgten – und auch diese Liste ist keineswegs vollständig.⁴

Sie gehörten zu den Millionen von Parias der sowjetischen Gesellschaft. „Im Arsenal des mythologischen Bewußtseins existierte die Gestalt des ‚Feindes‘“, schrieb der russische Soziologe Levada. „Diese Gestalt hatte nichts gemein mit dem ‚normalen‘ ... Verständnis eines geistigen oder politischen Opponenten, dafür hatte sie im politischen Lexikon der quasirevolutionären Mythologie um so mehr gemein mit dem traditionellen Stereotyp des ‚Feindes des Menschengeschlechts‘, des ‚Ungeheuers‘, des ‚Volksfeindes‘ (ein Verständnis, das sich augenscheinlich erstmals zu Zeiten der Großen Französischen Revolution heraus-

3 Diese Angabe nach sowjetischen Archivquellen bei Reinhard Müller/Natalja Mussijenko, „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938), in: Hermann Weber/Ulrich Mähler (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn etc. 1998, S. 148. Laut Angaben der deutschen Vertretung beim Exekutivkomitee der Komintern wurden bis Ende 1937 551 KPD-Mitglieder verhaftet, die Liste der Angehörigen umfaßte 127 Frauen und 116 Kinder. Fast alle deutschen „Spezialisten“ (Arbeiter oder Angestellte), die beruflich in der UdSSR arbeiteten, wurden ausgewiesen oder verhaftet. Vgl. ebenda, S. 157.

4 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Herausgegeben vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991.

gebildet hatte).⁵ Wer einmal mit dem Stigma des Volksfeindes behaftet war, wurde es kaum noch los: Der möglichen Entlassung aus dem Lager folgte nur selten die Rückkehr in die (relative) Freiheit, sondern die Überweisung in einen entlegenen Verbannungsort – oft „auf ewig“ ausgesprochen. Wer herauskam, wurde in der Sowjetunion zu strengstem Stillschweigen verpflichtet. Für die SED türmten sich bislang unbekannte Probleme auf, als sich im Herbst 1955 für viele Deutsche die sowjetischen Lager öffneten.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß im Ergebnis der Verhandlungen von Bundeskanzler Adenauer in Moskau zusammen mit Kriegsgefangenen auch ehemalige Mitglieder der KPD nach Deutschland entlassen wurden. Die Parteiführung mußte um einsickernde Informationen fürchten, die sich wie ein Lauffeuer in der DDR verbreiten könnten. Ohnehin wurde durch ehemalige Lagerhäftlinge, die sich in die Bundesrepublik entlassen ließen, ein grelles Licht auf die bisher in sorgsamem Dunkel gehüllten Tatsachen geworfen. Das SED-Politbüro erteilte daher der Zentralen Parteikontroll-Kommission den Auftrag, die Rehabilitierung von Genossen zu prüfen, die in der Sowjetunion verhaftet und womöglich umgekommen waren. Dazu bildete die ZPKK am 21. September 1955 eine eigenständige Kommission, die sich bis zum Juli 1962 mit dieser Angelegenheit beschäftigte.⁶

Noch Anfang März 1956, unmittelbar nach Ende des KPdSU-Parteitages, glaubte Walter Ulbricht sich mit dem Satz: „Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen“ aus der Affäre ziehen zu können.⁷ Die entstehende Unruhe unter Intellektuellen, Parteilosen wie SED-Mitgliedern, veranlaßte Ulbricht, zwei Wochen später etwas ausführlicher Stellung zu nehmen. Er mußte eingestehen, daß es „unvermeidlich und notwendig (war), bestimmte Fehler, die begangen wurden, offen zu kritisieren und damit die Partei und die Massen zu erziehen, damit solche Fehler nicht wieder vorkommen.“ Ulbricht wies auf Stalins „Tendenzen der persönlichen Willkür“ hin; die Massenmorde an Kommunisten und Nichtkommunisten wurden in einer abwiegelnden Sprache als „willkürliche Maßnahmen mit Hilfe der Sicherheitsorgane des Staates“ bezeichnet.⁸ Am 29. April sah sich das Politbüro genötigt, „die dogmatische Einstellung der Lehre des Marxismus-Leninismus an Hochschulen und Institutionen in der Deutschen Demokratischen Republik“ einzuräumen.⁹ Die Selbstkritik blieb jedoch beschränkt, die Rückkehr und Rehabilitierung der Stalin-Opfer sollte möglichst geräuschlos erfolgen.

Nach der Sitzung der ZPKK am 21. September 1955 wurden Anträge der Politemigranten auf Rückkehr vom ZK-Sekretariat der SED geprüft. Dieses stimmte der Rückkehr stets zu und ersuchte das ZK der KPdSU, die Ausreise aus der Sowjetunion zu genehmigen. Die mit Hilfe des Roten Kreuzes und der DDR-Botschaft in Moskau Heimkehrenden, die physisch erschöpft und oftmals schwerkrank, mittellos und ihrem Herkunftsland entfremdet waren, erhielten medizinische Fürsorge, finanzielle Unterstützung und Arbeitsplätze. Die Rehabilitierung und Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft erfolgte nicht vor den Augen der

5 Ju. Levada, *Stalinskie alternativy*, in: *Osmyslit' kul't Stalina*, Moskau 1989, S. 450.

6 Vgl. Josef Gabert/Lutz Prieß (Hg.), *SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956*, Berlin 1990, Dokument 6 und 7, S. 131–133.

7 Walter Ulbricht, *Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, in: ND, 4. März 1956; auch abgedruckt ebenda, S. 113.

8 Walter Ulbricht, *Antworten auf Fragen der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED. Aus der Diskussionsrede am 17. März 1956*, in: ND, 18. März 1956, Wiederabdruck ebenda, S. 123.

9 *Die leninistische Geschlossenheit unserer Partei*. Artikel des Politbüros des ZK der SED, in: ND, 29. April 1956, abgedruckt ebenda, Zitat S. 135.

Öffentlichkeit, Erinnerungsberichte wurden nicht gedruckt und bei unerläßlichen biographischen Angaben wurden die Jahre der Haft und Verbannung in die unverbindlich klingende Formel gefaßt, daß der oder die Betreffende in der Sowjetunion am sozialistischen Aufbau teilgenommen habe.¹⁰ Daran änderte auch der Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU vom 30. Juni 1956 „Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“ nichts, da er eine eingeschränkte Sicht auf den Stalinismus beibehielt und nur die kommunistischen Opfer Stalins rehabilitierte, die vor ihrer Ausschaltung zu dessen eigener Fraktion gehört hatten. Eine fällige Rehabilitierung der Anhänger Trotzki, Bucharins, Sinowjews, der nichtkommunistischen Gegner Stalins oder rein zufällig in die Mühlen der Massenrepressionen Hineingeratener unterblieb.¹¹ Die Historiker der DDR konnten keine substantiellen Beiträge zur Aufarbeitung des Stalinismus und seiner demoralisierenden Folgen für die deutsche und internationale kommunistische Bewegung leisten. Dies traf auch für die beiden Historiker zu, die, aus dem stalinistischen „Archipel Gulag“ in die DDR gekommen, zu Spezialisten wichtiger Aspekte der Geschichte des 20. Jahrhunderts wurden: Arnold Reisberg und Wolfgang Ruge.

2. Ein „Opfer verlorener Zeiten“. Arnold Reisberg

Im Jahre 1974 kam ein Buch des österreichischen Historikers Karl Stadler heraus: „Opfer verlorener Zeiten“. Es behandelte die Emigration österreichischer Schutzbund-Mitglieder in die Sowjetunion, befaßte sich jedoch auch mit dem Schicksal dorthin exilierter österreichischer Kommunisten. Stadler nannte unter anderem Arnold Reisberg, den er aus gemeinsamer Arbeit in der österreichischen KP kannte. Kurz vorher hatte der RIAS zu Reisbergs 70. Geburtstag ebenfalls dessen Schicksal erwähnt.¹² Damit wurde auf einen Mann aufmerksam gemacht, der selbst darüber in der Öffentlichkeit kein Wort verlor.¹³

Der Schutzbund, die paramilitärische Organisation der österreichischen Sozialdemokratie, hatte im Februar 1934 die Errichtung eines autoritären Regimes in Österreich zu verhindern gesucht.¹⁴ Nach der blutigen Niederlage der Linkskräfte und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung mußten Tausende ihrer Aktivisten emigrieren. Während Karl Stadler die

10 So in biographischen Angaben der Buchautoren. Vgl. beispielsweise Wolfgang Ruge, Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1983, S. 192.

11 Der Beschluß wurde im „Neuen Deutschland“ vom 3. Juli 1956 veröffentlicht. Wiederabdruck in: Gabert/Prieß (Hg.), SED und Stalinismus, S. 69–90.

12 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2024/59, erwähnt bei Beatrice Vierneisel, Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltungte Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997, S. 121.

13 Karl R. Stadler, Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974, S. 305. Stadler gehörte ab 1937 zu einer antistalinistischen Gruppe innerhalb des illegal tätigen kommunistischen Jugendverbandes: der Gruppe „Ziel und Weg“. Sein Deckname wurde in der KPÖ-Presse offengelegt, worauf er der austrofaschistischen Polizei in die Hände fiel. Nach qualvoller Haft gelang ihm die Flucht nach England. Zur Gruppe „Ziel und Weg“ vgl. Fritz Keller, Gegen den Strom – Fraktionskämpfe in der KPÖ. Trotzlisten und andere Gruppen 1919–1945, Wien 1978, S. 148ff.

14 Vgl. hierzu Arnold Reisberg, Februar 1934. Hintergründe und Folgen, Wien 1974.

illegale Arbeit in Österreich aufnahm, ging Arnold Reisberg in die Sowjetunion, wo er glaubte, Sicherheit zu finden. Doch dies war der Auftakt für eine jahrzehntelange Odyssee.

Arnold Reisbergs Lebensweg begann am 17. Februar 1904 in Boryslaw, einer Kleinstadt im damals österreichischen Galizien, südwestlich von Lemberg.¹⁵ Reisbergs Vater war Volksschullehrer, seine Mutter Hausfrau.¹⁶ Arnold war der älteste Sohn von vier Kindern der Familie. Er besuchte zuerst in seinem Heimatort, nach der Übersiedlung der Familie nach Wien in der österreichischen Hauptstadt die Volksschule. Unter großen materiellen Entbehrungen ermöglichten ihm die Eltern eine höhere Schulbildung, so daß er von 1918 bis 1924 am Realgymnasium lernen konnte. Spätestens in Wien war die Familie vom Judentum zum römisch-katholischen Glauben übergetreten.¹⁷ Dennoch bekam der junge Reisberg den rassistischen, keineswegs mehr nach der Konfession fragenden Antisemitismus seiner Mitschüler zu spüren; doch hoffte er, diese Zustände würden alsbald überwunden: Arnold Reisberg begeisterte sich für die russische Oktoberrevolution, die er, gleich vielen Jugendlichen, als Aufbruch in eine neue Welt sah, in der es Kriege, Ausbeutung oder Judentum nicht mehr geben würde. Der Jännerstreik (Januarstreik) von 1918, der größte politische Massenstreik der österreichischen Geschichte, schien seinen Optimismus zu bestätigen, den Reisberg auch behielt, als die Revolution in Deutschland wie in Ungarn blutig erstickt wurde und in Wien mit einem Kompromiß der typisch österreichischen Art endete: Am 15. März 1919 bildete der Sozialdemokrat (und Spezialist für Nationalitätenfragen) Karl Renner eine Koalitionsregierung seiner Partei mit den Christlichsozialen. Angesichts dieser Entwicklung zog es Arnold Reisberg zu der am 3. November 1918 gegründeten kommunistischen Partei (KPÖ) beizutreten, deren Mitglied Nummer Eins die spätere KPD-Vorsitzende Ruth Fischer war.¹⁸ Im Jahre 1923 trat Reisberg dem kommunistischen Jugendverband, ein Jahr darauf der Partei bei. 1924 nahm er ein Studium der Geschichte und Geographie an der Universität Wien auf, das er 1928 mit der Promotion zum Dr. phil. abschloß. Das kühn formulierte Thema seiner Dissertation war: „Der wirtschaftliche Anschluß Österreichs an Deutschland in den Jahren 1840–1848“.¹⁹ Zu dieser Zeit war er schon mit seiner Frau Eleonore zusammen, die 1925 ebenfalls Mitglied der KPÖ geworden war. Nach der Promotion fand Reisberg keine Anstellung als Lehrer. Die nach dem Feuerüberfall der Polizei auf demonstrierende Arbeiter am 15. Juli 1927 angespannte politische Atmosphäre behinderte die beruflichen Chancen von Kommunisten im Staatsdienst. So schlug er sich als Privatlehrer durch, während Eleonore mit Näharbeiten zum Unterhalt des Paares beitrug. Seit 1931 arbeitete Reisberg dann für die KPÖ in der politischen Bildung als „Wanderlehrer“. Er war unter anderem Funktionär der Wiener Stadtparteileitung, Leiter der Propagandaabteilung beim Zentralkomitee, Leiter der Marxistischen Arbeiterschule, die ihrem deutschen Pendant entsprechend MASCH abgekürzt wurde, Redakteur der theoretischen KPÖ-Zeitschrift „Der Kommunist“, sowie österreichischer Berichterstatter der Basler „Rundschau für Politik, Wirtschaft und

15 In der gleichen Stadt wurde auch der Historiker Edmund Silberner (1910–1985) geboren.

16 Ich verdanke die biographischen Angaben vor allem folgender Quelle: Ulla Plener, Arnold Reisberg – ein kommunistisches Schicksal, in: BzG, 1991, Nr. 2, S. 259–268. Der Aufsatz stützt sich vorrangig auf ein Interview, das Ulla Plener mit Reisbergs Witwe Eleonore (geb. 1908) im Frühjahr 1990 führte.

17 Arnold Reisberg trat am 3. November 1923 aus der katholischen Kirche wieder aus. Die Kopie der Austrittserklärung und andere Dokumente wurden dem Verfasser von Ulla Plener zur Verfügung gestellt.

18 Zu den Umständen der Parteigründung vgl. Sabine Hering/Kurt Schilde, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt a. M. 1995, S. 28f.

19 Die Arbeit lag dem Verfasser dieses Buches nicht vor.

Arbeiterbewegung“, dem Nachfolgeorgan der „Internationalen Pressekorrespondenz“. Außerdem arbeitete Reisberg für sowjetische Organisationen und Firmen, so in der UdSSR-Handelsvertretung und für die Werbeagentur Gosreklama.²⁰ Immer wieder wurde er nach dem Verbot der KPÖ im Mai 1933 kurzzeitig verhaftet, insgesamt sechszwanzigmal.

Im April 1934 (nach anderen Angaben im September) fiel er, der nach den Februarkämpfen untergetaucht war, der Polizei in die Hände. Eleonore ermittelte über das Polizeikommissariat seinen Verbleib; er saß im Wiener Polizeigefängnis ein. Im November 1934 wurde er entlassen und, da er polnischer Staatsbürger war, aus Österreich ausgewiesen. Er begab sich in die Tschechoslowakei und von dort am 22. Dezember in die Sowjetunion. Er hatte nicht einmal von seinen Eltern Abschied nehmen können. Ihnen sollte nach der Okkupation Österreichs durch Deutschland 1938 die Flucht nach Argentinien gelingen. Eleonore löste ihren Wiener Haushalt auf und folgte mit dem einjährigem Sohn ihrem Mann in die Sowjetunion.

In Moskau arbeitete Reisberg unter dem Namen Bruno Braun als Lehrer und stellvertretender Sektorleiter an der 1926 gegründeten Internationalen Lenin-Schule, einer Ausbildungsstätte der Komintern. Dort unterrichtete er Geschichte der internationalen und der österreichischen Arbeiterbewegung und wurde Leiter der österreichischen Gruppe an der Schule. Vertretungsweise war er auch Lektor an der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens. Seine österreichische Mitexilantin Genia Quittner schrieb dazu: „Im Rahmen seiner Unterrichtsstunden und in den Seminaren forderte er die Schüler zur Wachsamkeit auf, auch dazu, sich selbst zu erforschen, ob nicht in einem Winkel ihres Herzens ein Fünkchen Sympathie für Trotzki oder Sinowjew glomm. Doch eines Tages kam er nicht mehr; man versuchte gar nicht, es zu verheimlichen; das NKWD hatte ihn geholt. Sein Fall wurde als typisches Beispiel trotzkistischer Doppelzüngigkeit im Unterricht dargestellt.“²¹

Es war im Februar 1937, als die vom Stalin-Regime inszenierte Hysterie gegen angebliche „Volksfeinde“ und „Parteischädlinge“ einem Höhepunkt zustrebte, und Arnold Reisberg in das Kesseltreiben geriet. Den Anlaß bildeten einige, im Wortlaut nicht überlieferte Bemerkungen zur nationalen Frage, die von den „wachsamen“ Schülern böswillig mißverstanden wurden. Reisberg soll die Frage gestellt und bejaht haben, ob es für Marxisten zulässig sei, nationale Zwietracht auszunutzen oder zu schüren. In seiner Verteidigungsrede erklärte der in die Enge getriebene Reisberg, er glaube, „daß man den Haß des ganzen Volkes, aller Nationalitäten der Sowjetunion gegen den hauptsächlichlichen Kriegstreiber (gegen den deutschen und japanischen Faschismus) entfachen kann.“ Er sagte weiterhin, „daß es notwendig ist, in jedem Sowjetbürger einen solchen Haß zu entwickeln, daß er bereit ist, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen, um den Feind vom Territorium der Sowjetunion abzuhalten.“²²

Als Alfred Klahr, der neue österreichische Sektorleiter an der Lenin-Schule, die KPÖ-Vertretung in Moskau über Reisbergs Ausführungen zur nationalen Frage informierte, wur-

20 Gosreklama (Gosodarstvennaja Reklama): Staatliche sowjetische Werbeagentur.

21 Genia Quittner, *Weiter Weg nach Krasnogorsk. Schicksalsbericht einer Frau*, Wien etc. 1971, S. 41 (Druckfehler korrigiert). Reisberg erschien in diesem Buch unter dem leicht zu verifizierenden Namen Gleisberg.

22 Zit. nach Hans Schafranek, *Die Internationale Lenin-Schule und der „Fall Reisberg“ (1937)*, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen*, Wien 1994, S. 143, unter Grundlegung des Protokolls einer Rede „Brauns“ (Reisbergs) vom 27. (?) Februar 1937, die sich im Russischen Zentrum (RZA), Nr. 531/1/227, befindet.

de ihm – einer Stellungnahme Friedl Fűrnerbergs zufolge – erwidert, Reisbergs Anschauungen seien kein Fehler, sondern ein Verbrechen. Das Parteikomitee an der Lenin-Schule bezeichnete Reisbergs Worte als „eine Verleumdung der Sowjetunion, eine Verleumdung des deutschen Volkes“, die „faktisch ein Einschmuggeln einer chauvinistischen, faschistischen Ideologie“ darstelle. Am 27. Februar fand eine Parteiversammlung des österreichischen Sektors der Lenin-Schule statt, die zu einem zehnstündigen Tribunal wurde. Nach Hans Schafranek, der die entsprechenden Materialien auswertete, wurde Reisberg nacheinander von Alfred Klahr, Genia Quittner, Friedl Fűrnerberg, Aloisia Soucek und Ferdinand Panzenböck („Hans Hassler“) angeklagt. Klahr, Reisbergs enger Jugendfreund,²³ bezichtigte ihn „akrobatischer Tricks“, die indes seine mangelnde Bereitschaft zur Selbstkritik nicht verbergen könnten. Genia Quittner, die an der Lenin-Schule Politische Ökonomie lehrte, warf ihm jüdischen Nationalismus vor (sie war selbst Jüdin).²⁴ Angeblich betrachtete Reisberg „die Kritik nicht als sachliche Kritik, sondern er dachte immer nur daran, daß die Kritik gegen ihn gerichtet sei, als äußerlich charakteristischen Juden, als verfolgten Juden.“²⁵ Am folgenden Tag gab Klahr eine Stellungnahme zu Reisberg ab, in der dessen angebliche „Fraktionstätigkeit“ in der KPÖ bis auf das Jahr 1924 zurückgeführt wurde. Reisberg habe nacheinander mit den parteifeindlichen Strömungen der deutschen Partei um Ruth Fischer und Heinrich Brandler in Verbindung gestanden. Auf eine entsprechende Frage antwortete Reisberg in einem offiziellen Formular mit „Nein“.²⁶

Nunmehr geriet die gesamte österreichische Gruppe an der Lenin-Schule in das Fadenkreuz der Kritik, als die Schulleiterin Klawdija Kirsanowa die Führungsfrage im österreichischen Sektor aufwarf. Daraufhin schrieb der KPÖ-Generalsekretär Johann Koplenig am 8. März 1937 in einer Stellungnahme an das EKKI-Sekretariat, bereits im Herbst 1935 „entstanden aufgrund der Unzufriedenheit der Schüler und diesbezüglicher Mitteilungen der Partei ... ernste Bedenken über Braun.“ Die österreichische Partei habe die „Frage“ Braun „nicht scharf genug“ gestellt. „Erst ein Jahr später, im September 1936, fand eine neuerliche Sitzung mit der Gen. Kirsanowa statt, wo einvernehmlich die Entfernung Brauns als Lektor aus der Schule vereinbart wurde.“ Es war Koplenig „unerklärlich, warum Braun bis nun in der Schule verblieb.“²⁷

Für die KPÖ-Führung endete die Angelegenheit glimpflich, nicht so für Reisberg. In einem handschriftlichen Lebenslauf vom 7. März 1937 gab er zu, die Frage, „ob Marxisten prinzipiell niemals Nationalismus schüren dürfen“, sei „seinerseits in der Tat Verleumdung der SU (und) des dt. (deutschen) Volkes gewesen“, eine „faschistische“ Ansicht, deren Ursache „sein nicht überwundenes Sektierertum“ sei. Während Genia Lande (Quittner) all jene Bücher von Sinowjew, Kamenew und Radek aus der Bibliothek entfernt haben wollte, hielt Reisberg es für „unmöglich, ... dieses Prinzip auf die Protokolle der Weltkongresse der KI

23 Vgl. Arnold Reisberg, Theoretisch fundiert gegen „großdeutsche“ Ideologie. Zum 75. Geburtstag des österreichischen Kommunisten Alfred Klahr, in: ND, 15. September 1979; ders., Alfred Klahr – erster marxistisch-leninistischer Theoretiker über die österreichische Nation, in: BzG, 1983, Nr. 3, S. 412. Reisberg erwähnte die Rolle Klahrs im Kesseltreiben gegen ihn mit keinem Wort.

24 Diesen Angriff gegen Reisberg verschwiege sie in ihrer Autobiographie.

25 Maschinenschriftliches Protokoll der Parteiversammlung des Sektors JA vom 27. Februar 1937 (RZA 531/1/227), zit. in: Schafranek, S. 144f.

26 Vgl. ebenda, S. 149f. (unter Bezugnahme auf die gleiche Quelle).

27 Streng vertrauliches Schreiben Johann Koplenigs an das EKKI-Sekretariat, 8. März 1937 (RZA 495/73/88), zit. ebenda, S. 142.

anzuwenden“, in denen die Reden der Geächteten abgedruckt waren.²⁸ Am 11. März wurde er von der Lenin-Schule entlassen, wenig später aus der Partei ausgeschlossen. Er mußte sein Zimmer im Hotel „Lux“ räumen und übersiedelte ins Hotel „Sojusnaja“. Dort mag ihn die Resolution erreicht haben, die von der Parteiversammlung des österreichischen Sektors verabschiedet wurde. Dem „Feind der Partei Braun“ sei es gelungen, „sowjet- und parteifeindliche trotzkistische Anschauungen zu verbreiten“, hieß es. Die Parteiorganisation sei nicht in der Lage gewesen, „ihn rechtzeitig zu entlarven.“²⁹

Am 22. April 1937 wurde Arnold Reisberg vom NKWD verhaftet. Die Anklage nach Artikel 58, Absatz 10 des Strafgesetzbuches der Russischen Sowjetrepublik lautete auf antisowjetische Propaganda mit dem Ziel, die Sowjetmacht zu stürzen. Dazu gehöre auch die Aufbewahrung von Literatur konterrevolutionären Inhaltes.

Reisberg durchlitt nacheinander die Moskauer Untersuchungsgefängnisse Butyrka und Lubjanka. Er wurde am 23. Juli 1937 zu fünfjähriger Lagerhaft verurteilt. In einem Güterwagen wurde er vier Wochen lang bis Wladiwostok verbracht. Von dort aus kam er an die Kolyma, in den äußersten Nordosten des Landes, in eines der Lager von Dal'stroj – das Fernöstliche Aufbauwerk. „Stacheldraht, symmetrische Türme, ein quietschendes Tor. Dahinter Reihen von unteretzten, mit gerissener Dachpappe gedeckte Baracken. Ein langgezogenes, aus Brettern gezimmertes Gemeinschaftsklosett, von versteinerten Eisblöcken der Exkremamente bewachsen. Arbeit beim Holzeinschlag unter unmenschlichen Bedingungen. Kälte, Hunger, Tod.“ So schilderte es Reisbergs Biographin Ulla Plener nach Berichten der Witwe.³⁰

Als Arnold Reisberg verhaftet wurde, war seine Frau hochschwanger. Ihr zweites Kind war gerade geboren, da mußte Eleonore mit dem vierjährigen Sohn und dem Baby Moskau verlassen. Ihre persönliche Habe, auch Arnolds Bücher, wurden beschlagnahmt und verschwanden für immer. Die junge Frau mußte mit ihren beiden Kindern nach Pokrowsk im Moskauer Gebiet und von dort weiter nach Jegorjewsk ins Gebiet Kaluga ziehen, wo ihr eine Arbeit als Näherin zugewiesen worden war. Sie bekam ein Zimmer in einem Wohnheim, wo für die Familie nur ein Bett zur Verfügung stand.

Sechs Jahre lang suchte Eleonore verzweifelt nach Arnold. Durch einen Zufall erhielt sie einen Brief von ihm. Eine der Angestellten des Lagers, in dem Arnold Reisberg eingesperrt war, hatte Bekannte in Jegorjewsk, die sie besuchen kam. Sie brachte den Brief; die Adresse hatten wahrscheinlich Reisbergs Moskauer Freunde übermittelt.

Unterdessen war Krieg. Eleonore Reisberg arbeitete beinahe rund um die Uhr. Sie nähte Regenmäntel für die Front. Die Arbeits- und Lebensbedingungen wurden immer schlimmer. Der ältere Sohn der Reisbergs überlebte diese Zeit nicht.

Zunächst war Eleonore Reisberg das Verlassen von Jegorjewsk vom NKWD untersagt worden, schließlich durfte sie sich in Alexandrow im Gebiet Wladimir, einhundert Kilometer von Moskau entfernt, niederlassen. Sie arbeitete weiterhin als Schneiderin. 1947 kam Arnold zurück.³¹

Er hätte bereits 1942 entlassen werden sollen, doch er wurde – entgegen dem Gerichtsurteil – noch bis zum 2. Oktober 1946 im Lager festgehalten. Danach dauerte es noch ein weiteres Jahr, bis er auf einem Dampfer einen Platz erhielt, der ihn nach Wladiwostok zu-

28 Handschriftlicher Lebenslauf von A. R. (Arnold Reisberg). Abschrift im Besitz des Verfassers.

29 RZA 531/1/227, zit. in: Schafranek, S. 151.

30 Plener, S. 262.

31 Lebenslauf von Eleonore Reisberg (Braun), ca. 1949. Abschrift im Besitz des Verfassers.

rückbrachte – es war der gleiche Dampfer, auf dem er zehn Jahre zuvor deportiert worden war. Obwohl er Moskau noch nicht betreten durfte, fuhr er sofort dorthin. So kam er zu seiner Frau und dem überlebenden Sohn.

Arnold Reisberg fand eine Arbeit als Angestellter der Staatlichen Versicherung. Doch die relativ ruhige Zeit währte nicht lange: Im April 1949 wurde er ein zweites Mal verhaftet. Ihm wurden keine neuen „Straftaten“ vorgeworfen, sondern der unterstellte Verstoß gegen Artikel 58/10 des Strafgesetzbuches, für den er 1937 – unschuldig – verurteilt worden und fünf weitere Jahre ohne Urteil im Lager eingesperrt war, diente als „Begründung“ für die erneute Inhaftierung.

Diesmal wurde Reisberg zur lebenslänglichen Verbannung nach Tassejewo in Ostsibirien, weit östlich von Krasnojarsk, verurteilt. Der Ort war nur mit Lastautos zu erreichen. Verglichen mit der unmenschlichen Lagerhaft war die Verbannung ein – mit den Augen eines Verurteilten gesehen – geringeres Übel. Die Bewegungsfreiheit des Verbannten wurde auf sieben Kilometer im Umkreis des angegebenen Ortes beschränkt. Er wurde durch den Sicherheitsdienst, bei dem er aller zwei Wochen zur Meldung erscheinen mußte, überwacht. Eleonore half ihm mit Geldanweisungen zu überleben, bis er eine Arbeit aufnehmen konnte. Er war Waldarbeiter, Teerbrenner in einer Genossenschaft und Transportarbeiter in einer Versorgungszentrale. Eleonore und ihr Sohn folgten Arnold 1950 nach Tassejewo, wo sie wiederum als Näherin arbeiten konnte. Ihr Sohn nahm 1951 in Krasnojarsk eine Lehre als Schmied auf.

In Tassejewo lebten viele Wolgadeutsche, Tataren und Kalmyken, die aus dem europäischen Teil der Sowjetunion in dieses weltabgelegene Gebiet zwangsumgesiedelt worden waren. Sie alle durften erst nach Stalins Tod auf eine Verbesserung ihrer Lage hoffen.

Im Juni 1954 kam Reisberg endlich frei. Eine Bescheinigung vom 8. Juni bestätigte ihm, daß er auf Grund der Anweisung des Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR vom 24. April zum 19. Juni 1954 aus der Verbannung befreit sei. In Übereinstimmung mit der Anweisung des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 27. März 1953 galt er als nicht vorbestraft. Eine weitere Bescheinigung vom 17. Mai hob das Urteil der Sonderkommission des NKWD vom Juli 1937 gegen ihn auf. Das Verfahren sei, so hieß es, aus Mangel an Beweisen eingestellt. Die Verbannung zur Strafansiedlung wurde aufgehoben.³²

Arnold Reisberg lebte danach vom August 1955 bis zum Februar 1959 in der Kreisstadt Moskalsk im Gebiet Kaluga, wo er eine Arbeit als Deutschlehrer an der Allgemeinbildenden Schule Nr. 2 fand. Eleonore durfte zunächst nicht mit, da sie – im Unterschied zu ihrem Mann – keine sowjetische Staatsbürgerschaft besaß. Erst nach deren Erhalt konnte sie nach Krasnojarsk zu ihrem Sohn, dann nach Moskalsk zu ihrem Mann. Als Arnold Reisberg seinen Dienst an der Schule quittierte, um die Sowjetunion zu verlassen, besagte der letzte Eintrag in seinem Arbeitsbuch, daß er zwanzig Jahre, vier Monate und sieben Tage im Schuldienst gewesen sei. Er hat lernen müssen, mit der Lüge zu leben.³³

Nach Stalins Tod hatten die Reisbergs neue Hoffnung geschöpft, nach Österreich zurückzukehren. Im Jahre 1954 forderte das Zentralkomitee der KPÖ Reisberg für die Parteiarbeit nach Österreich an. Doch mußte Reisberg dem ZK der SED Anfang 1957 mitteilen, die österreichische Regierung habe ihm als Kommunisten – er war noch ausländischer Staats-

32 Die Bescheinigung ist abgedruckt in: Plener, S. 264.

33 Abdruck des Eintrages ebenda, S. 264f.

bürger – kein Einreisevisum erteilt.³⁴ Die Mitteilung verband Reisberg mit dem Antrag auf Einreise in die DDR. Erst im Februar 1959 trafen die Reisbergs in Berlin ein.³⁵

Dort wurden sie von der Kaderabteilung des ZK der SED überprüft. Ihnen wurde das Parteidokument der SED ausgestellt und die Parteimitgliedschaft seit 1924 und 1925 durchgehend anerkannt.

Doch das Mißtrauen blieb. Im Dezember 1959 beantragte Reisberg eine Reise nach Argentinien, um seine Eltern zu besuchen, die er fünfundzwanzig Jahre nicht gesehen hatte. Die Reise kam schließlich zustande, aber die Kaderabteilung hatte zunächst Bedenken angemeldet. „Genosse R. hatte schwere Erlebnisse in der Sowjetunion“, hieß es unter anderem. „Es besteht die Möglichkeit, daß das irgendwie auch in einem dieser Länder oder bei seinen Eltern bekannt ist oder an gewisse Stellen herangetragen werde, die vielleicht versuchen würden, auf den Genossen R. einzuwirken, um diese Frage gegen die Sowjetunion und gegen die DDR auszunutzen.“³⁶

Arnold Reisberg wollte sich, sobald dies irgend möglich war, der wissenschaftlichen Arbeit widmen. Diesem Wunsch trug die SED Rechnung. Reisberg wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus angestellt, zunächst in der Lenin-Abteilung, die die deutsche Ausgabe der Werke Lenins besorgte. Seit 1962 war er in der Abteilung Geschichte der Arbeiterbewegung tätig.

Der so lange von jeder schöpferischen Tätigkeit Ferngehaltene stürzte sich mit Feuereifer in die Arbeit. Er wandte sich besonders drei Themenbereichen zu: der Geschichte der internationalen sowie der österreichischen Arbeiterbewegung und der Biographie Lenins. Neben seiner historischen Ausbildung waren ihm dabei seine ausgezeichneten Sprachkenntnisse hilfreich. Außer Deutsch und Russisch – beide Sprachen beherrschte er perfekt – standen ihm Englisch, Französisch, Polnisch und Tschechisch zu Gebote. Er konnte seine Publikationstätigkeit erst in einem Alter aufnehmen, in dem die schöpferische Tätigkeit anderer sich dem Ende zuneigt.

Reisbergs erste Publikation in der DDR war 1960 eine Broschüre mit dem Titel „Lenins Idee der Koexistenz wird triumphieren“.³⁷ Es folgte ein Beitrag zur Übersetzung der amtlichen sowjetischen Lenin-Biographie in der DDR.³⁸ 1964 habilitierte er sich mit einer Untersuchung zu den Anfängen der Einheitsfrontpolitik der KPD. Die Arbeit erschien 1971 unter dem Titel „An den Quellen der Einheitsfront“ in zwei Bänden. Ein anderes zweibändiges Werk war die 1977 publizierte Quellensammlung „Lenin – Dokumente seines Lebens“. Mit seinen Kommentaren zu dieser umfassenden Dokumentation versuchte Reisberg, „einen bescheidenen Dank an den Menschen abzustatten, dessen Ideen“, wie er schrieb, „mein ganzes bewußtes Leben bestimmt haben, seit ich sie als siebzehnjähriger Gymnasiast – mehr zufällig – im Protokoll des Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale zum

34 Reisbergs Brief an das ZK der SED vom 3. Januar 1957 ist auszugsweise mitgeteilt ebenda, S. 265. Eine solche Vorgehensweise der österreichischen Regierung erscheint – zumal nach dem Staatsvertrag von 1955 – jedoch verwunderlich.

35 Im konventionellen Wortsinn ist Reisberg kein Remigrant, da er aus dem Exil nicht in das Land zurückkehrte, in dem er vorher gelebt hatte.

36 Auszüge aus dem Schreiben ebenda, S. 265.

37 Sie erschien im Ostberliner Dietz-Verlag. Eine Liste von Reisbergs Publikationen in der DDR befindet sich im Besitz des Verfassers.

38 Arnold Reisberg, Lenin – Freund und Führer der internationalen Arbeiterklasse. Zum Erscheinen der Biographie Lenins in deutscher Übersetzung, in: BzG, 1962, Nr. 1, S. 35–50.

ersten Mal kennengelernt habe.“³⁹ Lenins „embarras de richesse zwang auch dazu, die eigene Kommentierung ausführlicher zu gestalten, als ursprünglich beabsichtigt, und so ist das vorliegende Buch weniger eine Dokumentensammlung als ein Dokumentarbericht.“⁴⁰ Er schilderte Lenin weniger ikonenhaft, als dies in der DDR-Literatur üblich war, blendete indes zahlreiche problematische Entscheidungen und Erklärungen Lenins aus und stellte die offizielle Sichtweise an keinem Punkt in Frage.

Bis zu seinem Tode schrieb Reisberg neun umfangreiche Werke mit insgesamt über viertausend Druckseiten, darunter, neben den bereits genannten Arbeiten, „Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland“ (1964), „Lenin und die Zimmerwalder Bewegung“ (1966), „Lenin im Jahre 1917“ (1967), „Lenins Jugend“ (1973) sowie „Von der Ersten zur Zweiten Internationale“ (1980). Anders als besonders engstirnige Dogmatiker, nannte Reisberg solche bislang von der Parteigeschichtsschreibung totgeschwiegene Opfer Stalins wie Sinowjew, Bucharin oder den, nach Aussage Ulla Pleners, von ihm heimlich verehrten Radek ohne gehässigen Kommentar.⁴¹ Doch reagierte er geradezu panisch auf kritische Fragen, die seine eigene Lebensentscheidung für den stalinistischen Kommunismus tangierten. In entsprechender Weise verriß er 1979 eine Pionierstudie über die antistalinistische kommunistische Opposition in Österreich, die ihn und sein Schicksal erwähnte. Reisberg behauptete, die Existenz der „winzigen Splittergruppen“ habe „sich in Schädlingarbeit an der revolutionären Bewegung“ erschöpft; ihre Mitglieder hätten „den Typ des kleinbürgerlichen Rebellen aus Kreisen der Intellektuellen, Studenten, Bohemiens und sozial deklassierten lumpenproletarischen Elemente“ vertreten.⁴² Ungleich Roy Medwedew, versuchte Arnold Reisberg, „die Fülle niedriger Wahrheiten zu vergessen“ und sich an die Illusion zu halten, die „Aufgaben des kommunistischen Aufbaus“ dennoch zu lösen.

3. Von Hitler und Stalin verfolgt. Wolfgang Ruge

„Ich habe mehrere Leben gelebt. Bin in verschiedenen Ländern – auch fern von Europa – unterschiedlichen Berufen nachgegangen.“⁴³ Mit diesem Satz begann 1987 Wolfgang Ruges Dankesrede anlässlich seiner Ehrenpromotion durch die Jenaer Universität. Hinter der lakonischen Mitteilung verbarg sich ein bewegtes und bewegendes Schicksal. In der Laudatio benannte der damalige Dekan, der Historiker Manfred Weißbecker, etwas präziser einen Lebensabschnitt des Geehrten:

„Mit dem faschistischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR trat auch der junge Deutsche Wolfgang Ruge in eine schwere Zeit ein, verständlicherweise. Sie sah ihn als Landarbeiter in Kasachstan, als Holzfäller und Forstarbeiter in westsibirischen Gebieten, als

39 Lenin – Dokumente seines Lebens. Ausgewählt und erläutert von Arnold Reisberg, Bd. 1, Leipzig 1977, S. 10.

40 Ebenda, S. 7.

41 Vgl. Plener, S. 266.

42 Arnold Reisberg, Besprechung von: Fritz Keller, Gegen den Strom, in: ZfG, 1979, Nr. 12, S. 1202.

43 Wolfgang Ruge, Nachdenken über Weimar, in: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1988, S. 11.

Techniker und als Ingenieur beim Eisenbahnbau, seit 1951 als Oberingenieur im Projektierungsbüro des Forstbetriebes Nr. 239 im Uralgebiet.“⁴⁴

Nichts davon war falsch, wie Manfred Weißbecker zehn Jahre später unter gänzlich gewandelten Bedingungen sagte: „Wort für Wort, das ich in meiner Laudatio von 1987 über seine Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistung verlor, könnte ich auch heute noch verwenden. Es ist eher das Nicht-Gesagte, das mich im Nachhinein bedrückt, entsprang es doch vermeintlicher Parteilichkeit, der ein parteiisch gefärbtes und selektierendes Wollen zugrunde lag.“⁴⁵ Daß Wolfgang Ruge als Landarbeiter in Kasachstan tätig war, stimmte, daß er dorthin deportiert worden war, um in einer Kollektivwirtschaft ehemaliger Kulaken Zwangsarbeit zu leisten, war noch 1988 unerwähnt geblieben. Wolfgang Ruge arbeitete in der Tat im Forstbetrieb Nr. 239 im Nordural, doch verbarg sich hinter dieser harmlosen Bezeichnung eines der Straflager des „Archipel Gulag“. Von Hitler verfolgt, in die UdSSR emigriert, war er als Sowjetbürger deutscher Nationalität zu Lagerhaft und Verbannung verurteilt worden, nun auch ein von Stalin Verfolgter. Erst Jahre nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Welt begann Wolfgang Ruge über diese Zeit zu sprechen.⁴⁶

Die ersten sechzehn Jahre seines Lebens ließen nichts von dieser künftigen Dramatik ahnen. Er wuchs unter dem politischen Einfluß seines Vaters, des Studienrates Erwin Ruge, auf, der aus dem Ersten Weltkrieg seine pazifistische Überzeugung mitbrachte, erst zur USPD, 1920 dann zur KPD ging. Die Familie und Verwandtschaft hatte einige bedeutende Köpfe hervorgebracht. Arnold Ruge, als Junghegelianer 1844 zusammen mit Marx Herausgeber der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“, ist sein Urgroßonkel. Zur Verwandtschaft gehört der Mediziner und politische Gegner Bismarcks Rudolf Virchow, eine entfernte Verwandtschaftsbeziehung besteht auch zu Friedrich Nietzsche.

Sein Interesse für Politik und Geschichte wurde Wolfgang Ruge somit von der familiären Umwelt mitgegeben, die mit Begeisterung vom sowjetischen Experiment sprach. Das unterschied ihn von manchen seiner Altersgenossen des Bürgertums, die eine ostentative Abneigung gegenüber politischen Angelegenheiten, zumal gegenüber dem „Parteienwesen“ der ersten deutschen Republik, zur Schau trugen, um desto eifriger reaktionäres Gedankengut zu pflegen. Hingegen orientierte sich Wolfgang Ruges Elternhaus politisch eindeutig kommunistisch. Seine Mutter Charlotte, die bis 1925 „unpolitisch“ gewesen war, arbeitete ab 1930 als Dolmetscherin in der Handelsvertretung der UdSSR;⁴⁷ so gewann der Heranwachsende erste Informationen über das Leben im nachrevolutionären Rußland. Nach der Scheidung der Eltern kam 1930 der Kommunist Hans Baumgarten als neuer Lebensgefährte der Mutter zur Familie. Seine durch nichts zu erschütternde Zuversicht in die Politik der KPD stieß auf kritische Fragen Wolfgangs und seines um zweieinhalb Jahre älteren Bruders Walter. Für die beiden Heranwachsenden gab es angesichts der schweren Krisen des Kapitalismus aber

44 Manfred Weißbecker, Laudatio für Prof. em. Dr. phil. Dr. h. c. Wolfgang Ruge, in: Ebenda, S. 9. Im Unterschied zur Bundesrepublik waren in der DDR Ehrenpromotionen in dem gleichen Fachgebiet, in dem der Geehrte seinen akademischen Abschluß erworben hatte, möglich und üblich.

45 Manfred Weißbecker, Ein Wort zuvor, in: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Schriftenreihe, Heft 30, Jena 1997, S. 5.

46 Dem Verfasser gewährte Wolfgang Ruge am 14. Juli 1997 in Gager (Rügen) in einem Gespräch Einblick in diesen Abschnitt seines Lebens. Vgl. hierzu auch Mario Keßler, Von Hitler und Stalin verfolgt. Wolfgang Ruge: Zeitzeuge und Historiker des 20. Jahrhunderts, in: Sozialismus, 1997, Nr. 11, S. 49–52. Teile dieses Aufsatzes liegen den folgenden Ausführungen zugrunde.

47 Ab 1932 war Charlotte Ruge für die Geheimabteilung der Komintern (Abteilung Internationale Verbindung; russ. Abkürzung OMS) tätig.

keine sinnvolle Alternative zur kommunistischen Zukunftsvision. Das Elternhaus wurde zum Treffpunkt in- und ausländischer kommunistischer Politiker und Künstler. So lernte Wolfgang Ruge den Gründervater der japanischen Arbeiterbewegung Sen Katayama und den ungarischen Kartographen Alexander Radó, der später den sowjetischen Nachrichtendienst in der Schweiz organisierte, kennen. Er besuchte auch mehrmals den Maler Heinrich Vogeler in dessen Heim in Berlin-Britz.

Seit 1921/22 kommunistischen Kindergruppen angehörend, führte Wolfgang Ruges Weg über den Jungspartakusbund und den Sozialistischen Schülerbund zur KPD. Er arbeitete an der Zeitung des Schülerbundes, dem „Schulkampf“, mit, für den auch der später nach England emigrierte Geschichtsforscher Francis Carsten seine ersten Artikel schrieb.⁴⁸ Auch Hermann Dunckers Sohn Wolfgang, der im Stalinschen Verbannungslager enden sollte, arbeitete für das Blatt. Wolfgang Ruge besuchte die Berthold-Otto-Schule in Lichterfelde, die Rüttschule und die Karl-Marx-Schule in Neukölln, ab Ostern 1933 schließlich das Köllnische Gymnasium. Vor allem an der Rüttschule und der Karl-Marx-Schule unterrichteten zahlreiche progressive Pädagogen, die dann ab 1933 das Schicksal vieler ihrer Schüler teilten: Exil, Zuchthaus, KZ, Widerstand, Ermordung.

Auch die Familie Ruge wurde von den braunen Machthabern ins Exil getrieben. Wolfgang Ruges Mutter und sein Stiefvater flüchteten zunächst nach Moskau und gingen von dort über Paris 1940 nach Mexiko. Wolfgang Vater Erwin Ruge, dem der Beamtenstatus aberkannt worden war, emigrierte 1934 nach Moskau. Zusammen mit seinem Bruder gelangte Wolfgang Ruge über Kopenhagen, Stockholm, Helsinki und Leningrad nach Moskau und entkam so den Nazis, die ihn bereits zwei Nächte lang verhaftet hatten. In der Sowjetunion glaubten Wolfgang und Walter Ruge, in Sicherheit zu sein.

Die ersten Eindrücke in Moskau waren für Wolfgang Ruge schockierend, doch rechtfertigte er, der sich anfangs nur in Kreisen überzeugter Kommunisten bewegte, die Verhältnisse mit der Rückständigkeit des Landes, zum Teil auch mit der andersgearteten Mentalität. Der Terror ab 1936 bedrückte ihn, doch hielt er – ohne den ganzen Umfang dieser Exzesse zu kennen – es für denkbar, daß nur auf diese Weise die nötige Abwehrhaltung der Bevölkerung gegen die künftigen Kriegsgegner erzeugt werden könne; eine schreckliche Illusion, die er mit Millionen von Kommunisten und Nichtkommunisten teilte. An die Schuldbeteuerungen der Angeklagten glaubte Ruge allerdings nicht. Er versuchte sich einzureden, die Todesurteile seien nur fiktiv: Sie wären zwar gefällt worden, würden aber nicht vollstreckt. Sogar für die späteren, unter Kriegsbedingungen durchgeführten Massendeportationen, von denen er selbst betroffen wurde, zeigte Ruge anfangs Verständnis, da nun, unter sehr prekären Bedingungen, keine Untersuchungen über die Verlässlichkeit einzelner angestellt werden könnten. Erst im Lager, als es um das Überleben ging, kam ihm das antihumane Wesen des Gulag-Systems voll zu Bewußtsein.⁴⁹

Doch zunächst war der Anfang in Moskau für Wolfgang Ruge vielversprechend. Dort nahm sich vor allem Jelena Stassowa, die Leiterin der Internationalen Roten Hilfe, seiner an: Nach einem dreiwöchigen Aufenthalt im Moskauer Hotel Lux fand er dank ihrer Hilfe eine vorläufige Bleibe in einem Heim der Roten Hilfe. Auch von Lenins Witwe Nadeshda Krupskaja erhielt der junge Exilant Unterstützung. Sie vermittelte ihm eine Anstellung als Zeichner an der Marchlewski-Universität, der Ausbildungsstätte für nationale Minderheiten

48 Vgl. Francis L. Carsten, *From Berlin to London*, in: Leo Baeck Institute, *Year Book XLIII*, London 1998, S. 341.

49 Wolfgang Ruge in einem Brief an den Verfasser vom 27. Dezember 1999.

des Westens. 1935 wurde seine Studienbewerbung an der Moskauer Staatlichen Universität abgelehnt. Die offizielle Begründung: Sein auf Deutsch verfaßter Prüfungsaufsatz sei unleserlich. 1940 arbeitete Ruge, seit 1936 Sowjetbürger, als Karthograph am Tschernyschewski-Institut; dort gelang ihm die Zulassung als Fernstudent. Er studierte bis zum Juni 1941 in den Fakultäten für Literatur und Geschichte und erwarb einen Abschluß als Übersetzer ins Russische aus dem Englischen.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion veränderte Wolfgang Ruges Leben wiederum. Ein Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 bestimmte die Evakuierung von knapp 450.000 Menschen aus ihren bisherigen Wohnorten. Der Ukas erwähnte nur die Wolgadeutschen, angewandt wurde er aber auf alle Deutschen im europäischen Teil der UdSSR.⁵⁰ Davon war auch Wolfgang Ruge betroffen. Er wurde zunächst nach Kasachstan, in eine Siedlung ehemaliger Kulaken im Gebiet Karaganda, und anschließend in ein Straflager im Ural deportiert. Wie so viele andere Sowjetbürger deutscher Nationalität traf ihn der unsinnige Vorwurf kollektiver Verdächtigung mit ganzer Härte. 1942 bis 1945 mußte er als Holzfäller in Sosswa im Nordural überstehen. Infolge der katastrophalen Ernährungssituation erkrankte er an elementarer Dystrophie. Trotzdem hielt er durch: er wollte nicht ins Lagerkrankenhaus eingeliefert werden. Seine karthographischen Kenntnisse verhalfen ihm schließlich zu einer „Ingenieur“-Stelle im Lager. Er arbeitete außerdem als Landvermesser – im Lager mußte man sich alle Fähigkeiten aneignen, um zu überleben – und später im Projektierungsbüro des Straflagers.

Nach 1945 kam es zu einer allmählichen Lockerung des Lager-Regimes. Nunmehr konnte Wolfgang Ruge ein Zimmer im Ort mieten, blieb aber „auf ewig“, wie es in einem Beschluß des Ministerrates der UdSSR vom 26. November 1948 hieß, verbannt.

Als Landvermesser beim Bau von Schmalspurbahnen tätig, durfte Ruge zur Eisenbahnverwaltung nach Swerdlowsk fahren. Dies begriff er als eine neue Chance seines Lebens. Er nahm Kontakte zur Swerdlowsker Universität auf, deren Bibliothek durch die kriegsbedingte Verlagerung von Buchbeständen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion reiche Quellenmaterialien zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte aufwies. Anhand solcher ihm zugänglich gewordenen Schriften, die in mittelalterlichem Latein verfaßt waren, schrieb Wolfgang Ruge – unter Umgehung des Verbannungsregimes – seine Diplomarbeit über den Schwarzmeerhandel Venedigs und Genuas im 13. bis 15. Jahrhundert und legte 1948 außerdem das Staatsexamen ab. Einer der wenigen Lichtblicke jener Zeit war, daß er im Projektierungsbüro seine Frau kennenlernte. Nach Stalins Tod schöpfte das Paar, dessen Sohn Eugen (Shenja) 1954 geboren wurde, neue Hoffnung.

Schon 1951 unternahm Paul Merker, der sich um so viele Menschen hilfreich kümmerte, Bemühungen zur Befreiung von Wolfgang und Walter Ruge. Walter war 1941 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, und daran anschließend zur Zwangsansiedlung verbannt worden; er lebte zuletzt im Ural.⁵¹ Merker wußte um das Schicksal der Brüder, da er ihre Mutter von gemeinsamer Arbeit in Mexiko her kannte. Am 23. März 1953 schrieb Hans Jendretzky, der kurz darauf selbst in halbe „Ungnade“ fallen sollte, an Hermann Matern, den Vorsitzenden der ZPKK, daß die Baumgartens wegen des Schicksals ihrer beiden Söhne bei ihm, einem alten Freund der Familie, vorstellig geworden waren. „Bei dieser Gelegenheit habe ich beide

50 Vgl. Carola Tischler, *Flucht in die Vertreibung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933–1945*, Münster 1996, S. 178. Die Zahl der Deutschen, die diesen Anordnungen unterlagen, betrug etwa eine Million.

51 Vgl. In den Fängen des NKWD, S. 192f.

gefragt, ob sie alles, was sie über Zuckermann sagen können, auch der ZPKK mitgeteilt hätten.“ Jendretzky hoffte, „daß sie sicher Fakten, ... die für die Partei wichtig sind, vor der Partei mitteilen“ werden.⁵² Leo Zuckermann, Mitexilant in Mexiko und nunmehr Direktor des Instituts für Rechtswissenschaft in Babelsberg, war als Freund Merkers in die Welle der Verdächtigungen hineingezogen worden.⁵³

Für viele Lagerinsassen gestaltete sich, wie Carola Tischler in ihrer informativen Dissertation schrieb, die Ausreise aus der Sowjetunion „ähnlich bürokratisch wie die Einreise. Als Sowjetbürger konnte man keinen Ausreiseantrag stellen. Die Ausreise war somit nur möglich, wenn von deutscher Seite aus die Initiative ergriffen wurde. So wandten sich die meisten an frühere Freunde oder Parteifunktionäre mit der Bitte um Unterstützung. Diese lebten in der DDR, und auf diese Weise war die Vorentscheidung gefallen.“⁵⁴ Wie die Ruges, ging der überwiegende Teil der Repatriierten in die DDR, nicht in die Bundesrepublik.

1955 reiste Charlotte Baumgarten in die Sowjetunion und konnte dort nach vielen Jahren ihre Söhne wiedersehen. Im Gespräch mit seiner Mutter sagte Wolfgang, was für ihn seitdem feststand: Stalin sei der größte Kommunistenmörder aller Zeiten.

In dieser Zeit las er Ilja Ehrenburgs Roman „Tauwetter“, aber für ihn taute das Eis erst im April 1956. Frühere Gesuche auf Übersiedlung nach Deutschland hatte Michail Suslow, damals Mitglied des KPdSU-Präsidiums, abgelehnt. Sein Bruder kam zwei Jahre später nach Deutschland.

Wolfgang Ruge entschied sich für die DDR vor allem deshalb, weil hier, wie er auch später im Gespräch betonte, die für den Faschismus Verantwortlichen entmachteten worden waren. In der Kaderabteilung des ZK unterbreitete ihm Karl Schirdewan verschiedene Angebote, als Historiker zu arbeiten. Ruge wählte die Deutsche Akademie der Wissenschaften, die seine wissenschaftliche Heimat werden sollte. Seine Frau, von Beruf Topographin, arbeitete im Orchesterbüro der DEFA.

Ruge bekam keine Auflagen, wie er sich in bezug auf seine Lebensgeschichte im Lager zu verhalten habe.⁵⁵ Im Gespräch mit Schirdewan wie auch später empfand er, daß die Parteistellen um Wiedergutmachung bemüht waren, obwohl er auch Vorbehalten begegnete. Sein Kollege Joachim Petzold erinnerte sich „gut des Tages, als Wolfgang Ruge ins neu gegründete Institut für Geschichte an der damals noch deutsch heißen Akademie der Wissenschaften zurückkam. Er, der einige Jahre später für seine Stresemann-Biographie⁵⁶ mit vollem Recht auch einen Literaturpreis bekam, sprach ein schlechtes Deutsch, genauer eine Art Übersetzung aus dem Russischen. Durch den XX. Parteitag selbst in seinen Hoffnungen auf eine Besserung der politischen Verhältnisse bestärkt, war Wolfgang Ruge für mich der erste, der offen den entschiedenen Bruch mit dem Stalinismus verlangte. Ich be-

52 Hans Jendretzky an Hermann Matern, Zentrale Parteikontroll-Kommission, 23. März 1953, in: SAP-MO-BArch, DY 30/IV 2/4/111, Bl. 90.

53 Vgl. Wolfgang Kießling, *Absturz in den Kalten Krieg. Rudolf und Leo Zuckermanns Leben zwischen nazistischer Verfolgung, Emigration und stalinistischer Maßregelung*, Berlin 1999.

54 Tischler, S. 226.

55 Anderes berichtete der aus langer Lagerhaft in Kolyma zurückgekehrte Nathan Steinberger: Ihm wurde untersagt, über seine Haft zu sprechen. „Ich habe das niemals eingehalten ... Unter anderem hat mir Professor Fink die Möglichkeit gegeben, vor seinen Studenten der Humboldt-Universität über meine Erlebnisse in der SU zu berichten.“ Nathan Steinberger, *Berlin, Moskau, Kolyma und zurück. Ein biographisches Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus mit Barbara Brogini*, Berlin/Amsterdam 1996, S. 102f.

56 Wolfgang Ruge, *Stresemann. Ein Lebensbild*, Berlin (Ost) 1965.

kam aber zugleich das Mißtrauen zu spüren, das dadurch auch bei manchen alten Kommunisten ausgelöst wurde, die selbst zu den Gemaßregelten gehörten. Mir wurde nahegelegt, Distanz zu Wolfgang Ruge zu wahren. Wer solange in sowjetischen Straflagern festgehalten worden wäre, müsse schon etwas auf dem Kerbholz haben.“⁵⁷ Ruge kommentierte solche etwaigen Vermutungen nicht öffentlich. Er entschloß sich, über seine Zeit als Gefangener Stalins zu schweigen, doch verstand er, wie er später sagte, auch jene, die nicht schweigen konnten und dafür neues Unbill in Kauf nahmen, oftmals in den Westen gingen. Für ihn selbst kam dies jedoch zu keiner Zeit in Frage. Angesichts der riesigen Unterschiede zum Lagerleben in der Sowjetunion klammerte sich Ruge an den Gedanken, daß die DDR (bei allmählicher Überwindung des Stalinismus in der Sowjetunion) eine Vorreiterrolle beim Aufbau des Sozialismus übernehmen könne, was auch mit dem industriellen Entwicklungsstand und den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zusammenhinge.

Als Überlebender des Stalinschen Lagers wurde er zum Beobachtungsobjekt der Staatssicherheit. Noch im Februar 1980 hieß es in einem Spitzelbericht über ihn, er habe in einer Versammlung der SED-Grundorganisation des Instituts die Frage gestellt: „Wer schreibt eigentlich Geschichte, wir oder die Partei?“. Ruge, der „unter den jungen unerfahrenen Historikern große Achtung genießt, wählte offenbar gerade dieses Forum ... aus, um seine doppelbödigen Auffassungen kund zu tun.“ Er spielte, hieß es weiter, „deutlich auf seine persönlichen Erlebnisse in 10jähriger Haft in der UdSSR an.“⁵⁸ Die Angst, Ruge und die anderen Opfer des Stalinismus könnten ihr Schweigen brechen, trieb die Apparate von Partei und Staatssicherheit bis zuletzt um.

Doch in der ersten Zeit nach seiner Rückkehr verglich Wolfgang Ruge die DDR immer mit der UdSSR unter Stalin. Die DDR erschien ihm um vieles freier – eine nachvollziehbare Auffassung, bedenkt man Ruges langjährige Lebensumstände in der Sowjetunion. In seinem vor dem Umbruch 1989 geschriebenen, unmittelbar danach veröffentlichten Buch zum Stalinismus hob er hervor, nichts, was mit dem Stalinismus „auch nur im entferntesten verglichen werden könnte, haben die sogenannten Volksdemokratien durchgemacht.“ Er begründete seine Auffassung, die nicht unwidersprochen blieb,⁵⁹ mit den Worten: „Wenngleich nach 1948 in den meisten Hauptstädten dieser Länder von Stalin geforderte und vom NKWD vorbereitete Schauprozesse mit Todesurteilen veranstaltet wurden und es von Fall zu Fall auch zu Ermordungen politischer Gegner kam, so muß doch – bei aller Ehrfurcht vor jedem unschuldig vernichteten Einzelleben – nüchtern festgestellt werden, daß die Anzahl der Terroropfer in den genannten Staaten (Rumänien vielleicht ausgenommen) lediglich den Bruchteil eines Prozentes der Bevölkerung ausmachte“, nicht Millionen wie in der Sowjetunion. Er sprach deshalb mit Blick auf Osteuropa vom „epigonalen Stalinismus“.⁶⁰

Zumindest für ihn selbst konnte der Unterschied zwischen dem so harten Leben unter dem Verbannungsregime und der wissenschaftlichen Tätigkeit am Akademie-Institut kaum

57 Joachim Petzold, Laudatio auf Wolfgang Ruge zum achtzigsten Geburtstag, in: Lenins Testament und die Folgen. Kolloquium anläßlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Wolfgang Ruge. Pankower Vorträge, Heft 7, Berlin 1998, S. 4f.

58 Der Bericht vom 25. Februar 1980 befindet sich in der über Wolfgang Ruge angelegten Akte in: BSTU Allg. P 525/92, Bl. 52f.

59 Vgl. die Rezensionen von Alexander Kan in: IWK, 1991, Nr. 4, S. 515–517, und von Manfred Behrend in: BzG, 1991, Nr. 4, S. 553–554.

60 Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1990, S. 134. Ähnlich Wolfgang Ruge, Stalinismus. Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Neugebauer (Hg.), Von der Utopie ..., S. 11–21, bes. S. 19f.

größer sein. So stürzte er sich gleich nach seiner Ankunft in die Arbeit. Die Schwerpunkte seiner Forschung wurden die Weimarer Republik und die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er wollte nicht primär die Geschichte der Arbeiterbewegung schreiben, da ihm die vielen Tabus bewußt waren, sondern wandte sich der Geschichte des Bürgertums und des entstehenden Faschismus zu. Besonders interessierten ihn die Herrschaftsmethoden und die biographische Dimension in der Geschichte. Innerhalb des Lehrbuchprojektes zur deutschen Geschichte übernahm er den Abschnitt zur Weimarer Republik; eine Arbeit, mit der er sich 1967 habilitierte⁶¹ und der er eine populäre Darstellung der „Republik auf Zeit“ folgen ließ.⁶²

Wolfgang Ruges Erstling war seine zunächst unter der Ägide des schwierigen Albert Schreiner entstandene Dissertation. 1959 abgeschlossen, erschien sie drei Jahre später im Akademie-Verlag unter dem Titel „Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes“, behandelte also einen Abschnitt der deutsch-sowjetischen Beziehungen unmittelbar nach Beginn der Rapallo-Politik. Er untersuchte nicht nur die Haltung der UdSSR gegenüber der Ruhr-Besetzung durch französische Truppen im Jahre 1923, sondern konnte auch, in der DDR als erster, die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee und die Rolle des bislang verfeimten Karl Radek erwähnen.⁶³

Die Annahme der Dissertation stieß auf unerwartete Schwierigkeiten. Der von Albert Schreiner um eine Stellungnahme gebetene Dieter Fricke monierte „den schlechten Stil des Verfassers, der es vielfach notwendig machte, bestimmte Abschnitte mehrere Male zu lesen, ehe ich mitbekam, was denn nun eigentlich gemeint war.“⁶⁴ Da die Erstfassung der Dissertation in Albert Schreiners Nachlaß aufbewahrt ist,⁶⁵ kann dieses – wohl gänzlich unzutreffende – Urteil nachgeprüft werden. Von Schreiner um eine Stellungnahme gebeten, äußerte sich auch Leo Stern negativ.⁶⁶ Schreiner forderte Ruge auf, die Arbeit zurückzuziehen, was dieser ablehnte.⁶⁷ Mündlich teilte Schreiner ihm mit, der Dissertationsentwurf sei ihm nicht parteilich genug. Er hob demgegenüber Günter Hortzschanskys Arbeit über die deutsche Monopolbourgeoisie während der Ruhrkrise hervor.⁶⁸ Schließlich legte Schreiner die „Be-

61 Wolfgang Ruge, *Deutschland von 1917 bis 1933. Lehrbuch zur deutschen Geschichte*, Beitrag 10, Berlin (Ost) 1967 (4. Aufl. 1982).

62 Wolfgang Ruge, *Weimar – Republik auf Zeit*, Berlin (Ost) 1969 (2. Aufl. 1978).

63 Vgl. Wolfgang Ruge, *Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Januar bis September 1923*, Berlin (Ost) 1962, S. 117f. Ähnlich wie beispielsweise die westdeutschen Historiker Erdmann, Schieder und Zimmermann betonte Ruge dabei die Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee. Vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik* Stresemanns, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1955, Nr. 3, S. 133–162, bes. S. 139; Theodor Schieder, *Die Probleme des Rapallo-Vertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922–1926*, Köln/Opladen 1956, S. 29; Ludwig Zimmermann, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, Göttingen 1958, S. 125.

64 Brief von Dieter Fricke an Albert Schreiner, in: SAPMO-BArch, NY 4198/58, Bl. 164.

65 Enthalten ebenda, NY 4198/59.

66 Die undatierte Stellungnahme Leo Sterns befindet sich ebenda, Bl. 191f.

67 Vgl. das entsprechende Schreiben Albert Schreiners an Parteisekretär Kral vom 16. Juni 1958, in: Ebenda, NY 4198/58, Bl. 194f.

68 Vgl. Günter Hortzschansky, *Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923*, Berlin (Ost) 1961 (als Dissertation 1958). Mündliche Information Wolfgang Ruges an den Verfasser vom 1. Dezember 1999.

treuung“ der Dissertation Wolfgang Ruges nieder, was diesen in eine schwierige Lage brachte.

Doch Ruges Beharrlichkeit setzte sich durch: Am 16. Juni 1959 verteidigte er die Dissertation. Gutachter waren Karl Obermann und Eduard Winter, die sich für das Prädikat *cum laude* entschieden.⁶⁹ Noch im gleichen Jahr publizierte Ruge eine kritische, aber keineswegs abwertende Studie über Erich Eycks aus dezidiert liberaler Sicht geschriebene Geschichte der Weimarer Republik,⁷⁰ der eine Besprechung von Ludwig Zimmermanns Darstellung der Weimarer Außenpolitik folgte.⁷¹

Diese Arbeiten bildeten den Auftakt zu einer überaus regen Publikationstätigkeit, die allerdings zumeist in die Periode nach dem Untersuchungszeitraum dieses Buches fällt. Ruge publizierte über achthundert Aufsätze, Kritiken und Beiträge für den Rundfunk, darunter neun Monographien. Für über zwanzig Bücher zeichnete er als Herausgeber oder Mitherausgeber verantwortlich. Mit besonderer Vorliebe schrieb er Biographien. Nach den Büchern über Gustav Stresemann (1965), Paul von Hindenburg (1974) und Matthias Erzberger (1976) verfaßte er eine Darstellung über Hitlers Weg an die Macht, die 1983 erschien.⁷²

Über vielem anderen stand für Ruge die Frage nach den Wechselbeziehungen zwischen den Massen und den historischen Persönlichkeiten. „Möglicherweise verhält es sich so, daß sich der Wirkungsradius von Einzelpersonlichkeiten in der strategischen Offensive erweitert (war's purer Zufall, daß Engels gerade Cäsar, Augustus und Cromwell nannte?), während sich die Massen am nachhaltigsten in der strategischen Defensive bewährten“, so Ruges Überlegungen aus Anlaß seiner Ehrenpromotion. Die „Kernfrage der Weimarer Periode“ blieb für ihn: „Wie konnte es zum Faschismus – zum nicht gesetzmäßigen, also vermeidbaren Faschismus – kommen? Diese Frage schließt die Feststellung ein, daß es Wurzeln und Ansätze anderer Entwicklungen gab. Warum aber gelangten sie nicht (richtiger: nicht ausreichend) zur Entfaltung? Haben sich die Träger dieser Ansätze zu bescheiden, haben sie sich zu optimistische Immediataufgaben gestellt?“⁷³ *Mutatis mutandis* bezogen sich solche Überlegungen auch auf die zweite Großdiktatur, deren Auswirkungen Wolfgang Ruge am eigenen Leibe verspüren mußte. Doch wie Arnold Reisberg hatte Ruge weder das Bedürfnis noch die Möglichkeit, seine sowjetischen Exilerfahrungen zum Thema wissenschaftlicher Arbeit oder öffentlicher Debatten zu machen. Ohne unzulässig zu verallgemeinern, darf angenommen werden, daß gerade jene Rückkehrer aus den Stalinischen Lagern in die DDR gingen, denen es nicht nur um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ging, sondern die das offizielle Tabu über den Stalinismus auch als Schutzschild sahen. „Wir haben verdrängt, was in der Sowjetunion geschah“, so der DDR-Politiker Werner Eberlein, dessen Vater zu den Opfern Stalins gehörte, „auch aus der Scham heraus, daß so etwas in unserer Sowjetunion passierte.“⁷⁴ Im Sommer 1989 schrieb Wolfgang Ruge dann eine Reihe von

69 Vgl. den Brief des Dekans der Humboldt-Universität Lehnert an Albert Schreiner, 10. April 1958, in: SAPMO-BArch, NY 4198/58, Bl. 170.

70 Wolfgang Ruge, Erich Eycks „Geschichte der Weimarer Republik“, in: ZfG, 1959, Nr. 5, S. 725–754.

71 Wolfgang Ruge, Rezension zu: Ludwig Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, in: Deutsche Außenpolitik, 1960, Nr. 2, S. 215–219.

72 Wolfgang Ruge, Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin (Ost) 1983.

73 Ehrenpromotion Wolfgang Ruge, S. 16f.

74 Mein Leben war eine Achterbahn. Werner Eberlein über Verbannung, Narrenfreiheit und den Untergang des Sozialismus, in: ND, 2./3. September 2000.

Überlegungen nieder. Mit ihnen beteiligte er sich wenig später an der Debatte über Leistungen, Grenzen und Bilanzen der in der DDR entwickelten Geschichtsinterpretation.

In mehreren seit 1990 veröffentlichten Aufsätzen stellte er die Ergebnisse seiner Arbeit in den Gesamtzusammenhang von wissenschaftlichem Erkenntnisdrang und politischem Kontext, in dem jeder Historiker arbeitet und der auf die Resultate eines jeden einwirkt. Die unaufhebbare Spannung zwischen beiden Komponenten wurde in der DDR als Einheit von Wissenschaft und sozialistischer Parteilichkeit kaschiert, das Parteilichkeits-Postulat stand dabei außerhalb jeder Diskussion. Genau darin bestand das Grundproblem der DDR-Geschichtswissenschaft.

„Als denkender Mensch, besonders aber als Wissenschaftler sollte man sich von Zeit zu Zeit fragen, ob man gegenüber dem Zweifel, dem Geburtshelfer allen Wissens, stets abgeschlossen genug war, ob man es nicht vernachlässigt hat, gewonnene und gesichert scheinende Erkenntnisse immer und immer wieder zu überprüfen. Auf die Notwendigkeit eines solchen Herangehens an unsere Kenntnisse hat uns erneut die sogenannte Wende aufmerksam gemacht. Da müssen wir, die ehemaligen DDR-Historiker, in vieler Hinsicht Selbstkritik üben, was allerdings nicht heißt, daß wir uns von sämtlichen unserer Forschungsergebnisse lossagen müßten.“⁷⁵

Ruge hielt die von der DDR-Geschichtswissenschaft herausgearbeiteten Erkenntnisse über die Wurzeln und das Wesen des Nazismus, trotz von ihm angemerkter Lücken, für insgesamt zutreffend. Innerhalb seines engeren Spezialgebietes würden die Untersuchungen von ihm und seinen Kollegen zur Novemberrevolution, „hier namentlich die Studien über die Rätebewegung“, über die Außenpolitik nach Versailles und die „Hintergründe deutscher Aggressionsplanungen“ weiter Anregungen vermitteln.⁷⁶ Zu ergänzen bleibt, daß der kritische, in der DDR totgeschwiegene Marxist Arthur Rosenberg schon 1928 die demokratischen Potenzen der Rätebewegung in der Novemberrevolution untersucht hatte – und in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren rezipiert wurde.

Die Rückbesinnung auf die eigene Geschichte blieb in der DDR-Geschichtswissenschaft immer selektiv, an unmittelbaren politischen Vorgaben orientiert. Es bedurfte, wie Ruge kritisch bemerkte, der vom Volk erzwungenen Beseitigung der SED-Herrschaft, um die überfällige Selbstkritik der ostdeutschen Historiker einzuleiten. Unter völlig veränderten politischen Bedingungen war er nun bereit, die Erfahrungen seines Exils in wissenschaftliche Fragen zu fassen. In einem Interview, dem er sich zu seinem 80. Geburtstag im November 1997 stellte, legte er sich Rechenschaft darüber ab, Jahrzehnte einer Chimäre gefolgt zu sein. „Die stalinistische Gesellschaft war nicht sozialistisch“, hielt er fest. „Sowohl hinsichtlich der ökonomischen Basis als auch der Staatsstrukturen und der Ideologie kann man keinesfalls vom Sozialismus sprechen, wenn man die Sowjetunion Stalins und seiner Epigonen meint. Der Sozialismus ist eine humane Idee, er will allen Menschen ein menschenwürdiges Leben sichern. Das war in der Sowjetunion nun wahrlich nicht der Fall. Und auch die Produktionsweise ist nicht das, was man sich unter einer sozialistischen vorzustellen hat. Der Staat war Großkapitalist und Großgrundbesitzer in einem. In Stalins Sowjetunion wurden die Bauern in den Kolchosen de facto als Leibeigene des Staates gehalten, und die elf Millionen Menschen in den Straflagern waren faktisch Arbeitssklaven des Staates.“⁷⁷ Die

75 Wolfgang Ruge, Gedanken zu Lenins „Testament“, in: Lenins Testament und die Folgen, S. 8.

76 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 1993, Nr. 7, S. 587.

77 „Wir müssen völlig neue Sichten auf die Geschichte gewinnen“ (Interview mit Wolfgang Ruge), in: ND, 1./2. November 1997.

Sowjetunion sei eine Gesellschaft *sui generis* gewesen, in der alle bisher in der Geschichte bekannten Ausbeutungsformen miteinander existierten – dies war auch der Grundgedanke von Ruges 1990 erschienenen Stalinismus-Buch. Marxistische Versatzstücke seien zu einer Ideologie zusammengefügt worden, wobei der gesellschaftskritische Impuls des Marxismus verfälscht und schließlich abgetötet worden sei. Dieses Amalgam aus wissenschaftlicher Analyse und Wissenschaftsgläubigkeit habe vor dem Hintergrund einer sozialistischen Utopie seine Wirkung dennoch nicht verfehlt. Genau darin liegt, schrieb Ruge, der „Kardinalfehler“ der DDR-Historiker. Er „bestand darin, die Wirklichkeit unter dem faszinierendem Einfluß dieser Theorie verzerrt wahrgenommen und dementsprechend dargestellt zu haben ... Verführt von unserer vorgefaßten Überzeugung, haben wir die vielfältigen ökonomischen, politischen, ideologischen und moralischen Verfallserscheinungen um uns herum verdrängt, zumindest bagatellisiert. Wirklich zur Kenntnis nehmen wir sie erst jetzt, da der Werdegang des Sozialismus vom Aufbruch über Stalinisierung und Stagnation bis zur Zersetzung vom Ergebnis her eingeschätzt werden kann und muß. Dieses ernste Versäumnis läßt sich auch damit nicht entschuldigen, daß viele schlimme Details der ‚realsozialistischen‘ Praxis erst jetzt bekannt werden. Das, was wir gewußt haben (und ganz persönlich muß ich sagen: was ich gewußt habe), hätte ausreichen müssen, um den Widersinn eines Gesellschaftskonzepts zu erkennen, das mit der Berufung auf erhabene Ziele den Einsatz verbrecherischer Mittel heiligt.“⁷⁸

78 Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft ..., S. 584f. Vgl. zum Kontext Mario Keßler, Remigranten als Historiker in der DDR – und in den Kontroversen gegenwärtiger Geschichtspolitik, in: Verfeimt-verfolgt-verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht – Schicksale in der frühen DDR, Pankower Vorträge, Heft 26, Berlin 2000, S. 29–38.

Nachwort

Das NS-Regime vertrieb mindestens 134 deutsche Historiker aus ihren Universitätsstellungen ins Exil, das für die meisten von ihnen zur neuen Heimat wurde. Nur sieben kehrten bis 1961 in die Bundesrepublik zurück.¹ Von den 27 Rückkehrern in die DDR waren nur Ernst Engelberg, Leo Stern und Arnold Reisberg vor ihrer Flucht ausgebildete Historiker gewesen, das Leben der anderen Remigranten verband sich erst im oder sogar nach dem Exil mit der Geschichtswissenschaft als Beruf. Erzwungene Flucht, Bangen um Angehörige und Freunde, das Zurechtfinden in bislang fremden Sprachen und Kulturen – dies war die allen Exilanten gemeinsame Erfahrung. Sie sahen es, um noch einmal Arthur Rosenberg zu zitieren, als die „Aufgabe des Historikers in der Emigration“ an, „aus der Negation des Dritten Reiches heraus das positive neue Prinzip deutscher Zukunft für die Geschichtswissenschaft zu entwickeln.“ Der Gegensatz zwischen akademisch ausgebildeten Historikern und nichtakademischen Forschern entfiel im Exil. „Der abgesetzte Universitätsprofessor ist jetzt auch nichts Besseres als der abgesetzte Redakteur.“²

Eine Minderheit unter den vertriebenen Historikern, Akademikern wie Nichtakademikern, erwog und betrieb, sobald es irgend möglich war, ihre Rückkehr, unter ihnen viele Kommunisten. Alle in diesem Buch vertretenen Personen waren lange vor ihrer Remigration zur Überzeugung gelangt, Krisen, Kriege und materielles Elend könnten nur durch den Sozialismus überwunden werden. Wie dieser Sozialismus beschaffen sein sollte, vor allem aber wie er verwirklicht werde, war jedoch kaum Gegenstand gründlicher Überlegungen. Die Schriften der nach England und in die USA exilierten Kommunisten verraten auch wenig vom Umgang mit einer funktionierenden westlichen Demokratie.³ Doch allein die kulturelle Exilerfahrung der Rückkehrer, ihr Wissen um andere Lebens- und Denkweisen, rief

1 Dietrich Gerhard, Helmut Hirsch, Golo Mann, Walter Mohr, Hans Rothfels, Hans Joachim Schoeps und Ernst D. Fraenkel (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Politologen). Vgl. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993, S. 135f. Von all den Genannten war nur Hans Rothfels 1933 im Universitätsdienst tätig.

2 Arthur Rosenberg, *Die Aufgabe des Historikers in der Emigration*, in: Emil Julius Gumbel, *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*, Strasbourg 1938, S. 208.

3 Daß erfolgreiche Integration das Denken der Flüchtlinge veränderte, zeigt die Arbeit von Claus-Dieter Krohn, *Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research*, Frankfurt a. M./New York 1987.

parteiamtlichen Argwohn hervor. Die SED-Führung konnte auf das Wissen der Remigranten aber nicht verzichten.

Für diese stand selbst in Zeiten der Bedrängnis die „Generallinie“ der Partei prinzipiell außerhalb jeder Kritik. Auch die Remigranten beschworen die Arbeiterklasse und „ihre Partei“ als gestaltende Kräfte der sozialistischen Gesellschaft, ohne sie kritisch zu analysieren. Der unreflektierte Glaube an die letztliche Überlegenheit des Sozialismus verband – bei allen untergeordneten Divergenzen – die Historiker mit der SED-Führung und dem Parteiapparat. Dies mußte bei ihnen, wenn auch individuell sehr unterschiedlich, zu einer verkürzten, dualistischen Weltsicht führen, zu einem Denken in Gut und Böse, das die subtile Marxsche Klassenanalyse zu einem Freund-Feind-Schema verengte. Wer sich diesem Denken versagte, galt letztlich als „konterrevolutionär“ und „bürgerliches Relikt“. In diesem Geschichtsverständnis war für die Idee einer Mehrparteien-Demokratie und einer parlamentarisch verfaßten Gesellschaft als Vorbedingungen für die Selbstregierung der arbeitenden Menschen kein Platz.

Daraus erwuchs von Anfang an ein Verhalten gegenüber den Institutionen der SED, das zur Unterordnung der Geschichtswissenschaft unter die Parteivormundschaft entscheidend beitrug: Auch fachlich gute, partiell sogar kritisch eingestellte Historiker riefen in ihren Kontroversen mehr als einmal den ZK-Apparat als oberste Instanz an und verhalfen ihm zu jener Entscheidungsmacht, die sie bisweilen selbst zu spüren bekamen. Die politische Unmündigkeit war den Historikern nicht nur vom SED-Apparat aufgezwungen, sie war auch selbst verursacht.

Gingen die Remigranten mit ihrer Verpflichtung auf die SED einen Pakt ein oder waren sie bloße „Parteiarbeiter an der historischen Front“? Die Bindung an die kommunistische Partei, ob in Deutschland oder im Exil, entstand – mit Ausnahme von Walter Markov – bei allen aus einem nicht konkretisierten Verständnis von Sozialismus und Marxismus. Der Eintritt in die Partei schien wie ein Pakt unter Gleichen, doch implizierte er letztlich Unterwerfung, wenngleich diese nicht immer eingefordert wurde. Mit der Einordnung in die rigiden Parteistrukturen mußte jedenfalls eine demokratische Auffassung des Sozialismus Schaden nehmen. Das, von einigen auch so empfundene Dilemma verschärfte sich mit der Machtausübung der SED und dem Zurückdrängen kritischen Gedankengutes. Doch keiner der Remigranten löste seine Bindung an die Partei, ohne die der Sozialismus nicht denkbar schien.

Die DDR-Geschichtsschreibung wollte politischen Auftrag und wissenschaftliche Forschung miteinander vereinbaren. Es liegt in der Natur von Politik wie Wissenschaft, daß einer solchen Vereinbarung nicht nur in der DDR Grenzen gezogen sind. Die Remigranten suchten diese Problematik in unterschiedlicher Weise zu lösen. Alfred Meusel tat dies, ungeachtet seiner politischen Funktionen, sicher defensiver gegenüber den Mächtigen als Ernst Engelberg. Jürgen Kuczynski entwickelte andere Strategien der Selbstbehauptung als beispielsweise Karl Obermann. Sie alle waren keineswegs nur Parteiarbeiter im Hörsaal und am Schreibtisch; sie verstanden sich und arbeiteten als Wissenschaftler, wovon ihre Veröffentlichungen zeugen. Die Remigranten bildeten zahlreiche Schüler heran.

Trotz aller Lernprozesse und fortschreitender Professionalisierung blieben in der DDR-Geschichtsschreibung zahlreiche „weiße Flecken“ bestehen. Die Remigranten, doch nicht nur sie, standen vor einem unlösbaren Widerspruch: Wer die Grundlagen des Systems bejahte, es aber zugleich reformieren wollte, schreckte immer dann vor den Konsequenzen seines Denkens zurück, wenn die Bastionen der Apparateherrschaft in Gefahr zu geraten

schienen. Die Partei – und ihr Apparat – galten als notwendige Existenzgarantie der DDR. Im Rückblick ist es klar, daß die autoritäre Staatspartei sowohl Bedingung wie Hemmnis des Fortbestandes der DDR war – deshalb erwies sich das System als letztlich nicht reformierbar. Doch war es gerade die Erwartungshaltung vieler alter Kommunisten, darunter der Remigranten, auf eine sozialistische Reform von oben gewesen, die sie selbst zögern ließen, sich aktiv für Demokratie in der DDR einzusetzen. Hielt die Befürchtung, mit dem Anprangern der Stalinschen Verbrechen die ersehnte sozialistische Alternative zum bisherigen Geschichtsverlauf zu diskreditieren statt zu ermöglichen, gerade die Rückkehrer aus der Sowjetunion von der Aufarbeitung der Vergangenheit ab? Wir glaubten bis zuletzt, schrieb Wolfgang Ruge 1997, „diese Gebrechen zähneknirschend in Kauf nehmen zu müssen und redeten uns vor uns selbst mit Wachstumsschwierigkeiten, Kinderkrankheiten oder auch damit heraus, daß die Sache des Sozialismus fatalerweise in die Hände der falschen Leute geraten sei. Dabei hofften wir, ja waren überzeugt, daß der Prozeß der Selbstreinigung der großen Idee zur Rückkehr auf den richtigen Weg führen müsse. Auf diese Weise betrogen wir uns selbst und desorientierten andere.“⁴

Angesichts der Bemühungen um eine Alternative zu der in Deutschland dominierenden Richtung der Geschichtswissenschaft wiegt diese Erkenntnis um so schwerer.

Eine solche Alternative war 1945 eine unabdingbare Notwendigkeit. Sie mitzugestalten, motivierte die hier behandelten Historiker zur Rückkehr nach Deutschland. Gemeinsam mit den Überlebenden der nazistischen Zuchthäuser und Konzentrationslager waren sie die Gegenspieler der Historiker gewesen, die sich Hitler zur Verfügung gestellt hatten.⁵

Die Remigranten wollten mit ihrer Kritik am Kapitalismus die Wurzeln zurückliegender Katastrophen bloßlegen und damit einen Beitrag zur Verhütung gegenwärtiger wie künftiger Fehlentwicklungen leisten. Einerseits bot die marxistische Theorie Ansatzpunkte, um die historische Kontinuität bestimmter Entwicklungen vom Imperialismus, Militarismus und politischen Antisemitismus zum Faschismus herauszuarbeiten, andererseits verhinderten dogmatische Einengungen oft eine realitätsnahe Beurteilung der bürgerlichen Gesellschaft. Die DDR-Historiker wandten sich jedoch Bereichen der Forschung zu, die bislang nur selten an deutschen Universitäten behandelt worden waren, wie die Revolutionsforschung oder die Geschichte des Marxismus und der Arbeiterbewegung. Sie arbeiteten die Rolle von Volksmassen und Faktoren des materiellen Lebens als letztlich entscheidender Triebkräfte im Geschichtsprozeß heraus, wenngleich sie dabei auch zu Überschätzungen neigten. Doch wurden die Arbeiten der Remigranten zu einer Herausforderung für die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft, die sich auch deshalb allmählich dieser Fragen annahm – um schließlich teilweise offener und produktiver zu arbeiten, als dies in der DDR generell möglich war.⁶

Der Elan, mit dem sich die Remigranten sofort nach ihrer Rückkehr der Wissenschaft zuwandten, läßt ahnen, was in einer toleranteren Atmosphäre möglich gewesen wäre. Jürgen

4 Wolfgang Ruge, Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs, in: Manfred Weißbecker u. a. (Hg.), Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts, Jena 1997, S. 17.

5 Im Westen und sogar im Osten Deutschlands erhielten viele dieser Historiker nach 1945 indes eine zweite berufliche Chance – anders als die meisten SED-Mitglieder unter den DDR-Historikern nach 1989.

6 Für beide Aspekte dieser seit den mittsechziger Jahren aufkommenden Tendenz vgl. die Arbeiten von Andreas Dorpalen, Günther Heydemann und Georg G. Iggers.

Kuczynski und Alfred Meusel konnten an ihre im Exil begonnen Arbeiten anknüpfen, Karl Obermann und Hans Mottek ihre politischen und intellektuellen Erfahrungen in erste wissenschaftliche Ergebnisse umsetzen. Ernst Engelberg blieb über Haft- und Exiljahre seinem Hauptforschungsthema verbunden, das schließlich in eine herausragende Leistung einmündete. Für Albert Schreiner eröffnete die Rückkehr nach Ostdeutschland überhaupt erst den Weg in eine späte akademische Laufbahn, die er skeptisch zunächst als „Davonlaufbahn“ bezeichnete. Leo Stern und besonders Arnold Reisberg wie Wolfgang Ruge blieben durch ihre Exilerfahrung in der Sowjetunion geprägt – in dem, was sie schrieben, und in dem, was sie verschwiegen. Jede Kritik an ihnen wird mit der Frage konfrontiert bleiben, welche Möglichkeiten marxistische Remigranten als Historiker in der Bundesrepublik hatten.

Sind alle möglichen Anregungen, die von den Remigranten ausgingen, mit dem Ende der DDR obsolet geworden? Im Exil, so Engelberg 1943, könne „jeder ehrliche und mutige Deutsche ... in seinem engeren Kreise aufklärend wirken; er muß dies vor allem unter der Jugend tun ...“ War nicht – trotz aller politischen Einschränkungen – etwas von diesem Gedanken bei den Schülern der Remigranten zu spüren; lohnt es nicht, auch deren Werk darauf kritisch zu befragen? Die Marxisten waren aus dem Exil mit der Haltung zurückgekommen, „die Vision von einer menschlicheren Gesellschaft zu bewahren, zum Nachdenken und zum Tätigwerden für sie (anzuregen). Wir haben an Kämpfe für diese Vision und an Kämpfer erinnert, denen nicht ihr Wohl, sondern das Allgemeinwohl vorschwebte.“ Auch dieser Gedanke Wolfgang Ruges verdient Aufmerksamkeit. Auf der einen Seite, hielt Ruge fest, haben die marxistischen Historiker in der DDR versagt, „auf der anderen zum Erhalt und zur Bereicherung von Wissen und Gedanken beigetragen“ – Wissen und Gedanken, die künftige Generationen auf der Suche nach einer humaneren, gerechteren Welt vielleicht doch nicht achtlos beiseite schieben werden?⁷

Haben Jürgen Kuczynskis Werke zur Lage der Arbeiter im Industriekapitalismus – von ihrer Materialfülle abgesehen – keinen Wert mehr angesichts der absoluten, nicht nur „relativen“ Verelendung der Arbeitermassen in großen Teilen der Welt? Sind Schreiners frühe Untersuchungen über die Funktion der Rüstungswirtschaft im „Dritten Reich“ mit dem Sieg über Hitler nur noch Berichte aus einer grauen Vorzeit? Gibt es heute nirgendwo mehr einen Zusammenhang von Rüstung und Eroberungspolitik? Ist Motteks Appell an die Verantwortung der Menschen gegenüber einer nicht endlos auszubeutenden Natur überhaupt noch mit einsichtigen Gegenargumenten beizukommen? Wer diese Probleme als dringende Aufgaben unserer Zeit wahrnimmt, mag aus den Schriften der Remigranten einigen Nutzen ziehen, ihre Leistungen und ihre Fehler kritisch gegeneinander abwägen.

Der gravierendste und letztlich systembedingte Fehler war die Indienstnahme der sozialistischen Idee durch ein undemokratisches Regime, so sehr dieses soziale Ungerechtigkeiten beseitigte. Doch die Mehrzahl der Menschen wandte sich schließlich von der Idee des Sozialismus ab. Ihre Verwirklichung schien nur noch als Diktatur denkbar. Zur Legitimation eines diktatorischen Sozialismus leisteten die Remigranten einen spezifischen Beitrag, wenngleich sich ihre Rolle in und für die DDR darin keineswegs erschöpfte.

Sind solche Probleme mit dem Untergang des Staatssozialismus in eine ferne Vergangenheit gerückt? So sehr alte Fragen gelöst oder gegenstandslos geworden sind, so viele neue türmen sich auf. Sieht nicht heute eine wachsende Zahl von Menschen Freiheit und Demokratie nur noch als Bemäntelung von ungezügelter Profitwirtschaft und damit ver-

7 Ruge, *Die russische Revolution ...*, S. 17.

knüpfter sozialer Ausgrenzung? Ist die Gefahr eines erneuten Abwendens von der parlamentarischen Demokratie – wie bereits in den dreißiger Jahren – wirklich auszuschließen? Können Historiker nicht einen Beitrag dazu leisten, ihr vorzubeugen? Stehen sie nicht auch jetzt in der Pflicht zur kritischen Gesellschaftsanalyse; einer Pflicht, der sie in der DDR kaum genügten? Heute bedarf es weit weniger Mut zur Kritik an den herrschenden Zuständen als unter der SED; ist sie darum nicht um so mehr einzufordern? Die Auseinandersetzung mit dem Leben und Werk der Remigranten sollte helfen, eigene Maßstäbe und Urteile zu überprüfen.

Ein bündiges Fazit, das dem vielgestaltigen Wirken der Remigranten gerecht werden könnte, läßt sich nicht ziehen, zu unterschiedlich waren die intellektuellen Prägungen, die Lebens- und Leidenswege, die fachlichen Interessen und – *last but not least* – die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit.

Nach dem Zusammenbruch der DDR schien auch das Werk ihrer Historiker ausgelöscht. Dieses voreilige Urteil hatte keinen Bestand. Was aber bedeuten Leben und Werk der Remigranten einer neuen Generation von Forschern? Die Antwort darauf steht noch aus. Auch künftige Historiker werden zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstehen wählen müssen. Die Erfahrung des Exils wird ihnen, so ist zu hoffen, erspart bleiben.

Namensliste der Remigranten in der DDR-Geschichtswissenschaft

Diese Liste enthält alle 22 nach 1945 in die DDR remigrierten Historikerinnen und Historiker, sofern sie bis einschließlich 1961 den Doktorgrad erworben hatten; fünf weitere schrieben keine Dissertation.¹ Die Aufstellung zeigt, daß die Anzahl der Remigranten deutlich höher lag, als die im Buch behandelten Wissenschaftler. Dies weist zugleich auf künftige Aufgaben der Forschung hin.

Folgende Abkürzungen werden verwendet: CH – Schweiz, ČS – Tschechoslowakei, DK – Dänemark, F – Frankreich, GB – Großbritannien, MEX – Mexiko, PAL – Palästina, SU – Sowjetunion, SWD – Schweden, TK – Türkei; GdA (als Fachgebiet) – Geschichte der Arbeiterbewegung; P – Promotionsjahr.

Name	Lebensdaten	P	Exilzeitraum u. -land	Fachgebiet
Duncker, Hermann	1874–1960	1903	1934–47 F, GB, USA	GdA, Philosophie
Schreiner, Albert	1892–1979	1953	1933–46 F, USA	GdA, Staatenkunde
Winternitz, Josef ²	1896–1952	1922	1934–46 ČS, GB	Neueste Geschichte
Meusel, Alfred	1896–1960	1922	1934–46 DK, GB	Neuere Geschichte
Stern, Leo	1901–1982	1926	1934–45 SU	Neuere Geschichte
Reisberg, Arnold	1904–1980	1928	1934–59 ČS, SU	GdA
Kuczynski, Jürgen	1904–1997	1925	1936–45 GB	Wirtsch.geschichte
Obermann, Karl	1905–1987	1950	1933–46 F, USA	Neuere Geschichte
Engelberg, Ernst	1909	1934	1936–48 CH, TK	Neuere Geschichte
Mottek, Hans	1910–1993	1950	1933–46 F, USA	Wirtsch.geschichte

1 Ohne eine Dissertation unterrichteten hauptberuflich als Historiker Heinz Abraham, Ernst Hoffmann, Rudolf Lindau, Albert Norden (zeitweise), Hanna Wolf. Hoffmann kehrte aus britischem, Norden aus amerikanischem, Abraham, Lindau und Wolf aus sowjetischem Exil zurück. Verwiesen sei – außerhalb dieser Gruppe – auf zwei weitere Personen: auf Helmut Eschwege, einen Rückkehrer aus Palästina, der bis zu seiner Maßregelung 1953 am Museum für deutsche Geschichte arbeitete und Jahre später eine Reihe populär-historischer Darstellungen veröffentlichte, sowie auf Basil Spiri, der 1927 von Rumänien in die Sowjetunion übersiedelte und 1954 in die DDR kam.

2 Winternitz war als britischer und tschechoslowakischer Staatsbürger strenggenommen kein Remigrant. Er verließ bereits 1951 die DDR und ging zurück nach London.

Zahn, Lola ³	1910–1998	1937	1933–46 F, USA	Wirtsch.geschichte
Bondi, Gerhard ⁴	1911–1966	1938	1939–46 GB	Wirtsch.geschichte
Schleifstein, Josef ⁵	1915–1992	1956	1935–46 ČS, GB	GdA
Kamnitzer, Heinz ⁶	1917	1950	1933–46 PAL, GB	Neuere Geschichte
Ruge, Wolfgang	1917	1959	1934–56 SU	Neueste Geschichte
Stoecker, Helmuth	1920–1994	1956	1933–47 GB	Neueste Geschichte
Einhorn, Marion	1921–1996	1961	1938–46 GB	Neueste Geschichte
Herzfeld, Erika	1921	1961	1938–46 GB	Neuere Geschichte
Nußbaum, Manfred	1922–1981	1960	1939–47 CHINA	Wirtsch.geschichte
Doernberg, Stefan	1924	1959	1935–45 SU	Neueste Geschichte
Katz, Friedrich ⁷	1927	1954	1933–49 F, USA, MEX	Neuere Geschichte
Peters, Jan	1932	1961	1934–46 SU, SWD	Neuere Geschichte

3 Lola Zahn war ursprünglich Wirtschaftswissenschaftlerin und arbeitete seit Anfang der siebziger Jahre zur Geschichte des ökonomischen Denkens.

4 Bondi hatte einen Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte in Halle inne, arbeitete aber vorrangig als Ökonom.

5 Schleifstein verließ 1968 die DDR, um die Deutsche Kommunistische Partei in der Bundesrepublik mit aufzubauen.

6 Kamnitzer schied 1955 aus der Wissenschaft aus und wurde freier Schriftsteller.

7 Katz verließ 1970 als österreichischer Staatsbürger die DDR und ging nach Chicago, wo er eine Professur annahm.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalische Quellen

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin:
Bestände der SED:

DY 30/IV/2/1	Tagungen des Parteivorstandes bzw. des Zentralkomitees der SED.
DY 30/IV/2/2/71	Sitzungen des Politbüros des ZK der SED.
DY 30/IV/2/3/131	Sitzungen des Sekretariats des ZK der SED.
DY 30/IV/2/4 und 11	Zentrale Parteikontroll-Kommission.
DY 30/IV/2/20.24	Büro Kurt Hager.
DY 30/IV/9.01	Ideologische Kommission beim ZK der SED.
DY 30/IV/9.04	Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED.
DY 30/IV/9.07	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
NY 4036	Nachlaß Wilhelm Pieck.
NY 4182	Nachlaß Walter Ulbricht.
NY 4198	Nachlaß Albert Schreiner.
SgY 30/0850	Erinnerungsarchiv, Bestand Albert Schreiner.
SgY 30/2037	Erinnerungsarchiv, Bestand Ernst Hoffmann.

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin:

MfS-Zentralarchiv:

Allg. P 338/55	Jürgen Kuczynski.
Allg. P 525/29	Wolfgang Ruge.
Allg. P 1799/55	Werner Frauendienst.
Allg. P 2752/55	Heinz Kamnitzer.
Allg. P 2063/77	Karl Obermann.
Allg. P 6741/56	Alfred Meusel.
Abt. XII/RF/452	Werner Frauendienst.
HA IX, SV 1/81, Bd. 286	Albert Schreiner.

MfS-Außenstelle Halle:

Allg. P 1989/67	Leo Stern (3 Bde.).

MfS-Außenstelle Leipzig:

AOP 208/56	Ernst Engelberg.

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin:

Nachlaß Alfred Meusel.

Nachlaß Jürgen Kuczynski.

Nachlaß Leo Stern.

Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv:

Personalakte Jürgen Kuczynski (2 Teile).

Personalakte Alfred Meusel (3 Bde.).

Personalakte Karl Obermann.

Universität Leipzig, Universitätsarchiv:

Personalakte Ernst Engelberg.

Personalakte Albert Schreiner.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universitätsarchiv:

Personalakte Leo Stern.

Deutsches Exilarchiv 1933-1945, Frankfurt a. M.:

NL Wilhelm Sternfeld, Mappe Albert Schreiner.

American Guild for German Cultural Freedom:

Akte Karl Obermann.

Akte Rudolf Leonhard.

Leitheft Emigrantenpresse und Schrifttum, Mai 1937.

Historisches Archiv der Stadt Köln:

Bestand 1120: Nachlaß Wilhelm Sollmann, Nr. 556 (Briefwechsel mit Karl Obermann).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien:

Akten-Nr. 1036: Erklärung österreichischer Kommunisten in Moskau zur Frage der Schaffung eines Komitees der österreichischen Freiheitsbewegung im Ausland, undatiert (1943).

Harvard University, School of Divinity, Cambridge, Massachusetts:

BMS Ger 135: Paul Tillich Correspondence.

Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California:

Karl Frank Collection, Box No. 7, Folder I D:

Ruth Fischer and „The Network“/Attacks on Karl Frank.

New York Public Library, Manuscript and Archives Division, New York:

Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars:

Box 127, Box 150.

Privatarchiv Joachim Petzold, Berlin:

Briefwechsel mit Ernst Diehl, betr. Albert Schreiner, 1979.

2. Befragungen von Remigranten

Prof. Dr. Dr. Ernst Engelberg, Berlin, mehrere Gespräche seit dem 5. Februar 1997.

Prof. Dr. Dr. Jürgen Kuczynski, Berlin, 18. Dezember 1996 (und schriftliche Befragungen).

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ruge, Potsdam, mehrere Gespräche seit dem 14. Juli 1997.

3. Zeitungen und Zeitschriften

Aufbau, Berlin (Ost).

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (Ost).

Einheit, Berlin (Ost).

Freies Deutschland, Mexico, D. F.

The German American, New York.

Geschichte in der Schule, Berlin (Ost).

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Stuttgart.

Historische Zeitschrift, München.

Das Historisch-politische Buch, Göttingen.

Neues Deutschland, Berlin (Ost).

Sonntag, Berlin (Ost).

Tägliche Rundschau, Berlin (Ost).

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost).

4. Veröffentlichungen der im Text behandelten Remigranten

Engelberg, Ernst:

„So kann es nicht mehr weiter gehen“. Flugblatt der KPD-Gruppe Haslach, 1930.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik. Diss., Berlin 1934.

Libérale und antilibérale Geschichtsschreibung (Manuskript), Genève 1937.

Les bases idéologiques de la nouvelle conception de Droit International de Alfred von Verdross, in: *Revue Générale de Droit International Public*, Janvier/Février 1939, S. 37–42.

Jean Jaurès. Sa pyhsiognomie intellectuelle (Manuscrit inédit), Genève 1939.

Almanca fen B ve C Kurlari icin. Yardimci metinler, Istanbul 1944.

Streiflichter der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1944 (Manuskript), Istanbul 1944.

Einiges über den historisch-politischen Charakter des Bundes der Gerechten, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig*, 1951/52, Nr. 5, S. 61–66.

Die Arbeit und die Aufgaben des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: *ZfG*, 1953, Nr. 4, S. 647–652.

Die Rolle von Marx und Engels bei der Herausbildung einer selbständigen deutschen Arbeiterpartei (1864–1869), in: *ZfG*, 1954, Nr. 4, S. 509–537; Nr. 5, S. 637–665.

Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1850–1871), in: *ZfG*, 1954, Nr. 3, S. 428–457.

- Über das Problem des deutschen Militarismus, in: ZfG, 1956, Nr. 6, S. 1113–1145.
- Zur Entstehung und historischen Stellung des preußisch-deutschen Bonapartismus, in: Fritz Klein/Joachim Streisand (Hg.), Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel, Berlin (Ost) 1956, S. 236–251.
- Carl von Clausewitz in seiner Zeit, in: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Berlin (Ost) 1957, S. VII–LXII.
- Napoleon – Wohltäter der deutschen Nation? Eine notwendige Entgegnung, in: Sonntag, 24. März 1957.
- Politik und Geschichtsschreibung. Die historische Stellung und Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG, 1958, Nr. 3, S. 468–495.
- Über einige Probleme der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1944, in: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, Bd. 2, Berlin (Ost) 1958, S. 232–237.
- Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890, Berlin (Ost) 1959.
- Deutschland von 1849 bis 1871 (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 7), Berlin (Ost) 1959.
- Die deutsche Novemberrevolution 1918/19, Leipzig 1959.
- (Hg.): Trier – und wie weiter? Materialien, Betrachtungen und Schlußfolgerungen über die Ereignisse auf dem Trierer Historikertag am 25. 9. 1958, Berlin (Ost) 1959.
- NATO-Politik und westdeutsche Historiographie über die Probleme des 19. Jahrhunderts, in: ZfG, 1959, Nr. 3, S. 477–493.
- (Hg.): Franz Mehring. Krieg und Politik, eingel. von Heinz Helmert, 2 Bde., Berlin (Ost) 1959/1960.
- Zu den militärpolitischen Lehren des 8. Mai 1945, in: Militärwesen, 1960, Nr. 3, S. 417–436.
- Die Rolle des deutschen Generalstabes in der Politik des deutschen Imperialismus, in: Militärwesen, 1960, Nr. 9, S. 1636–1656.
- /Rolf Rudolf: Zur Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Historische Forschungen in der DDR. ZfG-Sonderband, Berlin (Ost) 1960, S. 7–21.
- Probleme des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse. Deutsche Historiker-Gesellschaft, Manuskript-Druck, o. O. 1962.
- Ein Leben für die Geschichtswissenschaft der DDR, in: Mitteilungen der Deutschen Historiker-Gesellschaft, 1963, Nr. 1 (Beilage), S. 3–4.
- Die Aufgaben der Historiker von 1964 bis 1970, in: ZfG, 1964, Nr. 3, S. 388–402.
- /Horst Bartel (Hg.): Die großpreussisch-militaristische Reichseinigung 1871. Voraussetzungen und Folgen, 2 Bde., Berlin (Ost) 1971.
- (Hg.): Diplomatie und Kriegspolitik vor und nach der Reichsgründung, Berlin (Ost) 1971.
- (Hg.): Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, Köln 1972.
- /Wolfgang Küttler (Hg.): Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis, Berlin (Ost) 1977.
- /Wolfgang Küttler (Hg.): Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin, Berlin (Ost) 1978.
- Otto von Bismarck. Die Revolution von oben, in: Gustav Seeber (Hg.), Gestalten der Bismarckzeit, Berlin (Ost) 1978, S. 1–27.

- Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze, hg. von Gustav Seeber und Wolfgang Küttler, Berlin (Ost) 1980.
- Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin (Ost) und (West) 1985 (Neuauf. Berlin 1998).
- Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990 (Neuauf. Berlin 1998).
- Bemerkungen zu Männern, die Geschichte machten, in: Historiographiegeschichte als Methodengeschichte. Zum 80. Geburtstag von Ernst Engelberg, Berlin 1991, S. 88–91.
- (Interview), in: Thomas Grimm (Hg.): Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie, Berlin 1993, S. 25–48.
- Meine Erlebnisse im Columbia-Haus (Manuskript), o. J. (1993).
- „Der Historiker muß auch mit sich selbst kämpfen“. Im Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Engelberg, in: Disput, 1998, Nr. 12, S. 37–39.

Kuczynski, Jürgen:

- Zurück zu Marx! Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus, Leipzig 1926.
- Der Staatshaushalt. Ein Beitrag zur Erkenntnis der Struktur des kapitalistischen und des kommunistischen Staates, Berlin 1927.
- Organized Labor's Modern Wage Policy (Research Series No. 1), Washington, D. C. 1927.
- Löhne und Konjunktur in Amerika, Berlin 1928.
- /Marguerite Kuczynski: Der Fabrikarbeiter in der amerikanischen Wirtschaft, Leipzig 1930.
- Emil Ludwigs Lincoln, in: Die Weltbühne, 1930, Nr. 15, S. 537–539.
- /Marguerite Kuczynski: Die Lage des deutschen Industrie-Arbeiters 1913/14 und 1924 bis 1930. Statistische Studien, Berlin 1930.
- (Hg.): Rote Arbeit. Der neue Arbeiter in der Sowjetunion, Berlin 1931.
- (Peter Jottkas): Der Kampf der Erwerbslosen. Arbeitslosenkämpfe in allen kapitalistischen Ländern, in: Internationale Pressekorrespondenz, 1933, Nr. 10.
- Weltproduktion und Welthandel in den letzten 100 Jahren. Statistische Studien, Liepaja 1935.
- (Pierre Olivier): Les antécédents d'une révolution. Etudes sur le développement de la société française de 1715 à 1789, Paris 1936.
- (James Turner): Hitler and the Empire, London 1937.
- Labour Conditions in Western Europe 1820 to 1935, London 1937.
- New Fashions in Wage Theory, London 1937.
- (Peter Forster): Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?, Strasbourg 1937.
- Germany's Economic Position (Germany Today Special, No. 1), London (1938).
- The Conditions of the Workers in Great Britain, Germany and the Soviet Union 1932–1938, London 1939.
- Allies Inside Germany?, London 1942.
- Freie Deutsche damals und heute, London 1944.
- Mr. Kuczynski comments on Mr. Brailsford, in: The Left News, Nr. 94, April 1944.
- Wiedersehen mit Deutschland, in: Freies Deutschland, 1945, Nr. 7, S. 12–13.
- Betrachtungen zur deutschen Geschichtsschreibung, in: Aufbau, 1946, Nr. 7, S. 742–747.
- Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, 2 Bde., Berlin 1946/47.
- Friedrich List. Vorkämpfer der deutschen Einheit, in: Aufbau, 1947, Nr. 5, S. 418–423.

- Ein Beispiel für die Wissenschaft. Das Wirken Lujo Brentanos, in: *Aufbau*, 1947, Nr. 12, S. 379–385.
- /Grete Wittkowski: *Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren*, Berlin 1947.
- Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946. 16 Vorlesungen*, 2. Aufl., Meisenheim am Glan 1948.
- Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, Bd. 1: *Monopole und Unternehmerverbände*, Berlin 1948.
- Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Revolution von 1848/49*, Berlin 1948.
- Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. Von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft*, Berlin (Ost) 1949.
- Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, Bd. 2: *Propagandaorganisationen des Monopolkapitals*, Berlin (Ost) 1950.
- Fortschrittliche Wissenschaft*, Berlin (Ost) 1951.
- Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, 8 Bde. in 14 Teilbänden, Berlin (Ost) 1953–1956.
- Einige Lehren und Mahnungen des XX. Parteitages für die Wissenschaftler*, in: *ND*, 11. März 1956.
- Über einige Probleme des historischen Materialismus*, Berlin (Ost) 1956.
- Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung*, in: Fritz Klein/Joachim Streisand (Hg.), *Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel*, Berlin (Ost) 1956, S. 9–24.
- Rezension zu: Paul Kirn, Das Bild des Menschen in der Geschichtsschreibung von Polybios bis Ranke*, in: *ZfG*, 1956, Nr. 6, S. 1267–1271.
- Studien zur Geschichte des Kapitalismus*, Berlin (Ost) 1957.
- René Kuczynski. Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1957.
- Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse*, Berlin (Ost) 1957.
- Der Mensch, der Geschichte macht (Zum 100. Geburtstag von G. W. Plechanow am 11. Dezember 1956)*, in: *ZfG*, 1957, Nr. 1, S. 1–17.
- Meinungsstreit, Dogmatismus und „liberale Kritik“*, in: *Einheit*, 1957, Nr. 5, S. 602–611.
- Sociologičeskie zakony*, in: *Voprosy filosofii*, 1957, Nr. 5, S. 95–100.
- Forschung mit Kampf verbinden*, in: *ND*, 12. März 1958.
- /Ruth Hoppe, *Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland. Geschichte und Dokumente*, 2 Bde., Berlin (Ost) 1958.
- Vom Knüppel zur automatischen Fabrik. Eine Geschichte der menschlichen Gesellschaft*, Berlin (Ost) 1960.
- Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien*, Berlin (Ost) 1960.
- Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832 (Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23)*, Berlin (Ost) 1964.
- /Manfred Unger: *800 Jahre Leipziger Messe. Festschrift des Leipziger Messeamtes zur Jubiläumsmesse 1965*, Leipzig 1965.
- Das große Geschäft. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus*, Berlin (Ost) 1967.

- /Ruth Hoppe: Studien und Dokumente zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1968/1969.
- So war es wirklich. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Bundesrepublik, Berlin (Ost) 1969.
- Albert Einstein – freundlich und bescheiden. Prof. Dr. Jürgen Kuczynski über einen Besuch bei Einstein in Princeton (USA), in: ND, 15. März 1969.
- Gestalten und Werke. Bd. 1: Soziologische Studien zur deutschen Literatur; Bd. 2: Soziologische Studien zur englischsprachigen und französischen Literatur, Berlin (Ost)/Weimar 1969/1971.
- A Short History of Labour Conditions under Industrial Capitalism in Great Britain and the Empire, 2 Bde., London 1972.
- Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin (Ost)/Weimar 1973.
- Die Muse und der Historiker. Studien über Jacob Burckhardt, Hippolyte Taine, Henry Adams, Berlin (Ost) 1974.
- Beginn einer großen Freundschaftsbewegung, in: Im Zeichen des roten Sterns. Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft, Berlin (Ost) 1974, S. 477–481.
- Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin (Ost) 1975.
- Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 10, Berlin (Ost) 1978.
- Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd. 1: 1600–1650, Berlin (Ost) 1982.
- Probleme der Autobiographie, Berlin (Ost)/Weimar 1983.
- Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, 4. Aufl., Berlin (Ost)/Weimar 1985.
- Bemühungen um die Soziologie, Berlin (Ost) 1986.
- A Radical, in: Helmut Reinhardt (Hg.), Nachdenken über Ossietzky. Aufsätze und Graphik, Berlin (Ost) 1989, S. 171–173.
- Kurze Bilanz eines langen Lebens, Berlin 1991.
- Wo wäre das anders gewesen?, in: Konkret, 1992, Nr. 8, S. 44–46.
- Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.
- Ein Leben in der Wissenschaft der DDR, Münster 1994.
- „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989, (Taschenbuchausgabe) Berlin 1994.
- Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus? Memoiren 1989–1994, Berlin 1994.
- Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater, Berlin 1996.
- Was wird aus unserer Welt? Betrachtungen eines Wirtschaftswissenschaftlers, Berlin 1997.
- Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm, Berlin 1997.
- Wirkung im englischen Exil, in: Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn (Hg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration, Marburg 1997, S. 355–360.
- Sechs Jahre Flaute, in: Junge Welt, 12. August 1997.
- Ein treuer Rebell. Memoiren 1994–1997, Berlin 1998.

Meusel, Alfred:

- Die Abtrünnigen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 1923, Nr. 2/3, S. 152–169.
- Der Radikalismus, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 1924, Nr. 1/2, S. 44–68.
- Rezension zu: Curt Geyer, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Gesellschaft, 1924, 1. Halbbd., S. 317–319.

- Zur bürgerlichen Sozialkritik der Gegenwart, in: *Die Gesellschaft*, 1924, 1. Halbbd., S. 372–399 und 488–498.
- Rezension zu: Oswald Spengler, *Neubau des Deutschen Reiches/Politische Pflichten der deutschen Jugend*, in: *Die Gesellschaft*, 1924, 1. Halbbd., S. 604–605.
- Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx, Jena (1925).
- Rezension zu: Karl August Wittfogel, *Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, in: *Die Gesellschaft*, 1925, 1. Halbbd., S. 172–177.
- Vom „Sinn“ der sozialen Bewegungen, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 1925, Nr. 1/2, S. 13–34.
- Der Zerfall des Liberalismus in der theoretischen Nationalökonomie, in: *Die Gesellschaft*, 1925, 2. Halbbd., S. 333–344.
- Das Marx-Engels-Archiv, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 1926, Nr. 6, S. 298–299.
- Rezension zu: Robert Michels, *Bedeutende Männer. Charakterologische Studien*, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 1926/27, Nr. 3, S. 296–297.
- List und Marx. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1928.
- Zur Problematik der politischen und sozialen Demokratie, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 1928, Nr. 2, S. 141–156.
- Das Problem der äußeren Handelspolitik bei List und Marx, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 27. Bd., Jena 1928, S. 77–103.
- Die Idee des Sozialismus bei Werner Sombart, in: *Kölner sozialpolitische Vierteljahresschrift*, 1928, Nr. 2/3, S. 112–132.
- Die Konkurrenz in soziologischer Betrachtung. Gedanken zum 6. Deutschen Soziologentag, in: *Die Gesellschaft*, 1929, 2. Halbbd., S. 326–347.
- Das Vorhandensein und die Bedeutung konservativer Tendenzen in der Sozialdemokratie, in: *Neue Blätter für den Sozialismus*, 1930, Nr. 11, S. 492–504.
- Middle Class; Proletariat; Revolution and Counter-Revolution, in: *Encyclopaedia of the Social Sciences*, New York 1930ff., Bd. X, S. 407–415; Bd. XII, S. 511–518; Bd. XIII, S. 367–376.
- Der klassische Sozialismus und seine Wandlungen, in: *Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie*, Bd. 24, 1930/31, S. 159–168.
- Das Bürgertum, in: Alfred Vierkandt (Hg.), *Handwörterbuch der Soziologie*, Stuttgart 1931, S. 90–99.
- Karl Marx als Soziologe, in: Fritz Karl Mann (Hg.), *Gründer der Soziologie*, Jena 1932, S. 96–108.
- Der klassische Sozialismus, in: Götz Briefs (Hg.), *Die Wandlungen der Wirtschaft im kapitalistischen Zeitalter*, Berlin 1932, S. 36–79.
- Rezension zu: Karl Kautsky, *Die materialistische Geschichtsauffassung*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 37. Bd., Jena 1933, S. 185–194.
- Die Familie in der deutschen Gesellschaftsverfassung seit 1933, in: Max Horkheimer (Hg.), *Autorität und Familie. Studien aus dem Institut für Sozialforschung*, Bd. V, Paris 1936, S. 753–770.
- National Socialism and the Family, in: *The Sociological Review. Journal of the Institute of Sociology*, Bd. XXVI, Nr. 2, April 1936, S. 166–186.
- Fascism – fight it now, London 1937.

- Die Finanzpolitik des Nationalsozialismus. Krieg und Krise, in: Emil Julius Gumbel (Hg.), *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*, Strasbourg 1938, S. 190–206.
- Die Ursachen der politischen Emigration (Manuskript), London 1938.
- Grundsätzliche Betrachtungen zur deutschen Außenpolitik, in: *Zeitschrift für Freie Deutsche Forschung*, Nr. 2, November 1938, S. 15–46.
- Germany's Foreign Policy (Germany Today Special, No. 2), London (1939).
- The German Revolution of 1848, in: *Freie Deutsche Kultur. German Anti-Nazi Monthly*, March 1942, S. 1.
- Germany's Intellectual's Rise Against the Nazis, in: *University Forward*, 1943, Nr. 1, S. 21/24.
- Die Idee der Nation bei Johann G. Herder, in: *Freie Deutsche Kultur. German Anti-Nazi Monthly*, October 1944, S. 2.
- Schiller – das Problem der Freiheit oder die Freiheit als Problem, in: Karl Wolf u. a., *Schiller und die Idee der Freiheit*. Herausgegeben vom Freien Deutschen Kulturbund in Großbritannien, London 1945, S. 30–35.
- Franz Mehring zu seinem 100. Geburtstag am 27. Februar 1946, in: *Freie Tribüne*, 23. Februar 1946.
- (Mitautor): *Germany's Cultural Regeneration*. Conference of the British Council for German Democracy, London 1946.
- Nationale Probleme der deutschen Revolution. Schriftenreihe zur deutschen Geschichte, Heft 6, London 1946.
- Warum ich wieder nach Deutschland zurückkehre (Manuskript), London 1946.
- Die deutschen Intellektuellen in der Zeit der französischen Revolution, in: *Tägliche Rundschau*, 8. September 1946.
- Der Pfeifer von Niklashausen, in: *Aufbau*, 1946, Nr. 11, S. 1099–1107.
- Intelligenz und Volk, Berlin 1947.
- Der Kampf um die nationale Einheit in Deutschland, in: *Tägliche Rundschau*, 5. Januar 1947.
- Oliver Cromwells Ende, in: *Aufbau*, 1947, Nr. 3, S. 218–219.
- Die deutsche Revolution von 1848, Berlin 1948.
- Das europäische Sturmjahr, Berlin 1948.
- Zwei Revolutionen (Oktober 1917–November 1918), Manuskript, Berlin 1948.
- Jean-Jacques Rousseau (Aus der geistigen Vorgeschichte der französischen Revolution), in: *Aufbau*, 1950, Nr. 12, S. 1187–1195.
- Thomas Müntzer und seine Zeit, Berlin (Ost) 1952.
- Bericht über die Reise nach der Sowjetunion, in: *ZfG*, 1953, Nr. 1, S. 107–114.
- Aus der Begrüßungsansprache bei der Eröffnung der Karl-Marx-Ausstellung des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin am 2. Mai 1953, in: *ZfG*, 1953, Nr. 3, S. 485–486.
- Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1400–1648), in: *ZfG*, 1953, Nr. 5, S. 759–769.
- Zum Vortrag von G. Ritter „Das Problem des ‚Militarismus‘ in Deutschland“, in: *ZfG*, 1953, Nr. 6, S. 923–939.
- Aus der Vorgeschichte der bürgerlichen Revolution in England, Berlin (Ost) 1954.
- Thomas Müntzer. Vortragsreihe Gesellschaftswissenschaften, Heft 16, Leipzig/Jena 1954.

- /Ingrid Lösche: Ein Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes. Gespräch mit Nationalpreisträger Prof. Dr. Alfred Meusel, in: ND, 27. Februar 1954.
 Deutsche Begegnung 1954 in Berlin, in: ZfG, 1954, Nr. 6, S. 989–931.
 Internationaler Historiker-Kongreß in Rom. Delegationen der UdSSR, der Volksdemokratien und der DDR, in: ND, 18. Oktober 1955.
 Wir wollen einander näherkommen, in: ND, 31. Mai 1956.
 Napoleon – Soldat und Reformator, in: Sonntag, 30. Dezember 1956.
 Eines Tages zerriß der Vorhang, in: Sonntag, 26. Januar 1958.
 Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Kritische Betrachtungen zu dem Buch von J. Kuczynski, in: ZfG, 1958, Nr. 5, S. 1049–1068.

Hans Mottek

- Die Ursachen der preußischen Eisenbahnverstaatlichung des Jahres 1879 und die Vorbedingungen ihres Erfolges, Diss., Berlin 1950.
 Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, 3 Bde., Berlin (Ost) 1957–1974: Bd. I: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin (Ost) 1957. Bd. II: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin (Ost) 1964. Bd. III: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen Imperialismus 1945, Berlin (Ost) 1974 (mit Walter Becker und Alfred Schröter).
 Zur Literatur über die Entwicklung der Elemente des Kapitalismus innerhalb der Feudalordnung in Deutschland, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte, Berlin (Ost) 1960, S. 163–178.
 -/Horst Blumberg/Heinz Wutzmer/Walter Becker: Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (Ost) 1960.
 Zu einigen Grundfragen der Mensch-Umwelt-Problematik, in: Wirtschaftswissenschaft, 1972, Nr. 1, S. 36–43.
 Umweltschutz – ökonomisch betrachtet, in: Wissenschaft & Fortschritt, 1974, Nr. 5, S. 194–198.
 Wirtschaftsgeschichte und Umwelt, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1974, Bd. II, S. 77–82.
 Die Zukunft der sozialistischen Utopie und die Existenzfragen der Menschheit. Gedanken zu Fritz Behrens' Buch „Abschied von der sozialen Utopie“, in: Berliner Debatte INITIAL, 1992, Nr. 5, S. 101–109.

Karl Obermann:

- National-Konventionen vor 100 Jahren, in: The German American, January 1943.
 Freiheitskämpfer zweier Welten. Die achtundvierziger in Amerika, in: The German American, May 1943.
 Zur Preußenfrage, in: The German American, June 1943.
 Der Mann, der ein Armeekorps wert war, in: The German American, November 1943.
 Friedrich Engels über den Kampf des deutschen Volkes um die Demokratie, in: The German American, January 1944.
 „God Bless the Dutch“. Präsident Lincoln und die Deutschamerikaner, in: The German American, February 1944.
 Die Deutschritter in der deutschen Geschichte, in: The German American, 15 May 1944.

- Zur deutschen Ideologie, in: *The German American*, 1 June 1945.
- Joseph Weydemeyer. *Pioneer of American Socialism*, New York 1947.
- Samuel Pufendorf zum Gedächtnis, in: *Aufbau*, 1947, Nr. 1, S. 3–15.
- Am Vorabend der Revolution von 1848, in: *Aufbau*, 1947, Nr. 5, S. 402–409.
- Das Vorparlament 1848, in: *Aufbau*, 1948, Nr. 3, S. 205–212.
- Die Paulskirche 1848, in: *Aufbau*, 1948, Nr. 5, S. 378–382.
- Deutsche Säkularfeiern. Geschichtliche Skizzen aus den Jahren 1248–1648–1848–1948, in: *Aufbau*, 1948, Nr. 9, S. 738–744.
- (Hg.): *Friedrich Engels, Deutsche Zustände*, Berlin (Ost) 1949.
- Lenin auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart 1907, in: *ND*, 21. Januar 1949.
- Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution*, Berlin (Ost) 1950.
- (Hg.): *Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815–49 in zeitgenössischen Dokumenten dargestellt*, Berlin (Ost) 1950.
- Lenin im Exil in Deutschland, in: *Tägliche Rundschau*, 22. April 1950.
- Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1925)*, Berlin (Ost) 1952.
- Die deutschen Arbeiter während der Revolution von 1848*, Berlin (Ost) 1953.
- Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten 1849–1852*, Berlin (Ost) 1955.
- Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1833–1836)*, in: Fritz Klein/Joachim Streisand (Hg.), *Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von Alfred Meusel*, Berlin (Ost) 1956, S. 201–235.
- Die Rolle der Volksmassen in Deutschland zu Beginn der Revolution 1848*, in: *Geschichte in der Schule*, 1958, Nr. 3, S. 142–157.
- /Josef Poliřensky (Hg.): *Die Hintergründe des Münchner Abkommens von 1938. Auswahl von Referaten und Diskussionsbeiträgen der Prager internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum 20. Jahrestag der Münchner Ereignisse (25.–27. September 1958)*, Berlin (Ost) 1959.
- Über den Anteil von Marx und Engels an der politischen Bewegung zur Vorbereitung der Revolution von 1848*, in: *ZfG*, 1959, Nr. 5, S. 1028–1064.
- (Hg.): *Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin (Ost) 1960.
- Die Rolle der ersten deutschen Aktienbanken in den Jahren 1848 bis 1856*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin (Ost) 1960, Bd. 2, S. 47–75.
- Deutschland von 1815 bis 1849 (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 6)*, Berlin (Ost) 1961.
- Über die Bedeutung der Tätigkeit von Friedrich Engels im Frühjahr und Sommer 1848*, in: *ZfG*, 1961, Nr. 1, S. 28–47.
- Die Berliner Universität am Vorabend und während der Revolution von 1848*, in: Willi Gröber/Friedrich Herneck (Hg.), *Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810–1960*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1963, S. 165–201.
- Die deutschen Historiker in der Revolution von 1848/49*, in: Joachim Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1963, S. 219–240.
- Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln 1848/49*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin (Ost) 1970, Bd. 4, S. 576–584.

Die ungarische Revolution von 1848/49 und die demokratische Bewegung in Deutschland, Budapest 1971.

Die Arbeiteremigration in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterklasse in der Zeit von der Gründung bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin (Ost) 1972, Bd. 1, S. 135–181.

Zur Klassenstruktur und zur sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin (Ost) 1973, Bd. 2, S. 79–120; Nr. 3, S. 143–174.

Exil Paris. Im Kampf gegen Kultur- und Bildungsabbau im faschistischen Deutschland (1933–1939), Frankfurt a. M. 1984.

Rolle und Bedeutung der Geschichtsschreibung in der antifaschistischen Publizistik im Exil 1933 bis 1946, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1984, Nr. 3, S. 312–335.

Die Jugend- und Studentenbewegung im antifaschistischen Kampf 1933–1945, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte, Berlin (Ost) 1988, S. 263–275.

Arnold Reisberg:

(Bruno Braun): Lebenslauf, Moskau, 7. März 1937. (Manuskript).

Lenin – Freund der deutschen Arbeiterklasse. Zum Erscheinen der Biographie Lenins in deutscher Übersetzung, in: BzG, 1962, Nr. 1, S. 35–50.

Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland, Berlin (Ost) 1964.

Lenin und die Zimmerwalder Bewegung, Berlin (Ost) 1966.

Lenin im Jahre 1917, Berlin (Ost) 1967.

An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922, 2 Bde., Berlin (Ost) 1971.

Lenins Jugend, Berlin (Ost) 1973.

Februar 1934. Hintergründe und Folgen, Wien 1974.

Lenin – Dokumente seines Lebens. Ausgewählt und erläutert von Arnold Reisberg, 2 Bde., Leipzig 1977.

Theoretisch fundiert gegen „großdeutsche“ Ideologie. Zum 75. Geburtstag des österreichischen Kommunisten Alfred Klahr, in: ND, 15. September 1979.

Rezension von: Fritz Keller, Gegen den Strom, in: ZfG, 1979, Nr. 12, S. 1202.

Von der Ersten zur Zweiten Internationale, Berlin (Ost) 1980.

Alfred Klahr – erster marxistisch-leninistischer Theoretiker über die österreichische Nation, in: BzG, 1983, Nr. 3, S. 411–417.

Wolfgang Ruge:

Erich Eycks „Geschichte der Weimarer Republik“, in: ZfG, 1959, Nr. 5, S. 725–754.

Rezension zu: Ludwig Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, in: Deutsche Außenpolitik, 1960, Nr. 2, S. 215–219.

Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Januar bis September 1923, Berlin (Ost) 1962.

Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1965.

- Deutschland von 1917 bis 1933 (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 10), Berlin (Ost) 1967.
- Weimar – Republik auf Zeit, Berlin (Ost) 1969.
- Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin (Ost) 1974.
- Matthias Erzberger, Berlin (Ost) 1976.
- Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1983.
- Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin (Ost) 1983.
- Nachdenken über Weimar, in: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1988, S. 11–21.
- Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1990.
- Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 1993, Nr. 7, S. 583–592.
- Stalinismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen, Wien 1994, S. 11–21.
- „Wir müssen völlig neue Sichten auf die Geschichte gewinnen“, in: ND, 1./2. November 1997.
- Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs, in: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts, Jena 1997, S. 6–17.

Albert Schreiner:

- (Mitautor): Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929.
- Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 3, 4, 5, 7, 8.
- Parteienschutztruppe? Proletarische Klassenwehr, in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 21.
- Nationalsozialisten und Stahlhelm, in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 26.
- Proletarische Klassenwehr gegen Faschismus, in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 46.
- Abrüstung sagt man – Aufrüstung meint man! Einige Bemerkungen zum SA-Verbot, in: Gegen den Strom, 1932, Nr. 9.
- Hitler treibt zum Krieg, Paris 1934. Reprint: Berlin (Ost) 1978.
- (Dorothy Woodman): Hitlers Luftflotte startbereit, Paris 1935.
- Hitlers motorisierte Stoßarmee, Paris 1936.
- Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers, Paris 1939. Reprint: Berlin (Ost) 1980.
- Risse an der seelischen Front, in: The German American, October 1942.
- Stalingrad und Verdun, in: The German American, November 1942.
- Hitlers Niederlage 1943?, in: The German American, January 1943.
- (Michael Anders): What Will We Do With Germany?, in: New Masses, 17. und 24. August 1943.
- (Alfred Wollmer): How Shall We Punish the Nazis?, in: Reader's Scope, September 1944, S. 61–64.
- /Gerhart Eisler/Albert Norden: The Lesson of Germany, New York 1945.
- Historisch-materialistische und biologische Staatslehre als Gegensatz und als politische Gegenwartsprobleme, Leipzig 1948.
- Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, Bd. 1: Von der Reichseinigung bis zur Novemberrevolution, Berlin (Ost) 1952.
- Unsterblicher Stalin, in: Geschichte in der Schule, 1953, Nr. 5, S. 234–235.
- Ein historisches Datum ist zu berichtigen, in: ZfG, 1955, Nr. 1, S. 117–118.

- Zu einigen Fragen der neuesten deutschen Geschichte. Antwort auf kritische Stellungnahmen zur Disposition für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945), in: ZfG, 1955, Nr. 3, S. 374–430.
- Bemerkungen zum X. Internationalen Kongreß für Geschichtswissenschaft in Rom, in: Einheit, 1955, Nr. 11, S. 1114–1122.
- Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: ZfG, 1956, Nr. 2, S. 366–369.
- Zwei Dokumente über die Historische Sektion, in: ZfG; 1956, Nr. 3, S. 587–588.
- Einleitung, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland vor und während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, Berlin (Ost) 1957, S. VII–XIV.
- Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution, in: ZfG, 1958, Nr. 1, S. 7–37.
- (Hg. und Red.): Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin (Ost) 1958.
- Die erste „Rote Fahne“ in Stuttgart, in: ND, 6. Dezember 1958.
- Leo Stern:*
- (F. Schneider): Wie Englands Herrenklasse ihre Kriege führt, in: Die Kommunistische Internationale, 1940, Nr.3/4, S. 263–277.
- (L. Taylor): Wohin treibt Irland?, in: Die Kommunistische Internationale, 1940, Nr. 7/8, S. 510–522.
- (L. Taylor): Der imperialistische Krieg in Afrika und seine Probleme, in: Die Kommunistische Internationale, 1940, Nr. 11/12, S. 820–834.
- Der Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, Wien 1946.
- Zur Geschichte und wissenschaftlichen Leistung der Deutschen Akademie der Naturforscher „Leopoldina“, Berlin (Ost) 1952.
- (Hg.): 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 3 Bde., Halle 1952.
- Martin Luther und Philipp Melanchthon – ihre ideologische Herkunft und geschichtliche Leistung, Berlin (Ost) 1953.
- Zur geistigen Situation der bürgerlichen Geschichtswissenschaft der Gegenwart, in: ZfG, 1953, Nr. 6, S. 837–849.
- Für eine kämpferische Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost) 1954.
- (Hg.): Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution auf Deutschland. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/1, Berlin (Ost) 1955.
- Professor Ritter – ein Barde des deutschen Militarismus, in: ND, 18. Juni 1955.
- Martin Lintzel zum Gedächtnis, in: Wissenschaftliche Annalen, 1955, Nr. 11, S. 718–719.
- (Hg.): Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission, 2 Bde., Berlin (Ost) 1956.
- Der Freiheitskampf des spanischen Volkes, Berlin (Ost) 1956.
- Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen auf die deutsche Arbeiterklasse, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1957, Nr. 6, S. 923–936.
- Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg, in: Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, Bd. 2, Berlin (Ost) 1958, S. 3–34.

Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1958.

Philipp Melancthon. Humanist, Reformator, Praeceptor Germaniae, Halle 1960.

Die zwei Traditionen der deutschen Polenpolitik und die Revolution von 1905–1907 im Königreich Polen, Berlin (Ost) 1961.

Zum Prozeß gegen die österreichische Jakobiner-Verschwörung, in: Walter Markov (Hg.), Maximilien Robespierre 1758–1794. Beiträge zu seinem 200. Geburtstag, Berlin (Ost) 1961, S. 435–467.

-/Hans-Joachim Bartmuß: Deutschland vom 6. bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 2/1), Berlin (Ost) 1964.

-/Horst Gericke: Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 2/2), Berlin (Ost) 1964.

-/Erhard Voigt: Deutschland von der Mitte des 13. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 2/3), Berlin (Ost) 1964.

5. Literatur

(Aufgeführt wurden Bücher und Zeitschriftenaufsätze sowie Sammelbände. Die in Sammelbänden enthaltenen Einzelbeiträge wurden in aller Regel nicht aufgelistet)

Abendroth, Lisa: Die Flucht. Warum Wolfgang Abendroth die Sowjetische Besatzungszone verlassen mußte, in: Sozialismus, 1990, Nr. 2, S. 24–27.

Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a. M. 1976.

Abusch, Alexander: Hitlers Todesfabriken und die Verantwortung der Deutschen, in: Freies Deutschland, 1944, Nr. 12, S. 13–15.

Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1949.

Ackermann, Anton: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, 1947, Nr. 1, S. 22–32.

Adam, Ursula: Zur Geschichte des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (Ende 1938–Mai 1945), Diss., Berlin (Ost) 1981.

Adam, Ursula: Rückkehr nach Berlin. Aus dem britischen Exil zur Teilnahme am antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau (Dokumentation), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 27, Berlin (Ost) 1987, S. 427–485.

Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973.

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich 1986.

Arndt, Helmut/Heinz Niemann: Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991.

Baar, Lothar: Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1966.

Badstübner, Rolf: Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999.

Bahne, Siegfried: Der marxistisch-leninistische Historismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1956, Nr. 4, S. 195–207.

- Barck, Simone u. a.: Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart/Weimar 1994.
- Baring, Arnulf: Rezension zu: Jacques Castellan, *La République Démocratique Allemande* (R. D. A.), Paris 1961, in: *Neue Politische Literatur*, 1961, Nr. 2, Sp. 171–173.
- Barthel, Horst u. a. (Hg.): *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte*. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, 2 Bde., Berlin (Ost) 1976.
- Bartmuß, Hans-Joachim u. a. (Hg.): *Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte*. Festgabe für Prof. Dr. Dr. h. c. Leo Stern zu seinem 60. Geburtstag, Berlin (Ost) 1962.
- Bartölke, Klaus u. a. (Hg.): *Integrated Cooperatives in the Industrial Society: The Example of the Kibbutz*, Assen 1980.
- Bauer, Roland: Über den Charakter der Novemberrevolution, in: *ZfG*, 1958, Nr. 1, S. 134–169.
- Bauerkämper, Arnd: Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom später 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991.
- Bauerkämper, Arnd u. a. (Hg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998.
- Bebel, August: *Aus meinem Leben*, 3 Bde., Berlin 1946.
- Becker, Walter: Vom wirtschaftshistorischen Seminar zum Institut für Wirtschaftsgeschichte – die Etablierung einer wissenschaftlichen Schule in den 50er Jahren an der Hochschule für Planökonomie, in: *Beiträge zur Geschichte der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“*, 1989, Heft 1, S. 54–65.
- Behrend, Manfred: Rezension zu: Wolfgang Ruge, *Stalinismus*, in: *BzG*; 1991, Nr. 4, S. 553–554.
- Behrens, Fritz: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der „wissenschaftlichen Apologetik“ des Kapitalismus*, Leipzig 1949.
- Behrens, Fritz: Meine Konzeption war revisionistisch, in: *ND*, 4. März 1958.
- Behrens, Fritz: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*, Bd. III: *Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus*, Berlin (Ost) 1979.
- Behrens, Fritz: *Abschied von der sozialen Utopie*, hg. von Hannamaria Loschinski u. a., Berlin 1992.
- Behrens, Hermann u. a. (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte und Umwelt – Hans Mottek zum Gedenken*, Marburg 1995.
- Benser, Günter u. a.: Partei und Massen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges, in: *ZfG*, 1958, Nr. 1, S. 169–190.
- Bergmann, Theodor: *„Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition*, Hamburg 1987.
- Bergmann, Theodor/Mario Keßler (Hg.): *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943)*, Mainz 1992.
- Bergmann, Theodor/Mario Keßler (Hg.): *Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus*, Mainz 1993; 2. Aufl. Hamburg 2000.
- Bergmann, Theodor: Heydrichs großer Plan, in: *Utopie kreativ*, Nr. 76, 1997, S. 23–35.
- Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der KPD, 19. und 20. April 1946, Berlin 1946.

- Berthold, Werner: „... großhungen und gehorchen.“ Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, Berlin (Ost) 1960.
- Berthold, Werner: Zum Kampf der KPD gegen die faschistische Geschichtsideologie und die Miserekonzeption in der deutschen Geschichte 1939–1945, in: *ZfG*, 1969, Nr. 6, S. 689–703.
- Berthold, Werner: Konzipierung von Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte in der Arbeitskommission des Politbüros des ZK der KPD und in ihrem Auftrag (1944/45), in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 3, Berlin (Ost) 1969, S. 307–321.
- Berthold, Werner: Marxistisches Geschichtsbild. Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution, Berlin (Ost) 1970.
- Berthold, Werner (Hg.): Geschichte des Marxismus-Leninismus und der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft 1917–1945. Wege zu ihrer Erforschung und Darstellung, Leipzig 1985.
- Berthold, Werner: Georg G. Iggers 65 Jahre, in: *Karl-Lamprecht-Rundbrief*, 1992, Nr. 1, S. 10–14.
- Bessel, Richard/Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.
- Beth, Hans-Joachim: Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Militärgeschichtswissenschaft der DDR von ihren Anfängen bis zum VIII. Parteitag der SED (1971), Diss., 2 Bde., Berlin (Ost) 1985.
- Bilik, W. I.: Noch einmal über die Eigenart und den Charakter der Revolution von 1918–19 in Deutschland, in: *Einheit*, 1958, Nr. 7, S. 1015–1022.
- Bleiber, Helmut/Walter Schmidt: Forschungen zur Geschichte der Revolution von 1848/49, in: *Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970*, Berlin (Ost) 1970, S. 408–427.
- Bleiber, Helmut (Hg.): Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland, Berlin (Ost) 1977.
- Blos, Wilhelm: Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849, Stuttgart 1920.
- Der blutige Ausflug des Herrn Professor Stern, in: *Arbeiter-Zeitung*, 11. Mai 1947.
- Bock, Helmut: Ludwig Börne. Vom Ghettojuden zum Nationalschriftsteller, Berlin (Ost) 1962.
- Böhme, Karl (Hg.): Aufrufe und Reden deutscher Professoren, Stuttgart 1975.
- Borejsza, Jerzy W.: Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa, Frankfurt a. M. 1999.
- Borkenau, Franz: Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht, Stuttgart 1986.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955.
- Braun, Otto: Chinesische Aufzeichnungen (1932–1939), Berlin (Ost) 1973.
- Braun, Rudolf u. a.: Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte, Köln 1972.
- Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1938–1955, Berlin (Ost)/Weimar 1977.
- Bremer, Jörg: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–45, Frankfurt a. M./New York 1978.
- Brentjes, Burchard: As I seem to remember!, in: *Hochschule Ost*, 1996, Nr. 3, S. 71–82.

- Brinks, Jan Herman: Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M. 1992.
- Broszat, Martin/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990.
- Brun-Zechowoj, Walerij: Manfred Stern – General Kléber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896–1954), Berlin 2000.
- Bucharin, Nikolai: Die politische Ökonomie des Rentners, Wien/Berlin 1926.
- Bülter, Horst/Gerhard Fuchs: Die 3. Tagung der Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, in: ZfG, 1954, Nr. 1, S. 152–157.
- Bungert, Heike: Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKWD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948, Stuttgart 1997.
- Burleigh, Michael: Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988.
- Carsten, Francis L.: From Berlin to London, in: Leo Baeck Institute, Year Book XLIII, London 1998, S. 339–349.
- Caysa, Volker u. a. (Hg.): „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, Meisenheim am Glan/Frankfurt a. M. 1992.
- Combe, Sonia: Une société sous surveillance. Les intellectuels et la Stasi, Paris 1999.
- Christ, Karl: Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, München 1982.
- Davidovič, D. S.: Revojučionnyj krizis 1923 g. v Germanii i Gamburskoe vosstanie, Moskau 1963.
- Davis, Mary: Comrade or Brother? The History of the British Labour Movement 1789–1951, London/Boulder, CO 1993.
- Deborin, Abram/Nikolaj Bucharin, Kontroversen über dialektischen und historischen Materialismus, Frankfurt a. M. 1969.
- Deutscher, Isaac: Die unvollendete Revolution, Frankfurt a. M. 1970.
- Deutscher, Isaac: Trotzki, 3 Bde., Stuttgart 1972.
- Didczuneit, Veit: „Für eine wirkliche deutsche Geschichte“ – mit oder ohne Leipziger Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Alma mater lipsiensis, in: Hochschule Ost, Juni-Juli 1992, S. 5–15.
- Didczuneit, Veit: Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig. Zur Entwicklung des Faches Geschichte von der Hochschulreform bis zur „sozialistischen Umgestaltung“ 1958, Diss., Leipzig 1993.
- Diehl, Ernst: Kampf den reaktionären Tendenzen in Fragen der Geschichtsforschung. Kritische Bemerkungen zur Forschungsgemeinschaft „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, in: ND, 28. Februar 1954.
- Diesener, Gerald: Antifaschismus als zentrale Lebenserfahrung. Ernst Hadermann (1896/1968), in: Rostocker Wissenschaftshistorische Manuskripte, Heft 17, 1989, S. 42–46.
- Doernberg, Stefan (Hg.): Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite, Berlin 1995.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. Iff., Berlin (Ost) 1951ff.

- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin (Ost) 1958.
- Donnert, Erich (Hg.): Europa in der frühen Neuzeit. Festschrift für Günter Mühlhpfordt, Bd. 5, Köln etc. 1999.
- Dornemann, Luise: Die Arbeit des Allies Inside Germany Council in Großbritannien (1942–1950), in: BzG, 1981, Nr. 6, S. 872–891.
- Dorpalen, Andreas: Die Revolution von 1848 in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Historische Zeitschrift, Bd. 210, 1970, S. 324–368.
- Dorpalen, Andreas: German History in Marxist Perspective. The East German Approach, Detroit 1985.
- Dralle, Lothar: Von der Sowjetunion lernen ... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1993.
- Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, (Neudruck) Hannover 1983 (zuerst 1965).
- Drews, Richard/Alfred Kantorowicz (Hg.): Verboten und verbrannt. Deutsche Literatur – 12 Jahre unterdrückt, Berlin/München 1947.
- Eckert, Rainer u. a. (Hg.): Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992.
- Eggebrecht, Axel: Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek b. Hamburg 1990.
- Engelmann, Dieter/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993.
- Die englische Revolution von 1640. Vier Aufsätze, Berlin (Ost) 1952.
- Erdmann, Karl Dietrich: Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1955, Nr. 3, S. 133–162.
- Erdmann, Karl Dietrich: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987.
- Er hat seine Stadt geprägt. Oskar Hoffmann, in: Wuppertaler Rundschau, 14. Juli 1999.
- Erler, Peter u. a. (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.
- Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1926.
- Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991.
- Exil und Remigration. Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 9, München 1991.
- Eyck, Erich: Das persönliche Regiment Wilhelms II: Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914, Erlenbach 1948.
- Faulenbach, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
- Feige, Hans-Uwe: Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig, in: ZfG, 1994, Nr. 9, S. 796–808.
- Fetscher, Iring (Hg.): Marxismusstudien, 4. Folge, Tübingen 1962.
- Fetscher, Iring: Lassalle, Ferdinand, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon, Berlin/Weimar 1997, S. 364–367.

- Fings, Karola/Cordula Lissner (Bearb.): Unter Vorbehalt. Rückkehr aus der Emigration nach 1945, Köln 1997.
- Finker, Kurt: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin (Ost) 1981.
- Fischer, Alexander: Der Weg zur Gleichschaltung der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft 1945–1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1962, Nr. 2, S. 149–177.
- Fischer, Alexander: Neubeginn in der Geschichtswissenschaft. Zum Verhältnis von „bürgerlichen“ und marxistischen Historikern in der SBZ/DDR nach 1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1980, Nr. 3, S. 149–158.
- Fischer, Alexander/Günther Heydemann (Hg.): Geschichtswissenschaft in der DDR. Historische Entwicklung und kritische Bilanz, 2 Bde., Berlin 1988/1990.
- Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. (1950).
- Fischer, Uwe: Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR (1952–1955), Diss., Berlin (Ost) 1981.
- Fliegner, Heinz: Zu dem Buch von Jürgen Kuczynski „Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse“, in: ZfG, 1958, Nr. 2, S. 313–331.
- Förder, Herwig: Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846–1848), Berlin (Ost) 1960.
- Förster, Gerhard u. a.: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640–1945. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin (Ost) 1964.
- Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986.
- Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale (191–1943), 2 Bde., Frankfurt a. M. 1981.
- Franz, Günther (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg 1525 (In zeitgenössischen Zeugnissen), Berlin 1926.
- Franz, Günther: Rezension zu: Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, in: Historische Zeitschrift, Bd. 177, Nr. 3, Juni 1954, S. 543–545.
- Franzke, Michael (Hg.): Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität, Leipzig o. J.
- Fraudent, Werner: Die Überwindung von Versailles. Hallische Universitätsreden 66, Halle 1939.
- Friederici, Hans-Jürgen: Franz Mehring als Historiker, Potsdam 1982.
- Friederici, Hans-Jürgen: Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie, Berlin (Ost) 1985.
- Funke, Hajo (Hg.): Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil, Frankfurt a. M. 1989.
- Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1998.
- Gabert, Josef/Lutz Priß (Hg.): SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990.
- Galan, José Maria: Vospominania ispanskogo oficera, in: Voenno-istoričeskij žurnal, 1961, Nr. 7, S. 78–86.
- Gall, Lothar/Manfred Pohl (Hg.): Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.

- Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG, 1957, Nr. 4, S. 449–455.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8 Bde., Berlin (Ost) 1966.
- Giersiepen, Elisabeth: Die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Forschungsarbeit der Wirtschaftshistoriker der DDR, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960, Berlin (Ost) 1960, S. 229–244.
- Gincberg, L. D.: Nemeckie antifašisty na frontach respublikanskoj Ispanii, in: Novaja i novejšaja istorija, 1983, Nr. 2, S. 103–125, Nr. 3, S. 97–113.
- Goldstücker, Eduard: Prozesse. Erfahrungen eines Mitteleuropäers, München/Hamburg 1989.
- Grab, Walter: Georg Büchner und die Revolution von 1848. Der Büchner-Essay von Wilhelm Schulz aus dem Jahr 1851, Königstein (Taunus) 1985.
- Grab, Walter (Hg.): Juden in der deutschen Wissenschaft, Tel Aviv 1986.
- Grab, Walter/Julius H. Schoeps (Hg.): Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986.
- Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1933, München/Zürich 1991.
- Grab, Walter: Meine vier Leben. Gedächtniskünstler-Emigrant-Jakobinerforscher-Demokrat, Köln 1999.
- Gramsci, Antonio: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hg. von Guido Zamis, Leipzig 1980.
- Grau, Conrad: Eduard Winter als Osteuropahistoriker in Halle und Berlin von 1946 bis 1956, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, Berlin 1995, Bd. 1, S. 43–76.
- Griewank, Karl: Deutsche Studenten und Universitäten in der Revolution von 1848, Weimar 1949.
- Griewank, Karl: Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848, in: Historische Zeitschrift, Bd. 170, 1950, S. 495–523.
- Griewank, Karl: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff, 3. Aufl., Hamburg 1992.
- Groehler, Olaf: Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1970, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1977.
- Groehler, Olaf: „Aber sie haben nicht gekämpft“, in: Konkret, 1992, Nr. 5, S. 38–44.
- Gross, Babette: Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967.
- Gumbel, Emil Julius (Hg.): Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, Strasbourg 1938.
- Gumbel, Emil Julius, Auf der Suche nach Wahrheit. Ausgewählte Schriften, hg. von Annette Vogt, Berlin 1991.
- Die Handelshochschule. Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 4, Berlin/Wien 1930.
- Hansen, Reimer/Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin/New York 1992.
- Haritonow, Alexander: Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949, Weimar etc. 1995.
- Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000.
- Haun, Horst/Helmut Heinz: Zur Gründung der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, in: ZfG, 1981, Nr. 3, S. 226–238.
- Haun, Horst: Die Karl-Marx-Ausstellung 1953 des Museums für Deutsche Geschichte, in: ZfG, 1983, Nr. 5, S. 414–426.

- Haun, Horst: Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR, in: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR*, 1985, Nr. III, S. 9–44; 1986, Nr. I, S. 5–42.
- Haun, Horst: Der X. Internationale Historikerkongreß 1955 in Rom und die Geschichtswissenschaft der DDR, in: *ZfG*, 1986, Nr. 4, S. 303–314.
- Haun, Horst: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, Dresden 1996.
- Haun, Horst: *Kommunist und „Revisionist“*. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), Dresden 1999.
- Haussherr, Hans: *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts*, Weimar 1954.
- Havemann, Robert: *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg*, Halle/Leipzig 1990 (zuerst München 1980).
- Haymatloz. *Exil in der Türkei 1933–1945*, Berlin 2000.
- Heidegger, Hermann: Rezension zu: Jürgen Kuczynski, *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie*, in: *Das historisch-politische Buch*, 1958, Nr. 4, S. 116.
- Heiden, Detlev/Gunther Mai (Hg.): *Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“*, Erfurt o. J.
- Heimpel, Hermann: *Renaissance und Reformation (Literaturberichte)*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1954, Nr. 10, S. 621–631.
- Heinz, Helmut: *Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte*, in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 20, Berlin (Ost) 1979, S. 143–164.
- Heinz, Helmut: *Die Konzeption der ersten Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte*, in: *ZfG*, 1980, Nr. 4, S. 340–356.
- Heitkamp, Sven: *Geschichtswissenschaft in Leipzig: Walter Markov zwischen Partei und Professionalität 1946 bis 1958*. Magisterarbeit, Universität Hamburg 1999.
- Heitzer, Heinz: *Die Gründung des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften*, in: *Hauptetappen und Probleme der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin (Ost) 1982, S. 89–103.
- Heitzer, Heinz: *Das Akademieinstitut für Geschichte*, in: *ZfG*, 1986, Nr. 10, S. 892–909.
- Heitzer, Heinz u. a. (Hg.): *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft*, Berlin (Ost) 1989.
- Helas, Horst: *Zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte im Formierungsprozeß der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR (Mitte 1955–Mitte 1958)*, Diss., Berlin (Ost) 1985.
- Helmert, Heinz u. a.: *Forschungen zur Militärgeschichte*, in: *Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970*, Berlin (Ost) 1970, S. 147–169.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: *Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands*, Bd. 2, Paderborn etc. 1994.
- Hepp, Michael: *Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen*, Reinbek b. Hamburg 1999.
- Herbst, Andreas: *Die „englische Krankheit“ in der Masurenallee*, in: *ND*, 24./25. Februar 1996.
- Herbst, Andreas u. a. (Hg.): *Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997.

- Herf, Jeffrey: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998.
- Hering, Sabine/Kurt Schilde: *Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin*, Frankfurt a. M. 1995.
- Herrnstadt, Rudolf: *Die erste Verschwörung gegen das internationale Proletariat. Zur Geschichte des Kölner Kommunisten-Prozesses 1852*, Berlin (Ost) 1958.
- Herrnstadt, Rudolf: *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, hg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek b. Hamburg 1990.
- Heydemann, Günther: *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR*, Frankfurt a. M. etc. 1980.
- Hildenbrand, Manfred: *Heimatliebe und Sozialismus. Wilhelm und Ernst Engelberg aus Haslach im Kinzigtal*, in: *Allmende*, 1993, Nr. 38/39, S. 216–238.
- Hobsbawm, Eric J.: *Europäische Revolutionen 1789–1848*, München/Zürich 1962.
- Hobsbawm, Eric J.: *Industrie und Empire*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.
- Hodos, Georg Hermann: *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54*, Berlin 1990.
- Höhle, Thomas: *Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869–1891*, Berlin (Ost) 1956.
- Höppner, Joachim: *Zur Kritik der Geschichtsauffassung von Jürgen Kuczynski in den Fragen des Klassenkampfes und der Parteilichkeit*, in: *ZfG*, 1958, Nr. 3, S. 562–577.
- Hohendorf, Gerd u. a. (Hg.): *Wegbereiter der neuen Schule*, Berlin (Ost) 1989.
- Hohls, Rüdiger/Konrad H. Jarausch (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart 2000.
- Hoffmann, Ernst: *Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen*, in: *Einheit*, 1957, Nr. 12, S. 1146–1163.
- Honigsheim, Paul: *Revolutionierung deutscher Volksbildung*, Werther bei Bielefeld (1924).
- Hortzschansky, Günter: *Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923*, Berlin (Ost) 1961.
- Hoyer, Siegfried: *Zur Entwicklung der historischen Institute der Universität Leipzig. Vom Wiederbeginn des Studienbetriebes 1946 bis 1948*, in: *ZfG*, 1992, Nr. 5, S. 437–451.
- Hoyer, Siegfried: *Die historischen Institute der Universität Leipzig von 1948 bis 1951*, in: *ZfG*, 1994, Nr. 9, S. 809–823.
- Hübner, Hans (Hg.): *Leo Stern im Dienst der Wissenschaft und der sozialistischen Politik*, Halle 1976.
- Hübner, Manfred: *Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914*, Berlin (Ost) 1988.
- Huschner, Anke: *Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR*, in: *BzG*, 1991, Nr. 5, S. 681–692.
- Huschner, Anke: *Deutsche Historiker 1946. Aus dem Protokoll der ersten Historiker-Tagung in der deutschen Nachkriegsgeschichte vom 21. Bis 23. Mai 1946*, in: *ZfG*, 1993, Nr. 10, S. 884–918.
- Iggers, Georg G. (Hg.): *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt a. M. 1991.
- Iggers, Georg G.: *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, Wien 1997.

- Iggers, Georg G. u. a. (Hg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. Historische Zeitschrift, Beiheft 27, München 1998.
- In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.
- Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.
- Jarusch, Konrad H. (Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991.
- Jay, Martin: Dialektische Phantasie. Die der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1985.
- Johnson, Hewlett: Ein Sechstel der Erde, Berlin 1947.
- Johnstone, Monty u. a.: About Turn. The British Communist Party and the Second World War, London 1990.
- Kaiser, Bruno (Hg.): Das Wort der Verfolgten. Anthologie eines Jahrhunderts, Berlin 1948.
- Kamnitzer, Heinz: Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848. Sonderheft der Zeitschrift „Geschichte in der Schule“, Berlin o. J. (1949).
- Kamnitzer, Heinz: Öl und Außenpolitik, Berlin (Ost) 1949.
- Kamnitzer, Heinz: Professor Meusel und die junge Generation, in: ND, 16. August 1949.
- Kamnitzer, Heinz: Die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Berlin (Ost) 1952.
- Kamnitzer, Heinz: Weltbürgertum und Nationalstaat. Die gesellschaftliche Funktion des Kosmopolitismus, Berlin (Ost) 1953.
- Kamnitzer, Heinz: Zur Vorgeschichte des deutschen Bauernkrieges, Berlin (Ost) 1953.
- Kamnitzer, Heinz: Zum Vortrag von Theodor Schieder „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus“, in: ZfG, 1953, Nr. 6, S. 909–912.
- Kamnitzer, Heinz: Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1789–1815), in: ZfG, 1954, Nr. 2, S. 257–288.
- Kan, Alexander: Rezension zu: Wolfgang Ruge, Stalinismus, in: IWK, 1991, Nr. 4, S. 515–517.
- Kan, S. B.: Nemeckaja istoriografija revoljucija 1848–49 gg. v Germanii, Moskau 1962.
- Kantorowicz, Alfred: Spanisches Tagebuch, Berlin 1948.
- Kantorowicz, Alfred: Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts. Illusionen-Irrtümer-Widersprüche-Einsichten-Voraussichten, Gütersloh o. J. (1967).
- Kantorowicz, Alfred: Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München 1983.
- Kaplan, Karel/František Svátek: Die politischen Säuberungen in der KPČ, in: Hermann Weber/Ulrich Mähler (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 bis 1953, Paderborn etc. 1998, S. 487–599.
- Kaufmann, Bernd u. a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993.
- Keller, Fritz: Gegen den Strom – Fraktionskämpfe in der KPÖ. Trotzlisten und andere Gruppen 1919–1945. Wien 1978.
- Keßler, Mario: Die Augustereignisse 1929 in Palästina, die KP Palästinas und die Kommunistische Internationale, in: asien-afrika-lateinamerika, 1991, Nr. 3, S. 517–529.
- Keßler, Mario: Zum Tod von Richard Löwenthal, in: Sozialismus, 1991, Nr. 11, S. 9–10.

- Keßler, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Internationale Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994.
- Keßler, Mario: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994.
- Keßler, Mario: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.
- Keßler, Mario: Sozialisten jüdischer Herkunft zwischen Ost und West: Ernst Bloch, Hans Mayer, Alfred Kantorowicz, Leo Kofler, Josef Winternitz, in: Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft, Nr. 6, Berlin 1997, S. 159–178.
- Keßler, Mario: Von Hitler und Stalin verfolgt. Wolfgang Ruge: Zeitzeuge und Historiker des 20. Jahrhunderts, in: Sozialismus, 1997, Nr. 11, S. 49–52.
- Keßler, Mario: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung, Hamburg 1999.
- Keßler, Mario: Bismarck-Biograph und Jahrhundertzeuge. Zum 90. Geburtstag des Historikers Ernst Engelberg, in: Sozialismus, 1999, Nr. 4, S. 49–54.
- Keßler, Mario: Kann das marxistische Geschichtsd Denken überleben?, in: Krzysztof Glass/Zdzisław W. Puslecki (Hg.): Mitteleuropäische Orientierungen der 90er Jahre, Wien/Poznań 1999, S. 101–108.
- Keßler, Mario: Vom KPD-Apparat zum stillen Weggang aus der DDR. Der Wirtschaftswissenschaftler und Historiker Josef Winternitz (1896–1952), in: Manfred Weißbecker/Reinhard Kühnl (Hg.), Rassismus-Faschismus-Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen, Köln 2000, S. 394–413.
- Keßler, Mario: Remigranten als Historiker in der DDR – und in den Kontroversen gegenwärtiger Geschichtspolitik, in: Verfemt-verfolgt-verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht – Schicksale in der frühen DDR, Berlin 2000, S. 29–38.
- Keßler, Mario: Vom „organischen“ Intellektuellen zum Parteihistoriker. Albert Schreiner (1892–1979), in: Universität im Aufbruch. Leipzig 1945–1956, Leipzig 2001 (im Druck).
- Kiesewetter, Hubert: Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914, Frankfurt a. M. 1989.
- Kießling, Wolfgang: Im Widerstreit mit Moskau. Paul Merker und die Bewegung Freies Deutschland in Mexiko, in: BzG, 1992, Nr. 3, S. 29–42.
- Kießling, Wolfgang: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.
- Kießling, Wolfgang: Absturz in den Kalten Krieg. Rudolf und Leo Zuckermanns Leben zwischen nazistischer Verfolgung, Emigration und stalinistischer Maßregelung, Berlin 1999.
- Kinner, Klaus: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933, Berlin (Ost) 1982.
- Klębowska, Beata: Ernst Engelberg als Historiker der Bismarckzeit. Theoretiker der Geschichtswissenschaft in einer ideologisch gesteuerten Gesellschaft, Magisterarbeit, Universität Toruń 1996.
- Klein, Alfred u. a. (Hg.): Hans Mayers Leipziger Jahre. Beiträge des dritten Walter-Markov-Kolloquiums, Leipzig 1997.
- Klein, Fritz: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932, Berlin (Ost) 1952.
- Klein, Fritz: Geschichtswissenschaft der DDR vor internationalem Forum, in: Sonntag, 2. Oktober 1955.

- Klein, Fritz: Alfred Meusel – von der Freien Deutschen Hochschule zur Berliner Universität. Vortrag vom 25. April 1989 (Manuskript).
- Klein, Fritz: Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957), in: ZfG, 1994, Nr. 1, S. 39–55.
- Klein, Fritz: Der Erste Weltkrieg in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 1994, Nr. 4, S. 293–301.
- Klein, Fritz: Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2000.
- Klein, Thomas u. a.: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996.
- Klein, Wolfgang (Hg.): Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente, Berlin (Ost) 1982.
- Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1949, hg. von Walter Nowojski, Berlin 1999.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 4. Aufl., Bonn 1986.
- Kleßmann, Christoph/Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/96, 20. September 1996, S. 3–14.
- Koberstein, Thea/Norbert Stein: Juden in Lichtenberg, Berlin 1995.
- Koebner, Thomas u. a. (Hg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit, Opladen 1987.
- Köhler, Fritz: Das werktätige Volk, der wahre Schöpfer der Geschichte, in: ZfG, 1957, Nr. 3, S. 456–469.
- Köhler, Roland: Die verpaßte Chance. Streit um eine demokratische Hochschulverfassung in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, in: Hochschule Ost, 1994, Nr. 4, S. 72–84.
- Koenen, Wilhelm: An meinen Bruder in Mexiko, in: Freies Deutschland, 1944/45, Nr. 10, S. 37–38.
- Könnemann, Erwin/Hans Joachim Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin (Ost) 1972.
- Köpstein, Horst: Die Aufgaben des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Humboldt-Universität Berlin, in: ZfG, 1953, Nr. 1, S. 114–119.
- Kofler, Leo: „Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft“. Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers, Hamburg 1987.
- Kohlmei, Gunther: Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens, in: Utopie kreativ, Nr. 21/22, Juli/August 1992, S. 88–94.
- Konferenzband zur internationalen Konferenz anlässlich des 75. Geburtstages von Akademiemitglied Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Mottek, 2 Teile, Berlin (Ost) 1987.
- Kopp, Fritz: Historiker diskutieren über Dogmen. Der Revisionismus in der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft, in: SBZ-Archiv, 1958, Nr. 3, S. 39–42.
- Kotowski, Georg: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mittel- und Ostdeutschland, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. VIII, Tübingen 1959, S. 409–470.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: ZfG, 1994, Nr. 4, S. 302–318.

- Kowalczyk, Ilko-Sascha u. a. (Hg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, 2. Aufl., Berlin 1996.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.
- Krivitsky, Walter G.: Ich war Stalins Agent, Grafenau-Döffingen 1990.
- Krohn, Claus-Dieter: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt a. M./New York 1987.
- Krohn, Claus-Dieter/Patrick von zur Mühlen (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997.
- Krymov, A. G.: Manfred Stern – General Kléber, in: *Narody Azii i Afriki*, 1978, Nr. 1, S. 59–67.
- Küttler, Wolfgang (Hg.): Das lange 19. Jahrhundert. Personen-Ereignisse-Ideen-Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag, 2 Bde., Berlin 1999.
- Kulischer, Josef: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 2 Bde., Berlin (Ost) 1954.
- Kynin, G. P./Jochen Laufer (Hg.): SSSR i germanskij vopros (9 maja 1945 g.-3 oktjabrja 1946 g.), Moskau 2000.
- Langkau-Alex, Ursula/Thomas M. Ruprecht (Hg.): Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Frankfurt a. M./New York 1995.
- Laqueur, Walter/George L. Mosse (Hg.): Linksintellektuelle in Europa zwischen den beiden Weltkriegen, München 1969.
- Lassalle, Ferdinand: Reden und Schriften, hg. von Hans-Jürgen Friederici, Leipzig 1987.
- L., D. (Dieter Lange): Albert Schreiner zum Gedenken, in: *ZfG*, 1979, Nr. 12, S. 1179–1180.
- Lehmann, Hartmut/James J. Sheehan (Hg.): An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States After 1933, Washington, D. C. 1991.
- Lehmann, Horst H.: Keine Ruh' seit jungen Jahren. Heinz Kamnitzer wird 80 Jahre alt, in: *ND*, 10./11. Mai 1997.
- Leibbrand, Robert: Zur Diskussion über die Novemberevolution, in: *Einheit*, 1957, Nr. 1, S. 102–108.
- Lenin, W. I.: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: *Werke*, Bd. 33, Berlin (Ost) 1962, S. 433–437.
- Lenins Testament und die Folgen. Kolloquium anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Wolfgang Ruge (Pankower Vorträge, Heft 7), Berlin 1998.
- Lenz, Bernd/Hans Jürgen Lüsebrink (Hg.): Fremdheitserfahrung und Fremddarstellung in okzidentalischen Kulturen. Theorieansätze, Medien/Textsorten, Diskursformen, Passau 1999.
- Leonhard, Wolfgang: Der Schock des Hitler-Stalin Paktes, München 1989.
- Leonhard, Wolfgang: Spurensuche. Vierzig Jahre nach „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, Köln 1994.
- Leske, Birgid: Das Ringen der Organisation der KPD in Großbritannien um die Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD (1934 bis Mai 1945), Diss., Berlin (Ost) 1983.
- Leske, Birgid/Marion Reinisch: Exil in Großbritannien, in: *Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil*, Bd. 5, Leipzig 1980, S. 145–305.

- Lessing, Theodor: Wortmeldungen eines Unerschrockenen. Publizistik aus drei Jahrzehnten, hg. von Hans Stern, Leipzig/Weimar 1987.
- Levada, Ju.: Stalinskije alternativy, in: Osmyslit' kul't Stalina, Moskau 1989, S. 448–459.
- Lidtke, Vernon L.: The Outlawed Party. Social Democracy in Germany, 1878–1890, Princeton 1966.
- Lintzel, Martin: Ausgewählte Schriften, 2 Bde., Berlin (Ost) 1961.
- Loest, Erich: Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990 (zuerst 1981).
- Lokatis, Siegfried: Geschichtswerkstatt Zensur, in: Martin Sabrow (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln etc. 2000, S. 175–225.
- Lorwin, Louis L.: Die Internationale der Arbeit, Washington/Berlin 1930.
- Losemann, Volker: Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte, Hamburg 1977.
- Lukács, Georg: Über die Vernunft in der Kultur. Ausgewählte Schriften 1909–1969, hg. von Sebastian Kleinschmidt, Leipzig 1985.
- Luks, Leonid (Hg.): Der Spätstalinismus und die jüdische Frage, Köln 1998.
- Maas, Liselotte: Paul Merker und die Exildiskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: BzG, 1990, Nr. 2, S. 153–160.
- Major, Patrick: The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956, Oxford 1997.
- Markov, Walter: Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen, Berlin (Ost)/Weimar 1979.
- Markov, Walter: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin (Ost)/Weimar 1989.
- Marx, Karl/Friedrich Engels: Werke, Bd. 1ff., Berlin (Ost) 1956ff.
- Mayenburg, Ruth von: Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution, München/Zürich 1991.
- Mayer, Arno J.: Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914, München 1988.
- Mayer, Gustav: Erinnerungen, Zürich/Wien 1949.
- Mayer, Gustav: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1969.
- Mayer, Gustav: Friedrich Engels. Eine Biographie, 2 Bde., (Neudruck) Frankfurt a. M. etc. 1975.
- Mayer, Hans: Karl Marx und das Elend des Geistes. Studien zur neuen deutschen Ideologie, Meisenheim am Glan 1948.
- Mayer, Hans: Ein Deutscher auf Widerruf, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1988.
- Medwedew, Roy A.: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt a. M. 1973.
- Mehring, Franz: Die Lessing-Legende, hg. von Hans Mayer, Basel 1946.
- Mehring, Franz: Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Berlin (Ost) 1983.
- Mein Leben war eine Achterbahn. Werner Eberlein über Verbannung, Narrenfreiheit und den Untergang des Sozialismus, in: ND, 2./3. September 2000.
- Merezkow, K. A.: Im Dienste des Volkes, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1972.
- Merker, Paul: Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?, 2 Bde., Mexico, D. F. 1944/45.
- Merker, Paul: An meinen Bruder in London, in: Freies Deutschland, 1944/45, Nr. 6, S. 6–8.

- Merker, Paul: Antwort, in: *Freies Deutschland*, 1944/45, Nr. 10, S. 39–41.
- Merker, Paul: *Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890–1920*, Berlin 1949.
- M., H. (Harald Müller): Karl Obermann zum Gedenken, in: *ZfG*, 1987, Nr. 11, S. 1912–1013.
- Mickel, Karl: *Gelehrtenrepublik. Aufsätze und Studien*, Leipzig 1990.
- Middell, Eike: *Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil*, Bd. 3, Leipzig 1979.
- Mitter, Armin/Stefan Wölle: *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993.
- Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme 1889–1978, Wien 1991.
- Mombert, Paul: *Geschichte der Nationalökonomie*, Jena 1927.
- Mommsen, Wilhelm: *Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1848–1849*, Stuttgart 1949.
- Mommsen, Wolfgang J.: 1848 – die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt a. M. 1998.
- Morton, A. L.: *Volksgeschichte Englands*, Berlin (Ost) 1956.
- Mosse, George L.: German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic, in: *Leo Baeck Institute, Year Book XVI*, London 1971, S. 123–151.
- Mosse, Werner E. u. a. (Hg.): *Second Chance. Two Centuries of German-Speaking Jews in the United Kingdom*, Tübingen 1991.
- Mühlen, Patrick von zur: *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939*, Berlin (West)/Bonn 1985.
- Mühlpfordt, Günter: 1958 – ein dramatisches Jahr an der Martin-Luther-Universität. Ein Gespräch mit Günter Mühlpfordt, in: *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte*, Heft 5, Halle 1999, S. 72–103.
- Müller, Eva u. a. (Hg.): „Ich habe einige Dogmen angetastet ...“ Werk und Wirken von Fritz Behrens, Leipzig 1999.
- Müller, Reinhard/Natalija Musijenko: „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter deutschen Politemigranten in der Sowjetunion, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.): *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn etc. 1998, S. 121–166.
- Müller, Rosemarie: Rezension zu: Heinz Kamnitzer, *Zur Vorgeschichte des Deutschen Bauernkrieges*, in: *ZfG*, 1955, Nr. 1, S. 131–135.
- Na’aman, Shlomo: *Lassalle*, Hannover 1970.
- Nachruf: Hanna Wolf (1908–1999), in: *Rotfuchs*. Herausgegeben von der DKP Berlin-Nordost, Juli 1999, S. 24.
- Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, Berlin 1999.
- Nationalpreisträger Prof. Dr. Alfred Meusel, in: *Geschichte in der Schule*, 1954, Nr. 4, S. 193–194.
- Neues vom blutigen Stern, in: *Arbeiter-Zeitung*, 18. Mai 1947.
- Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen*, Wien 1994.
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich: *Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren*, Bonn 1996.

- Neuhaus, Manfred/Helmut Seidel (Hg.): „Wenn jemand seinen Kopf bewußt hält ...“ Beiträge zu Werk und Wirkung von Walter Markov, Leipzig 1995.
- „Nicht umsonst regiert man die Welt“. Rudolf Augstein über das Bismarck-Bild des DDR-Historikers Ernst Engelberg, in: Der Spiegel, 1985, Nr. 36, S. 176–186.
- Niekisch, Ernst: Europäische Bilanz, Potsdam 1951.
- Niekisch, Ernst: Das Reich der niederen Dämonen, Berlin (Ost) 1957.
- Niethammer, Lutz u. a. (Hg.): Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994.
- Nimtz, Walter: Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918–19 in Deutschland, in: ZfG, 1958, Nr. 3, S. 687–715.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, 1. Bd: Arbeitswelt und Bürgergeist, 3. Aufl., München 1993.
- N. N.: Der Lebensweg eines Gelehrten, in: Forum, 1949, Nr. 10, S. 12–15.
- Norden, Albert: Neu beginnen – aber nicht im alten Geleise, in: The German American, 1. Juni 1945.
- Norden, Albert: Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker, Berlin 1947.
- Nürnberger, Richard: Rezension zu: Albert Schreiner, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, in: Das historisch-politische Buch, 1953, Nr. 8, S. 239–240.
- Nürnberger, Richard: Lenins Revolutionstheorie, in: Marxismusstudien, Bd. 1, Tübingen 1954, S. 161–172.
- Nürnberger, Richard: Die Französische Revolution im revolutionären Selbstverständnis des Marxismus, in: Marxismusstudien, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 61–76.
- Oberkofler, Gerhard: Eduard Rabowsky. Jurist der Arbeiterklasse. Eine politische Biographie, Innsbruck 1997.
- Oberkofler, Gerhard: Die Wahl von Leo Stern in die Deutsche Akademie der Wissenschaften (1955), in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, 1999, Nr. 1, S. 1–11.
- Oestreich, Gerhard: Strukturprobleme der Frühen Neuzeit. Ausgewählte Aufsätze, hg. von Brigitta Oestreich, Berlin (West) 1980.
- Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000.
- Padover, Saul K.: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland, Frankfurt a. M. 1999 (US-Ausg. 1946).
- Palmier, Jean-Michel: Weimar en exil. Le destin de l’émigration intellectuelle allemande antinazi en Europe et aux Etats-Unis, Paris 1990.
- Papcke, Sven: Deutsche Soziologie im Exil. Gegenwartsdiagnose und Epochenkritik 1933–1945, Frankfurt a. M./New York 1993.
- Pascal, Roy: Die Autobiographie. Gehalt und Gestalt, Stuttgart 1965.
- Pehle, Walter H./Peter Sillem (Hg.): Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?, Frankfurt a. M. 1992.
- Peters, Jan (Hg.): Zweimal Stockholm-Berlin 1946. Briefe nach der Rückkehr, Leipzig 1989.
- Peters, Jan: Nachruf: Jürgen Kuczynski 1904–1997, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte, 1998, Nr. 1, S. 240–245.

- Petersdorf, Jutta: Tätigkeit und Wirkung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (1947–1949), in: *Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas*, Bd. 18/1, Berlin (Ost) 1974, S. 139–160.
- Petzold, Joachim: *Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik*, Köln 1983.
- Petzold, Joachim (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold): *Ideale und Idole zwischen Hitler und Stalin. Dresdner Oberschüler auf dem Wege aus dem Dritten Reich in die DDR*, Potsdam 1997.
- Petzold, Joachim: „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, in: Martin Sabrow (Hg.): *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln etc. 2000, S. 287–314.
- Petzold, Joachim (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold): *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, hg. von Martin Sabrow, Potsdam 2000.
- Piazza, Hans (Hg.): *Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit 1927–1937. Zur Geschichte und Aktualität einer wenig bekannten Weltorganisation*, Leipzig 1987.
- Pieck, Wilhelm: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. VI: 1939–Mai 1945, Berlin (Ost) 1979.
- Plener, Ulla: Arnold Reisberg – ein kommunistisches Schicksal, in: *BzG*, 1991, Nr. 2, S. 259–268.
- Pohl, Karl Heinrich (Hg.): *Historiker in der DDR*, Göttingen 1997.
- Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Leo Stern. Festkolloquium anlässlich seines 80. Geburtstages, Halle 1982.
- Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929, Berlin (1929).
- Protokoll des III. Parteitages der SED, 20.–24. Juli 1950, Bd. 1, Berlin (Ost) 1951.
- Quittner, Genia: *Weiter Weg nach Krasnogorsk. Schicksalsbericht einer Frau*, Wien etc. 1971.
- Ragg, Albrecht: *The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945*, Ph. D. Thesis, Loyola University of Chicago 1977.
- Rabinbach, Anson: *Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg*, Wien 1989.
- Rassow, Peter: *Großmächte, Weltmächte, Machtblöcke. Eine Rundfunkrede*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1958, Nr. 5, S. 287–299.
- Renn, Ludwig: *Im Spanischen Krieg*, Berlin (Ost) 1959.
- Retzlaw, Karl: *Spartakus – Aufstieg und Niedergang eines Parteiarbeiters*, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1976.
- Ritter, Gerhard: *Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur historisch-politischen Selbstbesinnung*, München 1958.
- Röder, Werner: *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, 2. Aufl., Bonn/Bad Godesberg 1973.
- Rosenberg, Arthur: *Die Aufgabe des Historikers in der Emigration*, in: Emil Julius Gumbel (Hg.), *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*, Strasbourg 1938, S. 207–213.

- Rosenberg, Arthur: Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. etc. 1974.
- Rosenberg, Arthur: Entstehung der Weimarer Republik, Hamburg 1991.
- Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991.
- Rostow, Walt Whitman: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960.
- Ruprecht, Thomas M.: Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie, Hildesheim etc. 1992.
- Sabrow, Martin/Peter Thomas Walther (Hg.): Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Leipzig 1995.
- Sabrow, Martin: Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962, in: *Comparativ*, 1996, Nr. 5/6, S. 178–202.
- Sabrow, Martin (Hg.): Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997.
- Sabrow, Martin (Hg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln etc. 2000.
- Schätzke, Andreas: Rückkehr aus dem Exil. Bildende Künstler und Architekten in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1999.
- Schieder, Theodor: Die Probleme des Rapallo-Vertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922–1926, Köln/Opladen 1956.
- Schieder, Theodor: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, in: Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, 8. Aufl., hg. von Herbert Grundmann, Bd. 3, Stuttgart 1960, S. 93–190.
- Schilfert, Gerhard: Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution von 1848, Berlin (Ost) 1952.
- Schiller, Dieter u. a.: Exil in Frankreich. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, Bd. 7, Leipzig 1981.
- Schiller, Dieter: Der abwesende Lehrer. Georg Lukács und die Anfänge marxistischer Literaturkritik und Germanistik in der SBZ und frühen DDR (Pankower Vorträge, Heft 9), Berlin 1998.
- Schiller, Friedrich: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Neudruck der Erstausgabe der Jenaer akademischen Antrittsrede Schillers aus dem Jahre 1789, hg. von Bolko Schweinitz u. a., Jena 1982.
- Schleier, Hans: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1975.
- Schleifstein, Josef: Die deutsche Sozialdemokratie bei Ausbruch des ersten Weltkrieges, in: *ZfG*, 1958, Nr. 1, S. 190–214.
- Schleifstein, Josef: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919, Berlin (Ost) 1959.
- Schlenstedt, Silvia: Exil in Spanien, in: *Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil*, Bd. 6, Leipzig 1981, S. 189–403.
- Schmidt, Walter: Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft, in: *ZfG*, 1983, Nr. 4, S. 291–312.

- Schmidt, Walter: Die Gründung der Historiker-Gesellschaft der DDR. Ihr Beitrag zur Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre, in: ZfG, 1983, Nr. 8, S. 675–690.
- Schmidt, Walter: Zum Gedenken an Karl Obermann (20. August 1987). Manuskript.
- Schmidt, Walter: Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 1992, Nr. 11, S. 1013–1030.
- Schmidt, Walter: Die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. Historische Entwicklung und kritische Bilanz, in: ZfG, 1994, Nr. 1, S. 21–38.
- Schmidt, Walter (Hg.): Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998.
- Schneiderheinze, Michael: Zur Entwicklung der Arbeiterdiskussion 1848–1850. Erkenntnisprozesse bei der Herausbildung proletarischen Klassenbewußtseins (Unter besonderer Berücksichtigung der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“ und des Kölner Arbeitervereins), Diss., Leipzig 1983.
- Schochow, Werner: Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 32, Tübingen 1983, S. 219–250.
- Schönwälder, Karen: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 1992.
- Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997.
- Schottlaender, Rudolf: Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Freiburg i. Br. 1986.
- Schradi, Johannes: Die DDR-Geschichtswissenschaft und das bürgerliche Erbe. Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848 im sozialistischen Geschichtsverständnis, Frankfurt a. M. 1984.
- Schulin, Ernst (Hg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989.
- Schulze, Winfried: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989.
- Schulze, Winfried/Otto Gerhard Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.
- Schumann, Peter: Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 399–415.
- Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969.
- Schwabe, Klaus (Hg.): Gerhard Ritter – ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard 1984.
- Schwabe, Klaus: Alfred Meusel 1896–1960, in: RWTH 1870–1995. Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung, Aachen 1995, S. 231–237.
- Seiler, Carola: Die Formierung der Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständige Fachdisziplin der DDR-Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, Diss., Berlin (Ost) 1986.
- Söllner, Alfons: Deutsche Politikwissenschaft in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte, Opladen 1996.

- Stadelmann, Rudolf: Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, (Neuausgabe) München 1973.
- Stadler, Karl R.: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974.
- Stalin, J. W.: Über den Großen Vaterländischen Krieg, Berlin (Ost) 1951.
- Stargardt, Nicholas: The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics, 1866–1914, Cambridge 1994.
- Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. Aufl., München 1995.
- Stenson, Gary P.: „Not One Man! Not One Penny!“ German Social Democracy, 1863–1914, Pittsburgh 1981.
- Steinbach, Lothar: DDR-Historie zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/98, 30. Oktober 1998, S. 31–44.
- Steinbach, Peter/Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.
- Steinberger, Nathan: Berlin, Moskau, Kolyma und zurück. Ein biographisches Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus mit Barbara Broggini, Berlin/Amsterdam 1996.
- Steiner, Helmut: Zur politisch-ökonomischen Kritik des „real existierenden Sozialismus“. Ein Musterfall – Fritz Behrens, in: Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 93–98.
- Steiner, Helmut: Fritz Behrens – Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus, in: Deutschland Archiv, 1992, Nr. 11, S. 1160–1168.
- Steiner, Helmut: Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909–1980), Leipzig 1996.
- Steinmetz, Max: Rezension zu: Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, in: ZfG, 1953, Nr. 6, S. 968–978.
- Steinmetz, Max u. a.: Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin (Ost) 1974.
- Steinmetz, Max (Hg.): Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland. Studienbibliothek zur DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 5, Berlin (Ost) 1985.
- Steger, Astrid: Alfred Meusel, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, Berlin 1994, S. 272–274.
- Stephan, Alexander: Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Berlin 1998.
- Stern, Alice: Zu den „Erinnerungen“ des Herrn Prof. Burchard Brentjes, in: Hochschule Ost, 1997, Nr. 1, S. 174–176.
- Stock, Ernst/Karl Walcher: Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.
- Stoecker, Erika: A. S. Jerussalimski. Deutsche Geschichte im Leben eines sowjetischen Historikers und Kommunisten, Berlin (Ost) 1980.
- Stoecker, Helmuth: Socialism With Deficits. An Academic Life in the German Democratic Republic, Hamburg etc. 2000.
- Streisand, Joachim: Alfred Meusels Weg vom bürgerlich-demokratischen Soziologen zum marxistisch-leninistischen Historiker, in: ZfG, 1975, Nr. 9, S. 1021–1031.
- Sturmthal, Adolf: The Tragedy of European Labour 1918–1939, London 1944.

- Sywottek, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971.
- Thierfelder, Helmut: Zum Andenken an O. Th. Schulz, in: ZfG, 1954, Nr. 2, S. 337–338.
- Thompson, Willie u. a. (Hg.): *Historiography and the British Marxist Historians* (Socialist History No. 8), London/East Haven, CT 1995.
- Timm, Albrecht: Moltke und das Bauerntum, Berlin 1943.
- Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945, 4. Aufl., Bonn 1965.
- Tischler, Carola: Flucht in die Vertreibung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933–1945, Münster 1996.
- Tjaden, Karl Hermann: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, (Reprint) Hannover 1983 (zuerst 1964).
- Todt, Elisabeth/Hans Radandt: Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800–1849, Berlin (Ost) 1950.
- Uexküll, Gösta von: Ferdinand Lassalle in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek b. Hamburg 1974.
- Ulbricht, Walter: Der faschistische deutsche Imperialismus (1933–1945), 3. Aufl., Berlin (Ost) 1952.
- Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Berlin (Ost) 1955; Bd. II (Zusatzband), Berlin (Ost) 1966.
- Ulbricht, Walter: Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution, in: ND, 18. Juni 1958.
- Valentin, Veit: Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges, Berlin 1921.
- Die Völker an der Seite der spanischen Republik 1936–1939, Moskau 1975.
- Voigt, Gerd: Otto Hoetzsch. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, Berlin (Ost) 1978.
- Voigt, Gerd: Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945, Berlin 1994.
- Volkman, Hans-Erich (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München/Zürich 1995.
- Vranicki, Predrag: Geschichte des Marxismus, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1983.
- Wagner, Fritz: Der Historiker und die Weltgeschichte, Freiburg/München 1965.
- Walther, Peter Thomas: Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker, Ph.D. Thesis, State University of New York at Buffalo 1989.
- Weber, Hermann: Die Novemberrevolution und die SED. Die Diskussionen der SED-Historiker über den Charakter der Novemberrevolution 1918, in: SBZ-Archiv, 1958, Nr. 20, S. 321–324.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.
- Weber, Hermann (Hg.): DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, 3. Aufl., München 1987.
- Weber, Wolfgang: Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zu Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970, Frankfurt a. M. 1984.

- Weber, Wolfgang: Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber von den Anfängen des Faches bis 1970, Frankfurt a. M. 1984.
- Wehler, Hans-Ulrich: Rezension zu: Leo Stern, Die zwei Traditionen der deutschen Polenpolitik und die Revolution von 1905/07 im Königreich Polen, Berlin (Ost) 1961, in: Neue Politische Literatur, 1961, Nr. 3/4, Sp. 312–326.
- Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Deutsche Historiker, 9 Bde., Göttingen 1971–1982.
- Weinreich, Max: Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes Against the Jewish People, New Haven/London 1999.
- Weiskopf, F. C.: Unter fremden Himmeln. Ein Abriß der deutschen Literatur im Exil 1933–1947, Berlin 1948 (Neuausgabe 1981).
- Weißbecker, Manfred u. a.: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts, Jena 1997.
- Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989.
- Werner, Ruth: Sonjas Rapport, Berlin (Ost) 1977.
- Williams, Robert Chadwell: Klaus Fuchs, Atom Spy, Cambridge, MA/London 1987.
- Winkler, Erwin/Heinz Fliegner: Zur Methode in Jürgen Kuczynskis Buch „Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie“, in: ZfG, 1958, Nr. 3, S. 578–589.
- Winkler, Heinrich August (Hg.): Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992.
- Winter, Eduard: Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Nach Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Dokumenten und Erinnerungen, Berlin (Ost) 1981.
- Winter, Eduard: Erinnerungen (1945–1976), hg. von Gerhard Oberkofler, Frankfurt a. M. 1994.
- Wissenschaftlicher Rat des Museum für Deutsche Geschichte berufen, in: ND, 20. Januar 1952.
- Wolf, Hanna: Zu Fragen der Geschichtsschreibung, in: Geschichte in der Schule, 1951, Nr. 8, S. 356–361.
- Wolf, Hanna: Aktuelle Lehren der Novemberrevolution, in: ND, 1. August 1958.
- Wolf, Hanna/Wolfgang Schneider: Zur Geschichte der Komintern, in: ND, 6./7. Mai 1989.
- Worschech, Franz: Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945–1965), Diss., Erlangen 1989.
- Zelt, Johannes: Proletarischer Internationalismus im Kampf um Sacco und Vanzetti, Berlin (Ost) 1958.
- Ziekursch, Johannes: Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1925–1930.
- Zimmermann, Ludwig: Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958.
- Zimmermann, Wilhelm: Der Große deutsche Bauernkrieg, Berlin (Ost) 1952.
- Zur Verleihung eines Nationalpreises an Prof. Dr. Alfred Meusel, in: ZfG, 1953, Nr. 5, S. 755–758.
- Zwerenz, Gerhard: Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Berlin 1991.

Abkürzungsverzeichnis

ABBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AFL	American Federation of Labor
APÖ	Abteilungs-Partei-Organisation
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit
BUF	British Union of Fascists
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CISH	Comité International des Sciences Historiques
ČSR	Tschechoslowakische Republik
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften
DEFA	Deutsche Film Aktiengesellschaft
DHG	Deutsche Historiker-Gesellschaft
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDH	Freie Deutsche Hochschule
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
FU	Freie Universität
Gewifa	Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät
Gosreklama	Staatliche sowjetische Werbeagentur
GPU	Staatliche Politische Verwaltung (die sowjetische Geheimpolizei)
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HfÖ	Hochschule für Ökonomie
Histmat	Historischer Materialismus (Lehrfach)
HJ	Hitlerjugend
HUB	Humboldt-Universität zu Berlin
IM	Informeller Mitarbeiter (des MfS)
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz
KI	Kommunistische Internationale (Komintern)
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPDO, KPO	Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition
KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion(Bolschewiki)

KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
MASCH	Marxistische Arbeiterschule
MEW	Marx-Engels-Werke
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
ND	Neues Deutschland
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NYPL, MAD	New York Public Library, Manuscript and Archives Division
OdF	Organisation der Opfer des Faschismus
OMGUS	Office of Military Government for Germany
OMS	Abteilung Internationale Verbindungen (Geheimabteilung der Komintern)
Oserlag	„See-Lager“
OSS	Office of Strategic Services
PA	Personalakte
PEN	Poets, Essayists, Novelists (Internationale Schriftstellervereinigung)
PID	Political Intelligence Department (Britischer Politischer Geheimdienst)
PPS	Polnische Sozialistische Partei
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
SA	Sturmabteilung
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAP, SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs
SDKPiL	Sozialdemokratische Partei des Königreiches Polen und Litauens
SDS	Schutzverband Deutscher Schriftsteller
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SED-PDS	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SU	Sowjetunion
TU	Technische Universität (Berlin)
UA	Universitätsarchiv
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei

USSBS	United Strategic Bombing Survey
VHD	Verband der Historiker Deutschlands
WOKS	Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZRP	Bund Polnischer Arbeiter

Personenverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang 183f.
Abraham, Heinz 317
Abusch, Alexander 25, 27f., 74, 116, 181, 209
Ackermann, Anton 21, 25, 29ff., 40ff., 44, 120
Adamovich, Ludwig 267
Adams, Walker 62f.
Adenauer, Konrad 11, 142, 275, 293
Adler, Max 261ff.
Aiple, Franz 223
Albin, Felix (K. Hager) 109
Albin, Käthe (S. Hager) 109
Aldor, William 206
Anderle, Alfred 220
Anders, Michael (A. Schreiner) 178
Angermüller, Hans-Heinrich 274
Arendt, Hannah 92
Arndt, Ernst Moritz 22
Atatürk, Kemal 228
Aubin, Hermann 251
Augstein, Rudolf 256
Augustus 308
Axen, Hermann 205
- Baader, Franz von 274
Baar, Lothar 157
Baethgen, Friedrich 30
Ball, George 117
Balzac, Honoré de 132f.
Baring, Arnulf 283
Baron, Hans 10
Bartel, Horst 244f.
Bartel, Walter 16, 85, 89, 238f.
Bartmuss, Hans-Joachim 269
Bauer, Roland 192
Baum (A. Reisberg) 297f.
Baumann, Edith 201
Baumgarten, Arthur 182, 278
Baumgarten, Charlotte 205, 304f.
Baumgarten, Hans 205, 302, 304
Bebel, August 33, 57, 231, 240f., 250
Becher, Johannes R. 25, 71
Becker, Walter 159
Begović, Vlatko 288f.
Behrens, Fritz 86, 130f., 142f., 161, 172, 182ff.
Beimler, Hans 174
- Belli, Joseph 239
Belov, G. A. 288
Benjamin, Hilde 278
Benser, Günter 136
Berendsohn, Walter A. 199
Berg, Helene 193
Bergmann, Theodor 106, 170, 220
Bergner, Elisabeth 179
Bergsträsser, Arnold 95
Bergsträsser, Ludwig 74
Berlioz, Johnny 219
Bernal, J. D. 110
Bernhard, Hans-Joachim 80, 84
Bernstein, Eduard 38, 93, 97
Bersin, Jan 286
Berthold, Werner 230, 246, 253
Bessonow, Sergej A. 103, 105
Bichtler 244
Bickermann, Elias 33
Bieber, Margarethe 33
Bilik, W. I. 192f.
Bismarck, Otto von 32, 87, 151, 186, 189, 219, 222, 224f., 231ff., 241ff., 252, 254f., 302
Bloch, Ernst 47, 88, 141ff., 184
Blos, Wilhelm 76, 217
Bock, Helmut 230, 244
Böhm, Joachim 284
Boenheim, Felix 180
Börne, Ludwig 230
Bondi, Gerhard 15, 278f., 318
Borkenau, Franz 224
Born, Stephan 211
Borst, Arno 247
Brailsford, H. N. 68, 113ff.
Brandeis, Louis D. 92
Brandler, Heinrich 101, 168, 170, 285, 297
Braun, Bruno (A. Reisberg) 296
Brecht, Bertolt 47, 181, 190
Brentano, Lujo 95, 121, 153
Brentjes, Burchard 268, 278
Breysig, Kurt 95
Bronfman, M. I. 288
Brookings, Robert S. 99
Bruck, Manfred 102
Brugsch, Theodor 30

- Bruk, Franz 278f.
 Brun-Zechowoj, Walerij 284
 Brus, Włodzimierz 138
 Budzislawski, Hermann 112, 183
 Bucharin, Nikolai 105, 185, 187, 294, 301
 Buchheim, Karl 230
 Bücher, Karl 153
 Burckhardt, Carl J. 226
 Burckhardt, Jacob 132f., 275
 Burleigh, Michael 251
- Caden, Gert 173
 Caesar, Gaius Iulius (Cäsar) 308
 Campbell, J. R. 111
 Carl I. 83
 Carsten, Francis L. 303
 Castellán, Jaques 283
 Chamberlain, Houston St. 72
 Chruschtschow, Nikita S. 130, 132
 Czinner, Paul 179
 Clapham, John H. 78
 Clausewitz, Carl von 228, 234
 Cole, G. D. H. 110
 Combe, Sonia 239
 Conze, Werner 246f.
 Crispian, Arthur 165
 Cromwell, Oliver 308
 Cunow, Heinrich 78, 121
 Curtius, Ernst R. 95
- Dahlem, Franz 109, 173, 181, 279
 Daladier, Édouard 108, 205
 D'Ans, Jean 72
 David, Fritz 187
 Dawidowitsch, Dawid 285, 288
 Dean of Canterbury (Johnston, Hewlett) 65
 de Gaulle, Charles 108
 Dehio, Ludwig 251
 Deiters, Heinrich 30, 78, 81
 Deutscher, Isaac 84, 261
 Diederichs, Eugen 199
 Diehl, Ernst 84, 89, 138f., 249, 271ff.
 Dißmann, Robert 166
 Doernberg, Stefan 318
 Dorpalen, Andreas 19, 232, 313
 Dlubek, Rolf 88f., 215, 244
 Dobb, Maurice 109
 Dodd, Martha 112
 Drabkin, Ja. S. 192, 195
 Drechsler, Karl 269, 284
 Drews, Richard 18
 Droz, Jaques 246
 Drury, Betty 63
 Dünow, Kurt 80, 188
- Duncker, Hermann 16, 60, 81, 165, 181, 303, 317
 Duncker, Käte 165
 Duncker, Wolfgang 303
 Dutt, Rajani Palme 109, 111
 Dzierżyński, Feliks 283
- Ebeling, Hans 173
 Eberlein, Werner 308
 Ebert, Friedrich (jun.) 126
 Ebert, Friedrich 195, 266
 Eggebrecht, Axel 226
 Eheberg, Karl Th. 96
 Ehrenberg, Victor 33
 Ehrenburg, Ilja 126, 305
 Eildermann, Wilhelm 205
 Einhorn, Marion 188, 318
 Einicke, Ludwig 44
 Einstein, Albert 67, 93, 109
 Eisenmann, Genoveva 223
 Eisler, Gerhart 26, 109, 180, 207
 Eisner, Else 226
 Eisner, Kurt 226
 Elchlepp, Friedrich 73
 Elisabeth I. 83
 Elton, G. E. 10
 Ende, Lex 109, 125, 127
 Enderle, August 168
 Engelberg, Ernst 15f., 18, 85ff., 135f., 184, 194, 215f., 222–257, 279, 311f., 314, 317
 Engelberg, Herta 228
 Engelberg, Julius 223
 Engelberg, Renate 237
 Engelberg, Therese 223
 Engelberg, Wilhelm 223
 Engels, Friedrich 29f., 36ff., 44, 76, 85, 91, 121, 133, 140, 142ff., 155f., 207ff., 223, 232, 240, 243, 250, 281, 308
 Erasmus von Rotterdam 281
 Erdmann, Karl-Dietrich 307
 Ernst, Paul 37
 Erzberger, Matthias 308
 Eschwege, Helmut 82, 188f., 317
 Eyck, Erich 186, 253, 308
- Feder, Gottfried 31
 Feistmann, Rudolf 172, 178
 Felixmüller, Conrad 280
 Ferrero, Guglielmo 226
 Feuerbach, Hermann (K. Obermann) 203
 Feuerbach, Ludwig 73
 Feuchtwanger, Lion 177, 179
 Fichte, Johann Gottlieb 22
 Field, Hermann 128
 Field, Noel 126ff., 238

- Filene, Edgar 263
 Fink, Heinrich 305
 Fischer, Alexander 34f.
 Fischer, Ernst 262f., 265f.
 Fischer, Ruth 26, 166f., 180, 295, 297
 Flach, Willy 249
 Fladung, Hans 71f.
 Flandin, Pierre Étienne 108
 Flechtheim, Ossip K. 226
 Fliegner, Heinz 137
 Förster, Gerhard 234
 Fontane, Theodor 121
 Forberger, Rudolf 219
 Forster, Peter (J. Kuczynski) 107
 Fraenkel, Ernst D. 311
 Fränkel 171
 Frahm, Herbert (Willy Brandt) 201
 Frank, Karl 180, 207
 Frank, Walter 204, 227
 Franz, Günther 76f.
 Franzos, Karl Emil 260
 Frauendienst, Werner 271ff.
 Fred, M. (M. Stern) 288
 Frei, Bruno 177
 Freiligrath, Ferdinand 32
 Frejka, Ludvik 116, 129
 Fricke, Dieter 307
 Friederici, Hans-Jürgen 230, 233
 Friedrich I. 187
 Friedrich der Weise (Kurfürst) 76
 Friedrich, Walter 278
 Friedrich Wilhelm IV. 218
 Fröhlich, Paul 142
 Frölich, Paul 168
 Fuchs, Eduard 98
 Fuchs, Gerhard 244, 269
 Fuchs, Klaus 118
 Fűrberg, Friedl 266, 297
 Furet, François 39

 Gadamer, Hans-Georg 30, 74
 Galan, José M. 289
 Galbraith, John K. 117f.
 Gall, Lothar 151
 Gandhi, M. K. (Mahatma) 111
 Garcia, José 287
 Gay, Peter 10
 Geck, Adolf 223, 239
 Geisen, Hermann 175
 Geminder, Bedřich 129
 Gentz, Friedrich 274
 Gerhard, Dietrich 10, 311
 Gericke, Horst 269
 Gerlach, Helmuth von 98
 Gerschenkron, Alexander 159

 Gervinus, Georg Gottfried 121
 Geyer, Florian 32
 Geyer, Curt 57
 Ginkel, Emil 200
 Girmus, Wilhelm 224
 Gneisenau, August Graf Neidhardt von 22
 Goebbels, Josef 31, 169, 207
 Görres, Johann Joseph von 274
 Goethe, Johann Wolfgang von 32, 274
 Goldstücker, Eduard 116, 236
 Gollancz, Victor 108, 111
 Gomez, General (W. Zaisser) 288
 Gooch, G. P. 68
 Gothein, Eberhard 95
 Grab, Walter 46, 146, 197, 213
 Grabowsky, Adolf 182
 Gramsci, Antonio 164
 Granach, Alexander 179
 Grau, Conrad 270, 289
 Grebing, Helga 81
 Green, William 99
 Grevenrath, André 84
 Griewank, Karl 16, 44f., 74, 210, 248
 Grimm, Thomas 98
 Grimme, Adolf 74
 Grossmann, Henryk 183f., 220
 Grünberg, Carl 261
 Grundmann, Herbert 247f.
 Gumbel, Emil J. 65f., 95
 Gundolf, Friedrich 95
 Gysi, Klaus 142

 Hadermann, Ernst 22, 30
 Hagen, Paul (K. Frank) 207
 Hager, Sabine 109
 Hager, Kurt 42, 74, 80ff., 84f., 89, 109, 113, 130f., 139, 142, 189, 194, 216, 245, 249f., 252, 269, 277, 279
 Hájek, Jiří 219
 Hallgarten, George W. F. 186
 Hamburger, Rudolf 132
 Hammer, Walter 199
 Harich, Wolfgang 138f., 144
 Harig, Gerhard 183
 Harms, Bernhard 53
 Harnack, Arvid 60
 Hartewig, Karin 14, 274
 Hartung, Fritz 30, 32f., 224, 246, 273
 Hašek, Antonín 236ff.
 Hašková, Lisa 237
 Hass, Gerhart 216
 Haun, Horst 86
 Hauptmann, Gerhart 71
 Hauser, Wilhelm 213
 Haussherr, Hans 16, 154

- Havemann, Robert 144, 160f., 212
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 73
Heichelheim, Fritz 33
Heidegger, Hermann 136
Heimpel, Hermann 76, 248, 251, 276
Heine, Heinrich 22, 32
Heinrich IV. 83
Heise, Wilhelm 30
Helas, Horst 87
Helmert, Heinz 234
Hemingway, Ernest 287
Henning, Friedrich-Wilhelm 158
Hensel, Paul 94, 96
Herbst, Wolfgang 84
Herder, Gerhard 244
Herder, Johann Gottfried 274
Hermann, Emma 165
Herrnstadt, Rudolf 130, 231
Hertz-Eichenrode, Dieter 74
Herzberg, Wolfgang 77
Herzfeld, Erika 80, 82, 318
Herzfeld, Hans 247
Hexmann, Friedrich 266
Heydemann, Günther 313
Heydrich, Reinhard 220
Heym, Gertrude 82
Heym, Stefan 82
Heymann, Stefan 96
Hildebrand, Bruno 153
Hilferding, Rudolf 56
Hill, Christopher 82
Hiller, Kurt 199
Hilu, Radwan al- 148
Hindemith, Paul 228
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und 102, 195, 308
Hirsch, Helmut 311
Hirschbach, Frank 21
Hitler, Adolf 21, 23ff., 27f., 31, 39, 62, 64ff., 68f., 87, 95, 102, 105, 108, 110f., 113ff., 117, 119, 123, 127, 173ff., 195, 201, 203, 205, 219, 226ff., 248, 253, 267, 275f., 301f., 308, 313f.
Hobsbawm, Eric J. 10, 46, 158
Hodos, Georg H. 291
Hoernle, Erwin 165f.
Hoetzsch, Otto 60
Hölderlin, Friedrich 22
Hörling, Edith 138
Hörnig, Hannes (Johannes) 43, 142, 244, 279
Hoffmann, Ernst 43, 80, 85, 89, 193, 317
Hoffmann, Ursula 43
Hohl, Ernst 33, 246
Holitscher, Arthur 98, 101
Holtzmann, Robert 30
Honecker, Erich 160, 201
Honigsheim, Paul 199f., 209
Hoppe, Ruth 141
Hoppenz, Herta 227
Horkheimer, Max 66, 206, 227
Hortzschansky, Günter 307
Hroch, Miroslav 219
Hübner, Hans 269, 284
Humboldt, Alexander von 121
Hussaini, Hadj Amin al- 147
Hutten, Ulrich von 22

Ibarruri, Dolores 288
Iggers, Georg G. 11, 19, 256, 313
Iljitschow, Leonid 194
Iorga, Nicolae 91
Irmscher, Johannes 273

Jacob, Berthold 172
Jacob I. 83
Jahn, Wolfgang 278f.
James, Margaret 82
Jaspers, Gertrud 118
Jaspers, Karl 74, 95, 118, 142
Jaurès, Jean 227
Jendretzky, Hans 304f.
Jerussalimski, Arkadi S. 277
Jessner, Leopold 179
Jogiches, Leo 283
Johnson, Alwin 109
Johnston, Hewlett 65
Jones, Mike 106
Joos, Anton 188
Jünger, Ernst 60, 169

Kahle, Hans 109
Kahn, Siegbert 109, 114f., 125, 130
Kaiser, Bruno 18
Kallen, Gerhard 201
Kamenew, Lew 297
Kamnitzer, Heinz 44, 67, 76ff., 85f., 89, 149, 213, 249, 269, 318
Kant, Immanuel 144
Kantorowicz, Alfred 14, 18, 21, 131, 175, 202, 207
Karmen, Roman 289
Katayama, Sen 303
Katz, Friedrich 318
Kautsky, Karl 38, 41, 52, 54, 93
Keilson, Margarete 277
Keller, Gottfried 22
Kelley-Wischnewetzky, Florence 37
Kelsen, Hans 261
Keynes, John Maynard 108
Kießling, Wolfgang 24

- Kirdorf, Emil 33
 Kirm, Paul 132
 Kirsanowa, Klawdija 264, 297
 Kisch, Egon Erwin 101, 109
 Kisch, Gisela 109
 Kläeber, Kurt 199
 Klahr, Alfred 296f.
 Klare, Hermann 159
 Kléber, Jean Baptiste 286
 Kléber, Emilio (M. Stern) 264, 286–288
 Klein, Fritz 18, 40, 63, 69, 75, 78ff., 82, 89, 91,
 136, 194, 243, 245, 254
 Knes, Karl 153
 Köhler, Fritz 136, 138
 Koenen, Bernhard 279
 Koenen, Wilhelm 23ff., 109, 116, 120, 127f.
 Kofler, Leo 131, 262, 268, 273
 Kohlmei, Gunther 130f.
 Kollwitz, Käthe 93
 Koltschak, Alexander 285
 Kolzow, Michail 287
 Koplenig, Johann 265f., 297
 Korfes, Otto 234
 Korsch, Karl 38
 Kortner, Fritz 179
 Kosinna, Gustaf 204
 Kotow 190
 Kotowski, Georg 218
 Kowalski, Werner 269, 278
 Kowalcuk, Ilko-Sascha 19, 35, 43
 Kral, Helmut 307
 Krauss, Werner 47, 74, 185, 229
 Kretschmar, Hellmut 16, 81
 Kristeller, Paul Oskar 10
 Krupp, Gustav, von Bohlen und Halbach 138
 Krupskaja, Nadeshda 303
 Kuczynski, Bertha (geb. Gradenwitz) 92
 Kuczynski, Brigitte 103f.
 Kuczynski, Jürgen 11, 15f., 18, 20f., 30, 33, 38,
 41, 65, 78, 81, 84, 91–145, 146, 149f., 154,
 156ff., 195, 214f., 244ff., 250, 278, 312, 314,
 317
 Kuczynski, Lucie (geb. Brandeis) 92
 Kuczynski, Madeleine 107
 Kuczynski, Marguerite (geb. Steinfeld) 99f.,
 104, 112
 Kuczynski, Peter 103
 Kuczynski, Robert René 92f., 99, 103, 108, 113,
 121, 149
 Kuczynski, Thomas 107, 132, 142, 152, 158
 Kuczynski, Ursula 93, 103
 Kühn, Johannes 30
 Kühne 171
 Küttler, Wolfgang 222, 254
 Kulischer, Josef 154
 Kurella, Alfred 199
 Kusch, Horst 231
 Kuusinen, Otto 286
 Ladendorf, Heinz 251
 Lande, Genia (G. Quittner) 297
 Laqueur, Richard 33
 Laski, Harold 68, 110, 112
 Lassalle, Ferdinand 224, 231ff.
 Lederer, Emil 59, 95
 Lehmann-Russbüdt, Otto 98
 Lehnert, Martin 308
 Leibnitz, Gottfried Wilhelm 32, 206
 Leibbrand, Robert 192
 Leisegang, Hans 74
 Lenin, Wladimir I. 29f., 39, 41, 52, 60, 84, 97,
 134ff., 140, 166f., 192, 197, 284, 300f., 303
 Lenz, Friedrich 74
 Lenz, J. (J. Winternitz) 137
 Leonhard, Rudolf 177, 202
 Leonhard, Wolfgang 131
 Leow, Willy 167
 Lerner, Gerda 10
 Lerner, Max 99
 Lessing, Gotthold Ephraim 22, 32, 274
 Lessing, Theodor 57
 Levada, Jurij 292
 Levi, Paul 166
 Liebermann, Max 93
 Liebert, Arthur 67
 Liebknecht, Karl 200, 223, 226, 240
 Liebknecht, Wilhelm 250
 Lincoln, Abraham 208
 Lindau, Rudolf 317
 Lingner, Max 176
 Lintzel, Martin 16, 33, 81, 248, 273f.
 Lips, Julius 183
 List, Friedrich 58f., 153
 Litt, Theodor 74
 Litwinow, Maxim 103
 Loebel, Evzen 129
 Löwenstein, Hubertus Prinz zu 66, 113, 177,
 206f.
 Löwenthal, Leo 206
 Löwenthal, Richard 106, 114, 224
 Lombroso, Cesare 57
 Lorwin, Lewis L. 100
 Loschinski, Hannamaria 143
 Lozek, Gerhard 28
 Ludendorff, Erich 176, 276
 Ludwig, Emil 100
 Ludwig XIV. 104
 Lukács, Georg 38, 47, 60, 145, 263
 Luther, Ernst 284
 Luther, Martin 22, 76, 280

- Luxemburg, Rosa 137, 223, 266, 282f.
- Maedge, Carl-Max 55, 72
- Makunin, W. L. 120
- Malraux, André 203
- Mann, Golo 10, 311
- Mann, Heinrich 51, 112, 179, 206
- Mann, Thomas 69, 71, 143, 145, 152
- Mannheim, Karl 73, 78, 95
- Mantoux, Paul 226
- Manuïlski, Dmitri 287
- Marchwitza, Hans 212
- Marcks, Erich 94
- Marcuse, Herbert 183
- Maria Henriette 83
- Mark, Hans 126
- Markov, Walter 16, 18, 30, 33ff., 45ff., 122, 128, 138, 183ff., 230, 239, 248, 312
- Marquardt, Erwin 30
- Marrow, E. R. 62
- Marschak, Jacob 95
- Marx, Karl 29f., 36f., 39, 41, 44, 53ff., 57ff., 85, 91, 95f., 121, 133, 140, 142, 197, 207ff., 224, 232, 243, 246, 250f., 281, 302
- Matern, Hermann 128f., 304f.
- Mayenburg, Ruth von 264f.
- Mayer, Georg 183
- Mayer, Gustav 218, 223f., 231
- Mayer, Hans 47, 88, 184, 198, 226f., 229f., 234, 267
- Medwedew, Roy 291, 301
- Meerwarth, Rudolf 120f.
- Mehnert, Klaus 60
- Mehring, Franz 38, 52, 121, 137, 167, 231, 234f.
- Meinecke, Friedrich 10, 74, 78
- Melanchthon, Philipp 280f.
- Merezkow, Kirill 289
- Merkel, Garlieb 208
- Merker, Paul 23ff., 109, 117, 126f., 181, 188, 304f.
- Metropolski, K. K. 30
- Metternich, Klemens Wenzel Fürst von 75
- Meusel, Alfred 15ff., 42, 50–90, 109, 112, 130, 132, 135, 137, 149f., 182, 184, 187f., 191, 198, 210, 233, 242ff., 249f., 269, 273, 278, 312, 314, 317
- Meusel, Maria M. (geb. von Pankow) 50
- Meusel, Meta (geb. Weber) 56, 70, 84, 89
- Meusel, Richard 50
- Meyer, Ernst 166
- Meyer, Ernst Hermann 109
- Meyer, Werner 213
- Michels, Robert 57
- Mickel, Karl 152
- Minz, Isaak 219
- Mitteis, Heinrich 30
- Mode, Heinz 268
- Möser, Justus 274
- Mohr, Walter 311
- Molotow, Wjatscheslaw 205, 285
- Moltke, Helmuth Graf von 249
- Mommsen, Theodor 121
- Mommsen, Wilhelm 210
- Montagu, Ivor 110
- Morton, A. L. 109
- Mosley, Oswald 106
- Mosse, George L. 10
- Mothes, Kurt 279
- Mottek, Daisy 150
- Mottek, Gerda (geb. Marcus) 149f.
- Mottek, Hans 15f., 146–162, 314, 317
- Mottek, Lisa 147
- Mottek, Ulrike (geb. Kuropatwa) 146, 150
- Mottek, Theodor 146
- Mottek, Werner 150
- Motteler, Julius 240
- Mühlpfordt, Günter 194, 274
- Müller, Adam 153, 274
- Müller, Albert (A. Schreiner) 174
- Müller, Arno 212
- Müller, Werner 185f., 230
- Müntzer, Thomas 32, 76
- Münzenberg, Willi 98, 171
- Münzer, Friedrich 33
- Naas, Josef 120
- Naimark, Norman 120
- Napoleon I. 87, 158, 208
- Necker, Jacques 103
- Nehru, Jawarhalal 111
- Neuhäuser-Wespy, Ulrich 35
- Neumann, Alfred 206, 279
- Neumann, Franz L. 183
- Neumann, Gerd 153
- Neumark, Fritz 228
- Nichtweiss, Johannes 249
- Niekisch, Ernst 30, 33, 60
- Nietzsche, Friedrich 73, 302
- Nimtz, Walter 193
- Nin, Andreu 286
- Nitze, Paul 117
- Norden, Albert 25ff., 81, 180, 207, 317
- Noske, Gustav 266
- Nowitzki, L. 287
- Nürnberg, Richard 186
- Nußbaum, Manfred 318
- Obermann, Hans 212
- Obermann, Karl 15f., 18, 20, 81, 85, 89, 197–221, 244f., 279, 308, 312, 314, 317

- Obermann, Paul 198
 Obermann, Peter 212
 Obermann, Wilhelmine 198
 Oelßner, Fred 278
 Oestreich, Gerhard 224
 Ogris, Werner 267
 Olivier, Pierre (J. Kuczynski) 104
 Oncken, Hermann 223f.
 Opet, Fritz 62
 Oppenheimer, Franz 53
 Ort, Alexander 219
 Ossietzky, Carl von 98
 Otto, Helmut 234
 Otto, Karl-Heinz 80

 Panzenböck, Ferdinand 297
 Papen, Franz von 63f., 171
 Pareto, Vilfredo 57
 Parvus, Alexander (Helphand) 281
 Pascal, Roy 17
 Paterna, Erich 16, 85, 89, 244
 Paulus, Günter 244
 Pétain, Henri Philippe 108
 Peters, Jan 124, 318
 Petzold, Joachim 18, 34, 81, 84, 131f., 173, 191, 193ff., 305
 Pieck, Wilhelm 79, 116, 118, 126, 171, 233, 238, 265, 272
 Piratin, Phil 106
 Pius II. 76
 Plechanow, Georgi 38, 133
 Plener, Ulla 295, 298, 301
 Polak, Karl 183
 Polišíenský, Josef 219
 Pollitt, Harry 111
 Pritt, D. N. 65, 112
 Purš, Jaroslav 219

 Quarck, Max 96
 Quidde, Ludwig 98
 Quittner, Genia 296f.

 Rabe, Ursula 128
 Rabinbach, Anson 262
 Radandt, Hans 219
 Radbruch, Gustav 74
 Radek, Karl 101, 104, 285, 297, 301, 307
 Radó, Alexander 303
 Radványi, László (Johann L. Schmidt) 202
 Ranke, Leopold von 76, 90, 133, 275
 Rappard, William 226f.
 Rassow, Peter 253
 Reisberg, Arnold 15f., 291f., 294–301, 308, 311, 314, 317
 Reisberg, Eleonore 295f., 298f.

 Renn, Ludwig 60, 287
 Renner, Heinz 202
 Renner, Karl 295
 Reuter, Ernst 228
 Ribbentrop, Joachim von 111, 205
 Rickert, Heinrich 94f.
 Rickword, Edgell 82
 Ritschl, Hans 98
 Ritter, Gerhard 10, 88, 246, 248, 250ff., 275f.
 Rjasanow, David 38, 124
 Robinson, Joan 108
 Rörig, Fritz 16, 81
 Römer, Beppo 60
 Röpke, Wilhelm 86, 229
 Rompe, Robert 30, 72, 120
 Roscher, Wilhelm 153
 Rosenberg, Alfred 31, 227
 Rosenberg, Arthur 16ff., 33, 38f., 56, 66, 74, 121, 309, 311
 Rosenberg, Ethel 235
 Rosenberg, Julius 235
 Rosenfeld, Kurt 113, 207
 Rostow, Walt W. 158
 Rothfels, Hans 10, 253, 277, 311
 Rothstein, Andrew 219
 Rothstein, Theodore 219
 Ruben, Walter 15, 228
 Rudolf, Rolf 248
 Rueff, Jaques 108
 Ruge, Arnold 302
 Ruge, Charlotte 302
 Ruge, Erwin 302f.
 Ruge, Eugen (Shenja) 304f.
 Ruge, Taissja 304
 Ruge, Walter 302ff.
 Ruge, Wolfgang 15f., 18, 40, 188, 193, 291f., 294, 301–310, 313f., 318
 Ruschin, Günther 205

 Sabrow, Martin 19, 41, 45, 85, 252
 Sacco, Nicola 99
 Salin, Edgar 58, 95
 Saller, Karl 88
 Sauerländer, Wolfgang 206
 Savigny, Friedrich Karl von 153
 Schafranek, Hans 297
 Scharnhorst, Gerhard Johann David 115
 Scheel, Heinrich 16, 216
 Scheidemann, Philipp 266
 Scheringer, Richard 60
 Schieder, Theodor 77, 218f., 247, 250f., 307
 Schilfert, Gerhard 85, 89, 213
 Schiller, Friedrich 22, 32, 144
 Schindler (A. Schreiner) 175
 Schirdewan, Karl 139, 305

- Schlegel, Karl Wilhelm Friedrich von 274
 Schleicher, Kurt von 64
 Schleier, Hans 230
 Schleifstein, Josef 136f., 318
 Schlosser, Friedrich Christian 121, 274
 Schmidt, Conrad 37f.
 Schmidt, Heinz 113ff., 117, 128
 Schmidt, Walter 218, 221, 248
 Schmiedt, Roland-Franz 86, 244
 Schmoller, Gustav 78, 121, 153
 Schnabel, Franz 74, 248, 252f.
 Schneider, F. (Leo Stern) 264
 Schneider, Friedrich 16, 30, 44f.
 Schneller, Ernst 98
 Schnitter, Helmut 234
 Schoeps, Hans-Joachim 10, 311
 Scholz, Heinrich 53
 Schottlaender, Edith 212
 Schottlaender, Hannah 212
 Schottlaender, Hilde 212
 Schottlaender, Rudolf 212
 Schreiner, Albert H. 15f., 18, 26f., 80ff., 85f., 89, 107, 130, 138, 164–196, 197, 207, 215, 244f., 250, 285, 307f., 314, 317
 Schreiner, Helga 183
 Schreiner, Sonja 183
 Schröder, Wolfgang 230
 Schütte-Lihotzky, Margarete 228
 Schulz, Otto Th. 230
 Schulze, Winfried 248
 Schulze-Boysen, Harro 60
 Schuman, Robert 275
 Seeber, Gustav 230
 Seghers, Anna 101, 109, 118f., 202
 Sering, Paul (R. Löwenthal) 114
 Serow, Iwan 127
 Shukow, Georgi 120
 Siebert, Hans 67, 128
 Siemens, Werner von 138
 Silberner, Edmund 295
 Simone, André 129
 Simpson, John Hope 62
 Sindermann, Horst 185
 Sinowjew, Grigorij 294, 296f., 301
 Slánský, Rudolf 127, 222, 236ff.
 Smirin, M. M. 76
 Smith, Adam 53
 Šnejdársek, Antonín 220
 Sobottka, Gustav 41
 Soermus, Eduard 165
 Sollmann, Wilhelm 203f.
 Sombart, Werner 97, 121
 Sorge, Friedrich Adolf 209
 Soucek, Aloisia 297
 Spahn, Martin 201
 Spender, Stephen 110
 Spengler, Oswald 57
 Spira, Steffi 205
 Spiru, Basil 317
 Sproemberg, Heinrich 16, 80f., 244, 249
 Srbik, Heinrich von 227
 Stadelmann, Rudolf 210
 Stadler, Karl R. 294
 Stahl, Friedrich Julius 274
 Stalin, Josef W. 29f., 38ff., 74, 84, 101, 103, 105, 110, 112, 114, 123f., 126, 128, 130, 132, 168, 180, 183, 188ff., 193, 203, 205, 236f., 256, 260, 285, 287, 291ff., 299, 301f., 304ff., 308f.
 Stampfer, Friedrich 180
 Stark, Johanna 138
 Stassowa, Jelena 303
 Stefanović, Vladimir (V. Begović) 288
 Stein, Ernst 33
 Stein, Freiherr Heinrich Friedrich Karl vom 22
 Steinberger, Nathan 256, 305
 Steinitz, Eva 138
 Steinitz, Wolfgang 278
 Steinmetz, Max 76f., 251, 253, 281
 Stern, Alice (geb. Melber) 267f., 279, 289
 Stern, Philipp (Feiwei) 287
 Stern, Henriette (geb. Korn) 261
 Stern, Leo (Jonas Leib) 15f., 78, 80f., 85, 89, 130, 167, 186, 214ff., 244ff., 249ff., 260–290, 307, 311, 314, 317
 Stern, Manfred (Lazar Moses) 167, 284–289
 Stern, Manfred (Mathematiker) 289
 Stern, Salman 261
 Stern, Sylvia 289
 Stern, Vera (geb. Krylowa) 287
 Stern, Vilmar 287
 Stern, Wolf 287, 289
 Sternfeld, Wilhelm 172
 Stoecker, Helmuth 44, 185, 187, 195, 318
 Strachey, James 110
 Streeb, Xaver 136
 Streisand, Joachim 78ff., 136, 219
 Stresemann, Gustav 308
 Stroux, Johannes 30, 120
 Struik, Dirk 110
 Sturmthal, Adolf 63, 111
 Suslow, Michail 305
 Täubler, Eugen 33
 Taine, Hippolyte 132
 Talleyrand, Charles Maurice 262
 Tannenbaum, Frank 63, 99
 Taut, Bruno 228
 Taylor, L. (Leo Stern) 264
 Teichová, Alice 219

- Tetzner, Lisa 199
Teubner, Hans 205
Thälmann, Ernst 45, 103, 168, 285
Thalheimer, August 101, 168, 285
Thows, Wilhelm 173
Thyssen, Fritz 111
Tillich, Paul 179
Timm, Albrecht 249
Tischler, Carola 305
Tjulpanow, Sergej 126
Tönnies, Ferdinand 52
Tolbuchin, Fjodor 266
Torr, Dona 109
Toynbee, Arnold 110
Tretjakow, Sergej 101
Troeltsch, Ernst 95
Trotzki, Leo 114, 176, 203, 228, 281, 294, 296
Tuchatschewski, Michail 176
Tucholsky, Kurt 98
Turbowski, Meir 223
Turner, James (J. Kuczynski) 110
- Uhlmann, Georg 234, 244
Ulbricht, Lotte 195
Ulbricht, Walter 25f., 41, 84f., 104, 109ff., 116, 118, 125f., 129f., 138f., 142, 185, 191ff., 252, 265, 269f., 272f., 277, 279f., 293
Ullmann, Eduard 79f., 84
Ungem-Sternberg, Roman, Baron von 285
Utitz, Friedrich 265
- Valentin, Veit 66, 186, 197, 209
Vansittart, Lord Robert 114
Vanzetti, Bartolomeo 99
Varga, Eugen 61, 104, 130
Vassart, Albert 171
Verdross, Alfred von 227, 267
Vermeil, Edmond 203
Victor, Walther 199
Viertel, Berthold 179
Virchow, Rudolf 302
Voegelin, Eric 95
Vogeler, Heinrich 199, 303
Volkman, Hans-Erich 35
- Wachenheim, Hedwig 180
Wagner, Martin 228
Wagner, Raimund 135, 139, 234, 243f.
Walcher, Jacob 165, 168, 180f., 203
Waltershausen, Hermann Sartorius von 78
Wandel, Paul 30, 42ff., 74, 181ff.
Waryński, Ludwik 283
Weber, Alfred 74, 95, 118
Weber, Hellmuth 269
Weber, Hermann 194
- Weber, Marianne 95
Weber, Max 58, 95
Weber, Rolf 230
Wedding, Alex 205
Wedgwood, Josiah 68
Wehler, Hans-Ulrich 223, 282f.
Weigel, Helene 181
Weingarten, Adolph 180
Weinreich, Max 31
Weiskopf, F. C. 18, 207
Weismantel, Leo 88
Weißbecker, Manfred 301f.
Werle, Heinrich 273
Werner, Ruth (U. Kuczynski) 118, 132, 286
Westmeyer, Fritz 165
Weitzel, Gerhard 138
Weydemeyer, Joseph 208f.
Wiechert, Ernst 22
Wiese, Leopold von 74, 201, 204
Wilamowitz-Möllendorff, Ulrich von 94
Wilhelm II. 186, 255
Wille, Willi 175
Wimmer, Walter 196
Winckelmann, Johann Joachim 274
Winkler, Erwin 137
Winkler, Gerhard 136, 213
Winter, Eduard 16, 268f., 278, 308
Winternitz, Josef 43, 109, 116, 137, 150, 210, 317
Wittfogel, Karl A. 57, 60
Wittkowski, Grete 109, 122, 139
Wolf, Hanna 40, 44ff., 80f., 90, 130, 193, 275, 317
Wollenberg, Erich 238
Wollner, Alfred (A. Schreiner) 178
Wolter, Heinz 230
Wollweber, Ernst 139
Woodman, Dorothy 172, 174
Worschech, Franz 248
- Zahn, Alfred 212
Zahn, Lola 318
Zaisser, Wilhelm 130, 288
Zalka, Maté 286
Zetkin, Clara 165
Ziekursch, Johannes 186, 201
Zilliacus, Koni 110, 227
Zimmermann, Ludwig 307f.
Zimmermann, Wilhelm 76,
Zuckermann, Leo 305
Zühlsdorff, Volkmar 206
Zwerenz, Gerhard 142

Der Autor

Mario Keßler, geb. 1955 in Jena. Studium der Geschichte und Germanistik in Jena und Leipzig, Promotion 1982 in Leipzig, Habilitation 1990 an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. Lehr- und Forschungstätigkeit in der DDR, der Bundesrepublik Deutschland, England und den USA. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

Wichtigste Veröffentlichungen: *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert*, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994; *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933*, Berlin 1994; *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien, Bd. 6); *Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung*, Hamburg 1999.